

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (New York), E. Hobsbawm (London), L. Jeleček (Prag), J. Kuczynski (Berlin), G. Mori (Florenz), H. Mottek (Berlin), E. Niederhauser (Budapest), H. Nussbaum (Berlin), Z. P. Pach (Budapest), J. Purš (Prag), Ju. A. Tichonow (Moskau), J. Tomaszewski (Warschau)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Dolores Biastoch (Redaktionssekretär), Siegfried Epperlein, Günter Hertel, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jan Peters, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Helga Schultz

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE 1991/2



Redaktion des Jahrbuches für
Wirtschaftsgeschichte
Prenzlauer Promenade 149/152
O-1100 Berlin



911239

ISBN 3-05-001764-3
ISSN 0075-2800

Redaktionsschluß: 15. 9. 1990

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1991

Erschienen im Akademie Verlag, O-1086 Berlin (Federal Republic of Germany),
Leipziger Str. 3 - 4

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten.
Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in
irgendeiner Form - durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes
Verfahren - reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-
arbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck und Bindung: Mercedes-Druck GmbH, W-1000 Berlin 61

Umschlaggestaltung: Anke Baltzer, O-1190 Berlin

Bestellnummer: 2103/91/2

Printed in the Federal Republic of Germany



Inhalt

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Lieselott Enders	Bauer und Feudalherr in der Mark Brandenburg vom 13. bis zum 18. Jh. Forschungsprobleme und -ergebnisse einer flächendeckenden Untersuchung am Beispiel der Uckermark	BD 372 392	9
Wieland Held	Blei und Holz für den Saalfelder Bergbau in der Mitte des 16. Jh. Versorgungsprobleme eines kleinen Reviers	BE 425, 466 2642: 113	21
Kornelia Lobmeier	Die Lage der Klein- und Mittelbauern in der Kreishauptmannschaft Chemnitz zwischen 1925 und 1933	BE 392 41 264, 1: 203	
Vladimír Kopejtko	Die Krise der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei 1929 bis 1934 Soziale und politische Folgen	CC 317	63
Ferdinando Galiani über die Erträge aus Geldkapital in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751), Buch V "Del Frutto della Moneta". (Ins Deutsche übersetzt von Walter Braeuer)		A 223	73
DISKUSSION			
Jan Peters	Eigensinn und Widerstand im Alltag. Abwehrverhalten ostelbischer Bauern unter Refeudalisierungsdruck	BD 392	85
Ilona Buchsteiner	Zum Begriff des Junkers in der DDR-Literatur der 80er Jahre	105 BL 394	
FORSCHUNGSBERICHTE			
Gospodinka Nikova/ Vera Kačarkova	Bulgarische Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte Bulgariens		115
LITERATURKRITIK			
Hartmut Harnisch	Die Agrarreformen in Deutschland als Thema der Forschung (Georg Moll, "Preußischer Weg" und bürgerliche Umwälzung in Deutschland)		129
Bernd Florath	Debatten um Max Webers Religionssoziologie (Max Webers Studie über das antike Judentum; Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus; Max Webers Studie über Hinduismus und Buddhismus; Max Webers Sicht des antiken Christentums; Max Weber, der Historiker)		141

Reinhold Zilch	Reichsfinanzpolitik vor dem ersten Weltkrieg (Rudolf Kroboth, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909 - 1913/14)	147
Wolfgang Urban	Eine lebendige Darstellung des Unterschichtenprotestes (Arno Herzig, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790 - 1870)	157
Karl Lärmer	Joachim Radkau, Technik in Deutschland	161
Gerda Weinberger	Albrecht Hagemann, Südafrika und das "Dritte Reich"	162
Walter Braeuer	Boisguilbert parmi nous	163
Gerda Weinberger	Von der Konkurrenz zur Rivalität	164
Karl Lärmer	Geschichte Berlins, Bd. 1	166
Jürgen Kuczynski	Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1945 - 1989	168
André Steiner	"Qualität und Quantität"	169
Lutz Werner	Gewerbliche Entwicklung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang ins Kaiserreich	171
Wilfried Strenz	Horst Klausing/Andrzej Maryański/ Erich Schultze, China	173
Karin Lehmann	Paul Thomes, Die Kreissparkasse Saarbrücken (1845 - 1914)	174
Hermann Lehmann	Klassiker des ökonomischen Denkens, Bd. 1 u. 2	174

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

X. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker (20. bis 24. August 1990 in Leuven)		177
André Steiner/ Renate Scholze	VIII. Kolloquium von Wirtschaftshistorikern der Republik Ungarn und der Deutschen Demokratischen Republik (29. Mai bis 1. Juni 1990 in Zeuthen)	197

BIBLIOGRAPHIEN

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
38. Lieferung (Dieter Müller)

203

Autorenverzeichnis

216

Содержание, Contents, Contenu, Sumario

217

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Bauer und Feudalherr in der Mark Brandenburg vom 13. bis zum 18. Jh.

Forschungsprobleme und -ergebnisse einer flächendeckenden Untersuchung am Beispiel der Uckermark*

von Lieselott Enders

Der flächendeckenden Untersuchung der Uckermark, einer der fünf Hauptkreise der Mark Brandenburg mit rund 350 mittelalterlichen Ortschaften, ging die Absicht voraus, die Geschichte dieser historischen Landschaft zu schreiben.(1) Den fehlenden Forschungsvorlauf habe ich mit der Zielstellung zu erarbeiten versucht, den historisch-geographischen Raum über 600 Jahre hinweg kontinuierlich, induktiv und anhand der gedruckten und ungedruckten archivalischen Quellen möglichst für das gesamte Gebiet zu untersuchen. Darin mag der Neuigkeits- und Erkenntniswert meines Vorgehens liegen. Es ist die Chance des Regionalhistorikers, innerhalb eines überschaubaren Raums einen längeren Zeitraum zu durchqueren, den Stoff nicht punktuell (und damit oft willkürlich), sondern in seiner räumlichen und zeitlichen Homogenität zu verarbeiten.

Die Abhandlung "Siedlung und Herrschaft in Grenzgebieten der Mark und Pommerns seit der zweiten Hälfte des 12. bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts am Beispiel der Uckermark"(2) ist eine von acht thematischen Untersuchungen, die die Monographie erst möglich machten. Herrschaftsbildung(3) und Stadtentstehung(4) betrafen zeitlich ebenfalls das Hochmittelalter. Es folgten die Untersuchung der spätmittelalterlichen Grundherrschaft,(5) ein Gebiet auf dem wir großen Nachholebedarf (nicht nur hinsichtlich der Uckermark) haben, und im Rahmen der Frühen Neuzeit vier Abhand-

* Vortrag, gehalten am 13. September 1989 anlässlich des René-Kuczynski-Kolloquiums 1989 in Berlin, mit einigen Literaturangaben versehen, auf die im Text namentlich oder indirekt Bezug genommen wird.

- 1 Künftig: Enders, Lieselott, Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert, Weimar 1991.
- 2 Dieselbe, Siedlung und Herrschaft in Grenzgebieten der Mark und Pommerns seit der zweiten Hälfte des 12. bis zum Beginn des 14. Jh. am Beispiel der Uckermark, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1987, S. 73 - 129.
- 3 Dieselbe, Hochmittelalterliche Herrschaftsbildung im Norden der Mark Brandenburg, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (JbGF), Bd. 9, 1985, S. 19 - 52.
- 4 Dieselbe, Entstehung und Entwicklung der uckermärkischen Städte im hohen Mittelalter, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte (JbRegG), Bd. 13, 1986, S. 24 - 59.
- 5 Dieselbe, Die spätmittelalterliche Grundherrschaft in der Uckermark, in: ebenda, Bd. 15 I, 1988, S. 56 - 74.

lungen über die bäuerlich-feudalherrlichen Verhältnisse,(6) die Entwicklung der agraren Produktivkräfte(7) und das Städtewesen.(8)

Im folgenden möchte ich die wichtigsten Ergebnisse,(9) gegliedert nach fünf grob unterteilten Perioden (Hoch- und Spätmittelalter, 16., 17. und 18. Jh.) darlegen. Ich konzentriere mich beim Verhältnis von Bauern und Feudalherren vor allem auf die Kriterien bäuerliches Besitzrecht, persönliche Rechtsverhältnisse der feudalabhängigen Bauern sowie Feudalrente.

1. Das Hochmittelalter (12./13. Jh.)

Das Hochmittelalter bietet sich im Raum der westslawischen Stämme östlich der Elbe als eine zeitliche Ausgangsbasis insofern an, als mit Expansion, Herrschaftsbildung und Siedlung ganz neue Verhältnisse geschaffen wurden, die, im Gegensatz zum Altsiedelland, nicht neben, sondern an die Stelle des älteren Herrschafts- und Sozialstrukturen traten. Das trifft sowohl für Expansionsgebiete deutscher als auch slawischer Fürsten zu. Die Uckermark ist dafür ein charakteristisches Beispiel, weil sie rund hundert Jahre in ihrem westlichen Teil dem ostsächsisch-askanischen, in ihrem östlichen dem pommersch-stettinschen Fürstenhaus zugehörte, ehe sie durch die weitere askanische Expansionspolitik überhaupt zu einem märkischen Teilgebiet zusammenwachsen konnte. Die Siedlungsaufzüge der deutschen wie der slawischen Feudalherren lauteten im Prinzip gleich: Sie gewährten allen Siedlern, ob Deutschen, Slawen, Dänen oder anderen Nationalitäten, gute Rechte und Bedingungen, um die von allen Fürsten erstrebte Bildung und Festigung der Herrschaft durch Siedlung im Zeitalter der hochmittelalterlichen Agrarkonjunktur zu realisieren, und zwar auf einer Rechtsgrundlage, die sich während des Landesausbaus im 12. Jh. im Altsiedelland und bei den ersten Expansions- und Siedlungsvorstößen östlich von Elbe und Saale herausgebildet und bewährt hatte (ähnlich wie sich das Stadtrecht entwickelte).

Dieses *Ius Theutonicum*, das Bendykt Zientara m. E. grundlegend gehandelt hat,(10) wurde allen zuteil, die siedlungswillig waren, d. h. Rodung und Siedlung innerhalb abgesteckter und zu verhufter Feldmarken, ggf. unter Aufgabe älterer Siedelplätze der slawischen Bewohner, aber mit diesen gemeinsam, in Angriff nahmen. Kriterien für tätige und leitende Siedlungsarbeit der Slawen sind z. B., im Südwesten der Uckermark in größerer Anzahl ermittelt, Ortsnamen in Form von slawisch-deutschen Mischnamen, deren Bestimmungswörter zum Grundwort -dorf slawische Personennamen sind, vermutlich ebenso wie bei deutschen Personennamen die Eigennamen der Lokatoren. Es gibt in der Uckermark kein Anzeichen für eine prinzipielle und gar massenhafte Vertreibung der Slawen oder für ihre Ansetzung zu schlechterem Recht; das wäre im pommerschen Herrschaftsgebiet auch kaum einleuchtend. Siedlungsverlegung fand statt, bekannt ist die Aufhebung eines slawischen, bereits verhuften

6 Dieselbe, Entwicklungsetappen der Gutsherrschaft vom Ende des 15. bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts, untersucht am Beispiel der Uckermark, in: JbGF, Bd. 12, 1988, S. 119 - 166; dieselbe, Bauern und Feudalherrschaft der Uckermark im absolutistischen Staat, in: ebenda, Bd. 13, 1989, S. 247 - 283.

7 Dieselbe, Produktivkraftentwicklung und Marktverhalten. Die Agrarproduzenten der Uckermark im 18. Jh., in: JWG, 3/1990, S. 81 - 105.

8 Dieselbe, Das Städtewesen der Uckermark im Spätfeudalismus, in: JbRegG, Bd. 17 I, 1990, S. 88 - 115.

9 Anstelle von Einzelnachweisen wird hiermit grundsätzlich auf die unter Anm. 2 bis 8 zitierten Abhandlungen und die darin enthaltenen Belege verwiesen.

10 Zientara, Benedykt, Der Ursprung des "deutschen Rechts" (*Ius Theutonicum*) auf dem Hintergrund der Siedlungsbewegung in West- und Mitteleuropa während des 11. und 12. Jahrhundert, in: JbGF, Bd. 2, 1978, S. 119 - 148.

Dorfes zugunsten des Klosters Chorin und weitere Legungen zwecks Grangienbildung, eine Praxis, die die Zisterzienser vom Altsiedelland herübergebracht hatten und die auch deutsche Neugründungen treffen konnte (z. B. auch bei der Eingliederung stadtnaher Dörfer und deren Feldmarken in Stadtgemarkungen).

Alle Dorffeldmarken wurden verhuft, bis auf die wenigen Fischerdörfer an der Oder, die nur wenig Ackerbau, dafür aber auf ihrem reichen Grünland um so mehr Viehzucht betrieben, wofür sie keine Hufen brauchten. Selbst in den noch im 14. Jh. als slawische Dörfer (*villae Slavicae*) besonders benannten Orten, ebenfalls an der Oder bzw. in Odernähe gelegen, in denen die slawische Bevölkerung offenbar dominierte, waren die Feldmarken verhuft und die Dörfer eigene Kirchengemeinden.

Es gibt auch keine wirklichen Anzeichen dafür, daß die deutschen Siedler die Bauernstellen bekamen und die slawischen auf die Kossätenstellen abgedrängt wurden. Diese z. B. von Anneliese Krenzlin(11) immer wieder behauptete und leider von manchen Historikern ungeprüft übernommene Version erweist sich bei multidisziplinärer und flächendeckender Quellenaufbereitung als irrig; denn es finden sich in Orten mit hoher Kossätenzahl ebenso oft wie ebenso selten oder gar nicht slawische Siedlungsspuren. Es kann im hohen Mittelalter gar nicht anders gewesen sein als bei späteren Kolonisationen auch: Entscheidend für die Übernahme eines Hofes war die Befähigung und die eigene materielle Ausrüstung, vor allem die Hofwehr. Viele Siedler brachten sie mit, einige dürften auch mittellos gewesen sein, während die einheimischen Bauern darüber verfügten. Kossätenhöfe gehörten im Mittelalter oft zu bestimmten Bauernstellen (wie später die Spieker und Hausleutestellen im bäuerlichen Gehöft). Der Bauer brauchte sie zur Versorgung jüngerer Geschwister und Kinder oder der Eltern im Altenteil, oder er nahm Fremde an, die sich bei ihm zur Hofarbeit verdingten.

Grundeigentümer im Expansionsgebiet war der Landesherr, der Fürst oder kleinere adlige Dynastien. Während des hohen Mittelalters wurden ritterliche Vasallen und Lokatoren für ihre Dienste mit abgabefreien Hufen oder mit Anrechten an der Feudalrente der Bauern beliehen, oft nur auf Zeit. Der Bauer besaß das Hufenland oder die Kossätenwürde in Erbleihe, d. h., er hatte daran kein Eigentum, aber erbliches Nutzungsrecht, das mit seiner Hofstelle verbunden war. Für dieses Landnutzungsrecht entrichtete er Geld- und Produktenrente. Sein Eigentum waren Gebäude und Inventar, die er frei vererben und verkaufen konnte. Die Feudalrente stand primär dem Feudaleigentümer zu, der auch sämtliche Herrschaftsrechte, vor allem die Gerichtsbarkeit und das Eigenkirchenrecht (Patronat) innehatte. Die Verleihung von Herrschaftsrechten an Dritte, einzelne Personen (Ritter und Bürger) oder Korporationen (Klöster und Städte) war eine sekundäre Erscheinung. Sie trat am frühesten und wirksamsten im Bereich der geistlichen Grundherrschaft in Erscheinung, indem Stiften und Klöstern ganze Ortschaften als Feudaleigentum und, jeweils eigens genannt, Herrschaftsrechte, vor allem die Gerichtsbarkeit, übertragen wurden. Bis etwa 1300 gab es noch keine privaten Grundherrschaften. Die Masse des niederen Adels hatte nur Feudalrechte inne, die keine Herrschaft implizierten! Auch dies ist ein Ergebnis flächendeckender Quellenanalyse, die wohl sinnvoller ist als die wissenschaftlich unergiebigere Spekulation darüber, ob Knapps oder Großmanns vor hundert Jahren geäußerter Auffassung mehr Wahrscheinlichkeit zukomme.(12) Die hochmittelalterliche Landnahme- und Siedlungsperiode erstreckte sich über 100 bis 150 Jahre, einen Zeitraum also, den wir nicht optisch auf eine Fläche oder gar einen Punkt verkürzen dürfen; ein Zeitraum, der Entwicklung und Veränderung ebenso unterworfen war wie unser Jahrhundert.

11 Krenzlin, Anneliese, Siedlungsformen und Siedlungsstrukturen in deutsch-slawischen Kontaktzonen (mit besonderer Berücksichtigung Brandenburgs und angrenzender Gebiete), in: *Germina Slavica* I, hg. v. Wolfgang H. Fritze, Berlin (West) 1980, bes. S. 271 ff.; dieselbe, Die Siedlungsformen der Provinz Brandenburg. Erläuterungsheft zum Historischen Atlas von Brandenburg, NF, Lief. 2, 1983.

12 Harnisch, Hartmut, Die Gutsherrschaft. Forschungsgeschichte, Entwicklungszusammenhänge und Strukturelemente, in: *JbGF*, Bd. 9, 1985, S. 195 f.

Die Besitzersplitterung des hohen Mittelalters war gerade in dem zunächst pommer-schen Teil der Uckermark außerordentlich groß und blieb es z. T. auch lange noch. Die Errichtung von Ritterhöfen in Dörfern war noch nicht von Dauer. Die Masse des Kleinadels fluktuierte, und auch geistlicher und städtischer Grundbesitz war noch relativ beliebig austauschbar. Das hohe Mittelalter bietet in der Uckermark jeden-falls keine besonderen Anzeichen für beständige Herrschaftsrechte und -räume, für die spätere Herausbildung des (adligen) Großgrundbesitzes.

2. Das Spätmittelalter (14./15. Jh.)

Diese Periode gehört zu den Stiefkindern unserer Geschichtswissenschaft (ungeachtet löblicher Ausnahmen!). Es handelt sich immerhin um 200 Jahre. Mit Nuancen wird wohl die These von der spätmittelalterlichen Agrarkrise allgemein anerkannt. Der bereits zu Anfang des 14. Jh. einsetzende Bevölkerungsrückgang wurde durch die Pestzüge verheerend beschleunigt; die Auswanderung der Landbewohner in neue Ko-lonisationsgebiete, vor allem aber auch in die Städte zeichnete sich ganz unzweideu-tig im Entsedlungsprozeß ab. Es war ein n a t ü r l i c h e r Prozeß, der vor allem ökonomisch bedingt war: Angesichts der fallenden Getreidepreise wurden die schlech-teren Böden, die die Rentabilität der bäuerlichen und grundherrlichen Wirtschaft nicht mehr gewährleisteten, aufgegeben. Von Fehlsiedlung zu sprechen, halte ich für verfehlt.¹³ In Zeiten der Hochkonjunktur im Konnex mit Landesausbau rentierten sich auch die geringerwertigen Böden. Wo es sich später wieder lohnte wie im 16. und im 18. Jh., rekultivierte man die in den Zeiten der Agrarkrise aufgegebenen Bö-den, und wenn sie nicht mehr ergiebig genug waren, wurden sie aufgeforstet (das geschieht heute noch). Als sekundäre Erscheinung verschärfte wiederholte Kriege und Raubüberfälle den Wüstungsprozeß, vor allem in Grenzgebieten.

Aller Grund und Boden, ob besiedelt oder unbesiedelt, hatte einen oder mehrere Feudaleigentümer, es gab kein herrenloses Land. Aber die Feudalherrschaft, selber im Strudel der Krise, erlebte eine tiefgreifende personale und strukturelle Umwand-lung. Die flächendeckende besitzgeschichtliche Analyse ergab, daß zwar die Feuda-lität, Adel und Geistlichkeit, einen enormen Zuwachs an Grundbesitz erfuhr, da der permanent geldknappe Landesherr (in fast allen deutschen Territorien) die Vergabe von Feudaleigentum und -rechten in dieser Zeit in großem Umfang fortsetzen muß-te, aber Konstanz in den konkreten Besitzverhältnissen gab es vorrangig nur bei den Stiften und Klöstern, während innerhalb der Ritterschaft die Fluktuation das bestim-mende Merkmal war. Vom gesamten mittelalterlichen Adel der Uckermark finden sich, gemessen an der Zahl der Familiennamen, zu Beginn des 16. Jh. nur noch 6 %. Alle anderen Familien gingen im Verlauf des Spätmittelalters zugrunde, starben aus oder zogen fort. Die überwiegende Mehrheit des in die frühe Neuzeit hinüberwech-selnden Adels bestand aus Familien, die erst im Laufe des 14., vor allem aber des 15. Jh. ansässig geworden waren, darunter die seit dem Ende des 15. Jh. bereits alle anderen Familien ausstechenden Arnims.

Mit anderen Worten: Die detaillierte Aufarbeitung der mittelalterlichen Besitzge-schichte des Feudaleigentums erweist eine ganz eklatante Diskontinuität zwischen dem Hohen Mittelalter und der Frühen Neuzeit, die ihrerseits die These von der Grund-

¹³ Vgl. dazu von seiten der Siedlungsgeographie die neueren wichtigen Arbeiten von Jäger, Helmut, Wüstungsforschung in geographischer und historischer Sicht, in: Geschichtswissenschaft und Archäologie = Vorträge und Forschungen XXII, Sig-maringen 1979, S. 202 f. und Denecke, Dietrich, Wüstungsforschung als siedlungs-räumliche Prozeß- und Regressionsforschung, in: Siedlungsforschung, Bd. 3, 1985, S. 9 - 35.

steinlegung des ostdeutschen Großgrundbesitzes durch die Ostkolonisation und die in dieser Zeit tätige Ritterschaft(14) widerlegt. Flächendeckende Untersuchungen sind auch für die anderen ostelbischen Territorien nötig. Denn zu oft läßt sich mancher noch von einzelnen, meist bekannten Namen leiten, die in älterer und neuerer Zeit vorkommen, und zu dem Schluß einer scheinbaren Kontinuität verleiten. Eine größere Exaktheit bei der Ermittlung der Fakten und ihrer Auswertung unter Zurückstellung liebgewordener Vorurteile tut dem Historiker nicht weniger gut als dem Naturwissenschaftler.

Im engsten Zusammenhang mit der feudalherrlichen Besitzumschichtung und der Schrumpfung der Anzahl der mittelalterlichen Feudalberechtigten von 177 auf 55 um das Jahr 1500, also auf 31 %, vollzog sich die Konzentration und Arrondierung des Realbesitzes. Am Ende des Spätmittelalters waren vor allem die Aufsteigerfamilien zu relativ geschlossenem Besitz gekommen, indem sie von dem verarmenden Adel Besitzanteile aufkauften. Dabei spielte der Erwerb von wüsten Feldmarken eine besondere Rolle. Was für den verschuldeten Adel ohnehin fast wertlos war, weil es keine Feudalrente abwarf, wurde für die Aufsteiger eine günstig zu erwerbende Kapitalanlage, die vorausschauende Rechner langfristig im Hinblick auf eine neue Konjunktur zu schätzen wußten.

Fluktuation war ebenfalls ein Kennzeichen der bäuerlichen Lebensverhältnisse. In Zeiten, in denen noch die Gebäude zur fahrenden Habe zählten, war die Mobilität auch des Landmanns noch stark, besonders in den ökonomisch und politisch gefährdeten Gebieten. Größere Stabilität bestand in den Gegenden mit sehr guten Böden in der Nähe der Städte; die Kartierung der Wüstungen spricht eine klare Sprache. Das bäuerliche Erbzinsrecht bestand weiter. Daneben gab es befristete Nutzung wüster Bauern- und Ritterhufen in Form der Pacht bzw. des später so genannten Laßbesitzes.

3. Das 16. Jh.

Die Anfänge der neuen Agrarkonjunktur werden im Verlauf der zweiten Hälfte des 15. Jh. sichtbar an der Errichtung von Vorwerken auf wüsten Feldmarken, an der Bauernflucht aufgrund erhöhter Dienstforderungen und am Getreideexport. Sie brachten in die Agrarverfassung des Mittelalters Bewegung, ja weitgehende Veränderungen. Der wachsende Getreidebedarf stimulierte den Anbau und die Erweiterung der Ackerflächen wie schon im Hochmittelalter. Doch im Gegensatz zu diesem waren große Teile des nutzbaren Landes im Verlauf des späten Mittelalters in den Besitz und direkten Nutzen der nichtlandesherrlichen Grundherren gekommen. Die im Mittelalter verfallenden Siedlungen wurden nun in den seltensten Fällen wieder als Bauerndörfer aufgebaut. Im Verlaufe des 16. Jh. verschob sich der Anteil des Bauernlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Uckermark weiter zuungunsten der Bauern.

Kontrovers wird in der Literatur nach wie vor die Frage diskutiert, auf welche Weise die Feudalherren ihren gutswirtschaftlich genutzten Landbesitz erweiterten. Spekulationen, ob vorwiegend durch Rekultivierung der wüsten Feldmarken oder durch den Auskauf von Bauernhöfen, durch das Bauernlegen also, sind müßig. Die flächendeckende Analyse der Veränderung des Hufenbesitzes im Verlauf des 16. Jh. bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, d. h. im Zeitraum zwischen 1500 und 1620, den ich zum Stichjahr 1560 noch halbiert habe, liefert ziemlich exakte Ziffern. Von

14 Harnisch, S. 224, und ebenso hypothetisch, da auf Harnisch bezugnehmend, Münch, Ernst, Volle Entfaltung des Feudalismus in Mecklenburg. Überlegungen zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Vergleich zur nationalgeschichtlichen Entwicklung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bd. 36, 1987, Gesellschaftswiss. Reihe, 10, S. 5 - 11.

den 2 880 Hufen, die sich die Gutswirtschaft im Verlauf dieser 120 Jahre zusätzlich zu den bereits in ihrem Besitz befindlichen 2 028 Hufen ihrer Eigenwirtschaft einverleibte (also das knapp Anderthalbfache der Ausgangsgröße), von diesem Zuwachs stammten 60 % aus dem Fonds der wüsten Feldmarken, 40 % aus dem Bauernlegen. Der Prozeß vollzog sich jedoch gegenläufig: Bis 1560 waren bereits fast 60 % des Gesamtlandzuwachses erreicht (1 703 Hufen), davon mehr als 81 % wüste Feldmarken. Von 1560 bis 1620 stammten 71 % des Landzuwachses aus dem Bauernlegen.

Das findet seine Erklärung in folgendem: Die Wüstungen waren lehnsrechtlich verbrieftes Feudaleigentum. Es wurde zuerst und in größerem Umfang wieder gutswirtschaftlich genutzt und in Form von Gutssiedlungen (Vorwerken usw.) anstelle der früheren Bauerndörfer bewohnbar gemacht. Daneben fand auch bereits vor 1560 Verkauf von Bauernhöfen statt, der dem kurmärkischen Adel 1540 bei Bedarf einer eigenen Behausung oder zwecks Ausweisung "mutwilliger" Bauern vom Landesherrn zugestanden worden war. Obwohl bis zur Mitte des Untersuchungszeitraums der "Vorrat" an Ortswüstungen noch keineswegs erschöpft war (20 % der Gesamthufenzahl der Uckermark waren um 1560 immer noch wüst), zog die Feudalherrschaft in der Folgezeit das Bauernlegen vor, d. h. die Aneignung funktionstüchtiger Bauernhöfe mit durchkultiviertem Nutzland zum billigen Zeitwert, der teuren Rekultivierung von Flurwüstungen und dem kostspieligen Neubau der benötigten Wirtschafts- und Wohngebäude. Hinzu kommt, daß die nun noch verbliebenen Wüstungen überwiegend von minderer Bodengüte waren, so daß sich der Ackerbau großen Stils nicht rentierte,⁽¹⁵⁾ dagegen aber die Nutzung als Weide und Mastland sowie, je nach Alter und Güte des dort stockenden Waldbestandes, als Holzung mit eigenständigem Wirtschaftswert. Die Ackerbaunutzung auf besseren Böden wurde durch divergierende Hütungs- und andere Rechte Dritter (Feudaler und auch Bauerngemeinden) gehemmt.

Das Verhältnis von Bauern- und Gutsland verschob sich in eklatanter Weise: Um 1500 war der Anteil von Dorfhufen zu Ritterhufen am kultivierten Land wie 4 : 1, 1560 wie 2,3 : 1, 1620 nur noch wie 1,5 : 1. Bezieht man aber die verbleibenden wüsten Feldmarken (1620 noch 17,8 % des Gesamtareals) mit ein, die größtenteils von den Feudalherren genutzt wurden, ist um 1620 das tatsächliche Verhältnis 1 : 1. Dieses Ergebnis weicht von früheren Berechnungen, z. B. Siegfried Korths⁽¹⁶⁾, ab, weil es den gesamten mittelalterlichen Hufenbestand (ausgenommen den der Immediatstädte) berücksichtigt, während Korth und andere als Ritterhufen nur summieren, was sich in den Quellen auch so nannte. Damit fielen aber aus der Berechnung die zahlreichen, schon im Schoßkataster von 1624 nur noch als "Ritterfreistaat" ausgewiesenen Ländereien heraus, die die Gutsherren bereits vor dieser Zeit, in einer Art "nullter" Separation, vom verhuften Ackerland separiert hatten. Kraft ihrer selbstherrlichen Verfügung über Grund und Boden konnten sie nicht nur selbiges tun, sondern sich auch zugleich das beste Land in bester Lage selbst zuweisen, Ritterhöfe in Dörfern schlechter Bodenqualität aufgeben und in bisher reinen Bauerndörfern ihrer Gerichtsherrschaft mit guten Böden ganz neue Gutsbetriebe errichten. Ebenso vereinnahmten sie, dazu nun allerdings keineswegs legitimiert, auch Kirchen- und Pfarrländereien.

15 Vgl. Boetticher, Manfred von, "Nordwestdeutsche Grundherrschaft" zwischen Frühkapitalismus und Refeudalisierung, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Bd. 122, 1986, S. 216 f.: Die Marktpreise der nordwesteuropäischen Importländer setzten die Gutswirtschaften unter Druck und erforderten Billigproduktion im Osten.

16 Korth, Siegfried, Die Entstehung und Entwicklung des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Eine Untersuchung auf siedlungsstatistischer Grundlage aus sieben Kreisen der Mittel- und Uckermark von 1375 - 1860, math.-nat. Diss., Göttingen 1952 (Ms.).

Also: Nicht "a priori" gegebene schlechtere Besitzqualität der Bauern in der Uckermark, wie es z. B. Hartmut Harnisch wiederholt behauptet, ohne es je bewiesen zu haben,(17) und für die es, wie gesagt, keinerlei Anhaltspunkte gibt, begünstigten die Ausweitung des Gutslandes, sondern die der Feudalität gewährten Privilegien, die in der Uckermark deshalb besonders stark zum Tragen kamen, weil sich hier die Bestböden der Mark (z. T. wie Bördeböden) konzentrierten.

Daß diese ungemein vergrößerten Gutsbetriebe einen gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften hatten, ist bekannt. Die Uckermark war auch nach Überwindung der Agrarkrise keine Region mit Bevölkerungsüberschuß. Das Gesinde blieb rar und teuer. Die Sicherung der Arbeitskräfte geschah auf dem Zwangswege, anfangs mit landesherrlicher Unterstützung; Beschränkung der Freizügigkeit (doch nicht völlige Unfreiheit), Gesindezwangsdienst der Untertanenkinder, vor allem aber durch die mehr oder weniger unbeschränkte Verfügung über die Arbeitsrente. Diese war Teil des Lehnbesitzes und in der Regel nicht spezifiziert, also auch nicht gemessen. Um 1500 bedeutete das noch für einen großen Teil der Bauern eine kaum spürbare Belastung, in der Regel nur wenige Tage im Jahr. Kraft ihrer Zwangsmittel konnte die Feudalität diese Dienste im Verlauf des Jahrhunderts von wenigen Tagen im Jahr auf einige Tage pro Woche vervielfachen, wobei auch die einst übliche Speisung der Dienstleistenden meistens entfiel. Zahlreiche Quellenbelege weisen aber auch für die Uckermark aus, daß die Bauerngemeinden diese enorme Erhöhung der Feudalrente nicht widerstandslos hinnahmen. Es fand kein Bauernkrieg statt, aber die Vielzahl beharrlicher, auch gegen rabiate Gewaltanwendung der Feudalherren gewandte Abwehrreaktionen, die nicht als illegal gebrandmarkt und verboten werden konnten, spricht für die moralische Kraft der bäuerlichen Agrarproduzenten.

Seit der Mitte des 16. Jh. hörten die landesherrlichen Zugeständnisse an den Adel auf. Die sich immer mehr festigende Landesherrschaft begann vielmehr unter dem Drängen der Städte und bürgerlicher Berater, den ihre Privilegien allerorten übermäßig ausnutzenden Feudalherren entgegenzutreten. Rechte wie die zum Auskauf der Bauergüter konnten zwar nicht ohne weiteres entzogen, aber ihre eigennützige Handhabung auch auf Kosten des Staates, d. h. vor allem des Steueraufkommens, unter Kontrolle gebracht werden.

Die bäuerlichen Rechts- und Sozialverhältnisse wurden im 16. Jh. von dem wachsenden feudalherrlichen Druck geprägt. Das vom Mittelalter her in den besetzt gebliebenen Dörfern (in der Uckermark 60 % des hochmittelalterlichen Bestandes) tradierte Erbzinsrecht an den Bauern- und Kossätenstellen, d. h. das frei verkäufliche Eigentum an Gebäuden und Inventar, verbunden mit dem erblichen Nutzungsrecht am dazugehörigen Land, bestand nachweislich in der Uckermark weiter (belegt einerseits durch den Auskauf, andererseits durch Hofübergabeprotokolle). Es war aber hier wie in der übrigen Kurmark durch das Auskaufsrecht der Gutsherren gefährdet. Ausgekaufte Höfe wurden, wenn nicht vom Junker selbst benutzt, an den vormaligen Besitzer oder an andere zur Nutzung übergeben. Das war dann nur noch Laßbesitz. Dieser breitete sich auch dort aus, wo erbenlose oder wüste Bauernhöfe zum Herrenhof eingezogen und bei Bedarf ausgetan, verfallenen Höfe vom Gutsherrn aufgebaut und bewehrt worden waren.

Die Verschärfung der Produktions- und Abhängigkeitsverhältnisse wurde in der Uckermark noch dadurch begünstigt, daß sie an Mecklenburg und Pommern grenzte und daß seit dem Spätmittelalter etliche uckermärkische Gutsherren sowohl dort wie in der Mark Brandenburg ansässig waren, Familien wie die Ramins und Eickstedts hohe Ämter am pommerschen Hof zu Stettin bekleideten und faktisch zwei Landesherren dienten und zwei Landständen angehörten. Das machten sie sich zunutze, nachdem sich seit dem frühen 16. Jh. über Ostholstein, Teile Mecklenburgs und Pommerns die Leibeigenschaft, schlechtes Besitzrecht der Bauern und ungemessene Dienste teils eingebürgert hatten, teils rechtskräftig geworden waren. Versuche der Ramins, Ana-

17 Harnisch, S. 230 f.

loges in ihrer uckermärkischen Herrschaft Brüssow einzuführen, scheiterten Ende des 16. Jh. noch am heftigen Widerstand der Ackerbürgergemeinde zu Brüssow. Kurz vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges aber riskierte ein v. Eickstedt vor dem Kammergericht in Berlin im Prozeß eines einzelnen Bauern gegen ihn, ihm das Wegzugsrecht mit dem Vorgeben abzustreiten, des Orts in seinen Gerichten herrsche die Leibeigenschaft, die den Bauern gar nicht berechtigte, auch nicht gegen Loskaufgeld und Gewährsmann, die Herrschaft zu verlassen. Da das dem verblüfften Bauern wohl doch die Sprache verschlug, sahen die Richter sich nicht genötigt, dieses behauptete Ortsrecht in Zweifel zu ziehen. Hätte der Bauer es angefochten, wäre eine Untersuchung an Ort und Stelle erfolgt und der Prozeß anders ausgegangen. Denn für die Leibeigenschaft als Landesrecht gab es in der Mark Brandenburg keinerlei konstitutionelle Anhaltspunkte. In die Uckermark wurde sie kurz vor dem Kriege auf individuellem Wege schlicht importiert. Gleichzeitig sind am Beginn des 17. Jh., als die Verschuldung des Adels und auch von Bauern fortschritt, vermögende Bauern belegt, die im Dorf und in der Stadt Eigentum erwarben und sich auf diese Weise vom feudalen Druck befreiten.

Die sich verschlechternde Lage des Adels, ein weiteres Ergebnis der flächendeckenden Analyse, führte zu weiterer Besitzkonzentration. Um 1500 befanden sich 57 % der rund 204 adligen Orte im Vollbesitz jeweils eines Geschlechts, um 1600 waren es 76,5 % von 248 adligen Orten. Ein Fünftel aller feudalabhängigen Orte der Uckermark gehörte um 1600 der Gesamtfamilie v. Arnim (um 1500 waren es 8,8 %).

4. Das 17. Jh.

Es bedeutete für das Feudalsystem eine neue, tiefgreifende, für viele Adlige auch eine existentielle Krise. Sie hatte sich bereits Ende des 16. Jh. angebahnt, spitzte sich durch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges mit seinen enormen Menschenverlusten und Zerstörungen Mitte des 17. Jh. so zu, daß der größte Teil des Feudaladels am Abgrund stand. Der Modus des Wiederkaufrechts bewahrte viele vor dem Totalverlust. Im Raum der Uckermark wechselten von 1624 bis 1700 in 80 Orten, d. h. bei 25 % aller Orte, die Besitzerfamilien völlig. Ähnliche Analysen stehen für andere märkische Gebiete noch aus; daher wird die Krise bisweilen verharmlost.

Zwei Tatsachen hemmten den Wiederaufbau in der Uckermark nach dem Kriege mehr als anderswo: die Grenzlage zu Schwedisch-Vorpommern, die zur erneuten Schädigung und Zerstörung im schwedisch-polnischen und brandenburg-schwedischen Krieg in der zweiten Hälfte des 17. Jh. führte, und die Durchsetzung der Leibeigenschaft mit Hilfe landesherrlicher Zugeständnisse (Landtagsrezeß von 1653), also einer besonders rigiden personellen Abhängigkeit vom Gutsherrn.

Nun ergab die Bestandsaufnahme nach dem Kriege, daß nur rund 10 % aller bäuerlichen Hofstellen der Vorkriegszeit um 1650 besetzt waren. Zum größten Teil zerstört waren auch die feudalen Wohn- und Wirtschaftsgebäude und das Inventar. Es fehlte an Menschen und Geld zum zügigen Wiederaufbau. Geflüchtete und inzwischen anderswo etablierte Bauern verzichteten auf ihr zerstörtes Erbe in der Uckermark, andere schreckte die Leibeigenschaft ab; freie Bewerber um Hofstellen mußten sich untertänig geben und taten es auch, wenn sie mittellos waren.

Eins aber hatte der Bauer dem Feudalherren voraus: seine Arbeitskraft, mittels derer er viel schneller wieder eine Existenz aufbauen und Totalverluste wettmachen konnte als die hochverschuldete, auf Pächter (mit eigenem Inventar) und Arbeitskräfte angewiesene Feudalität. Verfügte der Bauer über gewisse Betriebsmittel, dann konnte er der mittellosen Herrschaft, die Feudalrente von ihm erwartete, Forderungen stellen. Meine Untersuchungen haben ergeben, daß sich in der Uckermark parallel zur offiziell deklarierten Leibeigenschaft nach dem Dreißigjährigen Krieg der Status persönlicher Freiheit und Freizügigkeit verbreitete, indem Aufbauwillige wüste

Hofstellen und Land zur Wiederbewirtschaftung mit der nachdrücklichen, schriftlich zugesicherten Bedingung annahmen, jederzeit mit ihrer Familie den Hof wieder aufkündigen und ohne Behinderung woanders ihr Glück suchen zu können.

Neben dem z. T. weiter bestehenden Erbzinsrecht (vor allem in den Domänen) werden zwei Tendenzen der Hofübernahme bzw. Hofübertragung erkennbar, die dann im 18. Jh. für die Uckermark charakteristisch waren. Den Pionieren des Neuanfangs standen allenthalben die günstigen Bedingungen der Freijahre offen. Bedangen sie sich persönliche Freiheit aus, bedeutete das in der Regel auch eine zeitliche Begrenzung der Stellennutzung, die in beiderseitigem Übereinkommen verlängert werden konnte. Bauernhöfe, die Eigentum der Herrschaft waren wie die Vorwerke, wurden wie diese auf Zeit an Freie verpachtet. Von den Pächtern aus eigenen Mitteln aufgebaute Gehöfte wurden ihnen bei ihrem Wegzug unter Anrechnung der Freijahre vergütet. Hofannehmer, die unbefristet auf dem Hof bleiben wollten, wurden in der Regel untertänig, wobei diese Untertänigkeit schon gegen Ende des 17. Jh. und zunehmend mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl und einer gewissen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt weniger streng gehandhabt wurde.

Auf diese Weise bildeten sich im wesentlichen zwei bäuerliche Nutzungsrechte heraus, die zugleich für die Feudaleigentümer kennzeichnend sind: die Vergabe von landesherrlichem Land nebst dazugehörigen Stellen in den Amtsdörfern zu lassischem Recht, d. h. zu unbefristetem, de facto aber erheblichem Nießbrauch; die Vergabe von ritterschaftlichem Eigentum pachtweise auf Zeit, und dieses nun auch im 18. Jh. nicht nur an Freie, sondern auch an die Leibeigenen bzw. Untertanen, solange es sie noch gab. Gleiches praktizierten die Kämmerereien im städtischen Feudalbesitz. Bis auf wenige Ausnahmen, wo Bauern Erbeigentümer ihrer Stellen waren, bestand also Eigentum nur noch an der überzähligen Hofwehr, ggf. (mit Einschränkungen aufgrund der Freijahre) an den Gebäuden. Infolge der mehrmaligen Kriege in der zweiten Hälfte des 17. Jh. waren die Bauern so verarmt, daß sie Eigentum nur selten aufrechterhalten, ja vielmehr an Eigentum bei derlei Umständen gar nicht interessiert sein konnten. Einkommen und Unterhalt erwarb man auch im Laßbesitz bzw. als Pächter.

5. Das 18. Jh.

Das zentrale Problem der Bauern im 18. Jh. wurde die Arbeitsrente. Die Leibeigenschaft verlor mit der weiteren Entspannung auf dem Arbeitskräfte Markt ihren rigiden Charakter. Die genannten Besitzrechtsverhältnisse spielten sich ein, wobei auch nach spürbarem Wirtschaftsaufschwung im zweiten Drittel des 18. Jh. unter den Bauern der Trend, juristisches Erbrecht an ihren Hofstellen zu gewinnen, noch wenig ausgebildet war. Der Anreiz war angesichts der hohen Belastung mit Steuern und Feudalrente zu gering.

Um 1700 waren sowohl im Domanial- wie im Ritterschaftsbereich, wo sich die Gutswirtschaft allmählich zu erholen begann, grundsätzlich noch Naturaldienste gefragt und behauptetermaßen (als ein Junktim der Leibeigenschaft) mit Anspruch auf volle sechs Wochentage. Im Domanium bot die Erbpacht, die im ersten Jahrzehnt des 18. Jh. eingeführt wurde, den Bauern die Chance, die Naturaldienste abzulösen, und einigen Dörfern gelang es auch durchzusetzen, daß sie nach Aufhebung der Erbpacht nicht wieder eingeführt wurden. In den meisten anderen Ämtern aber kämpften die Bauern bis zum Ende des Jahrhunderts vergebens, so daß sie z. T. noch vier bis fünf Tage wöchentlich zu Hofe dienen mußten.

Das ist bekannt.(18) Nicht bekannt ist jedoch, wie sich die Arbeitsrente in großen Teilen des ritterschaftlichen Bereichs entwickelte, zu dem im 18. Jh. immer noch zwei Drittel der feudalabhängigen Bauern und kleinstädtischen Bürger gehörten. Eine annähernd flächendeckende Erfassung und Analyse des einschlägigen Quellenmaterials ergab Aussagen zu immerhin zwei Dritteln des ritterschaftlichen Sektors. Die Daten von 79 Dörfern lassen sich in drei Gruppen klassifizieren: 1. relativ hoher Anteil der Naturaldienste an der gesamten Feudalrente, 2. Ergänzung der Geld- und Produkterente durch sog. Bei- oder Nebendienste, 3. ausschließlich Dienstgeld anstelle der Naturaldienste.

Die erste Gruppe umfaßt 17 Orte (21,5 %), die z. T. im 17. und zu Beginn des 18. Jh. noch vollen Wochendienst leisten mußten. Während des 18. Jh. wurden die Dienste dann aber durchgehend so modifiziert, daß kein Bauer mehr als drei Tage wöchentlich, meist nur zwei Tage zu leisten hatte. Ungemessene Dienste gab es überhaupt nicht mehr. Die zweite Gruppe umfaßt 38 Dörfer (48,1 %), wo infolge stark ausgebildeten gutsherrlichen Eigenbetriebs die Bauern schon einen hohen Satz an Dienstgeld zahlten und daneben noch zu begrenzten, definierten Beidiensten von wenigen Tagen im Jahr bis höchstens anderthalb pro Woche verpflichtet waren. Die dritte Gruppe umfaßt 24 Orte (30,4 %), wo überhaupt nur noch Dienstgeld zu erlegen war, charakteristischerweise in Dörfern mit grundherrlichem Splitterbesitz.

Die meisten der 79 Orte gehörten geographisch in das Gebiet der fruchtbaren Uckermark mit ihren großen Gütern. Das Untersuchungsergebnis erscheint für die Uckermark repräsentativ. Das bedeutet, daß die drückendste Feudallast, der Frondienst in natura, in der (ritterschaftlichen) Uckermark mit seiner so ausgeprägten Gutsherrschaftsstruktur im 18. Jh. weitgehend abgelöst wurde. Nur so ist die Aussage des Uckermärkischen Kreisdirektoriums auf die Frage der Kammer von 1780, wie die Dienste besser einzurichten wären, zu verstehen: Es gäbe daran nichts zu ändern, sie reichten ohnehin nicht aus. Nicht weil die Bauern schon bis an die Höchstgrenze ihrer Leistungskraft ausgepowert wurden, sondern weil die Gutsherrschaft, anfangs gezwungenermaßen mangels bäuerlicher Arbeitskraft, später aus betriebswirtschaftlich-rationellen Gründen sich mehr und mehr auf Eigenbetrieb umgestellt hatte, Eigenbetrieb mit eigenem Gesinde, vor allem aber mit Hilfe der vielen relativ kostengünstig angesetzten Hausleute und Tagelöhner, die zu einem unbezahlten Dienst-Tag in der Woche verpflichtet waren, Eigenbetrieb also auf Kosten der dritten, der landarmen und landlosen Schicht.

Die Ritterschaft sprach das 1741 ganz freimütig aus, als der König forderte, daß sie die zu den Vorwerken gezogenen kontribuablen Höfe und Hufen aufbauen und mit Bauern besetzen sollte: Das käme sie teurer als die Ansetzung von Tagelöhnern und "beweisem Gesinde"; die von den Bauern zu fordernde Feudalrente "verinteressiere" sich nicht. Außerdem hatte sich die Unrentabilität der schlechtgeleisteten Bauerndienste (Kenner bewerteten bereits Mitte des 18. Jh. das Leistungsverhältnis von Bauerngespann zu Eigengespann wie 1 : 6 bzw. 1 : 7) nicht nur im Domanialbereich herumgesprochen. Doch Tatsache ist, daß es im königlichen Grundeigentum nicht gelang, hierin eine grundlegende Wende herbeizuführen. Denn die Amts- und Vorwerkspächter bestanden auf den Naturaldiensten, die ihnen nach der Kammertaxe, d. h. weit unter Wert, angeschlagen wurden. Für diese Summe hätten sie niemals das benötigte Gesinde entlohnen können.(19) Die privatwirtschaftlich gelenkten Guts-

18 Vgl. Vogler, Günter, Die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente in Brandenburg vom 15. bis 18. Jahrhundert. Eine Analyse für das kurmärkische Domänenamt in Badingen, in: Deutsche Agrargeschichte des Spätfudalismus, hg. v. Hartmut Harnisch u. Gerhard Heitz, Berlin 1986, S. 278 - 309 (zuerst in: JWG, 1/1966, S. 142 - 174).

19 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer, D. 12360, fol. 3 f., Bericht eines Kriegsrats von 1776, wonach der jährliche Dienst eines Bauern im Amt Gramzow dem Vorwerkspächter auf 34 Taler angeschlagen, tatsächlich jetzt aber 100 bis 120 Taler wert sei.

betriebe hingegen stellten sich auf den Faktor der Arbeitsproduktivität schneller ein.

Allerdings hatte der Staat eine wichtige Aktie im Spiel, die die Abschöpfung des bäuerlichen Mehrprodukts durch die Feudalherren zwangsläufig nach oben hin begrenzte. Die staatliche Steuer einschließlich der für das Militär aufzubringenden Leistungen - auch dies ergab eine Analyse - erreichte bis zu 45 % der bäuerlichen Gesamtbelastung; sie kam in extremen Fällen fast der Feudalrente gleich. An ihr war nun überhaupt nicht zu rütteln, und sie hatte gegenüber allen anderen Lasten absolute Priorität.

Die Lebensbedingungen des 18. Jh. waren für die Bauern hart, und doch konnten sie unter der so beschaffenen doppelten Ausbeutung Chancen finden und nutzen, um wirtschaftlich zu erstarren. Das wegen seiner Unbeständigkeit keineswegs optimale Besitzrechtsverhältnis der Zeitpacht, das allerdings, zahlreich belegt, Besitzkontinuität nicht ausschloß, bot wiederum besonders Tüchtigen Anreiz zu hoher Arbeitsleistung und Ansatzpunkte zur Vermögensbildung. Diese war zunächst in der eigenen Hofwehr angelegt, deren Erwerb mit der Dienstablösung einherging. Zahlreiche Zeitpächter kauften als nächsten Schritt auf dem Wege zu Eigentum an Immobilien die von ihnen genutzten Gebäude, was ihren Hofbesitz wesentlich stabilisierte, bis dann auch die wohlhabendsten sich nach Jahrzehnten dauerhaften Friedens und Preisanstiegs die gesamte Hofstelle einschließlich des Hufenlandes kauften.

Seit dem zweiten Drittel des 18. Jh. gab es in der Uckermark eine begrenzte Anzahl schriftsässiger Bauern, von denen einige sogar die Zaungerichtsbarkeit über den Hof erwarben, so daß sie nun völlig unabhängig von der Feudalherrschaft waren. Der Siebenjährige Krieg stoppte diesen Trend. Danach lebte er wieder auf, und die Vermögensbildung schlug sich in weiterem erblichen Kauf der Zeitpachthöhe nieder, zu Preisen bis zu 5 000 Talern, daneben aber auch in Darlehen an verschuldete Feudalherren in Höhe von 1 000 Talern und mehr oder aber in der Umwandlung der Zeit in Erbpacht, die ebenfalls mehrere hundert Taler Kaufgeld erforderte. Der Trend wurde unübersehbar und bedeutete realiter eine partielle Vorwegnahme der bürgerlichen Agrarreformen, bedeutete eine individuelle Bauernbefreiung auf ökonomischem Wege. Daß viele Bauern Vermögen auch durch Pacht von Vorwerken erwarben, die in einem Fall sogar den Eigentumserwerb eines Rittergutes möglich machte, sei nur am Rande vermerkt; letzteres war wohl auch eine Ausnahme. Typisch aber war die bedeutende Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Bauern,⁽²⁰⁾ mit der sie die feudalen Lasten nicht nur auffangen, sondern auch für sich und ihre Familien einen besseren Lebensstandard erwirtschaften wollten. Daß reale Möglichkeiten dafür bestanden, belegen die nachweislichen Fälle des sozialen und rechtlichen Ausbruchs von Bauern aus der Feudalabhängigkeit.

Ich möchte zusammenfassend die fünf Perioden unter dem Aspekt der Feudalherrschaft charakterisieren, Feudalherrschaft im Sinne von Herrschaft eines Feudaleigentümers über Feudalabhängige mittels Gerichtsbarkeit:

Im hochmittelalterlichen Kolonisationsgebiet ist sie ursprünglich identisch mit Landesherrschaft. Ritterhöfe, Ritterhufen, Anteil an der Feudalrente implizierten keine Herrschaft. Der Bauer war frei und zu Erbzinsrecht angesetzt.

Im Spätmittelalter ging die Feudalherrschaft massenhaft an die Ritterschaft über, teils mit, teils ohne eigenen Grundbesitz.

Im 16. Jh. verband sich Feudalherrschaft sehr oft mit eigener Gutswirtschaft, gestaltet überwiegend als Teilbetrieb mit bäuerlicher Arbeitsrente unter Einschränkung der bäuerlichen Rechtsverhältnisse.

20 So schon Müller, Hans-Heinrich, Der agrarische Fortschritt und die Bauern in Brandenburg vor den Reformen von 1807, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4/1964, S. 629 - 648, Wiederabdruck in: Deutsche Agrargeschichte des Spätfeudalismus, Berlin 1986, S. 186 - 212.

Während des 17. Jh. spitzte sich die Feudalherrschaft durch die persönliche Verfügung über die Bauern als Leibeigene oder Erbuntertanen zu. Gleichzeitig zwang die Kriegskatastrophe, der Mangel an eigenen Mitteln und bäuerlichen Arbeitskräften zum Eigenbetrieb mit Tagelöhnern und zur Verpachtung der Bauernhöfe an Freie.

Im 18. Jh. blieb die Feudalherrschaft als Gerichtsherrschaft über die Untertanen und Freien im Prinzip bestehen. Die Betriebsorganisation des Feudalherrn verlagerte sich jedoch vom Teilbetrieb zum Eigenbetrieb mit hoher monetärer Feudalrente der Bauern. Gleichzeitig fand Vermögensbildung der persönlich meist freien Zeitpächter statt und Eigentumswerb an den Betriebsmitteln, Gebäuden und schließlich am ganzen Bauernhof durch Bauern bis hin zur vollen Befreiung von der Feudalherrschaft.

Als Forschungsdesiderat bleibt nach meiner Sicht, daß methodisch derlei Untersuchungen und Analysen auch für andere Teilgebiete der Kurmark (und darüber hinaus) erfolgen. Die Problematik der Quellenlage besteht nicht so sehr im Mangel oder in der Lückenhaftigkeit, sondern im Mangel an griffigen, möglichst schon vom Urheber aufbereiteten Daten. Doch das muß eben die Forschung leisten: zeitgenössische Quellen induktiv und flächendeckend aufzuspüren und auszuwerten, um jede Epoche und ihre Dynamik aus ihren jeweiligen ganz konkreten Bedingungen verstehen und erklären zu können, um bisher punktuell gewonnene Einsichten und Urteile nachhaltig zu prüfen, ihren Wahrheitsgehalt zu bestätigen, in Frage zu stellen oder zu korrigieren und auf diese Weise der historischen Wahrheit näherzukommen.

Blei und Holz für den Saalfelder Bergbau in der Mitte des 16. Jh.

Versorgungsprobleme eines kleinen Reviers

von Wieland Held

Über die Geschichte des relativ kleinen Bergbau- und Hüttenreviers Saalfeld in der frühen Neuzeit gibt es bis heute keine größere zusammenfassende Darstellung. Dabei liegt im Staatsarchiv Weimar im Bestand des Ernestinischen Gesamtarchivs unter der Registrande T ein ziemlich geschlossener Fundus zum Saalfelder Bergwesen, der sich recht gut durch einige im Stadtarchiv Saalfeld verwahrte Akten, wie Steuerkataloge, Ratsrechnungen, Erb- und Gerichtsbücher, Häuserverzeichnisse, Ratsprotokolle oder Sal- und Lehnbücher, ergänzen und mithin zu einer umfassenderen Untersuchung verarbeiten ließe. So kann die Forschung nach wie vor nur auf den 22 Druckseiten umfassenden Aufsatz von Günther Schmidt aus dem Jahre 1933 und den kurzen, aber wertvollen Beitrag von Elisabeth Schwarze von 1965 über die Auswirkungen des Saalfelder Bergbaues auf die soziale und ökonomische Lage der Stadt zurückgreifen.⁽¹⁾ Nun hatte der Kupferschieferbergbau und die sich hernach anschließende Verhüttung zu Silber und Garkupfer in der und um die Saalestadt gegen Ende des 15. Säkulums und im besonderen im 16. Jahrhundert bei weitem nicht die Relevanz und die Fernwirkung aufzuweisen, wie sie zu jener Zeit von der erzgebirgischen Silbererzgewinnung oder vom Mansfelder Kupferrevier ausgingen. So erheischen die sich in den beiden zuletzt genannten Berg- und Hüttenrevieren in der frühen Neuzeit abzeichnenden frühkapitalistischen Entwicklungen schon bald umfassendere Darstellungen, wie die Arbeiten Walter Mücks, Walter Möllenbergs, Erich Paternas, Ekkehard Westermanns, Ingrid Mittenzweis und Adolf Laubes⁽²⁾ beweisen.

- 1 Vgl. Günther Schmidt, Saalfeld als Bergstadt im 16. und 17. Jahrhundert, in: Festschrift Valentin Hopf zum achtzigsten Geburtstag 27. Januar 1933, Jena 1933, S. 176 - 198; Elisabeth Schwarze, Auswirkungen des Saalfelder Bergbaus auf soziale Struktur und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Stadt und Amt Saalfeld Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 14. Jg., 1965, H. 3, S. 455 - 457.
- 2 Vgl. Walter Mück, Der Mansfelder Kupferschieferbergbau in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung, Bd. 2, Leipzig 1910; Möllenberg, Walter, Das Mansfelder Bergrecht und seine Geschichte, in: Forschungen zur Geschichte des Harzgebietes, Bd. 3, Wernigerode 1914; Paterna, Erich, Da stunden die Bergkleute auff. Die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter im 16. und 17. Jahrhundert und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen, Bd. 1 und 2, Berlin 1960; Westermann, Ekkehard, Das Eislebener Garkupfer und seine Bedeutung für den europäischen Kupfermarkt 1460 - 1560, Köln/Wien 1971; Mittenzwei, Ingrid, Der Joachimsthaller Aufstand 1525. Seine Ursachen und Folgen, Berlin 1968; Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546. Seine Geschichte, seine Produktionsverhältnisse, seine Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen und Klassenkämpfe in Sachsen am Beginn der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, Berlin 1974.

In den beiden stadtchronikalischen bzw. stadtgeschichtlichen Darstellungen wird der Bedeutung Saalfelds als frühneuzeitliches Bergzentrum nur en passant gedacht.(3) Und Werner Fischer widmet in seiner Dissertation aus dem Jahre 1982 über Berg- und Hüttenwesen in Thüringen bis 1525 dem von Saalfeld und Umgebung auch nur einen sehr knapp bemessenen Abschnitt.(4) Saalfeld als eine der ältesten städtischen Siedlungen Thüringens erlangte seine frühzeitige zentralörtliche Bedeutung jedoch nicht in erster Linie im Zusammenhang mit dem hier betriebenen Bergbau auf Silber, Kupfer, Eisenstein und andere Mineralien, sondern durch den Tuchhandel und die verkehrsgünstige Lage. Letzterer war es zu danken, daß schon sehr zeitig Kaufleute aus Oberdeutschland, vor allem aus Nürnberg, auf ihren Zügen nach Naumburg, Leipzig und in das Erzgebirge hier regelmäßige Station machten.(5)

Auf einer relativ breiten Terrasse an der Saale läßt sich im Jahre 899 erstmalig ein befestigter fränkischer Hof, genannt "Curia Saluelda", belegen(6), der namengebend für den in Zukunft hier wachsenden Ort wurde. Das Dorf mit seinem Markt erlebte bald den Ausbau zur königlichen Pfalz, und als solche diente sie den ottonischen Kaisern des öfteren als Aufenthaltsort. 1208 wurde der damals bereits als civitas bezeichnete Ort an die Grafen von Schwarzburg verpfändet. Ein Säkulum danach, im Jahre 1313, benennen Quellenzeugnisse Saalfeld als Stadt. Selbige geriet schließlich 1389 in den Besitz der Wettiner(7), die deren wirtschaftliche Prosperität mit Privilegierungen und durch Verleihung diverser Marktrechte in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten förderten.

Der eigentliche Aufstiegs Saalfelds zur Bergstadt erfolgte im Zusammenhang mit der Gründung von Saigerhütten durch entsprechende Finanzierungsgesellschaften in der zweiten Hälfte des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Vorwiegend Kapitalgeber aus Oberdeutschland und Leipzig begründeten im Thüringer Wald seit den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts Hütten, in denen insbesondere aus Mansfelder Rohkupfer durch den Zusatz von Blei im sogenannten Saigerverfahren Silber und Garkupfer gewonnen wurden.(8) In relativ kurzen zeitlichen Abständen schossen Hütten in Gräfenenthal, Schleusingen, Steinach, Schwarzza, Eisfeld, Hohenkirchen, Arnstadt, Ilmenau, Ludwigstadt oder Hasenthal wie Pilze aus dem Boden. Die in diesem Mittelgebirgsland vorhandenen fließenden Gewässer und ausgedehnten Gehölze haben zu dieser Standortentscheidung beigetragen. Der Transport des qualitativ hochwertigen Rohkupfers aus dem Mansfeldischen an die Hänge des Thüringer Waldes verteuerte jedoch die Endprodukte nicht unwesentlich. Deshalb wurden auch mehr und mehr Kupferschieferlagerstätten in größerer Nähe der Saigerhütten interessant. Die in der unmittelbaren Nachbarschaft Saalfelds vorhandenen Kupferschieferflöze gehörten dazu.(9) Die Aktivitäten der Gewerke um die Saalestadt führten schließlich 1512 zur Gründung der ersten frühkapitalistischen Gewerkschaft(10), die die Rohkupferausbringung aus den Gruben gemeinsam organisierte.

3 Vgl. Wagners Chronik der Stadt Saalfeld im Herzogthum Sachsen-Meiningen. Nach des Begründers Tode fortgesetzt von Dr. Ludwig Grobe, Saalfeld 1867; Saalfeld, hg. v. Rat der Stadt Saalfeld in Verbindung mit dem Thüringer Heimatmuseum Saalfeld, Saalfeld 1974.

4 Vgl. Fischer, Werner, Bergbau und Hüttenwesen Thüringens im Zeichen des Frühkapitalismus. Von den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts bis zum Bauernkrieg 1525/26, Diss. A, Jena 1982, S. 131 - 132 (Masch.).

5 Vgl. u. a. Held, Wieland, Saalfeld in der Mitte des 16. Jahrhunderts, T. 1, in: Rudolstädter Heimathefte, H. 9/10, 1987, S. 191.

6 Vgl. Saalfeld, in: Deutsches Städtebuch, hg. v. E. Keyser, Bd. 2, Stuttgart/Berlin 1941, S. 356.

7 Vgl. ebenda, S. 358.

8 Vgl. Westermann, S. 164.

9 Vgl. ebenda, S. 139.

10 Vgl. Staatsarchiv (SA) Weimar, Ernestinisches Gesamtarchiv (EGA), Reg. T 925, Bl. 3; vgl. auch Fischer, S. 131.

Die wettinischen Landesherren partizipierten bekanntlich an den Erträgen des Berg- und Hüttenwesens. Sie nutzten derartige Revenuen auch zielgerichtet zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen(11), insbesondere neben denen, die auf dem landwirtschaftlichen Sektor aus den Ämtern bezogen wurden. So bemühten sich die Ernestiner mit der Verkündung von Bergrechtsprivilegien in Saalfeld in den Jahren 1513, 1530 und 1542, die entsprechenden berg- und hüttenmännischen Unternehmungen an diesem Ort zu fördern und den Neubau von Zechen durch vorübergehende Zehntbefreiungen anzuregen.(12)

Doch dessenungeachtet blieb das Saalfelder Revier auch in den Zeiten seiner größten Prosperität, also in den ersten sechs Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, ein kleines Montanzentrum. Dafür sind nach E. Schwarze die relativ begrenzten Kupferschieferlagerstätten, die mindere Erzqualität und die teilweise recht rückständigen Arbeitstechniken verantwortlich zu machen.(13) Ernüchternd liest sich denn auch der Brief des ernestinischen Amthauptmanns Hans von Dölzke vom Jahre 1546, in dem er seinem Kurfürsten über den miserablen baulichen Zustand zahlreicher Erzstollen sowie über den Mangel an Gewerken und Bergleuten berichtete.(14) Die durch Elisabeth Schwarze vermutete geringe Kupfererzqualität im Saalfelder Raum muß in der Tat auf längere Sicht eine dämpfende Wirkung auf die weitere Ausdehnung des Kupferbergbaus in Stadtnähe und auf die inzwischen auch in Saalfeld beheimatete Saigerverhüttung gehabt haben. Nach einer für die ernestinischen Landesherren in Weimar erstellten Gesamtjahresübersicht, die nahezu zweifelsfrei um das Jahr 1550 zu datieren ist, also einer ausgesprochenen Blütenphase der saalestädtischen Montanwirtschaft zugeordnet werden kann, wird der bescheidene Feinsilberanteil des bei Saalfeld gefundenen Kupfererzes offenbar. Von dem im Berichtsjahr dem Schmelzhandel der Stadt übergebenen 8681,5 Zentnern Erz hatten 7412,5 Zentner, also 85,38 %, einen Silberwert von einem halben Lot. Von den restlichen Erzmengen waren 12,69 %, gleich 1102 Zentner, einlötig, 0,92 %, gleich 80 Zentner, eineinhalblötig, 0,25 %, dem entsprachen 22,5 Zentner, zweilötig und lediglich 0,74 % oder 64,5 Zentner zweieinhalblötig.(15) Diese geringen Silberanteile im einheimischen Erz beschäftigten in jenen Jahren die wettinischen Beamten in der Stadt. Schließlich war allgemein bekannt, daß der wirtschaftlichen Problemen gegenüber aufgeschlossene Kurfürst Johann Friedrich der Ältere eine Versäuerung nur erlaubte, wenn die entsprechenden Kupfererze im mindesten 6 Lot Silbergehalt pro Zentner aufwiesen.(16) Am 2. April 1550 informierte der Saalfelder Bergmeister Illige Wegner die Fürsten in Weimar über das Ergebnis einer Untersuchung, die der Annaberger Montanspezialist Christoph Uttman nach genauer Prüfung des Saalfelder Erzes und des Schmelzprozesses vorgelegt hatte. Wegner schrieb u. a., daß es nach Ansicht Uttmans "unmöglich ist, wider halbe noch ganze bis in zwey lotiger ertz mit solchen grosser un-kost des verpleyhen nutzlich zu arbeiten"(17). Im Erzgebirge wäre nach der Überzeugung des Prüfers bedeutend mehr Kupfer im Stein enthalten als im Saalfelder Gebiet.

- 11 Vgl. SA Dresden, Loc. 9139 "Kriegshändel ... 1546/47", Bl. 453 ff.
- 12 Vgl. SA Weimar, EGA, B 16504¹, Bl. 3 - 5, 40; vgl. auch Mentz, Georg, Johann Friedrich der Großmütige 1503 - 1554, T. 3, Jena 1908, S. 192; vgl. auch Schmidt, S. 179. - Saalfeld zählte um die Mitte des 16. Jh. etwa 2200 Einwohner (vgl. SA Weimar, EGA, Reg. Pp 257, 18), war damit nur eine kleine Mittelstadt.
- 13 Vgl. Schwarze, Elisabeth, S. 456; vgl. ähnlich Fischer, S. 143.
- 14 Vgl. Wagners Chronik ..., S. 412 - 413.
- 15 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1029, Bl. 1 r.
- 16 Vgl. Jaeger, Hans, Der Einfluß des Bergbaus und der Hütten, insonderheit der Kupfer- und Eisenverarbeitung auf die Waldentwicklung in Thüringen, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Deutschen Akademie der Wissenschaften, hg. v. Edgar Lehmann, Neue Folge 27/28, Leipzig 1970, S. 270.
- 17 SA Weimar, EGA, Reg. T 1026, Bl. 6 v.

Und dennoch wurden dieser Erkenntnisse gerade in jenen Jahren gewonnen, in denen die Ernestiner zum letztenmal versuchten, mit Produktionslizenzen und Bergbefreiungen den Montanwirtschaftsbereich in und um Saalfeld in entscheidendem Maße zu fördern. Sollte etwa politischen Terrainverlusten nach der Niederlage des Schmalkaldischen Bundes in der Schlacht bei Mühlberg und nach der Gefangennahme Johann Friedrichs des Älteren im Jahre 1547 mit wirtschaftlichen Protegierungsmaßnahmen im eigenen Machtbereich entgegengewirkt werden? Mit Sicherheit auszumachen ist dies wohl nicht. Gewiß ist demgegenüber, daß im Jahre 1548, also im gleichen Jahr, in dem die Bergmeister Saalfelds Anfang September ihrem Landesherren Johann Friedrich dem Mittleren nach Weimar berichteten, daß durch die Kriegsergebnisse des vergangenen Jahres die Dinge des Bergwerks "in einem grossenn abfall gewest"(18), in der Saalestadt im Auftrag einer Augsburger Gesellschaft ein gewisser Bastian Esse auftauchte.(19) Esse stammte nach einem nicht mehr erhaltenen, aber im Repertorium Reg. T im Staatsarchiv Weimar, Abt. II, Bl. 376, noch verzeichneten Bericht der Bergverantwortlichen von Saalfeld aus Kempten im Allgäu. Er wäre durch Graf Albrecht von Mansfeld zur Förderung von dessen Saigerhüttenbetrieben ins Land geholt worden. Esse hätte sich aber nach den Kriegswirren von 1547 nach Saalfeld begeben und wäre den ernestinischen Beamten dort mit Vorschlägen gekommen, wie die "unartigen, schwarzen unnd geringen kupffer" zu gutem Gar kupfer hätten geschmolzen werden können. Jener Bastian Esse ließ in den Sommermonaten in Saalfeld eine neue Schmelzhütte mit 7 Öfen errichten.(20) Aufgrund zweier Briefe vom Jahre 1549 ist zu ermitteln, daß Johann Friedrich der Ältere im Februar 1548 der Augsburgerischen Gesellschaft in Augsburg den Kupferhandel in Saalfeld verliehen und die ausreichende Versorgung mit Kohle zugesagt hatte.(21)

Wie konsequent die Förderung des Saalfelder Berg- und Hüttenwesens in jenen Jahren von seiten der Weimarer Herzöge betrieben wurde, zeigt im besonderen die am 29. Juli 1549 verfügte neue Bergbaufreiheit, nach der u. a. auf der "Freiheit", dem Platz zwischen der Stadt und dem Kloster, neuankommenden Bergleuten, die keine Bleibe mehr in Saalfeld fanden, gratis Hofstätten zur Verfügung gestellt wurden.(22) Dieser damals zu beobachtende Zuzug von Bergarbeitern wurde durch die Bergverantwortlichen in Saalfeld und die Weimarer Herzöge gern in Kauf genommen und unterstützt. Das zeigt der Umstand, daß die Besitzer der Äcker und Wiesen, auf deren Terrain die neue Bergmannsvorstadt entstand, aus der Amtsrentneri Saalfeld ohne weiteres mit Geld entschädigt wurden.(23) Daß die Stadt an der Saale, deren Berg- und Hüttenzentrum gerade eine erneute Förderung erfuhr, im merkantilen Denken des Landesherrn durchaus Gewicht hatte, zeigt der gegenüber dem Kaufmann Jacob Herbrodt in Augsburg von seiten des damals gefangenen Johann Friedrich des Älte-

18 Ebenda, Reg. T 1038, Bl. 36.

19 Die Augsburgerische Gesellschaft in Saalfeld wird in den Quellen erstmalig am 19. Mai 1548 faßbar. An diesem Tage ersuchte dieselbe Johann Friedrich den Mittleren brieflich um die Versorgung mit Kohlen (vgl. ebenda, Bl. 10 - 11).

20 Vgl. ebenda, Bl. 36.

21 Vgl. ebenda, Reg. T 1048, Bl. 6 - 10.

22 Vgl. Stadtarchiv Saalfeld, Urk. Nr. 151; SA, Weimar, EGA; Reg. T 1047, Bl. 14 r, 18 - 19; Reg. T 1049, Bl. 18 v; Schmidt, S. 179 - 180; Saalfeld, in: Deutsches Städtebuch ..., S. 357; Wagners Chronik, S. 414; Saalfeld, hg. v. Rat ...

23 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1049, Bl. 18 v. - Daß damals Bergleute und vermutlich weitere sozial Entwurzelte auf der Suche nach einer neuen Existenzmöglichkeit nach Saalfeld strömten, beweist ein Brief Herzog Johann Friedrich des Mittleren an seinen Vater vom 4. Juli 1549, wo es u. a. heißt, daß "etzliche gemeine Berg-Leuthe umb hoffstedtenn, unnd das Inen dieselbenn erkaufft werdenn mochten, angesucht" hätten. Damit diese Menschen nicht wieder wegzögen, hatte sich der Weimarer Herzog für eine neue Bergmannssiedlung in Saalfeld entschieden (vgl. ebenda, Reg. T 1047, Bl. 14 r.).

ren offengelegte Plan, Saalfeld gewissermaßen als Gegengewicht zum auf albertinischem Gebiet liegenden Leipzig als Messestadt zu erheben.(24) Dazu dürfte dem Fürsten der wohl in Handelsangelegenheiten bewanderte Herbrodt abgeraten haben.

Auch nach den neuerlichen Privilegierungen Ende der vierziger Jahre des 16. Jahrhunderts wurden Silber und Garkupfer lediglich in zwei Hütten, in der sog. Unterhütte und in der durch die Augsburger Gesellschaft erbauten Neuen Hütte, produziert. Beide Werke betrieben zusammen 13 Öfen bzw. Feuer.(25) Als Zulieferer von Rohkupfererz lassen sich für die damalige Zeit in und um Saalfeld etwa 30 Bergzechen nachweisen.(26) Hier zeigt sich das bescheidene Ausmaß der Saalfelder Montanwirtschaft, wenn man zum Vergleich die über 90 Feuer im Mansfeldischen oder die nach dem Bericht Bastian Esses täglich produzierenden 120 Feuer in Schwaz und Tirol heranzieht.(27)

Dennoch offenbaren die Quellen auch in einem derartig kleinen Montanrevier Versorgungsprobleme. Diese zeigten sich weniger auf dem Sektor der Nahrungsmittelbereitstellung. Es finden sich so auch kaum zeitgenössische Berichte, die auf entsprechende Mangelercheinungen aufmerksam machten. Vielleicht haben die intensiven Stadt-Land-Beziehungen und das relativ vielseitig produzierende Umland(28) von vornherein zu einer Entschärfung der Situation beitragen können. Um so gravierender erweisen sich die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit dem bei der Versäuerung des Rohkupfererzes unentbehrlichen Blei sowie im besonderen bei der kontinuierlichen Beschaffung und dem zügigen Herantransport von Holz bzw. Holzkohle.

Hervorgehoben sei zunächst, daß sich die Aussagen unserer Untersuchung nicht in erster Linie auf exakte, quantifizierbare Daten, Zahlen und Fakten gründen lassen, sondern auf Korrespondenzen(29) zwischen den ernestinischen und kommunalen Beamten in Saalfeld einerseits und dem herzoglichen Hof in Weimar andererseits bzw. auf Briefe, die zwischen dem in kaiserlicher Gefangenschaft weilenden ehemaligen sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich dem Älteren und seinem Sohn, Herzog Johann Friedrich dem Mittleren, getauscht wurden. Der Briefwechsel entstand zwischen den dreißiger und sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts. Er widerspiegelt mithin die Verhältnisse einer Blütezeit im Berg- und Hüttenrevier des Saalfelder Raumes. Schon allein deshalb darf er die volle Aufmerksamkeit des Historikers und Wirtschaftshistorikers beanspruchen.

Nach dem damaligen technologischen Stand war zum Entmischungsverfahren, bei dem aus dem Rohkupfergestein nach dem Erhitzen und dem sich anschließenden Abkühlungsprozeß Silber und Garkupfer gewonnen wurden, Blei unverzichtbar.(30) Das hüt- tentechnische Verfahren wurde Saigern genannt, nach mhd. "seigen" swv. "sinken

24 Vgl. ebenda, Reg. K, Bl. 386; vgl. auch Mentz, S. 177.

25 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1038, Bl. 36.

26 Der Saalfelder Bergmeister führte im März 1545 in seinem Bericht an den kurfürstlichen Hof in Weimar 16 Bergzechen, die auf Rohkupfer gegraben waren, namentlich auf und machte darauf aufmerksam, daß noch in weiteren 15 Zechen Erz gefördert würde (vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1037, Bl. 30 - 33).

27 Vgl. Westermann, Ekkehard, Hans Luther und die Hüttenmeister der Grafschaft Mansfeld im 16. Jahrhundert. Eine Forschungsaufgabe, in: *Scripta Mercaturae*, 1975, S. 67. Vgl. SA Weimar, EGA; Reg. T 1048, Bl. 19 r.

28 Vgl. Held, Saalfeld ..., T. 1, S. 191 - 196; T. 2, in: *Rudolstädter Heimathefte*, H. 11/12, 1987, S. 232 - 236.

29 Diese Korrespondenzen finden sich im SA Weimar, EGA, Reg. T.

30 Vgl. bes. Suhling, Lothar, Der Seigerhüttenprozeß. Die Technologie des Kupferseigerns nach dem frühen metallurgischen Schrifttum, phil. Diss., Stuttgart 1974 (Masch.), bes. S. 116, 206, 267 - 268.

machen".(31) Die ungefähr im Jahre 1550 dem Saalfelder Schmelzhandel zur Verfügung gestellte Rohkupfererzmenge von 8681,5 Zentner(32) verweist auf einen nicht geringen Jahresbedarf an Blei in Saalfeld. Bei der sehr hohen Dichte von Blei, die bekanntlich bei $11,344 \text{ g/cm}^3$ liegt(33), dürfte seine Beförderung bei den damals üblichen Straßen und Fahrzeugen ein nicht zu unterschätzendes Problem dargestellt haben. Zudem ist zu berücksichtigen, daß das Blei in jedem Fall über relativ große Entfernungen nach Saalfeld gebracht werden mußte. So bezog man das metallische chemische Element im mitteleuropäischen Raum in der Regel aus Goslar, Westfalen, aus Polen bzw. England.(34)

Die wenigen Quellen(35) über den Zeitraum, in dem im Saalfelder Montanwesen eine erste frühkapitalistische Gewerkschaft festgemacht werden kann, nämlich um das Jahr 1512, erlauben nur Vermutungen, woher damals das Blei in die Saalestadt gelangte. Da sich aber im Jahre 1515 der Leipziger Kaufmann Ulrich Lintacher am Saalfelder Bergbau beteiligte, kann in dieser Beziehung einiges klarer werden. Lintacher war offenbar Nürnberger. Er erwarb 1499 das Bürgerrecht in Leipzig und beteiligte sich zunächst vor allem als Kuxbesitzer am Schneeberger und Geyerschen Bergbau, bis die Silbererträge nach 1506 zurückgingen. Doch Ulrich Lintacher war auch Bleihändler. Frühestens seit 1500 hatte er als solcher stabile Verbindungen zu Goslar.(37) Da Lintacher seit 1515 im Saalfelder Montanbereich aktiv wurde, ist zumindest nicht auszuschließen, daß ein möglicherweise bedeutender Teil des damals in der Saalestadt benötigten Bleies in Goslar verkauft worden ist.

Vielleicht ist es nicht zufällig, daß gerade für den Zeitraum, in dem eine erneute landesherrliche Förderung des Saalfelder Berg- und Hüttenbereiches belegt werden kann, also ab 1549, auch Zeugnisse auf uns gekommen sind, die Aktivitäten in bezug auf die Bleibesorgung erkennen lassen. Besonders augenfällig ist dabei das Engagement der ernestinischen Herzöge, die sich ganz offensichtlich intensiver um das Geschehen, um die Sorgen, Nöte und Probleme der Montanwirtschaft Saalfelds gekümmert haben, als dies bislang in der Forschung dargestellt wurde.(38) Natürlich geschah dies nicht uneigennützig, angesichts der Rolle, die Silber und auch Garkupfer für die Entwicklung des Territorialstaates spielten, ganz abgesehen von der über die Steuern zu realisierenden Beteiligung der Landesherrn am Berg- und Hüttenwesen. Ein Schmelzer gestand in einem Schreiben an die Herzöge in Weimar im Jahre 1549, daß Johann Friedrich der Ältere stets ein Liebhaber des Bergwerks in Saalfeld gewesen sei.(39) Und letzterer riet seinem Sohn in Weimar im gleichen Jahr in einem in Brüssel geschriebenen Brief, die Förderung des Saalfelder Bergwerks stets im Auge zu haben.(40) Wenige Quellen deuten zumindest an, daß die Saigerbetriebe

31 Vgl. ähnlich dazu auch ebenda, S. 30.

32 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1029, Bl. 1 r.

33 Vgl. Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 2, Leipzig 1972, S. 374.

34 Vgl. Fischer, Gerhard, Aus zwei Jahrhunderten Leipziger Handelsgeschichte 1470 - 1650. Die kaufmännische Einwanderung und ihre Auswirkungen, Leipzig 1929, Neudruck Leipzig 1978, S. 110; vgl. auch Laube, Adolf, Bergbau und Hüttenwesen, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1981, S. 493.

35 Vgl. Anm. 10.

36 Vgl. Laube, S. 103, 133, 137 - 139; vgl. auch Fischer, Werner, S. 136.

37 Vgl. Gerhard Fischer, S. 108 - 109.

38 Georg Mentz gesteht der Wirtschaftspolitik Johann Friedrichs des Älteren bestenfalls eine beaufsichtigende und bestätigende Rolle zu (vgl. Mentz, T. 3, S. 176).

39 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1260, Bl. 2.

40 Vgl. ebenda, Reg. T 1047, Bl. 3 r.

Saalfelds auch in den vierziger Jahren und danach Blei aus dem Raum Goslar bezogen. Dies ist sowohl einem Bericht aus dem Jahre 1549 als auch einem Schreiben eines Saalfelders an Herzog Johann vom 21. Mai 1561 zu entnehmen.(41)

Doch mit dem Blei gab es in Saalfeld große Probleme, und zwar sowohl hinsichtlich der zu beschaffenden Mengen als auch der aufzutreibenden Qualitäten. Es ist nicht mehr genau auszumachen, ob unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten von seiten der Saigerhandelsgesellschaften, wenig vorausschauendes Management oder die großen Entfernungen, aus denen das Blei nach Saalfeld herangeholt werden mußte, an diesem Tatbestand schuld sind. Vielleicht sind alle drei Ursachenkomplexe dafür verantwortlich zu machen. Auffällig ist, daß die Klagen der Hüttenbetreiber faktisch die gesamte Korrespondenz durchziehen, mithin die vom Ende der vierziger bis zu Anfang der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts. Schon in einem Bericht aus dem Jahre 1549, dessen Verfasser und Adressaten wir nicht kennen, wurde der akute Mangel an Blei in Saalfeld festgestellt.(42) Augenfällig ist darüber hinaus das Engagement der ernestinischen Landesherren bei der Beschaffung des fehlenden Bleies. Diese Aktivitäten der Weimarer Herzöge, ja sogar des in kaiserlicher Haft befindlichen Johann Friedrich des Großmütigen, können unseres Erachtens nicht allein mit den durch sie wahrzunehmenden feudal- und landesherrlichen Bergregalrechten(43) erklärt werden. Hier scheinen viel mehr und vor allem politische und ökonomische Interessen vorzuliegen, die im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau des Territorialstaates gesehen werden müssen. Die ausreichende Produktion des Münzmetalles kann dabei keine untergeordnete Rolle gespielt haben. Und das Garkupfer bzw. dasselbe in diversen Legierungen, wie Bronze und Messing, war damals der verbreitetste Rohstoff für Metallgegenstände, aber auch für Schiffbau und im Baugewerbe.

Die Klagen aus Saalfeld zeitigten rasch Wirkung. Bereits Ende September 1549 war ein Abgesandter des ernestinischen Hofes ins Westfälische mit dem Auftrag unterwegs, sich nach neuen Bleilieferanten umzusehen. Ein Zusammenhang mit der etwa acht Wochen zuvor von seiten der Ernestiner urkundlich festgeschriebenen erneuten Berg- und Hüttenprivilegierung für Saalfeld(44) kann nicht ausgeschlossen werden. Eine Ausweitung des Montanbereichs wird in der Tat sofort einen erhöhten Bedarf an Blei erheischt und entsprechende Forderungen von seiten der Gewerken bzw. der Augsburgischen Gesellschaft zur Folge gehabt haben. Jenes Schreiben, das der ernestinische Bote mitführte, war an den Bergvogt der Bleiwäsche in Westfalen, Conrad Brange, gerichtet. In der Epistel verlautete, daß es in Sachsen in Saalfeld ein Kupferbergwerk gäbe, das Silber erzeugte, wozu aber Blei vonnöten wäre. Der Briefüberbringer hätte den Auftrag zu erkunden, ob sich das westfälische Blei für die Schmelze in Saalfeld eignete. Wenn dem so wäre, sollte er etliche Fuhren für eine Probe bestellen.(45) Die Einzelheiten, die dieser Werbung im Westfälischen unmittelbar folgten, sind aus den Quellen nicht mehr nachzuvollziehen. Doch weitere Korrespondenzen aus dem folgenden Jahr 1550 verweisen auf relativ stabile Kontakte des ernestinischen Herzogshauses zu Bleihändlern in Köln und Frankfurt am Main. Was läßt sich aus den Quellen entnehmen? Johann Friedrich der Ältere hatte, wie er in seinem in Augsburg verfaßten Brief an Sohn Johann Friedrich den Mittleren in Weimar am 20. August 1550 mitteilte, während einer gemeinsam mit dem Kaiser unternommenen Reise von Brabant in Richtung Süden Kunde über ein Bleibergwerk im

41 Vgl. ebenda, Reg. T 1048, Bl. 22 r; Reg. T 1260, Bl. 13. Das zuletzt genannte Zeugnis offenbart einen kurz zuvor geschlossenen Vertrag zwischen dem sächsischen Kurfürsten und Herzog Heinrich von Braunschweig über die Lieferung von Goslarer Blei.

42 Vgl. ebenda, Reg. T 1257, Bl. 8 r-v.

43 Über die Bergregalrechte der sächsischen Landesherren vgl. bes. Laube, Studien ..., S. 4 - 5; derselbe, Bergbau ..., S. 494 - 495; 499 - 500.

44 Vgl. Anm. 22.

45 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1257, Bl. 6 r-v.

Jülicher Land erhalten. Er hätte dort Verhandlungen geführt und Festlegungen getroffen. 8 Zentner Jülicher Blei hatte er bestellt, die unverzüglich über Köln, Frankfurt am Main und Erfurt nach Saalfeld gebracht werden sollten, um während eines Probeschmelzens an Ort und Stelle ihre Tauglichkeit zu erweisen. Sein Sohn sollte das Resultat aus Saalfeld abwarten und ihm, dem Vater, hernach mitteilen, wieviel Blei pro Jahr in Saalfeld benötigt wurde. 4 Zentner des metallischen Elements hatte der Fürst in der Bleiwäsche selbst übernommen und im eigenen Troß bis Coburg mitgeführt, dieselben dort verladen und nach Saalfeld abfertigen lassen.(46) Johann Friedrich der Ältere legte während seiner Gefangenschaft selbst bzw. über entsprechende Mittelsmänner alle Einzelheiten über die Beförderung, die Stationen, die Zwischenhändler und die Bezahlung fest. Zwei weitere Briefe, jeweils verfaßt am 26. Juni 1550, verdeutlichen das. Der eine stammt von Hans (Johann) Rudolf und war im Auftrag Johann Friedrich des Älteren an Anthonius Tirolff, einem in der Straßburger Gasse hinter dem Heumarkt wohnenden Kölner Bürger, gerichtet. In dem Schreiben bezog sich Rudolf auf das zurückliegende, des Jülicher Bleies halber geführte Gespräch seines Herren mit dem Adressaten. Tirolff sollte das Blei nach Frankfurt am Main zu Niklaus Bromme überstellen lassen, das nach dem Eintreffen dort bezahlt werden sollte.(47) Die andere Epistel stammt vom Fürsten selbst, der sich an Niklaus Bromme in Frankfurt mit der Bitte wandte, die 8 Zentner Blei von Anthonius Tirolff in Empfang zu nehmen und dieselben auf Kosten der Ernestiner nach Erfurt transportieren zu lassen.(48) Johann Friedrich der Mittlere seinerseits bat am 30. August 1550 den Zehntner in Saalfeld, das Jülicher Blei im Saigerverfahren zu probieren und danach einen Transportkostenvergleich Jülicher, Goslaer bzw. englischen Bleies zu erstellen.(49) Wie intensiv sich diese Wirtschaftsbeziehungen hinsichtlich des Bleies zwischen dem Rheinland und Saalfeld weiter gestalteten, ist aus den Quellen im einzelnen nicht nachzuvollziehen. Daß sie nicht ganz ohne Relevanz waren, beweist ein Schreiben von 1559, in dem die Bergverantwortlichen in der Stadt durch Weimarer Hofbeamte gefragt wurden, ob sie Jülicher Blei von Anthonius Tirolff zu beziehen gedächten. Dieser hätte ein entsprechendes Angebot unterbreitet.(50)

Doch all diese sporadischen Notizen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein akuter Bleimangel bestand, der sich seit 1549 auch ständig belegen läßt. Es wurde nach Auswegen bzw. Notlösungen gesucht. So kam man auf Bleischlacke, die in vielen Saigerhütten des Thüringer Waldes anfiel und offenbar dort auf Halde lag. Gewiß waren die Bleianteile in dieser Schlacke gering. Versuche in Saalfeld liefen. Ein Schmelzer berichtete 1549 sogar nach Weimar, daß die Bleischlacken "denn küpfenn ertzen Im schmelzen sehr zutreglich" wären.(51) Und Johann Friedrich der Ältere empfahl seinem Sohn in Weimar am 20. September 1549, bis zum Eintreffen des westfälischen Bleies in Saalfeld einstweilen mit Bleischlacke schmelzen zu lassen.(52) Doch das Blei aus dem Jülicher Raum oder anderswoher scheint keinesfalls in ausreichenden Mengen nach Saalfeld gelangt zu sein. Am 19. Dezember 1550 klagten der Saalfelder Schosser Johann Hofman und der Zehntner Michel Nebelthau in ihrem Schreiben an Johann Friedrich den Mittleren in Weimar, daß weder Blei noch Bleischlacke zu erhalten wären.(53) Die Saalfelder waren in der ersten Januarhälfte 1551 offenbar hilfeschend in Weimar gewesen, so daß sich der Herzog am 14. Januar 1551 brieflich an seinen Vater wandte und ihn um möglichst rasche Unterstützung

46 Vgl. ebenda, Reg. T 1258, Bl. 3 r-v.

47 Vgl. ebenda, Bl. 1 r-v.

48 Vgl. ebenda, Bl. 2 r-v.

49 Vgl. ebenda, Bl. 5 r-v.

50 Vgl. ebenda, Bl. 8 r-v.

51 Ebenda, Reg. T 1260, Bl. 2.

52 Vgl. ebenda, Reg. T 1048, Bl. 32.

53 Vgl. ebenda, Reg. T 1259, Bl. 10 - 16.

im Hinblick auf das Beibringen von Blei für Saalfeld bat.(54) Reichlich zwei Wochen danach gestand Johann Friedrich der Ältere dem Saalfelder Schosser brieflich seine Probleme bei der Beschaffung und machte zugleich auf die hohen Transportkosten aufmerksam, die auf 64 Groschen 6 1/2 Pfennig pro Zentner veranschlagt wurden.(55) Die wachsende Unsicherheit bei der Bleiversorgung ließ die Versuche einzelner Schmelzer zunehmen, auf eigene Faust die Saigerverhüttung mit Bleischlick und anderen bleihaltigen Abfällen zu betreiben. Gewiß waren dabei hier und da auch Scharlatane am Werk. Gerüchte erhielten Nahrung. Im Dezember 1550 berichtete der Saalfelder Bergmeister Illgen Wegner über einen gewissen Wolf Schuster nach Weimar. Dieser wegen seines schlechten Lebenswandels einst aus Saalfeld vertriebene Schmelzer hätte angeblich ein Verfahren zum kostengünstigen Einsatz von Bleischlacke im Saigerschmelzprozeß entwickelt und erprobt. Schuster hätte nach seinen Informationen, fügte Wegner etwas unsicher hinzu, eine Petition an Graf Heinrich von Schwarzburg verfaßt und gedenke nun in der Arnstädter Saigerhütte mit dem Bleischlackenschmelzen zu beginnen.(56)

Hier deutet sich an, daß der Bleimangel in jener Zeit nicht nur ein Problem der Hütten in Saalfeld gewesen ist. Wie dem auch sei, die Bergverantwortlichen der Saalestadt sahen sich nach Bleischlacken in anderen Hütten um. Belegt ist der Bezug aus Hohenkirchen bei Georgenthal, Hasenthal bei Sonneberg und Gräfenthal.(57) Doch hüttentechnische Erfolge stellten sich ganz offenbar nicht ein. Die Transportkosten von Gräfenthal nach Saalfeld waren viel zu hoch und die dortigen Schlacken zu stark mit eisenhaltigen Rückständen durchsetzt. Die Schlacken aus Hohenkirchen seien für die Saalfelder Kupfererze ebenfalls nicht tauglich, "denn sie gebenn zu wenig pley", schrieb Illgen Wegner am 13. August 1551 an die Herzöge in Weimar. Und wenige Wochen danach riet auch Johann Friedrich der Ältere, der die entsprechenden Versuchsschmelzen vordem empfohlen hatte, man solle die Bleischlackenbemühungen auf sich beruhen lassen. Es hätte keinen Zweck.(58) Die Klagen der Hüttenverantwortlichen in Saalfeld über die Bleibesorgung lassen sich weiter registrieren. Die Ernestiner kannten diese.(59) Recht hilflos nahmen sich Hinweise aus Weimar nach Saalfeld aus, wie etwa dieser, daß Gewerken des Saalfelder Alaunbergwerkes nicht mehr benötigte Bleipfannen verkaufen wollten.(60) Blei gelangte aus Westfalen und auch aus Goslar, wenn auch nicht annähernd in dem erforderlichen Umfang, weiterhin nach Saalfeld.(61) Die Geschäfte mit dem Kölner Tirolff, die über Frankfurt am Main liefen, sind noch Ende des Jahres 1559 aus den Quellen zu ermitteln.(62) Als Behelf kam in den 50er und 60er Jahren des 16. Jahrhunderts fernerhin Bleischlacke, wenn auch nur aus einigen wenigen Saigerhütten Thüringens, zum Einsatz. Der Bezug der Schlacken geriet offenbar erst zu dem Zeitpunkt ins Stocken, als die erste Erhöhung der Bleipreise selbst dieses Abfallprodukt für die anderen Hütten interessanter und notwendiger werden ließ. Zehntner und Bergmeister von Saalfeld beklagten diesen Zustand gegenüber den Weimarer Herzögen am 23. Juli 1560.(63) Dies alles trug zum Absinken der Leistungskurve in der Silber-

54 Vgl. ebenda, Bl. 1 r - 4 v.

55 Vgl. ebenda, Bl. 24 - 26.

56 Vgl. ebenda, Reg. T 1260, Bl. 8 r - 9 r.

57 Vgl. ebenda, Reg. T 1259, Bl. 24 - 26; Reg. T 1261, Bl. 1 r - v, 2 - 4.

58 Vgl. ebenda, Bl. 2, 3 - 4, 7 r-v.

59 Am 28. August 1552 schrieb Johann Friedrich an die Bergbefehlshaber in Saalfeld, "das es bisher an pley sol gemangelt haben" (vgl. ebenda, Reg. T 1262, Bl. 1).

60 Vgl. ebenda.

61 Vgl. ebenda, Bl. 3 - 5; 16.

62 Vgl. ebenda, Bl. 3 - 5.

63 Vgl. ebenda, Bl. 6 - 7.

und Garkupferproduktion in der Saalestadt bei. Als die Bergverantwortlichen schließlich im Juni 1561 erleichtert darüber informieren konnten, mit dem Bezug von Goslaer Blei die Verhüttung für die nächsten zwei Jahre gesichert zu haben, verbanden sie dies mit der Feststellung, daß nur noch wenige Produktionsgebäude in Betrieb wären. Der Jahresbedarf an Blei wurde deshalb von ihnen auch nur noch mit 500 Zentnern angegeben.(64)

Der Kupferschieferbergbau und die Saigerhütten in Saalfeld erheischten permanent einen hohen Bedarf an Holz bzw. Holzkohle. Bauholz für Verschalungen, Abstützungen und Verstrebungen in den Erzstollen, für Behausungen neuankommender Bergknappen und Hüttenarbeiter, wie etwa in der 1549 privilegierten Vorstadtsiedlung "Freiheit", und Holzkohle für den eigentlichen Schmelzprozeß waren in so großen Mengen vonnöten, daß die Bergverantwortlichen, der Amtsschösser und die ernestinischen Landesherren vor erhebliche Probleme gestellt wurden. Als dicht bewaldetes Mittelgebirge konnte der Thüringer Wald das Feuerungsmaterial für Eisenhämmer und Glashütten, für Münzstätten, das Brenn- und Bauholz für fürstliche Hofhaltungen, für die Stadt- und Landbevölkerung sowie für den Export bereitstellen. Bis tief in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts hinein waren denn auch die Holzvorräte so ausreichend vorhanden, daß Kohl- und Bauholz fast großzügig, teilweise unentgeltlich abgegeben wurde.(65) Dieser Zustand änderte sich, als Saigerhütten an den Hängen des Thüringer Waldes errichtet wurden, um mansfeldisches und ungarisches Rohkupfer unter Verwendung der hier an Ort und Stelle vorhandenen Fichten- und Buchenbestände zu Silber und Kupfer verarbeiten zu können. Diese massenhaft vorgenommene Versaigerung komplizierte die Brenn- und Kohlholzsituation innerhalb weniger Jahrzehnte und führte sogar zu Mangelerscheinungen bei diesem Roh- und Brennstoff(66); und dies in einer Region, deren Waldreichtum die Saigerhandelsgesellschaften zu einer entsprechenden Standortwahl veranlaßt hatte. Die Verödung und die drohende Verwüstung der Wälder wurden schließlich zu Diskussionsgegenständen auf Ausschußtagungen des ernestinischen Landtages am 5. März 1531(67) und 19. Februar 1532 in Torgau.(68) Die Fürsten waren zur Vorsicht gemahnt. Johann Friedrich der Ältere zwang 1535 in einer Amtsordnung seine Amtleute und Schösser, die Waldbestände ihres Verwaltungsbereiches regelmäßig zu kontrollieren.(69) Es wurden in der Folgezeit Holzordnungen erlassen, über deren Einhaltung der eigens 1536 bestellte thüringische Jägermeister Goldacker zu wachen hatte.(70) Über das Vorgehen im einzelnen waren sich die ernestinischen Herzöge allerdings nicht ganz einig. Während Johann Friedrich der Mittlere eindeutig gegen das rigorose Abholzen der Forste intrat und dafür die drohende Verödung, das künftige Fehlen von Bauholz für Städte und Gemeinden und den Rückgang der Jagdwaldbestände als Gründe ins Feld führte(71), sah das Johann Friedrich der Ältere nicht immer so kritisch. Er teilte z. B.

64 Vgl. ebenda, Bl. 16.

65 Vgl. Jaeger, S. 277, 282.

66 Vgl. ebenda, S. 266, 282. – Bemühungen um die Walderneuerung mit Hilfe von Nadelholzsamen sind für Thüringen erst im Jahre 1569 belegbar, und in großflächigem Rahmen wurde dieses Verfahren erstmalig im 18. Jh. durchgeführt (vgl. Hubert Müller, Aus der Entwicklungsgeschichte der künstlichen Walderneuerung im Thüringischen Schiefergebirge und in angrenzenden Waldgebieten, in: Rudolstädter Heimathefte, H. 11 – 12/1988, S. 227.

67 vgl. Ernestinische Landtagsakten, Bd. 1: Die Landtage von 1487 – 1532, bearbeitet v. C. A. H. Burkhardt = Thüringische Geschichtsquellen, Neue Folge, Bd. 5, der ganzen Folge Bd. 8, Jena 1902, S. 237.

68 Vgl. ebenda, S. 257.

69 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. Aa, Nr. 2225; vgl. auch Mentz, T. 3, S. 170.

70 Vgl. ebenda, S. 170 – 173.

71 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1047, Bl. 7 – 11.

am 15. Juni 1549 seinem Sohn auf entsprechende Klagen brieflich mit, daß in der Umgebung Saalfelds ausreichend Wälder vorhanden wären, die zur Versorgung des Bergwerks genutzt werden könnten. Er riet, den Hofmarschall zu veranlassen, daß ein bis zwei Jahre in den kurfürstlichen Gehölzen gerodet werde, und fügte hinzu: "welche man dan unsers vorsehens ane sonders vorwüftung wol thun kan".(72) Die überlieferte Korrespondenz offenbart dennoch sehr deutlich, daß Johann Friedrich der Mittlere seinem Hofmarschall Heinrich Münch und den Beamten in Saalfeld nahelegte, sich bei Grafen und anderen Adligen, die in der Nähe von Saalfeld über Gehölze verfügten, um Kohlholz bzw. Holzkohle zu bemühen.(73) Auf jeden Fall kam für die Ernestiner, allen voran Johann Friedrich den Großmütigen, eine Einschränkung oder gar Stilllegung des Saigerhüttenbetriebes in Saalfeld aus Gründen der Schonung der umliegenden Gehölze nicht in Betracht. Dies machte letzterer seinem von Weimar aus an seiner Stelle die Regierungsgeschäfte führenden Sohn in aus kaiserlicher Gefangenschaft verfaßten Briefen wiederholt klar.(74)

In den Zeiten der größten Prosperität des Saalfelder Reviers, mithin in der Mitte des 16. Jahrhunderts, wurden allein für den Schmelzprozeß in den 13 bis 14 Feuern beider Saalfelder Hütten jährlich 4 360 Fuder Holzkohlen benötigt.(75) Jedes Fuder kostete 1 Gulden 11 Groschen, so daß im Jahr dafür 6 656 Gulden bereitzustellen waren.(76) Nach einer Berechnung des Faktors der Augsburger Gesellschaft in Saalfeld, Bastian Esse, waren für die 4 360 Fuder Holzkohle etwa 33 280 Malter Holz erforderlich.(77) Unter Zugrundelegung des sächsischen Maßes, nach dem einem Malter Holz 1247,82 Liter entsprachen(78), gelangt man auf ein Quantum von 41 527 449 Liter. Das waren 41 527,5 m³ Holz, die alljährlich in den Höhen des Thüringer Waldes allein für die Saigerschmelze beider Hütten in Saalfeld geschlagen werden mußten.

Die Quellen liefern den Beweis für die großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung dieser Holz- bzw. Holzkohlenmengen. So erteilte Kurfürst Johann Friedrich der Ältere bereits am 27. Januar 1534 seinem Amtmann in Saalfeld, Georg von Denstadt, den Auftrag, den Kohlemangel in der Stadt durch Holz aus den Baumbeständen der in der Nähe gelegenen Pappenheimischen Gehölze zu beheben.(79) Reichlich ein Jahr später beklagten die Gewerken auf dem Zotten die akute Kohleknappheit, wodurch ihre Gewinne erheblich beeinträchtigt würden.(80) Es ließen sich noch zahlreiche Nachrichten nennen, so die wiederholten Beschwerden des Schichtmeisters Bastian Krafft von der Zeche St. Johannes aus dem Jahre 1540 oder das unnachgiebige Drängen des Schossers Johann Reinhold auf Kohlelieferungen vom Jahre 1542. Anzuführen wären auch die Bitten der Augsburger Gesellschaft um die ausreichende Versorgung mit Kohle für ihre 7 Feuer aus dem Jahre 1548 ebenso wie die gegenüber den Weimarer Herzögen 1558 geäußerten Befürchtungen des Zehntners Michel Nebelthau, wonach ein großer Teil der Feuer stille stehen müßte, falls der angekündigte Kohlekauf nicht zustande käme.(81) Recht gut reflektiert die Bittschrift der Bergknapp-

72 Ebenda, Bl. 2 v.

73 Vgl. u. a. ebenda, Reg. T 1039, Bl. 36 - 38; 22.

74 Vgl. ebenda, Reg. T 1040, Bl. 47; ebenda, Reg. T 1043, Bl. 3 v: "so ist doch besser, das man mitt kolen gefast, den das di gewerckenn und das Bergwerg dadurch niderlign solte," (= Brief vom 3. Juli 1549 an den Hofmarschall); ebenda, Reg. T 1047, Bl. 3 r.

75 Vgl. ebenda, Reg. T 1045, Bl. 1 r.

76 Vgl. ebenda, Bl. 1 r.

77 Vgl. ebenda, Reg. T 1048, Bl. 17 r.

78 Vgl. Großer Brockhaus, 15. Aufl., Bd. 12, Leipzig 1932, S. 51.

79 Vgl. SA Weimar, EGA; Reg. T 1032, Bl. 2 r-v.

80 Vgl. ebenda, Reg. T 1033, Bl. 1 - 5.

81 Vgl. ebenda, Reg. T 1034, Bl. 2 - 3, 10; Reg. T 1036, Bl. 3; Reg. 1038, Bl. 10 - 11; Reg. T 1055, Bl. 2 r-v.

schaft, der Ältesten und der bauenden Gewerke an Johann Friedrich den Mittleren vom 15. März 1551 die Situation der Kohlebereitstellung sowie die Stimmung unter den Gewerken, wenn sie darauf aufmerksam machten, daß es den einzelnen Gewerken unmöglich sei, "selbst kolen zu bestellenn". Die Zechen seien nicht so ertragreich. Außerdem wollten die größtenteils armen Gewerken, die pro Schicht lediglich 2 oder 3 Leute zum Schmelzen zur Verfügung hätten, weiter auf die Kohlezufuhr hoffen dürfen, da andernfalls das Bergwerk nach und nach zum Erliegen käme.(82)

Die Holzkohlebereitstellung gestaltete sich mit der Zeit komplizierter, da - wie bereits erwähnt - mehr und mehr Bleischlacke statt Blei als Zusatz im Saigerverfahren der Saalfelder Hütten zur Anwendung gelangte. Dies ließ den Kohleverbrauch in erheblichem Maße ansteigen. Der Bericht des landesherrlichen Bergoberaufsehers Heinrich Münch belegt den erhöhten Holzkohleeinsatz. Münch schrieb, daß mit Bleischlacke der Kupferstein zweimal geschmolzen werden müßte. Unter Verwendung braunschweigischen Bleies wäre das nicht erforderlich. Er formulierte: "Aus der ursach, wan die Bilber mitt bley nichtt wie mitt dem Schlick, uff ein mahl aus dem kupfferstein bracht, und man wil den stein umb der silber willen noch ein mahl vorbleyen, ßo gett toppeltt kollen darauff, dodurch und des bleyhes uncost, erbt die geselschafft zw schadn".(83) Wenn Heinrich Münch dennoch in diesem Report an die ernestinische Regierung für das Saigerverfahren unter Verwendung von Bleischlacke plädierte und hinzusetzte, daß auch damit Gewinn zu machen wäre, so kann dies eigentlich nur die Not- und Zwangssituation zum Ausdruck bringen.

Aus welchen Ortschaften bzw. Gegenden bezogen in den 30er, 40er und 50er Jahren des 16. Jahrhunderts die Saalfelder Saigerhütten Holz bzw. Holzkohle? Die Gehölze lagen sämtlich nicht sehr weit von Saalfeld entfernt. Sie befanden sich auf kurfürstlichem bzw. ernestinischem Territorium, auf gräflich schwarzburgischem und stolbergischem Gebiet, aber auch auf dem Grund und Boden kleinerer adliger Herren. Bereits in der Mitte der 30er Jahre wurde sehr viel Holzkohle aus einem kurfürstlichen Gehölz bei Reichmannsdorf, "ym hunfleck gndant"(84), geholt und in das 14 km entfernte Saalfeld gebracht. Reichmannsdorf lag südwestlich von Saalfeld und 4 km nahe Schmiedefeld am Rennsteig. Aber schon um 1540 schienen die Vorräte dort nahezu erschöpft zu sein, was den Saalfelder Amtmann veranlaßte, davon zu sprechen, daß "das gehultz vast scheinlich abgetriben".(85) Seit 1541 wurde Kohle aus einigen Gehölzen im ernestinischen Amt Ziegenrück per Floß nach Saalfeld gebracht. Ein durch den thüringischen Jägermeister angefertigter Katalog der für Saalfeld zu nutzenden Ziegenrückschen Gehölze verzeichnet recht detailliert deren jeweilige Lage zur Saale, mithin die Floßmöglichkeiten der dort herauszuholenden Kohle.(86) Seit den 40er Jahren bezog man auch Kohle aus den Forsten des Klosters Probstzella, die damals zum Hoheitsgebiet der Grafen von Stolberg gehörten.(87) Zudem bemühten sich die Saalfelder Bergverantwortlichen beim Amtmann von Eisenberg um Kohle und erreichten regelmäßige Holzkohlelieferungen aus den Wäldern der Herren von Pappenheim bei Schmiedefeld.(88) Außerdem gelangte auf dem Flößchen Acha Kohle aus Kienrode nach Saalfeld.(89) Friedrich von Heldorff zu Herndorff verkaufte 1549 insgesamt 30 Acker Gehölz bei Leutenberg an die Ernestiner, die dieselben zur Gewinnung von Koh-

82 Vgl. ebenda, Reg. T 1051, Bl. 2 r-v.

83 Ebenda, Reg. T 1048, Bl. 22 v.

84 Vgl. ebenda, Reg. T 1032, Bl. 3 r-v; 5 r-v.

85 Vgl. ebenda, Reg. T 1034, Bl. 3

86 Vgl. ebenda, Reg. T 1035, Bl. 3 und 5.

87 Vgl. ebenda, Reg. T 1038, Bl. 4 - 5.

88 Vgl. ebenda, Reg. T 1037, Bl. 42 - 43, 47 - 48.

89 Vgl. ebenda, Reg. T 1038, Bl. 22 - 23.

le für die Saalfelder Hütten nutzten.(90) Zudem wurden kurfürstliche Waldstücke in der Nähe der Saalestadt und Forststücke in der Saalfelder Heide abgeholzt und die dort gerodeten Stämme in Kohle verwandelt.(91) Nachweisbar sind außerdem Verhandlungen über Wälder bei Neustadt am Rennsteig, von denen es in einem Schreiben Johann Friedrichs des Mittleren vom 24. Juni 1549 hieß, "vihl holtz darinnen umbfalle und vorderben solle".(92) Sicherlich entstand, bedingt durch die Kammlage, des öfteren Windbruch, was zu derartigen Äußerungen Anlaß bot. Auch Verhandlungen über ein relativ großes Gehölz des Adligen Hartmann Dittrich in Beulwitz, wenige Kilometer westlich der Stadt, über einen offenbar nahe Saalfeld gelegenen Wald, der einem Caspar von Pernstett gehörte, und über Forste Graf Heinrichs von Schwarzburg in unmittelbarer Nachbarschaft von Leutenberg lassen sich für das Jahr 1552 belegen. Außerdem wurden erhebliche Mengen Holzkohle aus den Wäldern um Hummelshain und in fränkisch-coburgischen Forsten für die Saalfelder Hütten gewonnen.(93) Verhandlungen über neue, für die Saalfelder Berg- und Hüttenbetriebe zu kaufende Waldareale wurden generell im Auftrage oder mit der ausdrücklichen Genehmigung des Fürstenhauses in Weimar geführt. Auch in den Ernestinischen Waldstücken selbst gelangten die Trupps der Holzhauer erst zum Einsatz, wenn das entsprechende Signal von der Landesherrschaft in Saalfeld vorlag. Dieses Verfahren steht im Einklang mit den oben angeführten Maßnahmen der Ernestiner zur Schonung der Wald- und damit Jagdbestände.

Unter welchen Zwängen die Verhandlungen mit den Eigentümern der Wälder sehr oft standen, sollen die Gespräche der Bergverantwortlichen von Saalfeld Heinrich Münch und Johann Braun mit Graf Heinrich von Schwarzburg im März 1550 demonstrieren. Es ging damals um 300 Acker Gehölz von Leutenberg, wovon jährlich 100 Acker abgeholzt werden konnten. Die Vollmacht der Herzöge in Weimar gestattete den sächsischen Unterhändlern lediglich die Zusage eines Preises von 7 Gulden pro Acker, die zahlbar zu 2 Fristen auf der Leipziger Michaelis- und Neujahrsmesse waren.(94) Nach ihrer Ankunft in Leutenberg sahen sich die beiden sächsischen Beamten plötzlich einer neuen Situation gegenüber. Die Grafen von Stolberg reflektierten ebenfalls auf das 300 Acker große Waldstück, was sie für ihre Saigerhütten zu nutzen gedachten. Sie hatten inzwischen pro Acker 8 Gulden geboten. Die Kommissäre aus Saalfeld mußten deshalb schnell entscheiden und waren nicht mehr in der Lage, die Erlaubnis der Landesherrn einzuholen bzw. sich mit diesen zu beraten. Heinrich Münch schilderte diese Zwangslage hinterher in seinem Brief an Johann Friedrich den Mittleren vom 30. März 1550. Nachdem sich beide Unterhändler vor ihrer Entscheidung unter vier Augen nochmals besprochen hatten, akzeptierten sie die neuen Forderungen der Schwarzburger. Der Graf hätte dabei das Flößen der Stämme auf der Sorbitz und auf der Saale nach Saalfeld erlaubt, so daß Fuhrlohnkosten gespart werden könnten. Münch konstatierte in seinem Brief, daß er zum einen den Vorteil im Auge gehabt hätte, drei Jahre lang jeweils 100 Acker Gehölz für die Saalfelder Montanwirtschaft zur Verfügung zu haben und zum anderen - wie der Oberaufseher formulierte - "wolgedachter graff in der unterrede des Flossens halben sehr nachgedencklich" geworden sei, "das Ich Sorgen muste, er mochte dasselbig getzlich ab-

90 Vgl. ebenda, Reg. T 1041, Bl. 3 - 4. - Herndorf war vermutlich das heutige Herschdorf, südöstlich von Leutenberg.

91 Vgl. ebenda, Reg. T 1043, Bl. 3 r.

92 Vgl. ebenda, Reg. T 1044, Bl. 2 r.

93 Vgl. ebenda, Reg. T 1052, Bl. 2 - 3, 7; Reg. T 1039, Bl. 22; Reg. T 1049, Bl. 16 v; Reg. T 1050, Bl. 13 r-v.

94 Vgl. ebenda, Reg. T 1040, Bl. 10. Dabei hatte Johann Friedrich der Mittlere dem damaligen Oberaufseher des Bergwerks ausdrücklich aufgetragen, daß bei veränderten Vertragsbedingungen der Hof in Weimar unbedingt zu konsultieren sei (vgl. ebenda, Bl. 8 - 9, Brief vom 25. März 1550).

schlagen". Und er fügte hinzu: "Derwegenn wir beyde notwendig achteten, das den beschlus so bald gemacht wurde."(95)

Auf schlechte Vorsorge bzw. auf nicht immer in ausreichendem Maße absehbaren Kohleverbrauch, der - wie oben beschrieben - rascher stieg, falls Bleischlacke als Zusatzmittel eingesetzt werden mußte, deutet hin, wenn sich die Klagen über Kohlemangel im besonderen im Winterhalbjahr häuften. Zu diesem Zeitpunkt konnte in der Regel nichts mehr behoben werden. Bei Schnee und Eis war der Abtransport von Holz aus den Forsten unmöglich; die Straßen und Wege wurden für die Fuhrleute unpassierbar.(96) All dies führte zu Stillstandszeiten in denjenigen Betrieben, deren Kohlevorrat in den Wintermonaten zu Ende war.

Um derartige Situationen zu vermeiden, unternahmen die Bergverantwortlichen mitunter ungewöhnliche Schritte. So wandte sich Heinrich Münch im zeitigen Frühjahr 1549 angesichts der nur noch geringen Kohlevorräte an seinen Landesherrn in Weimar. Er unterstrich in seinem Schreiben, daß "dyesser mangel dem pergwerck nicht gutt sein" würde, und schlug vor, Kohle von der Saigerhütte in Ilmenau abzuzweigen und nach Saalfeld zu bringen. In Ilmenau läge "ein grosser vorratt von kollen" ..., "welcher der von henneberck etzlicher schultt halben kummen lassen".(97) Johann Friedrich reagierte prompt auf den Hilferuf aus Saalfeld und bat den Grafen von Henneberg brieflich um den kurzfristigen Erwerb der dortigen Holzkohlebestände.(98)

Der hohe Bedarf an Holz- und Holzkohle im Bergrevier Saalfeld beschäftigte die Oberaufseher, Bergmeister oder Amtsschösser aber nicht nur im Hinblick auf die Erwerbung von geeigneten und nicht zu weit vom Schmelzort entfernten Gehölzen, sondern ganz offensichtlich ebenso hinsichtlich der Arbeitskräfte, die die Bäume zu fällen, die Stämme aus dem Wald auszubringen, dieselben zu zerkleinern, den Köhlern zuzuführen und schließlich die Kohle nach Saalfeld zu transportieren hatten. In vielen Briefen signalisierten die Bergverantwortlichen ihre Sorgen mit diesem Problem. Gewiß war diese Mittelgebirgsregion relativ dünn besiedelt, so daß sich bei der Bereitstellung von Arbeitskräften Grenzen zeigten. Andererseits war es in vielen ernestinischen Ämtern üblich geworden, die Frondienste der Bauern durch das Frongeld zu ersetzen(99), was den Handlungsspielraum der Schösser oder Amtleute beim Aufbieten von Fronarbeitsdiensten für Forstarbeiten eingeschränkt haben dürfte. Auch die Köhlerei war durch den Aufschwung der Produktion in den Saigerschmelzstätten, die sich zu den Glashütten und Eisenhämmern im Thüringer Wald gesellten, überfordert, zumal in den langen Wintermonaten durch Schnee und Schneeschmelze die Arbeit der Meiler ruhte. So beklagte der Bergbefehlshaber wiederholt seine Schwierigkeiten mit Köhlern und Holzhauern. Im Herbst 1548 war von den angeforderten Köhlern aus Georgenthal nur einer, ein gewisser Fuchs, nach Saalfeld gekommen. Dieser machte klar, daß er und die anderen, nicht erschienenen Köhler ohnehin vor dem Frühjahr in den Forsten nichts ausrichten könnten. Außerdem gingen sie nicht gern für eine so lange Zeit von ihren Familien weg.(100) Einige Wochen später, im Oktober 1548, informierten die Bergbefehlshaber die Landesherrn, daß es in den Gehölzen des Amtes Ziegenrück an Köhlern und vor allem an Holzhauern mangelte. Von 200 im Amt aufgebotenen Fronbauern wollten nur 5 Bäume fällen. Wenn 12 Köhler pausenlos ihre Meiler betrieben, so waren nach Meinung der Saalfelder Beamten dazu

95 Vgl. ebenda, Bl. 14 - 15.

96 Vgl. ebenda, Reg. T 1032, Bl. 3 r-v (7. März 1534); Reg. T 1041, Bl. 19 (15. Februar 1549); 20 - 21 (15. Februar 1549).

97 Vgl. ebenda, Reg. T 1039, Bl. 37.

98 Vgl. ebenda, B. 39 (= Brief vom 23. April 1549).

99 Vgl. Held, Wieland, Soziale und ökonomische Entwicklungstendenzen im Agrarbereich Thüringens im 16. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 15, 1, Weimar 1988, S. 85 - 86, 89 - 90.

100 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1038, Bl. 37 - 38.

mindestens 100 Holzhauer nötig. Die Bergbeamten schlugen den Weimarer Herzögen vor, Köhler und Holzhauer aus anderen umliegenden Ämtern anzufordern.(101) Einige Tage später erteilte die Weimarer Kanzlei durch Boten entsprechende Anweisungen an die Schosser der Ämter Leuchtenburg und Arnshaugk.(102)

Heinrich Münch hatte wiederholt erhebliche Mühe, den Landesherren verständlich zu machen, daß für Köhler und Holzhauer Geldmittel als Löhne im voraus notwendig waren.(103) Sehr oft kam der für die Finanzen zuständige wettinische Bergbeamte mit der Bezahlung derartiger Löhne in arge Bedrängnis. So bat dieser im Oktober 1549 die verantwortlichen Weimarer Kanzlisten, ihm fehlende 90 Gulden umgehend zur Lohnverrechnung zu überweisen. Im November 1550 blieben die Bergmeister 9 Köhlern und Fuhrleuten insgesamt 476 Gulden 6 Groschen 9 Pfennige an Lohngeldern schuldig.(104)

Als ein kaum zu bewältigendes Problem stellte sich für die Bergverantwortlichen in Saalfeld die Vorfinanzierung der großen Kohlemengen heraus. Dafür waren jährlich - wie wir oben feststellten - mehr als 6 500 Gulden aufzubringen. Die Lage komplizierte sich insofern noch, als das meist schneereiche Winterhalbjahr die Holzausbringung und die Beschaffung der Holzkohle von vornherein zeitlich eingrenzte. In der Korrespondenz findet sich u. a. die Äußerung, wonach ein genügend großer Vorrat anzulegen wäre, "das man sich alle mal bis widerumb pfingsten damit behelfen moge, dan winterzeit unnd bis umb ostern Naus kan man uff den welden vor schnee unndt ungewitter nicht arbeiten."(105) Die Landesherren waren der Ansicht, daß diese Kosten aus den Steuereinnahmen bzw. auch teils aus den Gewinnen der Hüttenproduktion zu decken seien.(106)

Doch dieses an sich richtige Wirtschaftsprinzip funktionierte nur sehr mangelhaft. Die vorhandenen Quellen erlauben keine absolut schlüssige Folgerung, ob dies mit den Produktionsausfällen infolge Kohlemangels oder mit den Beschaffungsproblemen der Kohle selbst zusammenhing. Die Bergverantwortlichen bemühten sich immer wieder darum, den Fürsten klarzumachen, daß die Saigerhüttenproduktion und im Konkreten die Holzkohleversorgung "ohne vorleg nichtt sein" könne. Der Holzeinschlag und die Verkohlung verursachten nach Ansicht des Bergoberaufsehers Heinrich Münch erhebliche Kosten, die mitunter schon ein Jahr vor dem Schmelzprozeß in den Saalfelder Hütten anfielen und beglichen werden mußten.(107) Eine Vorfinanzierung ist für diese Jahre überliefert. Sie kam zustande, um die dringend benötigte Holzkohle rasch nach Saalfeld zu bringen. 1549 streckte der bekannte und sehr vermögende Saalfelder Bürger Jacob Keltz 1 000 Gulden zum Kohlekauf vor.(108) Johann Friedrich der Mittlere genehmigte diese Vorlage, ordnete aber an, daß diese "Finanzspritze" die einzige bleiben sollte. Aus einer Kohlerechnung vom Jahre 1550/51 geht je-

101 Vgl. ebenda, Bl. 53 - 54.

102 Vgl. ebenda, Bl. 59 - 60.

103 Vgl. ebenda, Reg. T 1040, Bl. 15 - 16.

104 Vgl. ebenda, Reg. T 1049, Bl. 2 v; Reg. T 1050, Bl. 117 r.

105 Ebenda, Reg. T 1039, Bl. 23.

106 Vgl. ebenda, Reg. T 1049, Bl. 16 r.

107 Vgl. ebenda, Bl. 16 r - 17 r.

108 Vgl. ebenda, Reg. T 1046, Bl. 1 r. Jacob Keltz war 1542 der Reichste der Stadt. Er versteuerte damals ein Vermögen von 17 118 Gulden 2 Groschen (vgl. ebenda, Reg. Pp 257,18, Bl. 4). Zu Keltz vgl. bes. H. Pusch, Vom Hausstand und Haushalt einer Thüringer Bürgerfamilie im 16. Jahrhundert. Bürgermeister Jacob Keltz in Saalfeld a. d. Saale, in: Bericht des Herzöglichen Realgymnasiums zu Meiningen, Meiningen 1900/1901, S. 3 - 40; Wieland Held, Zwischen Marktplatz und Anger. Stadt-Land-Beziehungen im 16. Jahrhundert in Thüringen, Weimar 1988, S. 44, 83, 153, 154, 179, 180.

denfalls hervor, daß das für den Feuerungsbedarf geplante Geld nicht reichte. Es wurden damals insgesamt 432 Gulden 11 Groschen 4 1/2 Pfennige mehr ausgegeben, als die laufenden Einnahmen deckten.(109)

Ein nicht unwesentlicher Kostenfaktor erwuchs aus dem Transport von Holz oder Kohle nach Saalfeld. Die Beförderung geschah aufwendig und darüber hinaus beschwerlich per Achse und dort, wo es sich von der topographischen Lage her anbot, per Floß auf den Wasserwegen. Kommissionen sollten im Auftrag der Ernestiner ab und an die günstigsten Wege und Straßen von Holzeinschlagsplätzen nach der Saalestadt ermitteln. So untersuchte beispielsweise eine derartige Beamtengruppe im Januar 1549 die Situation der Verkehrswege nach einem umfangreichen Holzgebiet im Amt Schwarzwald, das von Saalfeld aus gesehen in westlicher Richtung lag und über Blankenburg, Paulinzella und Gräfinau erreicht werden konnte. Die Kommission attestierte einen schlechten und beschwerlichen, über zahlreiche Berge und Höhen führenden Weg.(110) Das gleiche Gremium, dem u. a. der Hofmarschall, der Jägermeister Thüringens und Heinrich Münch angehörten, sollte zur Transportkosteneinsparung die Möglichkeit erkunden, ob es sich lohnte, Saigerhütten in größere Nähe der umfangreichen Forste zu verlegen. Das Projekt einer Wiedererrichtung einer Hütte auf dem Gelände einer vor Jahren verlassenen Produktionsstätte eines gewissen Nickel von Minkwitz wurde verworfen. Der ehemalige Betrieb lag an der windischen Gera, die im Sommer wenig Wasser führte und mithin für das Schmelzen ungeeignet war. Die gleiche Kommission entdeckte aber einen anderen Hüttenstandort auf einem Terrain an der Ilm nahe Gräfinau, also an der Straße, die direkt von Saalfeld dahin führte. Eine Kostenkalkulation, die vor allem auch den Transport des Kupfererzes aus Saalfeld dorthin mit einzubeziehen hatte, war in Auftrag gegeben worden.(111)

Die Quellen zeigen, daß es die Bergverantwortlichen in Saalfeld und die Weimarer Herzöge in zunehmendem Maße darauf anlegten, Gehölze aufzukaufen, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft von nach Saalfeld führenden, floßbaren Gewässern befanden. 1552 wurden beispielsweise Waldareale bei Leutenberg und bei Beulwitz und 1559 für 2 000 Gulden ein an der Saale gelegenes Waldstück aus dem Besitz Graf Philipps von Schwarzburg erworben.(112) In einem Brief an die Herzöge in Weimar schilderte der Saalfelder Zehntner Michel Nebelthau am 15. Januar 1555 seine Probleme bei der Suche nach weiteren derartigen Gehölzen im Einzugsbereich Saalfelds. Er beklagte sich im besonderen darüber, daß viele Adlige sich vehement gegen das Schleppen gefälltter Bäume durch ihre Waldstücke wehrten. Deshalb, so fuhr Nebelthau in seinem Schreiben fort, hätte er Leute in Richtung Ziegenrück und Lobenstein "die Bahh hinauff geschickt zcu erkundenn, ob do selbst umb zcimlich geldt holtz zcum floßen zcu bekhomen wehre".(113)

Eine Reihe von Korrespondenzen zeigt, daß die Klöster viele Schäden an Mühlen und Wehren verursachten und daß die Adligen ihre Wehranlagen nur ungern, und wenn schon, lediglich zu bestimmten Zeiten für durchziehende Flöße zu öffnen bereit waren.(114) Damals stellten allein 11 Wehranlagen auf der Saale zwischen Ziegenrück und Saalfeld für die Floßtransporte Hindernisse dar, von denen nur 2 im Einflußbereich der Ernestiner lagen. Die übrigen 9 Wehre öffneten sich nur, wenn die zuständigen 8 Adligen ihre Zustimmung dazu gaben.(115)

109 Vgl. SA Weimar, EGA, Reg. T 1050, Bl. 12 - 16.

110 Vgl. ebenda, Reg. T 1039, Bl. 18 r.

111 Vgl. ebenda, Bl. 19 r-v (= Bericht der Kommission vom 17. Januar 1549).

112 Vgl. ebenda, Reg. T 1052, Bl. 5 - 17.

113 Ebenda, Reg. T 1054, Bl. 5 v.

114 Vgl. ebenda, Reg. T 1064, Bl. 1 - 3.

115 Vgl. ebenda, Reg. T 1063, Bl. 3 r. - Von den 11 Wehren lagen 3 bei Ziegenrück, jeweils eines in Dolersch, Hohenwarte, Einicht, Fischersdorf und Reschwitz. 3 Wehre sind nur dem Namen nach bekannt. Sie hießen Hopfenwehr, Willerswehr und Saltenwehr.

Größere Beeinträchtigungen erfuhr auch die Fischerei in den Flüssen und Bächen infolge des Floßbetriebes. Die Bergverantwortlichen in Saalfeld hatten mitunter erhebliche Widerstände sächsischer Amtleute zu überwinden, die mit allen Mitteln die Durchfahrt der Flöße zu verhindern suchten. Der sächsische Amtmann von Leutenberg, Philipp von Zcemen, beschwerte sich beispielsweise im Juli 1565 brieflich bei Michel Nebelthau und betonte, "das solche flössung sonnder merklichenn schadenn meiner g(nädigen) f(ürsten) unnd herrn, gehegenn fischwasser, nicht furgenommen werden möge".(116) Es handelte sich bei besagtem Gewässer um einen schmalen Nebenfluß der Saale, der zur Forellenhaltung genutzt wurde. Nebelthau verwendete sich für die Berg- und Hüttenwerke in Saalfeld und teilte den Herzögen in Weimar mit, daß 1 300 Klafter geschlagenes Holz bei Leutenberg auf die Beförderung auf diesem schmalen Nebenfluß der Saale nach der Saalestadt warteten, die dringend noch vor dem Winter in der Stadt verkohlt werden müßten. Nebelthau schrieb u. a.: "und ob gleich umb 1 fl. ader mehr fisch, mochte sein umbkomen, so wehr es doch pesser gewesen, das floßen wehre fortgange."(117) Die Landesherrn in Weimar erlaubten, den Vorbehalten ihres Amtmannes zum Trotz, die Flößerei in dem genannten Forellengewässer bis zum Herbst des Jahres 1565.(118)

Doch bei allen Problemen hinsichtlich der Bereitstellung von Blei und Holz hatte die ernestinische Landesherrschaft ein vitales Interesse an einer besseren Rentabilität der Berg- und Hüttenbetriebe in Saalfeld. Dies zeigte sich vor allem im Bemühen der Herzöge, das technologische Verfahren zu verfeinern und den Einsatz der Rohstoffe zu optimieren, sowie in ihrem Bestreben, die Administration an Ort und Stelle zu vervollkommen. Wiederholt hielten sich im Auftrag des Hofes Kommissionen von erfahrenen Fachleuten aus dem Erzgebirge in Saalfeld auf. So beobachtete im September 1541 der Schneeberger Bergmeister Wolf Schleusing in Begleitung des Schmelzers Peter Wesser die Schmelzprozesse in der Saalestadt. Beide empfahlen u. a., reines Blei zur Versäuerung einzusetzen, einen Treibherd zu errichten und die Kohlebevorratung für die Wintermonate zu verbessern.(119) Im März/April 1550 hielten sich Hans Eichhorn und Christoph Uttman aus Annaberg in der Stadt auf. Sie hatten Erfahrung mit der Verhüttung kupferarmen Gesteins und regten den Bau eines Pochwerkes an, denn die kleineren Erzstücken könnten "zuersparung grosser unkosten, der kollen unnd huttenkosten"(120) dienlich sein.(121) Am 3. Dezember 1561 empfahl Johann Friedrich der Mittlere den Bergwerksbefehlshabern in Saalfeld, einen gewissen Hans Wetzel aus Annaberg ein neues Schmelzverfahren in den saalestädtischen Betrieben testen zu lassen, das angeblich Kohle in erheblichem Umfang einsparen sollte. Obwohl der Landesherr in seinem Schreiben zu verstehen gab, daß schon mancher letztendlich erfolglos in Saalfeld neue Methoden vorgeführt hätte, legte er den Beamten vor Ort einen neuerlichen Versuch nahe.(122)

Im Jahre 1549, mithin in der Zeit, in der Bastian Esse im Auftrage einer Augsburger Gesellschaft eine Hütte in Saalfeld errichten ließ, sorgten die Ernestiner für Verbesserungen im Bereich der Administration. Sie beriefen - zunächst für 3 Jahre - einen Oberaufseher, nämlich Heinrich Münch, damit - wie es hieß - die Bergwerke "in einen richtigen gangk gebracht" werden. Außerdem wurde im gleichen Jahr 1549 ein Beamter eingesetzt, der einzig und allein für das leidige Problem der Holzkohlebeschaffung zuständig war, der sog. Kohlreiter. Der erste dieser Beamten hieß Jo-

116 Ebenda, Reg. T 1072, Bl. 9 r.

117 Ebenda, Bl. 11 r. Nach Jauernig, Reinhold, Die alten in Thüringen gebräuchlichen Maße und ihre Umwandlung, Gotha 1929, S 32, entsprach 1 Klafter in dieser Gegend 3,270 m³. Mithin lagen bei Leutenberg 4251 m³ Holz.

118 Vgl. ebenda, Bl. 13.

119 Vgl. ebenda, Reg. T 1019, Bl. 13 r-v.

120 Ebenda, Reg. T 1026, Bl. 4 r.

121 Vgl. ebenda, Bl. 6 v - 7 r.

122 Vgl. ebenda, Reg. T 1058, Bl. 7 r.

hann Braun. Bisher hatte der Hüttenschreiber für seine Bemühungen um die Kohleversorgung eine Gehaltszulage von 25 Gulden erhalten. Für dieses Geld, so räumte man ein, konnte ein eigens für die Kohlebevorratung zuständiger Kohlreiter bereits zur Hälfte entlohnt werden.(123) Im gleichen Jahr kam es schließlich auch noch zur Berufung eines zweiten Stadtschreibers in Saalfeld, Asmus Rentzsch. Dieser wurde vom bisherigen Schreiber im Rathaus angefordert, damit die Arbeiten nach dem verstärkten Zuzug von Bergleuten in jenen Jahren bewältigt werden konnten.(124)

Es zeigt sich, daß auch in einem kleinen Berg- und Hüttenrevier in der beginnenden frühen Neuzeit erhebliche Probleme bei der kontinuierlichen und ausreichenden Bereitstellung der erforderlichen Rohstoffe eintraten. Alles in allem bestätigten sich die Feststellungen Elisabeth Schwarzes, daß die minderwertige Erzqualität im Saalfelder Raum einen raschen Aufstieg der Berg- und Hüttenbetriebe verhindert hat.(125) Die relativ großen Entfernungen zu den Bleilagerstätten haben die Versorgung mit diesem im Saigerprozeß unentbehrlichen metallischen Element beträchtlich erschwert und die Hüttenbetreiber gezwungen, Bleischlacke als Ersatzmittel einzusetzen. Die Hüttenherren klagten permanent über die nicht ausreichende Holz- und Holzkohleversorgung, die vor allem in den Wintermonaten mitunter zur teilweisen Einstellung der Produktion in den Hütten führte. Für den ständigen Holzkohlemangel sind verschiedene Ursachen anzuführen. So erteilten zum einen die ernestinischen Landesherrn zunehmend wohl nur noch zögernd Genehmigungen zu Rodungen in den eigenen Forsten der näheren Umgebung, da der Raubbau in den Wäldern im besonderen infolge der Standortverlagerung der Saigerhütten an die Hänge des Thüringer Waldes seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts deutliche Spuren hinterließ. (Eine Walderneuerung, sei es durch Nadelholzaussaat oder durch Aufforstungen, ist erst in späteren Jahrhunderten nachweisbar). Zum anderen haben wiederholte Orientierungen der Ernestiner, Forste befachbarter Grafschaften und adliger Herren auszubeuten, zu Verzögerungen bei der Bereitstellung von Holz und Holzkohle beigetragen. Schließlich ließen die Verhüttung wenig kupferhaltigen Saalfelder Erzes und die Verwendung von Bleischlacke bei der Versaigerung den Kohleverbrauch deutlich ansteigen, was die Bevorratung erschwert haben dürfte, zumal nicht immer von vornherein feststand, wieviel Blei bzw. Bleischlacke den Hüttenbetreibern zur Verfügung stehen würde. Letztendlich war auch die unbefriedigende Verwaltungsarbeit der ernestinischen Beamten in Saalfeld für die mangelhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Montanzentrums mit verantwortlich. Wenn auch die Herzöge in Weimar mit Beginn der letzten großen Bergbefreiung im Jahre 1549 so etwas wie eine Reorganisation der Verwaltung vornahmen, in deren Rahmen auch neue Ämter eingerichtet wurden, so läßt sich das ungenügende Engagement Saalfelder Bergbeamter in den Quellen immer wieder nachweisen. So beklagte der Verwalter der Hütte der Augsburgerischen Gesellschaft, Bastian Esse, am 6. Februar 1549 in einer Art Denkschrift an Johann Friedrich den Mittleren die mangelhafte Führung des Bergreviers. Er warf den Administratoren u. a. völlig unzureichend abgestimmte Maßnahmen bei der Organisation von Kohle und der rechtzeitigen Bestellung der entsprechenden Fuhrleute vor. Der Saalfelder Schosser sei, auf diese Mißstände angesprochen, nur selten in der Lage, für Abhilfe zu sorgen. Esse hielt Johann Friedrich vor, daß nichts zu machen sei, solange die landesherrlichen Diener, die es mit der Arbeit nicht ernst meinten, dem Bergwerk praktisch Schaden zufügten.(126) Das Beispiel eines untreuen landesherrlichen Beamten lieferte schließlich der Kohlreiter Johann Braun selbst. Er wurde im Sommer 1551 entlassen. Braun hatte wiederholt von den Köhlern gekaufte Kohle den Herzögen in Weimar teurer berechnet und sich damit in kurzer Zeit um 622 Gulden persönlich bereichert.(127)

123 Vgl. ebenda, Reg. T 1039, Bl. 44; 40.

124 Vgl. ebenda, Reg. T 1048, Bl. 4 v - 5 r.

125 Vgl. Schwarze, Elisabeth, Auswirkungen ... a. a. O., S. 456.

126 Vgl. SA Weimar, EGA, reg. T 1041, Bl. 9 - 10.

127 Vgl. ebenda, Reg. T 1051, Bl. 7 - 8, 15.

Die Lage der Klein- und Mittelbauern in der Kreishauptmannschaft Chemnitz zwischen 1925 und 1933

von Kornelia Lobmeier

Im folgenden soll auf die Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur und der Lage der Klein- und Mittelbauern unter dem Einfluß der Agrarkrise am Beispiel der Kreishauptmannschaft (KH) Chemnitz eingegangen werden. Besonders dieser Schicht der ländlichen Bevölkerung gilt im Hinblick auf die Frage nach der Massenbasis des Faschismus ein großes Interesse. Mit dem sächsischen Raum wendet sich die Untersuchung einem Gebiet zu, das im Vergleich zu anderen Ländern des Deutschen Reiches einige Besonderheiten aufwies. So gehörte Sachsen zu den Zentren der industriellen Entwicklung in Deutschland. Die Industrialisierung erfolgte hier besonders früh und stark. Es entstand eine vor allem von der Fertigwarenproduktion und von Klein- und Mittelbetrieben geprägte ökonomische Struktur. Die Bedeutung von Industrie und Handwerk in Sachsen ist auch an der Bevölkerungsstruktur ablesbar. Nach der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 gehörten von den 4 992 320 im Freistaat lebenden Personen 56,4 % der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk an, während nur 9,1 % zur Land- und Forstwirtschaft zählten. Damit war Sachsen der Flächenstaat in Deutschland mit dem höchsten Anteil an in der Industrie und im Handwerk Beschäftigten und dem niedrigsten Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft. Diese Dominanz war besonders stark in der KH Chemnitz ausgeprägt. Der Raum Chemnitz/Erzgebirge gehörte zusammen mit dem Vogtland zu einer der drei sächsischen Industrieregionen. Circa 66 % der Bevölkerung der KH Chemnitz zählten zu Industrie und Handwerk, nur 6 % zur Land- und Forstwirtschaft. Diese strukturellen Besonderheiten beeinflussten maßgeblich die Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion. So war das mit 333 Einwohnern pro Quadratkilometer dichtestbesiedelte Land im Deutschen Reich trotz einer intensiv betriebenen Landwirtschaft ein Zuschußgebiet für agrarische Produkte.(1) Nur etwa 50 % des Fleischbedarfs, 50 % an Gerste, 67 % an Weizen, 80 % an Roggen und Kartoffeln konnten durch eigenes Aufkommen gedeckt werden.(2) Eine weitere Folge war ein räumlich enger Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Industrie breitete sich sowohl in den Städten als auch in den Landgemeinden aus. Dieses "Siedeln" der Industrie(3) führte zu den besonders für den Raum Chemnitz/Erzgebir-

1 Vgl. Schöne, Bruno, Die sächsische Landwirtschaft. Ihre Entwicklung bis zum Jahre 1925 sowie Einrichtungen und Tätigkeit des Landeskulturrates Sachsen zu Dresden, (Dresden) 1925, S. 67 f.; Waldschmidt, Walter, Absatzverhältnisse landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Lande Sachsen, Berlin 1929.

2 Vgl. Pankrath, Martin, Die Versorgung des Freistaates Sachsen mit landwirtschaftlichen Gütern, dargelegt an der Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter auf Eisenbahn und Binnengewässerstraße und der Produktion seiner Landwirtschaft in den Jahren 1925/26/27, Kirchhain 1930, S. 65 ff.

3 Vgl. Burkhardt, Felix, Die Sonderstellung Sachsens im Deutschen Reich und die wirtschaftliche Depression der Gegenwart, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 77. Jg., Dresden 1932, S. 72.

ge/Vogtland typischen Industriedörfern.(4) So lebten in den sächsischen Gemeinden mit bis zu 2 000 Einwohnern 23,4 % der Gesamtbevölkerung gegenüber einem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 9,1 %.(5) Einerseits kommt hierin ein enger Kontakt zwischen bäuerlichen Produzenten und Industrie-arbeitern zum Ausdruck, zum anderen wurde durch die Industriedörfer die Verbindung von landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit erleichtert.

1. Verteilung der Betriebsgrößen in der Landwirtschaft der Kreishauptmannschaft Chemnitz 1925 und 1933

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 gab es in der KH Chemnitz 23 526 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von 184 791 ha. Dabei entfielen auf die einzelnen Größenklassen nach der Gesamtfläche:

Tabelle 1

Größenklasse nach Gesamt- fläche in ha	Betriebe		Gesamtfläche		ha/Betrieb
	Zahl	in %	in ha	in %	
Unter 2	12 286	52,2	5 704	3,1	0,46
2 bis unter 5	3 263	13,9	10 895	5,9	3,34
5 bis unter 20	6 363	27,0	70 280	38,0	11,04
20 bis unter 100	1 531	6,5	43 677	23,7	28,53
100 und mehr	83	0,4	54 234	29,3	653,43
Gesamt	23 526	100,0	184 790	100,0	7,85

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 409, S. 60 ff.

Hieraus ergibt sich nach dem Flächenanteil ein Schwergewicht der Mittelbetriebe von 5 bis unter 20 ha. Sie nehmen in der KH Chemnitz einen wesentlich größeren zahlen- und flächenmäßigen Anteil ein als im Durchschnitt des Reiches. Die anderen Größenklassen sind dem gegenüber unterrepräsentiert bzw. entsprechen in etwa dem Reichsdurchschnitt. Zieht man die kleineren Verwaltungseinheiten hinzu, zeigt sich, daß sich der Anteil der Klein- und Mittelbetriebe in den erzebergischen Amtshauptmannschaften (AH) Marienberg, Annaberg und Stollberg noch verstärkt.(6)

Daraus die Bezeichnung Sachsens als eines Bauernlandes abzuleiten, wie es in zeitgenössischen Publikationen oft getan wurde, erscheint allerdings fragwürdig, sagen diese Zahlen doch nichts über die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung dieser Betriebe aus. Die von der amtlichen Statistik vorgenommene Klassifizierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach dem Umfang der Bodenfläche kann nicht als ein ausreichendes Kriterium für eine sozialökonomische Charakterisierung gelten, "weil sie den Intensivierungsgrad in der Landwirtschaft, die Steigerung der Kapital-

4 Vgl. Rüdiger, Bernd, Der Freistaat in der Weimarer Republik, in: Sächsische Heimatblätter, 3/1984, S. 141.

5 Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen (StJbSa) 1930, Dresden 1931, S. 10.

6 Vgl. StJbSa 1931 bis 1934, S. 130.

aufwendung je Flächeneinheit für Vieh, Maschinen, veredeltes Saatgut, verbesserte Anbaumethoden usw."(7) nicht beachtet. So zählt ein Betrieb mit 2 bis 5 ha nach der Fläche zu einem Kleinbetrieb, wobei er gleichzeitig nach dem Umfang der Kapitalinvestitionen und der Beschäftigtenzahl zu den kapitalistischen Wirtschaften gehören kann. Das trifft z. B. auf Betriebe mit Spezialkulturen, auf Erwerbsgartenbaubetriebe, Mästereien, Hühnerfarmen u. ä. zu.

Um das durch die Größenklassenstruktur entstandene Bild zu entzerren, ist es notwendig, weitere betriebswirtschaftliche Faktoren hinzuzuziehen, z. B. die Anwendung von Lohnarbeit, den Maschinenbesatz, die Größe und Qualität des Viehbestandes.

Da die deutsche Agrarstatistik eine Gruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Wert ihrer Produktion nicht zuläßt, bildet der Einsatz von Lohnarbeit das wichtigste statistisch erfaßbare Kriterium für eine sozialökonomische Differenzierung. Nach den Arbeitskräften in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ergibt sich für die KH Chemnitz folgendes Bild:

Tabelle 2

Der Arbeitskräftebesatz der landwirtschaftlichen Betriebe in der KH Chemnitz 1925

Größenklasse nach LN	Unter 2 ha	2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 100 ha	100 ha und mehr
Zahl der Betriebe	12 523	3 322	6 491	965	31
davon Betriebe, in denen neben dem Betriebsleiter tätig waren - keine Hilfspersonen					
Zahl	7 467	189	23	-	-
%	59,6	5,7	0,4	0,0	0,0
- nur Familienangehörige					
Zahl	4 381	2 571	3 412	112	-
%	35,0	77,4	52,5	11,6	0,0
- Familienangehörige und fremde Arbeitskräfte					
Zahl	274	376	2 822	788	16
%	2,2	11,3	43,5	81,7	51,6
- nur fremde Arbeitskräfte					
Zahl	401	186	234	65	15
%	3,2	5,6	3,6	6,7	48,4
Zahl der ständigen fremden Arbeitskräfte in den einzelnen Größenklassen					
Gesamtzahl	481	583	5 088	3 532	941
pro Betrieb	0,04	0,18	0,78	3,66	30,35

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, S. 69 ff. - Betriebe ohne landwirtschaftliche Bodennutzung und Forstbetriebe mit geringer landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden in der Statistik nicht erfaßt.

Es zeigt sich, daß im Durchschnitt die Zahl der ständigen fremden Arbeitskräfte pro Betrieb bei Wirtschaften bis 20 ha unter einer Arbeitskraft lag, was den nichtkapitalistischen Charakter der Mehrzahl dieser Betriebe bestätigt. Die hohe Zahl der Alleinbetriebe bis zu 2 ha - d. h. Betriebe, in denen nur der Betriebsleiter tätig war - deutet darauf hin, daß das bearbeitete Land in der Mehrzahl der Fälle für den Unterhalt der Familie nicht ausreichte und zusätzliche Einnahmen, in der Regel durch

7 Lenin, W. I., Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 22, S. 51 f.

Lohnarbeit der anderen Familienangehörigen, zur Existenzsicherung nötig waren. Gleichzeitig existierten auch in der Größengruppe bis 20 ha Betriebe, die ausschließlich auf dem Einsatz von Lohnarbeit beruhten.

Wie der Anteil der Familienbetriebe mit steigender Betriebsgröße abnimmt, steigt der Anteil der Betriebe mit ausschließlich fremden Arbeitskräften. Eine Ausnahme bildet der relativ hohe Prozentsatz letztgenannter Betriebe bei den Wirtschaften zwischen 2 bis 5 ha. Das läßt sich auf den in dieser Größengruppe höheren Anteil von Gartenbaubetrieben bzw. Betrieben mit Spezialkulturen zurückführen. Da die Erhebung über die Arbeitskräfte auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) erfolgte, können hier auch vorwiegend forstwirtschaftlich ausgerichtete Betriebe mit dazugehöriger kleinerer landwirtschaftlich genutzter Fläche zu dieser Abweichung beitragen.

Die Statistik bestätigt weiterhin, daß die Betriebe mit über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Regel mehr als eine fremde Arbeitskraft in ihrer Wirtschaft ständig beschäftigten. In der Gruppe der Betriebe von 20 bis 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche trugen überwiegend auch die Familienangehörigen des Betriebsleiters zur Bewirtschaftung des Betriebes bei. Mit 48,4 % ist der Anteil der nur auf dem Einsatz fremder Arbeitskräfte beruhenden Betriebe bei den Wirtschaften über 100 ha am höchsten.

Die damalige Statistik erschwert die Erfassung derjenigen Betriebe, deren Inhaber allein vom Ertrag ihres landwirtschaftlichen Betriebes den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie decken konnten. Zum einen wird bei der Erfassung der Betriebsleiter durch die Statistik von 1925 nicht zwischen Betriebsinhabern und Betriebsleitern differenziert, so daß Eigentümer und Pächter mit Verwaltern und anderen Administratoren gleichgesetzt werden. Zwar machen die durch Verwalter bewirtschafteten Betriebe in den unteren Größenklassen nur einen sehr geringen Prozentsatz aus, doch nimmt ihr Anteil mit steigender landwirtschaftlicher Nutzfläche beträchtlich zu.⁽⁸⁾ Zum anderen zählt die Statistik bei der Klassifizierung nach haupt- und nebenberuflichen Landwirten auch Besitzer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die im Hauptberuf als Lohnarbeiter anderweitig tätig waren, zur Kategorie der hauptberuflichen Landwirte. Deshalb lassen sich allenfalls Näherungswerte ermitteln.

Aus der Tabelle 3 geht hervor, daß der Anteil derjenigen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb als nebenberufliche Tätigkeit führen, mit sinkender Betriebsgröße zunimmt. Eine Ausnahme bilden die Betriebe über 100 ha und mehr, wobei eine Rolle spielt, daß viele dieser Wirtschaften durch Verwalter geleitet wurden, die nach der Stellung in dem von ihnen geleiteten Betrieb als Hilfspersonen gezählt wurden. Die Statistik läßt die Ausgliederung dieser Personengruppe in den Betrieben des Gartenbaus, der Forstwirtschaft sowie der Zucht nichtlandwirtschaftlicher Nutztiere nicht zu.

Die nebenberuflichen Landwirte sind in der Mehrzahl in Industrie und Handwerk beschäftigt, was durch die besondere Wirtschaftsstruktur Sachsens gefördert wird. Bei den nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben bis 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche überwiegt die hauptberufliche Lohnarbeit. Mit Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche steigt auch der Anteil der nebenberuflichen Betriebsleiter, die hauptberuflich als Selbständige in Industrie und Handwerk bzw. Handel und Verkehr tätig sind. Sie können sowohl als Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Kleinhändler zu den Mittelschichten zählen, als auch im Hauptberuf Leiter kapitalistischer Betriebe sein. Außerdem ist zu beachten, daß viele derjenigen, die ihre Tätigkeit als Selbständige in der Landwirtschaft im Hauptberuf angeben, daneben noch einer weiteren Beschäftigung nachgehen, über deren Charakter die Statistik ebenfalls keine genauere Auskunft gibt. Geht man von der in der Statistik verwendeten Kategorie der nebenberuflichen Landwirte aus, zeigt sich in allen Größenklassen für das Untersuchungsgebiet ein relativ hoher Anteil.⁽⁹⁾

8 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs (StDR), Bd. 412/2, S. 98.

9 Vgl. ebenda, S. 99 f.

Tabelle 3

Die nebenberuflichen Landwirte in der KH Chemnitz 1925
(in %)

Größenklasse nach Gesamt- fläche in ha	Selbständige Bewirtschaftung eines land- u. forstwirtschaftlichen Betriebes im Neben- beruf	davon waren im Hauptberuf tätig in				davon Selbstän- dige	andere Wirtschafts- gruppen
		Landwirt- schaft als Hilfsperso- nen	Industrie u. Hand- werk	davon Selbstän- dige	Handel u. Verkehr		
Unter 2	95,7	3,1	64,2	32,5	16,2	67,2	16,5
2 bis unter 5	44,9	4,9	60,3	57,7	29,0	93,8	5,8
5 bis unter 20	7,9	1,2	59,9	86,0	33,5	98,8	5,4
20 bis unter 100	3,4	0,0	82,0	70,7	12,0	100,0	6,0
100 und mehr	25,0	77,8	22,2	100,0	0,0	0,0	0,0

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, S. 185 ff.

Die Hektarerträge in der KH Chemnitz lagen durch die ungünstigen Klima- und Bodenverhältnisse, die hängigen Feldlagen und durch die Einbeziehung auch schlechterer Böden in die landwirtschaftliche Nutzfläche weit unter den sonst überdurchschnittlichen sächsischen Hektarerträgen und auch unterhalb denen des Reiches.⁽¹⁰⁾ Diese Faktoren sowie die relativ geringe Bodenfläche hatten zur Folge, daß in den Klein- und Mittelbetrieben die tierische Produktion eine besondere Bedeutung besaß. Das widerspiegelt eine Untersuchung des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Leipzig. Danach betrug 1926/27 der Anteil der Feldwirtschaft am Rothertrag im Landesmittel 32,5 %. Ihre Bedeutung war in den Klein- und Mittelbetrieben geringer als in den Großbetrieben. Dagegen weist der Anteil der Nutztierwirtschaft am Gesamthertrag eine entgegengesetzte Tendenz auf.

Tabelle 4

Betriebsgröße in ha	Anteil am Gesamthertrag im Nutztierwirt- schaft	Feldwirt- schaft	andere Wirtschaftszweige
5 - 10	63,0	25,5	21,5
10 - 20	65,4	26,8	7,8
20 - 30	60,3	32,8	8,9
30 - 50	57,6	34,9	7,5
50 - 100	52,6	40,7	6,5
100 - 200	45,0	48,5	6,5
200 und mehr	38,9	52,8	8,3

Quelle:

Falke, Friedrich, Die Lage der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen, H. 1 - 3, Dresden/Leipzig 1933 ff., Tabelle: Der Rothertrag und der Reinertrag je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in RM (gruppiert nach der Betriebsgröße).

Der hohe Anteil der Rinderhaltung, der in den landwirtschaftlichen Betrieben über 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erheblich über dem Reichsdurchschnitt lag, erklärt sich aus der großen Bedeutung der Milchwirtschaft, besonders für die Gebirgslandwirtschaft. Die Einnahmen aus Milch und Molkereiprodukten stellten angesichts ungünstiger Bedingungen für den Ackerbau in dieser Zone den höchsten Rothertragswert der Betriebe dar und bildeten zum Teil die einzige regelmäßige Einnahme für den Lebensunterhalt der kleinbäuerlichen Familien.⁽¹¹⁾ In den kleinsten Wirtschaften diente der geringe Viehbestand im wesentlichen zur Eigenversorgung. Mit zunehmender Betriebsgröße stieg auch die Zahl der Nutztiere an. Es muß aber beachtet werden, daß nicht allein die Quantität in der Viehhaltung wesentliche Aufschlüsse über die ökonomische Stärke eines Betriebes gibt. Auch die Qualität des Viehs, die durch solche Faktoren wie Futter, Zustand der Ställe, Pflege und Nutzung der Tiere beeinflusst wird, bestimmt die Produktivität der Viehhaltung. So wurden in vielen kleinbäuerlichen Betrieben Rinder als Zugtiere eingesetzt. Durch die unzureichende Bodenfläche sowie durch ungünstige Witterungsentwicklungen war die eigene Futterproduktion oft ungenügend bzw. minderwertig, was aus Kostengründen von diesen Betrieben kaum durch Zukauf von Futtermitteln ausgeglichen werden konnte. Diese Bedingungen mußten sich negativ auf die Qualität des Viehbestandes auswirken.

¹⁰ Vgl. Heinicke, Helmut, Bäuerliche Betriebsverhältnisse in den erzgebirgischen Kreisbauernschaften Schwarzenberg, Annaberg und Stollberg und Vorschläge zu ihrer Ausrichtung nach den Forderungen des Reichsnährstandes im Rahmen des zweiten Vierjahresplanes, Borna/Leipzig 1937, S. 28.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 15.

Der Großviehbestand verteilt sich auf die Betriebe der einzelnen Größengruppen in der KH Chemnitz auf folgende Weise:

Tabelle 5

Betriebe nach LN in ha	Pferde/Betrieb	Rinder/Betrieb	Schweine/Betrieb
Unter 2	0,01	0,23	0,29
2 - 5	0,27	3,26	1,45
5 - 20	1,74	10,25	4,02
20 - 100	4,68	22,13	8,94
100 und mehr	15,77	79,10	25,48

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, S. 346 ff.

Die Maschinenanwendung hatte sich im Gebiet der KH Chemnitz relativ stark durchgesetzt.¹² Eine Ursache dafür mag in der industriellen Entwicklung Sachsens liegen. Diese forderte zum einen eine intensiv betriebene, produktive Landwirtschaft, zum anderen übte der dadurch bedingte Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft einen Zwang zum Einsatz von Maschinen aus. So zeigt eine Studie über den Einsatz von Landmaschinen im Erzgebirge, daß Landmaschinen nicht in jedem Fall eher durch größere Güter als durch mittlere oder kleinere Betriebe eingesetzt wurden. Zwar spielten technische Ausrüstung und Preise der jeweiligen Fabrikate sowie die Möglichkeit ihres Einsatzes eine wesentliche Rolle, doch setzte man z. B. in größeren Gütern neue Landmaschinen später ein, wenn genügend billige Arbeitskräfte vorhanden waren. Auch die Nähe von einheimischen Landmaschinenfabriken in Chemnitz, Reichenbach, Löbnitz und Niederwürschnitz mag sich fördernd auf die Verwendung von Maschinen ausgewirkt haben. Insgesamt dokumentiert die Untersuchung aber regelmäßig das Zurückbleiben der kleineren Betriebe hinter den mittleren und größeren Gütern um zum Teil 7 bis 12 Jahre.¹³ Nach den Maschinenarten differenziert, zeigt sich, daß besonders Sä- und Mähmaschinen sowie Heuwender häufiger als im Durchschnitt des Reiches eingesetzt wurden. Diese Geräte erleichterten die Arbeit in den Grünlandwirtschaften des Erzgebirges und waren deshalb weit verbreitet. Die geringeren Betriebsgrößen und die hängigen Feldlagen erschwerten dagegen den Einsatz von Traktoren. Mit der Einführung des elektrischen Stroms um 1910, in Gebirgs- lagern oft noch später, setzte sich der Elektromotor als Antriebsmaschine vieler agrarischer Geräte durch.

Die Anschaffung von bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen bedeutete eine erhebliche finanzielle Belastung, die von vielen Kleinbauern nicht getragen werden konnte. Deshalb erwarben sie oft gebrauchte Maschinen, liehen diese aus oder nutzten sie im Rahmen von Genossenschaften.

Der Vergleich der Situation von 1925 mit den sozialen und ökonomischen Kennziffern, die sich aus der Volks- und Berufszählung 1933 ergeben, wird durch unterschiedliche Erhebungsmethoden beeinträchtigt. Während bis 1925 die Gruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche basierte und nur in Ausnahmefällen durch die Gesamtfläche ergänzt wurde, erfolgte 1933 die Gruppierung

12 Vgl. ebenda, S. 40.

13 Vgl. Barth, Ernst, Der Einsatz von Landmaschinen im Erzgebirge und Vogtland am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Studie zur Geschichte der Produktivkräfte im Erzgebirge und im Vogtland, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, 5/1975, S. 173 ff.

nung nur noch nach der Gesamtfläche. Beide Methoden sind mit Vor- und Nachteilen behaftet. Während die Erfassung nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche die Verschleierung eines beträchtlichen Gesamtflächenbesitzes ermöglichte, verzerrt die Gruppierung nach der Gesamtbodenfläche das Bild durch die Betriebe, die einen größeren Waldbestand hatten und nur eine kleine Landwirtschaft daneben betrieben. Die unterschiedlichen Erfassungsmethoden verhinderten z. B. einen direkten Vergleich der Arbeitskräftestruktur in den einzelnen Größengruppen 1925 und 1933. Eine weitere Einschränkung der Vergleichbarkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß ab 1933 die Betriebe unter 0,51 ha Betriebsfläche ausgesondert wurden. Da die Ergänzungsangaben nach der Gesamtfläche in der Statistik von 1925 die Betriebe unter 2 ha nicht weiter unterteilen, ist weder ein Vergleich nach Gesamtfläche und Zahl noch der entsprechenden Angaben für die Betriebe unter 2 ha Gesamtfläche möglich. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1933 entfielen in der KH Chemnitz auf die einzelnen Größenklassen:

Tabelle 6

Größenklasse nach Gesamt- fläche in ha	Betriebe		Gesamtfläche		ha/Betrieb	
	Zahl	Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1925	in ha	Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1925		Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1925
2 bis unter 5	2 725	-538	9 040	-1 855	3,32	-0,02
5 bis unter 20	6 453	+90	71 782	+1 502	11,12	+0,08
20 bis unter 100	1 545	+14	44 398	+721	28,74	+0,21
100 und mehr	83	+0	54 761	+527	659,77	+6,34

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 459, S. 92 ff. - Aus den oben genannten Gründen wird auf die Aufführung der Größengruppen unter 2 ha verzichtet.

Es zeigt sich, daß in allen Größenklassen die Zahl der Betriebe und die Gesamtfläche im Vergleich zu 1925 angestiegen war. Nur die kleinbäuerlichen Betriebe zwischen 2 und 5 ha bildeten hierin eine Ausnahme. Während in den anderen Größenklassen die Betriebsfläche stärker anwuchs als die Zahl der Betriebe, was besonders in den Agrarbetrieben über 100 ha zu einem Anstieg der Betriebsfläche je Betrieb führte, verschlechterte sich dieses Verhältnis bei den kleinbäuerlichen Betrieben.

Um diese Entwicklung differenzierter beurteilen zu können, ist es notwendig, die Entwicklung des Eigenlandanteils an der Betriebsfläche bzw. die Zupacht heranzuziehen (s. Tab. 7). Dabei ergibt sich folgendes Bild:

Das Gebiet der KH Chemnitz weist im Vergleich zum Reichsdurchschnitt ein etwas günstigeres Verhältnis zwischen Eigenland und Pachtland auf. Der Eigenlandanteil übersteigt um etwa 2 bis 3 % den des gesamten Deutschen Reiches. Eine Ausnahme bilden lediglich die Betriebe zwischen 50 und 100 ha, die über einen erheblich geringeren Eigenlandanteil verfügten. Mit Ausnahme dieser Größengruppe steigt der Eigenlandanteil mit zunehmender Betriebsgröße. Der höhere Anteil des Pachtlandes in den Betrieben der Kleinbauern bildete die wirtschaftliche Basis für die ökonomische Ausplünderung und politische Bevormundung der werktätigen Landbevölkerung. Die Pachtzahlungen stellten eine erhebliche ständige Belastung der bäuerlichen Betriebe dar. Zudem lag der Pachtzins für die Parzellenpacht der Kleinlandwirte be-

deutend über dem Niveau der Pachtabgaben bei den größeren Betrieben.(14) Die erzgebirgischen Bauern, die unter schwierigen natürlichen Bedingungen arbeiten mußten, konnten mit dem Erlös ihrer Produkte auch in normalen Erntejahren zum Teil kaum den Arbeitsaufwand decken und die einfache Akkumulation des Eigenlandes garantieren. Zusätzliche Kapitalanlagen waren nur selten möglich.(15) Deshalb mußte das Pachtssystem erheblich zur Verschärfung der Lage der erzgebirgischen Klein- und Mittelbauern beitragen.

Tabelle 7

Größenklasse nach Gesamtfläche in ha	Eigenlandanteil (in %)	
	1925	1933
2 bis unter 5	78,2	76,7
5 bis unter 10	86,7	83,1
10 bis unter 20	93,9	90,8
20 bis unter 50	93,9	91,8
50 bis unter 100	78,1	76,3
100 und mehr	96,1	98,7

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 409, S. 60 ff.; ebenda, Bd. 459, S. 92 ff.

Aus der Entwicklung der Zahl und der Fläche in den einzelnen Größenklassen und der Besitzverhältnisse läßt sich für die Klein- und Mittelbauern folgendes ableiten: Der Rückgang der kleinbäuerlichen Wirtschaften ist durch Aufgabe der Betriebe und Abwanderung in nichtlandwirtschaftliche Bereiche bzw. in die Lohnarbeit oder durch Aufstieg in die höhere Größenklasse durch Zukauf oder Zupacht zu erklären. Die einsetzende akute Agrarkrise erschwerte die Existenzsicherung durch die Bewirtschaftung eines Kleinbetriebes, so daß viele Inhaber vor die Alternative gestellt wurden, ihre bäuerliche Existenz aufzugeben oder um den Preis ungünstigerer betriebswirtschaftlicher Bedingungen ihren Betrieb zu vergrößern. Durch Zupacht senkte sich der Eigenlandanteil, womit sich die Besitzverhältnisse verschlechterten. Daraus ergibt sich auch das zahlenmäßige Wachstum der mittelbäuerlichen Betriebe bei gleichzeitig stärkster Abnahme des Eigenlandanteils.

2. Der Übergang von der chronischen zur akuten Agrarkrise und die Entwicklung der Produktions- und Absatzbedingungen der Klein- und Mittelbauern

Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft verlief nicht synchron mit der Entwicklung der Industrie. Während die Industrieproduktion in der Mitte der 20er Jahre einen Aufschwung erlebte, blieb die Agrarproduktion zurück. Zwar hatten viele landwirtschaftliche Betriebe in der Periode der inflationären Geldentwertung durch den

14 Vgl. Rothkegel, Walter, Die Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise für Landgüter und Stückländereien, in: Deutsche Agrarpolitik, T. 1, Berlin 1932, S. 414.

15 Vgl. Schwendler, Gerhild, Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber den werktätigen Bauern während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus - dargestellt an Ereignissen im Erzgebirge, Diss. A, Leipzig 1964, S. 72 f.

Abbau eines großen Teiles der auf ihnen lastenden Hypotheken- und Personalschulden profitiert. Doch konnten diese Bedingungen von den agrarkapitalistischen Betrieben in weit größerem Ausmaß genutzt werden als von den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, da deren geringere Größe keine bedeutsamen Neuinvestitionen erlaubte bzw. die Kreditwürdigkeit einschränkte.(16) Zugleich hatte die Inflation aber auch deren letzte Geldreserven aufgesogen. Hinzu kam, daß die Kleinbauern durchschnittlich das Vier- bis Fünffache an Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern im Vergleich zur Situation vor dem Krieg aufbringen mußten. Die kleineren Betriebe hatten als Grundsteuer eine wesentlich höhere Summe je Hektar zu entrichten als die Großbetriebe. Außerdem erhöhten sich mit dem Ansteigen der kapitalistischen Bodenrente Bodenpreise und Pachtsätze, die sich im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr als verdoppelten. Zu der Tatsache, daß der Anteil des Pachtlandes bei Klein- und Mittelbetrieben besonders hoch war, trat für diese Betriebe erschwerend hinzu, daß die Pachtsätze für kleinere Parzellen erheblich mehr als für größere Flächen gestiegen waren.(17)

Nach der Währungsstabilisierung war der Kreditbedarf der Landwirtschaft erheblich angestiegen, um die notwendigen Investitionen für die Intensivierung und Modernisierung durchführen zu können. Als Reaktion darauf wurde die Rentenbank-Kreditanstalt geschaffen, die vor allem ausländische Kredite an die Landwirtschaft vermittelte. Auch das deutsche Finanzkapital drang zu dieser Zeit verstärkt in die Landwirtschaft ein. Dazu kamen noch beträchtliche staatliche Anleihen und private Kredite. Nach Schätzungen flossen zwischen 1924 und 1928 etwa 7,5 Mrd. RM in den verschiedensten Kreditformen in die deutsche Landwirtschaft.(18) Der zusätzliche Kapitaleinsatz führte zu einem bedeutenden Aufschwung der Produktivkraftentwicklung im agrarischen Bereich.(19)

Die Großbetriebe erhielten den Hauptanteil an Krediten.(20) Teile der werktätigen Bauernschaft waren dem gegenüber noch viel weniger in der Lage, Mittel für die erweiterte Reproduktion aus eigener Kraft aufzubringen bzw. auch nur die einfache Reproduktion abzusichern. Da ihnen von den Banken nur eine geringe Kreditwürdigkeit eingeräumt wurde, waren sie gezwungen, auf die viel höher zu verzinsenden kurzfristigen Personalkredite auszuweichen. Nach Angaben des "Volksstaates" betrugen die Zinsen für Hypothekenschulden in der sächsischen Landwirtschaft Anfang 1927 zwischen 8 bis 10 %, während bei Personalkrediten 12 % erhoben wurden.(21)

Eine Folge dieser Entwicklung war die wachsende Verschuldung der Agrarbetriebe. Nach Feststellung des Sächsischen Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften stiegen die Außenstände in 14 Genossenschaften mit einer konstanten Zahl von 4 552 Mitgliedern von 1,4 Mill. RM im Jahre 1924 auf 4,5 Mill. RM 1926 an.(22) Die wachsende Kreditaufnahme, erhöhte Zinssätze und die steigende Tendenz der Bodenrente führte zu einer zunehmenden Labilität vieler landwirtschaftlicher Be-

16 Vgl. Reinhold, Josef, Grundzüge der sozialökonomischen und politischen Entwicklung auf dem Lande vom 1. Weltkrieg bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise. Das Verhältnis der KPD zu den werktätigen Bauern, Diss. B, Leipzig 1984, S. 24 ff.

17 Vgl. Klemm, Volker/Berthold, Rudolf, u. a., Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 92.

18 Vgl. ebenda, S. 90 ff.

19 Vgl. ebenda, S. 133 ff.

20 Vgl. Klemm, Volker, Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft von 1927/28 bis 1933. Ein Beitrag zur Agrarkrisentheorie, Habil.-Schrift, Berlin 1965, S. 20 ff.; Nussbaum, Manfred, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978, S. 22.

21 Vgl. Staatsarchiv Dresden (StADr), Zeitungsausschnittsammlung (ZAS), Nr. 970, Der Volksstaat, 19. 3. 1927.

22 Vgl. ebenda, Bautzener Nachrichten, 21. 3. 1927.

triebe. Ein Teil der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, aber auch der größten landwirtschaftlichen Betriebe konnte bei einer eintretenden Konjunkturverschlechterung seinen Zins- und Rentenverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Das führte zu einer erhöhten Krisenanfälligkeit.

Erste Anzeichen für das Umschlagen in die akute Phase der Krise traten bereits 1927 in Erscheinung. Die kaufkräftige Nachfrage konnte mit dem wachsenden Angebot an landwirtschaftlichen Produkten nicht Schritt halten. Zum einen hatte sich die einheimische Agrarproduktion gesteigert, zum anderen trugen die ständig zunehmenden, zum Teil erheblich billigeren Agrarimporte zur Verschärfung der Disproportionen bei. Durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise prägte sich die relative Überproduktion in der Landwirtschaft weiter aus. Diese resultierte vor allem daraus, daß große Teile der Bevölkerung infolge sinkender Löhne ihre Bedürfnisse an Agrarprodukten nicht mehr ausreichend decken konnten.⁽²³⁾ Nicht nur der Rückgang der Löhne, sondern auch die zunehmende, in Sachsen besonders hohe Arbeitslosigkeit muß in Betracht gezogen werden, so daß der Überschuß an Agrarprodukten ein Ergebnis der Unterkonsumtion großer Teile der Bevölkerung war. Eine Folge dieser Entwicklung bestand im erhöhten Druck auf die Preise für Agrarprodukte.

Insbesondere auf Betreiben der ostelbischen Getreideproduzenten ergriff der Staat Regulierungsmaßnahmen zur Stützung der Agrarpreise. Die landwirtschaftliche Außenhandels- und Zollpolitik war darauf gerichtet, die wesentlich unter den deutschen Preisen liegende ausländische Konkurrenz auszuschalten. Durch Kontingentierung der Einfuhren von Getreide und Futtermitteln und Erhöhung der Zölle versuchte man, die deutschen Getreidepreise von der Weltmarktentwicklung zu lösen. Als die Beschränkung der Einfuhren nicht mehr ausreichte, erfolgte zur Marktstützung der Aufkauf von Roggen durch die Reichsgetreidestelle, die Eonierungsaktion, bei der große Mengen von Getreide für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht wurden, sowie die Einführung des gesetzlichen Verwendungszwanges von Roggen für Brot und des Vermahlungszwanges für inländischen Weizen.⁽²⁴⁾ All diese Maßnahmen konnten das Fallen der Getreidepreise zwar verzögern, aber nicht verhindern.

Dagegen zeigte die staatliche Agrarpolitik auf dem Gebiet der Viehwirtschaft weit weniger Initiative. Die vor allem im Interesse der marktgetreideanbauenden Betriebe durchgeführte Zollpolitik benachteiligte die durch die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung ohnehin schon stark betroffene Viehproduktion in nicht unerheblichem Maße. Im Gegensatz zu den Getreidezöllen erfolgte die Kontingentierung und Zollerhöhung für Vieh und Viehprodukte relativ spät und begrenzt. Die Preise der Vieherzeugnisse und des Schlachtviehs sanken weit stärker als die Getreidepreise. Außerdem hatten die regressiven Einfuhrbestimmungen die Futtermittel verteuert bzw. vom Markt ferngehalten. "So waren die Viehproduzenten gezwungen, den teuren bzw. verteuerten inländischen Roggen zu verwenden und so den großbäuerlichen und junkerlichen Betrieben als Abnehmer zu dienen."⁽²⁵⁾ Betroffen wurden davon vor allem die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, da in ihnen der Nutztierwirtschaft in der Regel eine größere Bedeutung zukam als in den Großbetrieben. Besonders negativ mußte sich diese Politik aber auf jene Betriebe auswirken, die auf kleiner Fläche eine intensive Schweinemast oder Milchwirtschaft bei hohem ständigem Zukaufbedarf an Futtermitteln betrieben.

Zu den Disproportionen zwischen den agrarischen Erzeugnispreisen für Getreide und Produkten der Veredelungswirtschaft kam die "Preisschere" im Verhältnis zu den Preisen für industrielle Fertigprodukte.

23 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5, Berlin 1983, S. 361.

24 Vgl. Nussbaum, S. 342 ff.

25 Ebenda, S. 347.

Tabelle 8

Preisverhältnis landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Chemnitz)

	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34
Roggen	100,0	106,6	89,2	72,0	71,3	83,9	65,9	64,7
Weizen	100,0	92,6	79,7	91,2	95,2	84,8	71,2	66,3
Gerste ⁺	100,0	114,2	103,7	84,1	93,5	83,0	78,3	75,6
Hafer	100,0	111,1	103,3	78,6	81,4	74,3	63,9	70,3

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Milch ⁺⁺	100,0	88,0	84,9	88,2	83,4	73,3	76,1	70,2	69,6
Rinder ⁺⁺⁺	100,0	103,4	109,0	101,4	103,4	102,8	72,9	55,1	52,3
Schweine [°]	100,0	104,2	85,1	87,9	107,3	88,2	63,8	53,0	52,2

Preisverhältnis landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Deutsches Reich)

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Kunst- dünger	100,0	97,7	94,3	92,6	95,7	93,3	86,6	79,7	79,5
Kraft- futter	100,0	93,6	119,4	120,4	102,8	76,1	83,2	74,8	70,6
landwirt- schaftli- che Ma- schinen	100,0	100,6	100,2	101,8	102,0	101,7	99,8	90,4	87,8

+ Winter-, Futtergerste.

++ Großhandelseinkaufspreis für Dresden.

+++ Kühe, fleischig.

° Schweine, 80 - 100 kg.

Quelle:

Errechnet nach: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 1/1929, S. 175; 3/1929, S. 36 ff.; 1/1930, S. 70 ff.; 3/1930, S. 38 ff.; 1/1931, S. 156 ff., 164; 1/1932, S. 149 ff., 157; 3/1932, S. 135 ff.; 1/1933, S. 141 ff., 149; 3/1933, S. 113 ff., 149; 1/1934, S. 190 ff., 198; 3/1934, S. 147 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, S. 280 f.

Vergleicht man die wichtigsten Getreidepreise an den deutschen Börsen und Fruchtmärkten bzw. die Schlachtviehpreise und die Großhandelseinkaufspreise für Milch, so zeigt sich, daß in Chemnitz bzw. im sächsischen Raum (für Milch) keine von der Entwicklung im gesamten Deutschen Reich wesentlich abweichenden Tendenzen zu verzeichnen waren. Die Preise lagen im allgemeinen auf mittlerem Niveau (vgl. Grafik 1 im Anhang).

Die sich in den Krisenjahren besonders rasch öffnende "Preisschere" hatte zur Folge, daß die Aufwendungen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel einen immer größeren Anteil an den Einnahmen ausmachten bzw. diese überschritten. Eine Untersuchung über die Rentabilität der sächsischen Landwirtschaft durch die Landesstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse im Freistaat Sachsen gibt darüber Auskunft (vgl. Grafik 2 im Anhang).

Bei der Bewertung der Ergebnisse dieser Untersuchung ist zu berücksichtigen, daß sie auf der Grundlage von Buchführungsmaterial landwirtschaftlicher Betriebe erfolgte. Da aber in den unteren Größenklassen gewöhnlich keine Buchführung vorgenommen wurde, bilden die 0,2 % der Betriebe zwischen 5 und 10 ha, die in die Statistik einbezogen werden konnten, wohl nicht nur in dieser Beziehung eine Ausnahme. Weitere Faktoren, die die Validität der Ergebnisse einschränken, liegen z. B. darin begründet, daß von vornherein für die Unternehmerfamilien der Großbetriebe ein weitaus höherer Lohnanspruch als Bestandteil des Betriebsaufwandes festgesetzt wurde als für kleinere Wirtschaften.(26) Dadurch sind das Gesamtergebnis sowie die Ergebnisse für die unteren Größenklassen nur eingeschränkt gültig.

Nach den verwendeten Buchführungsergebnissen konnten die landwirtschaftlichen Betriebe im Landesmittel zwischen 1926 und 1932 keinen Gewinn erwirtschaften. Das Mißverhältnis zwischen Betriebsaufwand und Roherlös war 1926/27 besonders groß. Diese Tatsache ist zum einen den sich wiederholenden Mißernten in Sachsen 1924 bis 1926 geschuldet, zum anderen trat in der Industrie zu dieser Zeit eine Zwischenkrise ein, die zu einem Absinken der Kaufkraft der Bevölkerung führte. 1927/28 folgte eine kurzfristige Erholung, der sich eine lange Phase der krisenhaften Entwicklung anschloß. Der finanzielle Rohertrag aus der landwirtschaftlichen Produktion sank bei gleichzeitig gesteigerten Erträgen, da die Preise für Agrarprodukte schneller fielen.(27) Erst 1931/32 zeigten die Reinerträge eine steigende Tendenz, um 1932/33 wieder eine positive Bilanz aufzuweisen.

Nach Größenklassen differenziert, ergab die Untersuchung, daß die Betriebe zwischen 5 und 20 ha und zum Teil auch die über 100 ha die negativsten Reinertragswerte aufwiesen, wobei es aber den Großbetrieben eher gelang, sich wieder zu erholen (vgl. Grafik 3 im Anhang). Den Betrieben über 20 ha schien es aufgrund ihrer im Vergleich zu den agrarischen Großbetrieben günstigen Betriebsstruktur besser zu gelingen, sich auf die Krise einzustellen, oder sie besaßen größere Reserven als die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, den Folgen entgegenwirken zu können. Hier spielte auch eine Rolle, daß mit der Größe der Betriebe der Anteil der Feldwirtschaft am Rohertrag stieg, die von den staatlichen Regulierungsmaßnahmen besonders gestützt wurde. Aber auch die Betriebe dieser Größengruppe mußten Verluste hinnehmen.

Die Analyse der Anbauzonen ergibt, daß das Gebiet der KH Chemnitz zu den Zonen mit den ungünstigsten Ertragsverhältnissen zählte. Insbesondere das Erzgebirge mit seinen die landwirtschaftliche Nutzung erschwerenden natürlichen Bedingungen und

26 Vgl. Falke, Friedrich, Die Lage der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen, Dresden/Leipzig 1933 ff., H. 3, S. 11.

27 Zur Entwicklung der Ertragsverhältnisse in der KH Chemnitz vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 1/1928, S. 29 ff.; 1/1929, S. 125 ff.; 2/1930, S. 3 ff., 20 f.; 1/1931, S. 29 ff.; 1/1932, S. 28 ff.; 4/1932, S. 36 ff.; 1/1933, S. 28 ff.; 1/1934, S. 24 ff.

der großen Bedeutung der Nutztierwirtschaft für die vielen klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften dieser Region trat hier negativ hervor.(28)

Die Landwirte versuchten, auf verschiedene Weise dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So richteten sie sich nach Möglichkeit im Anbau der Getreidearten nach der Preisentwicklung, was z. B. 1929/30 zur Ausdehnung der Weizenanbaufläche führte. Diese Flexibilität war aber nur in größeren Betrieben bei entsprechender Bodenqualität möglich. Zum anderen führte sie dazu, daß die Preise wieder nachgaben und die Landwirte dieser Entwicklung stets hinterherhinkten. Auch versuchte man durch Senkung der Betriebskosten wieder eine günstige Betriebsbilanz zu erreichen. Zum Beispiel fand die Neu- und Ersatzbeschaffung von Maschinen und Geräten nicht in dem Umfang statt, wie Abschreibungen erfolgten. Der Absatz landwirtschaftlicher Maschinen ging im Deutschen Reich seit 1927/28 ständig zurück und betrug im Wirtschaftsjahr 1930/31 nur noch 53 % des Umfangs von 1927/28. Ebenso rückläufig entwickelte sich die Bautätigkeit in der Landwirtschaft.(29) Außerdem wurde die Verwendung von Kunstdünger erheblich eingeschränkt. 1928/29 lag Sachsen mit einem Kaliverbrauch von 36,27 kg je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche an zweiter Stelle im Reich. 1932/33 war er bis auf 29,82 kg/ha gesunken. Damit fiel Sachsen auf die fünfte Position zurück. Im gleichen Zeitraum sank der Stickstoffdüngemittelumsatz um ein Fünftel.(30) Zunehmend wurde vor allem in den kleineren Betrieben auf den Zukauf von Saatgut verzichtet und eigenes, zum Teil überaltertes von minderer Qualität verwendet.(31) "Die kleinen und kleinsten Betriebe ... konnten durch äußerste Überarbeit, durch Einschränkung des Konsums und oft dadurch, daß ihre Besitzer zusätzlich außerhalb der Landwirtschaft tätig waren und andererseits die Erzeugnisse ihres eigenen Betriebes zum Teil selbst verbrauchten, aber doch den prozentualen Anteil ihrer Betriebe an den Zwangsversteigerungen relativ niedrig halten. Dadurch wurde die Auswirkung der Krise auf die kleinen Betriebe verschleiert."(32)

Der scheinbare Widerspruch zwischen steigender Agrarproduktion und Stagnation von wesentlichen Teilen der Produktivkräfte erklärt sich aus der Tatsache, daß die hohe Verschuldung und der Zwang zur Zahlung von Zinsen und Tilgungsraten für Kredite bzw. Grundrente eine Einschränkung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei Gefahr des Unterganges nicht erlaubten.

Bei Tabelle 9 ist zu berücksichtigen, daß die Betriebsverhältnisse der geringen Zahl der darin erfaßten Betriebe zwischen 5 und 20 ha nicht denen der Mehrzahl der Betriebe dieser Größe entsprachen, so daß der Anteil der Marktlieferung wahrscheinlich noch weit geringer angesetzt werden muß. Die Abnahme der Marktlieferung der kleineren Betriebe mit dem Einsetzen der Krise bei gleichzeitiger Ausdehnung der Marktproduktion in den Großbetrieben widerspiegelt demgegenüber die realen Verhältnisse.

Trotz aller Bemühungen, die Auswirkungen der Krise abzumildern, konnte die zunehmende Verschuldung nicht aufgehalten werden, wie aus Tabelle 10 hervorgeht.

28 Vgl. Falke, H. 1 - 3, Tab.: Der Rohertrag und der Reinertrag je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in RM (gruppiert nach den Anbauzonen).

29 Vgl. Klemm/Berthold, S. 99.

30 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 76; 1933, S. 74; 1934, S. 87.

31 Vgl. Heinicke, S. 31.

32 Nussbaum, S. 340 f.

Die Untersuchung der sächsischen Landesstelle zur Erforschung landwirtschaftlicher Betriebsverhältnisse bestätigt diese Aussage. Der Anteil der Marktlieferung am Gesamtrohertrag zeigte danach in den einzelnen Betriebsgrößen folgendes Bild:

Tabelle 9

Anteil der Marktlieferung am Gesamtrohertrag in den einzelnen Größenklassen im Freistaat Sachsen (in %)

Größenklasse (in ha)	1926/ 27	1927/ 28	1928/ 29	1929/ 30	1930/ 31	1931/ 32	1932/ 33
5 - 10	74,2	78,4	75,9	75,6	71,9	70,5	70,7
10 - 20	77,2	78,7	79,3	79,2	79,9	78,3	78,0
20 - 30	80,7	81,6	82,7	82,0	82,4	81,3	80,6
30 - 50	82,8	84,1	84,9	84,4	84,5	84,1	84,1
50 - 100	84,5	86,4	86,8	86,9	87,2	86,6	87,0
100 - 200	85,7	87,3	87,4	87,8	88,7	88,5	89,1
Über 200	85,5	87,7	88,7	89,6	89,2	89,2	89,4

Quelle:

Falke, Friedrich, Die Lage der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen, Dresden/Leipzig 1933 ff., H. 3, S. 43.

Tabelle 10

Die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen

Betriebsgröße in ha	Stand der Verschuldung (in RM/ha)			Schulden in % des	
	am 1.7.1926	30.6.1933	Zunahme	Gutsbesatz- vermögens	Einheits- wertes
5 - 10	550	968	418	34,6	68,1
10 - 20	430	838	408	38,1	55,1
20 - 30	530	832	302	41,6	52,0
30 - 50	635	832	197	46,2	46,8
50 - 100	760	1 058	298	66,1	63,0
100 - 200	610	850	240	60,7	61,6
Über 200	620	951	331	67,9	65,1

Quelle:

Falke, Friedrich, Die Lage der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen, Dresden/Leipzig 1933 ff., H. 3, S. 53.

Auffallend ist die hohe Hektarverschuldung der Betriebe zwischen 50 und 100 ha bereits vor Ausbruch der akuten Agrarkrise. Der hohe Anteil der Maschinen und Geräte an den Betriebskosten in dieser Größengruppe(33) läßt vermuten, daß die Verschuldung vor allem ein Resultat des hohen Mechanisierungsgrades ist, der aber in diesen Wirtschaften effektiver genutzt werden konnte als in den kleineren Betrieben, was zu einer relativ günstigen Entwicklung des Reinertrages führte (vgl. Grafik 1).

33 Vgl. Falke, H. 1 - 3, Tab.: Der Betriebsaufwand je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in RM (gruppiert nach Betriebsgrößen).

Hinzu kam, daß diese Betriebe von der staatlichen Stützungs politik stärker profitierten, so daß die Zunahme der Verschuldung während der Krise angesichts der hohen Ausgangsverschuldung gering war. Daneben wiesen die Betriebe zwischen 5 und 10 ha eine hohe Verschuldung auf. In dieser Größengruppe sowie bei den Betrieben mit 10 bis 20 ha ist aber auch die Zunahme zwischen 1926 und 1933 am stärksten. Im Verhältnis zum Gutsbesitzvermögen (d. h. Boden, Gebäude, Maschinen, Vieh u. a. Inventar) zeigt sich ein anderes Bild. Danach verzeichneten diese Wirtschaften den geringsten Verschuldungsgrad, da deren "Inventarausstattung, auf die Flächeneinheit gerechnet, ... reichlich doppelt so groß ist wie beim Großbetrieb. Auch das Gebäudekapital ist, gemessen an der bewirtschafteten Fläche, im Kleinbetrieb viel größer ... Aber das, was ... als ein Gewinn für die kleinen Bauern erscheint, ist in Wirklichkeit ein Unglück, eine Quelle dauernder Not und Sklaverei. Schon die Tatsache, daß sein in Gebäuden und Inventar angelegtes Kapital (pro Flächeneinheit - K. L.) höher ist als im Großbetrieb, bedeutet durchaus keinen Vorteil, sondern sowohl steuerlich wie bei dem Erbgang eine Sonderbelastung".(34) Die hohe Hektarverschuldung hat eine weitere Ursache in den relativ hohen laufenden Kosten für den Pachtzins. Der Pachtlandanteil wurde zwischen 1925 und 1933 in den unteren Betriebsgrößen ausgedehnt, was eine Verschlechterung der betriebswirtschaftlichen Bedingungen und eine ständige finanzielle Belastung bedeutete.

Eine vom Enquêteausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft durchgeführte Studie über die Verschuldungs- und Kreditlage der Landwirtschaft ermöglicht den Vergleich mit anderen Ländern und Gebieten des Deutschen Reiches. Für deren Gültigkeit gelten aber ähnliche Vorbehalte, wie sie für die sächsische Untersuchung angemerkt wurden. Die auf der Grundlage von Vermögenssteuerakten bei den Landesfinanzämtern erfolgte Erhebung untersuchte nur Betriebe oberhalb der Vermögenssteuerfreigrenze von 5 000 RM, die nicht im räumlichen Zusammenhang mit einem Gewerbebetrieb (z. B. einer Gastwirtschaft) standen und deren Besitzer ihren Lebensunterhalt im wesentlichen aus der Landwirtschaft abdeckten.(35) Außerdem erfolgte die Erfassung nach dem Wohnsitzfinanzamt des Eigentümers, was die Angaben für die Großstädte, in denen besonders viele Eigentümer verpachteter Betriebe wohnten, modifizierte. Da diese Einschränkung für alle untersuchten Gebiete, wenn auch in unterschiedlichem Maße, galten, ist ein Vergleich dennoch möglich.

Danach waren die durch die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig erfaßten sächsischen Betriebe mit 466 RM bzw. 406 RM je Hektar sehr hoch verschuldet. Dresden stand an erster Stelle, Leipzig an sechster Stelle der 26 Landesfinanzamtsbezirke. Zieht man dazu das Verhältnis der Verschuldung zu den Einheitswerten bzw. den Verkehrswerten mit heran, verändert sich das Bild. Zwar liegen die sächsischen Betriebe auch dabei zum Teil noch über dem Reichsdurchschnitt, werden aber von den östlichen bzw. nördlichen Teilen des Deutschen Reiches übertroffen.(36) Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die hohe Hektarverschuldung der sächsischen Landwirtschaft unter anderem mit deren Intensivierungsgrad und der großen Zahl der auf Viehwirtschaft orientierten klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften im Zusammenhang stand. Die Einheitswerte, die von den Grundwertausschüssen 1925 bzw. 1928 festgelegt wurden und den mittleren, nachhaltig erzielbaren Ertragswert eines Grundstücks darstellen sollten, waren für Sachsen relativ hoch. Dieser Produktivitätswert resultierte aus dem starken Maschinenbesatz und der breiten Anwendung künstlicher Düngemittel, was wiederum oft nur mit Krediten abgesichert werden konnte.

34 StADr, ZAS, Nr. 974, Die Rote Fahne, 25. 3. 1928.

35 Vgl. Die Verschuldungs- und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der Währungsbefestigung bis Ende 1928. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft, Bd. 12, Berlin 1930, S. 17 ff.

36 Vgl. ebenda, S. 22.

Der hohe Verkehrswert widerspiegelt die Bodenqualität sowie den durch den großen Anteil der Klein- und Mittelbetriebe erhöhten Gebäudebestand je Hektar, der aber mit erhöhten Steuern und Pachtabgaben korrespondierte.

Die nach dem Verkehrswert am stärksten verschuldeten Gebiete kennzeichnete dagegen das Vorherrschende großagrarischer marktgetreideproduzierender Betriebe bzw. im Falle Schleswig-Holsteins der kapitalistischen Viehwirtschaft, die eine besondere Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen des Marktes für landwirtschaftliche Produkte bedingte.

Für die einzelnen Finanzamtsbezirke der KH Chemnitz wurden unterschiedliche Werte ermittelt. Stellt man die bereits erwähnten Fehlerquellen in Rechnung, die sich besonders in der AH Annaberg und der Stadt Chemnitz bemerkbar machten, verzeichneten die erzgebirgischen AH Marienberg und Stollberg eine hohe Verschuldung. Diese Gebiete wiesen im Vergleich zu den anderen Amtshauptmannschaften einen besonders großen Anteil der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, eine stärkere Orientierung auf die Viehwirtschaft und die Landwirtschaft erschwerende natürliche Bedingungen auf. Geringer verschuldet waren die Agrargebiete in den AH Chemnitz und Glauchau. Die AH Flöha nimmt eine Zwischenstellung ein.(37)

Die amtlichen Erhebungen über die Verschuldung sollen im folgenden durch eine weitere Aufstellung ergänzt werden, die auf der Grundlage der Vergabe von Staatsbeihilfen an besonders bedürftige Landwirte für das Erntejahr 1932 in der AH Annaberg beruht. Zwar werden damit nur etwa 7,8 % der 1933 gezählten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in der Amtshauptmannschaft erfaßt, und durch die Einteilung nach dem Verkaufswert ist auch der Anteil der "besonders bedürftigen" Landwirte in den einzelnen Größengruppen nicht zu ermitteln, doch gibt die Erhebung Auskunft über die Streuung und den Grad der Verschuldung der Betriebe in den unterschiedlichen Verkaufswertklassen. Sie schließt auch Betriebe mit ein, die von den anderen Untersuchungen nicht registriert wurden.

Tabelle 11

Verkaufswert in 1 000 RM	Zahl der Betriebe	Verschuldung 1932 in % des Verkaufswertes					Ø
		bis 30 %	bis 60 %	bis 100 %	bis 130 %	darüber	
Unter 10	62	8,1	30,6	35,5	17,7	8,1	75,3
10 - 20	94	12,8	31,9	37,2	16,0	2,1	69,4
20 - 30	26	3,8	30,8	57,7	7,7	0,0	65,3
30 und mehr	9	22,2	33,4	22,2	22,2	0,0	65,2

Quelle:

Staatsarchiv Dresden, AH Annaberg, Nr. 3579.

Hiernach weisen die Betriebe mit einem Verkaufswert bis zu 10 000 RM die höchste Verschuldungsrate auf. Der Anteil derjenigen, die über ihren Verkehrswert verschuldet waren, ist in dieser Gruppe ebenfalls am größten. Je höher der Wert, desto seltener ist eine Überschuldung der Betriebe über 100 %, was auch mit sinkenden Durchschnittsraten korrespondiert.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für die zunehmende Verschlechterung der sozial-ökonomischen Lage der Klein- und Mittelbauern während der Agrarkrise ist die Zunahme der Zwangsversteigerungen.

37 Vgl. ebenda, S. 102 f.

Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft

Jahr	KH Chemnitz			Deutsches Reich		
	Fälle	von 10 000 der Betriebe (1925)	Ø Schätz- wert/Betrieb in 1 000 RM	Fälle	von 10 000 der Betriebe (1925)	Ø Fläche/Be- trieb in ha
1926	13	5,5	15,0	1 275	2,4	7,6
1927	13	5,5	15,6	2 489	4,8	14,0
1928	13	5,5	10,8	2 403	4,7	15,8
1929	16	6,8	25,4			
1930	21	8,9	32,9			
1931	41	17,4	30,3	5 765	11,2	30,6
1932	24	10,2	28,7	7 060	13,7	21,8
1933	7	3,0	13,0	1 662	3,2	16,5

Quelle:

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 409, S. 60 ff.; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen, 1927/28, S. 315; 1930, S. 304; 1931 - 1934, S. 392; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 386; 1934, S. 386; Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2/1928, T. A, S. 14.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß in der KH Chemnitz ein etwas höherer Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von Zwangsversteigerungen betroffen wurde als im Durchschnitt des Reichs. Allerdings kann sich aus den unterschiedlichen Quellen für die angeführten Zahlen eine Fehlerquelle ergeben, die sich nicht quantifizieren läßt. Deutlich wird aber, daß im Chemnitzer Raum eine wesentliche Zunahme der Zwangsversteigerungen über das relativ hohe Ausgangsniveau später eintrat als im Reichsdurchschnitt. Nach Aussagen des Instituts für Konjunkturforschung waren es "vor allem die vorwiegend auf Schweinehaltung angewiesenen westlichen preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau, die 1927 die größte Zunahme der zwangsversteigerten Flächen aufwiesen". (38) Diese Betriebe waren für die KH Chemnitz nicht typisch, so daß sich die besonders ungünstige Konjunktur auf dem Schweinemarkt nicht so stark auswirkte.

Betrafen die Zwangsversteigerungen in den ersten Jahren der Krise Betriebe mit geringerem Schätzwert stärker, stieg der durchschnittliche Schätzwert und damit auch die Betriebsgröße in den folgenden Jahren bis 1930 tendenziell. Die geringeren Barreserven, die hohen Zins- und Pachtverpflichtungen, die stärkeren Auswirkungen der Mißernten 1924 bis 1926 sowie die für sie ungünstige Zoll- und Preispolitik brachte die kleineren, auf Viehwirtschaft ausgerichteten Betriebe verhältnismäßig schnell zum Erliegen.

Aber auch zunehmend größere Betriebe konnten der krisenhaften Entwicklung nicht mehr standhalten, obwohl sie von der staatlichen Kredit- und Umschuldungspolitik begünstigt wurden. So erließ das sächsische Wirtschaftsministerium am 16. Juli 1928 eine Verordnung über die Gewährung von Umschuldungskrediten, mit denen drückende Personalschulden in niedrig verzinsliche, langfristige Kredite umgewandelt werden sollten. Doch wurde daran die Bedingung geknüpft, daß nach Gewährung des Kredites die rationelle Fortführung des Betriebes gewährleistet sein mußte. Damit war den Entscheidungsgremien, die von großbäuerlichen Vertretern beherrscht wurden, und dem persönlichen Geschick des Landwirtes, seinen Betrieb günstig darzustellen, ein

38 Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 1928, H. 2, T. A, S. 14.

breiter Spielraum gelassen. Die Benachteiligung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe wies der "Bund schaffender Landwirte" in Sachsen in einem Brief an die Reichsregierung an konkreten Beispielen nach.(39) Ähnlich eingeschränkt ist auch die Wirkung der Notverordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 8. Dezember 1913 zu bewerten.(40)

Über die größenklassenmäßige Zusammensetzung der zwangsversteigerten Betriebe gibt folgende Statistik Auskunft:

Tabelle 13

Angemeldete Zwangsversteigerungen 1932 beim Amtsgericht Chemnitz

Betriebsgröße in ha	Zahl	in %	Anteil der Betriebsgrößengruppe an der Gesamtzahl der Betriebe (1933) in %
2 - 5	23	46	19,6
5 - 20	20	40	46,5
20 - 100	6	12	11,1
100 und mehr	1	2	0,6

Quelle:

Errechnet nach: Staatsarchiv Dresden, Zeitungsausschnittsammlung, Nr. 986, Dresdner Anzeiger, 19. 2. 1933; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 459, S. 92 ff.

Da nur eine einmalige Aufstellung vorliegt, besteht eine große Gefahr der Verzerrung des Bildes, zumal es sich hier um relativ kleine Größenordnungen handelt, bei denen schon die Veränderung um einen Betrieb mehr oder weniger zu einer deutlichen Verschiebung der prozentualen Anteile führt. Deshalb kann nur mit einiger Sicherheit der überdurchschnittliche Anteil der Kleinbetriebe an den Zwangsversteigerungen festgestellt werden.

Bei der Wertung der Zahl der Zwangsversteigerungen ist die Feststellung der sächsischen Landwirtschaftskammer zu berücksichtigen, daß für landwirtschaftliche Grundstücke trotz niedriger Preise kaum Käufer zu finden seien und die Gläubiger ein Vergleichsverfahren oftmals vorzögen, da die Hypothekenbelastung durch den Versteigerungserlös kaum zur Hälfte abgedeckt werden könne. Die Vergleichsverfahren und die "freiwilligen" Notverkäufe, mit denen man Zwangsmaßnahmen zuvorkommen wollte, sind einer Zwangsversteigerung praktisch gleichzusetzen.(41) Damit erhöht sich die Zahl derjenigen, denen durch die Krise ihre bisherige Existenzgrundlage geraubt wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sowohl krisenbegünstigende als auch "krisenabschwächende" Faktoren auf die Landwirtschaft in der KH Chemnitz wirkten.

"Krisenabschwächende" Faktoren:

- Trotz Einflusses des nationalen Marktes sowie der internationalen Konkurrenz lagen in Sachsen als einem Zuschußgebiet die Großhandelspreise für Agrarprodukte im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Deutschen Reich auf mittlerem Niveau.
- Der hohe Industrialisierungsgrad des Gebietes sowie die räumliche Nähe von Landwirtschaft und Industrie bzw. Gewerbe förderten den Nebenerwerb, wodurch die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe länger aufrechterhalten werden konnte.

39 Vgl. StADr, ZAS, Nr. 975, Sächsische Arbeiterzeitung, 18. 8. 1928.

40 Vgl. ebenda, Nr. 985, Berliner Börsenzeitung, 12. 1. 1932.

41 Vgl. ebenda, Nr. 977, Deutsche Tageszeitung, 27. 3. 1929.

- Klein- und mittelbäuerliche Betriebe herrschten vor, die durch erhöhte Selbstversorgung, verstärkte Belastung der Arbeitskraft des Betriebsleiters und seiner Familienangehörigen sowie Unterkonsumtion die Auswirkungen der Krise verschleierten.

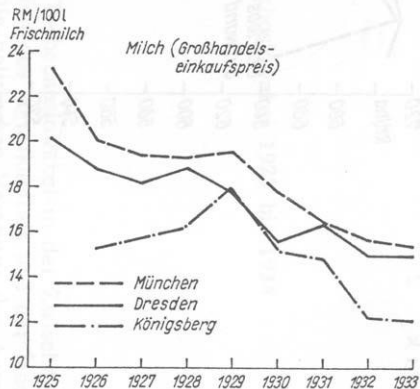
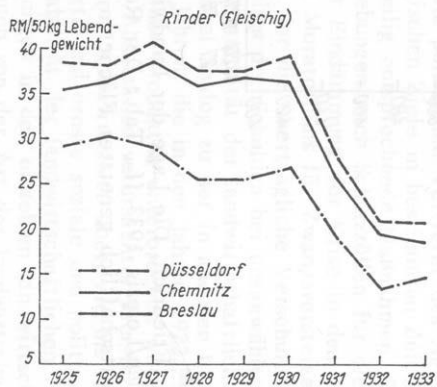
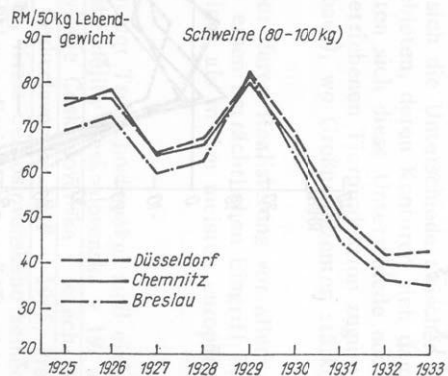
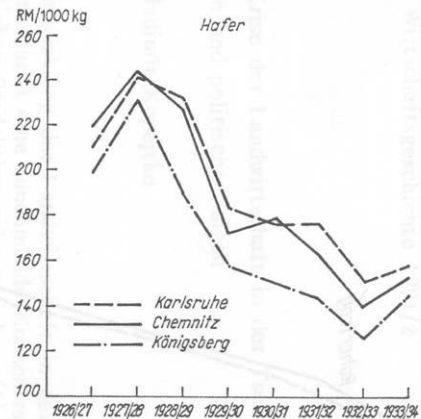
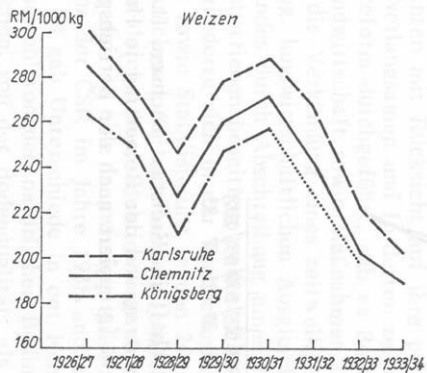
Krisenfördernde Faktoren:

- die hohe Ausgangsverschuldung zu Beginn der akuten Krise durch den hohen Kapitalbedarf der sächsischen Landwirtschaft und die vorangegangenen Mißernten;
- die große Bedeutung der Viehwirtschaft, deren Rentabilität durch die staatliche Zoll- und Preispolitik maßgeblich beeinträchtigt wurde;
- das Vorherrschen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, die durch die Steuer- und Kreditpolitik sowie höhere Pachtzinsen benachteiligt wurden und über geringere Geldreserven verfügten;
- die tiefe Krise der sächsischen Wirtschaft insgesamt, die mit einer hohen Arbeitslosigkeit verbunden war und damit die Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte einschränkte sowie den Verdienst aus dem Nebenerwerb verringerte bzw. unterband.

Diese Faktoren in ihrer Wechselwirkung beeinflussten die Entwicklung der Agrarkrise in der KH Chemnitz. Die Region war durch die Krise relativ stark betroffen, allerdings nicht so drastisch wie z. B. die ostpreußischen und norddeutschen Gebiete. Dabei wurden die klein- und zum Teil auch die mittelbäuerlichen Betriebe am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. In diesen Gruppen war die Entwicklung des Reinertrages und der Verschuldung besonders ungünstig. Das widerspiegelt sich auch in der Zahl der Zwangsversteigerungen in diesen Kategorien, auch wenn die Betriebsleiter durch verstärkte Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft, Unterkonsumtion und erhöhte Eigenversorgung dieser Konsequenz so lange wie möglich auszuweichen suchten.

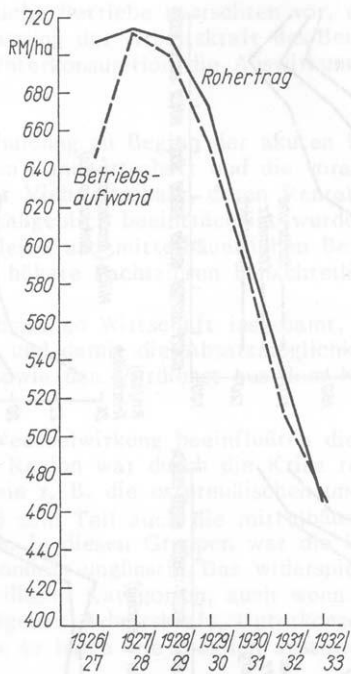
ANHANG

Grafik 1



Quelle:
Wie zu Tab. 8.

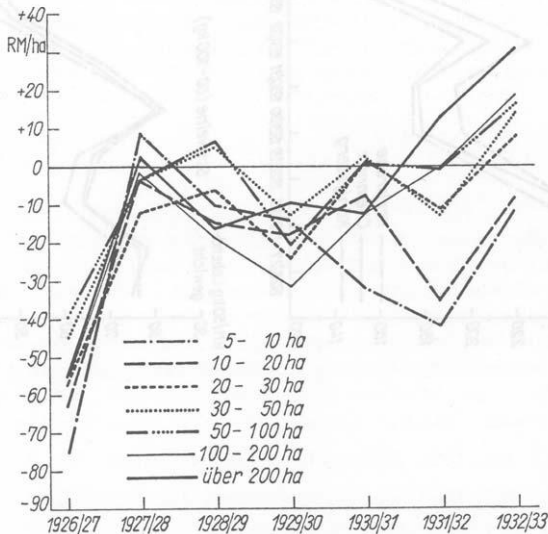
Grafik 2



Quelle:

Falke, Friedrich, Die Lage der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen, H. 1 - 3, Dresden/Leipzig 1933 ff., Tab.: Der Rohertrag und der Reinertrag je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in RM (gruppiert nach der Betriebsgröße).

Grafik 3



Quelle:

Wie Grafik 2.

Die Krise der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei 1929 bis 1934

Soziale und politische Folgen

von Vladimír Kopejtko

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit war durch eine zunehmende Konzentration des Agrarkapitals und der landwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet.⁽¹⁾ Die politischen Vertreter des Agrarkapitals versuchten mit Rücksicht auf ihre politischen Ziele in bestimmten Zeiten diesen Prozeß zu verlangsamen und forderten zeitweilig entsprechende Maßnahmen. So wurde die Bodenreform durchgeführt, gab es Bestrebungen nach Schutzzöllen für die einheimische Landwirtschaft sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Krise in den 30er Jahren, z. B. die Verkündung eines zeitweiligen Moratoriums für Zwangsversteigerungen und den sog. landwirtschaftlichen Ausgleich, der die unerträgliche Verschuldung des flachen Landes durch Abschreibung eines Teiles der Schulden bei ausgewählten Landwirtschaftsbetrieben beseitigen sollte. Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion veränderte sich in der Tschechoslowakei analog zu der in anderen Ländern: Konjunktur sowie Stabilisierung in den 20er Jahren, die in den Jahren 1922/23 durch einen Preisrückgang bei den landwirtschaftlichen Produkten unterbrochen wurden, seit 1928/29 ein durch Überproduktion und akute Absatzkrise verursachter Preisverfall. Die Absatzkrise ging in eine langwierige Krise der Landwirtschaft über, die bis zum Ende der Existenz der ČSR im Jahre 1938 andauerte und ernste soziale und politische Folgen hatte. Es gab Unterschiede in der Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion, was sowohl von den natürlichen Bedingungen in den einzelnen landwirtschaftlichen Bereichen, von der Bodenqualität, als auch von der Art der landwirtschaftlichen Produktion abhängig war. Dadurch vertieften sich die Unterschiede zwischen den einzelnen sog. landwirtschaftlichen Produktionsgebieten, deren Konturen sich damals bereits abzeichneten. Während der Krise vertieften sich diese Unterschiede noch mehr auf Kosten der vorwiegend von Kleinbauern betriebenen Tierproduktion zugunsten der Pflanzenproduktion (vor allem des Getreideanbaus), wo Großproduzenten stärker in Erscheinung traten.

Die Bodenreform in der Tschechoslowakei, über deren Realisierung vor allem die tschechische Agrarbourgeoisie entschied, bedeutete einen beträchtlichen Eingriff in den Bodenbesitz, und dieser war zugleich nachhaltiger als in den meisten europäischen Ländern, wie Tabelle 1 zeigt:

1 Der Problematik der Landwirtschaftskrise in der Tschechoslowakei sind einige komplexere Arbeiten gewidmet: z. B. Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století, Praha 1974; Přehled hospodářského vývoje Československa v letech 1918 - 1945, Praha 1963; Strčný hospodářský vývoj Československa 1918 - 1945, Praha 1969. Neuere Monographien dazu: Lacina, Vlastislav, Krize československého zemědělství 1928 - 1934, Praha 1974; derselbe, Zadlužení kapitalistického zemědělství v českých zemích 1918 - 1938, Praha 1978; derselbe, Velká hospodářská krize v Československu (1929 - 1934), Praha 1984; Suchánek, Jaroslav, K obecné platnosti Leninovy agrární teorie, Praha 1974; Špírk, Ludvík, Zemědělské družstevnictví v kapitalistické a lidové demokratické ČSR, Praha 1959; Zemědělské dělnictvo v moderní české společnosti, Praha 1971; Chyba, Antonín, Hospodářský vývoj a postavení pracujících v buržoazní ČSR, Praha 1973; Pátek, Jaroslav, České zemědělství v období imperialismu, Praha 1975, u. a.

Tabelle 1

Land	Ausmaß des nach dem Gesetz unter die Bodenreform fallenden Bodens	
	in Mill. ha	in % vom Gesamtausmaß
Finnland	1,5	4
Estland	2,3	48
Lettland	3,7	56
Litauen	0,8	15
Deutschland	0,4	2
Polen	1,5	4
ČSR	4,0	29
Österreich	0,02	-
Ungarn	0,7	7
Jugoslawien	2,0	8
Rumänien	6,0	20
Bulgarien	0,2	2
Griechenland	1,3	9

Quelle:

Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa, Berlin/Leipzig 1930, S. 28.

Die Bodenreform war eines der wichtigsten Elemente zur Demokratisierung. Zu ihren vorrangigen Zielen gehörte, den freien Kauf und Verkauf des Bodens zu ermöglichen, die großen Ländereien zu liquidieren, die Überreste des Feudalismus zu beseitigen und den Weg für die weitere kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft zu ebnen. Einen merklichen Einfluß übten hier auch die politischen Spannungen zwischen dem nichttschechischen Adel und der tschechischen Bourgeoisie aus. Das Beispiel Sowjetrußlands, wo nach der Oktoberrevolution Grund und Boden verstaatlicht worden waren, blieb nach dem ersten Weltkrieg nicht ohne Einfluß auf die Landbevölkerung in den Böhmisches Ländern. Die sozialen und politischen Spannungen auf dem Lande traten am deutlichsten in der Frage des Bodenbesitzes hervor und erzwangen eine schnelle Lösung. Die bedeutenden Eingriffe in die Besitzverhältnisse an Grund und Boden in der ČSR lassen sich auch aus der Intensität der sozialen Spannungen der Nachkriegszeit auf dem Lande erklären, die den Erlass der Gesetze über die Bodenreform erzwangen. Ihre allmähliche Durchführung trug so langfristig zur Stabilisierung des bürgerlich-demokratischen Charakters der Tschechoslowakei bei. Zugleich wurde durch sie vor allem die tschechische Agrarbourgeoisie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch gestärkt, und zwar durch eine Förderung der mittleren und großen Landwirtschaftsbetriebe. Die Forderungen der Mittel- und Kleinbauern konnten nicht völlig zufriedengestellt werden,(2) denn sie erhielten durch die Bodenreform, die 4 Mill. ha Boden betraf, in Form kleiner Zuteilungen nur 789 000 ha.(3) Überdies verschuldeten sich diese Gruppen der Landwirte größtenteils durch

2 Mehr als 40 % der Bewerber erhielten keine Bodenzuteilung. Vgl. Voženílek, Jan, Předběžné výsledky Československé pozemkové reformy, Praha 1930, S. 20.

3 789 000 des gesamten, hiervon 643 000 ha des landwirtschaftlichen Bodens wurden unter 638 000 kleinen Bodenerwerbern aufgeteilt. Die durchschnittliche Kleinzuteilung betrug also 1,2 ha des gesamten (1 ha des landwirtschaftlichen) Bodens. Vgl. Přehled hospodářského vývoje Československa v letech 1918 - 1945, NPL, Praha 1961, S. 199.

den Ankauf zugeteilten Bodens(4), und so bildete die notwendige Schuldentilgung in den folgenden Jahren der Wirtschaftskrise eine der wichtigen Ursachen für die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der mittleren und kleinen Bauernwirtschaften, verursachte immer häufiger ihre weitere Verschuldung und schließlich ihren Zwangsverkauf. Mit ihren Langzeitfolgen wirkte so auch die Bodenreform entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung als Faktor der Kapitalkonzentration und -zentralisation. Dies verlief analog zur Entwicklung nach der sog. Grundablösung der Bauern nach der bürgerlichen Revolution 1848/49.

Der Möglichkeiten und der Bedeutung einer politischen Ausnutzung der Bodenreform war sich von den politischen Richtungen in der Tschechoslowakei bjoß ein Teil der Agrarpartei unter der Führung Antonín Švehlas vollauf bewußt.(5) Švehla, selbst Großgrundbesitzer aus Prag-Hostivař und bereits seit den 90er Jahren des 19. Jh. aktiver Agrarpolitiker, begriff vollauf die Bedeutung der politischen Beherrschung der Landbevölkerung. Bereits 1906 hatte er die bedeutende Landwirtschaftszeitung "Venkov" begründet und sich aktiv an der Schaffung der selbständigen Tschechoslowakei im Jahre 1918 beteiligt; als Vorsitzender der tschechoslowakischen Agrarpartei (diese Funktion bekleidete er von 1909 bis zu seinem Tod 1933) war er bestrebt, sowohl in der Parteipolitik als auch als langjähriger bedeutender Staatsmann (Minister, Ministerpräsident fast ununterbrochen von 1922 bis 1929) Voraussetzungen für eine Ausweitung der Basis des bürgerlich-demokratischen Systems in der ČSR zu schaffen. Seine Konzeption der Agrarpolitik - durch die Schaffung einer politischen Massenbewegung entscheidende Positionen im politischen und wirtschaftlichen System der ČSR zu gewinnen (wobei er eine Zusammenarbeit mit weiteren bürgerlich-demokratischen Parteien in Form einer Koalition für notwendig hielt - wurde erfolgreich auch innerhalb der Agrarpartei im Laufe der 20er Jahre umgesetzt. Eines der wichtigsten Instrumente dieser Politik war die Bodenreform.(6) Ein weiteres Instrument bildete das kapitalistische Genossenschaftswesen, wo durch den Modus "Ein Anteil - eine Stimme" nach und nach auch ursprünglich nicht auf Gewinn gerichtete Selbsthilfegenossenschaften in kapitalistische Aktiengesellschaften umgewandelt wurden.(7) Seit Beginn der 30er Jahre wuchs die Abhängigkeit der einzelnen Genossenschaften von den zentralen Genossenschaftsverbänden, und gleichzeitig wurden die wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie die landwirtschaftlichen Institutionen weiter miteinander verbunden. Die auch für die Kleinlandwirte ökonomisch vorteilhafte Mitgliedschaft in den Genossenschaften war darüber hinaus vielfach an die Mitgliedschaft in den politischen Organisationen und die Unterstützung der Agrarpartei bei den Wah-

- 4 Auf 1 ha zugeteilten Bodens entfiel in den 20er Jahren eine Verschuldung von 2 500 Kč, also mehr als 50 % des durchschnittlichen Zuteilungspreises. Vgl. Sokol, Zdenok, Vztah pozemkové reformy k procesu diferenciacie rolnictva, in: Politická ekonomie, 4/1955, S. 301.
- 5 Der Name dieser Partei änderte sich - er lautete ursprünglich Sdružení českých zemědělců (Vereinigung der tschechischen Landwirte), seit 1899 selbständig, dann Česká agrární strana (Tschechische Agrarpartei) ab 1903, ab 1919 Republikánská strana československého venkova (Republikanische Partei des tschechoslowakischen flachen Landes) und ab 1922 Republikánská strana zemědělského a malorolnického lidu (Republikanische Partei der Bauern- und Kleinbauernbevölkerung). Vgl. Program Republikánské strany zemědělského a malorolnického lidu, Praha 1922, S. 3.
- 6 Die Bodenreform betraf mit 13 000 Gemeinden in der
- 6 Die Bodenreform betraf mit 13 000 vier Fünftel aller Gemeinden in der ČSR. Vgl. Dvacet let čs. zemědělství 1918 - 1938, Praha 1938, S. 32.
- 7 Die Zahl der Genossenschaften stabilisierte sich seit dem Beginn der 30er Jahre bei 11 000, wobei sich nach und nach ihre Konzentration um die großen Zentren (z. B. Centrokooperativ), die Orientierung an wachsenden Gewinnen und deren Verteilung in direkter Abhängigkeit von der Größe des eingebrachten Kapitalanteils durchsetzte. Vgl. Špírk, S. 65; Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století, S. 112.

len gekoppelt. Die zentralen Genossenschaftsverbände bildeten gleichfalls wichtige Zentren des Agrarkapitals. Wichtigste Kapitalzentren waren die 1911 gegründete Agrarbank in Prag und die Mährische Bank; beide beherrschten das weitverzweigte Netz der Lebensmittelindustrie, ferner Handelsgesellschaften und auch zahlreiche Industriebetriebe.

Mit Hilfe der Schlagwörter "Das Landvolk eine Familie" und "Land contra Stadt" sollten die sozialen Unterschiede auf dem Lande verdeckt und ein möglichst großer Teil der Landbevölkerung für die Unterstützung der Agrarpartei gewonnen werden. Zusammen mit anderem trug das dazu bei, daß die Agrarpartei seit der Entstehung der Tschechoslowakei, einem Staat mit entwickelter Industrie(8), einer zahlenmäßig starken und politisch reifen, jedoch uneinheitlich organisierten Arbeiterschaft, entscheidende politische Positionen erringen konnte.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre gab die wirtschaftliche Entwicklung der Argumentation der Agrarrepräsentanten recht. Die Prosperität der kapitalistischen Wirtschaft, die soliden und verhältnismäßig stabilen Preise für landwirtschaftliche Produkte ließen die Bauern ihre Verschuldung infolge der Bodenreform oder die sozialen Unterschiede auf dem Lande vergessen. Am Ende der 20er Jahre begann jedoch die Weltwirtschaftskrise. Der tschechoslowakische Export umfaßte infolge der spezifischen Entwicklung vorwiegend Erzeugnisse der Gebrauchtgüter- und Lebensmittelindustrie (Textilien, Glas-, Porzellanerzeugnisse, Hopfen, Zucker u. a.), die mit dem Aufkommen der Weltwirtschaftskrise als erste den Absatzmarkt verloren. Das tschechoslowakische Außenhandelsvolumen sank schnell, und die Struktur des Außenhandels veränderte sich. Von der Krise war die gesamte Industrie in der CSR betroffen. 1932 waren etwa 1 Mill. Arbeitslose amtlich registriert. Die drückende Wirtschaftskrise, die sich in der Landwirtschaft bereits seit Herbst 1928 zeigte und im darauffolgenden Jahr ihre vernichtende Wirkung erhöhte, änderte aber auch nach und nach die Situation auf dem Lande.

Die Krise erfaßte zunächst den Zucker- und Rübenabsatz, also den Absatz der intensivsten landwirtschaftlichen Kulturen, deren Produktionsgebiete und Verarbeitungsbranchen. Die Zuckerpreise sanken im Verlauf der Krise sogar bis unter die Produktionskosten(9); bis zum Ende der 30er Jahre wurde die ursprüngliche Rentabilität in den Rübenanbaugebieten nicht wieder erreicht. Von der Krise betroffen war der Getreideanbau, wo die Preise für den vorwiegend in Kleinbetrieben produzierten Roggen stärker zurückgingen als bei dem in Großproduktion angebauten Weizen und Hopfen; weniger stark war der Preisrückgang bei Kartoffeln und Gemüse. Verspätet, dafür aber vernichtender und längerwirkend, traf die Krise die vor allem von kleinen Landwirten betriebene Tierproduktion. Die Tierproduktion erbrachte bei Einrechnung der Eigenarbeit des Betriebsinhabers und seiner Familie keinen Gewinn, während die pflanzliche Produktion trotz ihres Rentabilitätsrückgangs gewinnbringend blieb. (Vgl. Tab. 2.)

Die Krise in der Landwirtschaft der Tschechoslowakei erfaßte alle Bereiche, die meisten von ihnen vernichtend. Erst seit Mitte der 30er Jahre und auch nur langsam konnten die drückendsten Krisenfolgen überwunden werden, wobei es aber keine Investitionen für Erneuerung bzw. Intensivierung der Produktion gab. Ebenso wie in anderen Ländern sank das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion nicht, sondern erreichte 1932 sogar seinen Höchststand.(10) Im Gegensatz zu den Preisen von Indu-

8 Die Industrieproduktion der Böhmisches Länder umfaßte zwei Drittel des Industrievolumens der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie.

9 In den 20er Jahren bewegte sich der Zuckerrübenpreis um 20 Kč/l q; er erreichte ein Minimum - 9,45 - 10,75 Kč/l q - in den Jahren 1933/34. Die durchschnittlichen Produktionskosten je q wurden auf 15 Kč geschätzt. Vgl. Státní ústřední archiv, fond Ústřední jednoty řepařů, kart. 25/8, j. 54/47.

10 Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století, S. 109.

strieprodukten sanken die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse,(11) wodurch die Preisschere noch größer wurde. Zugleich verringerte sich die Höhe der ständigen Zahlungen der Landwirte nicht (Schulden und Zinsen, Steuern, Pachtzinse u. ä.). Insgesamt sank also die Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion, wie Tabelle 3 ausweist.

Tabelle 2

Reinertrag der Landwirtschaftsbetriebe je ha landwirtschaftlichen Bodens in Böhmen von 1927 bis 1934

Jahr	Reinertrag aus der pflanzlichen	tierischen	gesamten Produktion
1927	1 152,65	9,35	1 162,00
1928	1 171,85	80,74	1 091,11
1929	458,73	241,32	716,70
1930	323,04	-50,63	271,74
1931	528,33	-152,96	376,09
1932	249,35	-69,09	181,44
1933	501,07	-165,98	316,83
1934	641,03	-555,76	295,00

Quelle:

Lacina, Vlastislav, Krize československého zemědělství 1928 - 1934, Praha 1974, S. 188.

Tabelle 3

Reinertrag je ha landwirtschaftlichen Bodens in den Böhmisches Ländern für die Jahre 1926 bis 1932

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Reinertrag	951	884	1 325	1 081	658	379	363	186

Quelle:

Reich, Eduard, Základy organizace zemědělství Československé republiky, Praha 1934, S. 205.

11 Grund für diese Erscheinung waren die Kleinbauernwirtschaften, für die Produktion und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte die einzige Möglichkeit zur Realisierung der eigenen Arbeitskraft und zur Existenzbehauptung darstellten. Diese Betriebe erzeugten und lieferten für den Markt zu Beginn der Krise das größere Volumen von Produkten. Vgl. Ljubošič, L. I., Otázky marxisticko-leninské teorie agrárních krizí, Praha 1953, S. 166 f., 192.-Desungeachtet gingen die Gesamteinkünfte der Landwirte während der Wirtschaftskrise um ein Drittel zurück. Lacina, Velká hospodářská krize ..., S. 145. Rezension vgl. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1987, S. 169 - 172.

Die nachfolgende Tabelle 4 zeigt, daß die einzelnen Gruppen davon jedoch unterschiedlich betroffen wurden.

Tabelle 4

Reinertrag je ha landwirtschaftlichen Bodens in den einzelnen Gruppen der Landwirtschaftsbetriebe
(in Kč)

Größengruppen	Reinertrag Böhmische Länder	Böhmen	Böhmen ⁺
bis zu 2 ha	917	1 109	-283
2 - 5 ha	1 112	1 159	+294
5 - 20 ha	892	1 013	+777
20 - 100 ha	956	1 844	+1 081
mehr als 100 ha	781	771	+799

+ Die Angaben in dieser Spalte wurden durch Anrechnung des tatsächlichen Wertes der Eigenarbeit des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen errechnet.

Quelle:

Lacina, Vlastislav, Krize československého zemědělství 1928 - 1934, Praha 1974, S. 196.

Die großen Betriebe konnten auch in der Wirtschaftskrise einen wenn auch niedrigeren Gewinn realisieren,⁽¹²⁾ dessen Hauptquelle jedoch nicht direkt die landwirtschaftliche Produktion war. Das Kapital wurde daher mehr als vorher auf Kosten der landwirtschaftlichen Produktion in der Verarbeitungsindustrie und im Handel investiert, wo ein wesentlich höherer Gewinn erzielt wurde.

Eine Quelle für das Anwachsen des Agrarkapitals bildete auch die Vergrößerung der Spanne zwischen den Aufkaufpreisen für landwirtschaftliche Produkte und den Preisen für Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie (s. Tab. 5).

Tabelle 5

Jahr	Preis je 1 q Zuckerrübe in Kč	Preis für 1 kg Zucker
1925	20,00	5,25
1930	14,70	6,40
1932	9,45	6,40

Quelle:

Menclová, Jarmila, Léta zrodu dělnicko-rolnického svazku v Československu, Praha 1961, S. 247.

¹² Lom, František, Pohyb zemědělských vydání ve třech obdobích 1909 - 1911, 1926 - 1929, 1930 - 1931, Praha 1931.

So verstärkte sich die seit dem letzten Viertel des 19. Jh. bestehende Tendenz der Verbindung der Landwirtschaft mit der Lebensmittelindustrie. Das Agrarkapital förderte zielstrebig auch die sich vergrößernde Preisschere zwischen Aufkaufpreisen für landwirtschaftliche Produkte und den Lebensmittelpreisen.

Die kleinen und mittelgroßen Landwirtschaftsbetriebe schränkten nachhaltig ihre Investitions- und weiteren Betriebsausgaben, auch den persönlichen Konsum, ein. Trotzdem reichten die Einsparungen nicht aus, die Rentabilität sank weiter, und die Verschuldung insbesondere der kleinen Wirtschaften erhöhte sich schnell.(13) Diese waren dann unter den Krisenbedingungen allmählich außerstande, ihre Schulden zu amortisieren und die sich ergebenden Zinsen zu zahlen, und gerieten immer öfter in Versteigerungsverfahren. Da das Agrarkapital wichtigster Gläubiger war, zeigten sich auf dem Lande nach und nach immer größere soziale und schließlich auch politische Differenzen.(14)

Die ungünstigste Entwicklung der Landwirtschaft fand ihren Niederschlag auch in einer sich immer mehr verschlechternden Stellung der Landarbeiter.(15) Die Arbeitgeber schränkten die Zahl der Arbeitsplätze ein, kürzten die Löhne, verringerten die Naturalleistungen und intensivierten die Arbeit.

In den Jahren der tiefsten Krise weigerten sich die Arbeitgeber sogar, Arbeitsverträge abzuschließen. Von den Folgen der Wirtschaftskrise waren am meisten die Landarbeiter in der Slowakei betroffen, wo seit dem Beginn der 30er Jahre ihre Streikämpfe anwuchsen; von dort wanderten alljährlich Tausende auf der Suche nach Arbeit nach Böhmen, aber auch nach Deutschland, Österreich, Frankreich oder in die USA aus.(16) In den Böhmisches Ländern hingegen waren von der Krise am härtesten die Kleinbauern betroffen.

Die unterschiedlichen Wirkungen der Krise auf die einzelnen Schichten und Gruppen der Landbevölkerung wurden in der Tschechoslowakei durch die zielstrebige Politik der tschechoslowakischen Agrarkreise, die auch entscheidende Positionen in den staatlichen Organen beherrschten, noch verstärkt.

Die Wirtschaftskrise löste nicht nur bedeutende Veränderungen in der ökonomischen Stellung der einzelnen Bereiche der tschechoslowakischen Wirtschaft aus, sondern beeinflusste auch fühlbar die soziale Stellung der einzelnen Gesellschaftsklassen und -schichten und nach und nach auch ihre politischen Ansichten und Standpunkte. Das Hauptziel der herrschenden Bourgeoisie bestand darin, mittels staatlicher Eingriffe

13 1933 lag die Schuldenhöhe der Landwirtschaft in der ČSR bei 33,5 Mrd. Kč. Die durchschnittliche Verschuldung pro ha betrug 1935 bei Wirtschaften bis zu 2 ha 4 137 Kč/ha, bei Wirtschaften zwischen 20 und 200 ha 2 540 Kč/ha. Vgl. Lacina, Velká hospodářská krize ..., S. 149 f. - Die geschätzte Höhe der Zinsen betrug ein Fünftel der gesamten Einkünfte der Bauern. Vgl. Za chléb, práci, pídu a svobodu, Praha 1954, S. 428. Bei Wirtschaften bis zu 5 ha überstieg die Höhe der Schulden durchschnittlich den Wert des Bodens, der zu den einzelnen Wirtschaften gehörte. Vgl. Stoces, Ferdinand, Postavení zemědělské malovýroby za kapitalistické ČSR, Praha 1958, S. 275. Der Boden gehörte so den Bauern nur formell, sie wurden gewissermaßen zu Pächtern. Die Schuldenraten waren dann eigentlich ein Pachtzins.

14 So waren z. B. von den 13 Mrd. Kč Hypothekenschulden der Bauern 1931 bei den Agrarfinanzinstituten insgesamt 10 Mrd. Kč eingetragen (hiervon 3,3 Mrd. Kč bei der Agrarbank, 3,2 Mrd. Kč bei den ländlichen Sparkassen /kampeličky/). Vgl. Odboj pracujícího venkova, Jg. II, Nr. 3 - 6, 14. Juni 1934, S. 7.

15 Die Zahl der Landarbeiter samt ihren Familienangehörigen betrug 1930 beinahe 1,5 Mill. Vgl. Zemědělské dělnictvo v Československu, Praha 1938, S. 44 f.

16 Reich, Eduard, Základy organizace zemědělství Československé republiky, Praha 1934, S. 171.

die Krise zu überwinden, die kapitalistische Wirtschaft zu beleben und zu stabilisieren und die Gefahr sozialer Unruhen zu bannen, die infolge der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit der Arbeiter sowie des massenhaften Ruins von Kleinbauernwirtschaften und kleinen Gewerbetreibenden zu entstehen drohte.

Im politischen System der Tschechoslowakei der 30er Jahre setzte sich stärker als früher die durch die Agrarpartei repräsentierte Gruppe des Agrarkapitals auf Kosten von Konkurrenzgruppen und breiter Bevölkerungsschichten durch. Wenngleich die Vertreter der Agrarbewegung nicht imstande waren, eine in sich geschlossene Konzeption für die Lösung der Wirtschaftskrise zu formulieren, geschweige denn zu realisieren, gelang es ihnen doch, nach und nach staatliche Maßnahmen durchzusetzen, mit denen sie insbesondere die Großproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Lebensmittelindustrie begünstigten. Die Agrargruppe forderte staatliche Eingriffe zur Förderung der Konzentration und Zentralisierung des Agrarkapitals und zu seiner Stärkung staatliche Subventionen und Garantien. Zugleich wollte sie die Staatsausgaben, insbesondere die Sozialleistungen, einschränken, demnach die Folgen der Krise auf die Werktätigen abwälzen. Die Agrarpartei, die ihre dominierende Stellung in den staatlichen Organen ausnutzte, erstrebte die Durchsetzung solcher staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, die die Krise in der Landwirtschaft eindämmen und eine gewisse Gewinnspanne für das Agrarkapital aufrechterhalten sollten. Sie erhob die traditionelle Forderung nach verstärktem Zollschutz für die einheimische Landwirtschaft, nach Einführung des Getreidemonopols sowie nach weiteren Maßnahmen, um den Import einzuschränken und den Export zu fördern u. a. Von Anbeginn an wurden jene Branchen präferiert, in denen vor allem die Großproduzenten, die Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte und die damit befaßten Händler ihre Interessen verfolgten, auch wenn die Agrarpropaganda bemüht war, diese Tendenz zu verheimlichen.⁽¹⁷⁾ Nach und nach gingen die herrschenden Agrarkreise von ihren ursprünglichen Versuchen zur Lösung der landwirtschaftlichen Krise zu allgemeinen Konzeptionen über, unter denen insbesondere autarke Tendenzen, die allmähliche Einschränkung der Industrieproduktion und vor allem des Exports, eine Preissenkung der Industrierzeugnisse u. a. durchgesetzt werden sollten.

Die Mißerfolge bei der Lösung der Wirtschaftskrise mit den herkömmlichen Methoden wurden aber immer sichtbarer. Überdies traten ernsthafte politische Komplikationen auf, die Beziehungen der ČSR zu den Nachbarstaaten verschlechterten sich (Zollkrieg mit Ungarn), langfristig zeigten sich ernste Folgen dieser Agrarpolitik in einer Destabilisierung der "Kleinen Entente". Nicht weniger gewichtig war die innenpolitische Situation, die sich weiter verschlechternden ökonomischen und sozialen Bedingungen. "Auf dem Land herrscht eine verzweifelte Stimmung. Die Menschen sind enttäuscht, weil zur Lösung der Agrarkrise nichts unternommen wurde", konstatierte die sozialdemokratische Tageszeitung "Právo lidu" im Februar 1932.⁽¹⁸⁾ Die wachsende Unzufriedenheit der breiten Landbevölkerung, die sich stellenweise sogar in einer offenen Revolte zeigte, konnte die Machtpositionen der Agrarpartei auf dem Lande und damit auch im ganzen Staat gefährden. Das traditionelle Rezept der Agrarpartei - die Aufstellung eines ökonomisch-politischen Programms, dessen Propagierung mit dem Ziel, auf dem Lande dafür Unterstützung zu gewinnen und dann dieses Programm allmählich zu realisieren, das in den 20er Jahren vor allem auf der Bodenreform und den Agrarzöllen beruhte - funktionierte in den Krisenjahren nicht mehr. Es versagte insbesondere im ökonomischen Bereich, bei den Versuchen, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion besonders bei den Kleinproduzenten zu sichern. Um so stär-

17 Als Beispiel wollen wir hier die Annahme des Gesetzes über das obligatorische Mischen von Spiritus mit Benzin anführen, auf dessen Grundlage sich der Spiritusabsatz verdoppelte. Das Gesetz wurde mit dem Interesse der Kartoffelzüchter begründet, praktischen Gewinn davon hatten aber nur die Großproduzenten. Vgl. Dvacet let čs. zemědělství, S. 131; Průmysl, zemědělství, obchod v ČSR, Praha 1937, S. 353.

18 Právo lidu, 10. Februar 1932.

ker trat allmählich die politische Komponente hervor, vor allem das neue Postulat der Durchsetzung der sog. Agrardemokratie.(19) Innerhalb der Agrarpartei, die, ursprünglich eine Bauernpartei, zu einer Partei geworden war, die vorwiegend die Interessen der mit der Lebensmittelindustrie und dem Großhandel landwirtschaftlicher Erzeugnisse verfilzten Großgrundbesitzer zu wahren suchte, formte sich allmählich eine neue dynamische Gruppe und mit ihr entstand auch ein neues Programm. Mit dem Ausscheiden Švehlas aus der aktiven Politik im Jahre 1929 gelangte die bisherige herrschende Gruppe, deren Politik auf den Positionen der bürgerlichen Demokratie beruhte und die gute Beziehungen zum Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk und zur sog. Gruppe der Burg unterhielt, allmählich in die Defensive.(20)

Die "neue Etappe des Agrarismus",(21) die auf eine gelenkte und direkte bürgerliche Demokratie ausgerichtet war, löste einen Konflikt innerhalb der Agrarpartei aus. Im Laufe des Jahres 1932 gelang es, wichtige Veränderungen in der Parteiführung und nach und nach auch in den politischen Zielen herbeizuführen.(22) Dieser Rechtsruck in der stärksten politischen Partei stärkte auch die rechtsgerichteten Tendenzen in der Tschechoslowakei und trug zur weiteren Polarisierung ihres politischen Systems bei. Die von rechtsgerichteten Agrariern geführte neue Regierung förderte nachhaltiger Monopolisierungstendenzen, und zwar auch in der Landwirtschaft, wo 1934 das vom Agrarkapital beherrschte Monopol des Getreideaufkaufs und -handels gesetzlich verankert wurde. Sie förderte das Finanzkapital und die Großunternehmer, ging rücksichtslos gegen revoltierende Werktätige in Stadt und Land vor. Immer weniger Rücksichten nahm diese Regierung auf den demokratischen Charakter des Staates und die Stabilität seiner internationalen Stellung. Es wurden zahlreiche Gesetze "zur Verteidigung der Republik" angenommen, die die demokratischen Freiheiten wesentlich einschränkten und in der Praxis vor allem gegen linksorientierte Bewegungen angewandt wurden.

Die von Demokratie meilenweit entfernten machtpolitischen Interessen der neuen Agrarführung bedurften zu ihrer Realisierung der Unterstützung durch die Bevölkerung, in erster Linie durch die Landbevölkerung. Die Führung der Agrarpartei verlegte sich in ihrer Propaganda hauptsächlich auf eine Kampagne gegen die Zwangsversteigerungen und setzte sich zuletzt für ein Projekt zur Entschuldung der Landwirtschaft ein. Der Großteil der Bevölkerung lehnte es eindeutig ab, aktiv die rechtsgerichteten Tendenzen der Agrarführung in der politischen Sphäre zu unterstützen. Die ökonomischen Lösungen versagten gleichfalls. Das Moratorium für Zwangsversteigerungen (allerdings bloß für Schulden gegenüber dem Staat, nicht gegenüber den Finanzinstituten, wo die meisten Kleinlandwirte verschuldet waren) trat zwar im April 1933 in Kraft und wurde in ausgewählten Bezirken bis Ende 1935 verlängert, bedeutete jedoch nicht in vollem Maße die erwartete Hilfe für die Bauern. Der Entschuldungsprozeß für die Landwirtschaft wurde durch die Annahme des Gesetzes vom 31. März

19 ^XČada, Václav, Politika republikánské strany na počátku hospodářské krize, in: ČSCH, 3/1974, S. 332.

20 Diese Veränderungen waren auch mit ökonomischen Fragen verknüpft. Die Position der bisherigen Führung war mit den Rübengebieten verknüpft, während seit den 30er Jahren die wirtschaftlich erfolgreicheren Kreise um die Spiritus- und Getreideproduktion in den Vordergrund traten. Vgl. Lacina, Krize československého zemědělství ..., S. 70.

21 Siehe die Titel der Leitartikel Rudolf Halíks in: "Venkov", 20. und 23. Mai 1931.

22 František Udržal hatte die Funktion des Ministerpräsidenten und die Leitung der Agrarpartei aufgegeben. Es kam zu einer Reihe personeller Veränderungen, wobei die Gruppe um Rudolf Beran in den Vordergrund trat. Der Kongreß der Partei im gleichen Jahr konnte bereits die offensichtlich auf reaktionären Prinzipien beruhende Einheitsfront der Agrarbewegung proklamieren. Vgl. Venkov, 30. Oktober 1932.

1936 eingeleitet, erwies sich jedoch offenkundig als politischer Betrug.(23) Unter diesen Umständen weitete sich die Wirtschaftskrise zu einer sozialen und politischen Krise aus und schuf Freiräume für das Aufkommen rechtsgerichteter Kräfte.

Die rechtsgerichteten Tendenzen in der Führung der Agrarpartei, der stärksten bürgerlichen Partei in der ČSR, beeinflussten, wengleich sie bis zum Jahre 1938 nicht vollauf realisiert worden waren, die innere Entwicklung der Tschechoslowakei und deren internationale Stellung negativ. Sie unterhöhlten den bisherigen demokratischen Charakter der Republik und deren innenpolitische Stabilität insbesondere dadurch, daß sie durch die Schwächung der bürgerlich-demokratischen Mitte zu einer politischen Polarisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft und damit auch zur Schaffung eines Freiraums für das Aufkommen faschistischer Bewegungen der nichttschechischen Nationalitäten innerhalb der ČSR, aber auch faschistischer Richtungen in der tschechischen Politik beitrugen. Zugleich schwächten sie die realen Möglichkeiten der Verteidigung gegen die Gefahr einer Aggression aus dem benachbarten Deutschland, mit dessen herrschenden faschistischen Kreisen sie gemeinsame Interessen suchten. Die neue Führung der Agrarpartei versuchte wiederholt, das innenpolitische Kräfteverhältnis zu verändern, am ernstesten in Zusammenarbeit mit der SdP Henleins bei den Präsidentschaftswahlen Ende 1935. Sie fand aber erst in Zusammenhang mit dem Münchener Diktat, dem sie sich im Interesse des Kapitals bereitwillig unterwarf, und insbesondere in der Zeit der sog. zweiten Republik, die durch den Niedergang der demokratischen gesellschaftlichen Werte sowie durch die vergeblichen Anbiederungsversuche an das faschistische Deutschland zwecks Rettung der Reste einer eigenen ökonomischen Selbständigkeit charakterisiert war, ihre uneingeschränkte politische Betätigungsmöglichkeit.

23 Im ersten Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde die Einleitung von Ausgleichsverfahren lediglich bei 16 % aller verschuldeten Betriebe bewilligt. So wurde bewilligt, 9 580 Gesuche einzubringen, von denen nur 142 Fälle erledigt und 655 eingestellt wurden. Lom, František, Počet zemědělských podniků v Československu ve vyrovnávacím řízení, in: Věstník ČAZ, 13. Jg. 1937, S. 495 - 502.

**Ferdinando Galiani über die Erträge aus Geldkapital
in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751)
Buch V "Del Frutto della Moneta"**

Ins Deutsche übersetzt
von Walter Braeuer

Der italienische Nationalökonom Ferdinando Galiani (1728 - 1787) berichtet in Buch V über "Die Frucht des Geldes", das heißt über die Erträge aus Geldkapital wie Zins, Rente und Aufgeld, von denen er sagt, daß sie sämtlich den Geboten der Gleichheit und der Gerechtigkeit widersprechen. Bei den Staatsschulden urteilt er, daß hier von den Geldleuten die Schwäche und zeitweilige Not des Staates ausgenutzt wird. Schriftstellern, die den Wucher rechtfertigen, tritt Galiani mutig entgegen. Für Tauschgeschäfte fordert Galiani, daß Wertgleichheit herrschen möge; hierbei stützt er sich auf die unbestreitbaren moralischen Lehren der Scholastik und auf die Theorie vom innewohnenden, auf Arbeit gegründeten Wert aller Waren. - Aus sprachlichen Gründen ist Galianis Werk "Della Moneta" in Deutschland nur ungenügend und auch nur resümierend bekannt geworden. Deshalb wird jetzt Buch V erstmals in deutscher Übersetzung und ungekürzt dem Publikum vorgelegt.

**Ferdinando Galiani, Fünf Bücher vom Gelde
Fünftes Buch: Von der Frucht des Geldes, Einleitung**

Eine ernste, schwierige und gefährliche Materie ist es, in welche mein Vorhaben mich führt, und von solcher Art, daß ich es gern unterlassen hätte, in sie einzutreten, wenn ich dies schicklich hätte tun können. Die Verträge, in denen eine Frucht des Geldes vorkommt, sind derart strittig, daß keiner von ihnen gutgeheißen oder verurteilt werden kann, ohne daß man Gefahr läuft, von jemandem, der anderer Meinung ist, getadelt zu werden. Und weil jene, die streiten, Respekt und Ruhm erworben haben, so betrachten sie einen jeden, der ihnen widerspricht, mit demselben Kampfgeist, wie ein Soldat jeden anblicken würde, der ihm seinen Sold oder seine Brottration wegnehmen wollte, und mit derselben Wut rächen sie sich, sind doch solche Streitigkeiten immer blutig und grausam gewesen. Aber wenn ich bedenke, daß die wirklichen Gebote unserer göttlichen Region sowie der alten Kirchenväter und Doktoren über den Wucher seitens der modernsten Kommentatoren wegen der unglücklichen Einwirkungen der Jahrhunderte nicht genügend gut erklärt sein mögen und daß nicht einmal die Bulle des regierenden obersten geistlichen Hirten - nach Gebühr verehrungswürdig durch Gelehrsamkeit und übernatürliches Wissen, womit er seine ihm anvertraute Herde leitet - gehörig beachtet wird, dann möchte ich nicht verabsäumen, hier einige Meinungen vorzutragen, die ich im Sinn habe, immer bereit, sie zum mindesten besser zu erklären und ausführlich zu verteidigen, aber wenn sie der christlichen Tugend widersprechen, sie abzulehnen und zu verabscheuen, jedoch sie - von wem auch immer die kommen mögen - ganz im Gegenteil als Lehre vorzutragen, wenn sie der Wahrheit entsprechen.

(Kurzer Bericht von den Kontroversen über den Wucher - Woher die Unklarheit in dieser Frage kommt - Falsches Urteil der Alten über das Glück - Was Cambio und Zins sind - Ursprung der Irrtümer Broedersens - Irrtum einiger Theologen bei der Erläuterung von Definitionen - Erklärung der Bulle Benedikts XIV. - Zwei Probleme, in welchen der Kern der Frage enthalten ist - Mittel, um den Wucher gemäßiger zu machen - Warum es nicht möglich ist, die Frucht des Geldes gesetzlich festzulegen - Selbst dann nicht, wenn man das Gesetz ändert)

Seit den ältesten Zeiten wendeten die reichen Menschen für die Frucht des Geldes verschiedene Vertragsformen an, und gleichzeitig beklagten sich die armen Menschen über diese Verträge als ungerecht und böse. Und da nur wenige zu den Klagen der Menschen schweigen, sondern weil ganz im Gegenteil die Schmerzensschreie und der Lärm immer stärker zunehmen, sind alle Jahrhunderte bis zum 15. von gleichlautenden Stimmen erfüllt, die jegliche Frucht des Geldes tadeln und verabscheuen. Im 16. Jahrhundert, als die Entdeckung beider Indien, die Zunahme der Künste, der Gewerbe, des Handels und des Geldes, die Einrichtung von Renten auf Staatsschulden - zum erstmalig geschehen unter der Monarchie Franz I., König von Frankreich, und von den anderen Fürsten nachgeahmt -, die Vertreibung der Juden, der grausamsten Wucherer, und die Gründung von Pfandleihen den Wucher fast gänzlich zum Erliegen gebracht und das Volk beruhigt hatten, da tauchten durch wunderbaren Zufall höchst geistvolle Bestrebungen auf, den schon totgeglaubten Wucher zu schützen und beizubehalten, obwohl ihn bei seinen Lebzeiten niemand hatte verteidigen wollen. Claudio Salmasio - ein Mann, der mit Hinblick auf Geist und Belesenheit wohl kaum von jemandem übertroffen wird, obgleich er nur in geringem Maße von seinen Fähigkeiten Gebrauch gemacht hat - war der erste, der ausführlich über den Wucher schrieb, und zwar mit nicht geringerer Gelehrsamkeit als mit der Neigung, ihn zu rechtfertigen.

Nach ihm schrieb Nicolo Broedersen, Dombherr an der Kirche zu Utrecht, und dann kamen noch andere, denen alsbald eine sehr große Zahl von Schriftstellern aus allen Nationen entgegentrat. Während der vergangenen Jahre lebte der Streit in Italien wieder auf, wo Scipione Maffei, ein Edelmann aus Verona, das Buch "Vom Gebrauch des Geldes" schrieb, und da sein edler und großmütiger Geist und seine bei allen gebührend eingeschätzte Tugend und Gelehrsamkeit verbürgten, daß er sich weder von Leidenschaft noch von irgendwelchen Rücksichtnahmen leiten ließ, übte sein Buch auf das Denken vieler Menschen eine sehr große Wirkung aus. Ihm stellte sich der Mönch Daniello Concina vom Prediger-Orden mit zwei Büchern entgegen (von denen das erste in Neapel gedruckt wurde), erfüllt von Feuereifer und einer unglaublichen Glut, die um so weniger zu erwarten war, als sich dieser Streit zwischen befreundeten und gelehrten Menschen abspielte, die alle dem Prinzip größtmöglicher Ruhe verpflichtet waren. Aber die Streitigkeiten wurden durch den weisen Rat der höchsten geistlichen Macht unterbrochen, wodurch zur Kenntnis gebracht wurde, daß alle, die sich zur Sünde des Wuchers äußern, deswegen noch keineswegs von der Vorsehung die Ermächtigung erhalten haben, eine solche Sünde zu begehen, und daß andererseits diejenigen, die ihr möglicherweise verfallen, aufgrund ihrer Erziehung nicht befügt sind, Streitigkeiten vom Zaun zu brechen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß - obwohl die Vernunftgründe meistens auf seiten von Concina lagen - die Gegner zu ihren Gunsten viele einleuchtende, aber auch scheinbare Argumente vorbrachten. Ich selbst bin überzeugt, daß - wenn bei zwei entgegengesetzten Meinungen die Wahrheit gewissermaßen geteilt wird und man sich der einen nicht mehr als der anderen zuneigen kann - zur Hälfte irgendwelche Fehler oder Wortverdrehungen vorliegen, und da nun einmal das Wahre mit seinem Licht plötzlich seinen Ursprung und die Verkettung mit all den anderen Wahrheiten enthüllt und somit unweigerlich das Falsche von dem Wahren scheidet, ist es unmöglich, dies nicht zu bemerken. Deshalb habe ich, obgleich ich mich wiederhole, auf diese

Sachen, welche mir so viele Dispute hervorgebracht zu haben scheinen, aufmerksam gemacht, und hier möchte ich sie schildern, so gut ich kann.

In den Jahrhunderten der Unwissenheit waren die Menschen von den Schrecken der Ereignisse des Zufalls und des Schicksals derart erfüllt, daß sie - nicht anders als vor einem ungezähmten und nach hinten ausschlagenden Pferd - furchtsam flohen und sich bestens davor zu schützen suchten. Das Licht der wahren Wissenschaften brachte schließlich zutage: Nichts ist weniger zufällig als der Zufall. Es haben die Schicksalsschläge des Lebens eine beständige Ordnung und eine geregelte Vernunft, so daß sich zwischen der gewissen Gegenwart und der ungewissen Zukunft eine Proportion herauszubilden vermag. - Nachdem allmählich die Furcht geschwunden war, begannen die an das Schicksal gewöhnten Menschen, mit ihm fertig zu werden und mit ihm zu spielen. So wurde zum ersten Male über die Frage der Gerechtigkeit bei reinen Glücksspielen disputiert, und selbst die so verachtete Wahrsagekunst verwandelte sich unter den Händen von Bernoulli in eine Tochter der Mathematik und der Wahrheit. Vom Spiel ging man alsdann zu ernsthafteren Sachen über, und so wurden die Schifffahrt, die Lebenserwartung der Menschen und die Ernten auf dem Felde - was lange Zeit von seiten des Schicksals gegenüber den Menschen mit Hohn ausgespielt worden war - gemessen, geschätzt und gegen die Wechselfälle des Lebens versichert, indem die menschliche Klugheit den Zufällen des Geschicks Zaum und Zügel anlegte.

Es ist damals bekannt gewesen, daß der innewohnende Wert immer gemäß den Graden der Wahrscheinlichkeit veränderlich war, nämlich ob man sich - wie es sich gehört - irgendeiner Sache erfreuen durfte oder nicht, und man wußte auch, daß 100 Dukaten, die man nicht mehr in der Hand hat, bei 90 Grad Wahrscheinlichkeit, sie nicht zu verlieren, und 10 Grad, sie zu verlieren, 90 Dukaten in bar wert sind und daß sie in Verträge oder beim Spiel oder beim Tausch als 90 Dukaten einzusetzen hat. So also - mittels der Mathematik - wurden viele Verträge in Ordnung gebracht, und es wurde jene Gerechtigkeit wieder hergestellt, welche die Finsternis der falschen Wissenschaften von uns vertrieben hatte. Das kühne Auftreten der Menschen gegen die Zwischenfälle des Lebens wurde berechnet und auf gewisse, gesicherte Grenzen eingeschränkt.

Hieraus ergaben sich der Diskont und der Zins, die brüderlich zusammengehören. Der eine ist die Ausgleichung zwischen dem hier vorhandenen Geld und dem an einem fernen Orte befindlichen Geld, welche sich durch einen scheinbaren Überschuß vollzieht, der bisweilen dem vorhandenen Geld und manchmal dem fernen Geld hinzugeführt wird, um den innewohnenden Wert des einen oder des anderen zum Gleichstand zu bringen, wobei man wegen der geringeren Bequemlichkeit oder wegen der größeren Gefahr einen Abzug macht. Der Zins ist dieselbe Sache, jedoch zwischen dem vorhandenen Geld und dem zeitlich ferneren Geld, wobei die Zeit ebenso wirkt wie die Entfernung vom Orte und wobei die Gleichheit des wahren innewohnenden Wertes das wesentliche Fundament bilioet. Dies ist so sehr wahr, daß bei den Wechseln manchmal das gegenwärtige Geld weniger wert ist als das an einem fernen Ort befindliche, und diese Wechsel werden als unterhalb ihrer Parität stehend bezeichnet. Aber die Geldwechsel, welche bei guten Konten nichts anderes als künftiges Geld darstellen, haben oftmals einen höheren Kurs als das gegenwärtige Geld, und dieses Mehr nennt man Agio.

Jetzt zeigt sich auch, daß all das Unrichtige in den Ansichten von Nicolo Broedersen aus falschen Gedanken und aus einem schlechten Gebrauch von Worten herrührt und daß der gesamte Anschein von Richtigem, der hier durchschimmert, in einer schlecht erkennbaren Wahrheit verborgen bleibt. Es war ein Irrtum, das Geld, welches zur Auffüllung des Fehlenden und zur Herstellung des Gleichstandes dient, Gewinn und Nutzen zu nennen. Jeder Gewinn aus Geld, sei er klein oder groß, ist seiner Natur nach unfruchtbar und ist tadelnswert. Man kann ihn nämlich nicht als eine Vergütung für eigene Arbeit bezeichnen; denn diese wird geleistet von dem, der entleiht, und nicht von dem, der das Darlehen gibt.

Aber: Wo Gleichheit ist, ist kein Gewinn, und wo der innewohnende Preis durch Gefahr und Unbequemlichkeit geschmälert und beeinträchtigt wird, kann man das, was als Ausgleich dient, nicht als Gewinn bezeichnen. Es ist also ein falscher und verabscheuenswerter Gedanke dessen und seiner Anhänger, die Ungleichheit darin zu erblicken, daß es Arme und Reiche gibt, und die Gerechtigkeit mit dem Mitleid zu verwechseln. Der Gerechte kann aus gutem Grund eine Gleichstellung eher von dem Reichen und Glücklichen als von dem Ärmeren verlangen und beanspruchen; der Ungerechte kann von niemandem einen Ausgleich verlangen. Ebenso wenig darf derjenige, der von anderen sein Recht begehrt, die Fügungen der Vorsehung korrigieren und mit seinen schwachen Mitteln das Glück und das Elend anders einteilen wollen, zumal die Armut viel öfter aus Lastern denn aus Mißgeschick hervorgegangen ist.

Im Gegensatz hierzu begriffen viele Theologen, nachdem sie bestens den Wucher und das Darlehen definiert hatten, späterhin ihre eigene Definition schlecht. Wucher ist jener Gewinn, den man über die Zuteilung gemäß den Bestimmungen des Darlehensvertrages hinaus erhält. Eine ausgezeichnete Definition! Und wer (wie kürzlich viele Nichtkatholiken es getan haben) sie abändern und sagen möchte, daß ein nicht unentgeltliches Darlehen kein Darlehen und daß daher sein Ertrag kein Wucher sei, scherzt gottlos und überdies zwecklos; denn gegenüber Gott gibt es weder Kunst noch Mittel, um zu betrügen, und gegenüber den Menschen hat man es nicht nötig. Es sind so viele unterschiedliche Methoden erfunden worden, um die strengen Vorschriften der menschlichen Gesetze gegen den Wucher zu umgehen, daß es jetzt wahrhaft überflüssig und unzulässig erscheint, sogar die gesamte Erkenntnis dessen, was gerecht ist, anzugreifen und durcheinanderbringen zu wollen. Die Definition des Darlehens ist von voller Richtigkeit und besagt, eine Sache zu übereignen unter der vertraglichen Bedingung, den Gegenwert und keineswegs mehr zurückzubekommen.

Aber von diesem Äquivalent, lateinisch tantundem, müßte der Begriff besser und klarer sein. Der Wert ist eine Proportion, welche die Sachen in bezug auf unsere Bedürfnisse haben. Gleichwertig sind jene Sachen, die uns gleiche Befriedigung verschaffen, und in dieser Hinsicht werden sie Äquivalente genannt. Wer im Verfolg sonstiger Prinzipien die Gleichheit anderswo sucht und sie entweder im Gewicht oder im ähnlichen Aussehen der Dinge zu finden hofft, zeigt wenig Verständnis für die menschlichen Angelegenheiten. Ein Wechsel aus Papier ist oft dem Metallgeld gleichwertig, obwohl er ihm nach Gewicht und Aussehen sehr unähnlich ist; hingegen können zwei Münzen ähnlichen Gewichts und Aussehens oftmals sehr ungleichwertig sein. Wenn an einem Ort eine fremde Münze - und sei sie auch so gut wie bei uns das römische Geld - nicht in Zahlung genommen wird, dann erwirbt man mit diesem unnützen und von allen zurückgewiesenen Metallstück nicht den gleichen Vorteil, als wenn man eine im freien Verkehr befindliche Münze zur Hand hätte. Und deshalb braucht man für die unerwünschte Münze nur weniger zu zahlen, muß aber letzten Endes doch beachten, daß sie nicht zurückgewiesen werden sollte, weil sie einen innewohnenden Metallwert besitzt; dieser bildet eine sehr gerechte und vernünftige Grundlage für den Wechselkurs. Schließlich ist gewiß, daß es unter den Menschen keinen anderen Preis gibt als das Vergnügen und daß nichts erkaufte wird, es sei denn die Bequemlichkeit, und da einer kein Vergnügen erwerben kann, ohne andere Menschen zu beschweren und zu belästigen, so bezahlt man nichts anderes als den Schaden, den man anderen zufügt, und die Verweigerung des Vergnügens, das man anderen entwendet hat. Jemandem Herzklopfen bereiten, heißt ihm Schmerz bereiten; deshalb ist es gerecht, ihn zu bezahlen. Also: Was sich Frucht des Geldes nennt, stellt - wenn legitim - nichts anderes als den Preis für das Herzklopfen dar. Wer die Frucht des Geldes für etwas anderes hält, der irrt sich.

Wenn aber mit den Prinzipien, die ich vorgetragen habe, die Lehren des Papstes Benedikt XIV. revolutioniert und wunderbar mit Weisheit und Wahrheit erfüllt werden und wenn sich im Volke die nicht tadelnden Geschäfte verbreiten, dann wird man erkennen, daß alles mit den obengenannten Richtlinien im Einklang steht.

Vier grundsätzliche Lehren werden in der Bulle, die mit den Worten *Vix pervenit* beginnt, den Gläubigen vorgetragen. Die erste lautet, daß der Tausch die Wiedererstattung des Gleichwertigen sein soll; denn der Wucher, das heißt der Gewinn oberhalb des Gegenwertes, wird so definiert: "Jeglicher Zuwachs über den Gegenwert hinaus ist unerlaubt und wucherisch." Eine sehr wahre Belehrung! Aber es braucht nicht Gewinn genannt zu werden, was augenscheinlicher und idealer Zuwachs ist, der sich als solcher erweist, wenn der Preis des ursprünglichen Tauschgutes schuldhaft schlecht berechnet wurde.

Zum zweiten wird mit gutem Recht als sündhaft und tadelnswert jeglicher Gewinn verurteilt - sei er groß oder klein -; denn die Verträge der Menschen sollten nichts anderes als die Gleichheit zur Basis und zum Fundament haben.

Als drittes wird gesagt, daß dem Tausch dieses "Darüberhinaus" nicht innewohnt, was nur zu wahr ist. Überdies gibt es so viele Verschiedenheiten, wie es gleichsam unendlich viele Grade der Wahrscheinlichkeiten eines Verlustes gibt, der möglicherweise sehr groß ist (wie in der Schifffahrt) bis herab zu Null (wie bei den Banken und den Staatsgesellschaften) und manchmal sogar verlustbringend unter Null (wie es in Frankreich zur Zeit des Systems von Law geschah).

Viertens wird erklärt, daß sich nicht in jedem Darlehen ein Grund finden läßt, um ein "Darüberhinaus" über das gleiche Metallgewicht zu begründen. Dies ist ebenfalls ein wahrer und offenkundiger Lehrsatz; denn wenn das Gegenteil wahr wäre, dann hätten weder die Staatsbanken bestehen können, noch sähen sie sich mit nutzlosem Geld angefüllt. Es ist nämlich - was noch mehr zählt - niemand bereit, sein Geld ohne Zuwachs auf der Bank zu lassen, wenn er es fruchtbringend in Privathand anlegen kann. Man darf auch nicht sagen, daß die Banken Depositenkassen seien; denn es ist bekannt, daß diejenigen von Holland und Venedig die Depositen in Darlehen verwandelten, aber diese brachten nichts ein, weil es sich um Darlehen innerhalb der höchsten Sicherheitsstufe handelte.

Wenn ich mich noch länger bei diesen Erörterungen aufhielte, wären die Grenzen dessen, was mir zusteht, bald überschritten. Sollte indessen das, was ich gesagt habe, in einigen Gemütern Zweifel und Schwierigkeiten hervorrufen, so läßt sich anderswo darüber kaum bequemer als hier diskutieren. Ich bitte nur diejenigen, die sich mir entgegenstellen wollen, auf mich selbst einzuschlagen und nicht auf einen eingebildeten Feind, der von ihnen nach ihrer Laune erdacht und bewaffnet wurde. Und es sind - um beim Streit den Faden nicht zu verlieren - vor allem die folgenden Probleme zu lösen: In einem Lande, wo sich ohne jegliche Diskussion die Rückerstattung des Äquivalents immer nach der Gleichheit des Metallgewichts bemißt, ist es sicher, daß die Darlehen schwierig und sehr selten sein werden. Denn wenn - um die Menschen zum Ausleihen zu bewegen - eine Gesellschaft von reichen Händlern sich entschlösse, die Geldverleiher durch einen Prozentsatz zu Lasten des Schuldners anzureizen, erhöhe sich die Frage, ob eine solche Zusicherung statthaft wäre oder nicht. Ist dieses Problem gelöst, so ist schon wieder ein anderes zu bewältigen. Wenn derjenige, welcher ohne fremde Sicherheit Geld ausleiht, selbst den Preis der Versicherung einzöge, würde sich dadurch nicht die Art des Vertrags ändern und würde nicht derselbe verdienstermaßen sündhaft werden?

Ich möchte nunmehr von den Zinsen sprechen, soweit die Kunst des Regierens betroffen ist. Zu dem Bemerkenswerten gehört ganz offensichtlich, daß es wünschenswert erscheint, die Zinsen - ob gerecht oder ungerecht -, wie sie gewöhnlich innerhalb einer Bürgerschaft unter irgendeinem Vorwand erhoben werden, so klein und begrenzt wie möglich zu halten. Man sollte die guten und die schlechten Verträge miteinander vereinen; denn es wäre lächerlich und dumm, wollte man den Übelständen nur mit der Furcht vor den ewigen Strafen und mit dem Hinweis auf die Religion begegnen. Es ist nicht Sache der Politik, alles auf die Frömmigkeit stützen zu wollen. Die Moral leitet die Menschen, nachdem sie dieselben gebessert und aus ihnen Virtuosen gemacht hat; die Politik muß sie als schmutzig und ihren Leidenschaften unterworfen betrachten. Deshalb gebührt es sich für den Fürsten, Vorsorge zu tref-

fen, damit nach seinem Willen auch der ruchloseste Wucherer nicht mit hohem Zins ausleihen kann; denn es ist immer besser, das Schuldigwerden zu verhindern, als es zu bestrafen.

Um nach dem Vorhergesagten die Zinsen zu senken, genügt es, das Geldmonopol zu vermeiden und die Rückerstattung zu sichern. Es war nämlich nicht nur das reichliche Vorhandensein der Edelmetalle, welches seit etwa zwei Jahrhunderten den Wucher herabgemindert und gleichsam zum Erliegen gebracht hat, sondern hauptsächlich die Milde der Regierung, deren man sich in fast jeder Herrscherperiode erfreute. Sind die Streitigkeiten kurz, ist die Gerechtigkeit sicher, viel Gewerbe unter den Menschen verbreitet und die Reichen alle geneigt, Geld auszuleihen: Dort, wo es viele Anbieter gibt, können die Bedingungen des Angebots nicht hart sein, und es werden die Armen ohne Grausamkeit behandelt.

Aus diesen Prinzipien ergibt sich, daß die Frucht des Geldes nicht einmal innerhalb bestimmter Grenzen durch Gesetz festgelegt werden kann. Wenn sich der Zins in derjenigen Proportion zum Kapital hält wie die Wahrscheinlichkeit des Verlustes zur Wahrscheinlichkeit der Wiedererstattung, dann hängt die Bestimmung dessen, was man die "Frucht des Geldes" nennt, von unendlich vielen Umständen ab, und man sollte treffender "Preis der Versicherung" sagen. Ich habe lange John Locke in einem seiner Traktate studiert und beziehe mich hierauf. Obwohl er nur in seiner englischen Ursprungssprache zu lesen ist, so zweifle ich nicht daran, daß er früher oder später in eine uns besser geläufige Sprache übersetzt werden wird.

Es ergibt sich schließlich, daß das Zinsgefüge nicht vom Gesetz geändert werden kann und daß man es nicht willkürlich erhöhen oder senken darf, sondern es gemäß seiner eigenen Natur einrichten muß, entsprechend den Veränderungen des Staates und der Sitten in einem Lande. Wenn sich bei Verträgen das Gesetz gegen die Natur stellt, liegt eine Übertretung vor, und es kann von einem Gesetz außerhalb des Umkreises der Zinsen die Wiederbelebung und die Gesundheit eines Landes nicht erhofft werden.

Die beste Art, die Zinsen zu vermindern, besteht darin, die Erträge der Staatsschulden so niedrig wie möglich zu halten. Hierüber möchte ich im folgenden Kapitel sprechen.

(Ende des ersten Kapitels)

Zweites Kapitel. Von den Staatsschulden und ihrer Nützlichkeit

(Ursprung der öffentlichen Schulden - Ihre wahre Natur - Nützlichkeit der öffentlichen Schulden - Schäden der Renten auf die öffentlichen Schulden - Der größte Schaden bei den öffentlichen Schulden rührt von der Qualität der Kreditoren her)

Seit wenig mehr als zwei Jahrhunderten haben auf diesem Gebiete die Fürsten, um den Notwendigkeiten der Kriege zu entsprechen, die Gewohnheit angenommen, von Privatpersonen Geld zu leihen, und sie haben - um diese Personen zu bewegen, es freiwillig herzugeben - die Anleihen fruchtbringend ausgestattet, indem sie einen Teil als Gewinn ausgliederten und ihn den Gläubigern überließen, die alsdann den Profit unter sich austeilten. Vorher war - weil es weder bei den Fürsten viel Tugend noch beim Volke viel Vertrauen gab und diese durch irgendwelche Hoffnungen das Volk dazu bewegten, Vertrauen in den Souverän zu haben - die Verfolgung der

Juden und der italiensichen Händler, die Geld gegen Wucher ausleihen, der gewöhnliche Weg, um zu Reichtümern zu gelangen.

Über derartige Renditen, Staatsschulden genannt, haben die Politiker lange diskutiert, um zu entscheiden, ob diese vorteilhaft oder schädlich wären, und schuld an solchem Meinungsstreit scheint mir die nur dunkle Kenntnis zu sein, die man von ihrer Natur hatte; deshalb wird, wenn ich sie hier erklärt habe, es leicht sein, darüber zu urteilen.

Da der Fürst diejenige Person ist, in der alle seine Untertanen verkörpert sind, weil sie sozusagen in ihm leben, arbeiten und sich erhalten, ist es unmöglich, daß er Schuldner zu sich selbst sei oder einen wirklichen Schuldner gegenüber seinen Untertanen darstelle. Sein Reichtum besteht - genau besehen - in den Steuern der Bürger und in ihren Ausgaben. Darum: Falls er das geliehene Geld ausgegeben hat, dann hat er es schon zurückgezahlt. In der Geschichte der antiken Republiken liest man oft von Beispielen, wonach Bürger um die Wette ihre Vermögen einbrachten, um den öffentlichen Schatz aufzufüllen. Heute, wo das Vaterland und die Freiheit nicht mehr wie eine Vergötterung für die Menschen sind, die man gelehrt hat, ihr wahres Vaterland und die ewige Freiheit anderswo zu suchen, findet man nicht oft ähnliche Beispiele, weil im Bedarfsfalle meistens Geldanleihen aufgenommen und dann entweder zurückgezahlt oder verzinst werden. Aber da sich sowohl das eine als auch das andere stets mittels einer neuen Steuer vollzieht, ist es klar, daß der Kreis endet, wo er begonnen hat und wo er sich in sich selbst schließt. Weil die Anleihe, mit neuem Geld ausgestattet, vom Schuldner eingelöst wird, ist es nicht anders, als ob gar keine Rendite gezahlt würde. Zwar lastet die Steuer nicht unmittelbar auf denen, die entleihen, aber es ist auch wahr, daß die Gesamtheit der Bürger in einer Gesellschaft - je nachdem, wo das Gewicht hinfällt - entweder alle belastet werden oder daß man einzelne aussondert und diejenigen herunterzieht, die sich nicht fest an die Gemeinschaft anklammern, so daß man sie stützen könnte. Gerade weil es dem Menschen im allgemeinen verwehrt ist, mit einem Gewicht zu springen, sei es daß er es an den Füßen, auf dem Kopf oder auf den Armen habe, und wenn er Kleider trägt, so zerreißen diese oder es wird die ganze Person heruntergezogen.

Die wahre Nützlichkeit der öffentlichen Schulden ist somit folgende:

1. daß sich das Gewicht des großen Geldbetrags, der in einem bestimmten Zeitpunkt zusammenkommt, über viele Jahre hinweg verteilt, in denen dann Friede und Ruhe herrschen;
2. daß die öffentlichen Schulden dem Handel und den Geschäften nützlich sind, bei denen es immer wünschenswert ist, wenn sich die Leistung auf mehrere Abschnitte verteilt; dies ist viel sicherer, und es ist auch besser, wenn auf die Grundstücke eine Rente statt einer Kapitalschuld gelegt wird;
3. daß die Kirchen, Krankenhäuser, Stiftungen und viele andere fromme Stätten reich an solchen Renten sind wie jene, die nicht die Fürsorge und die Gedanken eines lieben und wachsamen Gönners fordern, deshalb vor schlechter Verwaltung geschützt sind und nicht den Wechselfällen der Fruchtbarkeit und des Unglücks ausgesetzt werden. Und da die frommen Einrichtungen an den öffentlichen Nutzen gebunden sind, ist es nur gerecht, wenn wir sie mit Steuern unterhalten.

Aber die Nachteile der Staatsschulden, sofern sie im Vergleich mit den Vorteilen nicht sogar überwiegen, gleichen sicherlich die Vorteile aus. Zunächst begünstigen sie die Faulheit bei den Reichen, die leider nur zu sehr zur Ruhe geneigt sind, und unterdrücken die Armen in einem fast unerträglichen Grade. Nichts kann mehr Unordnung in einen Staat bringen, als wenn die Steuern (die zu bezahlen sich der Bürger anstrengt und abmüht) dazu bestimmt sind, die wohlhabenden Leute zu pflegen, ohne daß diese nur im geringsten zum Denken und Arbeiten genötigt wären. - In zweiter Linie schädigen die Nachteile den Landbau, weil sie den Preis der Grundstücke gegenüber jenen Leuten verschlechtern, welche durch die größere Leichtigkeit und Sicherheit der Erträge besser gestellt sind. Da die Landgüter von den Reichen nicht gekauft werden, verbleibt deren Eigentum in den Händen armseliger Dorf-

bewohner, die bei der Bebauung keinen Beistand der Reichen finden. Und es wird jenes Land immer schlecht kultiviert sein, wo die Böden in unzählige kleine Stücke zerbröckeln, die im Besitz äußerst armer Menschen stehen. Sie beziehen Lohn von den reichen Großgrundbesitzern, welche jedoch ihrerseits das Risiko schlechter Ernten nicht tragen.

Aber von all diesen Schäden ist der schlimmste, wenn der Staat nach dem Unglück eines langen und schweren Krieges Schulden macht. Weil alsdann die Untertanen von Geld entblößt sind, werden die Darlehen meistens von Leuten aus dem Ausland gegeben oder höchstens von solchen Personen, die sich inmitten des allgemeinen Elends bereicherten. Daß es sehr nachteilig erscheint, wenn ein Staat an die Ausländer verschuldet ist, liegt so klar auf der Hand, daß es keines Beweises bedarf. Es gab also der Abt von Sankt Peter einen schlechten Rat, als er der französischen Regierung die Schaffung von neuen Renten auf das Rathaus vorschlug und diese so sehr pries, ohne davor zu warnen, daß diese Renten teilweise von den Holländern und teilweise von denselben Finanzleuten gekauft würden, die er selbst "die Blutsauger Frankreichs" genannt hatte.

(Ende des zweiten Kapitels)

Drittes Kapitel. Vom Schuldendienst

(Zur Frage des Geldes, mit welchem die vereinbarten Summen bezahlt werden - Die Rückgabe des gleichen Metallgewichts ist nicht immer das Äquivalent - Es kann nicht die Meinung vertreten werden, daß die Untertanen sich nicht nach der Geldpolitik des Fürsten zu richten hätten)

Jeder, der auf die Kürze dieses Kapitels schaut, wird staunen, wenn er erfährt, wie ich hier in diesem Kapitel über eine sowohl antike als auch schwierige und lange Frage urteile, nämlich mit welchem Geld die Schulden zu bezahlen sind, entweder mit der gleichnamigen, schon festgesetzten Summe, und sei es bei ungleichem Metallgewicht, oder mit der Summe, die dem zwischen den Kontrahenten vereinbarten Metallgewicht gleichkommt. Aber das Staunen wird enden, wenn man bedenkt, daß sich der Streit, der schon von anderen gemäß den positiven Gesetzen der Könige behandelt worden ist, von Ort zu Ort und im Laufe der Zeit ändert, und zwar nach den Lehren der Vernunft und der natürlichen Gerechtigkeit. Ich möchte mich weder der einen noch der anderen Meinung anschließen. Über die verschiedenen Gesetze der Fürsten hinsichtlich der Wirkungen von Geldmanipulationen zu diskutieren ist eher der Rechtsgelehrten als meiner Person würdig, und ihnen überlasse ich es. Will man dann wissen, was die Vernunft lehrt, so würde ich mich schämen, wenn ich mir den Anschein gäbe, als ob ich daranginge, es zu erforschen. Die Geldentwertungen sind eine Gewalt, die man der Natur antut und die von der Notlage des Staates herrührt, und es kann gewissermaßen gesagt werden, daß die Geldentwertung ein Mißbrauch der Sprache und ein gedanklicher Irrtum ist, aber geschaffen, um dem Volke die notwendige Bezahlung der Schulden des Staates erträglicher zu gestalten. Und außerdem! Welche Erleuchtung über die natürliche Vernunft fände sich wohl da, wo die Natur bekämpft und umgestürzt wird? Solche Forschungen passen nur für jenen, der nicht weiß, was Geldentwertungen sind.

Überdies lassen sich die meisten Schriftsteller zu der Äußerung verleiten, es sei die Rückerstattung des gleichen Metallgewichts bereits eine Übereinstimmung mit der natürlichen Gerechtigkeit und es seien die Untertanen nicht verpflichtet, dem Fürsten nachzuahmen oder ihm zu gehorchen. Aber wenn diese Schriftsteller glauben,

daß mit der Rückerstattung desselben Metallgewichts die Gleichheit, die Seele der Kontrakte, erreicht sei, dann irren sie sich. Daß der innere Wert des Geldes fast ebenso schwankend ist wie der äußere, zerstört jede Gleichheit. So würden in unserem Königreich, wenn vor hundert Jahren eine Rückerstattung von hundert Pfund Silber vereinbart wäre und man heute die hundert Pfund zurückgäbe, nicht das Äquivalent, sondern kaum zwei Drittel des Vereinbarten zurückerstattet, weil heute das Silber sicherlich ein Drittel weniger wert ist als früher oder weil - wie sich das Volk ausdrückt - die Waren um ein Drittel teurer geworden sind.

Man darf auch nicht glauben, daß beim einfachen Warentausch eine bessere Gleichheit zu erzielen wäre; denn in hundert Jahren ändert jedes Ding seinen inneren Wert. Die Bevölkerung und die Renten aus den Lehnsgütern sind entweder zunehmend oder rückläufig, die Mietpreise ändern sich mit Veränderungen in der Zahl der Einwohner einer Stadt; es ändern sich auch - außer den Schwankungen der Mode, der Kleidung und der Künste - die Preise der Bodenprodukte, und schließlich ist die Instabilität der menschlichen Dinge so groß, daß in hundert Jahren dieselbe Sache in der Wertschätzung und im Preis nicht mehr dieselbe ist. Wenn man nach Ablauf von hundert Jahren ein ehemaliges, damals gerechtes Tauschgeschäft betrachtet, so wird man immer eine enorme Schädigung feststellen. Die Zeit macht das Gerechte ungerecht und verwandelt Recht in Unrecht, und wieso sollte sich eine natürliche Gleichheit in den Verträgen finden? Auch ist es ruhmelig und lächerlich, immer dieselben Steuern beibehalten zu wollen. Wenn die Veränderung des äußerer Geldwertes nicht reicht, dann werden die Überfülle des Metalls und die Veränderungen des inneren Preises es tun.

Kühn und dumm wäre es von seiten der Untertanen, wenn sie versuchen wollten, sich in Geldsachen nicht nach den Entscheidungen ihres Fürsten zu richten. Die Gültigkeit der Verträge im bürgerlichen Leben hängt von nichts anderem ab als vom Souverän. Wie aber würde man sich auf den Fürsten stützen können, wenn man von ihm verlangte, etwas zu billigen und zur Durchführung zu bringen, was gegen seinen Willen abgemacht wurde? Daß man den Fürsten nicht zugestehen wollte, eigene Gesetze zu machen, und daß man es daher zuließ, wie ihre Minister die Volksmeinung zum Gesetz erhoben, kommt es jetzt zu der großen Verwirrung und der Dunkelheit in der Gesetzgebung sowie zu den vielen Frechheiten der unterworfenen Völker.

(Ende des dritten Kapitels)

Viertes Kapitel. Vom Wechselkurs und vom Aufgeld

(Der natürliche Wechselkurs - Der kaufmännische Wechselkurs - Erklärung der Natur des Wechselkurses - Welcher Nutzen sich aus der Warnung vor den Veränderungen des Wechselkurses ergeben könnte - Vom Aufgeld und seiner Natur)

Der Ausdruck Cambio bezeichnet den Austausch eines Geldes mit einem anderen, sei es gegenwärtig oder künftig, und weil es von diesem Austausch viele Arten gibt, so bestehen auch viele und unterschiedliche Arten von Wechselkursen, und alle verdienen eine besondere und bestimmte Definition. Es könnte zunächst Geld, das man tatsächlich in der Hand hat (welches ich gegenwärtiges Geld nenne), gegen ein anderes, ebenfalls gegenwärtiges, umgetauscht werden, welches entweder aus einem unterschiedlichen Metall besteht oder aus einem anderen Fürstentum stammt. Außerdem könnte gegenwärtiges Geld mit künftigem abgetauscht werden, ob es nun eine bestimmte Sorte Geld ist oder nicht. Und somit muß ich von vier Wechselkursen sprechen.

Der Austausch von Geld aus einem bestimmten Metall mit solchem aus einem anderen Metall vollzieht sich bei uns mit Hilfe von Personen, die sich daraus einen Beruf gemacht haben und Bankhalter oder Hundegebeller genannt werden. Die Regel für solche Fälle von Austausch ist nicht so sehr das natürliche Verhältnis des innewohnenden Wertes der in den Geldern enthaltenen Edelmetalle, sondern es kommt der kleine Gewinn des Abtauschenden hinzu, damit er leben und sich ernähren kann. Schließlich muß man die größere Bequemlichkeit beim Transport der edlen Metalle anerkennen, im Unterschied zum Kupfer; daher kommt der Ausdruck Alagio, eine verdorbene Form von Agio, was ein Vorzugspreis für Edelmetalle ist. Bringt man dieselben zum Geldwechsler hin, so erhält man die Prämie und das Alagio, und man braucht ihm für seine Mühe nichts zu zahlen. Es könnte jemandem Zweifel aufkommen, ob der natürliche Wert - entgegen den Satzungen des Fürsten - teilweise in die Berechnung des Wertes von zwei Geldern eingehen kann, wenn sich der Abtausch zwischen zwei Untertanen desselben Souveräns vollzieht. Aber es ist eine feststehende Tatsache und allgemeine Wahrheit, daß derjenige, welcher von einem anderen etwas verlangt, was den gewöhnlichen Umgang übersteigt, wenn er es bekommt, dafür gerichterweise etwas zahlen muß. Somit wird sich - da das Gesetz niemandem zwingen kann zu tauschen - entweder niemand finden, der tauscht, oder es kann kein weniger gutes Geld gegeben werden, um gutes zu erhalten; dann wird nur dessen Schmelzwert bezahlt. Ähnlich ist es mit dem Wechselkurs für Gelder aus unterschiedlichen Fürstentümern, aber aus demselben Metall. Gewöhnlich vollzieht sich ein solcher Tausch innerhalb der Grenzen eines Staates, wenn es in dem Staat keinen Wechselkurs für das Geld des anderen Staates gibt. Die Regel ist hier der innewohnende Wert oder auch die Metallmenge der beiden Gelder, sonst nämlich könnte manchmal der eine Staat das gesamte Geld des anderen austrocknen. Solche Wechselkurse werden natürliche oder reine genannt und manchmal auch kleine.

Aber viel häufiger wird Wechselkurs gesagt, wenn es sich um den Abtausch von gegenwärtigem Geld mit dem abwesenden handelt, das heißt um die Gewährung eines Kredits, welchen ein Mann einem anderen mittels eines Papiers einräumt, das man Wechselbrief nennt. Das wirkliche kaufmännische Wechselgeschäft setzt also drei Personen voraus: einen Schuldner, einen Gläubiger und einen, dem der Kredit eingeräumt wird. Wenn von diesen drei Personen in Wirklichkeit nur zwei übrigbleiben, dann erweist sich der Wechselkurs als fingiert, und dies geschieht entweder, weil man mittels Wechselbrief eine Schuld zum Ausdruck bringen möchte, um die Vorrechte zu genießen, mit denen das Gesetz diese Dokumente ausgestattet hat, oder um ein Wuchergeschäft zu verbergen, und dann spricht man von einem trockenen Wechselkurs.

Jetzt zur Diskussion um den wahren Wechselkurs zurückkehrend, möchte ich betonen: Es ist erstens klar, daß man keine Wechsel ohne Kredit geben kann; folglich wird man an einem Orte, wo viele und große Angebote von Wechselbriefen vorliegen, ein Gläubiger der anderen sein. Will man die Prinzipien und die Ursachen der häufigen Veränderungen der Wechselkurse kennenlernen oder jenes Aufgeld, welches offensichtlich dem gleichen Gewicht der beiden gegenwärtigen oder fernen Metalle zugefügt und auch absoluter Wechselkurs genannt wird, dann genügt es, über die Natur des Wechselkurses nachzudenken, und so wird alles rasch zutage treten. Das Wechselgeschäft ist der Erwerb einer Summe Geldes auf lange Sicht, wobei man den Transport des Geldes vermeidet, und man erreicht dies dadurch, daß man sich das Geld von dem, der es hatte, abtreten läßt, was man girieren nennt.

Demnach braucht alles, was dem Manne, der den Wechsel zieht, über das gleiche Metallgewicht hinaus zu zahlen ist, den Preis der Transportkosten nicht zu tragen, auch nicht den Preis für alle Grade des Risikos, denen das transportierte Metall ausgesetzt ist, und dies geht nicht in den Wechselkurs ein. Hier liegt also die äußerste Grenze des Preises der Wechsel, über die hinaus sie nicht fest und für lange Zeit verbleiben können, wenn sie auch manchmal eine unvorhergesehene Bewegung durchzumachen haben.

Der Ausdruck gerecht liegt vor, wenn sich der Tausch nach dem Gewicht des guten Metalls richtet, welches in den verschiedenen Währungen enthalten ist, und dieser Tausch wird dann Geldwechsel von pari genannt. Unterhalb von pari bleibt es aus diesen Gründen ein schlechtes Geschäft. Der ungünstige Preis ergibt sich aus der falschen Einschätzung der Verkäufer und aus dem eifrigen Bemühen zu verkaufen. Wenn demnach an einem Orte die Kredite der Händler zahlreich sind, dann bemühen sich diese, das Geld zurückzubekommen, und es wird die Kündigung des Kredits vorteilhafter für den, der ihn gibt, als für den, der ihn erhält und das Bargeld auslegt, und es werden die Bedingungen günstig für den, der tauscht, aber verlustbringend für jenen, der die Wechsel behält. Das für die Bankiers günstige Wechselgeschäft rührt also von der Armut und dem Niedergang eines Staates her, und je tiefer dieser darniederliegt, desto größer sind die Kredite eines Landes mit seinen Nachbarn, und da diese Kredite nur von Sachen herrühren können, welche man ihnen verkauft hat, so steigt um so mehr der Gewinn. Und daraus folgt, daß der Fürst nur dafür zu sorgen hat, daß bei den Wechselgeschäften auch Gewinne entstehen, sei es weil der Staat insgesamt hierbei weder gewinnt noch verliert, wie bei jenen Geschäften, wo die Waren aus der Hand des einen Untertanen in die Hand des anderen übergehen, oder sei es wegen ihres niedrigen Preises, der so schmerzlich ist für die Kaufleute, aber keineswegs bedauerlich für jenen, welchem das Wohlergehen des Staates am Herzen liegt. Und deshalb erweisen sich jene Schriftsteller, die ringsherum so viel Lärm machen, dem Handelsverkehr - vielleicht ihrem früheren Gewerbe - mehr zugetan als dem Wohl ihrer Mitbürger. Und es gleichen wahrlich die Sprüche, die mit so viel Verehrung von den begüterten Menschen in Sachen Geld angehört werden, denen eines Mannes, der - um auf den weiten väterlichen Ländereien eine große Zahl von Pflanzen und Obstbäumen zu haben - sich vornahm, auf Streitigkeiten zu verzichten und seinen Sinn nur noch auf den Anbau der Pflanzen und auf ihre innere Struktur zu lenken.

Aber wenn auch Tauschgeschäfte großen Umfangs nicht der Gedanken des Souveräns würdig sein mögen, so zeitigen sie doch Wirkung und kündigen die bedeutendsten Ereignisse an; sie können mit Recht als der Puls der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden. Jedoch sind - um alles gut zu prüfen - zwei Warnungen angebracht: Erstens sollte man sich immer die Gesamtheit der Tauschgeschäfte eines Landes vor Augen halten, und zweitens sollte man untersuchen, ob nicht durch unmerkliche Abflüsse oder Öffnungen das tatsächliche Geld eintritt oder austritt, ohne den Verrechnungsdienst der Banken zu passieren. Wenn ein Staat mit allen Handelsplätzen im Austauschverkehr steht, so ist das schlecht; wenn er hingegen nur mit einem solchen zu tun hat, dann kann er diesen mit allen anderen vergleichen. Wer also in Neapel nicht auf den Handel achtet, den wir mit Sizilien haben, und auch nicht auf das Geld, welches von dort kommt, der irrt sich vielleicht bei der Beurteilung unseres gegenwärtigen Zustandes. Zweitens kommt es oft vor, daß ein Land verarmt, wenn die Wechselkurse unbestimmt sind. So geschah es bei uns, als derjenige mit Rom 22 Dukaten über den 130 lag, was die Parität war. Es schien, als ob wir bald ohne jedes Geld verbleiben müßten, und doch trat diese Wirkung nicht ein. Die Ursache hierfür war das Vorhandensein eines sehr großen Verkehrs zwischen Abruzzen und dem Kirchenstaate; er war - da die römischen Felder von den Abruzzenleuten bearbeitet wurden - so groß, daß man gewissermaßen sagen konnte, Rom werde zum großen Teil von den Abruzzen ernährt. Demnach führte jeder Bauer, wenn er in die Provinz zurückkehrte, einige gesparte Zechinen mit sich, und auf diese Weise erholte sich das Königreich, ohne daß Wechselbriefe ausgestellt wurden und ohne daß das überströmende Geld auf den Banken und in der Öffentlichkeit erschien, und auf der Messe von Foggia, sozusagen unserem Herzen, trat das zurückkommende Geld wieder bei uns ein und stärkte das Königreich.

Ich will hier aufhören, vom Wechselkurs zu reden; denn es scheint mir, daß sich bei tieferem Eindringen, ergibt, daß kein Wechselkurs meinen Vorstellungen entspricht und daß die Anmerkungen der zum Handel bestimmten Personen nicht zu beachten sind. Beim Parie spreche ich nur kurz vor: Aufgeld, welches die Disparität ist, die zwischen dem einen und dem anderen Geld wegen des Liebhaberwertes besteht. So wird das Geld der Bank von Venedig, das als umlaufendes Geld sehr wichtig ist

und welches man wegen seiner Sicherheit sehr hoch schätzt, mit einem Aufgeld bezahlt, wodurch es teurer als das umlaufende Geld wird. Agio heißt auch die Differenz zwischen dem Bargeld und den obligatorischen Wechselbriefen, die ihren innewohnenden Preis haben, abzüglich der Furcht vor baldigem Zusammenbruch oder Verminderung. Solches Geschäft war in Frankreich der Handel mit entwerteten Papieren, oder welcher sich überall dort vollzieht, wo ein nichtgutes und entwertetes Geld zusammen mit gutem Geld umläuft; jeder wünscht sich das eine, lehnt das andere ab und entledigt sich dessen mit Verlust.

(Ende des Fünften Buches)

Zum Abschluß des Werkes

Wenn ich selbst glaube, teilweise meine Pflicht erfüllt zu haben, indem ich eine für die Menschheit nützliche Sache beschrieb, so fühle ich große Freude in meiner Seele, daß ich - welches auch immer das Schicksal dieses Werkes sein möge - schon durch die Tatsache, es geschrieben zu haben, mich reichlich belohnt sehe. Und wenn es auch gewiß nicht mehr an der Zeit ist, das Vaterland anzubeten, sollte man es doch immer lieben, verteidigen und verehren. Aber es tut mir leid und schmerzt mich, daß - während die Königreiche Neapel und Sizilien wieder aufblühen und sich im Anblick ihres Herrschers erheben - das übrige Italien von Tag zu Tag fühlbar zurückgeht und verfällt. Die Hauptursache dieses Niedergangs, für welchen es viele Anzeichen gibt, besteht nach meinem Empfinden in den unendlich langen Reden und in der Überzahl von Reformen, der Verbesserung von Gesetzen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltung und des Verkehrs sowie vor allem in den behördlichen Verordnungen, die für jeden Zweck gemacht und um die Wette betrieben werden. Weil bei den alten Menschen die schweren Gedanken und die beständige Atemnot, hervorgerufen aus innerer Angst und Schadhaftigkeit der Organe, immer ein Anzeichen des nahen, unausweichlichen Todes sind, deshalb kann ich, wie mir scheint, die Worte unseres antiken Dichters nicht aufrechterhalten:

Daß der alte Stolz
in den italienischen Herzen
noch nicht gestorben ist,

sondern ich glaube, daß wir uns schließlich beruhigen und sagen:

Italien ist alt
und neigt zur Barbarei.

DISKUSSION

Eigensinn und Widerstand im Alltag

Abwehrverhalten ostelbischer Bauern unter Refeudalisierungsdruck

von Jan Peters

Dieser Beitrag will die Erkenntnismöglichkeiten testen, die sich für die Kultur des bäuerlichen Abwehrverhaltens aus der alltagshistorischen Herangehensweise ergeben und dabei einige scheinbare Widersprüche klären helfen, die bäuerliche Haltungen in der Frühen Neuzeit betreffen. Er wählt einen Ansatz, der sich in zweierlei Hinsicht von der in der DDR bislang vorherrschenden Beschäftigung mit dem Thema "bäuerlicher Klassenkampf im Spätféudalismus" unterscheidet: Erstens wendet er sich von Aufruhr und Revolte als Einzelphänomene des Widerstands zum Massenphänomen der alltäglichen Abwehr von Herrschaftsdruck, und zweitens fragt er dabei weniger nach Typologie, politischen Abläufen und Phasen, sondern mehr nach den Denk- und Verhaltensweisen, die den bäuerlichen Eigensinn und Widerstand im Alltag prägten.

1. Historiographie

Zunächst: Hat nicht das Thema "bäuerlicher Klassenkampf" seit einiger Zeit für den Konsumenten seine Spannung und für den Forscher seine Spannkraft verloren? Bekanntlich gab B. F. Porschnev(1) vor vier Jahrzehnten den entscheidenden Anstoß zur internationalen Debatte. Es hat heute den Anschein, als habe sich die Diskussion, jedenfalls in der ehemaligen DDR, festgefahren und als sei die Typologie- und Zuordnungsdiskussion trotz mancher Fortschritte am Ende doch an konkreten Detailuntersuchungen vorbei und damit ins Leere geführt worden. Bäuerlicher Widerstand wurde seit Jahren in der DDR kaum noch thematisiert. Mit zunehmend allgemeiner werdenden Synthesen und schließlich mit rückschauenden Forschungsübersichten (die jüngste Zusammenfassung für die Frühe Neuzeit erschien 1983)(2) haben sich die DDR-Historiker - Ausnahmen bestätigen die Regel(3) - praktisch vom einst so energisch und vielversprechend betriebenen Thema verabschiedet - während es in

1 Porschnev, B. F., Formen und Wege des bäuerlichen Kampfes gegen die feudale Ausbeutung, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Abteilung, 3/1952, S. 440 - 459. - Für wichtige Hinweise bei der Diskussion dieses Manuskripts danke ich vor allem Dr. Lieselott Enders (Potsdam), Dr. Alf Lüdtké (Göttingen) und Dr. Andreas Suter (Zürich).

2 Heitz, Gerhard, Agrarstruktur, bäuerlicher Widerstand, Klassenkampf im 17. und 18. Jahrhundert, in: Aufstände, Revolten, Prozesse. Beiträge zur bäuerlichen Widerstandsbewegung im frühneuzeitlichen Europa, hg. v. Winfried Schulze, Stuttgart 1983, S. 149 - 165; Vogler, Günter, Bäuerlicher Klassenkampf als Konzept der Forschung, in: ebenda, S. 23 - 40. - Für die Erforschung des bäuerlichen Widerstands im Mittelalter vgl. die Übersicht von Epperlein, Siegfried, Bäuerlicher Widerstand im frühen und hohen Mittelalter. Resultate, Probleme und Aufgaben der Forschung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 4/1989, S. 314 - 328.

3 Vgl. jüngst Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 16/II, 1989.

Westeuropa an Gewicht zu gewinnen scheint. Eine Ursache für diesen Abschied hätte die wahrlich zutreffende Einsicht sein können, daß bäuerliches Denken nicht nur um Arbeit und Widerstand kreiste. Unter Historikern (im Gegensatz zu Volkskundlern) interessierte man sich wenig dafür, worüber die Bauern sonst noch nachdachten. Der Grund für das rückläufige Interesse am Klassenkampfthema lag jedoch eher in der einseitigen Politisierung der Historiographie, die den Blickwinkel auf den Aufstandswiderstand verengte, die ganze Vielfalt möglichen Abwehrverhaltens unbeachtet ließ und zu moralisierenden und deklassierenden Wertungen des Alltagswiderstands führte ("passiv", "unentwickelt", "niedrige Form", "extreme Zerstretheit", "kein kompromißloser Kampf" usw.).

Bäuerlicher Eigensinn und bäuerliches Widerstandsverhalten sind viel zu diffizile Erscheinungen, um sie in ein sauber abgestuftes Schema (etwa nach unterschiedlichem Wert der "Entschiedenheit" und des "Bewußtseins") einzwängen zu können.⁽⁴⁾ Mit welchem Maß soll denn der "Wert" von Abwehr und Widerständigkeit gemessen werden? Haben wir nicht weniger nach dem Härtegrad der Mittel als vielmehr nach der Effizienz der von den Bauern jeweils gewählten, dem schwankenden Herrschaftsdruck angepaßten Verhaltensweise zu fragen? Es wäre für bäuerliches Bestehen verheerend gewesen, wüßte man in der Wahl der Mittel nicht zwischen Morgenstern, Klagschrift, flachem Pflügen und einfacher Bockigkeit zu unterscheiden. Wenn aber der möglichst gewaltsame Sturm auf die Fronburg nicht mehr zum Maß der Dinge gemacht und bäuerliche Abwehr nicht mit moralischem, sondern mit historischem Maß gemessen wird, dann muß gerade das alltägliche Bauernverhalten zum alltäglichen Herrschaftsdruck unser besonderes Interesse finden.

Die Entdeckung des Alltagswiderstands gilt zwar als eine durch die marxistische Geschichtsschreibung herbeigeführte "grundlegende Wende"⁽⁵⁾, der Entdecker jedoch interessierte sich nicht für seine Entdeckung. Es scheint deshalb sinnvoll, heute dort wieder anzuknüpfen, wo Kurt Wernicke in der DDR vor fast dreißig Jahren mit seinen ungedruckten "Untersuchungen zu den niederen Formen des bäuerlichen Klassenkampfes im Gebiet der Gutsherrschaft" (phil. Diss., Berlin 1962) einen wichtigen Ansatzpunkt fand. Dieser geriet dann leider aus dem Blickfeld - aus erklärlichen Gründen, denn einer neugegründeten DDR auf Identitätssuche schien das Heroisch-Revolutionäre angemessener als das Kleine und Alltägliche. So blieb es. Zudem war das Klima nicht jenes, in dem bäuerliches Verhalten (gar noch das konkret-individuelle) im feudalen Konflikt hinterfragt und auch nach seinen "Schwächen" abgetastet, also kritisch bedacht werden konnte. Helden und Feinde sollten in Geschichte wie in Gegenwart möglichst eindeutig und entschieden handeln und möglichst einfach auszumachen sein.

Noch einen Schritt weiter zu gehen und die Frage zu stellen, ob denn bäuerliche Resistenz, ob Unwille, Aufmüpfigkeit und Ablehnung im Umgang mit der Feudalität, eben "Eigensinn", überhaupt als bewußte Widerständigkeit zu verstehen sei, dafür war das Klima erst recht nicht gegeben.

4 Siehe Elbs, Eberhard, Owingen 1584. Der erste Aufstand in der Grafschaft Zollern, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte, 17/1981, S. 24. Neuerdings hat Renate Blickle das Verhältnis von Konflikt- und Revolutionsbereitschaft im bäuerlichen Verhalten an einem Beispiel aus dem Ammergau überzeugend dargelegt und vor der Verführung gewarnt, "in den extremen Vorgang die extreme Bedeutung zu verlegen". Die Tradition des Widerstandes im Ammergau. (Blickle, Renate, Anmerkungen zum Verhältnis von Konflikt- und Revolutionsbereitschaft, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 35/1987, H. 2, S. 139).

5 Niederhauser, Emil, Bauernkriege und Bauernbewegungen in der osteuropäischen Geschichtsschreibung, in: Aus der Geschichte der ostmitteleuropäischen Bauernbewegungen im 16. - 17. Jahrhundert, Budapest 1977, S. 517.

Es gibt keinen Grund, den tiefen Gegensatz zwischen Grundherren und Bauern in Frage zu stellen. Es ist als "objektiviertes" historisches Resultat offenkundig gegeben, er wird fortlaufend sichtbar, empfunden und verarbeitet, die archivalischen Quellen der Frühen Neuzeit sprechen hier eine klare Sprache. Weniger klar aber (und in den Quellen sehr viel schwerer zu fassen) ist es, inwieweit sich die Bauern dieses Gegensatzes wirklich bewußt wurden und vor allem, inwieweit sie ihn bewußt austrugen. Alf Lüdtke hat (mit Bezug auf die Industriearbeiter) davor gewarnt, Interessen ausschließlich in ihrer "konfliktfähigen Ausprägung" zu sehen. Eigensinn könne als eine Form des Sich-Entziehens eigengewichtig neben die Polarität von Herrschaft und Beherrschten treten. Der allgegenwärtiges (bewußtes) Kampfverhalten suggerierende Begriff von den "niederen Formen des Klassenkampfes" verschende den Einblick "in die Motive wie Potentiale der Handelnden zugunsten abstrakter teleologischer Vorgaben".(6)

Wir sollten das Motiv des einfachen Eigensinns nicht nur in Rechnung stellen, sondern auch gebührend gewichten.(7) In Polemik mit der Tugend des Gehorsam-Seins gegen Gesetze schrieb Hermann Hesse: "Wer eigensinnig ist, gehorcht einem anderen Gesetz, einem einzigen, unbedingt heiligen, dem Gesetz in sich selbst, dem 'Sinn' des 'Eigenen'!" Diesem Eigensinn folgend, sei der Bauer, "der sein Land möglichst gut anbaut", kein geringerer "Held" als der Soldat: "Nein, wir wären glücklicher, wenn wir den braven Bauer mindestens dem Soldaten gleichstellen würden!"(8) - Man könnte hinzufügen: Die ökonomische Wirkung des Abwehrverhaltens von Bauern, die nur "dem Gesetz in sich selbst" folgten und sich (abwehrend) dem feudalen Druck weniger stellten als entzogen, war am Ende kaum geringer als die der bewußt-widerständig handelnden Untertanen. Alltags-Abwehr in Gestalt von Eigensinn und Widerstand kann als eine Grundform bäuerlichen Verhaltens verstanden werden - massenhaft vorkommend und greifbar besonders für die Zeit des Reifeudalisierungsdruks in Ostelbien. Wir übersehen nicht, daß auch wenig gegensatzbewußte Renitenz sich aus tiefen Gegensätzen herleitete (oder herleiten konnte), aber wir sollten zugleich der Versuchung widerstehen, jeder Äußerung von bäuerlicher Abwehr einen Platz auf einer abgestuften Skala bewußter Widerständigkeit zuzuweisen. Wann Abwehr aus Eigensinn in Widerstand aus Einsicht umschlug, ist, weil zu ungewiß, schwer auszumachen. Hier unterbleibt deshalb der Versuch, Grenzen des "Bewußtwerdens" im Abwehrverhalten zu ziehen.

6 Lüdtke, Alf, Protest - oder: Die Faszination des Spektakulären. Zur Analyse alltäglicher Widersetzlichkeit, in: Sozialer Protest: Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, hg. v. Heinrich Volkmann u. Jürgen Bergmann, Opladen 1984, S. 333.

7 Die Entwicklung des Begriffs "Eigensinn" bei Lüdtke, Alf, Organizational Order or Eigensinn? Workers' Privacy and Workers Politics in Imperial Germany, in: Rites of Power: Symbolism, Ritual and Politics since the Middle Ages, hg. v. Sean Wilentz, Philadelphia 1985, S. 303 - 333; derselbe, Cash, Coffee-Breaks, Horseplay: Eigensinn and Politics among Factory Workers in Germany circa 1900, in: Confrontation, Class Consciousness and the Labor Process, hg. v. M. Hanagan u. Ch. Stephenson, New York u. a. 1986, S. 65 - 95; s. auch Kluge, A./Negt, O., Geschichte und Eigensinn, Frankfurt (Main) 1981.

8 Hesse, Hermann, Eigensinn, Autobiographische Schriften, Frankfurt (Main) 1972, S. 102, 107.

2. Ursachen von Eigensinn und Widerständigkeit

Die "quasi naturwüchsige Erklärung"(9) von Konfliktvorgängen im Feudalismus, Druck führte automatisch zu Widerständigkeit, hat die Widerstandsforschung nicht voranbringen können. Leid und Ungerechtigkeit wird weder automatisch wahrgenommen, noch folgt der Wahrnehmung ein genau angemessenes Protestverhalten. Dieselben Bedingungen riefen oft ganz unterschiedliche Reaktionsweisen hervor. Wenn "Standards der Beurteilung" entstehen sollen, müssen bestimmte Veränderungen teils in den Lebensbedingungen, teils in der gedanklichen und emotionalen Verarbeitung dieser Bedingungen vorangegangen sein. Mit gewissen Modifikationen sind die von Barrington Moore(10) entwickelten Voraussetzungen auch für das Abwehrverhalten von Bauern im Feudalismus anwendbar: das Entstehen von Leid in einem Tempo, das die Gewöhnung daran ausschließt, die Personifizierbarkeit des Verursachers von Leid, das Kollabieren alltäglicher Routinen. Zugleich werden im Denken und Empfinden der Betroffenen gewisse Standards, tradierte kulturelle Werte und Normen, überwunden. Entsprechende Traditionen in der Erziehung zur Sozialisation werden durchbrochen, die Verinnerlichung von Anpassungsgewohnheiten beendet, die (niedrigen) Maßstäbe für erwartete Sicherheit höhergerückt. So können sich schließlich die "gesellschaftliche Anästhesie" gegenüber Ungerechtigkeit verflüchtigen, die Unabänderlichkeit der Dinge als Illusion begriffen und scheinbar festgefügte Toleranzgrenzen aufgehoben werden.

Solche und ähnliche Wirkungsfaktoren sind allerdings nicht nur schwer zu bestimmen, sie sind im historischen Quellenmaterial auch kaum zu fassen. Darum ist man versucht, nach einer "wesentlichen" (z. B. ökonomischen), monokausalen Erklärung zu greifen, anstatt produktiv mit Vielschichtigkeit und Mehrdeutigkeit umzugehen. Es hat sich zwar als durchaus sinnvoll erwiesen, nach den ökonomischen Strategien der Feudalität zu fragen und die Wandlungen in der Höhe und Struktur feudaler Rentenbelastung zu untersuchen, um das Widerstands- und/oder Anpassungsverhalten der Dorfbewohner zu erklären. Jedoch ließ sich dennoch vieles eben nicht "verstehen". Sinnvoll verunsichert, erkennen wir nunmehr die Unverzichtbarkeit neuer Erklärungsansätze - unter ihnen die subjektbezogene, alltägliche Erfahrungs- und Verarbeitungsweise von feudalem Druck.

Jede neu etablierte Bauernfamilie fand Verhältnisse vor, die auf der Akzeptanz eines bestimmten Grades von Herrschaft, Herrschaftsausübung und Herrschaftsanspruch beruhten. Diese Akzeptanz erhielt das soziale System der ländlichen Gesellschaft mehr oder weniger funktionsfähig. Eigensinn und Widerständigkeit waren unter diesen Bedingungen mit Akzeptanz und Hinnahme untrennbar verbunden und stets vom Eigeninteresse an der Reproduktions- und Zukunftsfähigkeit des Bauernhofes bestimmt. Das paternalistische System, speziell der ostelbischen Gutsherrschaft, hat die Toleranzgrenzen wohl veränderbar, aber nicht aufhebbar gemacht, denn der Paternalismus kannte als "Kategorie sozialer Beziehungen"(11) deutliche Grenzen. Wie dieser Mechanismus, wie die Gutsherrschaft überhaupt als soziales System funktionierte, wie sich seine Toleranzgrenzen bestimmten, bedarf noch eingehender Untersuchun-

9 Schulze, Winfried, Herrschaft und Widerstand in der Sicht des "gemeinen Mannes" im 16./17. Jahrhundert, in: Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung = Geschichte und Gesellschaft. Bochumer historische Studien, hg. v. Ferdinand Seibt u. a., Bd. 24, Stuttgart 1981, S. 187.

10 Moore, Barrington, Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt (Main) 1987. In internationaler Perspektive dazu auch James C. Scott, Weapons of the weak: everyday forms of peasant resistance, New Haven u. a. 1985.

11 Berdahl, Robert M., Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: Preußen im Rückblick, hg. v. Hans-Jürgen Puhle u. Hans-Ulrich Wehler = Geschichte und Gesellschaft, Sonderh. 6, Göttingen 1980, S. 123 - 145.

gen. Hier sollen uns vor allem die durch "Grenzverletzungen" ausgelösten abwehrenden und widerständigen Verhaltensweisen interessieren, die zum Alltag in der Gutsherrschaft gehörten.

3. Alltags - Abwehr im Wandel

Agrarhistoriker stimmen im allgemeinen darin überein, daß sich bäuerlicher Widerstandswille nach dem tiefen Sturz in Repression, "zweite Leibeigenschaft" und Re-feudalisierungsdruck⁽¹²⁾ schon Mitte des 16. Jh. in den Bauernkriegs- und Aufstandsgebieten wieder erhob.⁽¹³⁾ Länger währte die Lähmung nicht, und inzwischen wird von niemandem bestritten, daß die zwei Jahrhunderte bis zum Ende des 18. Jh. keineswegs als "stille Zeit" gelten können. Obwohl territorialstaatlich eingezwängt in vorabsolutistischen Dirigismus oder ständestaatliche Willkür, fanden die Bauern dennoch Widerstandsmittel und konnten in einigen Gebieten durch größere Aufstände Gutsherrschaftstendenzen abwehren.⁽¹⁴⁾ Bis zur großen Wegscheide des Dreißigjährigen Krieges ließ sich der oft ungezügelte herrschaftliche Re-feudalisierungsdruck dennoch nur begrenzen. War der Widerstand vor dem Großen Krieg vornehmlich Abwehr gegen herrschaftliches Streben, so war er danach zwar immer noch Abwehr, nun aber gegen die bittere Realität wirklich erreichter Erfolge der Herrschaft. Sie konnte die Nachkriegszeit zunächst nach eigenen Rekonstruktionsplänen (stärkere persönliche Bindung der Bauern) gestalten und sich auf bestehende Fürstenheere als Repressionsmittel stützen. Von der Mitte des 17. Jh. an (bis zum Ende des 18. Jh.) erlangte deshalb der alltägliche und verdeckte Widerstand, wie auch eigensinnige Renitenz

- 12 Dieser Begriff scheint mir offener und darum geeigneter als der Ausdruck "Re-feudalisierung", der (im Gegensatz zur Wirklichkeit) zu definitiv ist.
- 13 Heitz, Gerhard, Probleme des bäuerlichen Klassenkampfes im Spätfeudalismus, in: Der Bauer im Klassenkampf, hg. v. Gerhard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz u. Günter Vogler, Berlin 1975, S. 513 - 525; derselbe/Schultz, Helga, Volksbewegungen und Klassenkampf in den Territorien des Heiligen Römischen Reiches zwischen Frühbürgerlicher und Französischer Revolution (1526 - 1789), in: Volksbewegungen und ideologischer Klassenkampf beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Referate des Kolloquiums "Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus", Rostock, 17./18. September 1975; derselbe/Vogler, Günter, Bauernbewegungen in Europa vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: ZfG, 5/1980, S. 442 - 454; dieselben, Agrarfrage, bäuerlicher Klassenkampf und bürgerliche Revolution in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: ebenda, 11/1980, S. 1068 - 1078; Harnisch, Hartmut, Klassenkämpfe der Bauern in der Mark Brandenburg zwischen frühbürgerlicher Revolution und Dreißigjährigem Krieg, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 5, 1975, S. 142 - 172; derselbe, Landgemeinde, feudalherrlich-bäuerliche Klassenkämpfe und Agrarverfassung im Spätfeudalismus, in: ZfG, 10/1978, S. 887 - 897; derselbe, Bauernbewegungen gegen die Gutsherrschaft. Die Mark Brandenburg in dem Jahrhundert vor dem Dreißigjährigen Krieg, in: Aufstände, Revolten, Prozesse, S. 135 - 148; Schultz, Helga, Bäuerliche Klassenkämpfe zwischen frühbürgerlicher Revolution und Dreißigjährigem Krieg, in: ZfG, 2/1972, S. 156 - 173; dieselbe, Bäuerlicher Klassenkampf und "zweite Leibeigenschaft". Einige Probleme des Kampfes in der Zeit zwischen frühbürgerlicher Revolution und Dreißigjährigem Krieg, in: Der Bauer im Klassenkampf, S. 391 - 404; dieselbe, Zur Rolle der Volksmassen im Spätfeudalismus, in: ZfG, 5/1981, S. 411 - 426. Vgl. Schulze, Winfried, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit, Stuttgart/Bad Cannstatt 1980, S. 167.
- 14 Heitz, Gerhard, Bäuerliche Klassenkämpfe im Spätfeudalismus, in: Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren, hg. v. Gerhard Brendler u. Adolf Laube, Berlin 1977, S. 211.

überhaupt, größeren Stellenwert als der räumlich begrenzte und zur Aussichtslosigkeit verurteilte offene Widerstand.

Das Entwicklungsbild des bäuerlichen Widerstands (vor allem des aufständischen) in der Frühen Neuzeit scheint klar. Entsprechend hinterfragt, erweist sich jedoch manches als weniger eindeutig.

Es scheint z. B. wichtig, auch in den langen Jahren des Refeudalisierungsdrucks in weiten Teilen Ostelbiens das feudalherrliche Repressivverhalten nicht als gleichbleibend ungehemmte Zwangsausübung zu verstehen.⁽¹⁵⁾ Im Herrschaftsrausch kam es oft zu "unüberlegten" und harten Zugriffen auf die bäuerliche Existenz, aber solche Härte wechselte mit feudalherrlichen Einsichten, daß es "so doch nicht geht". In extremen Gutsherrschaftsgebieten ließ der kopflose Refeudalisierungsdruck mit der Wende zum 18. Jh. nach - aus verschiedenen Gründen, unter denen die Einsicht der Feudalität in die Gefährdung ihrer eigenen Reproduktionsbedingungen wahrscheinlich eine war. Immer spielten auch die individuellen Unterschiede zwischen den "Junkern" eine große Rolle - für die Bauern oft spürbar beim Generationswechsel auf dem Herrnsitz. Grundsätzlich waren sie bestrebt, ihre Gutsherrschaft als soziales System funktionsfähig zu erhalten - wie auch die Bauern im Eigeninteresse nach konfliktarmen Lösungen suchten.

Welche Rolle spielten sozial geprägte Kulturen der Konfliktbewältigung? Den Bauern war die Kultur friedlicher Konfliktlösung innerhalb ihrer Gemeinschaft vertraut: Dafür gab es eine Fülle von Regulierungsmechanismen im Dorf, die von einer erstaunlichen Fähigkeit zur Konfliktbewältigung zeugten. In den Städten, vor allem aber auch beim Adel, war die Möglichkeit und Fähigkeit des ehrenhaften Innehaltens vor dem Zuschlagen weniger ausgeprägt. Vieles deutet jedenfalls auf eine sozial differenzierte Kultur der Konfliktbewältigung. Die Abwehr- und Widerstandsgeschichte wäre dann auch durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialer Kulturen mitgeprägt worden.

Was vermag die Befreiung flächendeckender (statt punktueller) Untersuchungen über das genannte Entwicklungsbild auszusagen? Die so seltene (weil schwierige und zeitaufwendige) Bearbeitung eines voluminösen Quellenmaterials, wie sie Lieselott Enders für die ganze Uckermark unternommen hat, setzt offensichtlich neue Akzente. So hat Enders für diesen Raum extremer Gutsherrschaft u. a. nachweisen können, daß im Laufe des 18. Jh. eigensinnig-alltagswiderständige, ökonomische Strategien eine große Rolle spielten, selbst bei lassitischen oder Zeitpacht-Bauern, die sich durch entsprechende leise Handlungen wachsende ökonomische Freiräume schufen; ferner daß eine bedeutende und steigende Zahl von Pachtbauern (ob nun in bewußter Widerständigkeit oder einfach eigensinnig) eine "individuelle Bauernbefreiung" auf ökonomischem Wege etappenweise vollzogen und daß schließlich die Gemeinde in Prozessen und anderen Widerstandshandlungen durchaus funktionsfähig blieb.⁽¹⁶⁾ Ver-

15 Enders, Lieselott, Entwicklungsetappen der Gutsherrschaft vom Ende des 15. bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts, untersucht am Beispiel der Uckermark, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 12, 1988, S. 119 - 166; vgl. Harnisch, Hartmut, Die Gutsherrschaft. Forschungsgeschichte, Entwicklungszusammenhänge und Strukturelemente, in: ebenda, Bd. 9, 1985, S. 189 - 240.

16 Enders, Lieselott, Entwicklungsetappen der Gutsherrschaft ..., dieselbe, Bauern und Feudalherrschaft der Uckermark im absolutistischen Staat, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 13, 1989, S. 247 - 283; dieselbe, Produktivkraftentwicklung und Marktverhalten. Die Agrarproduzenten der Uckermark im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 3/1990, S. 81 - 105. - Über die mit der Gemeinde als Widerstandsträger verbundenen Probleme siehe Sabean, David, Die Dorfgemeinde als Basis der Bauernaufstände in Westeuropa bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Europäische Bauernrevolten der frühen Neuzeit, hg. v. Winfried Schulze, Frankfurt (Main) 1982, S. 191 - 204; Wunder, Heide,

gleichende Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang auch die jüngsten Untersuchungen über das Wetterau-Vogelsberger Gebiet durch Werner Trossbach über die Lernfähigkeit der Bauern im "prozessualen Austrag"(17) und über das bäuerliche Widerstandsverhalten in einer hessischen Region durch Georg Schmidt.(18)

Offensichtlich kann den Bauern in Gutsherrschaftsgebieten Hilflosigkeit gegenüber den vorgefundenen oder neu gesetzten rechtlichen Verhältnissen nicht unterstellt werden. Läßt sich im Lichte dieser Erkenntnis noch "fast sagen", die gutsuntertänigen Bauern seien "ihren Herren wahrhaftig mit Haut und Haaren ausgeliefert" und ihnen sei kaum anderes übriggeblieben, "als sich gegenüber der Obrigkeit 'knechtisch' zu verhalten"?(19) Verfügten sie nicht doch über eine erstaunliche Fähigkeit, die Möglichkeiten zu nutzen, die ihnen das Gesamtsystem differenzierter feudaler Bindungen trotz allem gewährte, um adäquate Abwehrmittel zu finden? Jedenfalls kann diese Fähigkeit, wie es oft geschieht, nicht a priori den lassitischen oder Zeitpachtbauern ab- und nur den Erbpacht- oder Erbzinsbauern zuerkannt werden. Daß Bauern unterschiedlicher Besitzqualität über ein hohes Maß Anpassungsfähigkeit an Höhe und Struktur der Feudalrente verfügten, reduziert erheblich das Gewicht jener Faktoren, die wir gewöhnlich als Ursachen für unterschiedliche Widerständigkeit ansehen: die soziale Stratifikation als Ausdruck unterschiedlicher bäuerlicher Besitzqualität und die Unterschiede zwischen Guts- und Grundherrschaftsgebieten (die sich räumlich ohnehin nicht sauber trennen lassen).

Es steht fest, daß Belastungen "in sehr verschiedener Weise wahrgenommen und verarbeitet" wurden.(20) Zu prüfen wäre also, ob Unterschiede solcher Art nicht weniger (oder: nicht nur) von Struktur der Feudalrente und Besitzqualität, sondern mehr (oder: auch) aus kulturhistorischen Verhältnissen ableitbar sind, d. h. aus stabiler (oder instabiler) Kultur und Lebensweise, die einen bestimmten Grad von Selbstbewußtsein, Konsensbereitschaft und Handlungsfähigkeit hervorbrachten. Jedenfalls haben selbst extreme Gutsherrschafts- und Leibeigenschaftsverhältnisse das bäuerliche Selbstbewußtsein wohl niederhalten, aber nicht auslöschen können: Ein breites Spektrum von alltäglicher Anforderung an die Fähigkeit zu Akzeptanz und/oder Abwehr hielten es am Leben. Wenn also nach dem Alltagswiderstand im Wandel gefragt wird, sieht sich der Historiker einem "fremdartigen" und noch weithin offenen Problem gegenüber: Welche kulturellen Standards bestimmten den kritischen Punkt (und mit ihm die Abläufe) der Empfindlichkeit? Inwieweit waren Gutsherrschaftsbauern konsensfähiger als andere?

Die bäuerliche Gemeinde in Deutschland, Göttingen 1986; Harnisch, Hartmut, Die Landgemeinde in der Herrschaftsstruktur des feudalabsolutistischen Staates. Dargestellt am Beispiel von Brandenburg-Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 13, 1989, S. 201 - 245.

- 17 Trossbach, Werner, Bauernbewegungen im Wetterau-Vogelsberg-Gebiet 1648 - 1806. Fallstudien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, Darmstadt/Marburg 1985.
- 18 Schmidt, Georg, Agrarkonflikte und Territorialisierung. Beobachtungen zum bäuerlichen Widerstand in einer "hessischen" Region, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 16/1, 1989, S. 39 - 56.
- 19 Harnisch, Hartmut, Bäuerliche Ökonomie und Mentalität unter den Bedingungen der ostelbischen Gutsherrschaft in den letzten Jahrzehnten vor Beginn der Agrarreformen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 3/1989, S. 104, 106.
- 20 Schulze, Winfried, Der Widerstand der Untertanen gegen die Obrigkeit im 17. Jahrhundert, in: Literatur und Volk im 17. Jahrhundert. Probleme populärer Kultur in Deutschland, hg. v. Wolfgang Brückner, T. 1, Wiesbaden 1985, S. 133.

4. Alltags-Abwehr: Begriff und Beschreibung

Alltags-Abwehr ist die stille bäuerliche Abwehr gegen die feudalen Fesseln, die die Entwicklung des Bauernbetriebes behinderten und die bäuerliche Lebensweise störten. Sie kennzeichnet verdecktes, immer wieder reproduziertes Handeln gegen herrschaftlich gesetzte Normen und Gebote. Eigensinn und Widerstand im Alltag kannte fast immer drei wesenseigene Züge, die mit- und nebeneinander auftraten: die direkte Abwehr herrschaftlicher Zugriffe, die Gewinnung autonomer Lebensräume, der verdeckte Ausbau ökonomischer Unabhängigkeit. Die Abwehrsituation beruhte auf dem vielschichtigen Gegensatz zwischen dem Bauern als einfachem Warenproduzenten und der Feudalität mit ihrem Anspruch auf Bodenmonopol und abgestufte Befehlsgewalt über die Bodennutzer und ihre Leistungen. Die Bauern reagierten eigensinnig und/oder widerständig, wenn sie das (durch sie durchaus akzeptierte) soziale Normgefüge infolge feudalherrlicher Über-Forderungen verletzt sahen, sich eines Unrechts bewußt wurden und den Spielraum der bäuerlichen Wirtschaft als eingeengt oder gefährdet empfanden.⁽²¹⁾ Der ökonomisch bestimmte Empfindlichkeitsgrad war besonders dann hoch, wenn Vermögensbildungschancen (z. B. günstige Preisentwicklung) feudalherrlich beschnitten wurden (z. B. durch erhöhte Arbeitsrenten). Die "Hartnäckigkeit" des bäuerlichen Abwehrverhaltens⁽²²⁾ weht uns deshalb aus jeder Akteneinheit an, die ihrem Wesen nach das Kollabieren akzeptierter "vertraglicher" Normen zum Gegenstand hat.

Der aufgesetzte, außerökonomische Frondienstzwang verzerrte in weiten Bereichen der Gutswirtschaft das Reproduktionssystem auf dem Bauernhof, durchbrach dessen marktwirtschaftliche Ausrichtung und zwang den Bauern fortlaufend, mit einer komplizierten Methodik (getrennt disponible Leistungseinheiten von Mensch und Zugvieh) zu operieren. Der feudale Zwang war ökonomisch belastend und arbeitstechnisch lästig. So wie er die einfache Warenproduktion behinderte, konnte ihm mit den Mitteln der einfachen Warenproduktion aber auch begegnet werden. Tagtäglich sah sich der Bauernbetrieb dazu motiviert, und tagtäglich übte er sich darin, ökonomisch und arbeitstechnisch gegenzusteuern. Die Bauernwirtschaft akkumulierte verdeckt und wehrte verdeckt ab, mit vertrauten Mitteln und ohne nennenswertes Risiko. Die Effizienz der Alltags-Abwehr gründete sich (im Gegensatz zur Revolte) auf ihre innere Verwandtschaft mit der kleinen Warenproduktion. Die (vorwiegend gewaltlose und vorwiegend ökonomische) Alltags-Abwehr war den Bauernbetrieben wesenseigen, die Revolte war es nicht. Wohl überdachte Konfliktlösungen ohne Gewalt waren in aller Regel angestrebt.⁽²³⁾ Die alltäglichen Grundformen der Abwehr - durch dauerhafte Reproduktionsstörung dauerhaft reproduziert - blieben un-aggressiv bis zum gänzlich kampfflosen Rückzug in einen möglichst eigenen Lebensbereich.

Die bäuerliche Alltags-Abwehr ist entweder gezielt-widerständig (dann vor allem ökonomisch motiviert) oder allgemein-eigensinnig (dann oft auch sozio-kulturell motiviert). Sie kennt Übergangszonen zum aufständischen Widerstand, der als die expressive und verzweifelte Eskalation der alltäglichen Abwehr verstanden werden kann ("Klein-Gewalt" gegen Vögte, jahrelange Prozeßführung u. ä.), und zu den aus akutem sozialem Notstand erwachsenen Formen sozialer Kriminalität (verbotene Jagd, Schmuggel, Holzdiebstahl, Beschädigung herrschaftlichen Eigentums). Die jeweiligen Grenzen und "Erheblichkeitsschwellen"⁽²⁴⁾ sind schwer zu fassen. Alltags-Abwehr

21 Vgl. Thompson, Edward P., Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt (Main)/Berlin/Wien 1980.

22 Heitz, Gerhard, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 520.

23 Der Prozeß als Alternativweg neuerdings ausführlich untersucht durch Trossbach. Siehe Trossbach, Bauernbewegungen ..., S. 437 f.

24 Siehe Schulze, Winfried, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft ..., S. 86 f.

(Widerstand und Eigensinn) bezeichnet neben dem ökonomischen Kleinkrieg auch langfristige ökonomische Strategien von Bauern (stille Akkumulation), die Reproduktion von Kultur, Lebensweise, Selbstbewußtsein und Handlungsfähigkeit in "eigenen" Räumen.

Die Abwehr im Alltag wird, wie die jüngste historiographische Übersicht von Peter Blickle ausweist, immer noch als Randproblem verstanden.(25) Obwohl die Historiker beginnen, nach "alltäglicher Widersetzlichkeit" zu fragen und Aufstandsuntersuchungen stärker alltagshistorisch zu untersetzen,(26) sind bislang die alltäglich-widerständigen und eigensinnigen Abwehrformen weder speziell untersucht noch nach ihrer inneren Struktur befragt worden, vielleicht in der Annahme, das Bild des sozialen Protestes drohe dann, "sich in der Vielfalt der mit ihm identifizierten Erscheinungen aufzulösen"(27) - eine reale Gefahr bei Zuordnung jeglicher Abwehrform zu Widerstand und Klassenkampf.

5. Varianten der Alltags-Abwehr

Zu den wichtigsten ökonomischen Formen alltäglicher bäuerlicher Abwehr gehörte die gezielte Unterleistung. Kein herrschaftliches Kraut war gegen diese Art von eigenhändig praktiziertem Schadenszauber gewachsen: nachlässige Arbeit auf dem Herrenland, Ableistung von Frondiensten bei Verwendung unqualifizierter Arbeitskräfte, schwacher Gespanntiere, unerlaubt kleiner Wagen und schlechter Arbeitsgeräte, auch Unpünktlichkeit und lange Pausen beim Arbeiten. Zu dieser auf Unterleistung gerichteten Arbeitsweise gesellte sich die Lieferung minderwertiger Naturalrenten ("mager wie ein Zinshahn"), die das Abgabensystem unterwanderte. Hauptmittel in Arbeitsrentenbetrieben blieb die Fronlässigkeit, die bis zum "Fronstreik" (Wernicke) gehen konnte. Strengere Aufsicht, herrschaftliche Vorarbeiter oder bessere Kontrolle durch Zuweisung von Teilen des Herrschaftslandes für durchgängige Bearbeitung durch dieselben Bauernwirtschaften haben die Unterströmung des ökonomischen Kleinkrieges eindämmen, nicht aber verhindern können. Die Hofdienstverpflichtungen entwickelten eine geradezu unerschöpfliche Phantasie im Erfinden von Methoden zum Nachteil der Herrschaft - vom insgeheim betriebenen hexerischen Schadenszauber bis zur sehr direkten Schadensstiftung.

Volksglaube, Magie und symbolhafte Handlungen unterstützten die Widersetzlichkeit in einer Weise, die wir heute wohl kaum nachvollziehen können. Mehrere saldernsche Untertanen zu Söllenthin hatten sich 1683 geweigert, die Hofdienste zu leisten, und sich zugleich gegen ihren Herrn "heimlich verschworen", um ihm durch das Aufsaugen eines bestimmten Psalms Schaden zuzufügen.(28) Die alltägliche Abwehrbereitschaft konnte auch symbolisch mit Hilfe eines alten Pferdes gestärkt werden. Laut einer herrschaftlichen Beschwerdeschrift (um 1690) hatte ein Bauer aus Werder wegen ihm auferlegter Hofdienste "alle seine Pferde, deren Er bey 12 und mehr gehabt, auff die Seite gebracht und dem Herrn von Saldern zum höchsten Spott ein altes 18jähriges Pferd, so zu nichts nutz gewesen, stehen laßen".(29) Wo die Gemeinde als Abwehrgemeinschaft noch funktionierte, nahm sie notwendige subversive Funktionen wahr, so etwa in Legde 1713, wo "alle Nach die Gemeine Convoziret"

25 Blickle, Peter, Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300 - 1800 = Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 1, hg. v. Lothar Gall u. a., München 1988.

26 Siehe bes. Suter, Andreas, "Troublen" im Fürstbistum Basel (1726 - 1740). Eine Fallstudie zum bäuerlichen Widerstand im 18. Jahrhundert = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 79, Göttingen 1985.

27 Sozialer Protest ..., (s. Anm. 6), S. 12.

28 Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 22, Nr. 283 a.

29 Staatsarchiv Potsdam (StAP), Pr. Br. Rep. 37 Plattenburg-Wilsnack (PW), Nr. 1467.

wurde, "da denn viele nachtheilige Consilla sollen geschmiedet worden" sein.(30) Heimlichkeiten dieser Art schürten immer wieder herrschaftliche Ängste. Über die Verbündnisse renitenter Knechte im Hofdienst suchte man Klarheit zu gewinnen durch die oft gestellte Frage, "waß vor Articulen die Acker-Knechte unter sich verabredet?"(31) "Heimliche Consilla" bildeten eine Art von möglicher Gewalt, im Verständnis der Teilnehmer selbst und in der Sicht von Herrschaft: Seine Untertanen zu Legde, klagte ihr Herr, "schreyen ihrer Gewohnheit nach aller Orthen über Gewalt, da Sie doch tag und Nacht conspiriren".(32) Solche Inanspruchnahme von Räumen kultureller Autonomie waren zweifellos politisch motiviert und auf den Austrag von Gegensätzen gerichtet.

In dem Maße, wie die alltägliche Abwehr als bewußter werdender Alltagswiderstand in Gutsherrschaftsgebieten gegen Ende des 18. Jh. erstarkte und mehr exzeptionelle Formen aufwies, nahm die Fronlässigkeit oft groteske Züge an, befördert durch eine sozio-kulturelle Palette kleiner Listen und Späße der Widerspenstigen. Symbolisches und Vergnügliches scheinen den Widerstand moralisch oft gestützt und flankiert zu haben. Klagen erschollen, daß die Knechte "während der Arbeit sich mit Jagen der Mädgen, daß die Arbeit verzögert wird", befaßten und sich "als besoffene leute" betragen würden, die "es so recht darauf angeleget, tollman zu spielen".(33) Schärfere Aufsicht und Kontrolle schienen die einzigen Steuerungsmittel zu sein, aber selbst z. B. die Verwendung von "Vor-Mähern" vom Hofe aus blieb oft ohne Resultat, denn die übrigen Mäher ließen sich das Tempo nicht vorschreiben, und so war die Folge nur, "daß die herrschaftlichen Vormäher vorwegmähten und wieder hinter die fahrlässigen Untertanen kamen".(34) Sozio-kulturelle Standards flankierten auch in dieser Zeit die Widersetzlichkeit, denn die Vögte klagten über "geheime Verbindungen zur Hintertreibung des Fleißes", die "unter sich Strafe von Brantwein darauf gesezzet, wer sich fleißig bezeiget".(35) Solche Standards erscheinen mit der Fronlässigkeit, die sich immer mehr ausprägte, untrennbar verknüpft. Herrschaftliche Verwalter beschwerten sich "über das ungebürliche Jagen der Knechte mit den beladenen Holzwagen, wodurch dieselben so viel Holz verliren, daß es auf dem ganzen Wege" herumliege,(36) über die Nachlässigkeit beim Aufladen der Getreidegarben, denn die Knechte "nahmen nur blos die Garben und harketen die Stelle, worauf die Stiege gestanden, nicht gehörig rein, vorgehend, daß solches für sie im Urbario als eine Schuldigkeit nicht bestimmt sei"(37), über die Methode der Knechte, "vorsätzlich den Weg vor die Scheuentür zu verfahren, um ein Aufhalten und Zögern der Arbeit zu verursachen"(38) usw. Offensichtlich wirkten solche Widerstandsformen nicht nur direkt ökonomisch, sondern auch kulturell verbindend. Die Untertanen bekundeten damit als Maxime ihres eigensinnigen und widerständigen Handelns, daß sie sich "von ihren schuldigen praestandis auf alle Weise loszuwickeln euserst bestreben".(39)

Diese Beispiele für gezielte Unterleistung und Fronlässigkeit, die aus einer einzigen Herrschaft stammen, sich mühelos vermehren lassen und für andere Gutsherrschaften in erstaunlich übereinstimmender Form nachweisbar sind, gleichen einem Maßnahmekatalog zur Stiftung herrschaftlichen Schadens bzw. zur Schonung der Ressour-

30 Ebenda, Nr. 887 (Prignitz, saldernsche Herrschaft).

31 Ebenda, Nr. 6006 (Prot. v. 5. 6. 1684).

32 Ebenda, Nr. 6003 (um 1745).

33 Ebenda, Nr. 1386.

34 Ebenda, Nr. 1070.

35 Ebenda, Nr. 1386.

36 Ebenda, Nr. 3382.

37 Ebenda, Nr. 1070.

38 Ebenda, Nr. 1386.

39 Ebenda, Nr. 6003 (Verhandlungskonzept v. 20. 11. 1741).

cen auf dem Bauernhof. So sahen es auch die Zeitgenossen, in diesem Fall der Aufseher der betroffenen Herrschaft, der (möglicherweise die Schwierigkeit seiner Situation bewußt übertreibend, mit Sicherheit aber die Tendenz genau erfassend) einen solchen förmlichen Katalog zu Papier brachte und überschrieb: "Täglicher Rapport des betriebenen Unfugs, bewiesenen Widerspenstigkeit und außerordentlichen Faulheit derer Untertanen in den zu verrichtenden Erntehofdienst" vom Jahre 1787.(40) Der eskalierende Alltagswiderstand war in den 90er Jahren in Gutsherrschaftsgebieten eine Massenerscheinung geworden. Allenthalben ertönte die Klage, "wie es nunmehr mit den Spannhofdienern so weit gekommen, daß damit fast gar nichts ordentliches beschafft werden könne".(41)

Gezielte Unterleistung und Fronlässigkeit im Herrendienst fanden ihre Entsprechung in den betriebswirtschaftlichen Heimlichkeiten auf dem Bauernhof. Für Aug' und Ohr der Herrschaft nicht gedacht, vollzog sich, sobald die Umstände es zuließen, das ständige Bemühen um eigensinnig erweiterte ökonomische Freiräume: Ausnutzen günstiger Preisbewegungen, Verkauf von Vieh, Holz und Gartenprodukten, Lohnfahren, Holzschlagen und andere Formen von Lohnarbeit, verwandtschaftliche Hilfeleistung usw. Möglichst ohne herrschaftliches Wissen die Marktquote zu erhöhen und den Überschuß "auf die hohe Kante zu legen" war das Ziel. Diese Aktivität des Bauern, die bei "tüchtigen Wirten" selten (wohl nur in Zeiten kriegerischer Bedrückung) erlahmte, war den Grundherren wohl bekannt: In guten Zeiten, so die uckermärkische Ritterschaft 1740 zusammenfassend, "samlet er für sich".(42)

Eine örtliche Rebellion erreichte im Regelfall nicht, was eine kluge Strategie zur ökonomischen Selbstbefreiung bewirken konnte. Der "fleißige", bei der Herrschaft als "guter Wirt" geltende Bauer, der im stillen Reserven für den Erwerb von Grundbesitz anlegte und realisierte, war im bäuerlichen Bemühen um Selbstbehauptung (besonders in Gutsherrschaftsgebieten im 18. Jh.) erfolgreicher als manche revoltierende Kämpfernatur. Unser Respekt gilt wohl eher dem gegen feudalherrliche Willkür mutig aufbegehrenden Bauern, aber warum sollten wir sie nicht auch für den weniger heldisch agierenden bäuerlichen Hofbesitzer reservieren, der (klug bis raffiniert) mit ökonomischen Mitteln für den Bestand seines Betriebes und seiner Familie agierte? Es liegt nichts Ehrenrühriges in ökonomischer Motivation(43) - warum sollten wir die Bauern in diesem Punkt mit kritischeren Maßstäben messen als die Feudalität und den Staat?

Die alltagswiderständigen und eigensinnigen Abwehr-Varianten können als Gegenbeweis für die widersinnige Auffassung gelten, Stumpf- und Starrsinn sei grundlegende bäuerliche Eigenschaft gewesen. Wann immer es darauf ankam, sicherten die Bauern - stets im wohlverstandenen Eigeninteresse - mit geeigneten Mitteln die unverzichtbare Geschlossenheit ihre Gemeindereihen, wählten genau zwischen geeigneten Lösungsvarianten, nutzten jeden Herrschaftswechsel und jeden Zwist innerhalb der Feudalität, wiesen die harmlosesten herrschaftlichen Zugriffe zurück (wenn diese möglicherweise nachteiliges Gewohnheitsrecht hätten stiften können), beriefen sich (wenn es paßte) auf "uralte Rechte" oder (wenn es sich mit Vorteil machen ließ) auf bessere Verhältnisse in den Nachbardörfern, verzögerten (wenn es zweckmäßig war) behördliche Entscheidungen, setzten ihre Herrschaft vorzugsweise unmittelbar vor oder während der Ernte unter Druck, gaben sich (bei wachsender lokaler Bedrückung) dem Landesherrn als durch ihre Herrschaft leistungsunfähig gemacht aus,

40 Ebenda.

41 Ebenda, Nr. 3389. - Siehe auch Bentzien, Ulrich, Bauernarbeit im Feudalismus, Berlin 1980, S. 203 ff.

42 Zit. nach Enders, Lieselott, Bauern und Feudalherrschaft ..., S. 253.

43 Vgl. Blickle, Peter, Auf dem Wege zu einem Modell der bäuerlichen Rebellion, in: Aufbruch und Empörung? Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, hg. v. Peter Blickle, München 1980, S. 296; Schulze, Winfried, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft ..., S. 29, 87.

beschworen das Bild ihres erzwungenen Abzugs "am Bettelstab", beriefen sich auf ihre moralische Widerstandspflicht gegenüber künftigen Generationen usw. Wie ihre Lebens- und Betriebsweise, so sahen sie auch ihre Abwehr von feudalherrlichen Zumutungen als die Sache einer langen Abfolge von Generationen an. Wie im Arbeiten, so waren sie auch in Abwehr und Widerstand ausdauernd und lernfähig.

Vieles, was der Nachwelt widersprüchlich im bäuerlichen Verhalten schien, wird bei näherem Hinsehen als Variante im Abwehrverhalten erklärbar. Vom alltagshistorischen Zugang absehend, wenden wir uns darum einigen scheinbaren Widersprüchen im Bauernverhalten zu.

6. Verhaltensweisen I: Aktion und Devotion, Mut und Kniefall, Berechnung und Naivität

Prägten die bäuerlichen Verhältnisse das bäuerliche Verhalten soweit, daß bestimmte sozialstrukturelle Verhältnisse durch adäquate Mentalitäten abgebildet wurden? Folgt man dem zeitgenössischen Beobachter und Populärphilosophen Christian Garve, so bestanden in der Tat solche kausalen Beziehungen, so etwa zwischen einer besonders strukturierten sozialökonomischen Region (und entsprechender Herrschaftspolitik) einerseits und "erzwungener Faulheit" und "sclavischem Charakter" der Bauern andererseits - so wie diese bei anderen Voraussetzungen wiederum "Fleiß" und "beweglichen Geist" aufwiesen.(44) Ist Garve hier selbst zum Opfer jener (aufklärerischen) Blickverengung geworden, wonach bäuerliches Selbstbewußtsein (und mit ihm die Resistenzbereitschaft) in Gebieten extremer Gutsherrschaft verkümmerte? Wir meinen, die Annahme einer speziell ost- bzw. westelbischen bäuerlichen Abwehrkultur greift zu kurz. Die Mittel bäuerlicher Selbstbehauptung wiesen eine weithin übereinstimmende Grundstruktur auf, sie wurden allerdings, je nach Geschichte und Gegebenheiten, unterschiedlich optimiert.(45)

Devot, sklavisch und scheinbar dumm - das alles sind überkommene, sehr subjektive Wertungen, die das Erscheinungsbild nach seinem möglichen funktionalen Sinn nicht befragen und den Grad der Verinnerlichung solcher Erscheinungen nicht erfassen. "Der dumme Bauer"(46) - diese intellektualisierte Fremdbewertung stellt wohl eine der hochmütigsten Irrtümer herrschaftlicher Denkweise dar, die die hohen Ansprüche an eine funktionierende Bauernwirtschaft völlig vergaß und so auch das "Mißtrauen der Bauern gegenüber Zumutungen von außen" immer wieder nährte.(47)

Eine Variante dieses Irrtums ist die Auffassung, der Bauer sei von naiven Illusionen über Staat und Landesherrn gelehrt gewesen - so auch die Meinung mancher Historiker in der ehemaligen DDR. Befragt man die Quellen genauer, so erweisen sich Naivität und Unwissenheit in aller Regel als vorgetäushtes Verhalten und damit als Mittel der eigensinnigen Abwehr oder bewußten Auseinandersetzung. Vorausgesetzt, der ehrenhafte Name blieb in der Dorfgemeinschaft erhalten, kostete es einen glücklos-widerständigen Bauern nur etwas Überwindung, sich vor der Obrigkeit unwissend

44 Garve, Christian, Über den Charakter der Bauern und ihr Verhältnis gegen die Gutsherrn und gegen die Regierung, Breslau 1796, S. 29 ff.

45 Vgl. Harnisch, Hartmut, Landgemeinde, feudalherrlich-bäuerliche Klassenkämpfe und Agrarverfassung im Spätfeudalismus, in: ZfG, 10/1978, S. 887 - 897; Wunder, Heide, Bauern und bäuerlicher Widerstand in der ostelbischen Gutsherrschaft 1650 - 1790, in: SOWI. Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, 4/1983, S. 231 - 237.

46 Siehe dieselbe, Der dumme und der schlaue Bauer, in: Mentalität und Alltag im Spätmittelalter, hg. v. Cord Mackseper u. Elisabeth Schraut, Göttingen 1985, S. 34 - 52.

47 Ebenda, S. 39.

und verführt zu geben, um so eine erträgliche Strafe, einen stillen Rückzug und einen auf die Zukunft verschobenen neuen Versuch zu ermöglichen. Der Bauer Andreas Fuhrmann aus Klausdorf, 1757 angeklagt, führte seinen "Ungehorsam" darauf zurück, daß "er es nicht besser verstanden", als er zuvor aufs Amt gefordert worden war, "aber aus Tumheit nicht erschienen" und überhaupt von irgendwelchen Leuten "berufen und verleitet" worden war.(48)

Fuhrmanns Auftritt steht für unendlich viele solcher Verhaltensweisen angeklagter Bauern. Ihre vorgeführte Devotion kann und darf nicht an den abstrakten Maßstäben "aufrechten Ganges" gemessen werden. Man kann sich gut vorstellen, wie (am Ende doch ergebnisreiche) Schläue, als Dummheit getarnt, anschließend im Dorfkrug gemeinschaftlich belacht wurde, so etwa der offensichtlich beabsichtigte Gewinn eines dienstfreien Tages durch die Bauern des ganzen Dorfes Legde, die 1724 unverlangt vor Gericht erschienen, obwohl dort "niemanden wißendt ist, daß solche dazu bestellt worden".(49)

"Aufrechten Ganges" ins Messer des Gegners zu laufen war für die von vornherein benachteiligten Bauern ebenso sinnlos wie eine Bauernhochzeit, der nicht die nüchterne Kalkulation ihrer wirtschaftlichen Zukunftschancen vorangegangen war. "Im Prinzip" hielten doch die Herren - vom Kaiser bis hinunter zur eigenen Herrschaft am Ort - gegen die Bauern zusammen. Deren größte Chance bildeten deshalb die konkurrierenden herrschaftlichen Interessenlagen. In ihrem unmittelbaren Umfeld erlebten die Bauern fast täglich Herrschaftsstreit, Nutzungs- und Grenzstreit zumal, der heftigste Formen annehmen konnte. Warum sollte es "weiter oben" anders sein? Die Möglichkeit, bei der eigenen Herrschaft Hilfe gegen die bedrängende Nachbarschaft zu suchen, beim Landesherrn gegen die lokalen Adligen Beschwerde zu führen oder gar beim Kaiser gegen König und Kurfürst(50), war gewichtiger bäuerlicher Erfahrungswert, vielleicht der wertvollste Schatz überlieferten Wissens vom Umgang der Vorfahren mit den Herren überhaupt. Das folgende Beispiel aus Groß Lüben steht für viele andere.

"Schultze und gemeine Paur" beschwerten sich 1574 beim Kurfürsten über ihren Herrn Matthias von Saldern, weil er ihnen Acker, Hölzung und Wiesen genommen habe.(51) Sie meinten, "das s. g. von Godt darumb nicht zur obrigkeit gesetzt und unterdanen hette, das s. g. dieselbe biß auf die graden außziehen", bis sie dem Landesherrn weder Pächte, Dienste noch Schöße zu leisten imstande seien. Freilich sei der Junker selbst "wol entschuldiget, allein das s. g. derselben diener zuviel trawen und dadurch die lenge des Ampts unterthanen zu bettlern machen werden". Es sei vorauszusehen, daß sie, die Untertanen, den "Bettelstab" würden ergreifen und "betrüben Hertzens davonwandern" müßten. Im Verlaufe der Auseinandersetzung, bei der Matthias seine Untertanen "stocken und blocken" ließ, wären diese "ganz ufrührisch: zusammen gelaufen", hätten "die glocken geschlagen" und sich "gesamlet". Der Kurfürst zeigte Verständnis für die Groß Lübener Forderungen. Darum wurde ihnen auch das Urteil des Brandenburger Schöppenstuhls erlassen, wonach sie "mit abhaung der fordern zweien gliedt an beiden fingern, domit sie geschworen", bestraft werden sollten. Am Ende hatte es den Groß Lübenern aber doch nichts genutzt, daß sie "semptlichen nach Perlin gelaufen" waren. Sie mußten Abbitte leisten und erklärten dazu, sie seien durch "etzliche leichtfertige leute ... gereizt und verführet worden" und würden nun "allen schuldigen gehorsam und zu rechter Zeit ihre Dienste leisten".

48 StAP, Pr. Br. Rep. 2 Amt Zossen, D. 21582.

49 StAP, Pr. Br. Rep. 37 Buckow, Nr. 413 (Gemeinde Legde, 22. 11. 1765).

50 Zur Effektivität bäuerlicher Appelle an das Reichskammergericht: Press, Volker, Von den Bauernrevolten des 16. zur konstitutionellen Verfassung des 19. Jahrhunderts, in: Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich, hg. v. Hermann Weber, Wiesbaden 1980, S. 85 - 112.

51 StAP, PW, Nr. 1169.

Der Ablauf dieser Auseinandersetzung trug viele typische Züge: die Dienste als Konfliktstoff, die auf Herrschaftsspaltung zielende Argumentation der Bauern, die Niederlage des offenen "Aufbruchs", der devote Kniefall, die fließenden Grenzen zwischen alltäglichen und außerordentlichen Formen von Abwehr und Widerstand.

Nicht nur aus rituellen, sondern auch aus Gründen künftig größerer Erfolgsaussichten bildeten devote Abbitten und Besserungs-Versprechen einen Verhaltenszwang im Umgang mit der Obrigkeit. Besonders galt das natürlich für den Landesherrn. Wahrscheinlich blieb eine selbstberuhigende bäuerliche Überlieferung vom guten Landesherrscher immer lebendig, und vielleicht ließ man sich auch einmal zu verzweifelter Selbsttäuschung über ihn hinreißen, grundsätzlich aber war der Appell an die politische Spitze gut kalkuliert und schon deshalb nicht naiv, weil er im Interesse der Appellanten strittige Punkte zumindest zeitweilig offenhielt, wenn er nicht gar eine Entscheidung zugunsten der Bauern bewirkte. Wie pragmatisch und genau kalkuliert der Groß Lübener "Monarchismus" in Wirklichkeit war, zeigt der weitere Verlauf der Auseinandersetzung in diesem westprignitzischen Ort.

Die Kinder der Beschwerdeführer von 1574, die den Ausgang des Kampfes ihrer Väter natürlich gut kannten, klagten 1610 beim neuen Herrn von Saldern (Burchard) über Eindrang in ihre Hütung durch den Vogt Voß.⁵² Dieser ließe sein eigenes zu Lasten des bäuerlichen Viehs auf den besten Weiden grasen, "auf daß unsere Pferde, wann sie im hofedienst abgemergelt, ja nichts kriegen mügen" und auf daß "alo der Voß sein Balg wol spicket und ein hundert gulden übers ander zusammen schleppet", damit er "seiner fücksichen art nach" zum Schaden der Herrschaft sich bereichern und "sich behende streichen und gegen E. E. g. gletten kan". In der Mühle zum Beispiel würden Schweine des Vogts "auß und eingehen", welche "das gute Korn und den Dust (Mehlstaub) kriegen, dagegen E. E. g. Schweine wol kaum das Steinmehl bekommen". Angeblich würden des Vogts und der Herrschaft Vieh weniger Schaden als das Bauernvieh anrichten, was schwer verständlich sei: "Ob etwa dieselbige vernünftiger sein dann unser Viehe, daß unser nur alle Schaden darin tue?" Hoffentlich werde der Herr von Saldern bald zurückkehren, damit "dem Fuchse wird mit der Zeit samt seinen Burßgesellen ein wenigk besser in die Charte gesehen". Wir könnten dann, so schließen die Bauern, die herrschaftlichen "hofedienste desto besser warten und tun".

Die Beschwerde - natürlich mit der Feder eines Gebildeten aufgesetzt, aber in der Diktion das Resultat gemeindlichen Ratschlags - brachte kein Resultat (was die Bauern auch kaum erwartet haben dürften), aber der Weg zum Kurfürsten war nun frei. An ihn ging die nächste Klage und von ihm kam dann die Aufforderung an Burchard, die "uralten Rechte" der Bauern zu respektieren und zum Verhör vor dem Kammergericht in Berlin zu erscheinen. Nun stand die Herrschaft in der Schußlinie. Der Landesherr berief eine Untersuchungskommission, und die "wieder aufrührisch" gewordenen Bauern erzwangen immer neue Kommissionen in für sie günstigen Zusammensetzungen, während nach Burchards Meinung, es "keiner Commission mehr nötig" wäre. In dem nun immer grundsätzlicher werdenden Streit um Hofdienste und Nutzungsrechte mußte sich der Herr von Saldern auf der Plattenburg mit langen Berichten und Stellungnahmen abmühen und zu verschiedenen Verhören einfinden - alles erzwungen durch "meine mutwilligen Untertanen zu Großen Lüben". Friedlich-alltägliche und gewaltsam-außergewöhnliche Streitmittel lösten einander ab. Es kam erneut zu Tätlichkeiten, Gefangennahme von Bauern, Bedrohung von Vögten, erneut wurden die Sturmglocken gezogen, und wieder suchte Burchard "gewaldt mit gewaldt zu steuern". Der Kurfürst ermahnte den Herrn auf der Plattenburg zur Mäßigung, zum Abwarten von Kommissionsentscheidungen und zum Freilassen gefangengesetzter Bauern. Als der Dreißigjährige Krieg begann, war im Grunde noch nichts entschieden. Der bäuerliche Widerstandswille war noch ungebrochen, und erst der Krieg mit all seinem Elend veränderte von Grund auf die Chancen der Groß Lübener.

52 Ebenda, Nr. 1173.

Auch in dieser zweiten Phase unseres Groß Lübener Beispiels sind viele charakteristische Züge im bäuerlichen Widerstandsverhalten erkennbar: die Hartnäckigkeit und das Nicht-Aufgeben, auch über Generationen hinweg; die stets am Anfang stehende Methode, die Schuld der Herrschaft den Werkzeugen der Herrschaft anzulasten; das Ausnutzen von Gegensätzen zwischen eigener Herrschaft und Landesherrn; die Devotion nach Vorschrift, egal welcher Herrschaft gegenüber, die aber nichts an den Zielvorstellungen ändert; die Hinnahme einer Niederlage und der bildliche Vollzug des Kniefalls, jedoch ohne den Durchsetzungswillen aufzugeben; der kalkulierte und zweckgerichtete Einsatz von Geld und Verbündeten (Kommissionen, Advokaten); die zur Alltäglichkeit gewordene Beschwerde, Kommission und Verhandlung; der fortlaufende Wechsel von Formen der Auseinandersetzung. Naivität war hier nicht einmal als Randerscheinung im Spiele, der Appell an den Landesherrn nichts als Mittel zum Zweck, die Abbitte verkraftbar und im Grunde bedeutungslos: Sobald die Aussichten besser geworden waren, setzte man, wie schon die Vorfahren, dort an, wo man hatte aufhören müssen.

In den 90er Jahren des 17. Jh. war es wieder so weit. Die Groß Lübener nahmen den Streit um Hütungs- und Holzungsrechte wieder auf. Im Entscheid des Kammergerichts mußten sie zwar "die wieder ihre Obrigkeit bisher gebrauchte Widerständigkeit und anzüglichkeiten gerichtlich abbitten", aber in der Sache hatten sie erreicht, was sie wollten: Im Hütungsstreit stellte sich die Kammer auf ihre Seite.(53)

Auf diese dritte Etappe folgte schon Anfang des 18. Jh. eine vierte: Es ging diesmal auch um Dienste, lange Reisen und Baufahren.(54) Beim Mühlenbau, so klagte der Pächter, könnten die Zimmerleute "mit den Lübenschen wegen ihrer Widersetzlichkeit nirgends kommen", der lübische Lehnschulze verweigere die Fuhren, "weil der Legdische auch sehr wieder die schwere Fuhre protestirte", und im alten Hütungs- und Holzungsstreit wollten die Groß Lübener "nun von neuem handeln". Im "Ort Holtz, wo die Großen Lübenschen zugefahren", ginge es gefährlich zu. Er befürchte, so der Pächter, dort "sich todt oder lahm schlagen zu lassen".(55) Auch die nächstfolgende Generation griff die strittigen Punkte wieder auf, im Sinne ihrer Vorfahren und mit deren Erfahrungen ausgerüstet. Dieses eine Dorf steht für viele, deren Bewohner Aktion und Devotion hartnäckig im Abwehrhandeln für ihre Zwecke einzusetzen wußten.

Zwischen Devotion und Aktion bestand kein prinzipieller Unterschied, erstere war unter bestimmten Bedingungen notwendige Form der letzteren. Mut und Kniefall, Ehrgefühl und Abbitte vertrugen sich offenbar ganz gut miteinander – wenn nur das Ziel weiter im Visier blieb. Auf Bekundungen im Widerstand, alle stünden "für einen Mann", und man wolle "weder weichen noch wanken", folgten deshalb nicht selten reuevolle Abbitten, auf aufgeblasene Drohworte klägliche Rückzüge. Der Preis der Kniefälligkeit war ihnen jedoch nicht zu hoch, wenn am Ende vielleicht doch das Höchste, die Lebensweise in ihrer bis dahin gültigen wirtschaftlichen und sozialen Reproduktion, als Chance oder Realität erhalten blieb.

7. Verhaltensweisen II: Kalkulation und Planlosigkeit, Regionalität und "Lokalborniertheit"

Bäuerliche Selbstzeugnisse für das Durchschauen von Gegenstrategien, Sich-Verständigen, Kalkulieren und Taktieren (über das geheim geplante Vorgehen also) haben Seltenheitswert. Man bleibt auf Beweisstücke etwa der Art angewiesen, daß Bauern einen ihrer Genossen daran hindern, sich vor der Obrigkeit zu allzu despektierlichen

53 Ebenda, Nr. 1196 (12. 9. 1694).

54 StAP, Pr. Br. Rep. 4 A Sentenzenbücher, Nr. 228, Bl. 9 f. (26. 1. 1700); Nr. 239, Bl. 114 (19. 10. 1705); Nr. 265, Bl. 98 (19. 6. 1716); Nr. 271, Bl. 6 f. (16. 1. 1719).

55 StAP, PW, Nr. 1630 (Briefe des Pächters Voß v. 6. 9., 30. 10., 17. 12., 29. 12. 1719).

Reden hinreißen zu lassen und damit ihre wirkliche Meinung preiszugeben.(56) Bäuerliches Abwehrverhalten kennt allerdings nicht nur kühle Kalkulationen. Wie erklärt sich das Neben- und Nacheinander, teils von Kalkulation und Planung, teils auch von Planlosigkeit und aussichtsloser Spontanität, auf das man ja auch auf Schritt und Tritt stößt?

Es ist dies ein kniffliges und zudem wenig beachtetes Problem bäuerlichen Verhaltens. Erklärungen für die genannte Ambivalenz hängen vermutlich mit dem Denken und Handeln in relativ engen räumlichen Grenzen, mit dem bäuerlichen "Regionalismus" zusammen.(57) Jedoch: Kennen wir überhaupt diese Grenzen? Bevor nicht en détail und möglichst flächendeckend der konkrete räumliche Radius bäuerlicher Aktivitäten (ökonomischer, politischer und kultureller Art) untersucht wurde, sollten wir sparsam mit Wertungen über diese angebliche "Begrenztheit" umgehen. Die Antwort ist jedenfalls weder in moralisierenden Anwürfen wegen "Lokalborniertheit" noch im schönenden Freispruch von jeglicher dörflicher Enge im Denken zu suchen.

Fest steht, daß die Bauern im engeren Herrschaftsbereich bestens Bescheid wußten und vor allem hier konfliktfähig waren. Hier konnten sie die ihrer Wirtschaftsweise angemessenen kleinen Listen am besten (vor allem eben in der Alltags-Abwehr) anwenden. Fest steht aber auch, daß sich Bauern entschieden handlungsfähiger als meist vermutet erwiesen, wenn durch Politisierung (Anrufung höherer Instanzen) die Konflikte die engeren örtlich-regionalen Grenzen überschritten. Das ist so unerwartet nicht, denn schließlich weiteten in der Frühen Neuzeit viele Umstände die dörflichen Horizonte: die Verknüpfung des Dorfes mit entfernten Märkten durch konjunkturelle Exportphasen, die weiten Fron- und Lohnfahrten, die Verbindungen zur Außenwelt über Kinder und Verwandte in verschiedenen Berufen, über wandernde Gesellen, Spielleute usw. Die Bauern waren, wenn es darauf ankam, imstande, Spezialwissen zu kaufen (Advokaten u. a.) und sich auf die Interessenlagen landesherrlicher Politik einzustellen. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß ihrer Lernfähigkeit in dieser Hinsicht Grenzen gezogen waren: Sie handelten eben doch oft unüberlegt-spontan und voneinander isoliert. Trotz aller Advokatenhilfe wußte man mit der eigenen Herrschaft und den lokalen Rechtstraditionen besser umzugehen als mit den entsprechenden Verhältnissen der "großen Politik". Das ist "natürlich" und gilt nicht nur für Bauern. Für sie kam die relative wirtschaftliche Autarkie der auf "kleine Produktivkraft"(58) gegründeten bäuerlichen Betriebe und der dörflichen Produktionsgemeinschaft hinzu, die in Verbindung mit den lokal und regional oft unterschiedlichen feudalen Abgaben- und Abhängigkeitsverhältnissen immer wieder Interessengegensätze zu anderen bäuerlichen Gemeinschaften reproduzierten und einheitliches Handeln in größeren Räumen erschwerten.

Beispiele für die Praxis solcher Interessenkonflikte lassen sich auch in dem Herrschaftsbereich nachweisen, der uns hier in illustrativer Funktion wiederholt begleitete. Während der ewigen Auseinandersetzung zwischen den Groß Lübenern und dem Herrn auf der Plattenburg in der zweiten Hälfte des 17. Jh. ging "Junker Jacob" zeitweilig auch mit der Gemeinde zu Groß Lüben gegen die zu Abendorf (zur selben Herrschaft gehörig) wegen einiger Schulden an die Kirchenkasse.(59) Und wegen ungleich

56 Siehe Schulze, Winfried, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft ..., S. 102.

57 "Lokalismus" und "Provinzialismus" sind (als mögliche Begriffe für diese Erscheinung) von der Sprachwissenschaft besetzt, "Lokalborniertheit" ist zu moralisierend. "Regionalismus" wäre vorzuziehen. Vgl. Schultz, Helga, Zu Inhalt und Begriff marxistischer Regionalgeschichtsforschung, in: ZfG, 10/1985, S. 875 - 887. - Auch Herrschaftspolitik zielte im Konfliktfalle immer auf eine Regionalisierung des Widerstands. Siehe Ulbrich, Claudia, Der Charakter bäuerlichen Widerstands in vorderösterreichischen Herrschaften, in: Aufstände, Revolten, Prozesse, S. 216.

58 Heitz, Gerhard, Zum Charakter der "zweiten Leibeigenschaft", in: ZfG, 1/1972, S. 39.

59 StAP, PW, Nr. 743.

verteilter Lasten kam es zu so manchem Streit zwischen den Groß Lübenern und ihren Nachbarn. Sie bedienten sich dabei gelegentlich auch symbolischer Zeichen und Aktionen, so als sie 1649 die zur selben Herrschaft gehörenden Leppiner Bauern "mit Trommelschlag, Büchsen und aufgesetzten Hahnen" angingen und wegen strittiger Dienste pfändeten.(60)

Örtliche Bündniskonstellationen konnten rasch wechseln. Darin lag im Zeitverständnis nichts Erstaunliches, denn jedermann kannte die Gegensätze zwischen den Dörfern und Gemeinden. Das gab dem Adel ein gutes Mittel in die Hand, um widerspenstige Bauern zu zähmen: Wenn bäuerlicher Widerstand dort haltmachte, wo andere ererbter bäuerlicher Widerstand anderer Dörfer im einzelnen andere Interessen artikuliert, denn stand die Spaltungsmethode eben beiden Seiten zur Disposition.

Mit der Frage nach dem in den Quellen erkennbaren Nebeneinander von Kalkulation und Planlosigkeit widerständiger Bauern ist eine "Schwäche" der Bauern berührt, über die nicht zu moralisieren ist, weil sie u. a. die Realität kleiner Erfahrungsräume und differenzierender Interessenlagen betrifft. Insgesamt ergibt sich kein eindeutiges Bild des bäuerlichen Verhaltens: Sicherheit in lokaler und regionaler Kalkulation, erhebliche Befähigung, aber am Ende doch Unsicherheit in überlokaler und überregionaler Planung - bei wechselnden Bündniskonstellationen auf allen Ebenen.

8. Verhaltensweisen III: Bäuerlicher Konservatismus?

Bäuerliches Verhalten in der Frühen Neuzeit wird oft nicht nur mit der Elle der "Lokalborniertheit" oder des "naiven Monarchismus" gemessen und abqualifiziert, sondern auch "Konservatismus" wird den Bauern angelastet. Abgesehen von dem an sich schon unhistorischen Verfahren, einen modernen Begriff in die Verhaltensgeschichte des Feudalismus einzubringen, gilt auch hier: "Konservatives" Verhalten wird - ähnlich wie die Devotion in der Supplik oder der scheinbar naive Appell an den Landesherrn - erst als eine durch die Umstände feudaler Machtstruktur aufgezwungene Form abwehrenden Verhaltens erklärbar. Der Bauernwunsch nach der Wiederholbarkeit gesicherter Lebens- und Reproduktionsbedingungen - denn das meint dem Wesen nach "Konservatismus" - ist im höchsten Grade "natürlich" und verständlich: Die Welt war doch voll von unberechenbaren Zufällen und Ereignissen - Hitze und Frost, Überschwemmung und Dürre, unerklärliches Sterben von Mensch und Vieh; dazu die vielen Wechselfälle im Verhältnis zum Nachbarn, zur Gemeinde, zur Herrschaft, schließlich auch die Schwankungen von Preisen und Löhnen. Und bei alledem mußte die verzwickte genossenschaftliche und einzelbetriebliche Arbeitsorganisation funktionsfähig bleiben. Diese komplizierten Arbeits- und Lebensbedingungen begünstigten scheinbar widersprüchliche Verhaltensweisen: teils das Festhalten am Bewährten (und das war eben das "Hergebrachte"), teils das flexible Umgehen mit kurz- und langfristigen Konzepten, die unter wechselnden Bedingungen die jeweils optimalen Möglichkeiten boten, um eine stabile Lebensweise zu sichern.

"Konservativer Eigensinn" prägte bäuerliches Verhalten besonders in den Abwehrphasen wachsenden Refeudalisierungsdrucks in der Frühen Neuzeit. Solche Phasen machten die bäuerliche Gleichsetzung von "alt" und "gut" zu einem normativen, fast stereotypen Verhalten, die Angst vor Veränderung - weil diese, herrschaftlich initiiert, immer wieder in "falsche" Richtung führte - zu einer Oberangst. In solchen Zeiten war bäuerliches Verhalten zuerst und vor allem **A b w e h r** - von neuen und andersartigen Zugriffen und Zumutungen. Das Alte und Hergebrachte genoß folglich einen für uns kaum vorstellbaren Eigenwert im bäuerlichen Denken. Historisch Legitimiertes hatte in schriftarmer Zeit ohnehin hohen Rang. Das verlieh den "histori-

schen" Argumenten der Bauern besonderes Pathos und stärkte ihr moralisches Pflichtgefühl gegenüber künftigen Generationen. In dem uns bekannten Streit der Groß-Lübener mit den Saldern betonten die Bauern, daß sie unmöglich so verantwortungslos vor der Zukunft handeln könnten, daß sie jetzt (um 1553) herrschaftlichen "Eindrang" hinnähmen: Wir würden sonst "in unsern gruben von Inen (den Nachfahren - J. P.) bose nachrede haben".(61)

Bei den gegebenen engen ökonomischen Spielräumen eines bäuerlichen Betriebes lag dem "konservativen" Verhalten ein einfaches Prinzip zugrunde: Neuerungen konnten nur akzeptiert und übernommen werden, wenn anderswo der Nachweis ihrer Vorteilhaftigkeit wirklich erbracht worden war. Das elementare Bedürfnis nach Sicherheit durch Erfahrung(62) wie auch das ebenso elementare Mißtrauen gegenüber der Herrschaft mußten bäuerliches Verhalten stark prägen. Natürlich konnte sich das Bedürfnis nach wiederholbarer Sicherheit und sicherer Wiederholbarkeit zu Denkweisen verfestigen, die bei Zeitgenossen (und Historikern) den Eindruck erweckten, Bauern seien schon vom Charakter her mißtrauisch, fortschrittsfeindlich und empfänglich für Herrschaftsideologie.(63) Die Applikation von Begriffen aus dem politischen Leben des 19. Jh. auf den Feudalismus ist jedoch nur geeignet, Verwirrung zu stiften.(64)

Für den Feudalismus gilt: Bauern waren fähig, ihre Arbeits- und Lebensweisen den sich ändernden Bedingungen anzupassen (bei gewonnener Sicherheit über wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit), sie waren in diesem Sinne "ausgesprochen handlungsorientiert".(65)

Da sich die hier berührten Verhaltensweisen eigensinniger und widerständiger Bauern besonders in den konkreten Vorgängen des regionalen Materials zu erschließen pflegen, scheint mir eine "neue Zusammenfassung" zur Widerstandsproblematik nur dann sinnvoll, wenn gerade unter mikro-sozialem und örtlich-regionalem Blickwinkel weitere Quellen befragt und verglichen werden.(66) Und "weiterkommen" werden wir

61 Ebenda, Nr. 1168.

62 Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd. 1, Berlin 1980, S. 214 ff.

63 Siehe das scharfe Urteil von Engels, Friedrich, Der Status quo in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 4, S. 48, wonach er (1847) die Bauern für "aller historischen Initiative durchaus unfähig" (wengleich für mutig) hielt.
- Mit Hilfe ethnographischer Beobachtungen in Entwicklungsländern hat Georg Elwert die nach wie vor vertretene "Traditionalismushypothese" als Scheintheorie qualifiziert, die aus oberflächlicher Beobachtung eine innovationsfeindliche bäuerliche Mentalität unterstellt, wo Erfahrung und Einsicht ausschlaggebend sind.(Elwert, Georg, Der entwicklungssoziologische Mythos vom Traditionalismus, in: Soziokulturelle Implikationen technologischer Wandlungsprozesse, hg. v. Dieter Goetze u. Heribert Weiland, Saarbrücken 1983, S. 29 - 55.

64 Sich "den Werktätigen" verpflichtet fühlende Historiker hatten wiederholt Schwierigkeiten im Umgang mit dem "Konservatismus" der Bauern: Gutnova, E. V., Hauptetappen und -typen des Kampfes der westeuropäischen Bauernschaft gegen die Feudalordnung in der Periode des vollentfalteten Feudalismus. 11. bis 15. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 4, 1980, S. 58; Münch, Ernst, Agrarverfassung, bäuerliche Klassenstruktur und bäuerlicher Widerstand im entwickelten Feudalismus, in: ZfG, 10/1983, S. 915.

65 Wunder, Heide, Der dumme und der schlaue Bauer, S. 44.

66 Vgl. Heitz, Gerhard, Bäuerliche Klassenkämpfe im Spätfeudalismus, S. 219. - An anderer Stelle plädiert Heitz sehr eindringlich für verstärkte regionalgeschichtliche Untersuchungen, jedoch "ohne in lokale Borniertheit zu verfallen". Siehe Heitz, Gerhard, Einleitung zu "Quellen zum bäuerlichen Klassenkampf in Sachsen

wohl auch erst dann, wenn wir bäuerliches Denken und Verhalten, "bäuerliches Bewußtsein" nicht ideologisch, sondern historisch messen. Die Schwierigkeit für viele DDR-Historiker bestand beim Umgang mit den "Widersprüchen" im Denken und Verhalten der Bauern als "Werkstätige" doch darin, daß die Bauern einerseits in eben dieser Eigenschaft als "Volk" irgendwie "fortschrittlich" sein mußten, andererseits aber "ein hohes wissenschaftliches Bewußtsein" nur für das Proletariat reserviert war und deshalb ein "niedriges, nur alltägliches" den Bauern unterstellt wurde. Jedoch kennt j e d e s Abwehr-Verhalten, von dem nie mehr als der adäquate Ausdruck seiner eigenen Bedingungen erwartet werden kann, auch wenig reflektierende Formen. Die oft diskutierte Frage, "wo bäuerliches Klassenbewußtsein beginnt", erledigt sich eigentlich mit dem ideologischen Maßstab solcher Fragestellung - und vielleicht auch mit der Besinnung auf die alltagshistorischen Zugänge zur bäuerlichen Abwehr-Kultur.

Mit dem Begriff "Junker" sind Grundbesitzer in der marxistischen Geschichtswissenschaft über das 17. und 18. Jh. verbunden. Das betrifft die Aussage von Karl Marx, erwerblich bourgeois - Junker nach 1806 und andere Modifizierungen bis zum Übergang zum Imperialismus, wie auch die Charakterisierung des deutschen Imperialismus ab 1917 als junkerlich-bourgeois. Um so überraschender ist es wohl, daß der Begriff "Junker" von der Geschichtswissenschaft in der DDR historisch ungenutzt verblieben ist.

Manchmal wird auch mit dem Begriff "Junker" bürgerliche Personen, später dann alle Arbeiter der allg. Landbevölkerung bezeichnet worden. Im 12. Jh. wandelte sich der Begriff allmählich. Zunächst als politisches Schlagwort zur Bezeichnung des Großgrundbesitzes von Adligen in der nach beginnender Arbeiterbewegung im Komitat. "Kleinjunkler" mit negativem Begegnungswert verwendet, wurde der Begriff immer mehr zu einem Schlüssel in Politik und Ökonomie. Die Deutung der Begriffe "Junker" geht wesentlich auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück. Heide Klumppen über das Junkertum hat Reinhold Zich in einem 1991 erschienenen Aufsatz analysiert (1). Er kam zu dem Ergebnis, daß es in den Werken von Marx und Engels wohl drei Definitionen und Ansätze, aber keine geschlossene Definition gibt (2). Dazu kommt, daß die Kategorie "Junker" in dem von Marx und Engels unerschrittenen Zeitraum der Beschreibungsphase fehlte, so daß diese Aussagen im historisch-konkreten Zusammenhang gesehen werden müssen und daher auch teilweise widersprüchlich sind. Das ergibt es nicht, diese einzelnen Aussagen als gleichwertige Teile einer Definition anzunehmen zu lassen. Auch bei Lenin gibt es keine Definition des "Junkers". In seinen Werken findet sich der "Junker-Begriff" - was sicher auch der Übersetzung geschuldet ist - nur selten und wenn, dann hauptsächlich zur Charakteristik des russischen Staates als junkerlich-bourgeois (3). Die Prägnanz des Fachwortes "Junker" waren aber Lenins Ausführungen zu den möglichen Wegen der kapitalistischen Spätereentwicklung bedeutsam. Ein Kriterium des "preußischen Weges" war für Lenin, daß die feudale Höhe-Gutbesitzerwirtschaft langsam in eine Junkerwirtschaft gegenüberwuchs (3) in der Annahme, daß der Inhaber der feudalen Gutswirtschaft aus dem Adel kommt, wurde der "Junker" in der marxistischen Geschichtswissenschaft als kontrastreich wirtschaftende, bürgerl. Großgrundbesitzer verstanden.

Belegt man zeitgenössische Nachschlagewerke, so erhält man im wesentlichen zwei Antworten. Zum einen werden die "Junker" - wie z. B. im "Landlexikon" von 1912 - als Begriff der Politik, eine von den Lützen gebrauchte Bezeichnung für allg. Ver-

1 Vgl. Zich, Reinhold, "Junker" als historische Kategorie bei Karl Marx und Friedrich Engels. Im Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 12/1991, S. 1149 - 1147.

in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus (1525 - 1790)", in: Wiss. Zeitschrift Universität Rostock (G.), 1/1978, S. 200; vgl. derselbe, Agrarstruktur, bäuerlicher Widerstand, Klassenkampf ..., S. 165.

Zum Begriff des Junkers in der DDR-Literatur der 80er Jahre

von Ilona Buchsteiner

Mit dem Begriff "Junker" sind Grundthesen in der marxistischen Geschichtsschreibung über das 19. und 20. Jh. verbunden. Das betrifft die Aussage vom Klassenkompromiß Bourgeoisie - Junker nach 1866 und seinen Modifizierungen bis zum Übergang zum Imperialismus wie auch die Charakterisierung des deutschen Imperialismus vor 1917 als junkerlich-bourgeois. Um so überraschender ist es wohl, daß der Begriff "Junker" von der Geschichtswissenschaft in der DDR unterschiedlich verwendet wurde.

Ursprünglich waren mit dem Begriff "Junker" jüngere Prinzen, später dann alle Söhne der adligen Landedelleute bezeichnet worden. Im 19. Jh. wandelte sich der Begriffsinhalt. Zunächst als politisches Schlagwort zur Bezeichnung der Großgrundbesitzer von Autoren in der sich herausbildenden Arbeiterbewegung im Kompositum "Krautjunker" mit negativem Begriffsinhalt verwendet, wurde der Begriff immer mehr zu einem Fachwort in Politik und Ökonomie. Die Prägung des Begriffs "Junker" geht wesentlich auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück. Beider Aussagen über das Junkertum hat Reinhold Zilch in einem 1981 erschienenen Aufsatz untersucht.⁽¹⁾ Er kam zu dem Ergebnis, daß es in den Werken von Marx und Engels wichtige Gedanken und Ansätze, aber keine geschlossene Definition gibt.⁽²⁾ Hinzu kommt, daß die Kategorie "Junker" in dem von Marx und Engels untersuchten Zeitraum ihr Erscheinungsbild änderte, so daß diese Aussagen im historisch-konkreten Zusammenhang gesehen werden müssen und daher auch teilweise widersprüchlich sind. Das erlaubt es nicht, diese einzelnen Aussagen als gleichwertige Teile einer Definition zusammenzufassen. Auch bei Lenin gibt es keine Definition des "Junkers". In seinen Werken findet sich der "Junker-Begriff" - was sicher auch der Übersetzung geschuldet ist - nur selten und wenn, dann hauptsächlich zur Charakteristik des deutschen Staates als junkerlich-bourgeois. Für die Prägung des Fachwortes "Junker" waren aber Lenins Ausführungen zu den möglichen Wegen der kapitalistischen Agrarentwicklung bedeutsam. Ein Kriterium des "preußischen Weges" war für Lenin, daß die fröherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüberwächst.⁽³⁾ In der Annahme, daß der Inhaber der fröherrlichen Gutswirtschaft aus dem Adel kommt, wurde der "Junker" in der marxistischen Geschichtsforschung als kapitalistisch wirtschaftender adliger Großgrundbesitzer verstanden.

Befragt man zeitgenössische Nachschlagewerke, so erhält man im wesentlichen zwei Antworten. Zum einen werden die "Junker" - wie z. B. im "Landlexikon" von 1912 - als Begriff der Politik, eine von den Linken gebrauchte Bezeichnung für adlige Ver-

1 Vgl. Zilch, Reinhold, "Junker" als historische Kategorie bei Karl Marx und Friedrich Engels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 12/1981, S. 1140 - 1147.

2 Vgl. ebenda, S. 1146.

3 Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm und die Sozialdemokratie, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 13, S. 236.

treter konservativer Politik definiert.(4) Zum anderen sind die Junker eine Bezeichnung der Adligen in den preußischen Ostprovinzen, so u. a. im "Politisch-wirtschaftlichen Konversationslexikon" von 1911.(5) Interessanterweise ist der "Junker-Begriff" nicht im "Handwörterbuch der Staatswissenschaften", dem bedeutendsten Nachschlagewerk sozialer und volkswirtschaftlicher Begriffe, enthalten. Auch in der Memoirenliteratur des Adels findet sich der Begriff des Junkers sehr selten, und wenn er verwendet wird, dann wird er ohne nähere Erläuterung als eine politische Diffamierung durch die Gegner zurückgewiesen.(6) Demgegenüber ist aber recht interessant, daß es in vielen Memoiren eine nahezu einheitlich ausfallende Beschreibung eines Junkers gibt. Sie ist der von Prinz v. Hohenlohe gegebenen Beschreibung des 1894/95 als preußischer Innenminister tätigen pommerischen Großgrundbesitzers Mathias v. Köllner ähnlich. "Er hatte das Äußere des wohlbeleibten Landjunkers, den man sich besser im Jagdkostüm oder in hohen Stiefeln mit der Reitpeitsche in der Hand, seine Felder inspizierend vorstellen konnte; und was seine Bildung betraf, so dürfte sie nicht weitreichender gewesen sein als die der meisten seiner Standesgenossen, die Offiziere eines flotten Kavallerieregiments gewesen waren."(7)

Die fehlende Definition bei Marx und Engels, ihre z. T. widersprüchlichen Aussagen, die Überlagerung in der Herausbildung von politischem Schlagwort und Fachwort nannte Zilch als Ursachen für den unterschiedlichen Gebrauch des Begriffs "Junker" durch DDR-Historiker.(8) Grob gesehen lassen sich 7 unterschiedliche Verwendungsformen konstatieren.

Die in der DDR-Geschichtswissenschaft zunächst dominierende Auffassung des "Junker-Begriffs" basierte im wesentlichen auf der von Lenin getroffenen Feststellung, daß die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüberwächst, und der "Junker" wurde als der sich mit der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft herausbildende adlige Großgrundbesitzer verstanden. Diese Auffassung wird auch durch Engels' Ausführungen in den Arbeiten "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" und "Die Rolle der Gewalt in der Geschichte" gestützt.(9) Sie liegt den meisten Gesamtdarstellungen zur Geschichte des 19. und des beginnenden 20. Jh. zugrunde.(10) Auch die Definition des Junkers im "Wörterbuch der Geschichte" ging darauf zurück.(11)

Im vierten Band der zwölbändigen "Deutschen Geschichte" gibt es aber schon drei Modifizierungen des "Junker-Begriffs". Mit "Junker" werden erstens nur die ostelbischen adligen Großgrundbesitzer (Helmut Bleiber) bezeichnet.(12) Zweitens wird der "Junker" als Synonym für den ganzen Adel in der kapitalistischen Gesellschaft,

4 Vgl. Landlexikon, hg. v. Konrad zu Putlitz u. Lothar Meyer, Bd. 3, Stuttgart 1912, S. 727.

5 Vgl. Politisch-wirtschaftliches Konversationslexikon, Stuttgart 1911, S. 274.

6 Vgl. dazu u. a. Schwerin-Löwitz, Hans v., Aufsätze und Reden. Aus Anlaß seiner zehnjährigen Präsidentschaft, hg. v. Deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin 1911, S. 274.

7 Hohenlohe, Alexander Prinz v., Aus meinem Leben, Frankfurt (Main) 1925, S. 131.

8 Vgl. Zilch, S. 1141.

9 Vgl. Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 22, S. 504 f.; derselbe, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: MEW, Bd. 21, S. 459 f.

10 Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, hg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1979, S. 216, 225.

11 Vgl. Wörterbuch der Geschichte, A - K, Berlin 1983, S. 538 f.

12 Vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Berlin 1984, S. 228.

zumindest des grundbesitzenden Adels gebraucht (Harald Müller).(13) Drittens werden als "Junker" verbürgerlichte Gutsbesitzer gefaßt, die das wichtigste Resultat des "preußischen Weges" darstellen (Siegfried Schmidt).(14)

In völligem Gegensatz dazu steht die fünfte, von Hans Herz vertretene Auffassung. Für ihn ist der "Junker" nicht ein Ergebnis, sondern ein Anfangsstadium des sich zum agrarkapitalistisch wirtschaftenden Produzenten wandelnden adligen Gutsbesitzers. Er bezeichnet jene Gruppe des Adels, die diesen Transformationsprozeß beginnt, mit "Junker".(15) Nach Walter Schmidt sind die "Junker" offenbar eine Entwicklungsetappe in diesem Wandlungsprozeß. Er ist der Meinung, daß sich die feudalen Adligen als Nutznießer des "preußischen Weges" zu agrarkapitalistisch produzierenden Großgrundbesitzern entwickelten und daß sich dann aber in der ganzen Epoche der bürgerlichen Umwälzung die "Junker" zu Agrarkapitalisten wandeln.(16)

In jüngster Zeit mehrten sich Auffassungen, den Junkerbegriff für alle Großgrundbesitzer, deren Besitz feudalen Ursprungs ist, zu verwenden. Diesen u. a. von Georg Moll(17) und Zilch(18) vertretenen Positionen liegt zum einen zugrunde, daß die Definition auf sozialökonomische Merkmale zurückgeführt werden soll, um sie von subjektiven Kennzeichen wie der Zugehörigkeit zum Adel unabhängig zu machen. Zum anderen wird angeführt, daß mit dem Oktober 1807 der Boden zur Ware geworden war und so die an den Großgrundbesitz gebundenen Privilegien nicht mehr allein dem Adel zugute kamen. Von diesem letzten Aspekt ausgehend, wird auch in der westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung an die Definition des Junkers herangegangen. Hier wird der "Junker" als eine ökonomisch offene, mobile Wirtschaftsklasse von Kapitalbesitzern, Unternehmern und Arbeitgebern verstanden.(19) Aber auch in der bürgerlichen Geschichtsforschung gibt es insgesamt keine einheitliche Auffassung zum Junkerbegriff.

Vor allem in neueren Publikationen wird der Begriff des Junkers wieder enger gefaßt. So verwendet Francis L. Carstens ihn als Bezeichnung für den ostelbischen Adel Preußens, d. h., wie er als Schlagwort vom deutschen Liberalismus im Vorfeld der bürgerlichen Revolution 1848/49 geprägt wurde. Carstens sieht in den Junkern

13 Vgl. ebenda, S. 162.

14 Vgl. ebenda, S. 402.

15 Vgl. Herz, Hans, Zur ökonomisch-sozialen Entwicklung von Adel und Junkertum in Preußen nach der Revolution von 1848/49 bis 1870/71, in: ZfG, 6/1983, S. 525.

16 Vgl. Schmidt, Walter, Zu Problemen der europäischen Revolution von 1848/49. Hegemoniefrage, Typologie, Ergebnisse, in: ZfG, 7/1979, S. 647.

17 Vgl. 6. Tagung der Fachkommission Neuzeit II, Tagungsbericht v. Georg Moll, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 3/1984, S. 61; Moll, Georg, Zur konstitutiven Rolle der bürgerlichen Agrarreformen für die Entwicklung des Junkertums in Deutschland und zur Bestimmung dieser sozialen Kategorie, S. 3 (Ms.).

18 Vgl. Zilch, Reinhold, Die Junker im frühen deutschen Imperialismus - Forschungsprobleme und Ansätze, Vortrag, gehalten am 15. 10. 1981, S. 4 (Ms.).

19 Vgl. dazu u. a. Rosenberg, Hans, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: derselbe, Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt (Main) 1969; Schissler, Hanna, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, in: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler, Bd. 33, Göttingen 1978; Flemming, Jens, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890 - 1925, Bonn 1978.

eine bedeutende soziale Klasse, die ihre politische und soziale Macht zum großen Teil auch im 19. und 20. Jh. zum Nachteil einer bürgerlichen Entwicklung behaupten konnte.(20)

Für Johannes Rogalla von Bieberstein stellt der Junker neben dem Aristokraten den zweiten Sozialtypus des Adligen dar. Er unterscheidet zwischen Junkern und Aristokraten nach ökonomischen Gesichtspunkten. So sei der Junker ein Landadliger mit begrenzten Mitteln und bescheidenem Lebensstil, während der Aristokrat über eine größere Begüterung verfüge, die ihn für hohe Staats- und Hofämter prädestiniere.(21)

Trotz der unterschiedlichen begrifflichen Fixierung des "Junkers" entzündete sich die Diskussion um die sog. Junkerproblematik in der DDR zunächst an der Frage nach der klassenmäßigen Zuordnung der "Junker" in der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere beim Übergang in ihr imperialistisches Stadium. Die Palette der Auffassungen reichte von einer eigenen Klasse der Junker als Rest- oder Nebenklasse(22) über eine Schicht oder soziale Gruppe(23), wobei nicht immer deutlich wurde, ob diese eigenständigen Charakter besitzt oder Teil einer Klasse ist. Wolfgang Küttler hat sich in zwei Aufsätzen damit auseinandergesetzt.(24) Für ihn sind "Junker" hinsichtlich ihrer Stellung im System der Produktionsverhältnisse "eine besondere, kapitalistisch wirtschaftende, aber von der Monopolbourgeoisie ökonomisch, sozial und politisch trotz des bestehenden Klassenblocks deutlich abgrenzbare soziale Gruppe - eine kapitalistisch wirtschaftende Klasse also im Imperialismus, in das bestehende System integriert, diese mitprägend, aber sozialstrukturell nicht identisch mit der Bourgeoisie."(25)

Diese Ansicht liegt auch der in Band 5 der "Deutschen Geschichte" vertretenen These von den zwei herrschenden Klassen im deutschen Imperialismus vor 1917 zugrunde.(26) Gegen diese Auffassung standen zwei Haupteinwände. Der erste bezog sich darauf, daß die Junker wie die Bourgeoisie kapitalistisch seien und trotz noch bestehender, aber nicht grundlegender Unterschiede zur Industriebourgeoisie der Klasse der Bourgeoisie zuzuordnen seien. Der zweite beinhaltet, daß ein Unterschied zwischen Industriebourgeoisie und Junker in der sozialen Stellung der Eigentümer bestehe, der zwar die Produktionsverhältnisse beeinflusse, nicht aber ihren kapitalistischen Charakter in Frage stelle. Damit seien die "Junker" eine soziale Gruppe und keine ökonomische Kategorie.(27)

Voraussetzung für eine klassenmäßige Einordnung aber ist eine eindeutige Bestimmung des Begriffsinhalts des "Junkers". So war die Diskussion an einem Punkt angekommen, wie Jürgen Kuczynski schrieb, an dem man über intelligente Gedanken nicht

20 Crastens, Francis L., Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt (Main) 1988, Vorwort.

21 Rogalla von Bieberstein, Johannes, Adelsherrschaft und Adelskultur in Deutschland, Frankfurt (Main)/Bern/Heidelberg/New York/Paris 1989, S. 219.

22 Vgl. u. a. Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Studien 4, 1871 - 1918, Berlin 1982, S. 115 ff.

23 Vgl. u. a. Berthold, Rudolf, Thünen im Lichte der DDR-Forschung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1984, S. 90.

24 Vgl. Küttler, Wolfgang, Zu den Kriterien einer sozialen Typologie des Junkertums vor 1917, in: ZfG, 8/1979, und derselbe, Nochmals zur Klassenposition des Junkertums während und nach der bürgerlichen Umwälzung, in: ZfG, 3/1985.

25 Küttler, Zu den Kriterien ..., S. 733.

26 Vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897, Berlin 1988, z. B. S. 30, 35 oder 38.

27 Vgl. Berthold, S. 90.

hinauskommt, wenn man nicht weit konkreter in der Forschung wird.(28) Zilch hat die sich in der Junkerdiskussion ergebenden Forschungsfragen zusammengefaßt und davon ausgehend die Hauptaufgaben für die Forschung formuliert.(29) Als eine der zentralen Aufgaben erwies es sich, das sozialökonomische Wesen des Junkertums zu bestimmen. Das beinhaltete, die von ihm getragenen Produktionsverhältnisse und die durch diese ökonomische Position bedingte Stellung in der Gesellschaft zu erhellen.

Das Großgrundeigentum bildete die ökonomische Basis der herrschenden Klasse des Feudalismus, und auf ihm beruhten abgesicherte Privilegien. Die Struktur der die feudale Gesellschaft ablösenden kapitalistischen Gesellschaft wurde entscheidend durch die inneren Beziehungen zwischen dem Zerfall des feudalen Eigentums am Grund und Boden und der Bildung des Industriekapitals in der Übergangsphase von der alten zur neuen Gesellschaftsordnung geprägt.(30) Die auf dem sog. preußischen Weg geschaffenen ökonomischen, politischen und sozialen Fakten boten gute Voraussetzungen für eine Integration des Adels in die kapitalistische Gesellschaft. Dieser Prozeß ist wenig erforscht. Für die Zeit von 1807 bis 1848 liegen mit den Arbeiten von Reinhard Koselleck(31) und Hanna Schissler(32) zwei interessante Untersuchungen zu Transformationsprozessen in der agrarischen Gesellschaft vor. Sie analysieren die durch die gesetzlichen Veränderungen und die gesellschaftliche Entwicklung in diesen Jahren gegebenen Möglichkeiten für eine Integration des Adels. Aber die Frage, wie die Realität dieser Integration aussah, blieb auch hier unbeantwortet. Davon ausgehend ergibt sich für weitere Untersuchungen eine Ausweitung der Fragestellung. Es ist herauszuarbeiten, welche konkreten Auswirkungen die Integration des Adels in die kapitalistische Gesellschaft auf die Klasse selbst hatte. Welches Ausmaß nahmen die ökonomischen Veränderungen im Großgrundbesitz an, wie stand und stellte sich der Adel zur Integration, wie spiegelte sie sich in seinem Selbstverständnis wider, und wie wirkte es auf dieses zurück? Es ist dann zu fragen, wie sich der Integrationsprozeß auf die Heiratsbeziehungen, auf Ausbildung, Berufswahl oder die kulturell-geistige Entwicklung des Adels auswirkte.

Den Kern müssen zunächst Untersuchungen zu den Eigentums- und Besitzverhältnissen im Großgrundbesitz bilden, um das sozialökonomische Wesen der Junker bestimmen zu können. Eine solche Aufgabe wird durch den Tatbestand erschwert, daß eine Eigentumsstatistik des Grundbesitzes erst ab 1937 erhoben wurde. Es muß also nach anderen aussagekräftigen Quellen gesucht werden. Eine solche Quelle bilden die Handbücher oder Adreßbücher des Grundbesitzes, die ab Mitte der 70er Jahre des 19. Jh. herausgegeben wurden.(33) Sie enthalten, in einem jeweils für die einzelnen preußischen Provinzen und für die Gesamtheit jedes weiteren Territorialstaates gesondert herausgegebenen Band, alphabetisch und nach Kreisen bzw. nach Ämtern geordnete Einzelangaben zu den Gütern an einer regional unterschiedlich festgesetzten Hektargröße.(34) Das waren u. a. für die Untersuchung der Eigentums- und Besitzverhältnisse so wichtige Angaben wie die Betriebsgröße, der Name des Eigentümers und wenn der Betrieb verpachtet war - auch des Pächters. Um aus diesen Quellen die Eigentums- und Besitzstruktur zu erschließen, ist eine komplizierte und außerordentlich zeitaufwendige Aufarbeitung notwendig.

28 Vgl. Kuczynski, S. 118.

29 Vgl. Zilch, Die Junker ..., S. 6 ff.

30 Vgl. Soboul, Albert, Bauernfrage und bürgerliche Revolution, in: Bauern und bürgerliche Revolution, hg. v. Manfred Kossok u. Werner Loch, Berlin 1985, S. 63.

31 Vgl. Koselleck, Reinhard, Preußen zwischen Reform und Revolution, 2. Aufl., Stuttgart 1975.

32 Vgl. Schissler.

33 Vgl. dazu Häbich, Theodor, Deutsche Latifundien, Bericht und Mahnung, Berlin 1947, S. 35 - 37.

34 Vgl. ebenda, S. 36.

Solche Analysen wurden für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin und für die Provinz Pommern vorgenommen.⁽³⁵⁾ Die nachfolgend angeführten Ergebnisse sind den Untersuchungen für die Provinz Pommern entnommen, für die vier Handbücher (aus den Jahren 1879, 1893, 1905 und 1910)⁽³⁶⁾ ausgewertet werden konnten, wodurch sich Entwicklungstendenzen und der Besitzwechsel erfassen ließen. Die in den Untersuchungen zum mecklenburgischen Großgrundbesitz gewonnenen Ergebnisse wiesen jedoch ähnliche Tatbestände und Entwicklungsprozesse aus.

Die durch die Analyse der Eigentums- und Besitzverhältnisse wie der politischen Positionen des Großgrundbesitzes in der Provinz Pommern zwischen 1871 und 1914 gewonnenen Ergebnisse bieten die Möglichkeit, die angeführte Diskussion in einigen Punkten zu konkretisieren, ohne jedoch erschöpfend alle Fragen beantworten zu können.

Als Eigentümer landwirtschaftlicher Großbetriebe, d. h. von Betrieben mit mehr als 100 ha Gesamtfläche, traten Angehörige des Adels, der Bourgeoisie und gesellschaftliche Rechtskörper in Erscheinung. Aber nicht alle Eigentümer übten auch die tatsächliche Verfügungsgewalt über ihr Betriebseigentum aus. Eine Reihe von ihnen hatte die Bewirtschaftung der Betriebe oder eines Teils des Betriebseigentums an andere Personen verpachtet. So muß zwischen Eigentums- und Besitzverhältnissen unterschieden werden. Die Kategorie der Besitzer umfaßt damit die ihr Eigentum selbst bewirtschaftenden Eigentümer und die Pächter landwirtschaftlicher Großbetriebe.

Für das Jahr 1879 ergab sich im Großgrundbesitz Pommerns zahlenmäßig eine Dominanz von Eigentümern und Besitzern bürgerlicher Provenienz. Sie weist aus, daß es dem Adel im Prozeß der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft nicht gelungen war, seine gesamte ökonomische Basis zu erhalten und zu transferieren. Er besaß noch 56,1 % der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes. Dieses Ergebnis erfordert, die als ein wesentliches Ergebnis des "preußischen Weges" herausgehobene ökonomische Stärkung der "Junker" zu differenzieren. Die durch den Loskauf der Bauern gegebene Möglichkeit einer Vergrößerung des adligen Bodeneigentums wie auch des Kapitals ist den Kosten für die Umstellung der adligen Gutsbetriebe gegenüberzustellen.

In der Bewirtschaftung der Großbetriebe ergab sich eine eindeutige bürgerliche Dominanz. Im Jahre 1879 bewirtschafteten bürgerliche Großgrundbesitzer 57,1 % der

35 Vgl. Buchsteiner, Andreas, Die sozialökonomische Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe über 100 ha LN und ihre Entwicklung von 1871 bis 1914 in Mecklenburg-Schwerin im Vergleich zum Deutschen Reich, Diplomarbeit Sektion Geschichte, Rostock 1980 Ms.; Münch, Birgit, Soziale und ökonomische Strukturen des Großgrundbesitzes und seine politischen Positionen in Mecklenburg-Schwerin am Vorabend des ersten Weltkrieges, Diplomarbeit, Sektion Geschichte, Rostock 1986 (Ms.); Weigelt, Ines, Die Eigentums- und Besitzstrukturen im Großgrundbesitz Mecklenburg-Schwerin im Jahre 1888, Diplomarbeit, Sektion Geschichte, Rostock 1986 (Ms.); Buchsteiner, Ilona, Zur sozialökonomischen Struktur mecklenburgischer Gutswirtschaften von 1871 bis 1914, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 10/1987; dieselbe, Soziale Struktur, ökonomische Situation und politische Rolle des Großgrundbesitzes zwischen 1871 und 1917 (Eine Untersuchung für die Provinz Pommern), Diss. B, Rostock 1988.

36 General-Adreßbuch der Ritterguts- und Gutsbesitzer im Deutschen Reich, I. Das Königreich Preußen, II. Lieferung: Die Provinz Pommern, Berlin 1879, Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche. Nach amtlichen und amttheutschen Quellen erarb. v. Paul Ellerholz, Dr. E. Kirstein, Dr. Traugott Müller u. Georg Vogler. I. Das Königreich Preußen, II. Lieferung: Provinz Pommern, Berlin 1893; Pommersches Güter-Adreßbuch, Stettin 1905; Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich, unter Mitwirkung der Königlichen Behörden und nach amtlichen Quellen bearbeitet, Provinz Pommern, Berlin 1910.

landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Adel 39,5 %. Die landwirtschaftliche Großproduktion Pommerns wurde also wesentlich von der Bourgeoisie getragen.

Zwischen 1879 und 1910, den durch die Quellen markierten Anfangs- und Endjahren der Untersuchung, veränderten sich die Eigentums- und Besitzverhältnisse des Großgrundbesitzes in Pommern mehrmals. Interessanterweise entwickelten sie sich nicht ständig zugunsten des Bürgertums, sondern in Abhängigkeit von der ökonomischen und politischen Gesamtentwicklung des Deutschen Reiches auch entgegengesetzt.

Nach 1905 zog die Bourgeoisie in hohem Maße Kapital aus der Landwirtschaft ab. Das kam sowohl in einer Abnahme des bürgerlichen Bodeneigentums, der Eigentümerzahl als auch in einer Reduzierung der Pacht von Großbetrieben zum Ausdruck. Der bürgerliche Anteil am pommerschen Großgrundbesitz hatte sich von 54,7 % im Jahre 1879 auf 43,6 % im Jahre 1910 verringert. Demgegenüber hatte die Größe des Bodeneigentums beim Adel zugenommen. Das war aber ausschließlich Resultat der reduzierten Verpachtung und einer erhöhten Selbstbewirtschaftung des Bodeneigentums. Wesentlich erscheint ferner, daß die Analyse der sozialökonomischen Situation des pommerschen Großgrundbesitzes deutlich werden ließ, daß sich auch in der Verwertung des agrikolen Kapitals Unterschiede zwischen der Masse der adligen und der Masse der bürgerlichen Großgrundbesitzer ergaben. Sie weisen darauf hin, daß zwischen adligen und bürgerlichen Großgrundbesitzern nicht nur ein - wie in den meisten Auffassungen eingeräumt - Unterschied im sozialen Bereich bestand, sondern daß sie sich auch ökonomisch unterschieden.

Adlige und bürgerliche Großgrundbesitzer trennte im ökonomischen Bereich der Grad der Anpassung an das kapitalistische System, insbesondere an die kapitalistischen Marktgesetze. So reagierten adlige Großgrundbesitzer weniger flexibel auf den sich verändernden Markt und vollzogen Umstrukturierungen in der Produktion zeitlich später als die bürgerlichen Großgrundbesitzer.

Alle sich für den Durchschnitt der adligen Großbetriebe ergebenden ökonomischen Kennziffern lassen in der Tendenz erkennen, daß die ökonomische Integration der adligen Großgrundbesitzer in die sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse objektiv vollzogen worden war, d. h., das Betriebsergebnis wurde auf dem zur Ware gewordenen Boden und mittels Lohnarbeit erzielt.

Diese objektiven Tatbestände waren aber nicht gleichermaßen verarbeitet, verinnerlicht worden. Für die Masse der adligen Großgrundbesitzer war das Kapital, vor allem seine Selbstverwertung auf höherer Stufe, noch immer nicht der alles bestimmende Ausgangs- und Endpunkt, Motiv und Zweck der Produktion.

Die Unterschiede zwischen adligen und bürgerlichen Großgrundbesitzern waren also dadurch begründet, daß sie sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien der agrar-kapitalistischen Unternehmertätigkeit befanden. So erscheint es nicht gerechtfertigt, adlige und bürgerliche Großgrundbesitzer undifferenziert unter einem Terminus zusammenzufassen. Das würde eine höhere Stufe der Integration der adligen Großgrundbesitzer in die kapitalistische Gesellschaft suggerieren, als sie in der Realität gegeben war. Auf deutliche Unterschiede wiesen nicht nur so bekannte zeitgenössische Betriebswirtschaftler wie Friedrich Aereboe und Carl Brinkmann hin,⁽³⁷⁾ sondern auch einer der besten Kenner und Verehrer des preußischen Adels, Theodor Fontane, empfand sie: Der "'Junker' unser eigentlicher Adelstyp, ist ungenießbar geworden ... je mehr sie überflügelt werden, je mehr sie sich überzeugen müssen, daß die Welt anderen Potenzen gehört, desto unerträglicher werden sie in ihren Forderungen. Der x-beinige Cohn, der sich ein Rittergut kauft, fängt mir an, lieber zu werden als irgendein Lüderitz oder Itzenplitz, weil Cohn die Zeit begreift und alles tut, was die

37 Vgl. Brentano, Lujo, Gesammelte Aufsätze, Bd. 1, Erbrechtspolitik, alte und neue Feudalität, Stuttgart 1899, S. 298; Brinkmann, Carl, Die Aristokratie im kapitalistischen Zeitalter, in: Grundriß der Sozialökonomie, IX. Abt., Tübingen 1929, S. 25.

Zeit verlangt, während Luderitz an der Lokomotive zöpt und 'br'r' sagt und sich einbildet sie werde stillstehen wie sein Ackergaul."(38)

Die Erhaltung des Großgrundbesitzes, die Sicherung der Erwerbsquelle sah der Adel nicht in erster Linie in seiner unternehmerischen Tätigkeit, sondern vielmehr aus einem überkommenen Selbstverständnis von der staatstragenden Funktion des Adels als eine Aufgabe des Staates an. Eine Grundlage für die Forderung nach Staatshilfe waren die im Verlaufe des bürgerlichen Umwälzungsprozesses erhalten gebliebenen politischen Machtpositionen des Adels.

Im Ergebnis der Untersuchung wurde deutlich, wie der Adel auch nach 1871 seine politischen Machtpositionen wahren und sich mit Hilfe des landwirtschaftlichen Vereins- und Genossenschaftswesens eine Massenbasis schaffen konnte. Zugleich wurde sichtbar, daß der Transformationsprozeß des Adels zu einer weiteren Differenzierung im Adel selbst führte. Diese Differenzierung stellte offenbar einen solchen internen Mechanismus dar, den Heinz Reif als eine Voraussetzung dafür bezeichnete, daß sich der Adel im Wandel und unter völlig anderen Bedingungen behaupten konnte.(39)

Die Differenzierung erfolgte vor allem in zwei Richtungen. Es bildete sich zum einen eine zahlenmäßig geringer werdende Gruppe von Bodeneigentümern heraus, die ihr Bodeneigentum selbst bewirtschaftete und zunehmend Boden in einer Hand konzentrierte. Zum anderen wurde die Gruppe von adligen Beamten, Offizieren und Diplomaten ohne Bodeneigentum größer.

Deutlich wurde auch, daß die Integration der adligen selbstwirtschaftenden Großgrundbesitzer in die bürgerliche Gesellschaft langsamer verlief als die der anderen Gruppen des Adels. Als Träger eines wichtigen Teils der landwirtschaftlichen Produktion konnten die adligen Großgrundbesitzer ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft immer wieder unterstreichen. So war es ihnen eher möglich, ihre Eigenständigkeit zu wahren, als z. B. den im Dienst des kapitalistischen Staates stehenden Beamten. Das Leben auf dem Rittergut, die traditionellen Bindungen untereinander, der Paternalismus u. a. ließen sie einen verhältnismäßig einheitlichen Lebensstil führen, und das war Grundlage für ein geschlossenes Auftreten. Andererseits ging aus Untersuchungen hervor, daß adlige Familien, die über mehrere Generationen keinen Bodenbesitz hatten, bürgerliche Lebensweisen annahmen, bürgerliche Berufe ergriffen und bürgerlich heirateten.(40)

Von diesen Entwicklungstendenzen im Adel ausgehend, würde die Gruppe, die sich zum agrarkapitalistischen Unternehmer wandelt, bis zum Abschluß des Transformationsprozesses - was zumindest bis 1917 nicht der Fall war - als "Junker" zu bezeichnen sein. Das hieße, die "Junker" bilden ein letztes Stadium der sich im Integrationsprozeß befindlichen Adelsklasse.

Auf der Basis der Untersuchungsergebnisse sind Junker dann Großgrundbesitzer feudaler Provenienz, die ihr privatkapitalistisches Bodeneigentum oder aber den größten Teil selbst bewirtschaften, das Betriebsergebnis mit Hilfe von Lohnarbeit erzielen, in die kapitalistischen Produktions- und Marktgesetze integriert sind, sich aber hinsichtlich der Produktionsorganisation, des Kapitaleinsatzes und der Kapitalverwertung von einem modernen kapitalistischen Unternehmer unterscheiden. Sie versuchen, die subjektiv bedingten ökonomischen Nachteile durch politische Machtpositionen und soziale Eigenständigkeiten zu kompensieren. Davon ausgehend kann man nicht von einer Symbiose Bourgeoisie - Junker im Untersuchungszeitraum sprechen.

38 Fontane, Theodor, Brief an Georg Friedlaender, Berlin 29. 5. 1890, in: Fontanes Briefe. In zwei Bänden, Berlin/Weimar 1982, Bd. 1, S. 339 f.

39 Vgl. Reif, Heinz, Westfälischer Adel 1770 - 1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979, S. 18.

40 Vgl. Muncy (Lysbeth Walker), The Junker in the Prussian Administration under Wilhelm II 1888 - 1914, New York 1970, zit. nach: Wehking, Sabine, Zum politischen und sozialen Selbstverständnis preußischer Junker 1871 - 1914, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 121. Jg., Göttingen 1985, S. 396.

Die von Hartmut Harnisch formulierte Aussage, daß es um 1900 keine Verschmelzung von altem Adel, bürgerlichen Agrarkapitalisten und Industriebourgeoisie gab,(41) ist zumindest auf das Ende des hier untersuchten Zeitraumes, also 1914/18, auszuweiten. Das ergeben die bisher gewonnenen Angaben über die soziale Struktur, die ökonomische Rolle und die politische Position des Großgrundbesitzes in Pommern und in Mecklenburg.

Um die gewonnenen Erkenntnisse weiter zu untersetzen, sie regional zu differenzieren und bisher offene Fragen zu beantworten, sind weitere empirische Untersuchungen, aber auch neue Forschungsansätze erforderlich. Als notwendig erweisen sich vergleichende Untersuchungen der Eigentums- und Besitzstrukturen des Großgrundbesitzes weiterer deutscher Territorien von ähnlicher, aber auch von anderer Agrarstruktur. Darüber hinaus ist es dringend geboten, detaillierte Kenntnis über den Produktionswert und -umfang, die Kapitalverhältnisse und die Rentabilität der landwirtschaftlichen Großbetriebe zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Verschuldungsproblematik umfassend und konkret zu untersuchen. Bedeutungsvoll erscheint es ferner, die Beziehungen der Großgrundbesitzer zu den unmittelbaren Produzenten auf dem Lande, insbesondere die Ausbeutungsformen und -methoden zu untersuchen. Große Aufmerksamkeit ist der Rolle des subjektiven Faktors im Transformationsprozeß des Adels zu widmen. Es ist den eingangs genannten Fragen des Selbstverständnisses des Adels, der Berufswahl der aus dem Bodeneigentum ausscheidenden Adligen, der Frage des Erbes und des Heiratens, der Erziehung und Geselligkeit wie auch der Familienverbände nachzugehen. Es ist also, wie Reif formulierte, der Blick auf jene Bereiche zu richten, "in denen der Adel seit Jahrhunderten strategisch zu denken gewohnt war".(42)

1 Mihalev, Ivan, Bulgarische Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1927.

2 Kündel, Ivan, Aufzeichnungen zur bulgarischen Wirtschaftsgeschichte, Sofia 1939.

3 Blagrev, Dimitar, Prinos kŕn istorijata na socialnata ŕbilitacija, Sofia 1949.

4 Naran, Zŕk, Ekonomičeska istorija na Bŕlgarija, Sofia 1974, derselbe, Izvornik za

41 Vgl. Harnisch, Hartmut, "Wenn wir das Heft in der Hand behalten wollen" (Graf Schulenburg am 21. Januar 1907). Politisches und militärisches Denken, Klassenbewußtsein und Mentalität in den Briefen eines führenden Junkers zwischen 1902 und 1933, S. 4 (Ms.).

42 Reif, Heinz, Der Adel in der modernen Sozialgeschichte, in: Sozialgeschichte in Deutschland, hg. v. Wolfgang Schieder u. Volker Sellin, Bd. 4, Göttingen 1987, S. 55.



FORSCHUNGSBERICHTE

Bulgarische Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte Bulgariens

von Gospodinka Nikova/Vera Kačarkova

Bis zum ersten Weltkrieg gab es in Bulgarien immer noch keine klar profilierten Wirtschaftshistoriker, obwohl die ersten wirtschaftshistorischen Untersuchungen bereits in den letzten Jahrzehnten des 19. Jh. erfolgten. Ihre Autoren waren Allgemeinhistoriker, Hochschullehrer an der Sofioter Universität oder Ökonomen aus der Praxis.

Die Wirtschaftsgeschichte erhielt in Bulgarien erst im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen deutlichere Konturen, als die Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wie auch die Probleme der kapitalistischen Entwicklung des Landes selbst eine bessere Kenntnis der Vergangenheit der bulgarischen Wirtschaft erforderlich machten. Einige Historiker und Ökonomen spezialisierten sich mehr oder weniger auf die Wirtschaftsgeschichte, wie Ivan Sakazov, Ivan Kinkel, Christo Gandeve, Gălăb Gălăbov, Nikola Mihov. Es wuchs die Zahl der wirtschaftsgeschichtlichen Publikationen, die sich durch mehr Gründlichkeit und breitere Thematik in chronologischer und zweigspezifischer Beziehung auszeichneten. Es wurden auch die ersten Versuche für eine vollständige und systematische Darstellung der historischen Entwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft unternommen.(1) 1939 erschien ein ausführlicheres Lehrbuch von Kinkel.(2)

Dech waren wissenschaftliche Methoden und Quellenerschließung noch zuwenig entwickelt, um die gesamte Wirtschaftsgeschichte Bulgariens zu erfassen. Faktenmaterial wurde gesammelt, und es wurden einige konkrete Fragen behandelt, vor allem zur osmanischen Fremdherrschaft und zur kapitalistischen Entwicklung des Landes.

Bei der Klärung theoretischer Positionen zu einigen wichtigen Problemen der bulgarischen Wirtschaftsgeschichte in der Epoche des Feudalismus machte sich Dimităr Blagoev verdient,(3) Žak Natan(4) nahm eine wissenschaftliche Periodisierung des wirtschaftlichen Prozesses vor. Weitere bemerkenswerte Arbeiten aus den 20er und 30er Jahren stammen von Petko Kunin, Ivan Stefanov, Dimităr Jordanov, Dimo Todorov, Nikola Sakarov, Dimităr Tošev, Stančo Čolakov, Boris Nedkov und Georgi Sdravkov. Sie beziehen sich auf die Entwicklung der Landwirtschaft und die Industrie, auf das Finanzsystem, das ausländische Kapital sowie die Wirtschaftspolitik des Landes.(5)

1 Săkăšov, Ivan, Bulgarische Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1929.

2 Kinkel, Ivan, Aufzeichnungen zur bulgarischen Wirtschaftsgeschichte, Sofia 1939.

3 Blagoev, Dimităr, Prinos kăm istorijata na socializma v Bălgarija, Sofia 1949.

4 Natan, Žak, Ikonomičeska istorija na Bălgarija, Sofia 1938; derselbe, Ikonomičeska istorija na Bălgarija sled Osvoboždenieto, Sofia 1939.

5 Jordanov, Dimităr, Pregled na bălgarskite družestva i banki, Sofia 1923; derselbe, Vojnata i novite akcionerni družestva, Sofia 1919; derselbe, Industrialnata politika na Bălgarija sled Părvata svetovna vojna, Varna 1943; Todorov, Dimo, Nasărčavnata industrija i industrialnata politika na Bălgarija, in: Stopanska misăl, 4/1933; Sakarov, Nikola, Bălgarskite dăržavni finansi, Sofia 1918; Tošev, Dimităr, Prinos za izučavane na industrialnata politika na Bălgarija ot Osvoboždenieto do Balkanskata vojna, in: Godišnik na Visšeto tărgovsko učilište, Varna, 14/1940 - 1941,

Sie bereicherten und systematisierten das wissenschaftliche Faktenmaterial, schöpften aber die betrachteten Probleme bei weitem nicht aus.

So war das Erbe, welches die Geschichtswissenschaft in Bulgarien nach der Revolution vom 9. September 1944 übernahm, auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte sehr bescheiden. Dies gilt ganz besonders für Fragen der sozialökonomischen Entwicklung. Die Wirtschaft auf bulgarischem Territorium in der Zeit des Zerfalls der Urgesellschaft und der Herausbildung der frühen Klassengesellschaft war fast unerforscht. Gegenüber der politischen Geschichte blieb die Wirtschaftsgeschichtsschreibung über die Epoche des Feudalismus bis zum 14. Jh. ebenfalls zurück. Nicht erforscht waren solche wichtigen Fragen wie der Charakter und die Verbreitung des Großgrundbesitzes an Boden und der Entwicklungsgrad der Wirtschaft der Städte. Sogar für den Zeitraum der osmanischen Fremdherrschaft fehlte für eine Reihe von Grunderscheinungen aus dem Bereich der Agrarverhältnisse, der Ware-Geld-Wirtschaft und der Herausbildung kapitalistischer Formen der Produktion eine wissenschaftliche Erklärung.

Trotz der verhältnismäßig großen Anzahl von Artikeln und Studien über die Wirtschaft des bürgerlichen Bulgariens blieben wichtige Fragen unerforscht: die Entwicklung der monopolistischen Formen des bulgarischen Kapitalismus, die Herausbildung und die materielle Lage der Arbeiterklasse und einiger anderer sozialer Schichten. Tiefergreifender wissenschaftlicher Wertungen bedurften auch die Rolle des ausländischen Kapitals, die Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staates wie auch die Politik der europäischen Großmächte gegenüber Bulgarien. Die bulgarische Wirtschaftsgeschichtsschreibung stand nach dem 9. September 1944 vor der Aufgabe, die Quellenbasis zu erweitern und sich eine neue methodologische und organisatorische Basis zu schaffen. Bereits im ersten Jahrzehnt begann eine beharrliche Suche nach neuen Quellen zur Vergangenheit der Wirtschaft. Es wurde mit der mehrbändigen Reihe "Quellen zur Geschichte Bulgariens" begonnen.⁽⁶⁾ Herausgegeben wurde auch eine beachtliche Anzahl von heimatkundlichen Untersuchungen und Arbeiten über die Geschichte großer Industriebetriebe.⁽⁷⁾ Damit wurde den Wirtschaftshistorikern reiches Faktenmaterial zur Verfügung gestellt.

In den 60er Jahren wurde die Forschungstätigkeit verstärkt, Anzahl und wissenschaftlicher Wert der wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen stiegen, der Themenkreis erweiterte sich. Strittige oder bisher unerforschte Fragen konnten geklärt werden.⁽⁸⁾

S. 1 - 180; Cólakov, Stančo, Tǎrgovskite dálgove na Bǎlgarija v sistemata na zaemnata i politika, in: ebenda, 8/1935 - 1936; Svrakov, Georgi, Bǎlgarskata mitniška tarifa na vnosnite stoki i nejnoto razvitie, in: ebenda, 9/1935 - 1936; Nedkov, Boris, Razvitie na bǎlgarskata finansova sistema prez poslednoto desetiletie, in: Trudove na Statističeskija institut za stopanski proučvanija pri SDU, 3 - 4/1937; Stefanov, Ivan, Vǎnšnata tǎrgovija na Bǎlgarija sled vojnite, in: ebenda, 2 - 3/1938.

6 Izvori za bǎlgarskata istorija, Bd. 1 - 24.

7 Penčeva, Zlatina, Razvitie na fabričnata industrija v Ruse ot Osvoboždenieto do 9 IX. 1944 g., in: Izvestija na Dǎrzavnite arhivi, Sofia, 6/1962, S. 222 - 235; Mitev, Kojčo/Gatev, Gatju, Dǎržaven vǎlnotenokstilen kombinat "Gavril Genov", Sofia 1968; Berov, Ljuben, Predprijetieto za električesko osvetleniena Sofija 1900 - 1914 g., in: Izvestija na Istoričeskija institut pri BAN, Bd. 13, 1963, S. 75 - 112; Zlatanov, Zlatko, 150 godini slivenska tekstilna promišlenost, Sofia 1984.

8 An gedruckten Artikeln, Studien und Monographien zur sozialökonomischen Entwicklung Bulgariens vom Altertum bis zur Gegenwart erschien von 1944 bis 1981 das Fünffache dessen, was in der Zeit von 1878 bis 1944 veröffentlicht wurde. (Vgl. Berov, Ljuben, Postiženija i problemi na stopanskata istorija na Bǎlgarija sled 9. IX. 1944 g., in: Jubileen sbornik v čest na akad. D. Kosev, hg. v. BAN, Sofia 1985, S. 474.)

Große Erfolge wurden bei der Erforschung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Thraker erreicht.(9)

In vielen Artikeln, Studien und Monographien wurden Charakter und Spezifik der feudalen Gesellschaftsordnung in Bulgarien vom Ende des 7. bis zum Ende des 14. Jh. tiefgreifend untersucht.(10) Auf solider Quellenbasis wurden die Lage der abhängigen Bauernschaft und der Feudalaristokratie, die Feudalrente und die feudalen Privilegien sowie der Charakter des Großgrundbesitzes analysiert. Vollständiger untersucht wurden die Produktivkräfte in der mittelalterlichen bulgarischen Gesellschaft, der Zustand der verschiedenen Wirtschaftszweige wie auch die Frage des Charakters der mittelalterlichen Stadt und die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen. Ein Erfolg für die

- 9 Muleškov, Spas, Obštestveno-ikonomičeski strcj na trakite ot VIII do IV v. pr. n. e., in: Izvestija na Institutata za bālgarska istorija, 3 - 4/1951, S. 149 - 179; Danov, Christo, Kām istorijata na Trakija i Zapadnoto Černomorie ot vtorata polovina na III v. do sredata na I v. pr. n. e., in: Godišnik na Sofijskija universitet, Filos. istor. fakultet, Bd. 47, 2/1952; Gerov, Boris, Proučvanija vārchu pozemlenite otnošenija v bālgarskite zemi prez rimsko vreme. I - III v., in: ebenda, Bd. 50, 2/1955, S. 13 - 73; Velkov, Velizar, Po njakoi problemi na kāsno antičnoto selo v Trakija, in: Istoričeski pregled, 5/1955, S. 93 - 110; Dimitrov, Dimitār, Materialnata kultura i izkustvoto na trakite prez rannata elenistična epoha IV - III v. pr. n. e., in: Arheologičeski otkritija v Bālgarija, Sofia 1957; Velkov, Velizar, Gradšt v Trakija i Dakija prez kāsната antičnost. IV - VI v., Sofia 1959; derselbe, Les campagnes et la population rurale en Thrace en IV^e - VI^e s., in: Byzantinobulgarija, Sofia 1962, S. 31 - 66; Dukov, Ljubomir, Zemedelieto i zemedelskite železni orādija v bālgarskite zemi prez antičnostta, in: Izvestija na Etnografskija institut i muzej, 8/1965, S. 141 - 185; Žuglev, Kiril, Ikonomičeskoto položenie na Trakija i Mizija i tārgovskite im otnošenija s Italija prez I - II v. n. e., in: Godišnik na Sofijskija universitet, Filos. istor. fakultet, Bd. 59, 3/1965, S. 187 - 305; Velkov, Velizar, Robstvo v Trakija i Mizija prez antičnostta, Sofia 1967; Fol, Aleksanđār, Demografska i socialna struktura na drevna Trakija prez I chil. pr. n. e., Sofia 1970.
- 10 Angelov, Dimitār, Po vāprosa za stopanskija oblik na bālgarskite zemi prez XI - XIV v., Sofia 1951; derselbe, Prinosa kām pozemlenite otnošenija vāv Vizantija prez XIII v., in: Godišnik na Sofijskija universitet, Filos. istor. fakultet, Bd. 47, 2/1952; Conev, Stefan, Stokovoto proizvodstvo vāv feodalna Bālgarija v svetlinata na kolektivniete monetni nachodki, in: Godišnik na Dāržavnija universitet, Stopanski fakultet, 2/1952 - 1953, Sofia 1954; Lišev, Strašimir, Novi danni za feodalniete otnošenija v Bālgarija prez X v., in: Izvestija na Institutata za bālgarska istorija, 6/1956, S. 409 - 438; derselbe, Stokovoto proizvodstvo vāv feodalna Bālgarija, Sofia 1957; derselbe, Za pronikvaneto i roljata na parite vāv feodalna Bālgarija, Sofia 1958; Angelov, Dimitār, Agrarnite otnošenija v Severna i Sredna Makedonija prez XIV v., Sofia 1958; derselbe, Vāprosy na feodalizma v bālgarskite zemi prez XIII - XIV v., Sofia 1960; derselbe, Kām vāprosa za srednovekovnija bālgarski grad, Sofia 1960; Tivčev, Petār, Narastvaneto na edroto zemevladenie vāv Vizantija prez XII v., Sofia 1960; Primov, Boris, Za ikonomičeskata i političeskata rolja na Pāvrvata bālgarska dāržava v meždunarodniete otnošenija na srednovekovna Evropa, in: Istoričeski pregled, 2/1962, S. 33 - 62; Lišev, Strašimir, Za genizisa na feodalizma, Sofia 1963; Cankova-Petkova, Genoveva, Za agrarnite otnošenija v srednovekovna Bālgarija, Sofia 1964; derselbe, Kām vāprosa za selskostopanskata tehnika v srednovekovna Bālgarija i njakoi sāsedni balkanski strani, in: Izvestija na instituta za istorija, 13/1963, S. 123 - 137; Lišev, Strašimir, Bālgarskijat srednovekoven grad, Sofia 1970; Angelov, Dimitār, Obštestvo i obštestvena mišāl v srednovekovna Bālgarija. IX - XIV v., Sofia 1979; derselbe, Bogomilstvoto v Bālgarija, Sofia 1980.

bulgarische Mediävistik war die ausführliche Erforschung der Außenhandelsbeziehungen Bulgariens.(11)

In den 50er bis 70er Jahren erfuhr die Osmanistik eine bedeutende Entwicklung. Gefunden und veröffentlicht wurden viele neue Dokumente aus bulgarischen und ausländischen Archiven.(12) Dank der erweiterten Quellenbasis konnten die Agrarverhältnisse vom 15. bis 19. Jh., die Evolution des militärischen Dienstlebenssystems im Osmanischen Reich, der Charakter und die Verbreitung des Großgrundbesitzes sowie die Lage der bulgarischen Bevölkerung unter osmanischer Herrschaft im Detail untersucht werden.(13)

- 11 Petrov, Petăr, Tǎrgovski vrǎzki meĝdu Bǎlgarija i Dubrovnik prez XIV v., in: Izvestija na Bǎlgarskoto istoričesko druĝestvo, Bd. 25, 1967; Spisarevska, Joana, Tǎrgovski vrǎzki meĝdu Dubrovnik i bǎlgarskite zemi prez XV - XVI v. spored dubrovniški izvori, Sofia 1973; Večeva, Ekaterina, Tǎrgoviata na Dubrovnik s bǎlgarskite zemi. XVI - XVIII v., Sofia 1981.
- 12 Turski izvori za bǎlgarskata istorija, Bd. 1, Sofia 1959, Bd. 2, Sofia 1960, Bd. 3, Sofia 1964; Turski izvori za bǎlgarskata istorija. Serija XV - XVI v., Bd. 2, Sofia 1966; Evrejski izvori za obštествeno-ikonomičeskoto razvitie na bǎlgarskite zemi prez XVI v., Bd. 1, Sofia 1958, Bd. 2, Sofia 1960; Velikov, Stefan/Maleev, Stojan, Dokumenti na položenieto na bǎlgarskoto naselenie v Tǎrnovskata kaza prez Krim-skata vojna, in: Izvestija na Dǎrĝavnite archivi, 5/1969, S. 174 - 221; Dragonova, Slavka, Materiali za Dunavskija vilaet prez 50-te - 70-te godini na XIX v., Sofia 1980.
- 13 Cvetkova, Bistra, Charakterni čerti na osmanskija feodalisǎm v bǎlgarskite zemi, in: Istoriceski pregled, 4 - 5/1950/1951; dieselbe, Pozemlenite otnošenija v bǎlgarskite zemi pod osmansko vladičestvo do sreda na XVII v., in: ebenda, 2/1950 - 1951; dieselbe, Turskijat feodalisǎm i položenieto na bǎlgarskija narod do načalato na XIX v., in: ebenda, 1/1955; dieselbe, Prinosa kǎm izučavaneto na turskija feodalisǎm v bǎlgarskite zemi prez XV - XVI v., in: Izvestija na instituta za bǎlgarska istorija, 5/1954, S. 73 - 153; dieselbe, Zavisimoto naselenie v negovata borba protiv turskija feodalen gnet, in: ebenda, 6/1956, S. 115 - 191; Gǎlǎbov, Gǎlǎb, Po njakoi vǎprosi na turskoto feodalno zemlevladienie, in: Izvestija na Ikonomičeskija institut pri BAN, 1 - 2/1955, S. 165 - 189; Dimitrov, Strašimir, Čifliškoto stopanstvo prez 50-70-te godini na XIX v., in: Istoričeski pregled, 2/1955, S. 3 - 34; derselbe, Kǎm vǎprosa za otmenjavaneto na spachijskata sistema v našite zemi, in: ebenda, 6/1956, S. 27 - 58; Berov, Ljuben, Kǎm vǎprosa za agrarnite otnošenija u nas po vreme na Osvoboĝdenieto, in: Trudove na Viššija ikonomičeski institut "Karl Marks", Bd. 22, 1956, S. 67 - 148; Mutafčieva, Vera, Feodalnata renta, prisvojavana ot lennija dǎrĝatel v Osmanskata imperija s oĝled na našite zemi prez XV - XVI v., in: Izvestija na Instituta na istorija, Bd. 3, 7/1954, S. 163 - 204; dieselbe, Kǎm vǎprosa za čiflicite v Osmanskata imperija prez XV - XVII v., in: Istoričeski pregled, 1/1958, S. 34 - 57; Cvetkova, Bistra, Izvǎnredni danǎci i dǎrĝavni povinnosti v bǎlgarskite zemi pod turska vlast, Sofia 1958; Dimitrov, Strašimir, Kǎm istoriata na čiflekijstvoto v Rusenko, in: Istoričeski pregled, 4/1958, S. 84 - 98; derselbe, Za klasovoto razsloenie sred seljanite v Severoiztočna Bǎlgarija prez 70-te godini na XIX v., in: Izvestija na Instituta za istorija, Bd. 8, 1960, S. 225 - 271; Mutafčieva, Vera, Kategorii feodalno zavisimo naselenie v našite zemi pod turska vlast prez XV - XVI v., in: Izvestija na Instituta za istorija, Bd. 9, 1960, S. 57 - 93; dieselbe, Agrarnite otnošenija v Osmanskata imperija prez XV - XVI v., Sofia 1962; Christov, Christo, Agrarnite otnošenija v Makedonija prez XIX v. i načaloto na XX v., Sofia 1964; Dimitrov, Strašimir/Stojkov, Rusi, Socialna diferencijacija sred celjačestvoto v Tǎrnovsko kǎm kraja na XVII i načalato na XVIII v., in: Izvestija na Instituta za istorija, 14 - 15/1964, S. 183 - 194; Milkova, Fani, Razvitie i karakter na osmanskoto pozemleno zakonodatelstvo ot 1839 do 1878 g., in: Istoričeski pregled, 5/1965, S. 31 - 55; Dimitrov, Strašimir, Vǎstanie-to na seljanite v Severozapadna Bǎlgarija ot 1850 g., Sofia 1960.

In den 60er und 70er Jahren widmeten die Osmanisten und Wirtschaftshistoriker der Geldzirkulation, dem Handel und der Wirtschaft der Städte Bulgariens bis 1878 besondere Aufmerksamkeit.(14) Eine wertvolle Leistung der bulgarischen Wirtschaftsgeschichte war die monographische komparative Untersuchung der Preis- und Wirtschaftsentwicklung auf dem Balkan vom 16. bis zum 19. Jh.(15)

Bedeutende Erfolge wurden auch bei der Erforschung der Wirtschaftsbeziehungen Bulgariens und benachbarter Balkanstaaten mit den übrigen europäischen Ländern erzielt.(16)

Im Rahmen dieses historiographischen Überblicks läßt sich der breite Kreis von Fragen der sozialökonomischen Entwicklung Bulgariens in der Zeit der Wiedergeburt, die nach dem 9. September 1944 Untersuchungsgegenstand waren, nicht erfassen. Aber unbestreitbar ist eine der bedeutendsten Leistungen der bulgarischen Autoren auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte des 18. und 19. Jh. die Untersuchung der Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, der Entwicklung kapitalistischer Formen in der Stadt und auf dem Lande sowie die Vermögens- und Klassendifferenzierung in der Gesellschaft der Wiedergeburt.(17)

- 14 Mutafčieva, Vera, Otkupuvaneto na dържавните приходи v Osmanskata imperija prez XV - XVI v. i razvitiето na paričnete otnošenija, in: Istoričeski pregled, 1/1960, S. 40 - 74; dieselbe, Za roljata na vakāfa v gradskata ikonomika na Balkanite pod turska vlast XV - XVII v., in: Izvestija na Instituta za istorija, 19, 1962, S. 121 - 145; Cvetkova, Bistra, Proučvanija za gradskoto stopanstvo prez XV - XVI v., Sofia 1972; Berov, Ljuben, Roljata na zadълžitelnite dържавni dostavki i vъv vъtreznata tърgovija na bълgarskite zemi prez XV - XIX v., Sofia 1978, S. 107 - 151.
- 15 Dieselbe, Dviženieto na cenite na Balkanite prez XVI - XIX v. evropejskata revolucija na cenite, Sofia 1976; dieselbe, Pърvite ciklični krizi na evropejskija kapitalizъм i stopanskata konjunktura v bълgarskite zemi prez XIX v., in: Istoričeski pregled, 6/1978, S. 22 - 37.
- 16 Paskaleva, Virginia, Ikonomičeskoto pronikvane na Avstrija u nas ot 30-te godini na XIX v. do Krimskata vojna, in: Istoričeski pregled, 2/1956, S. 22 - 48; dieselbe, Avstro-bълgarski tърgovski vъrčki v kraja na XVIII v. i načaloto na XIX v., in: ebenda, 5/1958, S. 83 - 91; dieselbe, Za tърgovijata među Francija i bълgarskite zemi ot načaloto na XIX v. do Osvoboždenieto, in: ebenda, 5/1960, S. 53 - 85; dieselbe, Contribution aux relations commerciales des provinces balkaniques de l'Empire Ottoman avec les états européens au cours du XVIII^e s. et la première moitié du XIX^e s., in: Etudes historiques, 4/1968, S. 265 - 270; Bur, Marta, Balkanite i ungarskaja pazar prez XVIII v., Sofia 1977.
- 17 Gandev, Christo, Kъм istorijata na promišlenija kapitalizъм u nas prez Vъzraždaneto, in: Istoričeski pregled, 4/1954, S. 81 - 116; dieselbe, Iz istorii razvitija promyšlennogo kapitalizma v Bolgarii v period tureckogo iga, in: Voprosy istorii, 5/1957; dieselbe, Zараždane na kapitalističeski otnošenija v čifliškoto stopanstvo na Severozapadna Bълgarija prez XVIII v., Sofia 1962; Kosev, Dimităr, Kъм izjasnjavane na njakoi problemi ot istorijata na Bълgarija prez XVIII i načalato na XIX v., in: Istoričeski pregled, 3/1956; Conev, Stefan, Kъм vъпросa za razloženiето na esnafskite organizacii u nas prez perioda na Vъzraždaneto, in: Trudove na Visšija institut za narodno stopanstvo, Varna, 1/1955 - 1956, S. 3 - 69; Berov, Ljuben, Agrarnoto dviženie v iztečna Rumelija po vreme na Osvoboždenieto, in: Istoričeski pregled, 1/1956; dieselbe, Kъм vъпросa za agrarnite otnošenija u nas po vremeto na Osvoboždenieto, in: Trudove na Visšija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1957, Bd. 2; Christov, Christo, Njakoi problemi na perechoda ot feudalizъм kъм kapitalizъм v istorijata na Bълgarija, in: Istoričeski pregled, 3/1961; dieselbe, Agrarnite otnošenija v Makedonija ...; Paskaleva, Virginia, Razvitiето na gradskoto stopanstvo i genezišat na bълgarskata buržoazija prez XVIII v., in: Paisij Chilandarski i negovata epoha, Sofia 1962, S. 77 - 102; Kosev, Konstantin, Za kapitalističeskoto razvitie na bълgarskite zemi prez 60-te i 70-te godini na XIX v.,

Nach 1944 wuchs auch das wissenschaftliche Interesse an einer gründlicheren Erforschung der Spezifik des bulgarischen Kapitalismus. Bereits 1946 erschien eine zusammenfassende Arbeit von Žak Natan.(18) In den folgenden Jahren wurden gründliche monographische Untersuchungen bis dahin nichtbearbeiteter Themen, wie die monopolistischen Formen, die Gewinnrate des Kapitals, das Eindringen und die Rolle des ausländischen Kapitals in Bulgarien, die Anleihepolitik des bürgerlichen Staates und seine Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, veröffentlicht.(19)

Für die bulgarische Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und in den 70er Jahren war charakteristisch, daß das Interesse der meisten Historiker, darunter auch der Wirtschaftshistoriker, auf die Probleme des Kapitalismus in Bulgarien gerichtet war. Es erschienen Veröffentlichungen über die Entwicklung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft. Auf der Grundlage von vorwiegend statistischem Material und unter stärkerer Anwendung statistischer Methoden bereicherten diese Untersuchungen die wirtschaftsgeschichtliche Literatur mit der präzisen Einschätzung ökonomischer Erscheinungen und Kennziffern in der Landwirtschaft(20), in

Sofia 1968; Todorov, Nikolai, Balkanskij grad XV - XIX v., Sofia 1972; Koen, David, Bankerskata dejnost na kaštata "Evlogi i Christo Georgievi" v baġarskite zemi do Osvoboždienieto, in: Istoricheski pregled, 6/1975, S. 63 - 74; Berov, Ljuben, Ravnište na ikonomičeskoto razvitie na baġarskite zemi po vreme na Osvoboždienieto, in: Trudove na Visšija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1979, Bd. 1, S. 11 - 72.

18 Natan, Žak, Stopanska istorija na Baġarija, Sofia 1957.

19 Chadžinikolov, Veselin/Todorov, Nikolai, Politikata na SAŠT sled Pāvata svetovna vojna i amerikanskata prodovolstvena "pomost" za Baġarija prez 1919, in: Istoricheski pregled, 4/1953, S. 345 - 373; Berov, Ljuben, Kām vāvprosa za vāšnōtārgovskata orientacija na baġarskija fašizām 1929 - 1944, in: Trudove na Visšija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1954, Bd. 1, S. 123 - 221; Natan, Žak/Berov, Ljuben, Monopolističeskij kapitalizām v Baġarija, Sofia 1958; Georgiev, Ljuben, Finansovijat kapital v Baġarija, in: Izvestija na Visšata partijna škola, 12/1958, S. 220 - 269; Chadžinikolov, Veselin, Stopanski otnošenija i vāzki meġdu Baġarija i Sāvetskija šjuz do Deveti septemvri. 1917 - 1944, Sofia 1959; Berov, Ljuben, Antikartelnoto zakonodatelstvo v Baġarija v svetlinata na novi dannj, in: Ikonomičeska misāl, 10/1960, S. 57 - 74; derselbe, Normata na pečalbata na kapitala v Baġarija do 1944 g., Sofia 1961; Čakalov, Asen, Formi, razmer i dejnost na čuġdija kapital v Baġarija 1878 - 1944, Sofia 1962; Conev, Stefan, Dārzavnomonopolističeskij kapitalizām v Baġarija, Varna 1968; Damjanov, Simeon, Frenskoto ikonomičesko pronikvane v Baġarija 1878 - 1914; Berov, Ljuben, The Withdrawing of western Capitals from Bulgaria on the Eve of the Second World War, in: Studia balkanica, Bd. 4, Sofia 1971, S. 225 - 257; derselbe, Le capital financier occidental et les pays balkaniques en les années vingt, in: Etudes balkaniques, 2 - 3/1965, S. 139 - 169; derselbe, Ikonomičeskite otnošenija meġdu Baġarija i Italija v navečerieto na Vtorata svetovna vojna, in: Trudove na Visšija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1972, Bd. 1, S. 239 - 276; derselbe, Germanskijat kapital v Baġarija prez godinite na Vtorata svetovna vojna, in: Baġaro-germanskij otnošenija i vāzki, Bd. 2, Sofia 1979, S. 243 - 304; Todorova, Cvetana, Diplomatičeska istorija na vāšnite zaemi na Baġarija 1888 - 1912 g., Sofia 1972; Arsov, Petār, Ikonomičeskata politika na imperialističeskite dārzavi na Balkanskija poluostrov, in: Trudove na Visšija ikonomičeska institut "Karl Marks", 1963, Bd. 1, S. 123 - 178.

20 Kožucharov, Kanjo, Selskoto stopanstvo v Baġarija pri kapitalizma, Sofia 1959; Minkov, Todor, Pozemlenata renta v Baġarija pri kapitalizma, Sofia 1960; Razbojnikov, Asen, Čiflici i čifligari v Trakija predi i sled 1878 g., in: Izvestija na Ikonomičeskija institut pri BAN, 9/1960, S. 143 - 187; Berov, Ljuben, Dochodnostta na različnite kategorii zemedelski stopanstva v Baġarija v navečerieto na Vtorata svetovna vojna, in: Trudove na Visšija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1962, Bd. 2, S. 419 - 497; derselbe, Socialnata struktura na seloto v balkanskite

der Industrie(21), im Binnen- und Außenhandel(22), im Transport- und Finanzwesen(23) des kapitalistischen Bulgariens.

Ein Verdienst der bulgarischen Geschichtsschreibung nach 1944 ist die Erforschung der Wirtschaft Bulgariens während der beiden Weltkriege. Aufmerksamkeit wurde auch den Versuchen des bürgerlichen Staates zur Regulierung des Wirtschaftslebens im Kriege gewidmet, wobei auch den Ursachen ihres Scheiterns nachgegangen wurde.(24)

strani prez perioda meždu dve svetovni vojni, in: ebenda, 4/1977, S. 56 - 69; Mateev, Boris, Dviženieto za kooperativno zemedelie v Bălgarija pri uslovijata na kapitalizma, Sofia 1967; Todorov, Petăr, Agrarnite otnošenija v Južna Dobrudža 1878 - 1944 g., Veliko Tărnovo 1982.

- 21 Berov, Ljuben, Kăm văprosa za tempovete na kapitalističeskata industrializacija na Bălgarija, in: Izvestija na ikonomičeskija institut pri BAN, 3 - 4/1954, S. 129 - 163; derselbe, Ikonomičeskata efektivnost na kapitalovloženiata v promišlenosta predi i sled 9 septemvri 1944 g., in: Statistika, 3/1960, S. 30 - 47; Vasilev, Vasil, Za glavnite faktori na industrialnija podem prez perioda na vremennata i častična stabilizacija na kapitalizma v Bălgarija ot 1925 - 1929 g., in: Izvestija na Istoričeskija institut, 9/1962, S. 83 - 102; Kosev, David, Bălgarskata industrija i imperialističeska Germanija prez Vtorata svetovna vojna, in: Bălgarsko-germanski otnošenija i vrazki, Bd. 1, Sofia 1972, S. 494 - 564.
- 22 Popisakov, Grigor, Charakter i saštnost na kliringovite i tărgovskite sağlašenija meždu Bălgarija i Germanija prez 1940 - 1944 g., in: Trudove na Vissija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1961, Bd. 1, S. 99 - 174; Berov, Ljuben, Razchodite pri obrăštenieto i prozvoditelnosta na truda văv vătreshnata tărgovija na Bălgarija pri kapitalizma i sega, in: ebenda, 1966, Bd. 2, S. 265 - 297; derselbe, Vănsnata tărgovija meždu Bălgarija i Germanija prez perioda meždu dve svetovni vojni, in: Germansko-bălgarski otnošenija i vrazki, Bd. 1, Sofia 1979, S. 295 - 322; derselbe, Goljamata kompensacionna sdelka sreštu bălgarski tjutjuni prez 1934 g. i bălgaro-germanskata tărgovija v navečerieto na Vtorata svetovna vojna, in: ebenda, Bd. 3, Sofia 1981, S. 318 - 338; Kacarkova, Vera, Tărgovskite otnošenija na Bălgarija s drugite balkanski strani v navečerieto na Vtorata svetovna vojna. 1934 - 1939, in: Studia balkanica, Bd. 14, Sofia 1979, S. 407 - 424; Velikov, Stefan, Bulgarian-Turkish Economic Relations and Contacts. 1918 - 1939, in: Etudes balkaniques, 1/1977, S. 63 - 92.
- 23 Berov, Ljuben, Iztočnite železnici v Bălgarija 1873 - 1908, in: Istoričeski pregled, 1/1959, S. 80 - 104; Kostov, Stijan, Pod roden flag, Sofia 1965; Todorov, Todor, Ot Carigrad do Begovo, Sofia 1974; Baltadzieva, Anna, Paricnokreditnata kriza v Bălgarija sled Parvata svetovna vojna, in: Trudove na Vissija institut za narodno stopanstvo, Varna 1962, S. 33 - 65.
- 24 Koen, David, Ograbvaneto i razorjavaneto na bălgarskoto narodno stopanstvo ot germanskite imperialisti prez Vtorata svetovna vojna, Sofia 1966; Kacarkova, Vera, Ograbvane na Bălgarija ot germanskija imperializam prez godinite na Parvata svetovna vojna. 1914 - 1918, Diss., Sofia 1970; Berov, Ljuben, Kapitaloobrazuvaneto v Bălgarija prez godinite na Vtorata svetovna vojna, in: Trudove na Vissija ikonomičeski institut "Karl Marks", 1972, Bd. 2, S. 13 - 42; Kosaški, Ninko, Ikonomičeskata podgotovka na Bălgarija za Vtorata svetovna vojna, Diss., Sofia 1982; Kacarkova, Vera, Dăržavnoto regulirane na stopanstvoto v Bălgarija v godinite na Părvata svetovna vojna. 1914 - 1918, in: Izsledvanija po bălgarska istorija, Bd. 7: Studii po nova bălgarska istorija. 1878 - 1944, Sofia 1986, S. 235 - 269; Koen, David, Voennovremennata organizacija na ikonomikata v buržoazna Bălgarija. 1939 - 1944 g., in: ebenda, S. 324 - 359.

Stark beachtete Themen waren ferner die Herausbildung und die Lage der Arbeiterklasse sowie die Entwicklung der Arbeiter-, Gewerkschafts- und sozialistischen Bewegung.(25) Von dem bekannten bulgarischen Wirtschaftshistoriker Ljuben Berov sind in den letzten Jahren mehrere Studien erschienen, in denen die materielle Lage verschiedener sozialer Schichten auf dem Balkan in einem großangelegten Vergleich untersucht wird.(26)

Die vielfältigen Probleme der bulgarischen Volkswirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg wurden in zahlreichen zusammenfassenden Arbeiten von Autorengemeinschaften oder Einzelpersonen behandelt.(27)

Das jüngste bibliographische Handbuch zeigt, daß die Zahl der Publikationen allein über die ökonomische Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien längst 2 130 Titel übersteigt.(28) Ein bedeutender Teil davon sind allgemeine Arbeiten über die Wirtschaftspolitik sowie über die Organisation und Leitung der Volkswirtschaft. Die mei-

25 Georgiev, Georgi, Ikonomičeskoto položenie na perniškija rudničarski proletariat, in: Izvestija na Institutata po istorija na BKP 3 - 4/1958, S. 89 - 135; Rajkov, Rusi, Materiali po položieneto, organizaciite i borbite na stroitelnite rabotnici v Bǎlgarija 1878 - 1944, Sofia 1954; Chadžinikolov, Veselin/Mladenov, Dimitǎr/Isusov, Mito/Georgiev, Angel/Vasilev, Vasil, Staðnite borbi na rabotničeskata klasa v Bǎlgarija, Sofia 1960; Mladenov, Dimitǎr, Pojava na fabričnija proletariat v Bǎlgarija, Sofia 1961; Zlatinčev, Jordan, Borbata za trudovo zakonodatelstvo v Bǎlgarija, Sofia 1961; Jordanov, Georgi, Kǎm vǎprosa za formiraneto na minnija proletariat v Bǎlgarija, in: Profesǎjuzni letopisi, 1/1962, S. 43 - 79; Vasilev, Vasil, Bezrabotnicata i socialnoto osigurjavane na bezrabotnite v Bǎlgarija po vreme na svetovnata stopanska kriza ot 1929 - 1933 g., in: ebenda, 4/1965, S. 69 - 91; Lambrev, Kiril, Rabotničeskoto i profesionalno dviženie v Bǎlgarija 1891 - 1903, Sofia 1966; Georgiev, Georgi/Velikov, Stefan/Jordanov, Georgi/Kostov, Ivan, Organizacii i borbi na bǎlgarskite rudničari 1877 - 1944, Sofia 1967; Georgiev, Georgi, Formirane na Promišlenija proletariat ot industrijata za chrani i pitijeta. 1878 - 1912, in: Godišnik na Muzeja za revoljucionno dviženie v Bǎlgarija, 2/1967; Berov, Ljuben, Položenieto na rabotničeskata klasa v Bǎlgarija pri kapitalizma, Sofia 1968; Dankov, Petǎr, Razvitie i borbi na rabotničeskija dǎrvodelski sǎjuz v Bǎlgarija. 1903 - 1944, Sofia 1969; Vasilev, Vasil/Cervendineva, Maria/Erelijska, Maria/Canev, Petǎr, Tekstilci. Organizacija i borbi na tekstilnite rabotnici v Bǎlgarija 1878 - 1944, Sofia 1970.

26 Berov, Ljuben, Wages in the Balkan Lands during the Manufacturing Capitalism and the Industrial Revolution, in: Bulgarian Historical Review, 4/1978, S. 34 - 58; derselbe, Le salaire des ouvriers qualifičes dans les pays balkaniques au cours de la periode du capitalisme manufacturier et de la revolution industrielle, in: Etudes balkaniques, 1/1978, S. 30 - 54; derselbe, Le salaire des fonctionnaires d'Etat et du secteur municipal dans les pays balkaniques pendant le capitalisme manufacturier et la Revolution industrielle, in: ebenda, 1/1980, S. 58 - 86; derselbe, Tendenzen der Reallohnentwicklung in den Balkanländern im Kapitalismus (bis 1944), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1973, S. 57 - 78; u. a.

27 Conev, Stefan/Bliznakov, Petko, Ikonomičeski predpostavki na socialističeskata revoljucija v Bǎlgarija, Varna 1964; Ikonomikata na Bǎlgarija do socialističeskata revoljucija, Bd. 1, Sofia 1969; Berov, Ljuben, Ikonomičeskoto razvitie na Bǎlgarija prez vekovete, Sofia 1974; Natan, Žak/Berov, Ljuben/Conev, Stefan/Goranov, Petǎr, Istorija na ikonomičeskata misǎl v Bǎlgarija, Bd. 1, Sofia 1971, Bd. 2, Sofia 1974; Sto godini bǎlgarska ikonomika, Sofia 1978; Stopanska istorija na Bǎlgarija 681 - 1981, Sofia 1981; Istorija na finansovata o kreditnata sistema v Bǎlgarija, Bd. 1, Varna 1981, Bd. 2, Varna 1983.

28 Slavčeva-Ribarova, Canka, Bǎlgarija prez epochata na socializma. Istoričeska bibliografija 1944 - 1984, Sofia 1986. Die Bibliographie umfaßt auch einige wichtigere Veröffentlichungen aus den Jahren 1985 und 1986.

sten Untersuchungen sind jedoch einzelnen Wirtschaftszweigen gewidmet, besonders der Landwirtschaft.

In den letzten zwei Jahrzehnten wuchs auch das wissenschaftliche Interesse an den Außenwirtschaftsbeziehungen Bulgariens. Allgemeine Arbeiten dazu gibt es allerdings verhältnismäßig wenig. Beeindruckend ist jedoch die Vielzahl an Untersuchungen zu verschiedenen Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, besonders mit der Sowjetunion. Eine verhältnismäßig große Gruppe bilden auch die Veröffentlichungen über die Beteiligung Bulgariens am RGW, während die Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen und Entwicklungsländern sich noch in der Anfangsetappe der Forschung befinden.

Der begrenzte Umfang dieses Artikels ermöglicht nur eine kurze Übersicht über die vorhandenen Untersuchungen sowie einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die besten Leistungen und die ungelösten Probleme. Leider muß generell festgestellt werden, daß die Anzahl der Titel die Bedeutsamkeit und Vielfalt der bulgarischen Wirtschaftshistoriographie lediglich quantitativ, nicht aber auch nur annähernd qualitativ widerspiegelt.

Da Lehrstühle und wissenschaftliche Struktureinheiten für Wirtschaftsgeschichte in Bulgarien fehlen, sind die Forscher gezwungen, in eine komplizierte interdisziplinäre Wissenschaft ohne theoretische und methodische Ausbildung einzutreten. Schwierigkeiten bereiten u. a. auch das Fehlen offizieller statistischer Angaben über einzelne Jahre der Übergangsperiode und die langsamen Fortschritte im Umgang mit statistischen Methoden zur Wiedergabe einer Reihe von Kennziffern der Wirtschaft. Trotz positiver Veränderungen gewährleistet die Benutzungsordnung der Archive immer noch nicht den Zugang zu allen dokumentarischen Quellen, nicht einmal für die frühen Jahre der Volksrepublik Bulgarien. Nicht zuletzt wird die objektive Analyse und Einschätzung der zu untersuchenden Prozesse auch durch systembedingte Abstriche und Konzessionen an die Tagespolitik erschwert.

Nach dem Kriterium der disziplinären Position geht die überwiegende Zahl der Untersuchungen auf Bemühungen bulgarischer Wirtschaftswissenschaftler zurück. Ein großer Teil davon sind jedoch problemspezifische theoretische Werke mit einem begrenzten wissenschaftlichen Apparat. Wenn aber das Faktenmaterial ungenügend untersucht wurde, sind übereilte oder sogar falsche Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen die Folge. In einem anderen, nicht geringen Teil der Arbeiten wurde Faktenmaterial ausgewählt, das einzig und allein zum Nachweis von a priori angenommenen Thesen dient.

Als bedeutende Leistungen von Wirtschaftswissenschaftlern können die Kapitel über die "Volksrepublik Bulgarien" in den beiden Monographien von Lüben Berov²⁹) und eine Gemeinschaftsuntersuchung "Über die sozialistische Wirtschaft Bulgariens"³⁰) genannt werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient aber auch der 2. Band der mehrbändigen Ausgabe "Die Wirtschaft Bulgariens".³¹) Als wesentlicher Erfolg gemeinsamer Bemühungen bulgarischer Ökonomen und Historiker ist auch die Jubiläumsausgabe der Wirtschaftsgeschichte Bulgariens anlässlich des 1 300jährigen Bestehens des bulgarischen Staates zu erwähnen.³²) Das hohe Fachwissen der Autoren sowie die gewissenhafte Auswertung gedruckter Quellen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß keine der erwähnten Arbeiten auf der Grundlage systematischer Erforschung von Archivadokumenten entstand.

29 Berov, Ikonomičeskoto razvitie na Bălgarija ...; derselbe, Istoriija ikonomičeskogo razvitija Bolgarii, Sofia 1986.

30 30 godini ikonomika na NRB, Sofia 1974.

31 Ikonomikata na Bălgarija prez prechodnija period ot kapitalizma kăm socializma, Bd. 2, Sofia 1972.

32 Stopanska istorija na Bălgarija ..., Sofia 1981.

Zur zweiten Hauptgruppe von Publikationen gehören vor allem dokumentarische Untersuchungen bulgarischer Historiker. Leider haben nur wenige von ihnen längeres Forschungsinteresse an Problemen der Wirtschaftsgeschichte und der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Die begrenzte Zahl von Fachleuten und der für die historische Einschätzung erforderliche Zeitabstand sind die Hauptursachen dafür, daß in den dokumentarischen Untersuchungen die erste Etappe der Volksrepublik Bulgarien (1944 - 1948) verhältnismäßig am besten erforscht ist.

Einige der ersten Arbeiten in der bulgarischen Geschichtsschreibung über die Jahre 1944 bis 1948 beziehen sich auf die Reduzierung und Liquidierung des Privateigentums in der Industrie. Fragen der Arbeiterkontrolle, der Formen des Staatskapitalismus, der Wirtschaftsreformen und der Verstaatlichung werden in einer Reihe von Studien und Artikeln betrachtet.(33) Spezielle Beachtung verdient von ihnen die zusammenfassende monographische Untersuchung von Petko Petkov, die bereits 1965 erschien.(34) Ein großer Teil der genannten Fragen wird auch in der Monographie von Mito Isusov untersucht.(35)

Dokumentarisch untersucht werden auch einige Fragen, die sich auf den Wiederaufbauprozess in der Industrie und die Anfangsetappe in der Planung der Industrieproduktion beziehen.(36) Die Umstellung der Landwirtschaft auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse nach 1944 ist in einem Artikel von Mito Isusov(37) behandelt worden. Einzelne Artikel von Isusov(38) und Zlatko Zlatev(39) stellen zusammenfassende Forschungen über die sozialökonomischen Umgestaltungen im Zeitraum von 1944 bis 1948 dar.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen Bulgariens im Zeitraum des Wiederaufbaus werden zusammenfassend nur in einem Artikel von Zlatev untersucht.(40) Der überwiegende Teil der Publikationen auf diesem Gebiet ist mit Recht den bulgarisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet. Davon verdienen die Arbeiten von

- 33 Näheres dazu bei Zlatev, Zlatko, Istoriofografija na socialističeskoto stroitelstvo v Bălgarija, in: Problemi na bălgarskata istoriofografija, Sofia 1973, S. 515 - 535.
- 34 Petkov, Petko, Likvidirane na kapitalističeskata sobstvenost v promišlenostta na Bălgarija, Sofia 1965.
- 35 Isusov, Mito, Robotničeskata klasa v Bălgarija 1944 - 1947, Sofia 1971.
- 36 Hier seien nur folgende Untersuchungen erwähnt: Simov, B./Blagoev, Blagoj/Aklanjan, Ovanes, Văzstanovjavane i razvitie na promišlenostta v NRB 1944 - 1948, Sofia 1968; Zlatev, Zlatko, Dvegodišnijat narodostopanski plan. 1947 - 1948, in: Večkove, Sofija, 5/1980, S. 17 - 31.
- 37 Isusov, Mito, Dviženieto za kooperativno obrabotvane na zemjata v Bălgarija 1944 - 1947 g., in: Istoričeski pregled, 2 - 3/1969.
- 38 Derselbe, Strukturnye izmenenija v ekonomike Bolgarii, 1944 - 1947 gg., in: Sovetskij Sojuz, 4/1970.
- 39 Zlatev, Zlatko, Socialno-ikonomičeski preobrazovanija v Bălgarija. 1944 - 1948 g., in: Istoričeski pregled, 1/1981, S. 3 - 21.
- 40 Derselbe, Meždunarodni ikonomičeski otnošenija na Bălgarija 1944 - 1948 g., in: Meždunarodni otnošenija i vāšna politika na Bălgarija sled Vtorata svetovna vojna, Sofia 1982, S. 201 - 251.

Angel Nakov(41), Petăr Goranov(42) und besonders von Zlatko Zlatev(43) die meiste Aufmerksamkeit.

Trotz der durchgeführten Untersuchungen gibt es noch zahlreiche ungeklärte Fragen zum Inhalt, Charakter, zu den Besonderheiten und Hauptzielen der Wirtschaftspolitik der Staatsmacht in der Zeit des Wiederaufbaus. So stehen vor der bulgarischen Geschichtsschreibung als bisher unbewältigte Aufgaben: die Rolle der Kontinuität, des privaten, staatlichen und des genossenschaftlichen Sektors in der Wirtschaft; das Tempo und die Besonderheiten der sozialökonomischen Veränderungen in allen Wirtschaftszweigen; die quantitativen Relationen zwischen Wieder- und Neuaufbau. Sehr wenig sind auch die Wiederherstellung und Umorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen Bulgariens nach dem Krieg, die Beteiligung und das Schicksal des ausländischen Kapitals in der bulgarischen Wirtschaft erforscht.

Trotz vieler Publikationen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im ersten und zweiten Fünfjahrplan gibt es verhältnismäßig wenige ausführliche dokumentarische Untersuchungen darüber.

Zu Problemen der Industrialisierung liegt eine Reihe von Untersuchungen im wesentlichen in Form von Studien und Artikeln vor.(44) Auf die Kollektivierung in der Landwirtschaft gehen unter historischem Aspekt Minka Trifonova(45) und Vladimir Migev(46) in ihren Arbeiten ein. Den sozialökonomischen Prozessen in beiden Wirtschaftsbereichen sind auch nicht wenige regionale Forschungen gewidmet.

In Arbeiten von Dimităr Ludžev wird das Problem der Veränderungen bei der kleinen Warenproduktion in den Städten betrachtet.(47) Die mit der sozialökonomischen Umgestaltung in den 50er Jahren verbundenen demographischen Probleme werden

- 41 Nakov, Angel, Pomoštta na Săvetskija sājuz za vāzstanovjavane na našeto narodno stopanstvo. 1944 - 1998, in: Plamāk, 2/1963, S. 108 - 141; derselbe, Bālgaro-sāvetski otnošenija. 1944 - 1948 g., Sofia 1978.
- 42 Goranov, Petăr, Ikonomičeskata pomošt, okazana ot Săvetskija sājuz za razvitioto na našeto narodno stopanstvo, in: Istoričeski pregled, 4/1950, S. 65 - 94; derselbe, Vāzstanovjavane i razvitie na bālgaro-sāvetskite tārgovski vrāzki. 1944 - 1948 g., in: Izsledvanija po bālgarska istorija, Veliko Tārново 1981, S. 213 - 272. - Von diesem Autor stammen auch einige Artikel über die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen Bulgarien und der UdSSR.
- 43 Zlatev, Zlatko, Stopanskite otnošenija meždū Bālgarija i Săvetskija sājuz 1944 - 1948, in: Oktomvrijskata revoljucija i bālgaro-sāvetskata družba, Sofia 1967, S. 275 - 307.
- 44 Erwähnt sei hier nur die Studie Zlatev, Zlatko, Socialist Industrialization in Bulgaria, in: Problems of the Transition from Capitalism to Socialism in Bulgaria, Sofia 1975, S. 173 - 200.
- 45 Trifonova ist Autorin einer Reihe von Artikeln und der Monographie Trifonova, Minka, BKP i socialističeskoto preustrojstvo na selskoto stopanstvo 1944 - 1958, Sofia 1981.
- 46 Migev, Vladimir, Častnyj sektor v bolgarskom sel'skom chozjajstve v period perechoda ot kapitalizma k socializmu. 1948 - 1959, in: Etudes historiques, 11/1983, S. 213 - 238; derselbe, Za etapite v kooperiraneto v selskoto stopanstvo v Bālgarija. 1944 - 1959, in: Vekove, 1/1984, S. 47 - 59; derselbe, Borбата sreštū kulāčestvoto i negovoto likvidirane v Bālgarija. 1944 - 1958, in: Izvestija na Instituta za istorija, Bd. 27, Sofia 1984, S. 40 - 84.
- 47 Ludžev, Dimităr, Drebnata buržoazia v Bālgarija 1944 - 1958, Sofia 1958.

von Boika Vasileva untersucht.(48) Mit einer monographischen Untersuchung unternimmt Zlatko Zlatev einen ersten Versuch zur theoretischen Interpretation und Verallgemeinerung der Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in Bulgarien.(49)

1986 erschien als zweite Monographie von Zlatev die bisher umfassendste dokumentarische Untersuchung der bulgarisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im gesamten Übergangszeitraum.(50) In den Arbeiten von Gospodinka Nikova, die der Mitgliedschaft Bulgariens im RGW und der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen RGW-Staaten gewidmet sind, wird ein wichtiger Problembereich erläutert, der im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen Bulgariens zum einen und dessen wirtschaftlicher Entwicklung in den 50er Jahren zum anderen steht.(51)

Die vorgelegte Übersicht über die wirtschaftsgeschichtliche Literatur in Bulgarien umreißt bei aller Unvollständigkeit den offensichtlichen Fortschritt in der bulgarischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung nach 1944. Dennoch gibt es immer noch ungenügend oder überhaupt nicht erforschte Seiten des jahrhundertealten wirtschaftsgeschichtlichen Prozesses.

Eine vollkommenere und genauere Antwort gilt es noch auf Fragen der alten Geschichte zu suchen, und zwar über den Eindringungsgrad der Sklavereiverhältnisse vor und während des römischen Einfalls, über die Lage der freien Bauern und das Ausmaß der Vermögensdifferenzierung. Die spärlichen Geschichtsinformationen über diese frühe Epoche erfordern eine komplexere Erforschung des Sklavereisystems in den Gebieten an der südlichen Donau und den benachbarten Territorien auf der Grundlage der Gesamtheit aller möglichen Beweismittel.

Ungenügend geklärt sind auch die Prozesse der Feudalisierung im bulgarischen Staat bis zum Ende des 11. Jh., der Entwicklungsgrad der Ware-Geld-Beziehungen und der Charakter der mittelalterlichen bulgarischen Städte. Die große Vielfalt im sozialen und rechtlichen Status der abhängigen Feudalbevölkerung im 13. und 14. Jh. sowie die quantitativen und qualitativen Unterschiede in der Feudalrente erfordern ebenfalls weitere Forschungen zur Klärung des Charakters und der Spezifik des entwickelten Feudalismus in Bulgarien bis zum Beginn der osmanischen Fremdherrschaft. Immer noch verhältnismäßig schwach erforscht sind das Niveau der Handwerkstechnik, Anzahl und Status der Handwerker und Händler und deren Rolle im Wirtschaftsleben.

Nicht wenig ungeklärte Probleme gibt es aus der Zeit der osmanischen Fremdherrschaft, wie der Zustand der Wirtschaft in den ersten Jahrhunderten und die Rolle der Kontinuität in der sozialökonomischen Entwicklung des unterworfenen Landes. Eine Reihe von Fragen des türkischen Feudalismus und der folgenden Jahrhunderte bedarf einer vertieften wissenschaftlichen Forschung: die ökonomische Charakteristik des militärischen Dienstlebenssystems im Osmanischen Reich, der Zerfall des Groß-

48 Vasileva, Boika, Problemi na urbanizacijata i migracionnite procesi v Bălgarija prez prechodnija period, in: Izvestija na Instituta za istorija, Bd. 27, Sofia 1948, S. 85 - 124.

49 Zlatev, Zlatko, Problemi na prechoda ot kapitalizma kaŕm socializma v Bălgarija, Sofia 1982.

50 Derselbe, Bălgaro-săvetski ikonomičeski otnošenija. 1944 - 1958, Sofia 1986.

51 Nikova, Gospodinka, Săvetăt za ikonomičeska vzaimopomošt i Bălgarija 1949 - 1960 g., Sofia 1988; dieselbe, Naučno-tehničeskoto sătrudničestvo na Bălgarija sas stranite ot Săveta za ikonomičeska vzaimopomošt. 1949 - 1956 g., in: Istoričeski pregled, 2/1977, S. 47 - 58; dieselbe, Săvetăt za ikonomičeska vzaimopomošt i stopanskoto sătrudničestvo meždū Bălgarija i GDR. 1949 - 1956, in: Bălgarogermanski otnošenija i vrăzki, Bd. 3, Sofia 1981, S. 396 - 425; dieselbe, Săvetăt za ikonomičeska vzaimopomošt i bălgaro-săvetskite otnošenija. 1949 - 1957 g., in: Bălgaro-săvetski otnošenija i vrăzki, Sofia 1987.

grundbesitzes und die Entwicklung neuer Elemente in der sozialökonomischen Struktur des osmanischen Staates sowie die Beziehungen der Immobilien, die der Kirche zu Wohltätigkeitszwecken übergeben wurden, zur Ökonomie der Städte, das Eindringen kapitalistischer Verhältnisse usw.

Trotz der beachtlichen Zahl von Untersuchungen zur kapitalistischen Wirtschaft existieren auch in der Wirtschaftsgeschichte des Zeitraums von 1878 bis 1944 "weiße Flecken". Die soziale Struktur der bürgerlichen Gesellschaft wie auch ihre Entwicklung sind Themen, die in der bulgarischen Geschichtsschreibung bisher kaum behandelt wurden. Sie sind aber außerordentlich wichtig, um das politische System und die gesellschaftliche Entwicklung des Landes in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen richtig zu verstehen. Immer akuter spürt man die Notwendigkeit, bei einigen im nationalen Maßstab ausgearbeiteten wesentlichen Fragen zu vergleichenden Untersuchungen überzugehen, die eine Betrachtung des bulgarischen wirtschaftsgeschichtlichen Prozesses in seinem natürlichen Zusammenhang und seiner Wechselwirkung mit demselben Prozeß in den Balkanländern und den übrigen europäischen Ländern ermöglichen.

Die bisherigen Untersuchungen zur Wirtschaft in der Volksrepublik Bulgarien geben ebenfalls keine Antwort auf eine Reihe von grundlegenden Problemen. Immer noch fehlen konkrete dokumentarische Analysen zur Entwicklung der Industrie und der anderen Wirtschaftszweige in den einzelnen Fünfjahrplanzeiträumen. Es wurden bisher keine genauen wissenschaftlichen Kriterien für die Bestimmung der Dauer, der Etappen, des Tempos und des tatsächlichen Niveaus der materiall-technischen Basis in der Industrie aufgestellt. Diese und weitere ungelöste Fragen stehen einer präzisen Charakterisierung des Industrialisierungsprozesses insgesamt entgegen.

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es keinen einheitlichen Standpunkt zu den Etappen und zur Zweckmäßigkeit der beschlossenen Reformen, des Tempos und der Methoden der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Alle positiven und negativen Folgen der im Übergangszeitraum vollzogenen Kollektivierung sind historisch nicht eingeschätzt.

Immer akuter wird in der wissenschaftlichen Literatur die Notwendigkeit dokumentarischer Untersuchungen zu verallgemeinernden Problemen wie beispielsweise die Evolution der Konzeptionen, Strukturen und Methoden der Wirtschaftsführung. Erforderlich sind auch objektivere Kriterien zur Periodisierung der Entwicklung der Produktivkräfte und der sich vollziehenden strukturellen Veränderungen in der bulgarischen Wirtschaft.

Um die bulgarische Außenwirtschaftspolitik vollständig zu verfolgen, ist die Zahl von dokumentarischen Untersuchungen zu den bilateralen Beziehungen und wirtschaftlichen Verbindungen Bulgariens mit den verschiedenen Staatengruppen zu gering. Immer noch nicht konkret geklärt sind die Rolle der Wirtschaftsbeziehungen bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, der Einfluß des äußeren Faktors, der internationalen politischen Lage, der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der Integrationsprozesse in der Welt. Nicht präzisiert sind die Kriterien für einen analytischen Vergleich mit dem Niveau der internationalen Wirtschaft.

Die Vervollkommnung der theoretischen Grundsätze des Wirtschaftsmechanismus und ihrer praktischen Anwendung setzen vor allem eine objektive historische Einschätzung der vergangenen Etappen der ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien voraus. Dazu brauchen wir tiefgreifende, problemspezifische und verallgemeinernde Untersuchungen auf der Grundlage einer systematischen Erforschung des Faktenmaterials und genauer wissenschaftlicher Methoden zur Analyse und theoretischen Synthese. Solche Untersuchungen erfordern die Vereinigung der schöpferischen Kräfte und der Forschungsmethoden der bulgarischen Historiker und Ökonomen wie auch eine ruhigere Atmosphäre zur wissenschaftlichen Interpretation der Schwierigkeiten und sogar der negativen Folgen der bisherigen theoretischen und praktischen Erfahrungen.

LITERATURKRITIK

Die Agrarreformen in Deutschland als Thema der Forschung

Georg Moll, "Preußischer Weg" und bürgerliche Umwälzung in Deutschland

Hermann Böhlhaus Nachfolger, Weimar 1988, 331 S., 52,- M

von Hartmut Harnisch

Die Überwindung der Feudalordnung auf dem Lande und der Übergang zu einer kapitalistischen Landwirtschaft erfolgte in der deutschen Staatenwelt ostwärts des Rheins bekanntlich durch Reformen. Das historisch bedeutungsvollste Ergebnis dieses reformerischen Weges wird man darin sehen müssen, daß sich tatsächlich eine kapitalistische Agrargesellschaft herausbilden konnte, gleichzeitig aber die Reformen legislatorisch so verankert und dann auch durchgeführt wurden, daß die alte Herrenklasse weiterhin in Staat und Gesellschaft dominierend blieb.

Der reformerische Wandel von der noch überwiegend feudal geprägten Agrarstruktur zu einer kapitalistischen Landwirtschaft stellt zweifellos allein schon deshalb den Basisprozeß der gesamten bürgerlichen Umwälzung dar, weil von ihm direkt oder indirekt etwa drei Viertel der Gesamtbevölkerung betroffen wurde. Aber die Auswirkungen reichen viel weiter. Die Agrarreformen erlangten nach der zwar umstrittenen, aber keineswegs widerlegten Auffassung einer Reihe von Forschern unmittelbar entscheidende Bedeutung für ein verstärktes Wachstum der Volkswirtschaft insgesamt und letztlich damit auch für das Einsetzen der industriellen Revolution.(1) Schließlich hatten darüber hinaus die grundlegenden Veränderungen in der Rechtsstellung der unmittelbaren ländlichen Produzenten, der Wandel in der Eigentumsordnung an Grund und Boden einschließlich der Herausbildung eines kapitalistischen Bodenmarktes sowie die sich beschleunigende soziale Differenzierung der Landbevölkerung bisher noch kaum erforschte Veränderungen in den Mentalitäten und den gesellschaftlichen - darin einbezogen auch den politischen - Denk- und Verhaltensweisen der betroffenen Schichten und Gruppen zur Folge. Die Herausbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist in der Tat ganz entscheidend von diesen Agrarreformen beeinflusst worden.

Der Bedeutung des hier knapp umrissenen Themenspektrums entspricht das andauernde intensive Interesse der Forschung. Die Literatur dazu ist sehr umfangreich geworden.(2) Das Buch von Georg Moll, eine stark überarbeitete Promotion B, erscheint zweifellos zu einem günstigen Zeitpunkt. Einerseits liegen aus den letzten Jahrzehnten zahlreiche neue Forschungsergebnisse vor, so daß eine regional übergreifende, systematisierende Zusammenfassung sowohl fällig als auch möglich geworden ist. Die Agrarreformen als Bestandteil des umfassenden Prozesses der bürgerlichen Umwälzung aufzufassen fordert aber auch gleichzeitig zahlreiche neue Fragestellungen heraus, die teils erst zu thematisieren, teils auch nur präziser zu formulieren waren. Man wird an ein solches Buch hohe Anforderungen stellen und große Erwartungen hegen.

1 Zur Diskussion darüber vgl. Harnisch, Hartmut, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, hg. v. Friedrich Beck, Bd. 19, Weimar 1984, S. 101 ff.

2 Das zeigt das Literaturverzeichnis von Moll; vgl. auch den klaren, konzisen Abriß von Dipper, Christof, Die Bauernbefreiung in Deutschland, Stuttgart 1980.

Moll hat seine Zielstellungen in der Einleitung formuliert, allerdings in sehr knapper Form. Sein Grundanliegen besteht darin, "den 'preußischen Weg' der Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft in den Prozeß der bürgerlichen Umwälzung, der sich in Deutschland zwischen 1789 und 1871 vollzog, einzuordnen" (S. 7). Es geht ihm "primär um die Aufdeckung des konkret-historischen Zusammenhangs zwischen dem Weg kapitalistischer Agrarrevolution und dem Typ gesamtgesellschaftlicher Umgestaltung in der deutschen Geschichte" (S. 7). Damit soll zugleich ein Beitrag zur "Rolle der bäuerlichen Komponente im bürgerlichen Revolutionszyklus geleistet werden" (S. 7). Als weiteres zentrales Anliegen seiner Untersuchungen bezeichnet Moll eine vergleichende Analyse der Bauernbefreiung unter den realhistorisch vorgegebenen Bedingungen der Gutsherrschaft einerseits und der Grundherrschaft andererseits. (S. 8)

Diesen Zielstellungen kann ich insgesamt zustimmen. Sie sind allerdings auch so allgemein gehalten, daß alle im Rahmen der Gesamtthematik relevanten Probleme darunter behandelt werden können. Erst bei weiterer Lektüre wird deutlich, daß der Verfasser wesentliche Fragen, die bei überregionalen Vergleichen unverzichtbar sind, überhaupt nicht aufgegriffen hat.

Um der selbstgesetzten Zielstellung gerecht werden zu können, eine vergleichende Analyse der Agrarreformen in verschiedenen deutschen Staaten vorzulegen, wäre allerdings eingangs eine präzise Darlegung dessen erforderlich gewesen, was nach dem Verständnis des Verfassers eigentlich unter "bürgerlichen Agrarreformen" bzw. unter kapitalistischer Agrarentwicklung zu erwarten ist. Merkwürdigerweise hat Moll sich zu dieser Grundsatzfrage nicht geäußert. Mehr beiläufig heißt es in der Fallstudie über Bayern, daß eine der Hauptaufgaben in der "Herstellung des unbeschränkten bürgerlichen Eigentums bestand" (S. 245 f.). Das ist natürlich richtig, aber kaum ausreichend.

Natürlich ist Moll vollkommen zuzustimmen, wenn er sich auf einige charakteristische Fälle der bürgerlichen Agrarumwälzung in der deutschen Staatenwelt des 19. Jh. beschränkt. Es konnte sich hier nicht um einen vollständigen Katalog nebst Kommentar der in den Einzelstaaten ergangenen Agrarreformgesetze handeln.³ Die eigentliche Aufgabe mußte vielmehr darin bestehen, typische Ausgangslagen, Entscheidungssituationen und Ereignisabläufe auszuwählen, vergleichend zu analysieren und schließlich die für die deutsche und darüber hinaus vielleicht sogar für die allgemeine Geschichte wesentlichen Ergebnisse herauszuarbeiten sowie zu verallgemeinern.

Moll geht bei der Auswahl der in seine Untersuchungen einbezogenen Territorialstaaten von den am Ende der Feudalzeit signifikant ausgeprägten Unterschieden der Agrarverfassung mit dem gewichtigen Argument aus, "daß der feudale Agrardualismus unter den Bedingungen des 'preußischen Weges' die Hauptursache für die divergierende kapitalistische Agrarentwicklung in den Gebieten mehr vorherrschender Gutsherrschaft östlich der Elbe bzw. dominierender Grundherrschaft westlich der Elbe bildet" (S. 8).

Unter dieser Prämisse werden die Agrarreformen in Preußen, Mecklenburg und Schleswig-Holstein in besonderen Kapiteln als Fallstudien der bürgerlichen Agrarumwälzung unter den Ausgangsbedingungen einer gutsherrschaftlichen Struktur behandelt. Ein Kapitel ist dem Königreich Sachsen gewidmet, das Moll, etwas unglücklich, in agrarstruktureller Hinsicht als "Mischgebiet" bezeichnet (S. 8). Alle übrigen "Fälle" werden unter dem großen Kapitel "Der 'preußische Weg' in der westelbischen Landwirtschaft" dargestellt. Darunter werden also sowohl die der Agrargesetzgebung der Großen Französischen Revolution durch zeitweise staatliche Inkorporation in Frank-

3 Eine solche Zusammenstellung bietet das Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, hg. v. Helmut Coing, Bd. 3, 2. Halbbd., München 1982, S. 1 721 - 1 757: IV. Die Gesetzgebung zur Neuordnung der Agrarverfassung.

reich direkt unterworfenen Gebiete westlich des Rheins, ferner die Klientelstaaten Napoleons auf deutschem Boden, wie das Königreich Westfalen, und schließlich auch diejenigen Rheinbundstaaten, die unter dem Einfluß Frankreichs Agrarreformen einleiteten, abgehandelt. Das abschließende fünfte Kapitel "'Preußischer Weg' der kapitalistischen Agrarentwicklung und reformerischer Typ der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte" ist als ausführliche Problem- und Ergebnisdiskussion angelegt.

Entstanden ist auf diese Weise eine Reihe von Fallstudien; die übergreifenden Probleme der kapitalistischen Agrarumwälzung auf dem Wege einer Reform sowie die Diskussion der Ergebnisse und Langzeitwirkungen bleiben weitgehend dem Schlußkapitel vorbehalten. Selbstverständlich kann so vorgegangen werden. Sofern eine klare Leitlinie über Grundbegriffe, Zielstellungen und Vorgehensweise gegeben wird, ist dieser Weg, die Stoffmassen überschaubar und für eine abschließende Theoriediskussion greifbar zu machen, ganz ohne Frage möglich und machbar. Ob allerdings dieses Vorgehen im Sinne einer vergleichenden Analyse besonders problemträchtig und ergiebig ist, mag bezweifelt werden. Sehr viel hängt dabei tatsächlich von der zusammenfassenden Problemdiskussion ab, mindestens ebensoviel jedoch von einer überzeugenden Leitlinie.

Diese Leitlinie ist gegeben in den von W. I. Lenin herausgearbeiteten beiden objektiv möglichen Wegen bei der Umwälzung von feudalen zu kapitalistischen Agrarverhältnissen, dem amerikanischen und dem preußischen Weg, oder, anders ausgedrückt, der revolutionären oder der reformerischen Überwindung der alten Feudalordnung auf dem Lande.⁽⁴⁾ Es geht darum, ob die Bauern das Eigentum an ihren Höfen durch eine entschädigungslose Enteignung der Feudalität erhielten oder auf dem Wege des Loskaufs, also der Entschädigungsleistungen an die Feudalherren aufgrund von Agrarreformgesetzen für die Beseitigung der feudalen Bindungen und Lasten. Diese "Wegeproblematik", wie vielfach und verkürzend gesagt wird, ist in der Tat die erste, grundsätzlich entscheidende Frage für den Weg der ländlichen Gesellschaft in den Kapitalismus und ihre weitere Entwicklung. Nahezu alle Teilaspekte der kapitalistischen Agrarentwicklung hängen von dieser grundsätzlichen Weichenstellung am Ausgangspunkt ab, und vor allem gilt das für die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge bzw. Auswirkungen.

Bevor ich mich spezielleren Fragen zuwende, sind noch zwei allgemeine Vorbemerkungen notwendig. Zum einen geht es um die Unterscheidung zwischen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage des Bauernstandes durch den feudalen Staat und den kapitalistischen Agrarreformen. Moll schließt sich ausdrücklich meiner erstmals 1977 vortragenen Auffassung an,⁽⁵⁾ daß bei allen Untersuchungen zur Modernisierung der Landwirtschaft während des 18. und 19. Jh. sehr sorgsam analysiert werden muß, ob es sich um Reformmaßnahmen handelte, die ungeachtet aller Fortschritte dennoch im Rahmen feudalrechtlicher Normen blieben und das Feudalsystem im Prinzip nur modifizierten, aber eben nicht auf seine Auflösung abzielten, oder aber, ob Reformgesetze ergingen, die auf eine vollständige ökonomische und juristische Auflösung des hergebrachten feudalherrlich-bäuerlichen Verbandes hinausliefen.

Am 21. September 1810 schrieb der preußische Innenminister Graf Dohna, daß gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden müßten, die es jedermann ermöglichen würden, gegen Entschädigungen an die bisherigen Grundherren "sich ein unabhängiges reines, bloß mit den unvermeidlichen öffentlichen und Kommunallasten behaftetes Eigentum zu schaffen"⁽⁶⁾. Das ist in der Tat die Substanz einer Agrarreform, die wir als bürgerlich-kapitalistisch charakterisieren können.

4 Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 - 1907, in: Lenin, Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 13, S. 236.

5 Harnisch, Hartmut, Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 3/1977, S. 129 - 153; Moll, S. 24 f.

6 Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Rep. 87 B, Nr. 17124, fol. 203.

In allen deutschen Staaten sind letztlich und endlich Agrarreformgesetze erlassen worden, die die Herausbildung eines juristisch unabhängigen Bauerneigentums ermöglichten und dann auch zum Ergebnis hatten. Im konkret historischen Verlauf gab es dabei bekanntlich zwischen den deutschen Einzelstaaten bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 beträchtliche Unterschiede. Die dabei zu beachtenden grundsätzlichen juristischen Sachverhalte hat sich Moll offenbar nicht genügend vergegenwärtigt oder doch jedenfalls nicht konsequent im Auge behalten. Anders lassen sich bestimmte Fehlurteile und Widersprüche bei ihm nicht erklären.

Die zweite allgemeine Vorbemerkung betrifft die Reichweite und die Anwendung des Begriffs "preußischer Weg". Für das Verständnis der einzelnen Teilstudien und das Thema der "Wegeproblematik" ist wichtig zu erwähnen, daß Moll sich grundsätzlich der erstmals 1969 von seinem Lehrer Gerhard Heitz vorgetragenen Meinung anschließt, alle Formen des "Loskaufs" als Varianten des preußischen Weges aufzufassen. Der preußische Weg kapitalistischer Agrarumwälzung ist danach nicht primär durch das Hinüberwachsen der feudalherrlichen Fronhofswirtschaft in die kapitalistische Junkerwirtschaft charakterisiert, sondern durch die Entschädigungsleistungen der Bauern an ihre alten Herren. Unter dieser Voraussetzung erfolgte auch in den Gebieten zwischen Elbe und Rhein die Bauernbefreiung auf dem 'preußischen Wege'.

Nunmehr wende ich mich spezielleren Fragen zu. Eine kritische Betrachtung sämtlicher Fallstudien ist hier weder möglich noch notwendig. Ich beschränke mich auf Beispiele. Mit Ausnahme der zeitweise zu Frankreich gehörenden westrheinischen Gebiete wird vom Verfasser aufgrund der vorliegenden Literatur unter der als Schwerpunkt gesetzten theoretischen Vorgabe der Wegeproblematik kaum mehr geboten als eine Darstellung der Reformgesetzgebung und einige Kommentare zur Durchführung der Reformen.

Auf eigene Quellenstudien stützt Moll sich bei der Fallstudie über die Bauernbefreiung in den westrheinischen Gebieten. Im Rahmen vergleichender Untersuchungen über die Umwälzung zur bürgerlich-kapitalistischen Agrargesellschaft sind diese Gebiete tatsächlich von größtem Interesse, geht es hier doch gewissermaßen um eine Art Nagelprobe zur Wegeproblematik.

Nach verbreiteter Auffassung wurde in diesen Gebieten mit der Einführung des französischen Rechts auch das in der Großen Revolution geschaffene Agrarrecht eingeführt, wurde also das Feudalregime entschädigungslos beseitigt. Moll setzt sich ausführlich und im Prinzip ablehnend mit dieser Meinung auseinander (S. 175 ff.), ohne sich jedoch "allzutief in das legislatorische Gestrüpp zu verlieren" (S. 179). Dieses Herangehen muß nun einen kritischen Kommentar geradezu herausfordern. Wie sollen derartig tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, wie sie eine Bauernbefreiung doch ganz zweifellos darstellt, ohne sorgsamste Berücksichtigung der Veränderungen in der materiellen Substanz des Rechts am Grund und Boden wie auch der Rechtsbeziehungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Landbevölkerung erforscht werden? Unabhängig davon, ob der Durchbruch zu einer bürgerlich-kapitalistischen Agrargesellschaft durch eine revolutionäre Beseitigung oder eine reformerische Überwindung der alten feudalen Herrschaft bzw. Rechtsordnung erfolgte: Auf jeden Fall entstand dabei doch ein neues Recht, das der Substanz nach bürgerliches Recht war.

Das in der Großen Französischen Revolution geborene Recht wurde in den zeitweise von Frankreich okkupierten Gebieten westlich des Rheins zu verschiedenen Zeitpunkten eingeführt.⁷ Von einer endgültigen Regelung kann für den größten Teil der Region (die Departements Rhin-Moselle, Sarre und Roer) seit dem 23. September 1802

7 Vgl. Dönniges, Wilhelm v., Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preußens, Bd. 2, Berlin 1845, S. 2 f.

gesprochen werden. Seitdem galten, wie schon seit 1793 im gesamten französischen Rechtsgebiet, sämtliche aus feudaler Wurzel herrührenden Rechtstitel entschädigungslos als aufgehoben. Dazu gehörte die Feudalherrschaft als solche, insbesondere die Lehnsherrschaft (das feudale Obereigentum), die Guts- und Gerichtsherrschaft mit allen daran haftenden Rechten, die Zehnten und Zinsen, die Zwangs- und Bannrechte, das herrschaftliche Jagd- und Fischerrecht. Die Bauern erhielten das volle, uneingeschränkte Eigentum an den von ihnen bisher unter feudalen Rechtstiteln genutzten Grundstücken.

Dieser Tatbestand ist es, der zu der in der DDR-Geschichtswissenschaft verbreiteten Auffassung führte(8), in den westrheinischen Gebieten sei die Umwälzung zu kapitalistischen Agrarverhältnissen nach Lenins berühmter Typenbildung auf dem "amerikanischen", also auf revolutionärem Wege erfolgt.

Moll will nun nachweisen, daß es in diesen Gebieten keineswegs zu einer konsequenten Anwendung des revolutionär entstandenen Rechts und damit zur entschädigungslosen Beseitigung des Feudalregimes kam, sondern daß hier vielmehr in einem bisher unbeachteten Ausmaß tatsächlich der Loskauf, also die Variante "preußischer Weg" der Agrarumwälzung, praktiziert worden ist. Er sieht hier ein "Nebeneinander von revolutionären und reformerischen Schritten" (S. 193).

Die Dinge sind kompliziert genug, und sie waren das auch schon für die Zeitgenossen. Die Vertiefung in das "legislatorische Gestrüpp" kann gar nicht intensiv genug betrieben werden. Das Problem, das sich hier herauschält, wird in einem Gesetzeskommentar aus dem vorigen Jahrhundert deutlich angesprochen, wo es heißt: "Die Verleihung des vollen Eigentums erstreckt sich auf die für immer ausgethanen Erbzins- oder Erbpachtsgüter; nicht aber auf Zeitpachtgüter, zu welchen auch diejenigen zu rechnen sind, welche dem Besitzer nur auf Lebenszeit, oder welche bei Verleihung erblich auf höchstens drei Vererbungsfälle oder auf eine Zeit von höchstens 99 Jahren ausgethan sind.

Diese aus den französischen Gesetzen abgeleitete höchst wichtige Folgerung, worüber sich, wie über die Natur der Beschaffenheit der bäuerlichen Güter vielfache Streitigkeiten erhoben haben, ist hinsichtlich des linken Rheinufers noch nicht außer Zweifel gestellt."(9)

Für die immerwährenden Realabgaben, die nur für die Nutzung von Grundstücken geleistet werden mußten, aber keine Lehnqualität beinhalteten, bestand eine gesetzlich geregelte Ablösungsmöglichkeit. Bemerkenswerterweise hat auch die Jacobinerdiktatur auf dem Höhepunkt ihrer Macht zwar die entschädigungslose Beseitigung aller feudalen Rechtstitel durchgesetzt, aber solche Rechtsformen wie die ihrem sozialökonomischen Charakter nach bürgerlich-kapitalistische Zeitpacht ausdrücklich davon ausgenommen.(10) Wenn also Bauern zu Zeitbesitzrecht genutzte Grundstücke als Eigentum erwerben wollten, waren sie auf den Weg der Entschädigung an die bisherigen Besitzer, wenn man will, also des Loskaufs angewiesen. Konflikte waren dadurch vorprogrammiert.

Die bisherigen feudalen Grundherren mußten bei dieser Rechtslage selbstverständlich daran interessiert sein, die Behörden davon zu überzeugen, daß sie ihr Land keineswegs zu Feudalrecht an Bauern ausgegeben hatten, sondern zu einer der verschiedenen Formen von Zeitnutzungsrechten. Da in den Gebieten westlich des Rheins (vor allem am Niederrhein) seit langem derartige Rechtsformen verbreitet waren, gab es da wahrscheinlich vielfältige Ansatzpunkte. Die Bauern wiederum mußten beweisen können, daß sie ihr Land zu feudalem Recht vom Grundherrn erhalten hatten, und sie waren freie, uneingeschränkte Eigentümer ihres Grund und Bodens. Kein Wunder, daß die Gerichte zu tun bekamen.

8 Belege bei Moll, S. 175 f.

9 Dönniges, S. 13.

10 Ebenda, S. 18; Moll, S. 186, Anm. 72.

Es ließe sich vermuten, daß die französische Verwaltung stärker als in den Kernländern geneigt war, in strittigen Fällen über die Rechtsnatur des Bauernlandes zugunsten der alten Aristokratie zu entscheiden, war diese ohnehin zahlenmäßig nur schwach, und die Okkupanten mochten hoffen, in der französisch gebildeten Adelschicht um so eher eine Stütze ihrer Herrschaft zu finden.

Aber kann man auf diese Weise von den bäuerlichen Nutzern aufzubringenden Renten als Ergebnis eines reformerischen Schrittes, also doch wohl als Loskauf, als Element des preußischen Weges einer Bauernbefreiung bezeichnen? Ich denke, daß eine solche Einordnung wohl kaum dem tatsächlichen Entwicklungsprozeß entsprechen würde. Der Begriff "Loskauf" meint in diesem Kontext doch immer die Ablösung feudaler Rechte und Renten mit dem Zweck einer Schaffung bäuerlichen Eigentums in bürgerlich-kapitalistischer Rechtsform. Die Männer, die während der Französischen Revolution als die Promotoren der Zerschlagung des Feudalregimes wirkten, hatten offenkundig einen klaren Begriff von Inhalt und Wesen des Feudalismus. Wenn sie Zeitpacht und verwandte Landnutzungsrechte 1793 ausdrücklich von der entschädigungslosen Enteignung ausnahmen, dann muß man doch annehmen, daß sie diese Rechtstitel nicht als feudal angesehen haben, sondern als eine bereits dem neuen bürgerlichen Rechtsverständnis entsprechende juristische Konstruktion. Die Bestimmungen über die Möglichkeiten zur Ablösung der auf solchen Grundstücken lastenden Renten (11) hatten so gesehen vielleicht eher den Charakter von Festlegungen innerhalb einer bürgerlichen Rechtsordnung. Aber sicher sind hier noch manche grundsätzlichen Fragen zu klären.

Die Fallstudie Sachsens läßt nach Auffassung des Rezensenten einige grundsätzliche Schwächen der Arbeit sehr deutlich werden. Die Agrarreformen im Königreich der Wettiner sind 1968 in der vorzüglichen Arbeit von Reiner Gross dargestellt worden.⁽¹²⁾ Selbstverständlich beruht Molls Buch weitgehend darauf.

Gerade am Beispiel Sachsens ließen sich die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge der Agrarreformen beispielhaft zeigen. Die Landwirtschaft großer Teile des Königreichs - vor allem der sächsischen Tieflandsbucht - war schon lange auf eine Produktion für den Markt eingestellt. Barthold Georg Niebuhr schrieb 1803 in einem Privatbrief, nachdem er die Situation des Bauern im Herzogtum Weimar als elend bezeichnet hatte: "In der Gegend von Leipzig ist er das Gegenteil. Zwar habe ich nicht erfahren können, wie der Landmann dort lebt, nämlich ißt, wohnt und schläft, aber Geld haben sie und sind in den letzten Jahren besonders reich geworden. Eigenthümer sind sie auch, und haben nur Zehnt, Bodenzins und einige Fronen zu entrichten, welche letzteren um Leipzig sehr unbedeutend sind."⁽¹³⁾ Gross zitiert eine Stellungnahme der sächsischen Landstände, wohl aus der Zeit um 1830, die meinten, daß in den Jahren um 1800 wegen der günstigen Lage der Landwirtschaft die Bedingungen für eine Ablösung der feudalen Lasten und Bindungen besonders günstig gewesen wären.⁽¹⁴⁾

Ferner kann man doch annehmen, daß sowohl die sächsische Staatsführung als auch der grundbesitzende Adel aufgrund der Bauernunruhen von 1790 in weiten Teilen des Landes recht genau über Stimmung und Wünsche der Landbevölkerung unterrichtet gewesen sind. Und außerdem war die sächsische Aristokratie bei weitem nicht so

11 Vgl. Dönniges, S. 18. - Das bezieht sich auf den Code civil, Art. 530 § 1.

12 Gross, Reiner, Die bürgerlichen Agrarreformen in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Dresden, hg. v. Horst Schlechte, Bd. 8, Weimar 1968.

13 Die Briefe Barthold Georg Niebuhrs, Bd. 1, Berlin 1926, S. 304, Brief an Ernst Graf von Schimmelmann.

14 Gross, S. 55.

dominierend in Staat und Gesellschaft wie die preußische. In Sachsen gab es um 1800 bereits eine vergleichsweise wohlhabende und selbstbewußte Bourgeoisie.

Das waren doch Ausgangsbedingungen, die bei einer Untersuchung über die Agrarreformen des Landes nicht außer acht gelassen werden sollten und schon gar nicht, wenn, wie Moll schreibt, es darum geht, "die Wechselwirkung zwischen kapitalistischer Agrarentwicklung und gesamtgesellschaftlicher bürgerlicher Umwälzung im Rahmen Sachsens deutlicher zu erfassen" (S. 161). Was tatsächlich geboten wird, bleibt weit hinter diesem Anspruch zurück. Die erste Frage, die sich bei einer gesamtgesellschaftlichen Darstellung der Agrarreformen Sachsens stellt, müßte doch wohl die sein, weshalb in diesem vergleichsweise fortgeschrittenen Land, dessen Staatsführung immerhin aufgrund des Retablissemments nach 1763 auf große Erfahrungen in der Planung und Durchführung staatlich initiiertes Wirtschaftsreformen zurückgreifen konnte, die durch die Bauernunruhen von 1790 recht genau über die Probleme der bäuerlichen Bevölkerung Bescheid gewußt haben wird und schließlich auch die Erfahrungen in den Nachbarstaaten beginnenden Agrarreformen verwerten konnte, weshalb man also hier bis 1830 mit dem Beginn von Reformen wartete und offenbar warten konnte. Wie wirtschaftete, so wird man weiter fragen müssen, in dem halben Jahrhundert vor 1830 unter den von Moll geschilderten Bedingungen einer Behinderung des agrarischen Fortschritts die doch eindeutig auf den Markt orientierte sächsische Landwirtschaft? Der Stellung des sächsischen Bürgertums zur Agrarfrage und zu den Agrarreformen werden ganze acht Zeilen gewidmet (S. 165). Welche längerfristigen Auswirkungen ergaben sich aus der Art und Weise, in der die Reformen gesetzgebend verankert und dann durchgeführt wurden, für die sächsische Bauernschaft, die Landwirtschaft insgesamt und speziell auch für die Großgrundbesitzer altadliger Provenienz?

Das alles bleibt bei Moll außerhalb seiner Erörterungen. Er geht von den bäuerlichen Unruhen im Herbst 1830 aus, behandelt recht eingehend die Agrarreformgesetzgebung und die Entschädigungsleistungen der Bauern. Die gesamtgesellschaftliche Dimension suche ich vergebens.

Grundsätzlich falsch dürfte die Schlußeinschätzung zu den Agrarreformen in Sachsen sein. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zu der in den preußischen Ostprovinzen praktizierten Variante sieht Moll - m. E. durchaus zutreffend - darin, daß in Sachsen die Ablösung ausschließlich durch Rentenzahlungen und nicht durch Landabtretung erfolgte. Moll meint nun, die Gutsbesitzer Sachsens hätten "überwiegend objektiv kein ausgeprägtes ökonomisches Interesse an einer Expansion ihrer Eigenwirtschaften auf Kosten bäuerlicher Ländereien gehabt" (S. 174). Diese Behauptung ist angesichts der ausgezeichneten Marktlage der vielen sächsischen Güter keineswegs überzeugend. Der eigentliche Grund für die angewandte Entschädigungsform liegt darin, daß (mit Ausnahme der Oberlausitz) die Bauern Sachsens ihr Land als Erbzins-eigentum unter feudalherrlichem Obereigentum besaßen. Von einem "alleinigen Eigentumsrecht des Feudalherrn an Grund und Boden" (S. 161) zu sprechen ist sachlich falsch. Von den Bauern 1830 Landentschädigung zu verlangen, hätte also einen Eingriff in das Eigentum bedeutet. Schwache Versuche, den Gutsherren die Wahl der Entschädigungsform zu überlassen und damit auch Landabtretung zu ermöglichen, wurde schon im Vorfeld der Beratungen zum Ablösungsgesetz verworfen.(15)

Schließlich soll noch auf die vergleichsweise sehr ausführliche Fallstudie "Die bürgerlichen Agrarreformen in den östlichen Provinzen Preußens" eingegangen werden. Ich behandle diese als letzte der von mir kritisch analysierten Fallstudien, ergibt sich doch hieraus zwanglos der Übergang zu den abschließenden Bemerkungen einer zusammenfassenden Wertung.

Die östlichen Provinzen der preußischen Monarchie stellen tatsächlich das klassische Modell des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung im Sinne Lenins dar. Die auf Fronarbeit basierenden feudalherrlichen Gutswirtschaften wurden zu kapitalistischen Junkerwirtschaften, wobei im Endergebnis eine Minderheit von Gutsbesitzern und Großbauern der Masse der Kleinbauern und des Landproletariats gegenüberstand. "Minderheit" ist allerdings doch cum grano salis zu verstehen, denn der Anteil der Großbauern und der nicht-proletarischen Mittelbauern an der gesamten Landbevölkerung war so unbedeutend auch wieder nicht.

Die Darstellung Molls fußt ganz auf der vorliegenden Forschung, mit der er sich, teilweise sehr kritisch, auseinandersetzt. Sie bietet prinzipiell nichts Neues; ihr Anspruch liegt vielmehr ganz im Bemühen um theoretische Erkenntnis. Die Frage der Wegeproblematik und das Problem der Periodisierung der bürgerlich-kapitalistischen Agrarumwälzung sind die eigentlichen Schwerpunkte des Buches von Moll wie auch speziell dieser Fallstudie. In dieser Teilstudie über das ostelbische Preußen steht die Periodisierungsproblematik im Vordergrund.

Moll hat uns zwar nicht mitgeteilt, was er unter kapitalistischer Bauernbefreiung versteht, dennoch weiß er genau, wann eine solche beginnt, in Preußen nämlich am 9. Oktober 1807. Ich komme hier in aller Kürze auf meine Kontroverse mit Moll über Beginn und Abschluß der bürgerlichen Agrarumwälzung in Preußen zurück. Aufgrund längerer Archivstudien und Bemühungen um die rechtsgeschichtliche Dimension der Bauernbefreiung war ich zu der Auffassung gekommen, daß die preußischen Reformer zu Beginn ihrer Gesetzgebungstätigkeit durchaus nicht ein einheitliches geschlossenes Konzept hatten, das in der Konsequenz auf eine vollständige juristische und ökonomische Auseinandersetzung zwischen Bauern und Gutsherren, eine Bauernbefreiung von bürgerlich-kapitalistischem Charakter, hinauslief.⁽¹⁶⁾ Die juristische Ausgangssituation war durch das Allgemeine Preußische Landrecht (ALR) gegeben, das, seit 1794 in Kraft, mindestens in der Agrarsphäre noch eindeutig das Gesetzbuch einer Feudalgesellschaft war. Die Reformer haben nun wieder vor 1807 noch danach davon gesprochen, durch Reformschritte die Festlegungen über das Feudaleigentum am Grund und Boden der Bauern laut ALR in ein "unabhängiges reines, bloß mit den unvermeidlichen öffentlichen und Kommunallasten behaftetes Eigentum" (Graf Dohna) umzuwandeln. Vielmehr meine ich gezeigt zu haben, daß die Agrarreformgesetze bis zum Sommer 1810 in der Substanz noch immer von feudalen Rechtsnormen auf der Grundlage des ALR bestimmt gewesen sind. Ernst Hardenberg hat dann die unter seinen Vorgängern, den Ministern Altenstein und Dohna, geführte Kontroverse um den weiteren Kurs der Agrarreformen zugunsten der auf eine vollständige Auflösung des Feudalverbandes drängenden Experten entschieden.

Moll beharrt demgegenüber darauf "daß mit dem Oktoberedikt des Jahres 1807 der 'preußische Weg' kapitalistischer Bauernbefreiung beschritten worden ist" (S. 18). Argumente von Gewicht bringt er gegen meine Auffassungen allerdings nicht vor, so ausführlich er sich auch dazu äußert. Offenbar fehlt ihm ein tieferes Verständnis für die rechtsgeschichtliche Dimension dieses Umwälzungsprozesses. Als gewichtiges Argument zitiert er aus der berühmten Denkschrift Steins vom Juni 1807, daß dem Bauern persönliche Freiheit und das Eigentum an seinem Hof übertragen werden müsse.⁽¹⁷⁾ Aber welche Qualität von Eigentum meinte der Reichsfreiherr? Wenn er das "reine, bloß mit den unvermeidlichen öffentlichen und Kommunallasten behaftete Eigentum" meinte, dann bedeutete das ganz unzweifelhaft, einen geradezu revolutionären Bruch mit dem geltenden ALR ins Auge zu fassen. Kann man tatsächlich annehmen, daß in einer immerhin grundsätzlich gemeinten Denkschrift eine derartig

16 Harnisch, Kapitalistische Agrarreform ..., S. 58 - 101; derselbe, Der Weg zum Regulierungsedikt vom 14. Sept. 1811 oder die endgültige Option für eine kapitalistische Agrarreform in Preußen, in: 1789 - Weltwirkung einer großen Revolution, hg. v. Manfred Kossok u. Editha Kroß, Bd. 1, Berlin 1989, S. 257 - 306.

17 Freiherr vom Stein, Briefe und amtliche Schriften, Bd. 2, T. 1, Stuttgart 1959, S. 397.

entscheidende Maßnahme so pauschal wie geschehen abgehandelt worden wäre? Nichts Geringeres als ein Eingriff in das Eigentum des Adels war hier gemeint. Oder meinte Stein die Herstellung von Erbzins und Erbpacht als den adäquaten Rechtsformen bäuerlichen Eigentums nach dem ALR, meinte er also die Schaffung von Möglichkeiten zur Umwandlung von eigentumslosen Lassiten und Zeitpachtbauern in Eigentümer?

Besonders merkwürdig erscheint mir Molls Festhalten an dem Oktoberedikt als dem Beginn einer konsequent als kapitalistische Bauernbefreiung konzipierten Agrarreform, zumal er bei seiner etwas summarischen Darstellung der Bauernbefreiung in Bayern, Württemberg und Baden die Dinge doch sehr viel differenzierter sieht. Moll konstatiert, daß "in Bayern die entscheidenden Schritte zur Befreiung der Bauern aus feudaler Abhängigkeit durch die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 bewirkt worden" (S. 247) sind. In Württemberg stellt ebenfalls die Revolution von 1848 die entscheidende Zäsur dar, und in Baden waren es revolutionäre Bauernbewegungen im Jahre 1830.

Ich stimme Moll vollkommen zu, daß in diesen Staaten zu den genannten Stichjahren die endgültige, vollständige Befreiung der Bauern aus dem Feudalverhältnis legislatorisch begonnen wurde. Die Parallelität zu den Vorgängen in Preußen ist bemerkenswert, nur daß in den süddeutschen Staaten der ganze Prozeß stark verzögert wurde. Der erste Schritt war überall die Aufhebung aller juristisch fixierten Formen persönlicher Unfreiheit (Preußen 1807, Bayern 1808, Württemberg 1818; Baden war schon 1783 vorausgegangen). Aber während in Preußen die Reformen eine bemerkenswerte Eigendynamik entwickelten und 1811 der Durchbruch zu einer bürgerlich-kapitalistischen Bauernbefreiung erfolgte, gerieten in den süddeutschen Staaten die Reformen ins Stocken. Leider verliert Moll kein Wort über die Hintergründe! Weshalb war man in Preußen so konsequent, und welche Ursachen haben in den süddeutschen Staaten - wie ja auch in Sachsen - retardierend gewirkt? Sind das nicht ganz wesentliche Fragen im Kontext einer vergleichenden Analyse der bürgerlichen Agrarreformen?

Um diesen Punkt zu beenden, möchte ich noch anmerken, daß man m. E. im Blick auf das Gesamtpaket der Agrarreformgesetze in Preußen zwischen 1807 und 1821 sagen kann, der Prozeß der bürgerlich-kapitalistischen Agrarreform in Preußen begann 1807. Das prinzipielle Festhalten des Gesetzgebers an feudalen Rechtsnormen aufgrund des ALR in den zwischen 1807 und 1810 ergangenen Gesetzen nicht sehen zu wollen, bedeutet jedoch, die Dynamik und Dialektik dieser wahrhaft umwälzenden Vorgänge nicht voll zu verstehen.

Auf den zweiten grundsätzlichen kontroversen Punkt zwischen Molls und meinen Auffassungen soll hier nur kurz eingegangen werden. Es geht um die Frage nach dem Abschluß der bürgerlich-kapitalistischen Agrarentwicklung nach dem Typ des preußischen Weges in den ostelbischen Provinzen Preußens. Im Gegensatz zu der lange üblichen Auffassung, diesen Abschluß 1860 oder doch für das Jahrzehnt von 1860 bis 1870 anzunehmen, war ich nach einigen Mühen zu der Meinung gekommen, daß der Kern des ganzen Prozesses im Wandel von einer feudalen zu einer kapitalistischen Eigentumsordnung des Bauernlandes sowie der Umstellung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften, die vollständig oder teilweise auf der Grundlage von Frondiensten organisiert waren zu kapitalistischen Gutsbetrieben auf der Basis im Prinzip freier Lohnarbeit besteht. Aus diesen Gründen meine ich, daß mit Erlaß des die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse abschließend regelnden Gesetzes vom 2. März 1850 sowie dem Gesetz über die Errichtung von Rentenbanken vom gleichen Tage am markantesten die vollständige Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses verkörpert wird. Die Frondienste waren auch schon vor 1848 nur noch von marginaler Bedeutung gewesen, und auch in Schlesien, wo nach 1850 noch ein beträchtlicher Rest abzulösen war, hatten sie schon vorher nicht mehr die Bedeutung einer tragenden Säule der gutsherrlichen Arbeitsökonomie besessen. Tatsächlich hatten die Gutsbetriebe der 50er Jahre nichts mehr von einem feudalen Gutshof an sich; sie waren zu rein kapitalistischen Gutsbetrieben geworden. Die soziale Differenzierung, vor al-

lem die starke Zunahme der ländlichen Unterschichten, verließ parallel zur Ablösung der bisherigen Frondienste einerseits und dem steigenden Arbeitskräftebedarf der Gutsbetriebe aufgrund der Intensivierung andererseits. Die Übernahme der bäuerlichen Ablösungszahlungen durch die neugegründeten Rentenbanken löste das direkte Band zwischen den Bauern und ihren alten Gutsherren. Der Sache nach wurden die Ablösungsrenten nach 1850 zu einer Hypothekenschuld. Der Abschluß der bürgerlich-kapitalistischen Agrarumwälzung sollte m. E. nach sozialökonomischen Kriterien bestimmt werden. Ungeachtet vieler fortbestehender Relikte der alten feudalen Ordnung, sind die genannten Phänomene so wichtig, daß alle anderen denkbaren Kriterien demgegenüber zurücktreten.

Moll spricht sich für einen sehr späten Abschluß der Agrarumwälzung in Preußen nach dem Typ des preußischen Weges aus, nämlich "keineswegs vor 1870" (S. 121) oder sogar "den Zeitraum der siebziger Jahre" (S. 122). Teilweise versucht er das mit wirtschaftsgeschichtlichem Material zu untermauern, vornehmlich aber mit Argumenten aus der marxistisch-leninistischen Formationstheorie der Geschichte, für die jedoch auf das Schlußkapitel verwiesen wird.

Hinsichtlich seiner wirtschaftsgeschichtlichen Argumentation muß man Moll eine ausgesprochen unglückliche Hand attestieren. So schreibt er: "Die preußischen Gutsherren in Ostelbien verfügten zum Zeitpunkt der Aufhebung der Hand- und Spanndienste weder über die an Lohnarbeit gewöhnten Arbeitskräfte, noch in vollem Umfang über das notwendige Inventar und schon gar nicht über die für die Führung eines kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebes erforderlichen Erfahrungen. Um 1848/49 waren also die wesentlichen Bedingungen für den Übergang zur kapitalistischen Junkerwirtschaft nicht vorhanden, sondern sie bildeten sich ihrerseits heraus." (S. 117) Wenn in allen preußischen Ostprovinzen mit alleiniger Ausnahme Schlesiens die Spann- und Handdienste bis auf unbedeutende Reste in schnellem Fortschreiten aufgehoben wurden, wer wenn nicht die "an Lohnarbeit gewöhnten Arbeitskräfte" haben dann in den 30er, 40er Jahren und später auf den Gütern gepflügt, gesät, geerntet? Lohnarbeit war schon im Spätfeudalismus auf vielen Gutswirtschaften regional recht verbreitet. Sehr gern weise ich Moll in der Magdeburger Börde aus dem 16. Jh. Gutswirtschaften nach, die vollständig auf Lohnarbeit beruhten, und diese Lohnarbeiter waren nicht einmal persönlich unfrei. Moll bemüht sich nicht im mindesten, für die 50er Jahre noch Vorkommen und Ausmaß der Realisierung von Großgrundeigentum auf feudaler Basis, also durch erzwungene Frondienste, nachzuweisen.

Wenig überzeugend erscheint mir auch "das Hinüberwachsen der alten Fronherrschaft in die neue Schuldknechtschaft" (S. 112) als Argument für einen so späten Abschluß des Übergangs, wenn man nichts über den Charakter der Verschuldung - Ablösungslasten, Verschuldung aufgrund von Erbschichtungen, Investitionskredite - zu sagen weiß. Hoch verschuldet waren in der Mitte des 19. Jh. bekanntlich auch schon die durch eine siegreiche Revolution zu freiem Eigentum gelangten französischen Bauern.

Das abschließende Kapitel bringt nun keineswegs die verheißene vergleichende Betrachtung der verschiedenen Fälle bürgerlicher Agrarumwälzung sowie der sich daraus ergebenden Resultate und Probleme. Die Ausführungen kreisen fast ausschließlich um die Frage der Einordnung des preußischen Weges in das Gebäude der marxistisch-leninistischen Formationstheorie der Geschichte. Insbesondere widmet sich Moll hier der Kontroverse über die Begriffspaarung Revolution von unten, Reform, Revolution von oben, die vornehmlich zwischen Ernst Engelberg und Heinrich Scheel einerseits und Walter Schmidt andererseits in den 80er Jahren geführt worden ist. (18) Erstere hatten die in der ersten Hälfte des 19. Jh. in den deutschen Staaten eingeleiteten Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft als eine Revolution von oben bewertet. Dagegen argumentierte Schmidt, eine Reform könne nicht als eine Revolution von oben angesehen werden. Revolution von oben sei nur möglich als Folge einer verlorenen

Revolution von unten - in Deutschland also der Revolution von 1848. In dieser Perspektive wird die Reichsgründung Bismarcks als Revolution von oben eingeordnet. Dieser Gedankenführung schließt sich Moll in einer reichlich umständlichen Argumentation an. Er meint: "Der 'preußische Weg' der kapitalistischen Agrarentwicklung war mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland wechselseitig so eng verbunden, daß die Fixierung des Zeitpunktes für seinen Abschluß auf den Schlußpunkt der bürgerlichen Umwälzung, der durch die Gründung des kapitalistischen deutschen Nationalstaates markiert wird, nicht subjektiver Willkür entspringt, sondern objektiver geschichtlicher Dialektik entspricht." (S. 306 f.)

Diese Vermengung sozialökonomischer Tatbestände bzw. Entwicklungsprozesse mit solchen der politischen Geschichte ist nun wirklich nicht mehr als ein Kompromiß, und zwar kein guter. Die Reichseinigung von oben durch Bismarck hat zweifellos in einem im einzelnen nicht eindeutig bestimmbar Ausmaß von der erfolgreichen bürgerlichen Umwälzung auf dem Lande in Preußen profitiert. Die logische Folge davon war sie aber keineswegs. Und daß das Jahr 1871 in der Agrarumwälzung irgendeinen Markstein darstellt, behauptet auch Moll nicht. Kaum anzunehmen, daß eine solche pauschale Einschätzung die agrargeschichtliche Forschung befruchten kann.

Der nur im Kontext formationstheoretischer Argumentationen verständliche Streit um Revolution von unten, Revolution von oben und Reform erscheint in wirtschaftshistorischer Hinsicht als wenig fruchtbar. Die Behinderungen in der Landwirtschaft bei dem Bemühen um die Einführung agrarischer Novationen (Feldfutteranbau, Hackfruchtanbau) durch die erstarrte feudale Rechtsordnung (Flurzwang, Aufhütungsrechte), der berühmte Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, wurde durch gesetzliche Maßnahmen, also durch den Staat, überwindbar gemacht; in Preußen durch die Gemeinheitsteilungsordnung von 1821. Durch die Agrarreformgesetzgebung in Preußen seit 1811 wurde das feudale Recht der ländlichen Gesellschaft nach dem ALR, insbesondere ist dabei die Eigentumsordnung an Grund und Boden zu nennen, in ein bürgerlich-kapitalistisches Recht umgewandelt. Die Agrarreformen haben tatsächlich die Umwälzung von feudalen zu bürgerlich-kapitalistischen Rechtsverhältnissen auf dem Lande bewirkt. War das nicht der Sache nach eine Revolution von oben? In der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung kann dieser Ansatz, den Moll sich als Angelpunkt seiner Argumentation für einen Abschluß der kapitalistischen Agrarumwälzung synchron mit der Reichsgründung von 1871 gewählt hat, nicht weiterführen.

Ein abschließendes Urteil über Molls Buch fällt mir leicht. Zweifellos zeugt es von großem Fleiß und hartem Ringen um theoretische Weiterführung. Die Stärke der Arbeit besteht in der umsichtigen Auswertung der vorliegenden Literatur, der Diskussion der verschiedenen Auffassungen unter seinem speziellen theoretischen Konzept. Moll bietet jedoch kaum neues Material und kaum neue wesentliche Fragestellungen. Moll hat zu sehr seiner Neigung zum Theoretisieren nachgegeben. Er hat seine Arbeit nicht in den größeren Zusammenhang einer Darstellung der mit den Agrarreformen verbundenen Transformationsprozesse der ländlichen Gesellschaft hineingestellt, sondern er bleibt bei den traditionellen Fragestellungen. Das Buch trägt den Charakter eines breit angelegten Forschungsberichts. Die Einschätzung von Ereignissen und Vorgängen und, noch mehr, der vorliegenden Forschung überwiegt. Auch die Theoriediskussion sehe ich kaum wirklich bereichert. Seine Darlegungen und Diskussionen kreisen fast unablässig um die "Wegeproblematik", und dazu läßt sich beim besten Willen schließlich doch nicht mehr sagen, als daß in den deutschen Staaten die alten feudalen Führungskräfte das Heft in der Hand behielten, den Kurs auf Reformen richteten und eine Revolution zu verhindern verstanden. Weshalb das so und nicht anders war, erörtert auch Moll nicht.

Die angekündigte vergleichende Analyse bleibt dann auch enttäuschend. Am Beispiel der Fallstudie Sachsen war schon bemängelt worden, daß es unverständlich ist, wenn kein Wort über Ursachen und Hintergründe des verspäteten Reformbeginns gesagt wird. Wir erfahren nichts über die Hintergründe des Stockens der Bauernbefreiung in den süddeutschen Staaten, kaum daß sie begonnen hatte. Auch über die Folgen der Reformen für die Hauptbeteiligten, Bauern und Adel, lesen wir so gut wie nichts. Müßten in einer vergleichenden Analyse nicht Ausführungen dazu erwartet werden, wie die Bauern in den einzelnen Staaten die Reformen bewältigten? Mehr als Aufrechnung der Belastungen durch die Entschädigungsleistungen wird nicht geboten. Ebenso wären hier natürlich Betrachtungen über die durch die Reformen so wesentlich veränderte Situation des Adels zu erwarten. Wir wissen, daß die adligen Gutsbesitzer im ostelbischen Preußen, soweit sie die Turbulenzen der napoleonischen Kriege und der Agrarkrise der 20er Jahre überstanden, ökonomisch gestärkt aus der Reform hervorgingen. Aber gleichzeitig brachte diese auch das Ende ihrer bisherigen Herrenstellung über Land und Leute, trotz vieler zunächst fortbestehender Sonderrechte. Wie wirkte sich diese Komponente auf das Verhalten dieser Schicht aus? Und wie sah die Lage für den Adel in ehemals grundherrschaftlich strukturierten Regionen aus? Mit der alten Herrenstellung war es weitgehend vorbei, und die Feudalrenten wurden ablösbar. Der Adel in West- und Süddeutschland verlor nicht nur wesentliche Teile seiner politischen Vorrangstellung, sondern auch seiner ökonomischen Subsistenz. Welche Auswirkungen hatten diese zweifellos sehr tiefgreifenden Veränderungen in der Situation dieser Schicht auf ihre Verhaltensweisen und auf ihre Stellung in den Mittel- und Kleinstaaten. Das hätte ich unter den Resultaten einer vergleichenden Analyse über die Agrarreformen in den deutschen Staaten erwartet. Und diese Arbeit - Ansätze und Teilergebnisse liegen vor - wird auch noch gemacht werden müssen.

Die historische Analyse und Bewertung der auf die Herausbildung einer bürgerlich-kapitalistischen Landwirtschaft abzielenden Reformen wird sich den folgenden Problemen zuzuwenden haben:

1. Welcher Handlungsbedarf oder sogar Zwang zum Handeln bestand ökonomisch und politisch aufgrund der am Vorabend der Reformen gegebenen Situation in den einzelnen Staaten?
2. Welcher Handlungsspielraum war angesichts des Entwicklungsstandes der agraren Produktivkräfte sowie der konkret gegebenen Klassenkonstellation für die Reformkräfte vorhanden?
3. Wie sahen unter dem Aspekt objektiver politökonomischer Kriterien im Hinblick auf die Herausbildung einer kapitalistischen Landwirtschaft die Reformkonzepte bzw. die Agrarreformgesetze aus, und gab es innerhalb der herrschenden Klasse oder innerhalb der Reformgruppe Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Weg?
4. Wie sah für die Hauptbeteiligten Klassen und Schichten - Adel, Bauern, Landarmer - die Bilanz des tatsächlich eingeschlagenen Weges der Reformen in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht aus?
5. Wie lassen sich die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Langzeitwirkungen der Agrarreformen in gesamtgesellschaftlicher Perspektive bewerten?

In dieser Richtung bleibt noch viel zu tun.

Debatten um Max Webers Religionssoziologie

Max Webers Studie über das antike Judentum. Interpretation und Kritik, hg. v. Wolfgang Schluchter = suhrkamp taschenbuch wissenschaft 340 (im folgenden: I)

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1981, 330 S., 14,- DM

Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus. Interpretation und Kritik, hg. v. Wolfgang Schluchter = suhrkamp taschenbuch wissenschaft 402 (im folgenden: II)

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1983, 416 S., 24,- DM

Max Webers Studie über Hinduismus und Buddhismus. Interpretation und Kritik, hg. v. Wolfgang Schluchter = suhrkamp taschenbuch wissenschaft 473 (im folgenden: III)

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1984, 382 S., 20,- DM

Max Webers Sicht des antiken Christentums. Interpretation und Kritik, hg. v. Wolfgang Schluchter = suhrkamp taschenbuch wissenschaft 548 (im folgenden: IV)

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1985, 568 S., 24,- DM

Max Weber, der Historiker, hg. v. Jürgen Kocka = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 73 (im folgenden: V)

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1986, 286 S., 48,- DM

von Bernd Florath

Ob die Serie von wissenschaftlichen Konferenzen und Kolloquien, die sich in dieser oder jener Weise mit dem Werk Max Webers befassen, nach seinem 1989 nicht nur in seiner Vaterstadt Erfurt begangenen 125. Geburtstag abflauen wird, bleibt abzuwarten. Die im Laufe der letzten Jahre veröffentlichten Beiträge solcher Tagungen jedenfalls lassen von der Breite der aufgeworfenen Fragen wie von deren Produktivität her eher das Gegenteil vermuten. Das Werk Webers, dieser "wissenschaftliche Steinbruch", hat auch knapp 70 Jahre nach seinem Tode nichts von der Anziehungskraft seiner Problemstellungen verloren.

Die von Wolfgang Schluchter herausgegebenen Bände (I - IV) geben 49 Beiträge von insgesamt 40 Wissenschaftlern wieder, die auf einer Serie von Konferenzen bei der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg von 1979 bis 1982 gehalten wurden. Schrittweise thematisierten diese Tagungen einzelne Teile der religionssoziologischen Studien Webers. Jahrzehnte nach deren Abfassung und Veröffentlichung muß eine erneuerte Befragung selbstverständlich eine ganze Reihe sachlicher und konzeptioneller Fragen aufwerfen, Fragen, die das Werk Webers mit dem jeweiligen fachwissenschaftlichen Erkenntnisstand seiner und der heutigen Zeit konfrontieren wie die Ausgangsthese Webers auf ihre Gültigkeit und Produktivität abklopfen.

Der von Jürgen Kocka herausgegebene Band (V) ist, obgleich in anderem Zusammenhang entstanden, durchaus geeignet, Aussagen, die in Schluchters Bänden detailliert untersucht wurden, konzentriert zu untermauern. Er enthält Beiträge, die auf dem XVI. Internationalen Historikerkongreß 1985 in Stuttgart im Rahmen einer Sektionsdiskussion gehalten wurden. Sie umfassen thematisch unter dem Aspekt der geschichts-

wissenschaftlichen Bedeutung des Weberschen Werkes Äußerungen zu nahezu allen Themen, denen sich Weber in seinen Studien gewidmet hatte, gehen also weit über eine Betrachtung der religionssoziologischen Aufsätze hinaus und widmen sich u. a. Fragen wie der geschichtsmethodologischen Implikationen des Weberschen Werkes (J. Kocka, P. Rossi, W. J. Mommsen, R. Bendix, J. Topolski, E. J. Hobsbawm, der Klassentheorie im Widerstreit zu Marxismus und an Weber orientierter historischer Sozialwissenschaft (W. Küttler/G. Lozek, H.-U. Wehler, H. Nagl-Docekal, S. Eliaeson, E. Stănescu), der Geschichte der Weber-Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland (D. J. K. Peukert) (1) sowie der Problematik der mittelalterlichen Stadt (K. Schneider, J. Kudrna, M. Viikari).

Versucht man die Vielzahl der übrigen Beiträge gewissermaßen unter einem Dach zu vereinen, so kann dies nur die kritische Analyse und Würdigung von Webers religionssoziologischen Studien sein. Zur genaueren Bestimmung dieses gemeinsamen Daches scheint es angebracht, sich jener Formulierung zu bedienen, die Weber selbst seinen "Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie" vorangestellt hatte: "Universalgeschichtliche Probleme wird der Sohn der modernen europäischen Kulturwelt unvermeidlicher- und berechtigterweise unter der Fragestellung behandeln: welche Verkettenung von Umständen hat dazu geführt, daß gerade auf dem Boden des Okzidents, und nur hier, Kulturercheinungen auftraten, welche doch - wie wenigstens wir uns gern vorstellen - in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen?"(2) Es ist dies auch die Fragestellung, die einen Wirtschaftshistoriker immer wieder zu den Weberschen Studien greifen lassen wird, selbst wenn diese, wie in den vorliegenden Bänden nachgewiesen, Kinder ihrer Zeit sind. Die zweite, spezifisch aus den Weberschen Arbeiten, besonders der Studie "Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus", erwachsende Frage nach der jeweiligen Wirtschaftsethik der untersuchten Weltreligionen nimmt in diesem Zusammenhang eher die Stellung eines methodischen Hebels ein, der auf seine Wirksamkeit zu hinterfragen wäre.(3)

Vielen der Beiträge ist der für die produktive Rezeption der Weberschen Studien notwendige kritische Vergleich mit dem zeitgenössischen Forschungsstand einerseits wie andererseits mit dem heutigen immanent. Primär dem ersten Aspekt widmet sich K.-H. Golzio (III, S. 363 - 373), der ebenso wie S. Munshi und Y. Shiba (beide V, S. 221 - 256), W. Eberhard (II, S. 55 - 90) und Kudrna (V, S. 151 - 157) nicht nur Webers ja selbstverständliche Abhängigkeit vom zeitgenössischen Stand der jeweiligen Fachwissenschaft konstatiert, sondern auch bestimmte Verengungen und Einseitigkeiten herausarbeitet. Dabei hält Munshi Webers Verhaftetsein im Zeitgeist des europäischen Kolonialismus fest (V, S. 237), dessen für die Studien relevante Folgen sich in der übersteigert traditionalistisch-statischen Bewertung gerade der Wirtschaftsethik der führenden sozialen Schichten Indiens niederschlägt (V, S. 226 ff.; vgl. auch

1 Dieser Beitrag wurde nicht in Stuttgart gehalten, sondern vom Herausgeber Kocka nachträglich als Ergänzung beigelegt. - Vgl. zu dieser Thematik auch Hauer, Friedrich, Max Webers Rationalisierungskonzeption in der Weber-Renaissance der BRD seit Ende der 50er Jahre. Aspekte der Rezeption der Weberschen Auffassung vom "neuezeitlichen Rationalisierungsprozeß" als Objekttheorie, phil. Diss. A, Berlin 1985; Hauer, Friedrich/Küttler, Wolfgang, Max Weber - Wirkung, Werk, Methode. Zu einigen Grundzügen seiner Forschungsansätze und ihrer gegenwärtigen Rezeption, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8/1987, S. 675 - 697.

2 Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920 - 1921, Bd. I, S. 1; jetzt auch in: derselbe, Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zur Geschichte und Soziologie, hg. v. Friedrich Hauer u. Wolfgang Küttler, Leipzig 1989, S. 238.

3 Vgl. hierzu Richter, Steffi/Waligora, Melitta, Die Religionssoziologie Max Webers - ein kulturhistorischer Vergleich?, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 37. Jg. 1989, S. 320 - 330.

St. Breuer: IV, S. 111 ff., 122 ff.; Eberhard: II, S. 55 - 90; S. v. d. Sprenkel: II, S. 91 - 113).⁽⁴⁾ Diese Konzentration Webers auf einen Aspekt des Verhaltens einer Führungsschicht (hier: der Brahmanen) versperrte ihm zugleich den Weg zur Untersuchung anderer (u. a. auch als Religionsgemeinschaft faßbarer) Gruppen (die Kains: V, S. 228; andere religiöse Sekten: H. Kulke: III, S. 293 - 332; H. Schmidt-Glinterz zu entsprechenden Fragen in der Geschichte Chinas: II, S. 298 - 341; W. H. C. Frend und Sh. Talmon zu frühchristlichen bzw. jüdischen Sekten: IV, S. 466 - 485 bzw. 233 - 280). Ähnliche Anmerkungen werden auch im Zusammenhang mit Webers Konzentration auf die Schicht der chinesischen Beamten-Literaten vorgetragen, deren Betrachtung einerseits das Bild der chinesischen Gesellschaft verengt, wie es andererseits sehr dem zeitgenössischen Paradigma der nur stationären Entwicklung verhaftet bleibt (P. Weber-Schäfer: II, S. 202 - 223).

Diese Weber zweifelsohne nur teilweise als Schwächen anlastbaren Verkürzungen werden für den Nichtsinologen resp. -indologen sehr umfassend mit dem jeweiligen heutigen Erkenntnisstand konfrontiert. Insofern könnten die Bände für diesen Leserkreis eine fruchtbare und kritische Einführung in die Probleme der chinesischen und indischen Sozial-, Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte darstellen. Indes sind in dieser Hinsicht, wenn nicht Einschränkungen, so doch Hinweise notwendig, die gewissermaßen Wert und Substanz der Bände dadurch charakterisieren, was sie nicht leisten können und auch nicht leisten wollten. Abgesehen vom Beitrag Golzios, der, ohne Konferenzbeitrag gewesen zu sein, von Schluchter dankenswerterweise dem Band (III) einverleibt wurde, trägt keiner der Artikel diesen dann erforderlichen handbuchartigen Charakter. Kenntnis der wesentlichen Eckpunkte der sinologischen und indologischen Fachdebatten bleibt also auch hier eine Voraussetzung (dies trifft selbstverständlich auch Nicht- resp. Neuzeithistoriker im Falle der Bände zum Judentum und Christentum), um auch recht apodiktische Aussagen einzelner Autoren zu speziellen Problemen mit ihnen entgegenstehenden Thesen kontrastieren zu können, so diese in den Bänden nicht *expressis verbis* diskutiert werden.⁽⁵⁾ Hervorhebenswert in dieser Hinsicht ist u. a. Eberhards Beitrag, der versucht, Webers Bild von der chinesischen Geschichte knapp zusammengefaßt zu rekonstruieren und gleichzeitig zu verdeutlichen, an welchen Eckpunkten es überholungsbedürftig ist, wo es auch bei einer Reihe von Detailpräzisierungen nach wie vor inspirierend und wo es vor allem in seiner Fragestellung noch heute forschungsleitend wirken kann (II, S. 55 - 90).

Insgesamt stark vertreten sind Beiträge zur kritischen Werkinterpretation Webers (allen voran seien hier die die Bände einleitenden Essays des Herausgebers Schluchter selbst genannt, darüber hinaus seine gegen die Thesen von F. H. Tenbruck und W. Hennis polemisierende "werkgeschichtliche Rekonstruktion", die gleichermaßen den Abschluß der Bände bildet: IV, S. 525 - 560; daneben auch J. Winkelmann: I, S. 219 - 223; mittelbar die meisten der anderen Beiträge). Mehrere Artikel widmen sich unmittelbar der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der jeweiligen Gegenstände, wobei sie sich in unterschiedlichem Maße an Webers Fragestellung und seinen respektiven Aussagen orientieren, sie teils erklärtermaßen als gültig bezeichnen (z. B. J. D. M. Derrett: III, S. 178 - 201) oder ablehnen (z. B. K. P. Gupta: III, S. 149 - 177). Chr. Schäfer (I, S. 78 - 109) untersucht die politische und ökonomische Struktur des voralexikanischen Judentums; auf die Studie Eberhards über die politische Struktur Chinas (II, S. 55 - 90) wurde bereits verwiesen. Sprenkel widmet sich einem von Weber vernachlässigten Problem, nämlich der lokalen politischen Struktur Chinas, die wesentliche Anhaltspunkte zur Korrektur von Verzeichnungen der chinesischen Gesellschaft bietet (II, S. 91 - 113). Grundlegend dürfte J. Deiningers Studie über

4 Vgl. hierzu auch ebenda, S. 324 f.

5 Z. B. muß J. C. Heestermans Bemerkung, "die Vermischung der *varṇas*, aus der sich, wie wir sahen, die wuchernde Vermehrung der *jātis* ergibt", auch vor dem Hintergrund der Kontroverse über das Verhältnis von *varṇa* und *jāti* gelesen werden. Vgl. hierzu Schetelich, Maria, Die Anfänge von *varṇa*-System und *varṇa*-Theorie in vedischer Zeit, phil. Diss. B, Berlin 1988.

die politischen Strukturen des Altertums aus Webers Sicht sein (IV, S. 72 - 110). Ich glaube nicht, daß Deiningers Skizze überschätzt wird, wenn man in ihr eine Einführung in Webers althistorische Studien sieht, zumal sich der Autor keineswegs auf die religionssoziologischen Aufsätze beschränkt, sondern im Gegensatz zur Mehrheit der Weber-Experten auch und mit besonderem Schwergewicht jene Schriften einbezieht, die Weber vor dem Aufsatz "Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis" verfaßt hatte.(6) Ähnlich hervorhebenswert ist auch die auf Deiningers Studie folgende von Breuer (IV, S. 111 - 150) über geographische und ökologische Faktoren in Webers altertumswissenschaftlichem Werk. Breuer, der nochmals unterstreicht, daß Weber in seinem durchaus ambivalenten Verhältnis zu Eduard Meyer dessen umfassende Sicht des Gegenstandes der Altertumswissenschaft als einer Orient und Okzident einbeziehenden historischen Disziplin übernahm, kontrastiert u. a. Webers Aussagen über die wechselseitige Bedingtheit des Verharrens der orientalischen alten Gesellschaften unterhalb der Stufe der "Adels- und Hoplitenepoche" und der "Bewässerungsbedürfnisse" mit Ergebnissen und Stand der aktuellen Kontroverse zu diesem Thema. Seiner Auffassung, daß die Entstehung zentralistischer Bürokratien nicht ursächlich mit der Notwendigkeit großer Irrigationssysteme zusammenhängt (IV, S. 113 f., 122 f.), möchte der Rezensent nachdrücklich beipflichten.(7)

Schließlich befaßt sich H. G. Kippenberg mit den Agrarverhältnissen im antiken Vorderasien und den hiermit verbundenen Mentalitäten in den "kōmai". Dies ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie die Webersche Fragestellung produktiv in die Debatte um den Charakter dieser Dörfer neue, Forschung vorantreibende Aspekte einbringen kann (IV, S. 151 - 204). M. I. Finleys Beitrag (V, S. 90 - 106; dazu auch T. Yuge und W. Nippel: V, S. 107 bzw. 112) befaßt sich mit Webers Aussagen zur politischen Struktur des antiken Griechenland, die er als "unbefriedigend" im Gegensatz zu Webers Studien zur antiken Wirtschafts- und Sozialgeschichte bezeichnet (V, S. 92). Hieraus allerdings ein allgemein negatives Urteil über den Wert Weber-scher Arbeiten zur alten Geschichte ableiten zu wollen, widerspricht nicht nur den Tatsachen, sondern auch der erklärten Aussage Finleys.

Rechtshistorischen Fragen widmen sich K. Bünger (zum chinesisches Recht: II, S. 134 - 173) und Derrett (zum indischen Recht: III, S. 178 - 201; zum Recht im Neuen Testament: IV, S. 317 - 362). Im engeren Sinne religionssoziologische Fragestellungen bewegen die meisten der Autoren des Bandes über antikes Judentum (G. Stemberger: I, S. 185 - 200; Kippenberg: I, S. 201 - 218; weniger dem antiken als dem neuzeitlichen Judentum in Webers Leben und Werk widmet sich E. Fleischmann: I, S. 263 -

6 In: Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 146 - 214; jetzt auch in: derselbe, Rationalisierung und entzauberte Welt, S. 48 - 119. - Die dem Weberschen Frühwerk geltende mindere Beachtung spiegelt sich bedauerlicherweise auch in der Auswahledition Hauers und Küttlers wieder, obwohl gerade in der DDR an diesen Teil des Weberschen Werkes besonders von Althistorikern wie Heinz Kreißig schon lange vor der intensiveren Beschäftigung mit Weber durch Neuzeithistoriker und Geschichtsmethodologen gleichermaßen produktiv wie kritisch angeknüpft worden war.

7 Nicht zugestimmt werden kann indes der Behauptung St. Breuers, daß auch "Marx und Engels ... den 'statarischen Charakter der asiatischen Imperien auf die existentielle Bedeutung der künstlichen Bewässerung zurückgeführt und daraus die politische Organisationsform abgeleitet haben, die seit Montesquieu unter dem Etikett der 'orientalischen Despotie' firmiert" (IV, S. 113 f.). Besonders Marx' Auffassungen in dieser Frage gestalten sich erheblich differenzierter, als sich das in abrißartigen Verkürzungen darstellt. Vgl. hierzu meine Interpretation der entsprechenden Texte in Auseinandersetzung mit K. A. Wittfogel, der ungenannterweise der Breuerschen Marx-Sicht Pate gestanden zu haben scheint: Florath, Bernd, Die Entwicklung der Auffassungen Karl August Wittfogels über die Geschichte der asiatischen Welt, phil. Diss. A, Berlin 1986, S. 123 - 131, 182 - 185.

286). Mit dieser Problematik befassen sich aber auch andere Autoren: Weber-Schäfer (II, S. 202 - 228), Th. Metzger (II, S. 229 - 270), Tu Wei-ming (II, S. 271 - 297), W. O'Flaherty (III, S. 87 - 103), D. Shulman (III, S. 104 - 148), Gupta (III, S. 149 - 177), St. J. Tambiah (III, S. 202 - 246), G. Obeyesekere (III, S. 247 - 273), H. Bechert (III, S. 274 - 292), H. Kulke (III, S. 293 - 332), A. Wasserstein (IV, S. 281 - 316), W. A. Meeks (IV, S. 363 - 385), J. G. Gager (IV, S. 386 - 403), H. J. W. Drijvers (IV, S. 444 - 465), G. G. Stroumsa (IV, S. 486 - 508), S.-t. Kwok (V, S. 260 - 263). Ebenso wie Beiträge, die sich eingehender mit dem Weberschen Paradigma charismatischen Führertums resp. charismatischer Herrschaft durch bestimmte religiöse Strömungen befassen (A. Malamat: I, S. 110 - 133; R. Bendix: IV, S. 404 - 443), stellen sich die Autoren dieser Artikel dem Problem der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen religiöser Prozesse, greifen somit eine im engeren Sinne Webersche Fragestellung direkt auf, indem sie aufgrund heutiger fachwissenschaftlicher Erkenntnisse Webers entsprechende Aussagen neu prüfen.

Übergreifende Studien, die sich dem komparativen Anspruch des Weberschen Werkes unmittelbar widmen, stellt Schluchter nicht nur den Bänden voraus, sondern sie finden sich auch in den Beiträgen von Sh. N. Eisenstadt (I, S. 134 - 184; II, S. 363 - 411; III, S. 333 - 360; IV, S. 509 - 524), die gleichsam als Korreferate zu Weber gelesen werden können. Eisenstadt spürt darin innere Widersprüchlichkeiten des Weberschen Konzepts auf, die er in einem eigenen Konzept, das sich indes durchaus im Rahmen Weberscher Methoden bewegt, aufzuheben versucht. Die zweifellos anregenden Essays gipfeln im Band zum antiken Christentum bei einem Vergleich der Eigenheiten der Weltkulturen, in dem Eisenstadt die von Weber idealtypisch überhöhten Unterschiedlichkeiten der Charaktere der Religionen sowohl in Frage stellt als auch für die Beantwortung der von Weber selbst gestellten Frage der vergleichenden Religionssoziologie als nicht zentral bezeichnet. Entscheidend für den Vorsprung, den Europa in der historischen Herausbildung der modernen Gesellschaft erringen konnte, sei vielmehr, daß "Veränderungen in einem Teil der makro-sozialen Ordnung auf andere Teile und vor allem auf den politischen Bereich einwirkten/.". Dadurch kam es zu einer dauernden gegenseitigen Beeinflussung - ohne daß daraus notwendigerweise ein einheitliches politisches oder kulturelles Gefüge entstanden wäre. Verglichen mit den rein imperialen Systemen war Westeuropa dadurch charakterisiert, daß die Regimes weniger stabil waren, die Grenzen von Regimes und sozialen Einheiten sich dauernd umbildeten, gleichzeitig zeigte sich aber eine viel größere Kapazität für institutionelle Neuerungen, die sich über politische und 'nationale' Grenzen und Zentren hinweg durchsetzten." (IV, S. 521) Die Multipolarität, Differenziertheit und relative Instabilität der einander ständig gegenseitig beeinflussenden und beeinträchtigenden Kräfte und Mächte bildeten offensichtlich einen Motor der europäischen Entwicklung, augenscheinlich mehr als die Vorherrschaft eines bestimmten, ausgeprägten und/oder gar vorherrschenden religiösen (oder sonstigen ideologischen, politischen oder ökonomischen) Systems. Diese Auffassung deckt sich signifikant auch mit der konzeptionell wie von der Kenntnis der (orientalischen) Materie her, m. E. bislang fundiertesten marxistischen Interpretation zur Weberschen Religionssoziologie durch St. Richter und M. Waligora.(8) Die von Munshi (V, S. 222 ff.) geäußerte Kritik an der in Webers Ausgangsfragestellung unterstellten Grundannahme, daß der Orient originär keinen Kapitalismus hervorbringen könne, deutet ein Kardinalproblem der Debatte an. Ist diese Unterstellung, die man keineswegs einer Weberschen Absicht diskriminierender Qualifizierung der Nichteuropäer anlasten möchte, sondern vielmehr einem Zeitgeist, der selbst unter seinerzeit wirkenden Sozialdemokraten Ernte hielt, falsch, so müßte Webers Problemstellung grundsätzlich korrigiert werden. Deren harter Kern indes, und als diesen würde ich die These nennen, daß sich

8 "Tatsächlich waren regionale Unterschiede, ja Gegensätze innerhalb Europas - besonders zwischen dem Zentrum der alten Gesellschaftsformation und den diesem gegenüber mehr zur Peripherie zählenden Gebieten, in denen sich neue Entwicklungen vollzogen - eine wichtige Triebkraft im Prozeß der primären Herausbildung des Kapitalismus." (Richter/Waligora, S. 327.)

Kapitalismus in Europa z u e r s t herausgebildet hat, impliziert die Frage nach der Ursache für das höhere Entwicklungstempo Europas resp. das niedere der orientalischen Gesellschaften. Zugleich stellt er die komparative Frage nach den auf die bürgerliche Gesellschaft resp. auf deren Voraussetzungen hinweisenden Entwicklungen in asiatischen Staaten, wie sie in jüngsten, wenn auch keineswegs unumstrittenen Forschungen angestrengt wurden (Munshi: V, S. 228 ff.).(9) Hier muß die Methode Webers, seine Fragestellung, gewissermaßen in einen neuen Zeitgeist übersetzt werden, wozu die von Schluchter und Kocka herausgegebenen Bände eine herausfordernde Ausgangsbasis bieten.

9 Vgl. Njammasch, Marlene, Untersuchung zur Genesis des Feudalismus in Indien, Berlin 1984; vgl. dazu Florath, Bernd, Geschichtsphilosophische Fragen zu frühen Gesellschaftsformationen, Rez. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 3/1988, S. 185 - 194; darüber hinaus Krüger, Horst, Indien. Die internationale Arbeiterbewegung und die indische Befreiungsbewegung, Bd. 1, Berlin 1984, besonders: Heidrich, Joachim, Im Strom der Epoche. Zur Rolle der bürgerlichen Klasse im Kampf um nationale Befreiung und gesellschaftlichen Fortschritt in Indien, Diss. B, Berlin 1988.

Reichsfinanzpolitik vor dem ersten Weltkrieg

Rudolf Kroboth, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909 - 1913/14) = Europäische Hochschulschriften, R. III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 305

Peter Lang, Frankfurt (Main)/Bern/New York 1986,
511 S., sfr 77,-

von Reinhold Zilch

Jede Darstellung der Geschichte eines Landes im 20. Jh. bleibt notwendig einseitig, wenn sie nicht die Entwicklung der Staatsfinanzen und den damit gegebenen Handlungsspielraum für herrschende Klassen bzw. für Regierende berücksichtigt. Überblickt man aber die Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Wilhelminischen Deutschlands vor 1914, die in den zurückliegenden mehr als 70 Jahren erschienen sind, so weisen sie gerade in dieser Hinsicht Lücken auf. Das liegt nicht nur an der wechselnden Bereitschaft und dem jeweiligen Vermögen der Autoren, diesem Bereich des historischen Gesamtprozesses Aufmerksamkeit zu widmen, sondern in starkem Maße auch an dem bis heute unzureichenden Forschungsstand.

Die Berücksichtigung der Finanzgeschichte in den Gesamtdarstellungen ist quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlich. Das Spektrum reicht von jenen, zumeist aus konservativ bzw. traditionell diplomatie- und/oder geistesgeschichtlicher Sicht geschriebenen Werken, für deren Verfasser ökonomische Prozesse und finanzielle Fragen höchstens marginal existieren, über Bücher, in denen die einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens weitgehend isoliert betrachtet werden und die auch einen oftmals recht kurzen Abschnitt "Wirtschaft" enthalten, bis hin zu Abhandlungen, die um eine Integration der hier interessierenden Prozesse in die Gesamtdarstellung bemüht sind.

Der unbefriedigende Forschungsstand steht in scheinbarem Widerspruch zu der Fülle an Literatur zur deutschen Finanzgeschichte der Jahre vor 1914. In der Mehrheit handelt es sich aber um zeitgenössische Spezialstudien oder tagespolitische Wortmeldungen, die nur bedingt gesicherte Erkenntnisse verkörpern. Außerdem muß beachtet werden, daß den Autoren vor 1945 in der Regel kein Zugang zu staatlichen Archiven gewährt wurde.

Doch auch für die meisten nach Beendigung des zweiten Weltkrieges erschienenen Monographien zur Finanzgeschichte des Wilhelminischen Deutschlands(1) bleibt es charakteristisch, daß sie allein auf der Basis des gedruckt vorliegenden, allgemein zugänglichen, nur eben schwer handhabbaren und ausufernden Materials geschrieben wurden. Es hängt aber mit dessen Spezifik als wertvoller Quelle zusammen (besonders wenn es sich um zeitgenössische, namentlich tagespolitische Veröffentlichungen handelt), daß auf dieser Grundlage ein Wissensstand erreicht worden ist, der es ermöglicht, die technische Seite der deutschen Finanzpolitik (vor allem den Mechanismus der Staatseinnahmen und -ausgaben sowie der Staatsverschuldung) weitgehend zu rekonstruieren und zahlenmäßig zu belegen. Doch selbst bei Auswertung der Tagespresse und der wenigen Dokumenteneditionen bleibt, daß der eigentliche politische Entscheidungsmechanismus und die tagtägliche Regierungspraxis auf staatsfinanzziellem Gebiet bzw. die Beeinflussung eben nahezu aller politischen Entscheidungen durch die Finanzlage so nicht oder nur sehr unvollkommen transparent gemacht werden können.

Einzig durch ein umfassendes Studium der archivalischen Überlieferung kann ein Durchbruch erreicht werden. Entscheidende Positionen konnte bereits im Jahre 1970 Peter-Christian Witt(2) erzielen. Die hier vorzustellende Monographie von Rudolf Kroboth setzt nun einen neuen Meilenstein.

1 An Gesamtdarstellungen, die sich ausschließlich oder überwiegend mit der Zeit des Wilhelminischen Deutschlands beschäftigen, sind zu nennen: Becker, Reinhard, Der Reich-Länder-Finanzausgleich im Bismarck-Reich und in der Weimarer Republik, wirtschafts- und sozialwiss. Diss., Kiel 1980; Blömer, H., Die Anleihen des Deutschen Reiches von 1871 bis zur Stabilisierung der Mark 1924, Diss., Köln 1946; Bolenz, Jürgen, Wachstum und Strukturwandlungen der kommunalen Ausgaben in Deutschland 1849 - 1913, rechts- und staatswiss. Diss., Freiburg i. Br. 1965; Caasen, Hans Günter, Die Steuer- und Zolleinnahmen des Deutschen Reiches 1872 - 1944, rechts- und staatswiss. Diss., Bonn 1953 (MS.); Jobst, Heinz, Das Steuerbewilligungsrecht bis 1918 nach dem Staatsrechte des Deutschen Reiches, Preußens und Bayerns unter besonderer Berücksichtigung seiner Rolle nach bayerischem Staatsrechte, jur. Diss., Erlangen 1948 (MS.); Neukamm, E., Der vertikale bundesstaatliche Finanzausgleich seit 1871 im Widerstreit von Verfassungsrecht und Wirklichkeit, Diss., Tübingen 1966; Neumark, Fritz, Die Finanzpolitik in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 - 1975, Frankfurt (Main) 1976, S. 57 - 111; Stumpp, Hans, Die Entwicklung des Finanzausgleichs in Deutschland von 1871 bis zur Gegenwart, rechts- und staatswiss. Diss., Würzburg 1964; Terhalle, Fritz, Geschichte der deutschen öffentlichen Finanzwirtschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Schlusse des Zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Tübingen 1952, S. 273 - 326; Voth, Willfried, Die Reichsfinanzen im Bismarckreich und ihre Bedeutung für die Stellung des Reichstages. Eine Studie über das Budgetrecht und dessen Ausübung in den Jahren 1871 - 1918, rechts- und staatswiss. Diss., Kiel 1966; Witt, Peter-Christian, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland = Historische Studien, H. 415, Lübeck/Hamburg 1970; Wolflast, Jürgen-Christian, Bestimmungsfaktoren wachsender Staatsausgaben - dargestellt am Beispiel des Deutschen Reiches 1871 bis 1913, wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Hamburg 1967. - Aus marxistischer Sicht sind allein zu nennen Lehmann, Karin, Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte im Deutschen Reich vor dem ersten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hg. v. Lotte Zumpe = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9, Berlin 1976, S. 85 - 110 sowie Rätzer, Manfred, Die Grundsätze der Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit bis zum ersten Weltkrieg, wirtschaftswiss. Habil., Bd. 1, 2, Halle-Wittenberg 1966 (MS.).

2 Vgl. Anm. 1.

Die aus einer 1983 an der Universität Tübingen verteidigten Dissertation hervorgegangene Arbeit stellt sich das Ziel, mit Hilfe der von Rudolf Goldscheid und Joseph Alois Schumpeter begründeten finanzsoziologischen Theorie und ihrer heuristischen Funktion, nach der - so Kroboth - die "Struktur der öffentlichen Haushalte das in Zahlen gegossene Abbild des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses" sei und "hierin die Prioritäten des politischen Handelns manifest" würden (S. 12), mit Hilfe einer "finanzgeschichtlichen Analyse des Kaiserreichs ... das politische Profil und die sozialökonomische Anatomie des reichsdeutschen Staates und seiner Gesellschaftsordnung herauszupräparieren" (S. 12). In diesem hohen Anspruch liegen zugleich Vorzüge und Grenzen des vorzustellenden Bandes. Kroboth bemüht sich, ein bis in Verästelungen detailliertes Bild der Wilhelminischen Gesellschaft zu entwerfen, wie es sich aus der Finanzpolitik jener Zeit ergibt. Zugleich erfaßt er hiermit aber nur einen Teil der Sozialstruktur (der "sozialökonomischen Anatomie"). Diese kann nicht in ausreichender Schärfe und Tiefe aus den Finanzen herausgelesen werden, wie es Goldscheid und Schumpeter glaubten. Es gehört zu ihren genialen Irrtümern, die zentrale Rolle der Finanzen für die Beschreibung einer modernen Gesellschaft erkannt zu haben,⁽³⁾ zugleich aber zu übersehen, daß damit nur ein Teil der Strukturen erfaßt wird und dieser oftmals sekundär oder tertiär gebrochen oder nur partiell vermittelt ist.

So ist ein Rückschluß aus Finanzkategorien wie dem Steueraufkommen, z. B. auf Vermögen oder Einkommen, durchaus sinnvoll, um auf die Stellung der Zensiten im Wirtschaftsprozeß bis hin zu ihrem Eigentum zu schließen - und das wird in zahlreichen Arbeiten zur Sozialstruktur mit mehr oder weniger Erfolg praktiziert. Zugleich muß aber beachtet werden, daß sich aus derartigen Daten nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse einschließlich der an den Produktionsmitteln gewinnen lassen. Letztere aber bilden den entscheidenden Ansatz für die Erklärung der Stellung der einzelnen Wirtschaftssubjekte sowie der von ihnen gebildeten sozialen Gruppen, Schichten und Klassen zueinander, was das tragende Skelett der Gesellschaft ausmacht. Das ist nicht unmittelbar aus Finanzkategorien abzuleiten, wengleich sie dabei wesentliche Hilfe leisten können.

Wenn man die Arbeit Kroboth's studiert, muß man feststellen, daß er aber, von dieser theoretischen Position ziemlich unbeeindruckt, nicht eine Analyse der Wilhelminischen Gesellschaft vor Ausbruch des ersten Weltkrieges im Sinne von Sozialstruktur geschrieben hat, sondern vielmehr eine breit angelegte Geschichte der Finanzpolitik jener Jahre bietet, um aus dieser auf Gesellschaftsstrukturen zu schließen.

3 Wengleich das Werk Schumpeters wohl kaum in einer größeren Arbeit über die Geschichte der ökonomischen Theorie fehlt, wird dieser methodologische bzw. heuristische Aspekt seines Ideengebäudes von den Vertretern der Geschichte der politischen Ökonomie fast nicht rezipiert. Zu den Ausnahmen gehört Rudolf Hickel, der in der Einleitung zu einer kleineren Sammlung von Schriften Goldscheid und Schumpeters hierauf verweist. Vgl. Goldscheid, Rudolf/Schumpeter, Joseph, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, hg. v. Rudolf Hickel = edition suhrkamp, Bd. 698, Frankfurt (Main) 1976, S. 25. - Zu Schumpeter vgl. Schneider, Erich, Joseph A. Schumpeter. Leben und Werk eines großen Sozialökonomien, Tübingen 1970; Perroux, François, La pensée économique de Joseph Schumpeter. Les dynamiques du capitalisme = Travaux de droit, d'économie, de sociologie et de sciences politiques, Bd. 34, Genève 1965; Gerhardt, Walter, Das Schicksal liberaler Theorie im sozioökonomischen Gesellschaftsentwurf Joseph A. Schumpeters. Ein soziologisch-ideologiekritischer Versuch, FU, phil. Diss., Berlin (West) 1969 (MS.); Heretik, Stefan, Theoretische Grundlagen der gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie, Berlin 1977, S. 264 ff.; Krause, Werner/Rudolf, Günther, Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 bis 1945, Berlin 1980, S. 362 ff.; Mátyás, Antal, History of modern non-marxian Economics. From marginalist revolution through the Keynesian revolution to the contemporary monetarist counter-revolution, Budapest 1980.

Hierbei hat er wesentliche Ergebnisse vorzuweisen. Zugleich bemüht er sich - mit unterschiedlichem Erfolg - um eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Thesen Peter-Christian Witts zur Finanzgeschichte des Kaiserreichs und, davon ausgehend, um Argumente gegen die geschichtshistorischen Positionen der sog. Kehrites (d. h. der in der Tradition von Eckart Kehr schreibenden liberalen Historiker) und ihrem Modell von der sog. Sammlungspolitik sowie gegen die Auffassungen vom Organisierten Kapitalismus. Damit greift Kroboth in Auseinandersetzungen in der Geschichtswissenschaft auf konservativer Seite ein, ohne jedoch die Forschungen seiner Widersacher in Bausch und Bogen zu verdammen. Der Autor ist dabei derart in diese Kontroversen verstrickt, daß eine explizite Auseinandersetzung mit der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der von der zunehmend entscheidenden Rolle der Monopole in der Sammlungspolitik weitgehend unterbleibt.

Rudolf Kroboth wertet umfangreiches Material aus. Insbesondere zwei Quellengruppen sind zu nennen: Erstens wird die zeitgenössische Tages-, Verbands- und Fachpresse in einem breiten inhaltlichen und politischen Spektrum benutzt; und zweitens werden Archivalien aus Bonn, Koblenz und Freiburg herangezogen (wobei ein Teil der vorstehend genannten gedruckten Materialien den Akten beiliegt). Es ist vor allem die Überlieferung im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, aus der der Autor zahlreiche neue Kenntnisse über Interna der Finanzpolitik gewinnt. Dabei ist es ein Spezifikum seiner Arbeit, daß es in der Mehrzahl Dokumente sind, die nicht im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes selbst entstanden waren (wenngleich z. B. Berichte deutscher diplomatischer Vertreter über Reaktionen im Ausland auf deutsche Finanzprobleme interessante Einblicke gewähren - vgl. u. a. S. 343, Anm. 56), sondern es sich um eine Überlieferung hauptsächlich in Form von Kopien oder Abschriften handelt. Der Staatssekretär des Äußern wurde um eine Stellungnahme gebeten bzw. bekam die Schriftstücke zur Information zugesandt - in manchen Fällen wohl auch nur, weil ein Verteilerschlüssel alle Staatssekretäre und preußischen Minister erfaßte. Damit macht Kroboth eine bisher von der finanzhistorischen Forschung wohl noch nicht in größerem Umfang ausgewertete Quellengruppe erstmals nutzbar. Ihr hoher Wert wird durch die vorliegende Arbeit belegt. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, daß damit natürlich noch nicht der eigentliche Entscheidungsfindungsprozeß in den für Finanzfragen primär zuständigen Innenressorts aufgedeckt werden kann.

Dieses umfangreiche Material breitet Kroboth unter Zuhilfenahme vielfältiger Sekundärliteratur vor dem Leser aus. Mehr als 130 Seiten Anmerkungen (leider vom Text getrennt, was zum lästigen Umblättern zwingt), die sich oftmals nicht auf reine Quellenangaben beschränken, sondern zusätzliche Informationen oder Polemiken mit anderen Autoren enthalten, sprechen für sich.

Kroboth gliedert seine Monographie in eine kurze Einleitung, in der die Forschungslandschaft charakterisiert sowie die Hauptziele der Arbeit benannt werden (S. 11 - 23), fünf Kapitel sowie Schlußbemerkungen; 23 aussagekräftige Tabellen sind im Anhang enthalten.

Das 1. und das 2. Kapitel führen in die Gesamtproblematik ein, wobei sie durchaus eigenen Wert besitzen. In ihnen werden sowohl "die ökonomischen, finanzwirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland beim Amtsantritt Bethmann Hollwegs im Jahre 1909" (Kap. 1, S. 25 - 47) beschrieben als auch "die Entwicklung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes in den Jahren 1909 - 1913/14" (Kap. 2, S. 49 - 107) dargestellt. Zugleich begründet Kroboth, warum er eine Zäsur der politischen Geschichte, die Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Theobald von Bethmann Hollweg, ebenso als Einschnitt in der deutschen Finanzgeschichte ansieht und seine Untersuchung hier ansetzt. Mit dem Kanzler habe auch im Reichsschatzamt ein neuer Mann, Adolf Wermuth, die Geschäfte übernommen, mit dem ein Kurswechsel eingeleitet worden sei. Er habe ein schweres Erbe angetreten, denn der Rücktritt Bernhard von Bülow sei im wesentlichen auf das Fiasko der Reichsfinanzreform zurückzuführen gewesen. Hier lägen die entscheidenden Ursachen dafür, daß sich 1909 das Deutsche Reich in der "schwersten inneren Krise der Nach-Bismarck-Ära" befunden habe. Die unüberbrückbaren steuerpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwi-

schon liberalem Industrie- und Handelsbürgertum und den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen "erhellten blitzlichtartig die innere Labilität und die latente Krisenanfälligkeit des Wilhelminischen Systems" (S. 40). Kroboth geht so weit, Theodor Eschenburg zu folgen und von einem "Scheideweg" zu sprechen, an dem sich das Land befunden habe.(4) Die Wahl des einen oder des anderen Weges habe dann "mehr oder minder eine zwangsläufige Entwicklung" (S. 40) zur Folge gehabt. Die "politischen Nachbeben" der Reichsfinanzreform von 1909 stellten "die Funktionsfähigkeit des konstitutionellen Regierungssystems auf eine harte Belastungs- und Bewährungsprobe", wobei "die Krise ... nicht die Dimension einer unmittelbaren Systemgefährdung annahm" (S. 46).

Auch wenn dem Rezensenten die These vom schicksalhaften Scheideweg zu hoch gegriffen erscheint, ist es ein Verdienst Kroboths, die Katalysatorfunktion der Auseinandersetzungen um die Reichsfinanzreform nicht nur einfach festzustellen, sondern detailliert für das politische Spektrum der Parteien und Interessenverbände zu belegen sowie die von ihnen vertretenen Zielvorstellungen sowohl in den allgemeinen Konsequenzen als auch in den zu erwartenden spezifisch finanziellen Ergebnissen genau zu analysieren. Dabei - und an anderen Stellen der Arbeit - wird zwar die Sozialdemokratie nicht ausgespart, jedoch einseitig betrachtet. Die badischen Landtagswahlen vom Herbst 1909 hätten es "der SPD unter den besonderen politischen Bedingungen, die die Finanzreform geschaffen hatte", ermöglicht, "ihr Wählerpotential auf nicht-proletarische Schichten auszudehnen" und "bürgerliche Protestwähler" (S. 41) zu gewinnen. Für die Reichstagswahlen 1912 lag darin die Möglichkeit "einer erdrutschartigen Verschiebung der Mandatzusammensetzung zugunsten der SPD", weil der "linksradikale Parteiflügel" einen "schwindenden Einfluß" (S. 41) besaß. Mit der Finanzreform sei die Chance entstanden, "mit den fortschrittlichen Teilen des Bürgertums zu kooperieren ... Voraussetzung (sei) allerdings (gewesen), daß sich innerparteilich der antirevolutionär-revisionistische Parteiflügel durchsetzte, denn nur eine sozialdemokratische Reformpartei kam für das linke Bürgertum als potentieller Bündnispartner in Frage" (S. 42). Kroboth bleibt aber nun dem Leser schuldig, sowohl die prinzipiellen politischen Anschauungen als auch die finanzpolitischen Positionen des marxistischen Flügels in der Führung der deutschen Sozialdemokratie (des "linksradikalen Parteiflügels") darzulegen.(5)

Kroboth beschreibt die Zeit von der Mitte der 90er Jahre des 19. Jh. bis 1913 als eine "stürmische, äußerst wachstumsintensive Industrialisierungsphase" (S. 25). Erst 1913 habe es eine sich "ankündigende Wirtschaftskrise" (S. 105) gegeben. Obwohl es durchaus richtig ist, von einem mehr als zwei Jahrzehnte währenden Wirtschaftsaufschwung zu sprechen, können hierbei die Jahre 1900/01 sowie 1907/08 nicht als "kurzfristige Konjunkturreinbrüche" (S. 25) gekennzeichnet werden, denn in beiden Fällen handelte es sich um Wirtschaftskrisen. Dabei ist es völlig belanglos, daß 1907/08 die zyklische Entwicklung derart widersprüchlich war, daß beim jetzigen Forschungsstand noch keine gesicherte Bestimmung als Krise oder Zwischenkrise möglich ist. Sie wurde von den Zeitgenossen wohl kaum als weniger schwer empfunden als die Ereignisse zur Jahrhundertwende.(6)

4 In Anlehnung an den Titel von Eschenburg, Theodor, Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.

5 Mangels anderer Titel immer noch Rätzer.

6 Vgl. Faust, Anselm, Konjunktur, Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellaugen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Dietmar Petzina u. Ger van Roon = Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 25, Stuttgart 1981, S. 238; Fischer, Wolfram, Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850 - 1914, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, hg. v. Wolfram Fischer, Stuttgart 1985,

Als einen entscheidenden "Gradmesser der Geldmarktverhältnisse" sieht Kroboth den Reichsbankstatus an (so die Überschrift eines Abschnitts im 2. Kapitel, S. 49 - 51). Mit seiner Hilfe bietet er eine detaillierte Analyse der Geld- und Kapitalmarktverhältnisse. Dabei sieht der Autor die Reichsbank in einem Spannungsfeld zwischen ihrer Aufgabe, "praktisch als letzte Liquiditätsquelle für das gesamte Bankensystem und folglich für die Volkswirtschaft überhaupt" zu wirken, sowie ihrer "kreditpolitischen Doppelfunktion" als "Kreditär des Staates wie der Privatwirtschaft". Daraus habe sich der Handlungsspielraum des deutschen Zentralnoteninstituts ergeben als "Resultante aus der jeweiligen Lage des Geld- und Kapitalmarktes und dem Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte" (S. 50). Bei dieser Betrachtungsweise Kroboths wird aber die eigentümliche Stellung der Reichsbank im Bankensystem und in der Volkswirtschaft zu wenig berücksichtigt. Sie war nicht schlechthin "Institution des öffentlichen Rechts" und die "'höchste Instanz' ... des gesamten Geld- und Kreditwesens mit der Funktion 'einer zentralen Clearingstelle'" (S. 49). Auf Privatkapital begründet, unter Leitung des Reichskanzlers sowie mit Beamten arbeitend und mit einem Zentralausschuß versehen, in dem führende Privatbankiers und Bankmonopole vertreten waren, verkörperte die Reichsbank in sich selbst den von Kroboth formulierten "geldwirtschaftlichen Zielkonflikt", der darin bestand, gleichzeitig die Aufgaben erfüllen zu müssen, die sich aus der Sicherung der Währungsstabilität, der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Befriedigung des öffentlichen Kreditbedarfs ergaben. Dabei war die deutsche Zentralnotenbank aber nicht eine sog. unabhängige Reichsbehörde wie jede andere, sondern in ihr als staatsmonopolistischem Organ erfolgte permanent die Mitwirkung der Privatwirtschaft an ihrer Politik.(7)

Der Autor arbeitet heraus, daß die Hauptlinie der Reichsbankpolitik auf die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Liquidität gerichtet war. Es sei von den Verantwortlichen erkannt worden, daß die sich immer mehr verschlechternde Zahlungsfähigkeit des privaten Banksektors verbessert werden mußte, damit in Krisenzeiten die Zentralbank nicht als Bank der Banken überbeansprucht werden würde. Zur Lösung des Problems habe es verschiedene Versuche gegeben, wie die Einführung der sog. Zwischenbilanzen, ohne daß aber bis Mitte 1914 eine wirkliche Besserung der Lage erreicht worden sei. In dieser Situation habe Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein am 18. Juni 1914 in einer Besprechung mit führenden Bankiers energisch gefordert, die Barreserven ihrer Kreditinstitute wieder zu verstärken. In seiner Darstellung stützt sich Kroboth auf verschiedene Pressemeldungen, wobei ein Artikel der Reichsbank in der der Reichsleitung nahestehenden "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die für die Öffentlichkeit bestimmten Ziele der Zentralnotenbank darlegt. Wenn aber außerdem der Hamburger Bankier Max Schinkel zitiert wird, daß Havenstein auf wenig Entgegenkommen gestoßen sei, so hat sich der Autor einen nur wenig brauchbaren Kronzeugen ausgesucht. Der Geschäftsführer der Norddeutschen Bank in Ham-

S. 117 ff.; derselbe, Deutschland 1850 - 1914, in: ebenda, S. 391 ff.; Hentschel, Volker, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierte Kapitalismus und Interventionsstaat?, Stuttgart 1978, S. 226 ff.; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961, S. 103 ff.; Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1975, S. 181 ff.; Die Störungen des deutschen Wirtschaftslebens während der Jahre 1900 ff. = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 110, Leipzig 1903; Schulze, S. Arthur, Die Bankkatastrophen in Sachsen im Jahre 1901, Tübingen 1903.

7 Vgl. Zilch, Reinhold, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung 1907 bis 1914 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 20, Berlin 1987.

burg und der Disconto-Gesellschaft in Berlin gehörte nicht zu den Teilnehmern an jener Beratung.⁽⁸⁾ Die Disconto-Gesellschaft war vielmehr durch Arthur Salomonsohn vertreten. Letzterer nahm zwar eine insgesamt recht reservierte Position gegenüber den Vorschlägen des Reichsbankpräsidenten ein, stimmte aber im Grundsatz mit der vom Direktor der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, formulierten Meinung überein: "Wir brauchen so etwas ähnliches."⁽⁹⁾ Während Salomonsohn vor allem den Zeitpunkt für ungünstig hielt, vermochte sein Geschäftspartner Schinkel, nach Aussage von Kroboth, grundsätzlich "die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme nicht einzusehen", da die zweite Marokkokrise und die Balkankriege gezeigt hätten, daß die Position der deutschen Großbanken "auch ohne zusätzliche Liquiditätsvorkehrungen als insgesamt sehr solide einzustufen" gewesen wäre. (S. 73) Es mag nun dahingestellt bleiben, ob Schinkel hier nur seine private Meinung zum Ausdruck brachte oder ob er vielleicht sogar seine Veröffentlichung mit Salomonsohn abgestimmt hatte und man ein doppeltes Spiel versuchte. Das von Kroboth formulierte Fazit, daß der "Reichsbankappell in Bankkreisen ... auf wenig Entgegenkommen" (S. 73) gestoßen sei, ist so nicht haltbar. Die Beratung vom 18. Juni 1914 endete vielmehr mit dem durchaus optimistischen Schluß, zu einer Einigung kommen zu müssen und zu können, wobei alle Seiten sich der Größe der Aufgabe durchaus bewußt waren. Vor allem die zahlreichen kleinen Banken mußten von der Notwendigkeit überzeugt werden.

Die von Kroboth angeblich entdeckte "heimliche Allianz zwischen kleineren Privatbankiers und der Reichsbank gegen die übermächtige Kreditmarktposition der großen Universalbanken" (S. 81) hat es als dauernde oder gar typische Erscheinung nicht gegeben. Natürlich fanden Forderungen Havensteins an die führenden Banken, im gesamt-kapitalistischen Interesse freiwillig die Barreserven zu erhöhen, wodurch sich Beschränkungen im Handlungsspielraum ergeben würden, bei den viel schwächeren Konkurrenten Befürworter, denn sie erhofften sich eine gewisse Besserung ihrer beengten Lage. Doch in der Realität ergab sich zumindest für die Jahre vor dem ersten Weltkrieg kein bewußtes Zusammengehen der Reichsbank mit den Privatbankiers. Vielmehr hatten es die Großbanken schon einmal verstanden, mit der Zentralbank einen Weg zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Liquidität auf Kosten der kleinen Konkurrenten zu finden. Auch wenn die bedeutendsten Banken die Bestrebungen der Reichsbank "als einen unzulässigen Eingriff in ihre betriebswirtschaftliche Dispositionsfreiheit zu Lasten ihrer Gewinnaussichten zurückwiesen" (S. 81), suchten sie nach einer Lösung, die sowohl den eigenen Profit nicht mehr als irgend nötig belastete, als auch die Befriedigung des gesamt-kapitalistischen Interesses erlaubte. So wurde 1908 die von der Reichsbank empfohlene Einführung der Zwischenbilanzen anfänglich von den Großbanken als Aushängeschild für die Solidarität des eigenen Instituts benutzt, was die schwächere Konkurrenz zwang, trotz der für sie relativ hohen Kosten ebenfalls nachzuziehen.⁽¹⁰⁾ Mit Hilfe des Staatsapparates wurde dann die Anfertigung von Zwischenbilanzen zur Existenzfrage gemacht, indem nur solche Kreditinstitute die sog. passive Scheckfähigkeit erhielten, die ihren Status alle zwei Monate offenlegten. Wer dazu nicht bereit war, wurde gewissermaßen an den Rand des nationalen Systems des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gedrängt. Wenn nun im Juni 1914 in der Beratung mit der Reichsbank von den Teilnehmern mehrfach betont wurde, erst untereinander eine Einigung zu erzielen, um dann gemeinsam auftreten zu können, so deutet das darauf hin, daß, wie bei den Zwischenbilanzen, wieder eine Aktionsgemeinschaft der Zentralbank mit den Großbanken gebildet werden sollte - entgegen der bereits zitierten Vermutung Kroboth's.

8 Vgl. das Protokoll der Beratung bei Zilch, Reinhold, Zum Plan einer Zwangsregulierung im deutschen Bankwesen vor dem ersten Weltkrieg und zu seinen Ursachen - Dokumentation, in: Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917, hg. v. Boris A. Aisin u. Willibald Gutsche, Berlin 1980, S. 229 ff., Abdruck des Protokolls S. 236 ff.

9 Ebenda, S. 243.

10 Vgl. Zilch, Die Reichsbank ..., S. 70 ff.

Doch unabhängig von diesen Einwänden stimmt der Rezensent dem Autor in der zusammenfassenden These zu, daß sich im Deutschen Reich von 1914 "die permanente Geld- und Kapitalmarktschwäche als ein volkswirtschaftlicher Risikofaktor allererster Ordnung" (S. 104) erwiesen habe. Die "anhaltende und sich fortgesetzt steigende Anspannung der Geld- und Kapitalmarktschwäche" erschwerte die Kreditaufnahme durch Wirtschaft und öffentliche Hand, was das ökonomische Wachstum und vor allem auch die sich auf wirtschaftlicher Expansion gründende deutsche Weltpolitik behinderte. Die "Geld- und Kapitalmarktklemme" habe politische und sozialökonomische Auswirkungen gehabt. So sei der "sozioökonomische Strukturwandel" u. a. "von den zunehmenden Zins- und Kreditrestriktionen nach 1895 wesentlich gefördert, d. h. beschleunigt" worden. Die Zinsverteuerung habe "kapitalstarke Großunternehmen" weniger getroffen als mittlere und kleine Betriebe sowie die Landwirtschaft. Das habe zur "Massierung der Kapitalkonzentration, verstärkten Monopolisierungstendenzen" und "sinkender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung des Agrarsektors" (S. 104) beigetragen, wodurch "eine forcierte sozial regressive Verteilung des Sozialprodukts zugunsten der Großindustrie nachhaltig" (S. 105) gefördert worden sei. Hieraus sei erheblicher politischer Zündstoff vor allem durch den Widerspruch zwischen industriellen und Agrariern erwachsen. Außerdem sei ein Kursverfall der inländischen Staatsanleihen eingetreten, was die Schwierigkeiten der Finanzpolitik der Reichsleitung und der Regierungen der Bundesstaaten vermehrte. Das Steuerbewilligungsrecht der Parlamente gewann damit notwendig an Gewicht, wodurch ein "Machtzuwachs der parlamentarischen Instanzen" (S. 105) entstand.

Wenn Kroboth betont, daß die bereits erwähnte Weltpolitik in Schwierigkeiten geriet, weil für Deutschland "der Zahlungsbilanzüberschuß in toto viel zu gering war, um neben der Finanzierung der Binnenwirtschaft ... noch eine großzügige Kapital-exportpolitik betreiben zu können", was dazu führte, daß "Anspruch und Wirklichkeit der deutschen 'Weltpolitik' weit auseinanderklafften", dann ist dem zuzustimmen. Nicht folgen kann der Rezensent allerdings, wenn es in dem vorstehend zitierten Satz weiter heißt, daß diese Weltpolitik "deshalb ... nicht viel mehr als eine Chimäre blieb" (S. 28). Es kann und soll in keiner Weise bestritten werden, daß die deutsche Weltpolitik kaum Erfolge brachte, aber sie deshalb ein Unding, ein Hirngespinnst bzw. eine reine Ausgeburt der Phantasie zu nennen und sie damit gewissermaßen jeder Realität zu entheben, geht nicht an. Ob verfehlt und erfolglos oder nicht, der Versuch, Weltpolitik zu betreiben, bestimmte die deutsche Politik in den hier interessierenden Jahren und kann nicht durch die Wahl eines unpassenden Bildes negiert werden! Ebenso darf nicht vergessen werden, daß es gerade die eklatante Kapital-schwäche war, die in den herrschenden Klassen die Bereitschaft zum Kriegsrisiko für die Sicherung der Expansion stimulierte.(11)

Auf die in den ersten beiden Kapiteln formulierten Hauptthesen kommt Kroboth in den nachfolgenden Teilen seiner Arbeit immer wieder zurück. Im 3. Kapitel "Die Reichserbschaftsteuer als innenpolitische Schlüsselfrage im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1912" (S. 109 - 117) wird beschrieben, wie der neue Reichskanzler Bethmann Hollweg eine Alternative zum Bülow-Block zu praktizieren versuchte und dabei scheiterte. Die Reichspolitik sei in den Jahren 1909 bis 1911 weitgehend paralyisiert worden. "... aus verfehelter Rücksichtnahme auf großagrarische Partikularinteressen und aus Sorge um die künftige Unterstützung durch die konservative Partei" erwies man sich als unfähig "zu einem Mindestmaß an gesellschaftspolitischer Reform", was "zur gesetzgeberischen Tatenlosigkeit und zu politischem Immobilismus" (S. 114) geführt habe. Gleichzeitig erzielte Schatzsekretär Wermuth Erfolge bei der Sanierung der Reichsfinanzen. Durch äußerste Sparsamkeit und nicht zuletzt durch Einsparungen im Flotten- und Heeresetat, die zwar nicht sehr bedeutend waren, aber

11 Vgl. Gutsche, Willibald, Monopole, Staat und Expansion vor 1914. Zum Funktionsmechanismus zwischen Industriemonopolen, Großbanken und Staatsorganen in der Außenpolitik des Deutschen Reiches 1897 bis Sommer 1914 = Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 65, Berlin 1986, S. 282 ff.

Signale setzten, konnten Defizite abgebaut und sogar Budgetüberschüsse erwirtschaftet werden. Tempo und Ausmaß der Neuverschuldung des Reiches wurden rückläufig.

Doch bei all dem war nicht zu übersehen, daß dem Reich neue Finanzquellen erschlossen werden mußten. Die 1912 dem Reichstag eingereichte Wehrvorlage setzte das Problem unaufschiebbar auf die Tagesordnung. Im 4. Kapitel (S. 119 - 188) beschreibt Kroboth zumeist minutiös den Konflikt, der sich ergab aus dem Widerspruch zwischen dem mittelfristigen Finanzplan Wermuths, die Neuverschuldung des Reiches weitgehend auf produktive Aufgaben beschränken zu wollen, und dem Flottenplan des Admirals Alfred von Tirpitz, für die Marine neue Anleihen aufnehmen zu lassen. Wermuth unterlag in dieser Auseinandersetzung. Vor allem das Scheitern der Erbschaftssteuer, die zu einer gewissen Mehrbelastung der großagrarischen Kräfte geführt hätte und die Bethmann Hollweg zugunsten einer politischen Unterstützung durch die Konservative Partei aufgab, bewogen den Reichsschatzsekretär, seine Demission einzureichen. Sein Nachfolger Hermann Kühn entwickelte dann ein Finanzierungskonzept, bei dem vor allem eine Branntweinsteuer einen gewichtigen Teil der notwendigen Neueinnahmen bringen sollte, indem in der Vergangenheit gewährte Steuervergünstigungen für Schnapsproduzenten wegfielen. Da hierdurch ebenso wie bei der Erbschaftssteuer vor allem großagrarisches Kreise betroffen gewesen wären, spricht Kroboth von einer "Deformation des Besitzsteuergedankens durch die Reform der Branntweinbesteuerung" (S. 167).

Detailliert wird in dem vorliegenden Buch die parlamentarische Diskussion um die Finanzierung der Wehrvorlage von 1912 dargestellt. Gekonnt wertet der Autor die unterschiedlichen parlamentarischen Drucksachen sowie die Tagespresse im Zusammenhang mit den beschriebenen Archivalien aus, wobei sich die Akten des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der Konflikte Preußens mit den anderen Bundesstaaten wegen gewisser Steuerreservatrechte als besonders fündig erwiesen.

Diese beispielhafte Darstellungsweise wiederholt sich im 5. Kapitel "Der Haushalt und die Besitzsteuergesetzgebung des Jahres 1913", wo Kroboth auf rund 120 Seiten die Auseinandersetzungen um die Wehrvorlage und ihre Finanzierung beschreibt (S. 189 - 318). Wiederum muß der Rezensent seine Hochachtung vor der immensen Materialfülle bekunden. Der Leser wird mit den öffentlichen Debatten ebenso vertraut gemacht wie mit den Auseinandersetzungen hinter den verschlossenen Türen der Fraktionszimmer, der wirtschaftspolitischen Interessenverbände und der Regierungsdienststellen. Die Quellen werden von Kroboth vor allem in Hinsicht auf die Fragen nach der Durchsetzung höherer sozialer Gerechtigkeit im Steuersystem sowie nach einem Wandel in den Gesellschaftsstrukturen, besonders durch Demokratisierung und Parlamentarisierung, ausgewertet. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß in den Auseinandersetzungen des Jahres 1913 "systemstabilisierende und -destabilisierende Effekte Hand in Hand" gingen. Durch den "ausschließlich besitzsteuerlichen Charakter der ... Steuerreformen" sei "die Integration der Arbeiterbewegung in die etablierte Herrschafts- und Sozialordnung über das bereits vorhandene Maß hinaus" gefördert "und das ... am linken Rand existierende revolutionäre Potential" entschärft worden. Es sei zu einer "Entradikalisierung der sozialdemokratischen Politik" gekommen, was den "dogmatisch marxistischen Parteiflügel immer mehr in die politische Isolation" (S. 311) gebracht habe.

Gerade aber die verstärkte Besteuerung des Besitzes habe Teile der herrschenden Klassen in Gegensatz zur Regierung gebracht, was bis zur "rechtsradikalen antigouvernementalen Opposition ('Kartell der schaffenden Stände')" (S. 312) reichte und die Reichspolitik destabilisierte. Es sei "der Reichsleitung unter Bethmann Hollweg ... hoch anzurechnen", daß sie sich diesem Druck nicht beugte "und die politischen und sozialen Errungenschaften des Reiches ... geschlossen verteidigte, ... strikt konservativ, aber nicht ... reaktionär, wie es den Vorstellungen des Rechtskartells entsprochen hätte" (S. 312).

Für die Zukunft barg der weiterhin bestehende steuerpolitische Konflikt zwischen dem traditionell bevorzugten Großgrundbesitz und dem sich immer deutlicher benachteiligt fühlenden Industrie-, Handels- und Bankkapital ebenso Zündstoff wie die anhaltenden Umschichtungen in der Parteienlandschaft, die Regierung und oppositionelle Kräfte zwangen, mit häufig wechselnden Koalitionen rechnen zu müssen. Angesichts dessen kommt Kroboth zu folgendem Schlußurteil: "Der innenpolitische Zustand des Reiches unmittelbar vor Kriegsbeginn war als Folge des Steuergesetzgebungswerkes von 1913 gekennzeichnet von einer latenten Kanzlerkrise, von aufkommender Disharmonie in den Beziehungen Reich - Gliedstaaten, von einer Wiederbelebung des ... Partikularismus ... sowie von dem Umstand, daß sich die traditionellen Machteliten Preußen-Deutschlands (Konservative, Großgrundbesitzeraristokratie und Schwerindustrie), die sich bislang als die Stütze des Kaiserreichs verstanden hatten, zusehends gegen die gemäßigt konservative Politik Bethmanns stellten ... Die Ursache der inneren Krise des Deutschen Reiches lag nicht in persönlichen Defiziten des Reichskanzlers, sondern in den objektiven politischen Rahmenbedingungen, die das ... Reich ... 1913/14 'nahezu unregierbar' machten. Die Reichspolitik befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem Schwebезustand zwischen Reform und Reaktion" (S. 316 f.).

Dieser Befund enthält viele bemerkenswerte Denksätze. Zugleich ist er aber nach Meinung des Rezensenten von den Prämissen her nicht ausreichend begründet, denn er basiert auf einer Überbewertung der Finanzpolitik. Natürlich waren die Auseinandersetzungen um die Wehrvorlage 1913 das zentrale politische Ereignis im Deutschen Reich, aber nicht die einzige Ursache dafür, daß "als Folge" die innere Krise entstand. Hieran waren noch zahlreiche weitere Faktoren beteiligt. Dennoch bleibt das Verdienst des Autors, die spezifische Bedeutung der Finanzen in diesem Zusammenhang herausgearbeitet zu haben.

Kroboths "Schlußbemerkungen" (S. 319 - 326) gipfeln in der Frage, wieweit für diese Entwicklung das "Erklärungsmodell 'Organisierter Kapitalismus'" anwendbar sei. Die Argumentation des Autors geht dahin, daß im Zentrum jener Theorie ein "planrationales" Verhalten des Staates gestanden habe, "die zyklisch auftretenden Konjunkturschwankungen mit Hilfe interventionsstaatlicher Maßnahmen abzuschwächen und auf diese Weise zur Verstetigung des Wirtschaftswachstums beizutragen" (S. 325). Da die Untersuchung dies nicht ergab und Kroboth z. B. für den Rüstungsetz "das genaue Gegenteil" (S. 325) konstatierte, sei "von einer interventionsstaatlichen Ausrichtung der Finanz- und Haushaltspolitik im Sinne der Theorie vom 'Organisierten Kapitalismus' ... keine Rede" (S. 325).

Auch wenn anzumerken ist, daß die Theorie vom Organisierten Kapitalismus viel umfassender als nur ein Erklärungsmuster für eine antizyklische Wirtschaftspolitik ist, auf die sie Kroboth an dieser Stelle weitgehend reduziert, verdient dieser Befund weiter Aufmerksamkeit. Angesichts der Tatsache aber, daß der Autor das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie zu eng sieht, liegt hierin zugleich eine Anregung für die Weiterführung der Forschung. Vor allem wegen der Weitläufigkeit und Vielschichtigkeit des Problems auf der einen Seite sowie der bereits einleitend charakterisierten Spezifik der von Kroboth benutzten Quellen, die nur begrenzt den internen Entscheidungsprozeß der Innenressorts der Reichsleitung transparent machen, sind vertiefende Untersuchungen notwendig. Kroboth hat hierfür eine tragfähige Basis geschaffen.

Der Rezensent vermag indes vorliegenden Band nicht aus der Hand zu legen, ohne auf zahlreiche nicht korrigierte Tippfehler zu verweisen, die den guten Gesamteindruck beeinträchtigen.

Eine lebendige Darstellung des Unterschichtenprotestes

Arno Herzig, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790 - 1870 = Kleine Vandenhoeck-Reihe 1534

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988, 155 S., 17,80 DM

von Wolfgang Urban

Was sind die Unterschichten, und wo beginnt der Protest? Jeder dieser Begriffe kann allein schon für sich theoretisch unterschiedlich gefaßt werden, erst recht der zusammengesetzte Begriff "Unterschichtenprotest". Aber auf solch theoretische Erörterungen sei hier verzichtet, denn sie würden an Arno Herzigs Arbeit vorbeiführen. Er arbeitet nicht mit einem theoretisch eindeutig definierten Unterschichtenbegriff, sondern mit einer durchaus handhabbaren konzeptionellen Orientierung für seine Studie. Herzig beschäftigt sich mit "Aktionen, deren Träger primär die Unterschichten waren und in denen es um Belange und Interessen der Unterschichten ging". Zu den Unterschichten zählt er die Gruppen, "deren Subsistenzsicherung längere Zeit oder ständig gefährdet war, die 'nahe der Armutslinie oder darunter' lebten". Er schätzt selbst ein, daß es schwierig ist, "diese Linie wissenschaftlich eindeutig festzulegen." (S. 5) Es ist gut für seine Arbeit, daß er dieser Erkenntnis weitestgehend treu bleibt und aus den theoretischen Ansätzen am Anfang der Studie (S. 5 ff.) keine Theorie macht.

Herzigs Arbeit lebt von der prägnanten Darstellung des Unterschichtenprotestes anhand eines umfangreichen Quellenmaterials, das immer wieder eine eigene lebendige Sprache entfaltet und eine Vielzahl von Einsichten zu vermitteln vermag. So gelingt es Herzig, Proteste und Protestierend sowie Protestursachen und -ziele differenziert und mannigfaltig darzustellen. Er sucht nicht nach eindeutigen sozialstrukturellen Zuordnungen und kann gerade dadurch den Wandel sozialer Strukturen beim Übergang zur kapitalistischen Gesellschaft erfassen. Dieser sozialstrukturelle Wandlungsprozeß beinhaltet u. a. Zeiten, in denen weder die Lohn- und Heimarbeiterschaft feudaler Prägung vollends verschwunden, noch die Arbeiterklasse der kapitalistischen Gesellschaft voll entstanden war. Indem sich das eine wandelte und das andere ausprägte, begann sich das Neue als ganzheitlicher Prozeß durchzusetzen. Zur Widersprüchlichkeit dessen gehörten auch solche Interessen der Arbeitenden, die voneinander abwichen. Die beginnenden Existenzgrundlagen der einen wurden zur existentiellen Gefährdung der anderen. So wird durch Herzigs Darstellungsweise verständlich, warum sich in den Protestaktionen auch Arbeiter mit unterschiedlichen Interessenlagen gegenüberstanden, sich also auch bekämpften statt miteinander zu kämpfen. (S. 63 ff.)

Solidarisierungsaktionen gehörten insgesamt nicht zu den monokausalen Selbstverständlichkeiten im Unterschichtenprotest. Herzig führt dies an zahlreichen Beispielen vor. Dabei werden differenzierte Verhaltensweisen deutlich, so, daß es im Umgang zwischen protestierenden Armen, Handwerkern, Gesellen, Meistern, Knechten usw. Vorbehalte und Probleme gab. Aber Herzig zeigt auch den sozialökonomischen Veränderungs- und Lernprozeß, der sich schließlich in den 60er und 70er Jahren des 19. Jh. endgültig Geltung verschaffte: "Industrialisierung und wirtschaftliche Expansion erforderten jedenfalls neue Widerstandstechniken, die nun in den Fabriken entwickelt wurden". (S. 96) Er belegt, wie der Unterschichtenprotest traditioneller Prägung (Bestrafungsaktionen gegen Wucherer, Kaufleute u. a. m.) nach der Revolution von

1848/49 als politisches Kampfmittel an Bedeutung verlor, aber in seinem sozialen Selbstverständnis in Traditionen fortlebte: "In der sozialen Logik der Arbeiterklasse blieb dennoch ein Gutteil der Moral der Unterschichten des Ancien régime und des Vormärz erhalten, einer Moral, die von einer gerechten Aufteilung der gesellschaftlichen Ressourcen ausging und sich gegen den 'Reichtum' des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit wandte." (S. 97) Es werden aber auch andere Seiten des Unterschichtenprotestes gezeigt, und dadurch wird seine ganze Widersprüchlichkeit deutlich. Zu diesem Mosaik der Mannigfaltigkeit gehört es z. B., wenn Protestierende, die sich 1798 gegen religiöse Aufklärung in ihrem Kirchspiel wandten, später dem Richter erklärten, "daß sie ihren alten Glauben behalten wollten, den sie 1700 Jahre und darüber gehabt", und "daß sie in den Evangelien ihre Beruhigung fänden" (S. 39). Für solche Bewahrungsproteste bringt Herzog ebenfalls vielfältige Belege. Er macht dabei u. a. verständlich, warum Veränderungsbestrebungen auch von jenen mit Skepsis betrachtet wurden, die nicht zu den Herrschenden gehörten.

Es gehört zur Stärke von Herzogs Studie, daß er immer wieder die historischen Quellen in prägnanter Weise sprechen läßt. Er schöpft dabei aus einem reichen Fundus. So verarbeitet er u. a. Archivalien aus zahlreichen Staats-, Stadt-, Kreis- und Kommunalarchiven, darunter aus dem Zentralen Staatsarchiv in Merseburg. Eigene Kommentare und zusammenfassende Bemerkungen sind nicht weitläufig, sie sind mehr ein verbindender Übergang, um wieder erneut und vorrangig die Quellen sprechen zu lassen. Aber wie so oft verbinden sich Stärken mit Gefahrenmomenten. Die prägnante Zusammenfügung von Quelle und Kommentar kann den Leser leicht zur kritiklosen Akzeptanz des Gesagten und zur alternativlosen Sichtweise verleiten. Handelte es sich z. B. wirklich immer um den Glauben an den guten Monarchen und um monarchistische Gesinnungen, wenn sich die Unterschichten in Protestaktionen gegen den Wucher und die Kaufleute oder gegen ihre unmittelbare Obrigkeit auf den Monarchen beriefen (S. 70 ff.)? erinnert sei u. a. daran, daß der Unterschichtenprotest vielfältigen gesellschaftlichen und individuellen Legitimierungszwängen unterlag. So waren auch die Unterschichten durchaus in der Lage, die Worte so zu wählen, wie es für ihre Lebensbewältigungsstrategien im Umgang mit Herrschaft und Macht am nützlichsten war. Wo sich scheinbar alternativlose Schlußfolgerungen aus den Worten der Quellen ergeben, ist ein quellenkritisches Nachfragen um so notwendiger. Erst recht ist dies wohl der Fall, wenn es sich um Protokolle von Verhören und um Schriftgut des Protestes handelt. So wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Quellen auch mehr nach dem Nicht-Gesagten hinterfragt oder wenn zumindest unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten angedeutet worden wären.

Am Unterschichtenprotest wird sicher noch vieles erklärbarer werden, je mehr das normale Gegenteil des Protestgeschehens erforscht worden ist. "Protest- und Widerstandsaktionen waren nicht der Normalfall, sondern die Ausnahme" ... "Die wenigen literarischen Quellen der Unterschichten, die Aufruhrzettel, Aufstandslieder, die Wortprotokolle der Gerichte vervollständigen das Bild einer plebejischen Öffentlichkeit, die im übrigen jedoch und im Gegensatz zum Frankreich der Revolutionszeit in Deutschland fast ausschließlich im Protest deutlich wird." (S. 16) Haben sich nicht vielmehr die Historiker zu einseitig auf das offene Protestgeschehen orientiert, das immer mehr Aufmerksamkeit erregte als die scheinbare Trivialität des Alltags? Erst durch die Einbeziehung des Alltags als Normalität wird noch verständlicher werden, warum der Protest auch insofern die Ausnahme blieb, "als historisch ähnliche Situationen keineswegs immer zu entsprechenden Aktionen führten" (S. 16). Zur Normalität des Alltags gehörte u. a. der "alltägliche Kleinkrieg" unterhalb der Ebene des von Herzog dargestellten offenen Protestgeschehens. In diesem Alltag befand sich die normale Konfliktbewältigungspraxis der Menschen und in ihm entwickelten sich ihre Verhaltensweisen sowie lebensgeschichtlichen Erfahrungen. Wenn die Menschen dann in ähnlichen Situationen unterschiedlich reagierten, es mal zum offenen Protest kam und ein anderes Mal nicht, dann kann dies eben nicht allein aus der Situation heraus erklärt werden, sondern nur im Kontext mit der Normalität des vorangegangenen Alltags und dem Verstehen der Lebensgeschichte der beteiligten Personen.

So tragen Herzigs Materialien und seine Überlegungen zum besseren Verständnis des Unterschichtenprotestes bei. Zugleich entsteht aber auch der Wunsch, all dies noch mehr mit der Erforschung der weniger aufsehenerregenden Zeiten zu verbinden.

Joachim Radkau, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Neue Historische Bibliothek, edition suhrkamp, Neuausgabe, Bd. 725

Suhrkamp Verlag, 1. Aufl., Frankfurt (Main) 1997, 456 S., 24,- DM

Das dreibändige deutsche Geschichtsbuch – im Kontext mit internationaler Geschichtswissenschaft – 1884 Joachim Radkau seine Positionen, um auf die Frage zu antworten, ob es einen "deutschen Weg" in der Technikgeschichte gegeben hat und gibt. Unter Technikgeschichte versteht er nicht einfach die Geschichte der Produktionstechnik, sondern nicht minder die Geschichte des technischen "Know-how", der Arbeitsfähigkeit, der Techniker-Mentalitäten, der Technisierung einer wachsenden Zahl von Lebensbereichen.

Radkau wendet sich gegen den gängigen Fortschrittsbegriff und weist der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Technik einen gewichtigen Platz in seinen Überlegungen zu. Er will die Kontinuität der technischen Entwicklung herausarbeiten und dabei verdeutlichen, daß es sehr wohl "deutsche Wege" in der Technik gab, Wege, die den verschiedenen Leitformen unterschiedliche Züge aufwiesen.

Zunächst legt der Autor die besonderen Grundlagen der Technikgeschichte und des "deutschen Weges" dar. In diesem Zusammenhang geht er auf die sog. angepasste Technik, den regionalen Ansatz der Technikgeschichte, auf die Diskursgeschichte des "deutschen Weges", auf Konzepttypen nationaler Technik-Stile, das Verhältnis von Wissenschaft und Erfahrung, auf Fragen der Rationalisierung und auf die Probleme der anthropologischen Kritiken bei der Periodisierung der Technikgeschichte ein.

Der folgende Teil des Bandes befaßt sich mit der Technik in der Phase der intensiven Nutzung regenerativer Ressourcen (18. Jh. bis frühes 19. Jh.). Radkau wendet sich entgegen, in der Spinnweb-Jenny und der Dampfmaschine das Übergangs- zur Industrialisierung zu sehen, und verteidigt den Standpunkt, daß es auch andere Industrialisierungsmodelle gab, die, wie in deutschen Regionen, von der Wasserkraft und der Holznutzung geprägt waren. Gewissen an der Zahl der Spinn- und Dampfmaschinen, sei Deutschland England gegenüber unterlegen gewesen, unter Beachtung der Pädagogik der Deutschen, die Technik bezog den realen Bedarf und den verfügbaren Ressourcen anzusparen, entstände aber ein anderes Bild. An einer Reihe von Beispielen unterstreicht der Autor diese Auffassung. Mit der Gründung der Bergakademie Freiberg (1768) beginnt eine typisch deutsche Strategie, bei klassischen Anlagen mit Hilfe der Wissenschaft erfolgreich wirksam zu werden. Ohne die Bedeutung des Technologietransfers zu Beginn der industriellen Revolution zu negieren, verweist Radkau darauf, daß die Anstöße zur Nutzung moderner Technik keineswegs nur von außen kamen, daß diese Anstöße nur Irrelebles werden konnten, wo der Bedarf dafür schon bereits war, daß importierte Technik aber vor allem nur deshalb nutzbar werden konnte, weil man es verstand, sie an die natürlichen Gegebenheiten, an die vorhandenen menschlichen Ressourcen und an den deutschen Markt anzupassen. In diesem Zusammenhang weist er sich u. a. kritisch mit der staatlichen Gewerbeförderungspraxis auseinander, die letztlich bis hin zu den Ausbildungsprogrammen staatlicher technischer Bildungseinrichtungen durch eine prinzipielle Versorgungslosigkeit für die Mechanisierung gekennzeichnet gewesen sei und sich nicht am realen Bedarf orientiert habe.

Joachim Radkau, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart
= Neue Historische Bibliothek, edition suhrkamp, Neue Folge, Bd. 536

Suhrkamp Verlag, 1. Aufl., Frankfurt (Main) 1989, 454 S., 24,- DM

Drei Jahrhunderte deutscher Geschichte - im Kontext mit internationaler Geschichte - läßt Joachim Radkau Revue passieren, um auf die Frage zu antworten, ob es einen "deutschen Weg" in der Technikgeschichte gegeben hat und gibt. Unter Technikgeschichte versteht er nicht einfach die Geschichte der Produktionstechnik, sondern nicht minder die Geschichte des technischen "Know-how", der Arbeitserfahrung, der Techniker-Mentalitäten, der Technisierung einer wachsenden Zahl von Lebensbereichen.

Radkau wendet sich gegen den gängigen Fortschrittsbegriff und weist der Weiterentwicklung der traditionellen Technik einen gewichtigen Platz in seinen Überlegungen zu. Er will die Kontinuität der technischen Entwicklung herausarbeiten und dabei verdeutlichen, daß es sehr wohl "deutsche Wege" in der Technik gab, Wege, die in den verschiedenen Zeiträumen unterschiedliche Züge aufwiesen.

Zunächst legt der Autor die theoretischen Grundlagen der Technikgeschichte und des "deutschen Weges" dar. In diesem Zusammenhang geht er auf die sog. angepaßte Technik, den regionalen Ansatz der Technikgeschichte, auf die Diskursgeschichte des "deutschen Weges", auf Kontrasttypen nationaler Technik-Stile, das Verhältnis von Wissenschaft und Erfahrung, auf Fragen der Rationalisierung und auf das Problem der anthropologischen Kriterien bei der Periodisierung der Technikgeschichte ein.

Der folgende Teil des Bandes befaßt sich mit der Technik in der Phase der intensiven Nutzung regenerativer Ressourcen (18. Jh. bis frühes 19. Jh.). Radkau wendet sich dagegen, in der Spinning-Jenny und der Dampfmaschine das Elternpaar der Industrialisierung zu sehen, und vertritt den Standpunkt, daß es auch andere Industrialisierungsmodelle gab, die, wie in deutschen Regionen, von der Wasserkraft und der Holznutzung geprägt waren. Gemessen an der Zahl der Spinn- und Dampfmaschinen, sei Deutschland England gegenüber unterlegen gewesen, unter Beachtung der Fähigkeit der Deutschen, die Technik flexibel dem realen Bedarf und den verfügbaren Ressourcen anzupassen, entstünde aber ein anderes Bild. An einer Reihe von Beispielen unterstreicht der Autor diese Auffassung. Mit der Gründung der Bergakademie Freiberg (1765) beginne jene typisch deutsche Strategie, bei ökonomischen Engpässen mit Hilfe der Wissenschaft erfolgreich wirksam zu werden. Ohne die Bedeutung des Technologietransfers zu Beginn der Industriellen Revolution zu negieren, verweist Radkau darauf, daß die Anstöße zur Nutzung maschineller Technik keineswegs nur von außen kamen, daß diese Anstöße nur fruchtbar werden konnten, wo der Boden dafür schon bereit war, daß importierte Technik aber vor allem nur deshalb nutzbar werden konnte, weil man es verstand, sie an die natürlichen Gegebenheiten, an die vorhandenen menschlichen Ressourcen und an den deutschen Markt anzupassen. In diesem Zusammenhang setzt er sich u. a. kritisch mit der staatlichen Gewerbeförderungspolitik auseinander, die letztlich bis hin zu den Ausbildungsprogrammen staatlicher technischer Bildungseinrichtungen durch eine prinzipielle Voreingenommenheit für die Mechanisierung gekennzeichnet gewesen sei und sich nicht am realen Bedarf orientiert habe.

Die Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. bewertet der Autor als die formative Phase der deutschen Hochindustrialisierung. In diesem Teil des Bandes setzt er sich mit der sich verändernden wirtschaftlichen und technischen Landschaft auseinander, zeichnet den Weg der Beziehung zwischen Technik und Kommerz nach, widmet sich besonders der Rolle der technischen Wissenschaften und ihrer Wirkungen - differenziert nach Industrien - auf die Produktion und zwar immer mit Blick auf die internationale Szene, insbesondere aber mit dem Blick auf die USA. Schließlich geht Radkau auf die, wie er sagt, Kriegs-, Vorkriegs- und Nachkriegszeiten ein. Er arbeitet u. a. die jeweiligen spezifischen Entwicklungen in Deutschland heraus und untersucht Probleme, die sich aus der Technisierung einer rasch wachsenden Zahl von Lebensbereichen ergaben, die Rolle der Technik in den beiden Weltkriegen, die Anpassung des Taylorismus und des Fordismus an die Situation in Deutschland, die Spezifik der Motorisierung usw.

Im Mittelpunkt des letzten Teils steht die Nachkriegsentwicklung in der BRD, hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der "Grenzen der Massenproduktion". Wohl wissend, wie risikoreich der Versuch ist, die Gegenwart historisch richtig einzuordnen, findet Radkau gute Argumente für seine Auffassung, daß der Phase des extensiven Wachstums nach 1945, seit 1957 dem technischen Fortschritt, eine entscheidende Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Wachstums zuerkannt werden muß. In diesem Zusammenhang stellt er u. a. die Frage, ob die in den 50er bzw. 70er Jahren aufgekommene Begriffe "zweite Industrielle Revolution" bzw. "postindustrielle Gesellschaft" tragfähig sind. Er begründet sehr detailliert, warum seiner Ansicht nach beide Begriffe nicht den real zu konstatierenden Veränderungen genügen.

Zusammenfassend wird man von diesem problemreichen Buch - nur einige dieser Probleme konnten hier berührt werden - sagen können, daß es ein interessantes Bild von den vielfältigen Beziehungen zwischen der an sich internationalen Technik und dem Weg nationaler, ja selbst regionaler Technik zeichnet, von Beziehungen auch, die von spezifischen Ideologien, Gesellschaftsstrukturen und Machtverhältnissen, von Standort- und Umweltbedingungen geformt werden, von Faktoren also, die selbst der Wandlung unterworfen sind und die im Verlauf der Geschichte unterschiedlich wirkten.

Karl Lärmer

Albrecht Hagemann, Südafrika und das "Dritte Reich". Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität

Campus-Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1989, 381 S., 78,- DM

Die auf der Grundlage einer Dissertation an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld entstandene Arbeit besteht aus drei Teilen. Im ersten, einleitenden Teil, der Überblickscharakter trägt, werden als "wesentliche Bestimmungsfaktoren des bilateralen Beziehungsgeflechts" der Gegensatz zwischen Buren (Afrikaandern) und Briten in Südafrika und das traditionelle deutsche Interesse am südlichen Afrika knapp dargestellt. Bereits in diesem Teil fällt der Blick des Autors für wirtschaftshistorische Aspekte auf. So wird der burisch-britische Antagonismus im Zusammenhang mit der Industrialisierung Südafrikas gesehen und auf die sozialökonomischen Ursachen des burischen Nationalismus (Problem der Poor Whites) verwiesen. Leider fehlt die Quellenangabe bei Tabelle 2 zur Verstärkung von Afrikaandern und britischen Südafrikanern von 1904 bis 1946 auf S. 34.

Im zweiten und umfangreichsten Teil werden Probleme des deutsch-südafrikanischen Verhältnisses von 1933 bis 1939 untersucht. Der dritte Teil befaßt sich mit den deutsch-südafrikanischen Beziehungen im Krieg. Albrecht Hagemann stützt sich auf umfangreiche Studien in deutschen (Bonn, Koblenz, Potsdam), südafrikanischen bzw. namibischen, englischen und niederländischen Archiven. Er kann zahlreiche, bisher der Forschung unbekannte Quellen heranziehen, wobei sich die Sammlungen in Kapstadt, Windhoek, Bloemfontein und Durban als besonders ergiebig erwiesen.

Obwohl die Zusammenarbeit auf politischem und ideologischem Gebiet (Rassenpolitik) im Mittelpunkt der Darstellung steht, gelingt es Hagemann, eine rein diplomatiegeschichtliche Analyse der deutsch-südafrikanischen Beziehungen zu vermeiden und sozial- und wirtschaftshistorische Aspekte einzubeziehen. So beschäftigt er sich im zweiten Teil in einem ganzen Kapitel (Kap. IV) mit den handelspolitischen Beziehungen zwischen dem "Dritten Reich" und der Südafrikanischen Union. Von speziellem Interesse dürfte die Rolle sein, die Südafrika in den deutschen Aufrüstungsplänen als Rohstofflieferant zugeordnet war. Das betrifft auch die Bemühungen burischer Nationalisten in der Regierung (Oswald Pirow), durch Vergabe von großen südafrikanischen Staatsaufträgen an deutsche Firmen (Junkers, Krupp u. a.) das Verhältnis zu Deutschland besonders eng zu gestalten.

Wie kam es trotz enger und freundschaftlicher Beziehungen zu Hitlerdeutschland zum Kriegseintritt Südafrikas an der Seite Englands gleich in den ersten Kriegstagen? Mit dieser Frage beschäftigt sich Hagemann eingehend (Kap. V: "Das 'Dritte Reich', 'Greater South Africa' und die südafrikanische Neutralität"). Er weist nach, daß neben der Zugehörigkeit zum Commonwealth die eigenen Hegemoniebestrebungen in Afrika südlich der Sahara und die Angst, Südwestafrika an Deutschland zu verlieren, dabei eine wichtige Rolle spielten.

Im letzten Teil steht die Zusammenarbeit zwischen den burischen Nationalisten und den deutschen Faschisten während des zweiten Weltkrieges im Mittelpunkt. Differenziert wird die Funktion der einzelnen Organisationen (Afrikaner Broederbond, Ossewabrandwag) und die Kollaboration zwischen dem "Dritten Reich" und führenden Nationalisten beleuchtet sowie die deutsche Doppelstrategie "Friedensfühler und Sabotageaktivität" umrissen. Hagemann setzt sich mit vereinfachenden Darstellungen des Zusammenhangs zwischen Nationalsozialismus und Apartheiddoktrin, u. a. auch bei einigen Historikern der DDR, auseinander und verweist auf die eigenständigen Wurzeln des burischen Nationalismus und die bereits vor dem ersten Weltkrieg sichtbar gewordene Verwandtschaft der Prinzipien der burischen und der deutschen Eingeborenenpolitik.

Gerda Weinberger

Boisguilbert parmi nous = Actes du Colloque international de Rouen (22 - 23 mai 1975), hg. v. Jacqueline Hecht

Institut national d'études démographiques, Paris 1989, 531 S., 200,- FF

Das umfangreiche Werk in französischer Sprache bringt die Referate des Boisguilbert-Kongresses von 1975 zu Rouen und ermöglicht uns somit, die Beiträge von 30 Wissenschaftlern aus mehreren Ländern kennenzulernen. Die Referenten konnten sich weitgehend auf die vorzügliche Boisguilbert-Ausgabe von 1966 stützen, und so entstanden ganz folgerichtig beachtenswerte Vorträge über die Problemkreise "Wirtschaftliche Analyse", "Gesellschaftliche Umwelt" und über das Echo, welches Bois-

guilbert in Frankreich und im Ausland gefunden hat. Trotz des verspäteten Erscheinens im Jahre 1989 ist kein Mangel des Buches an Aktualität zu beklagen; denn dank einer wahrhaft fürsorglichen Umsicht der Herausgeberin Jacqueline Hecht wurde sämtliche Literatur aus der Zeit nach 1975 in dem Werk berücksichtigt, hier vor allem die italienische Boisguilbert-Ausgabe von Onofrio Nicastro aus dem Jahre 1981, die deutsche Ausgabe von Achim Toepel im Akademie-Verlag, Berlin 1986, und schließlich eine japanische Ausgabe (in Vorbereitung). Zusammenfassend darf gesagt werden, daß der bedeutende französische Nationalökonom Boisguilbert (1646 - 1714) für seine Arbeiten auf dem Gebiete der Geldtheorie und der Grundrententheorie sowie für seine herbe Kritik am Ancien régime in dem vorliegenden Protokollband eine angemessene und verdiente Belobigung erhält.

Walter Braeuer

Von der Konkurrenz zur Rivalität. Das britisch-deutsche Verhältnis in den Ländern der europäischen Peripherie 1919 - 1939, hg. v. Marie-Luise Recker

Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1986, 186 S., 38,- DM

Der Band, in der Reihe "Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz" erschienen, besteht aus vier Fallstudien (drei davon in Englisch), die das Problem am Beispiel der Baltischen Staaten (Merja-Liisa Hinkkanen-Lievonen/Helsinki), Südeuropas (Marie-Luise Recker/Münster), der skandinavischen Staaten (Patrick Salmon/Newcastle upon Tyne) und Spaniens (Denis Smyth/Toronto) untersuchen. Die Studien beruhen auf Vorträgen, die anlässlich eines im Rahmen des Forschungsprojekts "Die Interdependenz politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik des Versailler Staatensystems 1919 - 1939" im Oktober 1982 in Mainz veranstalteten Kolloquiums gehalten worden sind. Allen diesen Staaten war eine ökonomische Struktur gemeinsam, bei der der landwirtschaftliche Sektor und die Grundstoffindustrie (Erzbergbau, Erdölförderung) eine dominierende und die verarbeitende Industrie sowie der Dienstleistungssektor eine relativ schwache Stellung innehatten, so daß sie auf den Handel mit hoch entwickelten Industrienationen wie Deutschland oder Großbritannien angewiesen waren, die ihrerseits ein Interesse an diesen Ländern als Rohstofflieferant und Absatzmarkt hatten. Hinzu kam ihre strategische Position: Ihnen allen konnte im Konflikt- oder Kriegsfall eine wichtige Rolle zufallen, wenn sie vom Feind besetzt oder beeinflußt wurden. Deshalb wurde ihre Beherrschung durch den jeweiligen anderen sowohl von London als auch von Berlin aus nachteilig und gefährlich angesehen. In den meisten dieser Länder war der deutsche Einfluß vor und während des ersten Weltkrieges groß gewesen. Im Krieg unternahm Deutschland den Versuch, die von ihm beherrschten Teile des Kontinents zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenzufassen, zu einer "Festung Europa", die das wirksamste Mittel der britischen Kriegsführung, die Blockade, außer Kraft setzen sollte.

Die Studien zeigen die sich aus dieser Lage ergebenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vorgehen Großbritanniens und Deutschlands in den Ländern der europäischen Peripherie.

Großbritannien stellte sich, besonders in den 30er Jahren, das Ziel, das Abgleiten der baltischen Staaten und Skandinaviens in den deutschen Herrschaftsbereich zu verhindern und seine Position als Handelspartner zu wahren. Hinkkanen-Lievonen und Salmon weisen nach, daß im großen und ganzen dieses Ziel erreicht wurde. Vor allem zu Beginn der 30er Jahre erzielte England unter Einsatz ökonomischer Mittel (Zollvergünstigungen, Präferenzabkommen, Quotenregelungen) gewisse Erfolge, jedoch gelang es nicht, diese Erfolge zu einem dauerhaften Vorsprung gegenüber der deutschen Konkurrenz auszubauen. Großbritannien konnte zwar seine Stellung als wichtigster Exportmarkt wahren und rangierte als zweitgrößter Importeur nach dem Reich, aber nach 1933 gewann Deutschland in Nord- und Nordosteuropa ökonomisch immer mehr an Boden. In Südosteuropa war die Situation für England noch ungünstiger. Dort gelang es nicht, eine feste wirtschaftliche und politische Bindung der Staaten des Donauraumes an Deutschland zu verhindern. Entscheidend dafür war, wie Recker nachweist, die geringere ökonomische Bedeutung dieses Marktes für die britische Seite. Die Produkte dieser Länder waren auf dem britischen Markt schlechter abzusetzen bzw. konkurrierten mit der einheimischen Landwirtschaft sowie dem Empire, die Vorrang genossen. Oberstes Gebot für das Vorgehen war "die Verankerung der britischen Handelsinteressen und die Stärkung der Exportindustrie; den speziellen Problemen dieser Länder wurde dagegen kaum Beachtung geschenkt" (S. 57). Deshalb wurde den deutschen Hegemoniebestrebungen kein ökonomisches Stützungsprogramm für diese Staaten entgegengesetzt. Im Gegenteil, Recker zeigt, daß es sogar zeitweise Stimmen gab, die dem Reich diese Region überlassen wollten, um das deutsch-britische Verhältnis zu verbessern. Die britische Antwort auf das deutsche Vordringen lag nicht im ökonomischen, sondern im politischen (Garantieversprechen) und später im militärischen Bereich.

Im Beitrag "The Moor and the Money-lender: Politics and Profits in Anglo-German Relations with Francoist Spain 1936 - 1940" untersucht Smyth einen Sonderfall - die englisch-deutsche Rivalität in Spanien unter den Bedingungen des Bürgerkrieges (1936 - 1940). Die Situation des Bürgerkrieges ermöglichte Deutschland, massiven Druck auszuüben und als Preis für die Unterstützung Francos auf Vorteile für die deutsche Rüstungswirtschaft zu drängen. Dem setzte Großbritannien das Konzept entgegen, die eigenen ökonomischen Trümpfe (Bezahlung in konvertierbarer Währung, Zugang zum Finanzplatz London usw.) auszuspielen, ohne in den Bürgerkrieg direkt einzugreifen. Längerfristig sei Franco doch daran interessiert - so kalkulierten die Briten -, sich von seiner einseitigen Bindung an die Achsenmächte zu lösen, denn die zum Wiederaufbau des Landes notwendigen ökonomischen und finanziellen Ressourcen fände er in London und Paris eher als in Berlin. Auch werde der massive deutsche Druck und die ökonomische Dominanz Deutschlands Widerstandskräfte gegen diese Abhängigkeit wecken. Dieses Kalkül ging, wie Smyth zeigt, schließlich auf. Allerdings nur, weil Spanien durch seine Rohstoffe und seine strategische Lage für beide Seiten von großer Bedeutung war, so daß Franco London und Berlin gegeneinander ausspielen konnte.

Als entscheidende Gründe für das unterschiedliche Vorgehen Großbritanniens und Deutschlands werden in dem Buch zwei Faktoren herausgearbeitet:

1. der Stellenwert, den die europäische Peripherie für beide Länder hatte. England war vor allem am Empire orientiert, seine ökonomischen Interessen lagen, im Gegensatz zu Deutschland, nicht primär in Europa, sondern waren weltweit. Diese Orientierung sollte nicht zugunsten bestimmter Länder und Regionen aufgegeben werden.
2. die engere Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft in Deutschland. Sie ermöglichte politisch-diplomatische Mittel stärker einzusetzen, um ökonomische Vorteile zu erreichen und außenwirtschaftliche Strategien durchzusetzen. Insbesondere nach der Errichtung der faschistischen Diktatur wurden mit dem "Neuen Plan" u. a. die Voraussetzungen geschaffen, daß Deutschland seine Hegemonialbestrebungen an der europäischen Peripherie, zumindest teilweise, verwirklichen konnte.

Insgesamt sind die interessantesten Studien des Bandes vor allem auf die Handelspolitik beider Länder orientiert. Die Aktivitäten der Monopole, ihre Rolle in der ökonomischen Expansion (z. B. IG Farben in Südosteuropa) finden leider kaum Beachtung.

Gerda Weinberger

Geschichte Berlins, Bd. 1: Von der Frühgeschichte bis zur Industrialisierung, mit Beiträgen von Eberhard Bohm, Winfried Schich, Knut Schulz, Ilja Mieck, hg. v. Wolfgang Ribbe

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck), München 1987, 602 S.

Im ersten Band dieser zweibändigen Geschichte Berlins behandeln kompetente Wissenschaftler, die der Schule des Friedrich-Meinecke-Instituts an der Freien Universität Berlin entstammen bzw. sie prägen, in fünf Kapiteln die Entwicklung der Stadt von ihren Anfängen im 6. Jh. bis zum Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution des Jahres 1848. Die Autoren vermitteln dabei den aktuellsten Forschungsstand auf ihrem jeweiligen Arbeitsfeld.

Zunächst stellt Eberhard Bohm die Geschichte des "vorstädtischen" Berlins von etwa 500 v. u. Z. bis in das beginnende 13. Jh. vor. Er spürt dabei u. a. dem Ursprung der Ortsbezeichnung nach, verfolgt auf der Grundlage frühester Schriftquellen und neuester archäologischer Funde die Einflüsse der verschiedenen Völkerschaften auf die Berliner Landschaft, um dann auf die Rolle der Germanen und der Slawen einzugehen. Der Autor kommt dabei u. a. zu dem Befund, daß diese beiden Völkergruppen, wie heute noch erkennbar, eng miteinander verwoben waren und z. B. die Mark Brandenburg ihre slawische Herkunft nicht verleugnen kann, daß aber bei der Entstehung der Doppelstadt Berlin-Cölln, mit Ausnahme des Namens, eine direkte Mitwirkung von slawischer Seite nicht nachweisbar ist.

Der folgende Teil des Buches, in dem Winfried Schich das mittelalterliche Berlin (1237 bis 1411) analysiert, ist für den Wirtschaftshistoriker insofern von Interesse, als der Verfasser hier die politischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die sich in diesem Rahmen vollziehenden sozialökonomischen Prozesse vorstellt. Er geht in diesem Kontext die frühdeutschen Marktorte Berlin und Cölln ein, vollzieht den Ausbau der Stadt zur hochmittelalterlichen Handels- und Gewerbestadt im 13. Jh. nach und charakterisiert die Wirtschaft und Gesellschaft Berlins im 14. Jh. Der Autor vermittelt ein instruktives Bild u. a. vom Warenaumschlag in der Stadt und von der Rolle der Fernhändler, Handwerker, Lohnarbeiter, ja selbst der Geistlichkeit. Schließlich stellt Schich die Konflikte zwischen den Patriziern und Nichtpatriziern sowie zwischen dem Patriziat und dem Landesherrn dar.

Knut Schulz untersucht die Geschicke der Stadt vom Herrschaftsantritt der Hohenzollern (1411/12) bis zum Dreißigjährigen Krieg. Der Darstellung des sich verändernden Verhältnisses zwischen Stadt und Landesherr und der Beschreibung der Anfänge der Residenzstadt folgen u. a. die Charakterisierung des kirchlichen Lebens und der sozialen Einrichtungen der Kirche sowie der Bruderschaften und der Zünfte der Handwerker. Die Judenverfolgungen, die Reformation und die daraus resultierenden Veränderungen des geistigen und des kulturellen Lebens - bis hin zum Schulwesen -

bilden weitere Schwerpunkte der Analyse. Ein besonderer Abschnitt gibt Auskunft über die Führungsschichten der Stadt und deren Zielsetzungen sowie über die Entwicklung von Handwerk und Gewerbe. Dabei wird u. a. deutlich, daß die Stadt durch Zuwanderer gewann und die gewerbliche Entwicklung wesentlich von den Bedürfnissen des Hofes geprägt wurde. Allerdings war die positive ökonomische Entwicklung keineswegs von einer Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung begleitet, sondern seit der Mitte des 16. Jh. trat ein allgemeiner Preisauftrieb besonders für Lebensmittel ein, der bei vielfach stagnierenden Löhnen die unteren Bevölkerungsschichten in einer Weise traf, daß das Armenwesen ausgebaut werden mußte.

Felix Escher befaßt sich mit der Entwicklung Berlins im 17. und 18. Jh. Im ersten Teil seines Beitrages, den er mit der Schaffung der Residenz (1709) enden läßt, bilanziert er die direkten und indirekten Folgen des Dreißigjährigen Krieges. Er vertritt den Standpunkt, daß die Impulse für die Überwindung der Misere nur vom Landesherrn ausgehen konnten. Folgerichtig mißt er dem Bau von Repräsentationsgebäuden, dem Festungsbau und der Anlage neuer Siedlungen einen hohen Stellenwert zu, ohne zu übersehen, welcher bedeutenden Anteil die Niederlassung insbesondere von Juden und Hugenotten an dem einsetzenden Wirtschaftsaufschwung hatten. Zwischen 1709 und 1756 sieht Escher die Stadt auf dem Weg zur Großstadt, denn 1755 überschreitet die Einwohnerzahl Berlins die 100 000. Als die entscheidenden wirtschaftlichen Triebkräfte in der Stadt werden vom Autor die Bedürfnisse des Militärs und der Staatsverwaltung angesehen. Wiederum waren es Zuwanderer, besonders aus Böhmen, die die Belebung der Wirtschaft ermöglichten und neue Gewerbe in die Stadt brachten. Mit dem Aufkommen der Manufakturen, an denen der Staat interessiert war, kam es zu ersten Konflikten mit den Zünften, deren Freiräume beschnitten wurden.

Ilja Mieck, der die erste Hälfte des 19. Jh. bearbeitet, charakterisiert zunächst die Stadt um 1800 unter den verschiedensten Gesichtspunkten. Des weiteren geht er auf die Wirkungen der französischen Besetzung Berlins und die Normalisierung der Situation zwischen 1809 und 1812 ein. Vor allem aber analysiert Mieck den - wie er sagt - Aufbruch zu neuen Dimensionen und Strukturen zwischen 1815 und 1847. Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur, Transport- und Nachrichtenwesen sind weitere Themen, derer er sich mit Akribie annimmt. Zum anderen untersucht er die politische, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung zwischen 1815 und 1840. Vor diesem Hintergrund verfolgt Mieck den Weg Berlins zur Industriestadt. Er macht deutlich - und das wird oft genug übersehen -, daß die zunächst strikt auf ökonomischen Liberalismus ausgerichtete Gesetzgebung (1818) bereits drei Jahre später wieder etwas eingeschränkt wurde und die Gewerbeverwaltung Maßnahmen einleitete, die geeignet waren, die entstehende Industrie längerfristig international konkurrenzfähig zu machen. In diesem Zusammenhang behandelt der Autor sehr differenziert die Wirkungen der Industrialisierung auf das Handwerk sowie auf den Waren- und Geldhandel. Wenn auch die preußische Wirtschaftspolitik darauf gerichtet war, eine konkurrenzfähige Industrie zu schaffen, so betrieben staatliche und private Geldinstitute eine restriktive Geld- und Kreditpolitik, und selbst die Gewerbeverwaltung stellte direkte finanzielle Zuwendungen nur in Ausnahmefällen zur Verfügung. Dagegen förderte der Staat Bemühungen, mit legalen und illegalen Mitteln die zur industriellen Entwicklung notwendigen technologischen Kenntnisse ins Land zu holen und sog. Musterbetriebe aufzubauen. Mieck nennt eine ganze Reihe derartiger staatlicher und privater Unternehmen, die eine solche Funktion ausübten, und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß neben diesen Produktionsstätten nicht wenige andere Pionierunternehmen eine ähnlich befruchtende Rolle spielten, so im Dampfmaschinenbau, im Ofenbau, im Mühlenwesen, im Textildruck usw.

Schließlich geht der Autor auf die Bedeutung des Eisenbahnwesens überhaupt und auf die Wirkungen dieses neuen Verkehrsmittels auf den Maschinenbau ein. Der Berliner Vormärz (1840 bis 1847) bildet den Abschluß dieses Bandes, dessen Lektüre

dem Wirtschaftshistoriker empfohlen sei. Dieses Buch stellt nicht nur Berliner Wirtschaft über Jahrhunderte vor, sondern seine Autoren verstehen es darüber hinaus, die Ökonomie in die Berliner Gesellschaft und die Entwicklung der Stadt in die preußische Geschichte - und z. T. darüber hinaus - einzuordnen.

Karl Lärmer

Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1945 - 1989

Prestel-Verlag, München 1989, 623 S., 118,- DM

Mit diesem Band liegt der dritte Teil eines ganz großartigen Werkes vor. Der erste Band, der 1980 erschien, behandelt den Zeitraum von 1740 bis zur Verabschiedung des Generalbebauungsplans von Berlin 1862. Der zweite Band, 1984 erschienen, schließt 1945 ab, behandelt also die Herstellung und den ersten Gebrauch der Mietshäuser, die sich als Ring um die alte Stadt legen. Der dritte Band geht der Geschichte nach, wie sich Berlin zu zwei Städten entwickelt hat, was aus den Häusern wurde, die die Bombenangriffe überstanden hatten, und was als Alternative zu ihnen gebaut wurde. In den drei Teilen wird nicht nur eine Hausgeschichte geschrieben, sondern auch eine politisch-soziale Geschichte der Stadt und die der Planung, die ihr zugrunde liegt.

Der Untertitel des 3. Bandes lautet: "Eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung 'Berlin plant/Erster Bericht' 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind".

Die besondere Leistung aller drei Bände - alle drei von mir im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte besprochen - besteht in einer großartigen Verbindung von Darstellung kennzeichnender Faktenbeispiele und Nachdenken über städtebauliche Probleme. Dabei wird jedoch in diesem Band anders vorgegangen als in den ersten beiden. Die Autoren haben sich selbst und uns überrascht und schreiben darüber auch im Vorwort:

"Zu unserer eigenen Überraschung ist nicht wieder ein exemplarisches Mietshaus in den Mittelpunkt des dritten Teils gerückt - wir liebäugelten lange mit der Kösliner Straße -, sondern die Arbeit eines Mannes, der auch die Ausstellung 'Berlin plant, erster Bericht' zu verantworten hat: Hans Scharoun.

Die intensive Beschäftigung mit seiner Arbeit ist deswegen so wertvoll, weil er versucht hat, in beiden gesellschaftlichen Systemen seine Ideen von der 'Neuen Stadt', der 'Wohnzelle' und der 'Neuen Wohnung' zu verwirklichen, dabei allerdings nur Fragmente hinterlassen hat. Aber gerade in den Anläufen und Brüchen dieser Stadt, in der sich verdoppelnde Wirklichkeit der beiden Städte liegt der Reichtum, den wir vorsichtig sichtbar machen wollen - immer noch eine Gratwanderung."

Auf den 623 Seiten des Buches befinden sich 820 z. T. zweifarbige Abbildungen im Text und zwei farbige historische Stadtumbaupläne. Das ganze Werk ist auch eine besondere Verlagsleistung. Schade, daß es in der ganzen Welt unüblich ist, daß auch die Verleger in einem solchen Band von den Problemen der Herstellung des Buches berichten.

Der Rezensent dieses Werkes sollte jedoch rückblickend auf die drei Bände sowohl den Autoren wie dem Verlag zu ihrer Leistung gratulieren.

Jürgen Kuczynski

"Qualität und Quantität". Zur Praxis der Methoden der Historischen Sozialwissenschaft, hg. v. Gerhard Botz, Christian Fleck, Albert Müller u. Manfred Thaller = Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft: Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 10

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1988, 366 S., 68,- DM

Der vorliegende Sammelband umfaßt Beiträge, die im Umfeld des seit 1978 jährlich zunächst in Linz, dann in Salzburg (Österreich) veranstalteten Quantkurses bzw. des daraus hervorgegangenen allgemeinen Kurses "Neue Methoden in der Geschichtswissenschaft" entstanden sind. Die Herausgeber wollen die dort geleistete Arbeit zur Verbreitung neuer Methoden dokumentieren. Dabei bewegen sie sich auf zwei Ebenen der innerhalb der nichtmarxistischen Sozialwissenschaften laufenden Diskussion. Zum einen ist dies die Auseinandersetzung über die Abgrenzung von Geschichte und Soziologie, die bereits seit den 60er Jahren auch zur Überwindung des traditionellen Historismus geführt wird und die mit der Veränderung der politischen "Großwetterlage" des letzten Jahrzehnts neue Brisanz erhielt. Zum anderen geht es den Herausgebern besonders um den "Methodenstreit" zwischen quantitativen und EDV-unterstützten Ansätzen sowie den qualitativen Methoden der "Mündlichen Geschichte".

Diese zwei Diskussionsebenen spiegeln sich in den unter dem ersten Schwerpunkt des Bandes zusammengefaßten Beiträgen wider, die sich mit dem gegenwärtigen Stand einer explizit interdisziplinär aufgefaßten Geschichte beschäftigen. Heinrich Best versucht, durch Abgrenzung der Gegenstandsbereiche, Datenfelder und Erkenntniskonzepte im Verhältnis von Geschichte und Soziologie das Programm einer historischen Sozialforschung zu bestimmen.

Diese definiert er "als die theoriegeleitete Erforschung sozialer Sachverhalte in historischer Tiefe mit gültigen Methoden, wobei unter Gültigkeit die Entsprechung zwischen der Reichweite der Forschungsoperationen und der Reichweite der theoretischen Aussagen verstanden wird" (S. 48). Die Möglichkeiten der Verwirklichung eines solchen Anspruches im und mit dem Marxschen Werk zeigt der britische Soziologe Tom Bottomore auf. Er demonstriert anhand der Erklärungen des Krisenzyklus und der Entwicklung der Klassenstrukturen, in welchem bedeutendem Maße die marxistische Gesellschaftslehre in ihrer Qualität als Theorie der Geschichte gerade quantitative Elemente enthält. Georg Schmid fordert eine Ergänzung der Quantifizierung durch die "Qualifizierung" in der Geschichtswissenschaft. Der Weg dahin führt für ihn vor allem über eine stärkere Beachtung der Unterschiede zwischen den Resultaten der Sinngebung mittels der Sprache in der Historiographie und der historischen Wirklichkeit. Die Einleitung in die Methodenproblematik bildet praktisch der Beitrag von Gerhard Botz, der die Verfahren der Quantifizierung sowie der "Mündlichen Geschichte" inhaltlich als Basis einer sozialwissenschaftlichen Zeitgeschichte kennzeichnet. Dabei wendet er sich gegen eine zu starre Gegenüberstellung dieser - nicht auf der gleichen Ebene angesiedelten - Methoden und tritt für eine fruchtbare, wechselseitige Ergänzung in der Forschungspraxis ein.

Die im zweiten Schwerpunkt des Bandes "Aus der Praxis der qualitativ-historischen Forschung" gesammelten Beiträge haben inhaltlich eine Bandbreite von der Anwendung quantitativer Methoden in der Alltagsgeschichte des Mittelalters (Gerhard Jaritz) und in der historischen Regionalforschung (Klaus Greve) bis zur Erörterung zufälliger und systematischer Meßfehler (Johann Bacher). Sylvia Hahn/Gerald Sprengnagel demonstrieren in ihrem Beitrag die Einheit von qualitativer und quantitativer Analyse anhand einer Klassifikation des Vereinswesens einer österreichischen Industriestadt 1868 bis 1873. Mit Hilfe der Diskriminanzanalyse gehen sie der Frage nach, inwieweit sich die einzelnen Vereine nach den sozialen Merkmalen der Vereinsmitglieder unterscheiden lassen. Abschließend werden die Ergebnisse der Klassifikation qualitativ abgestützt, um eine Typologie der Vereine und ihrer sozialen Grenzen zu erlangen.

Der dritte Schwerpunkt ist der Praxis der qualitativ-historischen Forschung gewidmet, wobei sich die Beiträge auf die "Mündliche Geschichte" konzentrieren. (Der Begriff der qualitativ-historischen Forschung erscheint nur in der Entgegensetzung zur quantitativ-historischen sinnvoll. Aber die hier zumindest faktisch vollzogene Gleichsetzung dieses Begriffs mit der "Mündlichen Geschichte" ist fragwürdig.) Christian Gerbel/Reinhard Sieder beschäftigen sich unter Einbeziehung der Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas mit grundlegenden Interpretationsproblemen bei dem "offenen, lebensgeschichtlichen Interview". Die Datenerhebung bei qualitativen Studien wird in dem Beitrag von Christian Fleck problematisiert, indem er zeigt, daß bereits vor dem Erhebungsbeginn inhaltliche Entscheidungen getroffen werden, die den Untersuchenden meistens nicht bewußt sind und daher in der Analyse der Ergebnisse nicht angemessen berücksichtigt werden. Praktische Möglichkeiten der Entwicklung und des Einsatzes überprüfbarer Auswertungsverfahren in der "Mündlichen Geschichte" stellt Michael Pollak vor. Von Karin Berger werden erste Erfahrungen in der Nutzung eines neuen Informationsmediums für die Geschichtsschreibung in Gestalt der "Video-History" präsentiert. Insgesamt bietet dieser dritte Abschnitt einen informativen Überblick über Möglichkeiten und Probleme der "Mündlichen Geschichte" in ihren verschiedenen Arbeitsstufen.

Im abschließenden Schwerpunkt des Bandes "Zur Didaktik und Diffundierung der Neuen Methoden" stellen Hermann Denz, Manfred Thaller, Josef Ehmer und Franz Eder in ihren Beiträgen unter verschiedenen Aspekten Erfahrungen der Vermittlung und Nutzung insbesondere der quantitativen Methoden im Unterricht an Universitäten und Schulen dar. Für auf diesem Gebiet Lehrende geben sie dabei viele interessante Anregungen. Im letzten Beitrag geht Albert Müller auf die Geschichte des Quanturses bzw. des weiterentwickelten allgemeinen Methodenkurses in Salzburg ein und ordnet damit auch viele der Beiträge in den Kontext dieser Veranstaltung ein.

Insgesamt verschafft der Band gerade aufgrund der Inhomogenität der in ihm enthaltenen Arbeiten einen interessanten Einblick in Inhalt und Methodik der Salzburger Kurse. Dem Verdienst, die verschiedenen Instrumentarien in einem Band "gebündelt" zu haben, folgt nun der Anspruch bzw. die Verpflichtung, in der praktischen Untersuchungsarbeit zu einer wirklich integrativen Nutzung der dargestellten Methoden vorzudringen. Der Band stellt in mancherlei Hinsicht einen Impuls dar, weiter über methodische Probleme der historischen Forschung und Lehre nachzudenken.

André Steiner

Gewerbliche Entwicklung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang ins Kaiserreich, hg. v. Jürgen Brockstedt = Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, hg. v. Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins und Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 17

Karl Wachholtz Verlag, Neumünster 1989, 368 S., 50,- DM

Der vorliegende Sammelband, Ergebnis von Arbeitsgesprächen und einer Tagung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, stellt bemerkenswerte Resultate eines Forschungsprojektes vor, das der umfassenden und vergleichenden Untersuchung der Frühindustrialisierung und Gewerbeentwicklung auf dem Territorium der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg gewidmet ist. In den 11 Beiträgen werden solche wirtschafts- und sozialgeschichtlichen, z. T. auch technikgeschichtlichen Aspekte in den Vordergrund gestellt wie die ökonomische Gesamtentwicklung des Gewerbes, die Bedeutung des Gewerbesektors in der Wirtschaft, die Branchenstruktur, regionale Entwicklungen, Betriebsformen wie Handwerk, Hausfleiß, Verlagswesen, Manufaktur und Industriebetrieb, die Betriebsstruktur, der Absatz, der technische Fortschritt und die soziale Lage der im Gewerbe Tätigen. Diese Schwerpunkte werden auf vier Ebenen angesprochen. Der Herausgeber Jürgen Brockstedt analysiert in einem ausführlichen Beitrag "Grundzüge der gewerblichen Entwicklung in Schleswig-Holstein in den Jahren 1773 - 1867". Untersucht werden, untergliedert in die Bereiche Gewerbepolitik, sektorale und Branchenstruktur sowie Betriebsformen, die Wirtschaftsbereiche Bekleidung/Textil/Leder, Nahrungsmittel, Holzverarbeitung, Bau/Steine/Erden, Eisen- und Metallverarbeitung und sonstige Gewerbe. Schleswig-Holstein, dessen politische Stellung im dänischen Gesamtstaat Brockstedt eingangs kurz skizziert, wird in diesem Zusammenhang als Agrarregion gekennzeichnet, in der im Untersuchungszeitraum, mit der Zäsur um 1830, ein Strukturwandel erkennbar wird, der "auch schon leichte industrielle Züge trägt, aber im Vergleich zu den Industrieregionen Deutschlands natürlich sehr langsam und relativ unauffällig verläuft" (S. 25). Als Charakteristika dieses Strukturwandels, anhand der Erhebungsjahre 1840 und 1860 dargestellt, arbeitet er das absolute Wachstum der Bereiche Bekleidung/Textil/Leder, Holzverarbeitung sowie Eisen- und Metallverarbeitung mit einem etwa gleichbleibenden relativen Anteil am Wirtschaftsprozeß von etwa 39 %, 17 % und 11 % heraus (S. 23). Bei nur geringfügig rückläufiger Beschäftigtenzahl sinkt die relative Bedeutung der Nahrungsmittel erzeugenden Gewerbe (1840: 21,3 %; 1860: 15,2 %). Die Baugewerbe verzeichneten nach 1830 einen starken absoluten und relativen Aufwärtstrend (1840: 8 150 Beschäftigte/11,1 %; 1860: 14 079 Beschäftigte/14,9 %). Ein bemerkenswertes Wachstum, das allerdings im Zeitraum der statistischen Erfassung noch keine volkswirtschaftlich bedeutsame Größenordnung erreichte, verzeichneten die sonstigen Gewerbe, unter denen die innovationsfreudigen Chemie- und Papierunternehmen herausragten. 1840 wurden hier 598 Beschäftigte erfaßt, dies entsprach einem relativen Anteil am gewerblichen Wirtschaftssektor von 0,8 %; 20 Jahre später war eine Beschäftigtenzahl von 2 498 erreicht, was einem prozentualen Anteil von nun immerhin 2,7 % entsprach. Von der "langanhaltende(n) gewerbliche(n) Aufschwungsphase, in der 'großgewerbliche' Betriebe besonders in der ersten Hälfte der 40er und 50er Jahre stark" zunahmen, wurde der südliche Landesteil Holstein aufgrund der günstigeren wirtschaftsgeographischen Lage stärker ergriffen. "Der eigentliche Schub der Industrialisierung und der stärkere Wandel der Gewerbestruktur setzen erst nach dem Übergang Schleswig-Holsteins in den preußischen Staat" 1864/67 ein. In diesem Zusammenhang regt Brockstedt an, einmal der Frage nachzugehen, ob "den Verlusten der relativen Eigenständigkeit in der Selbstverwaltung, auf der politischen Ebene und im ökonomischen Bereich hinreichend Gewinne auf wirtschaftlichem Gebiet" gegenüberstanden (S. 44).

Auf einer nächsten, regionalen Ebene haben W. Asmus und K.-J. Lorenzen-Schmidt die Entwicklung des Landhandwerks untersucht. In diesem Zusammenhang wurden drei Mikroregionen Holsteins (das Dithmarscher Kirchspiel Marne, das in der Geest gelegene Kirchspiel Schenefeld und die Kremper Marsch im Amt Steinburg) in ihrer landhandwerklichen Entwicklung betrachtet und einem qualitativen und quantitativen Vergleich mit anderen schleswig-holsteinischen bzw. norddeutschen Regionen unterzogen. Die Verfasser stützen sich dabei u. a. auf Ergebnisse, die Helga Schultz für das benachbarte Mecklenburg gewonnen hat. Hinsichtlich des Besatzes an Handwerkerkern konstatieren sie für die Elbherzogtümer "im Rahmen eines norddeutschen Vergleichs Spitzenwerte" (S. 70). Für die Lage des Landhandwerks war die landwirtschaftliche Konjunktorentwicklung entscheidend, wobei im Unterschied zu den naturräumlich benachteiligten Geestgebieten in den Marschen bereits vor 1800 in der Entwicklung des Landhandwerks eine stärkere Dynamik sowie deutliche Expansions- und Wandlungsprozesse feststellbar waren. Hinsichtlich der ökonomischen Langzeitwirkung der Entwicklungsprozesse im Landhandwerk konstatieren die Verfasser, daß von ihnen "ein wesentlicher Industrialisierungsimpuls", wie übrigens auch vom städtischen Handwerk, nicht ausgegangen sei. Allerdings verstärkte "die Entwicklung des Landhandwerks im Schoße der agrarischen Gesellschaft" die Durchsetzung der Ware-Geld-Beziehung und schuf damit Voraussetzungen für die Aufnahme von Industrieprodukten. "Insofern sind die Entstehung und der Anwachs des Landhandwerks in Schleswig-Holstein Teile des Prozesses der Durchsetzung des Kapitalismus auch in der ländlichen Gesellschaft." (S. 72)

Auf einer dritten Ebene liegend, beschäftigen sich die folgenden Beiträge mit bestimmten branchenspezifischen und sozialen Erscheinungen im schleswig-holsteinischen Gewerbesektor und mit infrastrukturellen Faktoren, die seine Entwicklung beeinflussten. Untersucht und dargestellt werden der Zusammenhang zwischen Landhandwerk und Modernisierung der Landwirtschaft am Beispiel einer Stellmacherei (O. Kettemann), die Entwicklung einer Ellenwarenfabrik (H. Hansen/Lorenzen-Schmid) und der technische Wandel im Textilgewerbe Neumünsters (K. Tidow). H. Bräuer analysiert die Wanderungsbewegung Hamburger und schleswig-holsteinischer Handwerks- und Fabrikgesellen nach Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jh. Asmus beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Problemen der Verkehrsstruktur und Verkehrsentwicklung in Schleswig-Holstein und ihrem Einfluß auf die gewerbliche Entwicklung des Territoriums.

Vier Aufsätze erhellen die gewerbliche Entwicklung bzw. Aspekte dieser Entwicklungsprozesse aus vergleichender Sicht in einem letzten Schwerpunkt. H. Fode äußert sich zur gesellschaftlichen Stellung des dänischen Handwerks. W. Sachse analysiert die Gewerbeentwicklung im Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg und im Königreich Hannover; die gleiche Thematik wird von R. Krämer/Ch. Reinders für Oldenburg und von H. Theissen für das Herzogtum Braunschweig im Überblick dargestellt. In dem vergleichenden Forschungsansatz ist unbedingt ein Vorzug des sehr materialreichen und instruktiven Sammelbandes zu sehen. Seine Resultate offenbaren einmal mehr die Möglichkeiten der Kombination generalisierender wirtschaftshistorischer Betrachtung mit branchen- bzw. betriebsgeschichtlichen Detailuntersuchungen bei der Erschließung der Wirtschaftsgeschichte einzelner deutscher Territorien und Länder. Der Vergleich der schleswig-holsteinischen Gewerbeentwicklung mit gleichartigen bzw. ähnlichen Prozessen in anderen Territorien bleibt, geographisch gesehen, freilich etwas einseitig. Eine Berücksichtigung der angrenzenden östlichen Territorien Mecklenburg (nicht nur bei der Behandlung des Landhandwerks) und Pommern würde sich bei einer Weiterführung des Projektes anbieten.

Lutz Werner

VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha, Gotha 1989, 352 S., Abb., Kt., Tab. Lit., 30,- M

Dieses Sachbuch zur ökonomischen und sozialen Geographie Chinas ist eine Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern aus Polen (Pädagogische Hochschule Kraków) und der DDR (Karl-Marx-Universität Leipzig und Pädagogischen Hochschule "Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dresden). Ist es nicht überhaupt das erste derartige Werk über das "Reich der Mitte", das unter verantwortlicher Mitwirkung von Fachwissenschaftlern geschrieben wurde? Diese Veröffentlichung war längst überfällig, leben in diesem Territorium, dem volkreichsten Staat der Erde, doch derzeit mehr als 20 % der Menschheit. Die vorliegende Publikation ist nicht nur für "geographiebewusste" Nutzer gedacht, sondern, wie im Vorwort ausgeführt, für einen breiten Leserkreis, der an geographischen Informationen über China interessiert ist.

Das Buch behandelt, vornehmlich auf der Grundlage chinesischer Quellen, den Zeitraum der 70er und 80er Jahre. Anknüpfend an die vorangegangenen Entwicklung während der sog. Kulturrevolution, wird ein Bild von der Lokalisierung und räumlichen Verteilung von Bevölkerung, Siedlung und Wirtschaft des gegenwärtigen China vermittelt. Für den Leser bringt das eine beachtliche Informationsgeschichte. Die inhaltliche Gliederung entspricht der ökonomisch-geographischen Darstellung eines politischen Territoriums. Auf den einleitenden Abschnitt folgen Angaben zur Größe und Lage des Territoriums, zur natürlichen Ausstattung und politisch-territorialen Gliederung, ferner zum Komplex der Bevölkerungs- und Siedlungsgeographie. In den beiden Hauptkapiteln werden zum einen in einer Strukturdarstellung das ökonomische Potential des Landes, gegliedert nach den Wirtschaftsbereichen Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, verdeutlicht, zum anderen in einer Regionalbetrachtung die einzelnen und unterschiedlichen geographisch relevanten Sachinhalte nach Großräumen, unterteilt nach Provinzen, dargeboten. Der Regionalbetrachtung liegt das gleiche Gliederungsprinzip wie dem Strukturkapitel zugrunde, bei Bedarf um einen Abschnitt Standorte erweitert. Nach Meinung des Rezensenten ist das Werk damit zu sehr in ein Schema eingepaßt, das zwar bestimmte Sachverhalte auch ohne Register relativ leicht auffinden läßt, jedoch kaum räumlich vergleichende Betrachtungen ermöglicht.

Nahezu 100 Tabellen vertiefen die Aussagen. Neben Abbildungen gehören zur Ausstattung auch Karten, die das chinesische Territorium zumeist nur insgesamt zeigen. Die reale Größe des Landes erlaubt im Kontext zum Buchformat lediglich einen Kartenmaßstab, der wenig differenzierte Aussagen zur Darstellung bringen kann. Die im Text vorhandene größere regionale Differenzierung, die über Provinzebene hinausgeht, spiegelt sich leider nicht in den Kartenthemen wider.

Wilfried Strenz

Paul Thomes, Die Kreissparkasse Saarbrücken (1854 - 1914). Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Sparkassen Preußens = Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 6, hg. v. Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für bankhistorische Forschung e. V.

Fritz Knapp Verlag, Frankfurt (Main) 1985, 340 S., 76,50 DM

Die Literatur über die Rolle der Sparkassen in der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und im Kreditsektor im besonderen ist nicht gerade reichhaltig zu nennen. Um so lesenswerter ist die Abhandlung von Paul Thomes über die Entstehungsgeschichte und die Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Saarbrücken. Im Untersuchungszeitraum entfaltete sie erfolgreich ihre Tätigkeit, teils direkt, teils indirekt im Zusammenhang mit der Industrialisierung der Region Saarbrücken. Der Verfasser wertete archivalisches Material aus, wobei sich die Kuratoriums- und Vorstandsprotokolle der Kreissparkasse als besonders nützlich erwiesen. Er untersuchte den Einfluß der preußischen Gesetzgebung auf die Sparkassen. Im Mittelpunkt stehen jedoch die Zusammenhänge zwischen dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum und der ökonomischen Situation der Bevölkerung im Einzugsbereich der Sparkasse auf der einen Seite und deren Passiv- und Aktivgeschäften auf der anderen Seite. Die Quellen ermöglichten außerdem aufschlußreiche Aussagen über die soziale Zusammensetzung der Sparer, die sich vor allem aus Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen zusammensetzten, sowie über die Anlage der Depositen. Mit ihnen wurde zum größten Teil der Realkredit für private und öffentliche Schuldner finanziert. Darlehen an Handwerker oder für Handel und Industrie, die für Investitionen gebraucht wurden, hatten den größten Anteil am Kreditvolumen. Es handelt sich also insgesamt sowohl um eine bank- als auch sozialhistorisch sehr interessante Studie.

Karin Lehmann

Klassiker des ökonomischen Denkens, hg. v. Joachim Starbatty, Bd. 1: Von Platon bis John Stuart Mill; Bd. 2: Von Karl Marx bis John Maynard Keynes

Verlag C. H. Beck, München 1989, Bd. 1, 340 S., 14 Porträtabb., 6 Graf.; Bd. 2, 384 S., 15 Porträtabb., 6 Graf., zusammen 96,- DM

Gegenwärtig zeigt sich besonders die Zeitgebundenheit der Wirtschaftswissenschaft. Keynes beschreibt sie so: "Economics ist eine Wissenschaft des Denkens in Modellen, verbunden mit der Kunst, Modelle zu wählen, die für die gegenwärtige Welt relevant sind. Das muß so sein, weil, anders als in den typischen Naturwissenschaften, das Material, auf das Economics angewandt wird, in zu vieler Hinsicht nicht im Zeitablauf homogen ist. Das Ziel eines Modells liegt in der Trennung der semi-permanenten oder relativ konstanten Faktoren von den transitorischen oder fluktuierenden Faktoren, um über diese in einer logischen Form nachdenken zu können und die Zeitsequenzen, die sie in bestimmten Fällen bewirken, verstehen zu können. Gute Ökonomen sind selten, weil anscheinend die Begabung, durch aufmerksame Beobachtung gute Modelle ausfindig machen zu können, sehr rar ist, obwohl dazu keine hochspezialisierte intellektuelle Technik erforderlich ist." (Bd. 2, S. 280) Am Ende der großen Auseinandersetzung zwischen zwei gegensätzlichen Wirtschaftsmodellen, die das

20. Jh. nahezu ausfüllte und nun zugunsten der westlichen Wirtschaftsweise entschieden ist, wird vieles zu überdenken und die bisherige Behandlung der Wissenschaftsgeschichte zu überprüfen sein. Die jüngste, von Joachim Starbatty herausgegebene Sammlung historiographisch-biographischer Analysen von ausgewiesenen Fachleuten enthält ausgezeichnete Darstellungen und vermag manche Anregung zu geben.

In den beiden Bänden stellen 29 Autoren 29 Theoretiker der politischen Ökonomie vor: 7 sind Ökonomen der vorindustriellen Wirtschaftsweise, 17 sind dem 19. Jh. und 5 der ersten Hälfte des 20. Jh. zuzuordnen. Zu Recht wird mit den ökonomischen Auffassungen in der Antike begonnen (Bertram Schefold über Platon und Aristoteles). Hervorzuheben ist die Berücksichtigung des Hochmittelalters (Friedrich Beutter über Thomas von Aquino). Für die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft stehen leider nur 4 Denker: Thomas Morus (Starbatty), Jean Baptiste Colbert (Karl Erich Born), François Quesnay (Giorgio Gilibert) und Adam Smith (Horst Claus Recktenwald).

Die erste Hälfte des 19. Jh. wird mit 7 Ökonomen vorgestellt: Thomas Robert Malthus (Gunter Steinmann), Jean-Baptiste Say (Wilhelm Krelle), David Ricardo (Walter Eltis), Johann Heinrich von Thünen (Ulrich van Suntum), Friedrich List (Karl Häuser), Antoine Augustin Cournot (Louis J. R. Zimmerman und Helmut Marcon) und John Stuart Mill (Neil de Marchi).

Für die zweite Hälfte des 19. Jh. stehen 9 Wirtschaftswissenschaftler: Karl Marx (Alfred E. Ott), John Ruskin (Wolfgang Kemp), Léon Walras (Bernhard Felderer), William Stanley Jevons (R. D. Collison Black), Gustav von Schmoller (Harald Winkel), Carl Menger (Erich Streissler), Alfred Marshall (Heinz Rieter), Vilfredo Pareto (Gottfried Eisermann), Eugen von Böhm-Bawerk (Klaus Hinrich Hennings) und Johan Gustav Knut Wicksell (Heinz Grosseckler). Wer nur Ökonomen im engeren Sinne sucht, wird überrascht sein, hier Ruskin zu finden, den Kemp nach "den ungezählten Ökonomen des Geldes, des Kapitals, der Arbeit" als einen "der ersten Ökonomen des Verbrauchers" bezeichnet (Bd. 2, S. 52). Von ihm stammt das berühmte Motto: "There is no wealth but life."

Die erste Hälfte des 20. Jh. ist mit 5 Ökonomen vertreten: Irving Fisher (Hans G. Monissen), Arthur Cecil Pigou (Dieter Cansier), Joseph Alois Schumpeter (Eduard März), John Maynard Keynes (Harald Scherf) und Walter Eucken (Hans Otto Lenel).

Einige Aufsätze wenden sich eher an den Fachökonom, dem die historische Entwicklung seines Instrumentariums erklärt wird, wie das in theoriegeschichtlichen Lehrbüchern nachzulesen ist. Aber viele Untersuchungen sind auch für den Wirtschaftshistoriker von Interesse. Hier werden Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Biographie und Theorie in engem Zusammenhang betrachtet. Ein Vorzug ist die fast durchgehende Betrachtung der theoriegeschichtlichen Kontinuität. So geht Starbatty bei der Behandlung von Morus schon auf "Parallelen zum real existierenden Sozialismus" ein. Bei Jevons und Menger z. B. wird nicht verschwiegen, wie vieles sie noch mit den alten, der vorindustriellen Wirtschaft entstammenden Dogmen verbindet. Da fällt es schon kaum noch ins Gewicht, wenn Recktenwald wieder einmal vor den Irrwegen des Adam Smith warnt.

Hermann Lehmann

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

X. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker⁺

(20. bis 24. August 1990 in Leuven)

Die 1960 gegründete International Economic History Association führte ihren X. Internationalen Kongreß in Belgien durch. Seit 1970 fanden diese Kongresse in einem vierjährigen Rhythmus statt. Das Teilnehmerverzeichnis des Kongresses in Leuven 1990 zählte 1 191 Teilnehmer aus mehr als 50 Staaten. Damit übertraf die Veranstaltung deutlich die Beteiligung der vorangegangenen Kongresse von Edinburgh (1978), Budapest (1982) und Bern (1986). Besonders zahlreich waren die Delegationen aus den führenden Industriestaaten gekommen, wobei neben dem Gastgeberland Belgien vor allem Deutschland, Großbritannien, Japan und die USA dominierten. Die Teilnahme von Wirtschaftshistorikern aus Ländern der Dritten Welt blieb wie auch schon auf den vorangegangenen Kongressen verhältnismäßig gering.

Die wissenschaftlichen Veranstaltungen teilten sich auf dem Kongreß in Leuven in vier große Komplexe. Die A-Sektionen ("debates and controversies") widmeten sich der Diskussion übergreifender Problemkreise von breitem internationalem Interesse. Im Verlaufe des Jahres 1989 und zu Beginn des Jahres 1990 hatten hierfür vorbereitende Kolloquien stattgefunden. Insgesamt wurden fünf sowohl zeitlich als auch regional sehr weitgesteckte Themen in den A-Sektionen behandelt. Die B-Sektionen ("themes of current research") stellten 16 wissenschaftliche Veranstaltungen zur Auswahl. Die Tagungen der einzelnen B-Sektionen begannen mit einem Einleitungsvortrag der verantwortlichen Organisatoren, denen sich dann Referenten mit kurzen "statements" zu ihren bereits gedruckt vorliegenden Beiträgen anschlossen. Ein Großteil der Diskussion war den Teilnehmern aus dem Auditorium vorbehalten. Einen wichtigen Bereich des Kongresses bildeten wiederum die "workshops" der C-Sektionen. Die einzelnen C-Sektionen wurden zu sehr spezialisierten Themen abgehalten. Trotz dieser thematischen Eingrenzung war das Interesse daran meist beachtlich. In den D-Sektionen konnten Nachwuchswissenschaftler Ergebnisse ihrer Doktorarbeiten vorstellen. Diese Veranstaltungen waren nach zeitlichen Perioden unterteilt in Altertum und Mittelalter, in frühe Neuzeit und in Neuzeit. Resümées der Doktorarbeiten lagen zu Beginn des Kongresses in einem Sammelband vor.

Für die A1-Sitzung über die europäischen Weltentdeckungen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auf die vorindustrielle Gesellschaft (1500 - 1800) trifft der Anspruch, Probleme von breitem internationalem Interesse oder mit engen Bezügen zur gegenwärtigen Entwicklung zu behandeln, uneingeschränkt zu. H. Pohl (Deutschland/BRD), der Organisator dieser Sitzung, betonte eingangs die chronologische Weite der Themenstellung, verwies aber auf die Unmöglichkeit einer regionalen Vollständigkeit.

+ Der Kongreßbericht wurde mit Beiträgen von Georg Donat (Sektion C 15, C 48), Lothar Elsner (C 43, B 5), Waltraud Falk (C 46), Rainer Karlsch (B 4, B 6), Horst Klengel (B 11, B 16), Angelika Ludloff (B 6), Hans-Heinrich Müller (B 2, C 24), Helga Nussbaum (A 5), Jörg Roesler (C 32, B 8), Martina Schattkowsky (A 1) und Frank Zschaler (A 4b, B 6) zusammengestellt. Ergänzt und bearbeitet wurde er von Andreas Kieselbach.

K. N. Chaudhuri (England) umriß die drei inhaltlichen Schwerpunkte der A-1-Beiträge: 1. Die Natur und die Dauer der europäischen Expansion. Wieso haben die Entdeckungen gerade von einem unterbevölkerten Europa und gerade zu Beginn des 16. Jh. ihren Ausgang genommen?, 2. Die Entdeckungen und das Wirtschaftsleben in Europa. Welche Wechselwirkung bestand zwischen dem blühenden Fernhandel im Indischen Ozean und Mittelmeer sowie den neuen atlantischen Handelswegen?, 3. Die Reaktion der Gesellschaften, die mit dem expandierenden Europa in Berührung kamen. Wie ist diese Reaktion zu erklären? Chaudhuri wandte sich insbesondere dem ersten Fragenkomplex zu und erörterte Ursachen und Auslöser der Entdeckungen, Eroberungspraktiken und Bedeutung afrikanischen Goldes und amerikanischen Schatzes für die europäische und Weltwirtschaft zwischen 1500 und 1800.

Den Problemkreis der europäischen Entdeckungen und ihre Auswirkungen auf die vorindustrielle Gesellschaft vorwiegend aus der europäischen Blickrichtung griff der Bericht von W. Reinhard (Deutschland/BRD) auf. Hervorzuheben ist besonders sein Versuch, die Rolle Europas in diesem Zusammenhang realistischer einzuschätzen und den strikt europazentristischen Blickwinkel zu verlassen. Reinhard fragte, wie eng die interkontinentalen Beziehungen im atlantischen Dreieck wirklich waren und ob tatsächlich eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Europa im Sinne von I. Wallersteins "modernem kapitalistischem Weltsystem" geschaffen wurde. Dem entgegen verwies Reinhard vielmehr auf die Bedeutsamkeit lokaler Bedingungen und zeigte, wie Entdeckung und Eroberung je nach den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verschiedene Resultate bewirkt haben, so etwa "Siedlerwirtschaften", "Bergbauwirtschaften", "Plantagenwirtschaften" oder gemischte Formen.

In ähnliche Richtung argumentierte N. Steensgaard (Dänemark), der den wirtschaftlichen Konsequenzen der Entdeckungen in der "Neuen Welt" unter Berücksichtigung des historischen Kontextes und der unabhängigen Reaktion von Nichteuropäern auf das europäische Eindringen nachging. Eine Dominierung der globalen Entwicklung durch europäische Aktivitäten und europäische Nachfrage nach Rohstoffen, Edelmetallen und Dienstleistungen schloß Steensgaard aus, waren doch in Amerika neue Wirtschaftsformen bereits vor dem 18. Jh. in Herausbildung begriffen und weder die afrikanische noch die asiatische Wirtschaft brauchte ungeformt zu werden, um die Nachfrage der europäischen Entdecker zu befriedigen. Erst in einem sehr späten Stadium begann europäischer Zwang die Hauptrolle bei der Verteilung der Ressourcen zu spielen. Weit weniger spektakulär also waren - so Steensgaard - das Eintreffen der Europäer als vielmehr die subtilen Unausgeglichheiten, die durch den wachsenden Strom von Edelmetallen hervorgerufen wurden.

Eine Reihe solcher Fragen wurde in der anschließenden Diskussion vertieft und durch Beispiele aus anderen Regionen ergänzt. So wurde z. B. auch der ost- und ostmittel-europäische Raum mit einbezogen. Am Fall der russischen Eroberungen von asiatischen Gebieten im 17. Jh. wurden zudem Fehler in den Eroberungspraktiken zur Sprache gebracht. N. Sanches-Albornoz (USA) schlug zwei Modelle zur besseren Verständigung vor, nämlich 1. das portugiesisch-spanische System, das tiefe Veränderungen hervorgerufen hat (insbesondere aufgrund demographischer Wandlungen) und 2. das britische (kapitalistische) System, das weniger tiefgreifende Veränderungen bewirkte.

Schließlich wurde u. a. über Fragen der Industrialisierung, der Kapitalakkumulation durch wachsende Edelmetallmengen und des Zusammenhangs zwischen Münzmenge und wirtschaftlicher Entwicklung diskutiert.

Das Generalthema der Sektion A 2 lautete "Inlandtransport und Kommunikation vom 11. bis 20. Jh.". Die Vorbereitung der Sektion A 2a (vorindustrielle Periode) lag organisatorisch bei T. C. Barker (Großbritannien). Für die Organisation der Sektion A 2b (industrielle Periode) hatte F. Caron (Frankreich) die Verantwortung übernommen.

Dem Problemkreis "Auslandsanleihen, Schulden und ökonomische Entwicklung im 19. und 20. Jh." widmete sich die Sektion A 3. Die Hauptlinien der Diskussion bestimmten T. Szmrecsányi (Brasilien) als Organisator, A. Fishlow (USA) als Berichterstatter und R. Cortés-Conde (Argentinien) und C. Marichal (Mexiko) als Experten.

Die Sektion A 4 "Struktur und Strategie von kleinen und mittelgroßen Unternehmen seit der industriellen Revolution" war in wiederum zwei organisatorisch und konzeptionell eigenständige Diskussionsrunden unterteilt. Die Sektion A 4a beschäftigte sich mit den entwickelten Staaten. Organisiert wurde diese Beratung von H. Siegenthaler (Schweiz). Im Mittelpunkt der Sektion A 4b standen die kleinen und mittelgroßen Unternehmen in der Wirtschaft der "late - commerce" seit der industriellen Revolution.

Wie Siegenthaler in der Sektion A 4a verwies auch T. Csató (Ungarn) in der von ihm geleiteten Sektion A 4b auf die aus dieser Zweiteilung resultierenden Probleme. Hervorzuheben sei aber, daß erstmalig auf einem Weltkongreß ein Arbeitskreis zu Klein- und Mittelbetrieben veranstaltet wurde, komme doch dieser Unternehmensform auch in den Volkswirtschaften der Gegenwart eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Der Beratung lagen 17 Studien zugrunde: F. Stefanowa (Bulgarien): Die Rolle von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Bulgarien. Finanzielle und Kreditprobleme; F. Dudek (ČSFR): Struktur, Unternehmensformen und Stellung in der Wirtschaft der tschechischen Länder 1840 - 1930; W. Falk/F. Zschaler: Zur Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben in der chemischen Industrie Deutschlands von der industriellen Revolution bis zur Weltwirtschaftskrise; P. Held: Die Situation von kleinen und mittelgroßen Eigentümern im Einzelhandel Deutschlands während der Weimarer Republik 1919 - 1933; A. Dorner (alle Deutschland/DDR): Hauptentwicklungslinien des privaten Kleineigentums im Einzelhandel der DDR; R. Hjerpe/T. Mauranen (Finnland): Die betrieblichen Möglichkeiten und Wettbewerbspositionen von kleinen Firmen in Finnland 1860 - 1939; P. K. Srivastava (Indien): Struktur und Strategie von mittelgroßen Unternehmen in Indien; J. Takeuchi (Japan): Die Rolle von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in der japanischen Industrialisierung; J. Karraman (Jugoslawien): Die kleinen und mittleren Unternehmen in der kapitalistischen Wirtschaft Kroatiens 1848 - 1941; W. M. Putkiewicz: Evolution und Bedingungen des Handwerks und der Mittelindustrie in den polnischen Territorien seit dem Ende des 19. Jh. bis zu den 80er Jahren des 20. Jh.; Z. Landau/J. Tomaszewski: Kleine und mittelgroße Unternehmen in Polen zwischen den beiden Weltkriegen. Auswirkungen der großen Depression; J. Kalinski (alle Polen): Genossenschaftliche Unternehmen in Polen 1918 - 1986; M. Cizacka (Türkei): Finanzierung mittlerer Firmen im Mittleren Osten; T. Laky (Ungarn): Kleine Organisationen in Ungarn - Einst und jetzt; T. Csató (Ungarn): Mittelgroße Unternehmen in Mittel- und Süd-Ost-Europa seit der industriellen Revolution; G. P. Degtiarev (UdSSR): Die mittelgroße Industrie in der Struktur der Volkswirtschaft Rußlands 1850 - 1920; E. Sh. Tshund'Olela (Zaire): Entwicklungsstrategie und Struktur von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Zaire seit 1885.

Hjerpe nahm in ihrem Expertengutachten eine Standortbestimmung mittlerer Unternehmen im Vergleich zu den großen Unternehmen während der verschiedenen Phasen der Industrialisierung (vorindustrielle Zeit, zeitige Industrialisierung, industrielle und postindustrielle Gesellschaft) vor. Der gegenwärtige Forschungsstand bestärke die Vermutung, daß kleine und mittlere Betriebe die flexibleren Elemente der Wirtschaft seien, was deren Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Marktbedingungen ebenso wie die negativen Auswirkungen ihrer mit unterschiedlicher Intensität betriebenen Vernichtung in den Volkswirtschaften der Ostblockländer zeige. Von Interesse für die weitere Forschung seien die Veränderungen in der Branchenstruktur und im Verhältnis des sekundären zum tertiären Sektor.

E. Ehrlich (Ungarn), ebenfalls vom Veranstalter bestellte Expertin, hob die Bedeutung der vorliegenden Studien, insbesondere der größtenteils erstveröffentlichten statistischen Angaben, für die fachwissenschaftliche Diskussion hervor. Neben den bereits aufgeworfenen Fragen sollten solche zum Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Handwerks und der Überlebensstrategie kleiner und mittlerer Betriebe, zur Rolle in- bzw. ausländischen Kapitals und zur Struktur der Klein- und Mittelbetriebe vor allem in Zentral- und Osteuropa durch die weiterführende Forschung beantwortet werden. Stärkere Beachtung finden sollte der unorganische Verlauf der Entwicklung des Mittelstandes in den ehemals sozialistischen Ländern.

In der abschließenden Diskussion wurden Meinungen über Kapitalquellen für die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen, Überlebensstrategie, Vorzüge und Probleme staatlicher Mittelstandsförderung aus historischer Sicht, Spezifika der Entwicklungsländer und Bedeutungswandel des Mittelstandes im Dienstleistungssektor ausgetauscht.

Die Sektion A 5 "Education and Economic Growth since the Industrial Revolution" lag organisatorisch in der Verantwortung von G. Tortella (Spanien). Ursprünglich waren dieser Sektion zwei Berichterstatter zugeordnet: R. Sonnemann (Deutschland/DDR) und L. Sanberg (USA). Da Sonnemann wegen Krankheit ausfiel, übernahm Tortella auch den zweiten Bericht.(1) Er hatte bereits die Vorkonferenz 1989 in Valencia organisiert und die 18 dort diskutierten Beiträge als Buch herausgegeben, das kurz vor dem Kongreß erschien.(2) Daß für die A-Sektionen auf diesem Kongreß nur drei Stunden vorgesehen waren, ist in mancher Beziehung zu bedauern. Da die Beiträge wohl gedruckt, aber nicht als Kongreß-Material vorlagen, wurden sie nicht vorgetragen. Den Zuhörern, die nur zum geringsten Teil das Buch vorher hatten erwerben können, wurden die Beiträge nur durch die - auszugsweise vorgetragenen - Berichte bekannt gemacht. V. Zamagni (Italien) analysierte als Expertin die Ergebnisse auch im Hinblick auf zukünftige Forschungserfordernisse. Die kritischen Berichte provozierten eine interessante Diskussion vor allem zwischen Autoren und Berichterstattern. Die Tagung der Sektion war eine gute Einführung in die Problematik des inhaltsreichen Buches.

Die lange Debatte der letzten Jahrzehnte zur Rolle von "human capital" und damit von Bildung und Ausbildung im Wirtschaftswachstum hat auch zur Skepsis geführt: Ist Bildung wirklich so unabdingbar für wirtschaftliches Wachstum? In welchen Typ von Bildung muß man investieren? Da "education" schwer zu quantifizieren ist, so Tortella, sind auch exakte Messungen des Effekts von Bildung auf das Wirtschaftswachstum, dies gemessen am Wachstum des Sozialprodukts, schwierig. Außerdem ist ein Zeitverzug zwischen Bildungsinvestitionen und ökonomischer Wirkung in Rechnung zu stellen, wie Sandberg schon 1982 in einem Ländervergleich(3) festgestellt hatte: Das Pro-Kopf-Sozialprodukt europäischer Länder um 1970, so sein Ergebnis, korreliert mit der "literacy-rate", also dem Prozentsatz der Lese- und Schreibfähigkeit der Bevölkerung um 1850.

Einige hier vorgelegte quantitative Länderstudien bestätigen durch ihre Ergebnisse im Grunde diese These: So S. B. Hanley (USA) für Japan, B. N. Mironoy (UdSSR) für Rußland/UdSSR, C. E. Nuñez (Spanien) für Spanien, M. K. Vaughan (USA) für Mexiko. A. Nilsson und L. Petterson (Schweden) bestritten sie in bezug auf Schweden, T. Myllyntaus (Finnland) relativierte sie hinsichtlich Finnlands.

Bericht und Diskussion ergaben, daß die Vorstellung eines "starken" Zeitverzuges von 120 Jahren sicher nicht zutreffend ist, und, wie Sandberg betonte, so auch von ihm nicht gedacht war.

D. Mitch (USA) nun unterzog die These, formelle Elementarbildung, insbesondere "literacy", sei eine Vorbedingung des technischen und kommerziellen Fortschritts, einer generellen Kritik. Es ist natürlich interessant, eine Darstellung zu lesen, die die bisherigen Auffassungen und die bekannten Fakten einmal gegen den Strich büret, doch kann man nach dem Lesen des Beitrags von Sandberg der Kritik in sei-

1 Erschienen in: Debates and Controversies in Economic History. A-sessions. Proceedings. Tenth International Economic History Congress, Leuven, August 1990, hg. v. Herman Van der Wee und Erik Aerts = Studies in Social and Economic History, hg. v. Herman Van der Wee, Bd. 3; auch abgedruckt in dem in Anm. 2 genannten Sammelband von der Vorkonferenz.

2 Education and Economic Development since the Industrial Revolution, hg. v. Gabriel Tortella, Generalitat Valenciana, Valencia 1990, 353 S.

3 Sandberg, Lars G., Ignorance, Poverty and Economic Backwardness in the Early Stages of European Industrialization. Variations on Alexander Gerschenkron's Grand Theme, in: Journal of European Economic History, 11/1982, S. 675 - 698.

nem Bericht nur zustimmen: "It seems to me that the paper omits evidence in favour of a greater role for education and places too much emphasis on isolated examples of success without education or literacy."(4) Wenn Milch, der keinerlei deutschsprachige Literatur verwendete, schreibt: "Even in Germany in the late nineteenth century, where science made a major contribution to technological advance in manufacturing, it is not at all clear that even minimal literacy was important to the ordinary operative"(5), fragt man sich: Warum haben sich die Unternehmensverbände und Handwerkskammern im 19. Jh. in Deutschland so dringlich um die Einführung und Verbesserung der Berufsschulbildung bemüht?

Mit Problemen der Bildungssysteme der ehemals sozialistischen Länder beschäftigten sich drei Beiträge. J. Orczyk (Polen) wies mit vielen Statistiken nach, daß sich die Gesamtzahl der Studenten absolut und relativ seit etwa 1980 in Polen vermindert hat und gleichzeitig der Anteil der Studenten und relativ seit etwa 1980 in Polen zurückgegangen ist. Er führte das auf eine wohlmeinende, aber falsche Regierungspolitik zurück, die, um die soziale Gleichheit zu fördern, die Gehälter der Absolventen senkte und damit das Gegenteil des erstrebten Effekts erzielte. H. Balzer (USA) untersuchte die Schwierigkeiten der technischen Fachschulen in Rußland/ UdSSR zwischen 1880 und der Gegenwart, denen es trotz großer Anstrengungen nicht gelungen sei, genügend hochqualifizierte Techniker auszubilden, so daß deren Platz oft genug Absolventen von technischen Hochschulen einnehmen. Er wies darauf hin, daß es gerade diese Schwierigkeiten auch in anderen, wenngleich nicht in allen Ländern gibt. I. Berend schilderte die Entwicklung des Bildungssystems in Ungarn und stellte fest, daß ein großer Durchbruch in der Bildung der Bevölkerung erreicht wurde, aber nun die rigide und veraltete Struktur der Bildung die Weiterentwicklung der Arbeitskräftestruktur und der Wirtschaft hemmt. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Transformation gehe so Hand in Hand mit der Notwendigkeit einer radikalen Bildungsreform, die die fortschrittlichsten Trends und Institutionen westlicher Bildungssysteme übernehmen müsse. D. H. Aldcroft (Großbritannien) stellt in seinem Beitrag "Education and Britain's Growth Failure 1950 - 1980" fest, daß in den späten 1970er Jahren zwei Drittel der britischen Beschäftigten keinen Berufsabschluß hatten, während dies in der Bundesrepublik Deutschland nur ein Drittel war. Vier Fünftel der Briten ohne Berufsabschluß hatten auch keinen Schulabschluß. Er schreibt: "The neglect of the education and training of teenagers, especially after they have left school, has probably been the most serious defect of Britain's educational system (Sanderson 1988) The legacy has been an under-educated, under-trained and largely unqualified labour force, confirming Barnett's contention that we have reared a nation of 'coolies' (Barnett 1986)".(6) M. Sanderson (Großbritannien) ergänzte dieses Bild durch die Erläuterung des Problems, daß in diesem Land die technischen Fachschulen bisher fehlen. Eindrücklich wertete Aldcroft Untersuchungen aus, die den Zusammenhang zwischen dem Qualifikationsgrad der Arbeitskräfte und dem Produktivitätswachstum, der Innovationsdynamik und der Import- und Exportstrukturen nachweisen und z. B. den Unterschied zu Deutschland und der Schweiz hervorheben.

Nicht alle der 18 Studien konnten hier besprochen werden. Insgesamt ist das in dem Buch zusammengefaßte Ergebnis der Sektion A 5 sehr anregend, reich an theoretischen Überlegungen, strittigen Punkten, empirischen Befunden.

Die Sektion B 2 befaßte sich mit Problemen der Agrargeschichte, Organisation und Durchführung lagen in Händen von M. Aymard, G. Postel-Vinay (beide Frankreich), J. Kahk (UdSSR) und R. Sutch (USA). Die Sektion stand unter dem Generalthema "Strukturen und Dynamik der landwirtschaftlichen Ausbeutung". Im Interesse einer besseren Übersichtlichkeit wurde es in fünf Themenkomplexe gegliedert: Eigentums- und Besitzverhältnisse, Beschäftigung, Investition, Kredit und Märkte. Dabei wurde jedoch keine strenge Trennung vorgenommen, um Voraussetzungen und Folgen be-

stimmter Entwicklungen begreifen zu können. Angemeldet waren 19 Beiträge aus europäischen und überseeischen (Zaire, USA und Kanada) Ländern. Zahlreiche Experten nahmen entweder zu verschiedenen Beiträgen kritisch Stellung oder legten eigene schriftliche und z. T. vervielfältigte Beiträge vor. Die einzelnen Beiträge beleuchteten entsprechende Verhältnisse und Entwicklungen vom Mittelalter bis in die 40er Jahre des 20. Jh., doch ihre überwiegende Mehrzahl beschäftigte sich mit dem 18. und 19. Jh., mit der Krise des Feudalismus und dem Übergang zu bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen in der Landwirtschaft. Theoretische Betrachtungen, z. B. über die Einnahmen und Ausgaben einer bäuerlichen Wirtschaft und die Möglichkeit von Akkumulationsquellen anhand von abstrakten Modellen, wechselten ab mit der Darlegung allgemeiner Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft, z. B. in Kanada, Spanien, Italien, Frankreich, Schweden und Finnland, in verschiedenen Epochen bis hin zu detaillierten Schilderungen regionaler und lokaler Verhältnisse, z. B. über den feudalen Rentenzyklus in Katalonien 1720 bis 1840 (R. Garrabau, E. Tello, E. Vicedo, alle Spanien), Eigentum und Ausbeutung der ländlichen Gegend von Lissabon am Ende des 18. Jh. (J. V. Serrao, Portugal) oder über Investitionen und Ersparnisse in der Gegend von Chartre im 18. Jh. (G. Beaur, Frankreich). Allein drei Beiträge hatten die Toscana zum Gegenstand, und zwar die Struktur und Entwicklung des Teilbaues vom 17. bis 19. Jh. (G. Biagioli, Italien), die Organisation des Kreditwesens und die Wertsteigerung des Bodens im 19. Jh. (G. Conti, Italien) und den Handel mit Agrarprodukten unter den Medicis vom 16. bis 18. Jh. (A. - M. Pult Quaglia, Italien). Natürlich wurden auch die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa sichtbar, die sich aus der grundherrschaftlichen oder gutsherrschaftlichen Agrarverfassung oder gewissen Mischformen ergaben, was von polnischen (D. Glowka, A. Janeczek, A. Pospiech, alle Polen), rumänischen (E. Mewes, Rumänien) oder sowjetischen Beiträgen gezeigt wurde. E. Tarvel (UdSSR) berichtete über Agrarproduktion, feudale Klassenstruktur und Veränderungen in der Gutsherrschaft, Bauernschaft und Landarmut in Estland unter dem Einfluß zunehmender Marktproduktion, die Ende des 18. Jh. zu Auflösungserscheinungen der Fronwirtschaft und schließlich Mitte des 19. Jh. zu grundlegenden Agrarreformen führte.

Die europäische Dominanz der Sektion B 2 war nicht zu übersehen und zu überhören. Um so erfreulicher war es, daß sich auch afrikanische Agrarhistoriker zu Wort meldeten. Allerdings vertraten sie nur Zaire. Während N. Kataj (Zaire) einen interessanten Überblick über das Kolonat und die Entwicklung der Landwirtschaft in Zaire 1910 bis 1985, die Landwirtschaft unter belgischer Kolonialherrschaft sowie seit der Unabhängigkeit des Landes und über die Stellung der "Kolonen" und der "afrikanischen Bauern" gab, befaßten sich M. Katshimuna und B. Cirhagarhula (beide Zaire) mit Teilaspekten, wie Entwicklung der Landwirtschaft und Verpflegung der schwarzen Arbeiter im Gebiet der Goldmine von Kilo-Moto 1920 bis 1960 oder der landwirtschaftlichen Kolonisation und Umwandlung der Landwirtschaft im Bergland von Kivo 1920 bis 1960.

24 Beiträge wurden vom Maison des Sciences de l'Homme in Paris unter dem Titel "Structures et dynamiques des exploitations agricoles: propriété, emploi, investissement, crédit, marchés, Section B-2" in gebundener Form zusammengefaßt und verteilt, so daß die Möglichkeit besteht, sich mit den vielfältigen Entwicklungstendenzen, Fakten, Problemen, Statistiken, Dia- und Kartogrammen eingehender vertraut zu machen und vergleichende Betrachtungen anzustellen.

Einen besonderen Bezug auch zu aktuellen Problemen hatte die Sektion B 4 "Economic Planning in the post-1945 Period". In dieser Sektion standen Versuche zur Neuinterpretation des "economic planning" nach dem zweiten Weltkrieg zur Debatte. Sowohl die Papers als auch die Diskussion verdeutlichten, in welcher Vielschichtigkeit der Begriff "Wirtschaftsplanung" Verwendung findet. Wirtschaftsplanung auf makroökonomischer Ebene in den USA ist nur bedingt mit den Entwicklungen in Westeuropa und noch weniger mit der inzwischen völlig zusammengebrochenen zentralen Planwirtschaft sowjetischen Musters in Osteuropa vergleichbar. Versuche zur präzisen Begriffsbestimmung erfolgten leider nur sporadisch.

Dennoch vermochte die globale Sicht auf das Phänomen der intensiven Nutzung planwirtschaftlicher Mechanismen in der durch Prosperität gekennzeichneten Nachkriegs-ära neue Denkanstöße und Erkenntnisse zu vermitteln. Bei allen länderspezifischen Besonderheiten fanden die von A. Milward (Großbritannien), dem Organisator der Sektion, genannten Verallgemeinerungen im wesentlichen Zustimmung. Er faßte die wichtigsten Gründe für die in den meisten Industrieländern zu beobachtende zeitweilige starke Zunahme planwirtschaftlicher Instrumentarien in folgenden Punkten zusammen:

- negative Erfahrungen privatwirtschaftlicher Regulierung aus der Zwischenkriegszeit und insbesondere der Weltwirtschaftskrise
- theoretische Neuansätze in der Wirtschaftspolitik (von Marx bis Keynes) zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und politischen Instabilität
- fiskalpolitische Zwänge
- zunehmende Subventionen für den Agrarbereich
- Beschäftigungspolitik
- staatliche Eingriffe im Interesse bestimmter sozialer Gruppen
- Industrialisierung und Modernisierung
- Rüstungswirtschaft.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen nach den Zielen wirtschaftlicher Planung, nach den politischen und sozialen Gruppen, die diese Ziele setzten, und nach der Intensität sowie Effektivität, mit der die Planung in einzelnen Wirtschaftssektoren bzw. in der gesamten Volkswirtschaft betrieben wurde. Milwards Fragestellung, ob der Marshallplan de facto als ein Transfer des New Deal nach Westeuropa und Japan anzusehen sei, provozierte eine kurze, aber interessante Diskussion.

G. Mills/H. Rockoff (beide USA) behandelten das "golden age" (1945 - 1965) der amerikanischen Wirtschaft und konstatierten hauptsächlich im militärischen Sektor sowie in den größten Firmen des Landes eine Zunahme von Elementen der Wirtschaftsplanung.

Schreiber (USA)/Watanabe (Japan) analysierten die amerikanische Besatzungspolitik in Japan (1945 - 1952). Am Beispiel der Fischereipolitik demonstrierten sie, daß in der Besatzungszeit wichtige Grundlagen für die dynamischen Elemente in den japanischen Planungsinstitutionen gelegt wurden. Bereits das 1946 auf Betreiben der Besatzungsmacht gegründete Economic Stabilization Board leitete eine erfolgreiche Lenkung von Fonds und Ressourcen in die Schlüsselbereiche der japanischen Schwerindustrie ein.

P. Mioché (Frankreich) gab einen Überblick über die Entwicklung der wesentlichsten Elemente staatlicher Planung in Frankreich. Eine Implantation des New Deal in Frankreich verneinte er ausdrücklich. R. Griffiths (Niederlande) ging von der erstaunlichen Kontinuität der politischen und ökonomischen Entwicklung in den Niederlanden von den 20er Jahren bis 1967 aus. Die Rekonstruktion der Wirtschaft der Niederlande nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte im wesentlichen ohne Einsatz planwirtschaftlicher Instrumentarien. Zwar wurde ein Zentrales Planungsamt gebildet, welches jedoch lediglich 1950/51 einen nennenswerten Einfluß auf die Wirtschaftspolitik erlangte. Der Staat beschränkte sich auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für private Investitionen.

Koikonen (Finnland) untersuchte die Entwicklung der finnischen Planungsbürokratie, beginnend mit der Verabschiedung des nationalen Elektrizitätsprogramms im September 1939. Dieses Programm wurde 1945 wieder aufgenommen und ein Sechsjahresplan (1945 - 1950) der Energieerzeugung verabschiedet. Dem schloß sich ein weniger detaillierter Fünfjahresplan an. Die speziellen sowjetisch-finnischen Beziehungen beeinflussten die Gestaltung des ökonomischen Systems in Finnland nach 1945. Eine zentrale Planung der Volkswirtschaft gab es allerdings zu keinem Zeitpunkt, vielmehr verstanden es die finnischen Behörden, vielfältige Planungsmechanismen in einzelnen Sektoren zur ökonomischen Wiederherstellung des Landes bei Stärkung des bestehenden politischen Systems zu nutzen. Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft dauerte dabei in Finnland länger als in anderen Staaten.

M. Fritz (Schweden) ging, ähnlich wie bereits Koikonnen, von den kontinuierlichen Linien in der Wirtschaftspolitik der Vor- und Nachkriegszeit aus. Die ideologischen Wurzeln der Idee vom schwedischen Wohlfahrtsstaat faßte er in folgenden Begriffen zusammen: Etatismus, Reformismus, Pragmatismus, Marxismus, Keynesianismus, Social engineering. Als Besonderheiten der schwedischen Entwicklung wurden das hohe Maß an Kontinuität im politischen System, der von der gewissen Isolation des Landes ausgehende Zwang zur Suche nach eigenen Lösungen und der große staatliche Sektor hervorgehoben. Die während des Krieges entwickelten Planungsinstrumentarien wurden unter der sozialdemokratischen Regierung bis 1948 in vollem Umfang genutzt. Nach den Wahlen 1948 setzte eine schrittweise Rücknahme direkter staatlicher Planung als Reaktion auf Krisenprozesse in der schwedischen Wirtschaft ein. Von ihren ursprünglichen Ambitionen, mehr in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, rückte die Sozialdemokratie ab. Im Jahr 1950 berief die Regierung ein Langzeitplanungskomitee, das hauptsächlich über die Geld- und Fiskalpolitik Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum sichern sollte.

M. Acena/F. Comin (beide Spanien) gaben eine Zusammenfassung der wichtigsten Planungsmechanismen, die in der spanischen Industrie unter dem Francoregime (1940 - 1975) angewendet wurden. Die Besonderheiten der Wirtschaftsplanung in Spanien resultierten aus der bis Ende der 50er Jahre ausgeprägten Orientierung auf eine autarke Ökonomie. Auch in den 60er Jahren nahm der Staat eine überragende Position in der spanischen Wirtschaft ein. Welche Rolle die staatliche Planung für das beachtliche Wirtschaftswachstum des Landes gespielt hat, bleibt zu diskutieren. Zumindest in der Nachkriegszeit haben staatliche Investitionen die größten Engpässe in der Wirtschaft beseitigen helfen; andererseits erwies sich jedoch die Autarkiepolitik als Wachstumsbremse.

F. Butschek (Österreich) unterteilte die Nachkriegsentwicklung seines Landes in drei Perioden: in die Periode der Nachkriegsplanung, die Zeit der Lohn-Preis-Abmachungen und die Ära der Paritätischen Kommission. Vor allem die Angst vor einer Hyperinflation ließ die österreichische Regierung nach 1945 zunächst am System der Preisregulierung und Rationierung festhalten. Als wichtigste Lenkungsbehörde fungierten Kreditlenkungskommissionen und Produktionsausschüsse. Einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte Österreichs stellten die 1947 auf Betreiben der Wirtschaftskommission zustandekommenen Lohn-Preis-Regulierungsabkommen dar, die, bis 1951 jährlich ausgehandelt, der Inflationsgefahr erfolgreich entgegenwirkten. Eine der Besonderheiten der österreichischen Entwicklung lag folglich in der sehr frühzeitigen Ausprägung des Kooperatismus.

C. Buchheim (Deutschland/BRD) analysierte die Versuche zur Kontrolle der westdeutschen Wirtschaft von 1945 bis 1961. Er führte den niedrigen Stand der Nachkriegsproduktion in den westlichen Besatzungszonen in erster Linie auf den riesigen Geldüberhang und die Preiskontrolle sowie die Rationierung zurück, womit der Inflationsdruck gemindert, aber die Preisstrukturen verzerrt wurden. Die bis 1948 höheren Wachstumsraten in der sowjetischen Besatzungszone resultierten aus der konsequenteren Durchsetzung der zentralen Planung. Eine direkte Kontrolle der westdeutschen Wirtschaft konnte jedoch nur kurzzeitig Erfolge zeitigen, da die wichtigsten Stimuli des Wirtschaftens - Gewinnstreben, funktionierendes Preissystem - aufgegeben wurden. Warenhortung und Kompensationshandel unterminierten das Rationierungssystem. Sehr zeitig herrschte daher unter Industriellen, Politikern und Besatzungsoffizieren Konsens über die schnellstmögliche Wiedereinführung der Marktwirtschaft.

Währungsreform und Wirtschaftsaufschwung überdeckten nach 1948 das Fortwirken von Planungsmechanismen in wichtigen Bereichen der bundesdeutschen Wirtschaft (Kohle, Stahl, Energiewesen, Landwirtschaft, Kapitalmarkt). Buchheim resümierte:

- Eine kapitalistische Wirtschaft kann nicht erfolgreich durch staatliche Planung, Rationierung und Preisfestlegungen kontrolliert werden.
- Währungsreform und Marktliberalisierung beendeten die Periode der wirtschaftlichen Stagnation.

- Liberalisierung im größten Teil der Wirtschaft zieht einen Druck auf die noch nicht liberalisierten Sektoren nach sich.
- Funktionieren der Marktwirtschaft erfordert einen starken Garanten.

In der Diskussion kritisierte W. Abelshauer (Deutschland/BRD) Buchheims Thesen zum westdeutschen Wirtschaftswachstum, das er vorrangig auf den Wechsel des ordnungspolitischen Rahmens zurückführte. Er verwies auf solche Faktoren wie den Qualifikationsgrad der Beschäftigten, den Kapitalstock sowie den Außenhandel. F. Butschek (Österreich) ergänzte Abelshauer dahingehend, daß er das Augenmerk auf die der westdeutschen vergleichbare Entwicklung der österreichischen Wachstumsraten richtete, die ohne einen ähnlich drastischen Wechsel im ordnungspolitischen Rahmen zustande gekommen sei. In seiner Replik hielt Buchheim, u. a. mit Verweis auf die langsamere ökonomische Entwicklung in der DDR, an seinen Thesen fest.

Auf dem aktuellen Hintergrund des vollständigen Scheiterns der Planwirtschaften in Osteuropa fanden die Beiträge von V. Průcha (ČSFR), ergänzt durch Anmerkungen von A. Teichova (Großbritannien), über die Nachkriegsentwicklung in der ČSR, von I. T. Berend (Ungarn) über die Versuche Ungarns einen Weg zwischen Plan- und Marktwirtschaft zu beschreiten, und I. Bicanic (Jugoslawien) über das Scheitern der Planwirtschaft in Jugoslawien besondere Aufmerksamkeit. Leider gab es keinen Beitrag zur Entwicklung der Planwirtschaft in der Sowjetunion.

Průcha untersuchte zunächst die Periode von 1945 bis 1948, die durch eine vielschichtige Nutzung von Marktmechanismen innerhalb einer sich herausbildenden Planwirtschaft charakterisiert war. Erfahrungen mit staatlichen Regulierungsmechanismen aus der Zwischenkriegszeit wurden nach 1945 aufgegriffen. Der Zweijahrplan (1947 - 1948) war auf die Rekonstruktion der tschechoslowakischen Wirtschaft gerichtet, ließ allen Eigentumsformen Spielraum und stellte keine Kopie ausländischer Modelle dar. Er ordnete sich ein in den Versuch, einen "nationalen Weg zum Sozialismus" zu beschreiten. Butschek merkte an, daß bis 1948 in Österreich ein höherer Grad der Wirtschaftsregulierung herrschte als im Nachbarstaat.

Interessanterweise wurden im ersten Fünfjahrplan (1949 - 1953) zunächst viele Elemente des Zweijahrplanes übernommen. Die seit 1948 forcierte Aufzucht des sowjetischen Planungssystems verdrängte jedoch alle Marktmechanismen. 1950/51 wurde nahezu das gesamte Topmanagement verhaftet. In diese Zeit fällt auch die Veränderung des ursprünglichen Wirtschaftskonzepts zugunsten der Schwer- und Rüstungsindustrie und einer Politik der Autarkie von Westeuropa, was 1951 bis 1953 zur Stagnation des Lebensstandards in der ČSR führte.

Teichova unterstützte die Ausführungen Průchas, daß es in der ČSR keine völlige Übernahme des sowjetischen Planungsmodells gegeben habe und Spezifika der nationalen Wirtschaft durchaus ihren Niederschlag in den Fünfjahrplänen gefunden haben. Die Ergebnisse von mehr als vierzig Jahren zentraler Planwirtschaft sind in der ČSFR, dem höchstindustrialisierten Land Osteuropas, besonders niederschmetternd. Ein Rückgriff auf reine Marktmechanismen wäre jedoch nach Teichova in der Gegenwart ein Anachronismus.

Berend beschrieb die Versuche Ungarns zur Gestaltung einer sozialistischen Marktwirtschaft zwischen 1960 und 1980. Seit Mitte der 60er Jahre waren die zentralen Pläne nur noch Orientierungsgrößen für die Regierung und nicht für die Unternehmen. Das wichtigste Regulativ in der ungarischen Wirtschaft stellte ein dreistufiges Preissystem (fixierte Preise, staatlich garantierte Verkaufspreise, freie Preise) dar. Schrittweise wurden die fixierten Preise reduziert. Neben der Preisreform erhielten die Unternehmen zunehmend Verfügungsgewalt über ihre Gewinne. Des weiteren wurden Lohn- und Einkommensregulative eingeführt. Weitreichende und erfolgreiche Reformmaßnahmen erfolgten in der Landwirtschaft.

Infolge der Reformen begann Ende der 60er Jahre in Ungarn ein neuer Typ sozialistischer Wirtschaft, das Modell einer Planwirtschaft mit reguliertem Markt, zu funktionieren. Die Reformen blieben allerdings auf die Wirtschaft beschränkt und stellten

das politische System nicht in Frage. Die Invasion der Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR 1968 beeinflusste die ungarischen Reformen nachhaltig und stärkte die konservativen Kräfte im eigenen Land.

Berends Beitrag rief eine Diskussion über die Inkonsequenzen und die Gründe für das Versagen des ungarischen Modells hervor. Berend charakterisierte abschließend die Reformen als einen "erfolgreichen Fehler", der zur Erkenntnis beigetragen habe, daß es einen Mittelweg zwischen bürokratisch-zentralistischer Planwirtschaft und Marktwirtschaft nicht gibt. Die Wirtschaftsreformen waren zum Scheitern verurteilt, da 1. das politische System unangetastet blieb, 2. ein Kapital- und Arbeitskräftemarkt fehlte und die Leistungsanreize zu beschränkt blieben sowie 3. Anfang der 70er Jahre eine konservative Restauration einsetzte.

I. Letician analysierte die jugoslawischen Perspektivpläne, beginnend mit dem ersten Fünfjahrplan (1947 - 1951) und endend mit dem Fünfjahrplan (von 1981 bis 1985), sowie den Grad der Verwirklichung beider Pläne. Typisch für die jugoslawische Entwicklung war die fortwährende Suche nach einem effektiven institutionellen Rahmen und die ständige Modifikation der Fünfjahrpläne.

Lediglich im Perspektivplanzeitraum von 1957 bis 1961, der "goldenen Ära" mit jährlich zweistelligen Wachstumsraten, wurden die Pläne übererfüllt. Dieser Fünfjahrplan basierte auf dem ursprünglichen Selbstverwaltungsmodell und löste die Periode von Versuch und Irrtum ab. Dank der Konzentration auf Landwirtschaft, Tourismus und Konsumgüterproduktion wurden Wachstumsraten erreicht, wie sie damals nur die japanische Wirtschaft aufzuweisen hatte.

In der Diskussion standen die Gründe für den kurzzeitigen Erfolg der jugoslawischen Wirtschaft und den folgenden tiefen Einbruch zur Debatte. Für die späten 50er Jahre wurde u. a. auf die positiven Wirkungen der Öffnung nach Italien und die starken amerikanischen Einflüsse verwiesen. So riet die USA-Botschaft, von zu vielen schwerindustriellen Projekten Abstand zu nehmen.

Milward beschloß die Tagung der Sektion mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit weiterer Spezialstudien und vergleichende Forschungen zu dem komplexen Problemkreis der Wirtschaftsplanung.

Die von F. M. L. Thompson (Großbritannien) organisierte und geleitete Tagung der Sektion B 5, an der etwa 50 Wissenschaftler teilnahmen, beschäftigten sich mit der Rolle ethnischer Minderheiten in europäischen Städten und Dörfern im Rahmen der ökonomischen Entwicklung in den Jahrzehnten zwischen 1850 und 1940. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren die Beiträge der Referenten, von denen die meisten an einem in den Jahren 1984 und 1989 durchgeführten Projekt der European Science Foundation über "Governments and non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850 - 1940", mitgewirkt hatten, vor dem Kongreß publiziert worden. Die Dreiteilung des vorliegenden Sammelbandes wurde auch beim inhaltlichen Ablauf der Tagung beibehalten: Zunächst stand die Rolle ethnischer Minderheiten auf dem Lande, dann in den Städten zur Diskussion, bis schließlich einige übergreifende Fragen behandelt wurden.

Zeitlich nahmen den Hauptteil der Tagungen die Statements der Referenten ein, die im Falle nichtveröffentlichter Beiträge zu Kurzreferaten ausgedehnt wurden, so von G. v. Pistohlkors (Deutschland/BRD), der über die Rolle der Baltendeutschen sprach.

Die Mehrzahl der Beiträge bildeten Fallstudien. So befaßte sich E. Wiegandt (Schweiz) mit der ökonomischen Entwicklung und ethnischen Identität im Dorf Pery-Reuchette im Schweizer Jura. A. Moritsch (Österreich) untersuchte sozio-ökonomische Aspekte beim Verlauf der ethnischen Differenzierung in Krain und Burgenland, P. Guillaume (Frankreich) behandelte die Rolle der Ausländer im Rahmen der ökonomischen Entwicklung im Gebiet Bordeaux 1850 bis 1950.

Der zweite Teil der Tagung, der sich mit ethnischen Minderheiten in den Städten befaßte, wurde mit dem Beitrag von G. Alderman (Großbritannien) über die Juden in der Wirtschaft Londons eingeleitet. Ein gemeinsamer Beitrag von M. C. Cattaruzza

(Italien) und A. Hepburn (Großbritannien) verglich die Situation der ethnischen Minderheiten bei der ökonomischen Entwicklung der Städte Belfast und Triest während der Jahre 1850 bis 1920. M. de Metsenaere (Belgien) behandelte die soziale und berufliche Lage der Flamen in Brüssel im 19. Jh. und berücksichtigte die Veränderungen, die mit der Tatsache verbunden waren, daß die Flamen in dieser Stadt Mitte des 19. Jh. noch die Mehrheit der Bevölkerung, später aber die Minderheit bildeten.

Im dritten Teil der Tagung wurden Ergebnisse vergleichender Studien vorgetragen, und zwar von Yehuda Don, Bar-Ilan (Israel) über die ökonomische Situation der Juden in Mitteleuropa vor dem ersten Weltkrieg sowie von G. B. Cohen (USA) über die ethnischen Minderheiten und die ökonomische Entwicklung in europäischen Städten zwischen 1850 und 1940. Cohen wies darauf hin, daß bei aller Anerkennung solcher Faktoren wie Erbe, Tradition, Kultur u. a. m. für die Existenz und Entwicklung ethnischer Minderheiten den spezifischen ökonomischen und sozialen Bedingungen der ethnischen Gruppen in der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit besondere Bedeutung zukomme.

In der freien Diskussion, für die insgesamt nur wenig Zeit blieb, wurde eine Reihe genereller Fragen aufgeworfen, z. B. nach dem Verhältnis von Ethnischem und Nationalem, von ethnischer und Klassenzugehörigkeit. Befriedigende Antworten konnten hier ebensowenig gefunden werden wie auf die grundlegende Anfrage, ob die Angehörigen einer ethnischen Minderheit nicht als Teil einer sozialen Gruppe zur ökonomischen Entwicklung beitragen, denn durch die ethnische Seite ihres Daseins. Solche Fragen können erst nach weiteren Forschungen beantwortet werden. Die Tagungen der Sektion B vermittelten insgesamt aber einen guten Überblick über gegenwärtige Forschungsrichtungen und -methoden und gaben wertvolle Anregungen für künftige Untersuchungen.

Die von P. Clark (Großbritannien) organisierte Sektion B 6 tagte zum Thema "Metropolen und ihr Hinterland im Europa der frühen Neuzeit". Sich an P. Hohenberg und L. H. Lees (beide USA) anschließend, bezeichnete Clark in seinem Einleitungsvortrag die Metropolen im frühneuzeitlichen Europa als urbane "Supernovas". Aufgabe der Beratung sollte es sein, die vergleichende Forschung auf diesem Gebiet stärker zu fördern. Tatsächlich gäbe es beim Studium frühneuzeitlicher Metropolen durch die große Anzahl dieser Städte, die ungleichartige Überlieferungslage und die Unterschiede in der wissenschaftlichen Sicht auf die Problematik Schwierigkeiten. Die großen europäischen Städte seien während des Mittelalters vor allem internationale Handelszentren gewesen. Nach einem Anwachsen ihrer Bedeutung bis zur höchsten Breite im 16. Jh. setzten Rückgang oder Stagnation ein. Während der frühen Neuzeit vollzog sich ein Wechsel zu einem neuen Städtetyp, der Landeshauptstadt. Diesem Übergang sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Entwicklung der Städte stehe in enger Verbindung zu der des Hinterlands, zwischen beiden bildeten sich vielfältige Beziehungen heraus. Diese zu analysieren sei Anliegen der Diskussion.

Längere, bereits vorab veröffentlichte Studien stellten vor: E. A. Wrigley (Großbritannien): Metropolen und ihr Hinterland. Stimulus und Behinderung des Wachstums; D. R. Ringrose (USA): Metropolen als Parasiten; L. Hollen Lees/P. M. Hohenberg (beide USA): Bevölkerungsveränderungen in europäischen Großstadtreionen (1600 - 1850); P. Baroch/G. Goertz (beide Schweiz): Anmerkungen zum Einfluß großer Städte auf die umliegenden Städte. Europa 1500 bis 1800; R. Gillespie (Irland): Eine koloniale Hauptstadt und ihr Hinterland. Dublin (1600 - 1700); M. Bogucka (Polen): Das Werden einer Metropole. Die Entwicklung von Warschau vom 16. bis 18. Jh.; V. Bacsikai (Ungarn): Budapest und sein Hinterland (1729 - 1800); H. Diederiks (Niederlande): Die Niederlande, das Beispiel für dezentralisierte Metropolen (14. bis 19. Jh.).

In seinem Kommentar verwies J. de Vries (USA) auf die besondere ökonomische Stellung der Hauptstädte in der frühen Neuzeit. Kennzeichnend seien die zentrale Bedeutung der Städte in den politischen, technischen und wirtschaftlichen Prozessen ihrer Zeit, die demographische Rolle als Auslöser und Zielpunkt von Migrationsströmen und damit einer zunehmenden Urbanisierung (freilich auch zu Lasten des Um-

landes) und schließlich die besondere kulturelle Funktion der Städte gewesen. Es lasse sich einschätzen, daß befördernde und zerstörende Auswirkungen auf die Um-landregion sehr oft parallel auftraten.

L. Baar (Deutschland/DDR) legte einen Beitrag über Berlin in seiner Bedeutung und seinem Einfluß auf die Ökonomie Preußens und anderer deutscher Staaten vor. Darin kam er zu der Feststellung, daß Berlin, das bis zum Ende des 19. Jh. keine Haupt-stadtfunktionen für einen Nationalstaat besaß, bereits als preußische Metropole im Gegensatz zu den meisten nordeutschen Städten ein bedeutendes Manufakturzen-trum ganz Preußens geworden war.

Damit seien wichtige Vorentscheidungen für die Rolle der Stadt während der indu-striellen Revolution gefallen.

Ebenfalls zu Berlin referierte B. Meier (Deutschland/DDR), die darauf hinwies, daß das wirtschaftliche Wachstum die umgebende preußische Provinz Brandenburg prägte, die vor allem im 19. Jh. erhebliche Migrationsverluste aufzuweisen hatte.

In der Diskussion äußerte sich Wrigley zu den Ursachen für die Stagnationsperiode europäischer Städte vom 15. bis 18. Jh., die er vor allem in der Entwicklung des Hinterlands sah. Ringrose wies auf das infolge der geographischen Entwicklung ver-änderte politische und kulturelle Wertesystem hin, während Gillespie und Bogucka ethnische, kulturelle und religiöse Probleme stärker akzentuierten.

Kontrovers diskutiert wurde der Hinterlandbegriff. Im Falle Londons konnte man von einem weltweiten Hinterland ausgehen, während Wien als Haupt- und Residenzstadt recht gut charakterisiert sei.

Die Sektion B 8 widmete sich dem Thema "Women in the Labor Force". Zur Dis-kussion standen 14 vorab veröffentlichte Beiträge (Women in the labor force, Leuven 1990). Darüber hinaus wurden von Spezialisten je Beitrag ein bis drei kurze Einschät-zungen sowie von den Verfassern Statements gegeben. Diese nutzten die Gelegenheit, sich an die Zuhörerschaft mit einem kurzen Überblick über ihre Beiträge zu wenden oder um sie stärker zu akzentuieren bzw. zu vertiefen. Die Spannweite der angebot-enen Beiträge reichte zeitlich von 1870 bis zur Gegenwart; geographisch von den USA bis Südostasien. Inhaltlich wurden Beiträge angeboten, die die wachsende Einbezie-hung der Frauen in die gewerbliche Lohnarbeit während verschiedener Phasen der In-dustrialisierung beschreiben. Artikel und Diskussion ergaben, daß die Zunahme der Frauenarbeit keineswegs Hand in Hand gehen mußte mit einer Verbesserung der öko-nomischen Situation der Frauen, geschweige denn mit ihrer gesellschaftlichen Stel-lung. Dies bekräftigten sowohl makro- als auch mikroökonomische Untersuchungen (z. B. über Weberfamilien in Osaka).

In einer gelungenen Einleitung, die mehr oder weniger alle Beiträge berührenden Hauptprobleme umriß und die Hauptlinien der späteren Diskussion angab, verwies J. Kocka (Deutschland/BRD) als erstes auf die Spannungen zwischen Hausarbeit der Frauen und ihrer beruflichen Tätigkeit. Während einige Autoren (besonders V. Prů-cha, ČSFR) auf die zusätzlichen Belastungen hinwiesen, die sich aus der Berufsarbeit ergaben, betonten N. Heyzer (Malaysia) und Y. Muramatsu (Japan) in der Diskussion, daß aus patriarchalischen Familien und aus dem Heimgewerbe kommende Frauen trotz der zusätzlichen Belastung die Fabrikarbeit als Befreiung betrachteten.

Kocka unterstrich zweitens, daß Krippe, Kindergarten und Hort als Mittel, die Span-nungen zwischen Hausarbeit und Berufsleben zu mildern, in allen Industrieländern eine Rolle spielen. Am Beispiel der ehemals sozialistischen Länder wurde gezeigt, daß es ungeachtet dieser Spannungslinderungen Grenzen für die Frauenbeschäftigung gab, die in Osteuropa in den 60er und 70er Jahren überschritten wurden. Teilarbeits-zeit wurde in der Diskussion als eine andere vom Standpunkt der Marktwirtschaft billigere Lösung angeboten. Es wurden aber in der Diskussion, insbesondere von J. Blackman (USA), Zweifel daran geäußert, ob die zunehmende Verbreitung der Teil-arbeitszeit wirklich auf die Bedürfnisse der Frauen und nicht auf die aus technolo-gischem Wandel resultierenden Bedürfnisse des Kapitals nach Verringerung der Per-

sonalkosten herrührten. Die gegenseitigen Einwirkungen der Stellung der Frau zu Hausarbeit und Berufsleben nannte Kocka als weitere sich durch alle Beiträge ziehende Problemstellung. In der Diskussion wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Stellung der Frau in der Familie sich dann nicht verbesserte, wenn die Frauen, was in der Regel der Fall war, niedrig bezahlte, unqualifizierte Arbeit übernahmen.

In der Diskussion umstritten waren die Möglichkeiten der Einflußnahme des Staates. In der Dritten Welt hatte er sich, wie Beiträge von M. Thorborg (Dänemark) und M. Ngandu (Zaire) ergaben, zunächst weitgehend an die existierende Arbeitsteilung nach dem Geschlecht gehalten. In Afrika, wo die Frau innerhalb der Familie für die Landarbeit verantwortlich war, beschränkte sich das Interesse, Arbeitskräfte für die Industrie zu gewinnen, auf die Männer; Frauenarbeit wurde teilweise sogar verboten. In Südostasien, wo die Landarbeit in den Händen der Männer lag, war es leichter, Frauen für Industriearbeit zu gewinnen. Mit dem Ende der ersten, durch die Ausbreitung der Leichtindustrie gekennzeichneten Phase der Industrialisierung beginnen hier aber nun die Männer die Frauen zu verdrängen, wenigstens anteilmäßig. Wie sehr dabei aufgrund unterschiedlicher Industrialisierungsstufen bzw. religiöser Tradition selbst innerhalb des süd- bzw. südostasiatischen Raums differieren, präsentierte Thorborg in einer eindrucksvollen Analyse von Statistiken zur Frauenbeschäftigung in etwa 15 Ländern Asiens.

Diskussionen über die Möglichkeiten der Einflußnahme des Staates auf Anteil und Verteilung der Frauenarbeit in der Wirtschaft rief ein kontrovers aufgebauter Beitrag von U. Daniel (Deutschland/BRD) hervor, die als Ergebnis sorgfältiger Untersuchungen der Frauenarbeit in Deutschland während des ersten und zweiten Weltkrieges zu dem Ergebnis kam, daß staatliche Maßnahmen nicht gegriffen hätten. Ihre Ergebnisse für Deutschland wurden überraschend deutlich durch die Untersuchungen von C. Goldin (USA) unterstützt. Für die USA wies sie nach, daß das rasche Anwachsen der Frauenbeschäftigung während des Krieges weniger auf staatlicher Agitation bzw. Förderung zurückzuführen war, als vielmehr auf langfristig wirkende Faktoren, insbesondere auf den Anstieg des Bildungsgrades. Die in der Diskussion aufgestellte These, daß staatliche Maßnahmen die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung nicht geändert, sondern gefestigt hatten, blieb ebenso umstritten wie die These, daß die technische Revolution die Position der Frau im Berufsleben verschlechterte.

Die generell im Ökonomischen verharrende Betrachtungsweise, wie sie in der Diskussion überwog, sprengten Wikander (Schweden) und J. Roesler (Deutschland/DDR). Wikander wies auf die Rolle des Krieges bei der Vertiefung des traditionellen Rollenverständnisses von Mann und Frau hin, das durch die den Männern vorbehaltenen Tätigkeit des Kriegers hervorgerufen werde. Roesler ging auf der Grundlage von Materialien der neuen politischen Frauenbewegungen auf die Hoffnungen und Ängste der ostdeutschen Frauen ein, wie sie zwischen November 1989 und Juni 1990 in der DDR artikuliert worden waren.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß P. M. M. Klep (Niederlande) sich der Mühe unterzog, die vorliegenden Beiträge derjenigen Autoren, die nicht hatten erscheinen können, zu referieren. Das trug wesentlich dazu bei, daß die Probleme der Frauenbeschäftigung in allen Kontinenten zur Diskussion standen.

Wirtschaftshistorische Problemfelder der Altertumswissenschaft behandelten die Sektionen B 11 und B 16. Bereits während des Kongresses in Bern (1968) war vorgeschlagen worden, die Themen der beiden altertumswissenschaftlichen Sektionen in Leuven einander anzunähern, um damit bessere Möglichkeiten für einen Meinungsaustausch zu erreichen. In gewisser Hinsicht ist das auch erfolgt, da das Verhältnis Stadt - ländliches Umfeld in beiden Sektionen eine Rolle spielte. Zu der erhofften Diskussion zwischen den Vertretern verschiedener Disziplinen ist es jedoch nicht gekommen, da die Mitglieder der Sektion B 11 (Griechisch-römische Altertumskunde) an den Sitzungen der Sektion B 16 (Alter Orient) nicht teilnahmen. Dafür hatten die Organisatoren der Sektion B 11 versucht, das frühe Mittelalter mit in ihre Thematik einzubeziehen. So fanden zwei Halbtagsitzungen (am 21. und 22. August) zum Thema

"Models of Regional Economies in Antiquity and the Middle Ages to the 11th Century" statt, denen die neun im Tagungsmaterial publizierten Beiträge sowie ein zuvor verteiltes Manuskript (L. Hedeager, Dänemark) als Diskussionsgrundlage dienen. Drei Probleme standen dabei im Vordergrund: Was ist regionale Ökonomie? (V. I. Kusishchin, UdSSR; E. Lepore, Italien; P. Orsted, Dänemark), Ökonomie und Grenz-zonen (J. Haldon, Großbritannien; P. Guichard, Frankreich; D. Whittaker, Großbritan-nien; L. Hedeager, Dänemark), regionale Ökonomie und die großen Städte (J.-P. Sodini, Frankreich; G. Tate, Syrien; M. Torelli, Italien). Zu letztgenanntem Schwer-punkt gab es zudem einen Vortrag von W. Jongmann (USA) über das Verhältnis von Rom zu seinem italienischen Hinterland. Die Beiträge widmeten sich unterschiedlichen geographischen Räumen, wie der Apenninen- und der iberischen Halbinsel, Magna Graecia, dem Schwarzmeergebiet, Nordafrika, Nordsyrien und Anatolien sowie dem germanischen Bereich. Der Inhalt der im Tagungsmaterial vorgelegten Beiträge wurde von Berichterstattern (D. Whittaker, Großbritannien; A. Verhulst, Belgien) kritisch resümiert, doch machte sich bereits dabei negativ bemerkbar, daß der größte Teil der Autoren nicht angereist war. Dementsprechend konnte auch in der Diskussion nicht erreicht werden, wesentliche Züge des Verhältnisses Stadt - Umfeld sowie der Situation in Grenzbereichen herauszuarbeiten.

Die Zusammenkünfte der Sektion Alter Orient, die am 23. und 24. August stattfanden, widmeten sich dem Thema "The Town as Regional Economic Centre in the Ancient Near East", d. h. im vorhellenistischen Vorderasien und Ägypten. Als Reprints lagen im Tagungsmaterial 12 Beiträge vor, ferner waren zwei ägyptologische Ausarbeitungen vorab verteilt worden. Behandelt werden in diesen Darstellungen, für deren weiter ausgearbeitete Fassungen wiederum eine Publikation in der Zeitschrift "Altorienta-lische Forschungen" (Berlin) angeboten wurde, sehr unterschiedliche Themen für ver-schiedene geographische Räume und Perioden, wobei meist bestimmte Textarchive oder archäologische Befunde einzelner Grabungsstätten als Quellen dienen. So ist das Mesopotamien des 3. Jt. Gegenstand der Beiträge von M. A. Powell (Großbritannien) und H. Limet (Belgien), die sich dem Verhältnis Stadt - ländliches Territorium in Girsu bzw. in Ur widmen, während das syrische Ebla von A. Archi (Italien) unter-sucht wird. Die urbane Ökonomie Babyloniens im Übergang vom 3. zum 2. Jt. wird in einer breiter angelegten Analyse von J. Renger (Deutschland/BRD) behandelt, wäh-rend sich J.-R. Kupper (Belgien) und M. de Jong Ellis (Großbritannien) den Städten Mari bzw. Iščali in altbabylonischer Zeit zuwenden. H. Klengel (Deutschland/DDR) charakterisiert die hethitische Hauptstadt Hattuša (Anatolien) als eine typische Re-sidenz- und Kultstadt, und E. Lipiński (Belgien) vermittelt einen Eindruck vom Im-mobilienmarkt in den syrischen Zentren Ugarit und Emar. Vier Skizzen sind schließ-lich Vorderasien im 1. Jt. v. u. Z. gewidmet, wobei ökonomische Strukturen in Me-sopotamien (M. A. Dandamaev, UdSSR), Phönikien (M. Heltzer, Israel) und Israel (D. Eitam, Israel) von unterschiedlichen Ausgangspositionen her dargestellt werden bzw. das Fortleben assyrischer Städte (S. Dalley, Großbritannien). Schließlich sind die ägyptologischen Manuskripte zu nennen: J. J. Janssen (Großbritannien) behandelt das Thema Stadt - Land für Ägypten allgemein, wobei er die Existenz von zentralen Siedlungen bzw. von Städten nicht in Abrede stellt, während W. Helck (Deutschland/BRD) nach urbanem Handel fragt und dabei von einer stadtlosen Zivilisation aus-geht.

Um eine Zersplitterung der Diskussion zu vermeiden und die Debatte mehr auf wirt-schaftstheoretische Fragen zu lenken, wurden vom Organisator zehn Probleme for-muliert:

- Definition der Stadt durch ihre Funktion in einem System ökonomischer und sozia-ler Beziehungen
- Verhältnis Stadt - ländliches Umfeld
- Rolle der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Territorium
- Stadt als Zentrum einer arbeitsteiligen Entwicklung
- Stadt als Zentrum eines lokalen oder überregionalen Handelns
- Stadt als Verwaltungszentrum unterschiedlich großer oder verschieden strukturier-ter Bereiche

- Residenzstädte (insbesondere als Zentren der Konsumtion)
- Stadt als Kultzentrum
- die Urbanisation der verschiedenen Regionen Vorderasiens
- Vorderasien und Ägypten im Vergleich.

Die von Janssen bzw. Renger geleitete Diskussion widmete sich den genannten Problemen in der Abfolge des Fragespiegels. Da dazu mehr Zeit benötigt wurde als im Kongreßprogramm vorgegeben, wurde außer den regulären Nachmittagsitzungen noch eine Vormittagsitzung durchgeführt. Die Diskussion führte zu einer Reihe von Übereinstimmungen in Grundsatzfragen sowie zur Formulierung einiger quellenspezifischer Probleme, die Gegenstand der weiteren Forschung sein könnten.

Am Schluß der drei Sitzungen wurde die Frage diskutiert, inwieweit es zweckdienlich ist, altorientalische Wirtschaftsgeschichte auch künftig im Rahmen der vor allem auf Fragen der Neuzeit bzw. Gegenwart orientierten internationalen Kongresse zu diskutieren. Dabei wurde zunächst ein Konsens dahingehend erzielt, daß die Forschungen zur Geschichte der Ökonomie des Alten Orients auf diesen Kongressen durchaus Anregung empfangen und Profil erhalten können, wenn dabei der historische Aspekt gegenüber den auf Fachtagungen sonst dominierenden philologischen und archäologischen Fragestellungen zur Geltung gebracht wird. Es wäre aber von Nutzen, wenn die Sektion dabei den Teilnehmerkreis erweitern - auch durch Einladung von Vertretern benachbarter Disziplinen - dürfte und während des Kongresses mehr Zeit zur Diskussion erhalten könnte.

Speziell mit finanzgeschichtlichen Fragen beschäftigten sich die Sektionen C 15 und C 48. Aufbauend auf Traditionen vorangegangener Weltkongresse, wurde in diesen Sektionen den vielfältigen Wechselwirkungen von Finanzen und Wirtschaftsgeschichte nachgegangen. Zugleich wurde das Interesse auf neue bzw. vertiefende Fragen gelenkt:

In der Sektion C 15 "Taxation and the Financing of the Modern State" (Leitung: W. E. Brownlee, USA) wurde im Sinne einer Längsschnittanalyse die Entwicklung der modernen Besteuerung und Steuersysteme von der frühen Neuzeit in England (L. P. Liggio, und den USA (B. C. Benson, USA), über die Entwicklung der Steuern in Spanien und den Niederlanden im 18. und 19. Jh. bis hin zur Analyse der Entwicklungsprozesse im 20. Jh. durch W. E. Brownlee für die USA und C. Jones (USA) für die USA und Großbritannien im Vergleich betrachtet.

G. Donat (Deutschland/DDR) schlug mit seinem interessanten komparativen Beitrag "Changes in Financing the Modern State after World War II - Main Tendencies with Regard to the United States, Japan, F. R. G. and Great Britain" den Bogen zur Gegenwart.

Wesentliche Erkenntnisse des Arbeitskreises waren die engen Wechselbeziehungen von Wirtschaftswachstum und Steuerentwicklung, von Steuern und Staatsverständnis sowie von der international sichtbaren Rolle der Steuern als Rückgrat der modernen Staatsfinanzierung.

Die Sektion C 48 "Finances publique et structure de l'etat" (Leitung: E. Mata, Portugal) konzentrierte sich vor allem auf die Analyse der Bewegung der Staatsausgaben. Dominierend waren Untersuchungen zu Ursachen, Formen und Auswirkungen langfristiger Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der Finanzen. F. Comin (Spanien) untersuchte die Entwicklung der Staatsausgaben in Spanien (1850 - 1867), wobei er zwei große Transformationen, eine Mitte des 19. Jh. und eine in den 70er Jahren des 20. Jh. herausarbeitete.

M. Körner (Schweiz) beleuchtete den Zusammenhang von Staatsfinanzen, Verwaltung und Wirtschaft in der Schweiz im 18. und 19. Jh. unter besonderer Berücksichtigung struktureller Effekte und Bewegungsverläufe.

E. Mata und N. Valério (beide Portugal) lieferten mit ihrem Beitrag zur langfristigen Entwicklung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben in Portugal von 1951 bis 1988 wertvolle Ansätze für eine produktive Diskussion über den Zusammenhang von internationalen Tendenzen und nationaler Vielfalt. J. H. Andren (Spanien) interpretierte die Ursachen, Ziele und Auswirkungen der Budgetpolitik in der 2. Spanischen Republik. Neue Erkenntnisse wurden insbesondere zur möglichen hohen Dynamik von Transformationsprozessen, zur strukturellen Umschichtung der Ausgaben des Staates im historischen Verlauf und zur Bewertung von Modernisierungsprozessen auf dem Gebiet der Finanzen vorgestellt.

Die Sektion C 24, geleitet von H. Winkel (Deutschland/BRD), befaßte sich mit dem Thema "Labour and Technical Progress in Agriculture in the 19th and 20th Centuries". Die Zeit für Vorträge und Diskussion war auf drei Stunden begrenzt. Trotz der Absage von zwei Verfassern der Beiträge stand die Diskussion zu den übrigen Vorträgen unter Zeitdruck, so daß sich diese zumeist auf An- und Nachfragen und kaum auf streitbare und widerspruchsvolle Punkte bezog.

K. Stocker (Österreich) referierte über Probleme der Arbeitsmoral oststeirischer Bauern, die sich mit der Veränderung der Wirtschaftsweise besonders in der NS-Zeit wandelte. Er behandelte insbesondere den Übergang vom "fleißigen Bauern" einer kaum marktorientierten Selbstversorgerwirtschaft zum "produktiven Bauern" einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die einen Wandel "ungeschriebener Gesetze" des bäuerlichen Arbeitsalltags und der bäuerlichen Mentalität infolge "sozialer Rationalisierung" einer kapitalistischen Betriebsweise herbeiführte und das Verhältnis der sozialen Gruppen im Dorf neu bestimmte. G. Fehér (Ungarn) vom Ungarischen Landwirtschafts-Museum in Budapest skizzierte die Entwicklungstendenzen der ungarischen Landwirtschaft zwischen 1849 und 1914 und verglich sie mit der Landwirtschaft hochentwickelter Industrieländer. Wie er konstatierte, war die ungarische Landwirtschaft jener Zeit mit zwei Herausforderungen konfrontiert: mit der Steigerung der Marktproduktion und dem Zusammenbruch der feudalen Eigentums- und Arbeitsverhältnisse, was zwar Steigerung der Produktionskosten bedeutete, jedoch durch die nun zur Verfügung stehenden Millionen billiger Arbeitskräfte abgeschwächt werden konnte. Die Mechanisierung der Landwirtschaft verursachte große soziale Spannungen, zahlreiche Streiks und andere Auseinandersetzungen. Einsetzender Arbeitskräftemangel Ende des 19. Jh. beschleunigte die Technisierung der Landwirtschaft. Sie blieb allerdings im Verhältnis zu den hochentwickelten Industrieländern, gemessen an Traktoren, Lastkraftwagen, Dampfmaschinen u. a., um Jahrzehnte zurück, wie auch die Preise landwirtschaftlicher Maschinen im allgemeinen um etwa die Hälfte höher lagen als in Westeuropa und den USA. Ein anschauliches Bild von der englischen Landwirtschaft, insbesondere ihrer Technisierung, zwischen 1850 und 1950 entwarf E. Collins (England), wobei er vor allem die Auswirkungen der Melkmaschine auf die Arbeits- und Betriebsorganisation der landwirtschaftlichen Betriebe in den Mittelpunkt seiner Betrachtung rückte. K. Herrmann (Deutschland/BRD) beschäftigte sich mit den Auswirkungen der Mechanisierung auf die Kinderarbeit auf dem Lande, die vor der einsetzenden Mechanisierung allgemeine Regel war und eine Arbeitszeit von 4 bis 18 Uhr umfaßte. Am Beispiel hauptsächlich süddeutscher Regionen wies er dann nach, daß mit zunehmendem Einsatz von Landmaschinen die Kinderarbeit zunächst in der Feldarbeit bis 1918 ziemlich verschwand und sich dafür um so mehr auf dem Hof konzentrierte. Noch 1956 waren 44 % aller Kinder auf dem Lande in der Landwirtschaft beschäftigt. Die seitdem vor sich gegangene rasche Technisierung der Landarbeit vollzog sich zugunsten der Kinder, indem Kinderarbeit kaum mehr eine Rolle spielt. Im letzten Beitrag sprach E. Vanhaute (Belgien) über Faktor- und Kapitaleinsatz ("input") und Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft im sandigen und wenig bevölkerten Hinterland von Antwerpen im 19. Jh. Aufgrund überlieferter Quellen ("cadastral survey") versuchte Vanhaute, die Arbeitsleistung von Männern und Frauen bei den verschiedenen Getreide- und Hackfruchtarten pro Hektar (Feldbestellung, Aussaat, Ernte u. a.) zu bestimmen, und zeigte die Veränderungen der Einsatzfaktoren zwischen 1750 und 1910. Zugleich wies er für die Jahre 1895, 1910 und 1929 den unterschiedlichen Grad der Mechanisierung im gesamten Belgien und in dem Hinterland von Antwerpen auf, wobei er in diesem Zusammenhang feststellte,

daß die Ertragssteigerung der Landwirtschaft bis etwa 1900 in dem von ihm untersuchten Gebiet vornehmlich der Düngung und neuen Fruchtfolgen zu verdanken war und die Mechanisierung erst nach 1910 größeren Einfluß auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität gewann.

Mit diesen genannten fünf Vorträgen und den entsprechenden Fragen und Antworten war die der Sektion 24 zur Verfügung stehende Zeit bereits ausgeschöpft. Zwei weitere Vorträge, die anstelle der abgesagten Beiträge aus Australien und Frankreich gehalten werden sollten, fielen der knapp gewordenen Zeit zum Opfer, doch erhielten die Autoren aus Schweden und der DDR wenigstens die Möglichkeit, den anwesenden Teilnehmern den Inhalt ihrer Ausführungen anzudeuten. So gab H.-H. Müller (Deutschland/DDR) zu verstehen, daß sein Vortrag die Rolle der Genossenschaften bei der Technisierung der Landwirtschaft in Deutschland behandelt hätte, wobei insbesondere die Einkaufs- und Vertriebsgenossenschaften von Landmaschinen technische Einheits- und Normenbestrebungen und damit die Verbreitung von Landmaschinen förderten.

Winkel erklärte abschließend, daß alle gehaltenen bzw. angekündigten Beiträge veröffentlicht werden, so daß Interessierte die Möglichkeit haben, sich etwa in einem Jahr mit den in Leuven behandelten Problemen und Fakten der Landarbeit und Technisierung ausführlicher und genauer vertraut zu machen.

Großes Interesse fand die Veranstaltung der Sektion C 32 zum Thema: "The Political Economy of Regional Inequalities in Developing Economies: A Comparison of the 19th and 20th Century Cases". Die Beiträge behandelten das Deutsche Reich und Italien im 19. Jh. sowie Indien und China im 20. Jh. Eine ausführliche Analyse betraf Thailand. Das Schwergewicht der landesspezifischen Diskussion konzentrierte sich auf Indien und China dank der anregenden Art von R. Palme (Österreich) und T. Lyons (USA), die Diskussion zu führen. Die sichere Seminarführung durch D. Good (USA) ermöglichte eine Konzentration auf die Hauptfragen: Ist es normal, daß Ungleichheiten in der Entwicklung der Regionen bestehen oder ist eine annähernde gleiche Entwicklung die Norm? Soll der Staat versuchen, regionale Unterschiede einzuebnen oder soll er nicht in den Lauf der Ökonomie eingreifen? Bedeutet Umverteilung der Mittel über den Staat bereits eine Milderung der regionalen Unterschiede oder entscheidet die (regional unterschiedliche) Verwendung der Mittel? Welche Rolle spielen Eigentumsverhältnisse bzw. Traditionen für die Bemühungen des Staates um einen ausgeglicheneren Lebensstandard in den Regionen? Schließlich wurde lebhaft über die Frage gestritten, ob der Nationalstaat eingreifen müsse oder könne, wenn die Unterschiede im regionalen ökonomischen Niveau auf internationale Einflüsse zurückzuführen seien. Als Beispiel hierfür kamen die Küstenregionen Chinas und die günstigere Entwicklung Nord- gegenüber Süditaliens, das fern von der west- und mitteleuropäischen Wachstumszone gelegen war, zur Sprache.

Die Tagung der Sektion C 43, organisiert von A. Brozek (Polen) und J. Puskas (Ungarn), behandelte die Auswanderung aus Nord-, Mittel- und Südeuropa zwischen 1900 und 1939. Sie knüpften an frühere Tagungen der Migrationshistoriker an, die 1981 in Kraków und 1984 in Budapest durchgeführt worden waren. Schriftlich vorgelegt wurden etwa 25 Referate, die drei Hauptthemen zugeordnet waren, welche dann auch nacheinander behandelt wurden: 1. Massenwanderungen; 2. Die Relation zwischen den Erwartungen der Migranten und der Wirklichkeit; 3. Die Bildung ethnischer "communities", die Entwicklung ethnischer Identitäten.

Statements jedes Referenten und Kommentare benötigten den größten Teil der Zeit, weshalb für die freie Diskussion nur wenig Raum blieb. Die Vielfältigkeit der behandelten Themen wird deutlich, wenn auf einige Referate hingewiesen wird. Im Rahmen des ersten Themas (Massenwanderungen) gab es u. a. folgende Beiträge: R. P. Swierenga (USA) sprach über den Übergang von der Siedlungswanderung zur Arbeitswanderung am Beispiel der Niederlande zwischen 1880 und 1920. F. Ramella (Italien) behandelte die ländliche Auswanderung aus Norditalien in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, L. Elsner (Deutschland/DDR) sprach über die Haltung des

Staates gegenüber den sog. Ostjuden in Deutschland während des ersten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre. A. Kostianien (Finnland) schilderte die illegalen Wanderungen finnischer Arbeitskräfte in die UdSSR während der Weltwirtschaftskrise. I. A. Glazier und R. J. Kleiner (beide USA) legten eine vergleichende Untersuchung von Emigranten aus Süd- und Osteuropa auf der Basis von Passagierlisten ausgewählter Schiffe aus dem Jahre 1910 vor und erläuterten Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung der in Ellis Island neuerdings gespeicherten Massendaten.

Im zweiten Teil der Tagung wurden Informationen über die Relation zwischen den Erwartungen der Migranten und der Realität im Einwanderungsland vermittelt anhand von Ungarn während der Zeit der Massenmigration (J. Puskas, Ungarn), am Beispiel von Polen (A. Brozek, Polen) bzw. anhand der Erfahrungen polnischer Einwanderer in den USA (J. Bodner, USA).

Die meisten Beiträge wurden dem dritten Thema zugeordnet; auch hier war die Vielfältigkeit bemerkenswert. Während W. J. Helbich (Deutschland/BRD) den Prozeß der individuellen Adaption der Immigranten anhand der Briefe deutscher Immigranten aus den USA zwischen 1840 und 1920 schilderte, befaßte sich R. Vecoli (USA) mit Biographien italienischer Immigranten von 1890 bis 1920. I. Blank (Deutschland/BRD) informierte über Bremer Forschungen zu kultureller Identität und politischer Bewußtheit von Arbeitsimmigranten, vor allem bezogen auf Osteuropäer in der Zeit der Massenmigration. Mehrere Beiträge beschäftigten sich mit der Entwicklung ethnischer "communities" in Cleveland, so am Beispiel der Polen (A. Walaszek, Polen), der Kroaten (I. Cizmic, Jugoslawien), der Slowenen (M. Klemencic, Jugoslawien) und F. Darco, Jugoslawien); über das Bemühen der Slowaken um ihre Identität in den USA berichtete M. Stolarik (USA). F. J. Devoto (Argentinien) analysierte die Beziehungen vor allem sozialer Art zwischen italienischen Immigranten und der argentinischen Gesellschaft und wies auf Modelle und Quellen für derartige Untersuchungen hin. Z. Fejös (Ungarn) behandelte mit der Schul- und Sprachenfrage der Ungarn in den USA von 1890 bis 1918 ein spezielles Problem ethnischer Identität.

In der freien Diskussion gab es, abgesehen von Details berührende Fragen und Bemerkungen, einige generelle Fragestellungen, die sich besonders auf die Komplexität der Ursachen von Auswanderungen bezogen. Außer sozialökonomischen und politischen Motiven für Abwanderungen wurde auf psychologische Ursachen verwiesen. Mehrere Diskussionsteilnehmer hoben hervor, daß künftig in der Migrationsforschung stärker interdisziplinär vorgegangen werden müsse und die Historiker die Ergebnisse anderer Disziplinen wie der Soziologie und Psychologie nutzen sollten. Insgesamt vermittelten die Sitzungen der Sektion C 43 einen guten Überblick über die Tendenzen der internationalen Migrationsforschung und gaben wesentliche Anregungen für die künftige Arbeit.

Die von W. Falk (Deutschland/DDR) organisierte Sektion C 46 diskutierte das Thema "Struktureller Wandel in der Industrie nach dem zweiten Weltkrieg". Obwohl die Sitzung der Sektion erst am letzten Kongreßtag stattfand, waren das Interesse und die Ergebnisse beachtlich. Fast alle Teilnehmer äußerten ihr Interesse an den Materialien sowie an der Fortsetzung entsprechender Forschungen und der internationalen Diskussion.

Da im März 1990 in Berlin eine Konferenz zu einem ähnlichen, wenn auch breiter angelegten Thema stattgefunden hatte, an der fünf der sieben Referenten aktiv beteiligt waren, gelang ein relativ abgestimmtes Herangehen an die vorbereiteten Beiträge zu folgenden Themen: Bedingungsfaktoren des Strukturwandels in der amerikanischen verarbeitenden Industrie 1940 bis 1980 von K. Hardach (Deutschland/BRD); Industrieller Strukturwandel in westeuropäischen Ländern und die Bedeutung des Außenhandels nach dem zweiten Weltkrieg von G. Ambrosius (Deutschland/BRD); Trends in der Industrie von drei skandinavischen Ländern 1950 bis 1990 von F. Hodne (Norwegen); Die unähnlichen Brüder. Ökonomische und industrielle Strukturen Österreichs und der Schweiz nach 1945 von F. Butschek (Österreich); Wiederherstellung und Strukturveränderung in der Industrie der DDR mit Vergleichen zur Bundesrepublik Deutschland von W. Falk (Deutschland/DDR); Die sich wandelnde Industriestruktur Japans

seit dem zweiten Weltkrieg von T. Yuzawa (Japan); Sektoraler Wandel in der ungarischen Nachkriegswirtschaft von N. J. Swain (Großbritannien).

V. Průcha (ČSFR), der ein Referat über den industriellen Wandel in Südosteuropa nach dem zweiten Weltkrieg vorbereitet hatte, konnte am Kongreß leider nicht teilnehmen. Auch war es nicht gelungen, einen Autor für einen Beitrag zum Strukturwandel der Wirtschaft in den Entwicklungsländern zu gewinnen.

Einführend wies Falk im Ergebnis der Darlegungen in allen sieben Beiträgen auf zwei wichtige Aspekte bei der Behandlung des Themas hin:

1. Besonders seit der krisenhaften Entwicklung in den 70er Jahren gewannen die Fragen des strukturellen Wandels der Wirtschaft weltweit starke Beachtung durch Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftspraktiker. Heute ist die Literatur kaum noch zu überblicken.

Dennoch haben gewiß diejenigen Recht, die meinen, daß der Begriff "Strukturwandel" einer der schillerndsten und unexaktesten Begriffe der Nationalökonomie sei. Wir sollten ihn im Sinne der Verteilung der Beschäftigten und der Produktion auf die Sektoren, Branchen und Gruppen einer nationalen Wirtschaft begreifen bzw. der prozentualen Anteile der Branchen an der Gesamtwirtschaft. Dabei kann die Untergliederung vielfältig sein. In der Regel wird der Klassifikation der nationalen oder internationalen Statistik gefolgt, wobei die Primärdaten oft sehr differieren, besonders zwischen den ehemaligen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, weniger bezogen auf die Beschäftigten als auf die Produktion. In diesem Sinne muß man auch an das Drei-Sektoren-Modell von Clark und Fourastié herangehen, die als allgemeine Regel aufgestellt haben, daß der Anteil der im Primärsektor Beschäftigten zugunsten derer im Sekundär- und schließlich Tertiärsektor vermindert wird.

In diesem Sinne war die Frage zu diskutieren, ob man diesem Modell folgen kann, ob es eine sinkende oder wachsende Bedeutung der Industrie für die Wirtschaft eines Landes gibt, ob eine De-Industrialisierung Schein oder Realität sei.

2. Strukturveränderungen in der Industrie können nicht getrennt von dieser Problematik betrachtet, sondern müssen auch auf ihre eigenen Ursachen zurückgeführt werden. Um das Typische dieses Strukturwandels herauszuarbeiten, ist es wichtig, sich zu verständigen, welche Branchen für die Betrachtung gewählt werden: die Schwer- und Leichtindustrie oder die Konsumgüter- und Produktionsgüterindustrien, Hoch-, Mittel- und Niedrigtechnologien, kapital-, material-, arbeits-, technologie- und intelligenzintensive Industrien oder andere?

Und hier haben wir im Prinzip bisher kein Modell oder kaum einen theoretischen Ansatz. Hier müssen wir weiter arbeiten, um z. B. beantworten zu können, was eine moderne Industriestruktur ist. Gewiß spielen die intelligenzintensiven Zweige eine wachsende Rolle. Wie ist aber die Struktur in den Ländern zu bewerten, die reich an Rohstoffen sind. Liefert das Produktionsniveau der Branchen den Lösungsschlüssel?

Da die vorbereiteten Beiträge den Teilnehmern vervielfältigt übergeben werden konnten, gab jeder Autor einführend nur eine kurze Zusammenfassung seines Beitrages. Unter dem Aspekt der Spezifik des behandelten Landes oder der analysierten Region fanden die vom Organisator herausgearbeiteten zwei Probleme volle Bestätigung.

Sie standen auch im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion, an der sich neben den Referenten Vertreter aus Österreich, Jugoslawien, Portugal, Israel und der DDR beteiligten.

Ein wichtiges Ergebnis der Diskussion bestand darin, das Drei-Sektoren-Modell als Diskussionsmodell zu betrachten und den realen Strukturwandel als einen tendenziell verlaufenden Prozeß anzusehen. Deutlich wurde, daß insbesondere der sekundäre und tertiäre Sektor sehr schwer abzugrenzen seien, daß sich beide gegenseitig bedingen würden, was im einzelnen konkret nachgewiesen wurde.

Unterstützung fand die Auffassung, alle Daten mit der jeweiligen Produktivität zu verbinden, ihre Veränderung in die Betrachtung einzubeziehen wie auch den technologischen Wandel, die Einkommensentwicklung und andere Faktoren. Aufgegriffen wurde die Forderung, auch weniger entwickelte Länder zu untersuchen und bei der Industriestruktur die kapitalintensive Konsumgüterindustrie nicht außer Acht zu lassen.

Die interessanten Darlegungen von Hodne zum strukturellen Wandel in Norwegen, Schweden und Dänemark bestärkten diejenigen, die der Auffassung sind, daß die angebliche De-Industrialisierung eine statistische Täuschung sei und die Entwicklung der Sektoren in der Realität dynamisch und simultan erfolge.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der Zusammenhang von Strukturwandel und Freisetzung von Arbeitskräften, was noch weiter untersucht werden muß, bis zu der Problematik der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Perspektive im Strukturwandel führenden Industrieländer.

Schließlich spielten in der Diskussion die Ursachen für den Fakt eine Rolle, daß die deutschsprachigen Länder diejenigen der höchsten Wirtschaftsdynamik und des Wachstums in Europa seien, obwohl sie einen wesentlich langsameren Strukturwandel im Sinne des Drei-Sektoren-Modells hatten. Eine mögliche Antwort wurde darin gesehen, daß diese Länder ähnlich wie Japan sehr kooperativ seien, mit sehr erfolgreicher Beteiligung am Welthandel und einer hohen Außenhandelseffektivität zugunsten des im Inland zur Verfügung stehenden Produkts.

Im Ergebnis der Tagung herrschte Übereinstimmung darin, daß sie neue Denkanstöße gegeben habe. Die Referate werden in englischer oder deutscher Sprache in Prag durch V. Průcha veröffentlicht.

In den insgesamt sieben D-Sektionen stellten 24 Nachwuchswissenschaftler Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten vor. Dabei dominierten die Themen zur frühen Neuzeit (Sektion D 4 und D 6) und zur Neuzeit (Sektion D 2, D 3, D 5 und D 7). Beiträge zum Altertum und zum Mittelalter standen nur in der Sektion D 1 zur Diskussion. Rahmenthemen für die einzelnen Sektionen waren nicht vorgegeben. Inhaltlich reichte die Spannweite der Vorträge von "Urbanisierung und Unterentwicklung: das römische Pompeji" (W. Jongman, Niederlande) über "Der Handel und das Kaufmannskapital in Majorca, 1720 - 1800" (C. Manera, Spanien) bis "Staat und Privatunternehmen in der Herausbildungsphase des Luftverkehrs in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und in den USA, 1918 - 1929" (A. Kieselbach, Deutschland/DDR) und "Internationale Kooperation und nationale Kartellkontrolle: Das Internationale Stahlkartell, 1926 - 1938" (D. Barbezat, USA). Die besten Beiträge wurden mit Preisen ausgezeichnet.

Auf der Abschlußsitzung am 24. August 1990 im Promotionsaal der Universität Leuven schätzte der Veranstalter den wissenschaftlichen Ertrag des Kongresses hoch ein. Der Präsident des Exekutivkomitees der International Economic History Association H. Van de Wee betonte in seiner Rede vor allem auch die gewachsene Tradition der Internationalen Kongresse für Wirtschaftsgeschichte und das zunehmende Interesse, das seinen Ausdruck in der großen Zahl der Teilnehmer und in der Breite der wissenschaftlichen Diskussion fand. Charakteristisch besonders für die A- und B-Sektionen war in Leuven die Dominanz von vergleichenden Struktur- und Länderanalysen in den einzelnen Themengebieten. Obwohl nach wie vor wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen zur Entwicklung in den Industriestaaten vorherrschten, nahmen auch die Beiträge aus der Dritten Welt einen anerkannten Platz ein.

Für die ausgezeichnete Organisation des Kongresses und die aufmerksame Betreuung der Teilnehmer ist H. Van der Wee (Belgien) als Leiter des Organisationskomitees und P. Solar (Belgien) als Koordinator des Kongresses sowie allen Mitgliedern des Organisationskomitees der Dank auszusprechen.

Zum neuen Präsidenten der International Economic History Association wurde A. De Maddalena (Italien) gewählt. Der nächste (XI.) Internationale Kongreß für Wirtschaftsgeschichte findet 1994 in Mailand statt.

VIII. Kolloquium von Wirtschaftshistorikern der Republik Ungarn und der Deutschen Demokratischen Republik

(29. Mai bis 1. Juni 1990 in Zeuthen)

Auf dem gemeinsamen Kolloquium von ungarischen und deutschen Wirtschaftshistorikern wurden zwei Themen diskutiert: 1. Investitionsentwicklung in Ungarn und der DDR nach 1945 sowie 2. Agrarreform und industrielle Revolution.

Nach der Eröffnung des Kolloquiums durch Thomas Kuczynski (Berlin) ging Jörg Roesler (Berlin) in seinem Einführungsreferat zum ersten Themenkomplex der Frage nach, ob die bis 1989 in der DDR bestehende Wirtschaftsverfassung als Kommandowirtschaft charakterisiert werden kann. Dabei war seine Prämisse, daß die Vorgaben der Perspektiv- und Jahrespläne, insbesondere des Investitionsplans, Kommandos darstellten. Die Herausbildung von Investitionszyklen bei der Umsetzung der Perspektivpläne¹) sowie die spezifischen Interessenwidersprüche zwischen Zentrale und Wirtschaftseinheiten ließen ihn zu der Schlußfolgerung kommen, daß Kommandos gegeben wurden und diese durchaus Wirksamkeit erlangten. Aber die Betriebe steuerten Anweisungen entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlage auch bewußt entgegen und beeinflussten so deren Ergebnis. Bei der Durchsetzung qualitativ neuer Prozesse in der Reproduktion, wie der Intensivierung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, mußte die Kommandowirtschaft allerdings versagen.

Sándor Szakács (Budapest) sprach über Grundlinien der Investitionspolitik in Ungarn nach 1945 bis in die Gegenwart. Mit dem ersten Fünfjahrplan war ein wirtschaftliches System stalinistischen Typs zur Durchführung einer zentralisierten und selektiven, vorrangig auf die Schwer- und Rüstungsindustrie orientierten Investitionspolitik ohne Beachtung von Effektivitätskriterien entstanden. Diese Politik - unterbrochen von einem etwas modifizierten Kurs zwischen 1953 und 1955 - bildete letztlich eine entscheidende Ursache für den Volksaufstand 1956. In der danach einsetzenden Kadar-Periode kehrte man nach anfänglicher Reformversuchen wieder zur etwas abgewandelten Praxis der frühen 50er Jahre zurück. Die großen Investitionsvorhaben in der chemischen Industrie, Energieerzeugung und im Maschinenbau wurden wieder aufgenommen. Auch in Ungarn wurde zu dieser Zeit ein beschleunigter Übergang zum Kommunismus angestrebt. Die mit diesem Kurs verbundenen Wachstumsprobleme erforderten eine auf steigende Effektivität orientierte Wirtschaftsreform, die 1966 in der Landwirtschaft und 1968 in der übrigen Wirtschaft eingeführt wurde. Jedoch erlitt sie bereits durch den August 1968 in der ČSSR einen starken Rückschlag. Auch in den 70er Jahren blieb der Investitionsanteil der Grundstoffindustrie außerordentlich hoch und der der verarbeitenden Industrie, insbesondere der Zulieferproduzenten, zu gering. Dies führte Ende der 70er Jahre zu einer schweren ökonomischen Krise, deren strukturelle Grundlage in den 50er Jahren gelegt worden war. Demzufolge herrschte in den 80er Jahren in der Investitionspolitik Improvisation vor.

1 Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1983; derselbe, Investitionsrhythmus und materielle Interessiertheit in der Volkswirtschaft der DDR 1950 bis 1970, in: ebenda, 2/1985.

József Szekeres (Budapest) ging auf die Industrieinvestitionen während des ersten Fünfjahrplans (1950 bis 1954) mit besonderem Blick auf den Straßenfahrzeugbau ein. Er stellte dar, wie die Ziele des ursprünglichen Plans nach erfolgreichem Plananlauf und unter dem Druck internationaler Entwicklungen (Korea-Krieg) in erheblichem Umfang - Steigerung der Industrieproduktion statt 186 % auf 310 % - erhöht wurden. Da die Steigerungen ohne Analyse der Voraussetzungen und unter Vernachlässigung der notwendigen Importe an Rohstoffen und Ausrüstungen vorgenommen wurden, war der modifizierte Plan von vornherein unerfüllbar. Die Konzentration der Investitionen auf die Schwerindustrie sowie die Zurücksetzung der Leichtindustrie und der Landwirtschaft, verbunden mit der jährlichen Verdopplung der Verteidigungsausgaben und den Reparationsbelastungen, führten zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Auch im Straßenfahrzeugbau, der aus der Umprofilierung der Flugzeugindustrie hervorgegangen war, wurden die Produktionssteigerungen relativ willkürlich festgelegt und letztlich vor allem durch Steigerung der Arbeitsintensität erzielt. Sie blieben zwar hinter den Planzielen zurück, bildeten aber die Basis für die spätere herausragende Rolle des ungarischen Straßenfahrzeugbaus im RGW-Handel. Eine weitere Folge der Investitionsgrößenplan der ersten Hälfte der 50er Jahre in Bergbau, Energieproduktion, Metallurgie und chemischer Industrie bildete der überproportionale Ausbau von umweltschädigenden Produktionsprozessen. Für die in diesem Umfeld entstandenen fünf "sozialistischen Städte" war und ist die Umweltbelastung zwei- bis fünfmal höher als in Budapest. Diese Politik brachte das Land unter großen Opfern und mit unsinnigen Kraftproben auf den Weg zu einem Industrieland mit entwickelter Landwirtschaft.

Detlef Eckardt (Berlin) beschäftigte sich mit der Entwicklung des Wissenschaftspotentials unter den Bedingungen der zentralen Planwirtschaft in der DDR. Er stellte dabei für die 70er und 80er Jahre vier Aspekte einer verfehlten Wissenschaftspolitik heraus: Erstens gab es den Widerspruch zwischen erbrachten bedeutenden Forschungsergebnissen und viel zu geringen materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen zu ihrer Überleitung in die Produktion. Zweitens wurde das Wissenschaftspotential zwar finanziell stetig ausgebaut, der Zuwachs blieb jedoch hinter dem internationalen Tempo, insbesondere in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern, zurück. Drittens wuchs auch das Kaderpotential, aber mit rückläufigen Wachstumsraten. Und viertens blieb die materiell-technische Ausstattung der Forschung und Entwicklung, außer in einigen besonders hervorgehobenen Kombinat, hoffnungslos hinter dem internationalen Stand zurück. So konnte die Wissenschaft, deren Sozialprestige abnahm, nicht mehr den gewachsenen Anforderungen gerecht werden.

In der Diskussion lag der Schwerpunkt zunächst auf dem Vergleich der Industrialisierungsprozesse in Ungarn vor und nach 1945. Péter Gunst hob wie Szekeres und Szakács die weitgehend fehlenden Beziehungen zum Weltmarkt nach 1945 hervor. Der entscheidende Unterschied lag darin, daß die Strukturveränderungen nach dem ersten Weltkrieg über den Markt erzwungen und nach dem zweiten Weltkrieg durch das übernommene sowjetische Modell bestimmt wurden. Allerdings waren die Pläne der Industrialisierung nach 1945 in bestimmten Maße auch von Vorstellungen aus der Zeit der selbständigen industriellen Entwicklung am Ende des 19. und im ersten Drittel des 20. Jh. geprägt.

Die Feststellung von Matthias Judt (Berlin), daß die Anbindung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe an relativ kurze Planzeiträume die effektive Verwirklichung von Strukturpolitik behinderte, wurde von Roesler dahingehend ergänzt, daß das Problem immer in der Umsetzung des Fünfjahrplans in die Jahrespläne bestand. Die von Peter Hübner (Berlin) aufgeworfene Frage, ob und inwieweit auch in der DDR militärische Gesichtspunkte die Investitionsstruktur bestimmten, wurde von Roesler mit Blick auf die 50er Jahre und im Vergleich zu Ungarn verneint. Eckardt wies wiederum auf das durch die Verdopplung der Verteidigungsausgaben und die auch für die DDR seltene internationale Kreditsperre verursachte "Investitionsloch" in der ersten Hälfte der 80er Jahre hin.

Eine grundsätzliche Debatte entspann sich bei der Frage nach den Alternativen in der Entwicklung nach 1945 und der Rolle von Sicherheitsdenken oder bewußter Inkaufnahme von Risiko. Roesler erklärte die Wahl des sozialistischen Entwicklungsweges aus der Perspektive der unmittelbaren Nachkriegsjahre, mit den Erfahrungen aus der krisen- und kriegsgeprägten Entwicklung des Kapitalismus zwischen 1913 und 1945 und dem Blick auf die vergleichsweise erfolgreiche sowjetische Planwirtschaft auch unter Kriegsbedingungen. Szekeres betonte, daß es für Ungarn keine Wahl gab und ihm dieser Weg diktiert wurde. Mehrere Teilnehmer zeigten an historischen Beispielen, daß es gerade durch die hauptsächlich aus der Systemauseinandersetzung resultierenden Präferenz des Sicherheitsdenkens zur Einschränkung möglicher Entwicklungsalternativen kam. Kuczynski stellte in diesem Zusammenhang fest, daß besonders die ungenügende Fähigkeit zur Herausbildung von Alternativen einen kardinalen Systemmangel darstellt, da erst diese letztlich die Herstellung optimaler und nicht maximaler Effektivität ermöglichen. Der "real existierende Sozialismus" führte mit seinem Bestreben nach Minimierung der Verluste objektiv zu ihrem Anwachsen. Bezogen auf die Investitionspolitik, hatte der Mangel an Alternativen zur Folge, daß bei einer Änderung der Rahmenbedingungen die gesamte Struktur mit der dabei unvermeidlich entstehenden Maximierung der Kosten und Folgelasten verändert werden mußte. Insgesamt zeigte die Diskussion zum ersten Schwerpunkt des Kolloquiums Unterschiede beim Herangehen und Gemeinsamkeiten in der historischen Entwicklung beider Länder nach 1945 auf - auch wenn dies nicht von allen Teilnehmern in jedem Fall anerkannt wurde. Doch ebenso traten Defizite in der Kenntnis der realen historischen Vorgänge hervor. Diese Fragen bieten noch ausreichend Stoff für weitere wissenschaftliche Diskussionen.

Zum zweiten Themenkomplex hielt Péter Gunst (Budapest) den Hauptvortrag über "Agrarreform und industrielle Revolution in Ungarn". Die ungarische Geschichtsschreibung versteht unter Agrarreformen die Bauernbefreiung, d. h. den Prozeß, in dessen Verlauf die Bauern die persönliche Unabhängigkeit vom Grundherrn erlangten und jener zugleich das ihm zustehende Land als frei verfügbares Eigentum erhielt (Separation des grundherrlichen Landes vom bäuerlichen Land). Zugleich versteht man darunter aber auch die Abschaffung der Avitizität, d. h. die Ermöglichung des freien Verkaufs und Kaufs des Bodens als Voraussetzung für das bürgerliche Bodeneigentum.

Das von Maria Theresia 1767 erlassene Urbarialpatent teilte den Boden in vom Grundherrn (Allodialland, steuerfrei) und vom Bauern (Urbarialland, steuerpflichtig) genutztes Land. Diese Aufteilung, die zugleich die Grundherren daran hinderte, den Bauern als urbarial eingestuftes Land wegzunehmen und zu Allodialland zu machen, schuf Voraussetzungen für die spätere Bauernbefreiung. Im Jahre 1849 kam das Urbarialland eindeutig in den Besitz der Bauern, während das Allodialland Eigentum der Grundherren wurde.

Obwohl der Bauer in Ungarn nie persönlich an den Grundherrn gebunden war, wurde seine persönliche Unabhängigkeit in erster Linie durch die "Untertanenverordnung" Josephs II. von 1787 verwirklicht. In den 30er Jahren des 19. Jh. wurden dann u. a. die Zehntfreiheit der Brache sowie die Möglichkeit für den Bauern, die jährlichen Lasten in einer Summe abzulösen, gesetzlich geregelt. Bauern konnten Land verkaufen aber nicht erwerben. Erst die Gesetzgebung von 1848 strich das Urbarial und alle daraus resultierenden Dienste und Abgaben, hob das feudale Grundeigentum an den Hofstellen auf und strich gleichzeitig den Zehnten für die Kriche, schaffte Patrimonialgerichte ab und erklärte die allgemeine Steuerpflicht. Die Avitizität wurde aufgehoben. Damit waren alle Hindernisse für die Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft beseitigt.

Neben der Abschaffung des feudalen Systems hatten aber auch andere Faktoren Einfluß auf die Umgestaltung der Landwirtschaft. So ermöglichte die grundlegende Veränderung der Verkehrsverhältnisse, der Eisenbahn- und Straßenbau sowie die Flußregulierung, den Anschluß der ungarischen Landwirtschaft an den Weltmarkt. Eine Folge war, daß die Viehzucht zugunsten der Getreideproduktion an Gewicht verlor.

1850 wurde die Zollgrenze zwischen den österreichischen Erblanden und Ungarn aufgehoben, was den Absatzmarkt für die ungarische Landwirtschaft vergrößerte. Daneben waren noch andere Faktoren von Bedeutung: das gemeinsame Zahlungssystem, das einheitliche Maß- und Gewichtssystem sowie einheitliche Arbeitsprinzipien von Post und Bahn.

Gunst führte weiter aus, daß die Bauernbefreiung etwa anderthalb Jahrzehnte beanspruchte. 1853 wurde in Verordnungen die Entschädigung der Grundherren sowie die Methoden der Separation geregelt. Bis 1868 war die Separation von grundherrlichem und bäuerlichem Boden faktisch abgeschlossen. Zwischen 1868 und 1873 wurden fast alle übrigen Fragen gelöst. Die Bauernbefreiung, schätzte Gunst ein, ist für die große Masse der Bauernschaft eine Wohltat gewesen. Das Land, das vor der Befreiung in ihrer Hand gewesen war, blieb es auch danach. Die zu zahlende Ablösesumme belastete die Bauern nicht, da es in Ungarn schon viel früher den entsprechenden Geldverkehr gegeben hatte und sich bei Adel und Bauern entsprechende Geldsummen angehäuft hatten.

Die direkten und indirekten Auswirkungen der Bauernbefreiung lassen sich leichter, so Gunst, über einen längeren historischen Zeitraum, etwa von 1850 bis 1914, bestimmen: Der Strukturwandel in der landwirtschaftlichen Produktion, die Ausdehnung des ungarischen Agrarexports auf das gesamte Zollgebiet brachten eine eindeutig positive Außenhandelsbilanz, was Ungarn zu einem anziehenden Investitionsmarkt machte. Auf die Industrialisierung übte die Veränderung in der Landwirtschaft eine große Wirkung aus; die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion machte eine schnelle Entwicklung verschiedener Zweige der Nahrungsmittelindustrie möglich, so der Mühlen-, Fleisch- und Konserven- sowie der Zuckerindustrie.

Die Umgestaltung der ungarischen Landwirtschaft hatte direkten Einfluß auf die Industrialisierung. Die wichtigste Wechselwirkung sieht Gunst darin, daß die Landwirtschaft ihren feudalen Charakter für die Wirtschaft des Landes soweit verändern konnte, daß sie für die Wirtschaft des Landes über eine ganze historische Epoche die für die Industrialisierung erforderliche Kapitalaufnahme nicht belastete, sondern förderte.

Zu seiner Ausgangsfragestellung zurückkehrend, formulierte Gunst: Die Bauernbefreiung in Ungarn ging dem Beginn der industriellen Revolution voraus; als diese begann, waren die Voraussetzungen bereits erfüllt. Die Prozesse verliefen in Ungarn zur rechten Zeit, auch initiiert durch das Beispiel Westeuropas. So stieß die industrielle Revolution in Ungarn nicht auf Hindernisse eines feudalen Agrarsystems, was überall dort der Fall war, wo die Umgestaltung des Agrarsektors parallel zur Industrialisierung verlief.

Hartmut Harnisch (Berlin) sprach über "Kapitalistische Agrarreformen und industrielle Revolution. Ein noch fruchtbarer Forschungsansatz?". Er ging von der aktuellen Bedeutung dieser Problematik für die heutigen Entwicklungsländer aus und bemerkte kritisch, daß die wirtschaftshistorische Forschung bisher nicht eindeutig Ursachenzusammenhänge und Verlauf dieses Prozesses aufdecken konnte. Neben der Untersuchung Sektor für Sektor, hier des Agrarsektors, ist der Vergleich verschiedener Länder, wie von Ungarn und Deutschland, im speziellen die Entwicklung in Preußen und Sachsen, sinnvoll.

Die Agrarreformen des 19. Jh. auf dem europäischen Kontinent hatten bei allen Unterschieden überall eine doppelte Zielstellung, die, der alten Agrarelite die ökonomische Basis zu erhalten, und die, gleichzeitig eine von feudalen Lasten und Bedingungen befreite Bauernschaft zu schaffen. Die Beseitigung der feudalen Ordnung auf dem Lande besagt nun für sich allein noch gar nichts über ihre Ergebnisse und volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Entscheidend ist vielmehr die spätf feudale Agrarstruktur vor den Reformen und nicht weniger die Qualität der Agrarreformgesetzgebung.

In Preußen sind die Agrarreformen - aus der Sicht der preußischen Staatsführung - ein Meisterwerk gewesen, erhielten sie doch die alte Agrarelite, und sie ermöglichten einer zahlenmäßig bedeutenden Schicht von Groß- und Mittelbauern die Chance für einen ökonomischen Aufstieg. Die spätf feudale Agrarstruktur Preußens war dazu allerdings prädestiniert, ließ sich relativ leicht in eine moderne kapitalistische umwandeln. Wenn Preußen sozusagen als Lehrbeispiel für einen direkten Zusammenhang zwischen bürgerlicher Agrarreform und industrieller Revolution dienen kann, so lassen sich die gleichen Entwicklungsprozesse in Sachsen nicht so leicht synchronisieren. Dabei zeigten sich in den äußeren Rahmenbedingungen grundsätzliche Gemeinsamkeiten. Unterschiede bestanden in den kleineren und weniger zahlreichen Gutswirtschaften, einer stärker differenzierten Bauernschaft, der nichtvorhandenen Leibeigenschaft.

In Sachsen begannen die Agrarreformen erst 1832. Die industrielle Revolution aber hatte in Sachsen bereits um 1800 begonnen und war 1832 in vollem Gange. Damit wäre Sachsen in Europa das einzige Land gewesen, in dem die industrielle Revolution noch unter den Bedingungen einer intakten Feudalordnung auf dem Lande begonnen hätte. Diese feudale Ordnung muß also in der Lage gewesen sein, folgende Vorleistungen zu erbringen: schnell steigende Agrarproduktion, Freisetzung von Arbeitskräften, aufnahmefähiger Markt für Gewerbeprodukte und eventuell auch Bereitstellung von Kapital für die Industrialisierung. Es muß also für den Übergang zur industriellen Revolution ausreichend gewesen sein, wenn ungehindert Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abwandern konnten und wenn die Landbevölkerung über eine entsprechende Kaufkraft verfügte. Demnach boten die bereits erheblich kommerzialisierte Landwirtschaft und ein nur noch lockeres Feudalregime den erforderlichen Rahmen für eine industrielle Revolution.

Verallgemeinernd müsse man dann fragen, so Harnisch weiter, ob letztlich nicht eben doch die Nachfrage nach Gewerbeprodukten entscheidend war. Ungarn könnte vielleicht als Beispiel dafür dienen, daß die von feudalen Bindungen befreite Landwirtschaft keineswegs automatisch und geradlinig auf eine Industrialisierung bzw. industrielle Revolution hinführen muß. Ebenso lasse sich der Bogen zu den Entwicklungsländern spannen.

Harnisch stellte abschließend die Frage, ob die Prozesse in Sachsen zwischen 1800 und 1830 tatsächlich als industrielle Revolution zu bezeichnen seien, da faktisch nur die Baumwollverarbeitung betroffen war, und ob es nicht bei der einen industriellen Revolution, der in England, bleiben solle.

Hier anknüpfend, ging es in der Diskussion zu beiden Vorträgen, an der sich außer den Referenten auch Hans-Heinrich Müller, Gernot Wittling, Karl Lärmer, Thomas Kuczynski, Gerhard Narweleit und Wilfried Strenz (alle Berlin) beteiligten, besonders um den Zusammenhang von industrieller Revolution und Industrialisierung, um die Unterscheidung beider Prozesse und Kriterien dafür (wobei Kuczynski dafür plädierte, nur qualitative Momente bei der industriellen Revolution zuzulassen), um die Rolle der Verkehrsrevolution in Ungarn und Deutschland, die Entwicklung eines inneren Marktes in beiden Ländern, die Rolle des Technologietransfers sowie um den Vergleich der Agrargesetzgebungen. Harnisch sprach sich dafür aus, international vergleichend die europäischen Agrarreformen zu erforschen.

István Orosz (Debrecen) sprach über "Die Agrarentwicklung vor und nach der industriellen Revolution". Vor der industriellen Revolution galt der Modernisierung der ungarischen Landwirtschaft, der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse nach westeuropäischem Vorbild, große Aufmerksamkeit.

Die industrielle Revolution bewirkte eine Veränderung der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, eine Vergrößerung der Ackerfläche auf 150 %, eine Ertragssteigerung infolge verbesserter Düngung, Bodenbearbeitung und der Einführung der Fruchtwechselwirtschaft, wobei die Erträge aber hinter denen Westeuropas zurückblieben, eine Erhöhung der Vielfalt der angebauten Kulturen, letztlich auch eine Mechanisie-

zung der Landwirtschaft. Der zunehmenden Ackerfläche stand eine Verringerung der Weidefläche gegenüber. In der Tierzucht wurde die Stallfütterung eingeführt, Intensivrassen wurden gehalten.

In der Diskussion, an der sich neben Orosz Harnisch, Müller und Narweleit beteiligten, ging es um den Einfluß von Agrarkonjunktur und Agrarkrise auf die Strukturveränderung der ungarischen Landwirtschaft, die Ausprägung von Monokulturen infolge der Marktwirtschaft sowie um die Einführung wissenschaftlicher Methoden, insbesondere der kapitalistischen Betriebswirtschaft, in die Landwirtschaft Ungarns.

Gernot Wittling (Berlin) ging in seinem Vortrag "Zum Verhältnis von früher Industrialisierung und Technologietransfer im Rheinland und in Westfalen nach 1815 - ein regionallhistorischer Beitrag zur Industrialisierungsgeschichte" von der Feststellung aus, daß sich gerade für die genannte Region, die seit dem Wiener Kongreß zu Preußen gehörte und im Verlauf der industriellen Revolution zum wichtigsten Industriestandort ganz Deutschlands avancierte, die Frage nach Modalitäten und Trägern der Diffusion des produktionstechnischen Fortschritts sowie nach dem Stellenwert des Technologietransfers als Triebkraft beim Anlauf der industriellen Revolution stellte.

Bei der Untersuchung konzentrierte sich der Referent auf die Textilindustrie und die Metallurgie sowie das technische Bildungswesen und die staatliche Transferpolitik. Er kam zu der Feststellung, daß der Technologietransfer für die industrielle Revolution kein auslösender Faktor war. Jedoch hat der Umstand, daß die Unternehmer Entwicklungszeit und -kosten sparten, zu einer wesentlichen Beschleunigung der Industrialisierung, insbesondere der für die Zukunft entscheidenden Schwerindustrie, auch bereits bis zur Mitte der 30er Jahre geführt, obwohl quantitative Fortschritte erst nach 1835 deutlich wurden.

Im Untersuchungsgebiet spielte die staatliche Transferpolitik eine wesentliche Rolle, wenn auch zu keiner Zeit derart vordergründig wie in Berlin oder Schlesien. Diese war hier vor allem durch eine bewußt auf den Import von Mustermaschinen und deren Nachbau ausgerichtete Zoll- und Gewerbepolitik geprägt, deren Primat durch die englischen Exportverbote im Falle der Textilindustrie noch unterstrichen wurde. Trotzdem bedingte die geographische Lage der Region einen im Vergleich zum übrigen Preußen höheren Ausstattungsgrad mit aus den westlichen Nachbarländern stammender Originaltechnik.

Im Mittelpunkt der Diskussion, in der sich Müller, Narweleit, Harnisch, Lärmer, Kuczynski, Strenz und Berthold Puchert (alle Berlin) äußerten, standen neben dem Anteil inländischer Innovationen und der Produktionszeit für Maschinen die Analyse des technischen Bildungswesens in Deutschland und des Niveaus der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung. In der Diskussion war man sich darüber einig, daß Aufgaben, Ziele und Erfolge der preußischen Gewerbeinstitute noch näher erforscht werden sollten.

In ihren Schlußbemerkungen dankten Puchert und Gunst allen Teilnehmern und stellten fest, daß die Diskussionen, in denen auch viele divergierende Meinungen bestehen blieben, zahlreiche neue Fragestellungen und Anregungen für zukünftige Forschungen gebracht haben.

André Steiner/Renate Scholze

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

38. Lieferung

von Dieter Müller

Theorie und Methodik

6158.

Dittmann, Gabriele: Theoretische Diskussionen zu ökonomischen Problemen in den ersten Nachkriegsjahren bis zur Gründung der DDR. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 37 (1989) 11, S. 1647 - 1667.

6159.

Hues, Helga: Zur Weiterentwicklung der Darstellung der Marx'schen Akkumulationstheorie von der 2. zur 3. deutschen Auflage des ersten Bandes des "Kapital". - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 11, 1988 (1989), S. 265 - 307.

6160.

Ikker, Christine: Zur Entstehungszeit des List-Manuskripts von Karl Marx. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 11, 1988 (1989), S. 213 - 229.

6161.

Klein, Ingo: Schnelle Kapitalismenentwicklung in Ost- und Südostasien: Politökonomische Aspekte. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 2, S. 23 - 28 : Tab.

6162.

Krambach, Kurt: Zur Geschichte der Agrarsoziologie in der DDR. - In: Jb. Soziol. u. Sozialpol., Berlin, 1989, S. 249 - 263.

6163.

Krause, Günter: Zur Herausbildung der bürgerlichen politischen Ökonomie in den USA. - In: Wirtschafts-

wissenschaft, Berlin, 37 (1989) 11, S. 1668 - 1685.

6164.

Kuczynski, Thomas: Lange Wellen weiter in der Diskussion. Hans Joachim Gerster, Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung. - Frankfurt/M. u. a.: Lang, 1988. Alfred Kleinknecht, Innovation patterns in crisis and prosperity. - London: The Macmillan Pr. Ltd., 1987. Solomos Solomou, Phases of economic growth, 1850 - 1973. - Cambridge Univ. Pr., 1987. La crise actuelle par rapport aux crises antérieures. - Paris: Cahier du GEMDEV, 1986. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, S. 171 - 174 : Tab.

6165.

Lehmann, Hermann: Militaristische und pazifistische Typen des Kapitalismus? - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, S. 165 - 169.

6166.

Lötsch, Ingrid; Lötsch, Manfred: Kontinuität und Wandel in der Sozialstruktur der DDR. - In: Jb. Soziol. u. Sozialpol., Berlin, 1989, S. 231 - 248.

6167.

Mueller-Bülow, Klaus: Die wissenschaftlich-technische Revolution - ihr Charakter, ihre Einordnung unter Berücksichtigung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie in kapitalistischen Ländern. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, S. 149 - 163.

6168.

Schmidt, Erna: Aus der Arbeit des Schiffahrtsmuseums Rostock. - In:

Neue Museumskd., Berlin, 32 (1989)
1, S. 14 - 20 : Ill.

6169.

Wassina, Ljudmila: Zur Veröffentlichung der Manchester-Hefte von Marx in der Vierten Abteilung der MEGA. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 11, 1988 (1989), S. 230 - 241.

Bibliographien

6170.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik / Von Renate Günther. 24. Forts. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 247 - 261.

6171.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. 35. Lieferung / Von Dieter Müller. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 281 - 299.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellenachweise

6172.

Bock, Sabine: Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte : Dargestellt an Beispielen d. Kreises Wolgast. - In: Wolgast-Buch, Wolgast, 3 (1986) S. 57 - 64 : Ill.

6173.

Eberhard Wächtler 60 Jahre. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 37 (1989) 5, S. 440 - 441.

6174.

Keiling, Horst: Archäologische Zeugen der jungsteinzeitlichen Bauernbevölkerung Mecklenburgs. - Schwerin : Museum für Ur- u. Frühgesch., 1986. - 108 S. : Ill., Kt. - (Archäologische Funde und Denkmale aus dem Norden der DDR ; 5).

6175.

Lebensbilder von Ingenieurwissenschaftlern : Eine Sammlung von Biogr. aus zwei Jahrhunderten / Verf. von einem Autorenkoll., hrsg. v. Gisela Buchheim u. Rolf Sonnemann. - Leipzig : Fachbuchverl., 1989. - 220 S. : Ill.

6176.

Lohr, Hermann; Thielmann, Georg: Lokomotiv-Archiv Württemberg. - Berlin : Transpress, 1988. - 172 S. : Ill. - (Eisenbahn-Fahrzeug-Archiv ; 2, 6).

6177.

Michel, Harald: Zur Theorie der demographischen Transition : VII. Internationales Demograph. Seminar (11. bis 13. Oktober 1988 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 269 - 272.

6178.

Mittelbach, Hans; Roesler, Jörg: Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung der DDR in den vergangenen vierzig Jahren. - In: Jb. Soziol. u. Sozialpol., Berlin, 1989, S. 172 - 201 : Tab.

6179.

Pittack, Herwart: Münzgeld, Silberproduktion, Preisrevolution - und wie weiter? Münzprägung, Geldumlauf und Wechselkurse. Minting, Monetary circulation and exchange rates; Akten d. 18th International Economic History Congress, Section C 7, Budapest 1982. - (Trierer Historische Forschungen, 7). - Trier : 1984. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 199 - 204.

6180.

Roeske, Ulrich: Archivalische Quellen über das Reichspostamt und das Wirken Heinrich von Stephans. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 475 - 480.

6181.

Scholze, Renate: Energieproblematik im 19. und 20. Jh. (10. bis 13. Januar 1989 in Eyba). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 263 - 268.

6182.

Szöllösi, Dagmar: 1. Kolloquium zur Geschichte der Technik in Sachsen. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 155.

6183.

Thole, Günther: Internationales Kolloquium "Geopolitische und strategische Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise" am 28. und 29. März 1989 in Alger. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 5, S. 936 - 938.

6184.

William Petty - Vater der politischen Ökonomie : Protokoll eines wiss. Kolloquiums d. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Sekt. Wirtsch.wiss. u. d. Hochsch. f. Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin am 5. Nov. 1987 in Halle/S. / Hrsg. von Peter Thal. - In: Arbeitsbl. Wiss.gesch., Halle/S., 21 (1988), S. 5 - 102.

6185.

Zilch, Reinhold: Zwei klassische Werke der Finanzgeschichte und Numismatik, zugänglich gemacht durch Reprints. Johann Georg Büsch, Sämtliche Schriften über Banken und Münzwesen / Hrsg. von C. D. Ebeling, Christoph Daniel unveränd. Neudr. d. Ausg. Hamburg 1824 b. Perthes u. Besser. - Vaduz (Liechtenstein): Topos-Verl., 1985. Adolph Wagner, System der Zettelbankpolitik mit besonderer Rücksicht auf das geltende Recht und auf deutsche Verhältnisse : Ein Handbuch d. Zettelbankwesens, unveränd. Neudr. d. Ausg. Freiburg i. Br. 1873. - Vaduz (Liechtenstein): Topos-Verl., 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 195 - 198.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

6186.

Flohr, Heinz: Ein Dorf im Spiegel der Jahrhunderte : Ortsgeschichte d. Gemeinde Darlingerode. Ein histor. Überblick von d. Anfängen d. Besiedlung bis zum Verfall d. feudalen Gesell-

schaftsordnung. - Darlingerode : Rat d. Gemeinde, 1985. - 88 S. : Ill. Kt.

6187.

Flohr, Heinz: Ein Dorf im Spiegel der Jahrhunderte : Ortsgeschichte d. Gemeinde Darlingerode. Ein histor. Überblick vom Beginn der kapitalistischen Entwicklung bis zur Gegenwart. - Darlingerode : Rat der Gemeinde, 1986. - 100 S., : Ill.

6188.

Foner, Philip S.: Die amerikanische Arbeiterbewegung von der Kolonialzeit bis 1945. - Berlin: Dietz, 1990. - 352 S.

6189.

König Gerhard: Uhren und Uhrmacherei in Berlin : Geschichte d. Berliner Uhren u. Uhrmacher 1450 - 1900. - Berlin : Gesellsch. für Heimatgesch. u. für Denkmalpflege Berlin im Kulturbund d. DDR, 1988. - 100 S. : Ill. - (Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins ; 24).

6190.

Kremling, Lothar: 400 Jahre Elbbrücken bei Dessau-Roßlau. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 34 (1987) 4, S. 623 - 633 : Ill., Kt.

6191.

Kutzsche, Karl: Ein fast vergessenes Handwerk : Röhrenbohrer. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 35 (1989) 6, S. 264 - 265 : Ill.

6192.

Rathmann, Lothar: Die ökonomischen Beziehungen Deutschlands zum asiatischen Territorium des Osmanischen Reiches bis in die Mitte der achtziger Jahre. - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 38 (1989) 6, S. 562 - 569 : Tab.

6193.

Rehbein, Elfriede: Die Eisenbahn auf fünf Kontinenten. - Leipzig : Ed. Leipzig, 1988. - 216 S. : Ill. - (Aus Verkehrs- und Kulturgeschichte).

6194.

Rösel, Konrad: Milch- und Butterwirtschaft in Sachsen : Aus d. Arb. d. Frau bis 1945. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 35 (1989) 6, S. 266 - 272 : Ill.

6195.

Steinwasser, Fritz: Berliner Post : Ereignisse und Denkwürdigkeiten seit 1237. - Berlin : Verl. für Verkehrswesen, 1988. - 568 S. : Ill., Kt., Tab.

- 500

6196.

Andrassy, Petra: Früher Handel und Fernhandel bei den Alten Ägyptern. - In: Altertum, Berlin, 35 (1989), 4, S. 205 - 213 : Ill.

6197.

Funck, Bernd: Der Handel im späten Babylonien. - In: Altertum, Berlin, 35 (1989) 4, S. 214 - 221 : Ill.

6198.

Kluwe, Ernst: Zur Entwicklung, Rolle und Struktur des Handwerks in der griechischen Polis. - In: Ethnogr.-archäol. Z., Berlin, 29 (1988) 4, S. 571 - 597 : Ill.

6199.

Mikołajczyk, Ireneusz: Bienenzucht bei Varro, Vergil und Columella. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ., Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 37 (1988) 2, S. 16 - 20.

6200.

Musiolek, Peter: Handwerker, ihre Arbeit und ihre Stellung in der griechischen und römischen Gesellschaft. Alison Burford, Künstler und Handwerker in Griechenland und Rom. - (Kulturgeschichte der antiken Welt ; 24). - Mainz (Rhein): Verl. Philipp von Zabern, 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 205 - 208.

6201.

Njammasch, Marlene: Das Handelsimperium der Satavahanas im 1. bis 3. Jh. u. Z. - In: Altertum, Berlin, 35 (1989) 4, S. 232 - 240 : Ill.

6202.

Rink, Bernhard: Municipale Oberschichten Italiens im 2. und 1. Jh. v. u. Z. Les "Bourgeoisies" Municipales Italiennes aux II^e et I^{er} siècles av. J.-C. - (Colloques Internationaux du Centre National de la Recherche Scientifique, 609, Sciences Humaines). - Paris ; Naples: Ed. du Centre National de la Recherche Scientifique, 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 209 - 213.

6203.

Saprykin, A. Ju.: Tempelkomplexe im Pontischen Kappadokien. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 119 - 148.

6204.

Veenhof, Klass R.: Prices and trade : The Old Assyrian evidence. - In: Alt-oriental. Forsch., Berlin, 15 (1988) 2, S. 243 - 263.

500 - 1789

6205.

Arnold, Paul: Kurfürst August und das Sächsische Münzwesen. - In: Beiträge zur Kulturgeschichte. - Dresden : Rat d. Bez. Dresden, Abt. Kultur; Kulturakad. d. Bez. Dresden, 1986, S. 13 - 25 : Ill. - (Dresdner Hefte ; 86,4).

6206.

Boblenz, Frank: Bedingungen und Wirkungen des antifeudalen Klassenkampfes im stollbergischen Amt Hayn 1625 - 1635. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 5, S. 73 - 83 : Kt., Tab.

6207.

Böcker, Heidelore: Haldensleben im Brennpunkt feudalherrlicher Machtansprüche. - In: Jschr. Kreismuseum

Haldensleben, Haldensleben, 28
(1987), S. 24 - 32.

6208.

Bräuer, Helmut: Gesellen im sächsischen Zunft Handwerk des 15. und 16. Jahrhunderts. - Weimar : Böhlau, 1989. - 244 S. - (Regionalgeschichtliche Forschungen).

6209.

Ebner, Herwig: Österreichische Bergbaustädte und Bergmärkte im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 57 - 72.

6210.

Enders, Lieselott: Bauern und Feudalherrschaft der Uckermark im absolutistischen Staat. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 13 (1989), S. 247 - 283.

6211.

Harnisch, Hartmut: Die Landgemeinde in der Herrschaftsstruktur des feudalabsolutistischen Staates : Dargestellt am Beispiel von Brandenburg-Preußen. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 13 (1989), S. 201 - 245.

6212.

Herzog, Jürgen: Die Entwicklung der sächsischen Grundherrschaft Lampertswalde zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 73 - 93 : Tab.

6213.

Kluge, Bernd; Stoll, Hans-Joachim: Der Münzschatz von Gnoi, Kreis Teterow. - In: Bodendenkmalpflege Mecklenb., Berlin, 1987 (1988), S. 237 - 246 : Ill.

6214.

May, Walter: Die Oberlandbaumeister Matthäus Daniel Pöppelmann und Johann Christoph Knöffel. - In: Jb. Gesch. Dresdens, Dresden, 1986 (1985), S. 47 - 56.

6215.

Quitzzsch, Rudolf: Bäuerliche Kultur am Altenberger Fürstenhof im 17. und 18. Jahrhundert. - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 31 (1988), S. 113 - 145 : Ill.

6216.

Schmidt, Georg: Agrarkonflikte und Territorialisierung : Beobachtungen zum bäuerl. Widerstand in einer "bess." Region. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 39 - 56.

6217.

Steguweit, Wolfgang: Der Groschenfund von Nordhausen 1985 (um 1407). - In: Alt-Thüringen, Weimar, 24 (1989), S. 221 - 245 : Ill.

6218.

Stiegler, Elke: Die Durchsetzung des Buchverlages in Wittenberg (1522 bis 1533). - In: Marginalien, Berlin, Weimar (1988) 3, S. 39 - 48.

6219.

Voigt, Gerlinde: Studien zur Lage und zum Kampf der Bauern vom 12. bis 15. Jahrhundert : Untersuch auf d. Territorium d. heutigen Bezirke Halle und Magdeburg. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 7 - 13.

6220.

Wurlitzer, Bernd: Historische Werkstätten / Mit Fotos vom Autor. - Berlin : Verl. Die Wirtschaft, 1989. - 256 S. : Ill., Reg.

6221.

Zimmer, Detlef: Einige Bemerkungen zur Stellung der ländlichen Arbeiterschaft vom Ausgang des Feudalismus bis zur vollen Entfaltung des Imperialismus : Eine Fallstudie zum Rittergut Gleina. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 47 - 60.

6222.

Ackermann, Kurt; Schöppe, Ernst: Der Bau der Leipzig-Dresdner Eisenbahn und seine Auswirkungen auf das Bauingenieurwesen im 19. Jahrhundert. - In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, Dresden, 38 (1989) 5/6, S. 231 - 236 : Ill.

6223.

Bahnert, Wolfgang: Vom Heizhaus der Leipzig-Dresdner-Eisenbahn zum Bw Leipzig Hbf. Süd : 150 Jahre Bahnbetriebswerk Leipzig Hbf. Süd 1837 - 1987. - Leipzig : Bw Leipzig Hbf. Süd, 1986. - 46, 47 S. : Ill.

6224.

Baldauf, Günter: Der Eisenbahnviadukt in Hetzdorf. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 181 - 183 : Tab.

6225.

Baumgart, Inge; Benneckenstein, Horst: Die Deutsche Bank in der europäischen Erdölwirtschaft vor 1914. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, S. 45 - 60.

6226.

Bertz, Thomas: Der sächsisch-preußische Elbhandel im 18. Jahrhundert. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 94 - 101.

6227.

Brunner, Reinhold: Zu einigen Aspekten der Großgrundbesitzer am Beispiel des Brandenburgischen Provinziallandtages 1871 - 1898. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 93 - 97.

6228.

Brunner, Reinhold; Laubner, Jürgen: Forschungen zur Geschichte der Junker/Großgrundbesitzer und der Bauern/Landarbeiter. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 131 - 134.

6229.

Buchheim, Gisela: Zur Gründung technischer Vereine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. - In: Dresdener Beitr. Gesch. Technikwiss., Dresden, 13 (1987), S. 4 - 10 : Tab.

6230.

Buchsteiner, Ilona: Zur sozialökonomischen Struktur mecklenburgischer Gutswirtschaften von 1871 - 1914. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 36 (1987) 10, S. 36 - 49 : Tab.

6231.

Etzold, Heike: Probleme bei der Wärmeenergiegewinnung am Vorabend der industriellen Revolution in Preußen. - In: Jb. Wirtschaftsgesch. Berlin, (1989) 4, S. 77 - 118 : Tab.

6232.

Fengler, Heinz: Eine geldgeschichtliche Betrachtung zu den Obligationen des ehemaligen Königreichs Westphalen. - In: Berliner numismat. Forsch., Berlin, 3 (1989), S. 91 - 103 : Ill.

6233.

Frotzscher, Stefan: Zur Geschichte der Elektrometallurgie in Coswig. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 150 - 154 : Ill., Tab.

6234.

Gießmann, Ernst-J.: Der Einfluß der Entwicklung von Natur- und Technikwissenschaften auf die Ausbildung landwirtschaftlicher Fachkräfte im 19. Jh. - In: Dresdener Beitr. Gesch. Technikwiss., Dresden, 17 (1989), S. 56 - 79.

6235.

Gottberg, Achim: Ansichten Marats in Selbstzeugnissen, gewissenhaft ediert und kommentiert. Jean Paul Marat, Ich bin das Auge des Volkes : Ein Portrait in Reden u. Schriften / Hrsg. von Aglaia I. Hartig. - (Wagenbachs Taschenbücherei, 148). - Berlin (West): Klaus Wagenbach, 1987. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, S. 183 - 185.

6236.

Karge, Wolf: Organisation der mecklenburgischen Industrie-, Handels- und Bankbourgeoisie zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 116 - 126.

6237.

Kieling, Uwe: Berliner Privatarchitekten und Eisenbahnbaumeister im 19. Jahrhundert : Biographisches Lexikon. - Berlin : Berliner Bezirksvorstände d. Gesellsch. für Heimatgesch. u. für Denkmalpflege im Kulturbund d. DDR, 1988. - 88 S. : Ill., Kt.

6238.

Kieselbach, Andreas: "Welpost und Luftschiffahrt" - ein Beitrag des deutschen Generalpostmeisters Heinrich von Stephan zur Luftfahrtforschung des 19. Jahrhunderts. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 470 - 475.

6239.

Kröber, Lona: Die Glasfabrik Breitenstein, Kreis Sangerhausen, von 1834 - 1929. - In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 9 (1988), S. 54 - 60 : Ill.

6240.

Kuczynski, Jürgen: Eine liebevolle Bebel-Biographie. Brigitte Seebacher-Brandt, Bebel : Känder und Kärner im Kaiserreich. - Berlin (West)/ Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 1988. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 179 - 181.

6241.

Lagatz, Uwe: Veränderungen in der Landwirtschaft der Grafschaft Wernigerode an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 16 (1989) T. 1, S. 165 - 168.

6242.

Lange, Roland: Überblick über die Entwicklung der Industrie in Zeulenroda vom 19. Jahrhundert bis 1918.

- In: Jb. Museum Hohenleuben Reichenfels, Hohenleuben, 32 (1987), S. 57 - 67.

6243.

Laubner, Jürgen: Zur Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des Junkertums gegen die werktätige Landbevölkerung : Das Beisp. Schlesien zwischen Reichsgründung u. Nov.revolution. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle/Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 85 - 92 : Tab.

6244.

Lehmann, Karin: Zu den Einflüssen der Inflation auf die Lebensweise der Bevölkerung und auf die Verwirklichung wirtschaftspolitischer Konzepte. Die Anpassung an die Inflation / Hrsg. von Gerald D. Feldman u. a. - Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 67 : Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914 - 1924. - Berlin (West), New York, de Gruyter, 1986. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 175 - 177.

6245.

Missbach, Peter: Heinrich von Stephans Unterstützung weltwirtschaftlicher und kolonialer Expansion durch Reichspost-Dampferlinien. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 464 - 670.

6246.

Moritz, Marina: Dörfliches Gemeinschaftsleben und Familie : Untersucht für zwei Südthüringische Kirchspiele (1795 - 1815). - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 31 (1988), S. 65 - 79.

6247.

Müller, Frank; Quinger, Wolfgang: Mit Dampf und Schaufelrad auf der Oberelbe. - Berlin : Transpress, 1988. - 176 S. : Ill., Kt.beil., Tab.

6248.

Müns, Heike: Sozialökonomische Entwicklung und Brauchwandel : Untersucht an den Jahresbräuchen d. meck-

lenburg. Dorfes im 19. Jh. - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 31 (1988), S. 81 - 112.

6249.

Nussbaum, Helga: Inwiefern wurde der deutsche Bauer manipuliert? : Zu einigen objektiven Voraussetzungen mögl. oder unmögl. Bündnispol. vor d. ersten Weltkrieg. - In: Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 214 - 226 : Tab.

6250.

Pichl, Peter: Zum historischen Ablauf des räumlichen Vergesellschaftungsprozesses in der Energiewirtschaft : Dargestellt am Beisp. Thüringens bis 1945. - In: Petermanns Geogr. Mitt., Gotha, Leipzig, 133 (1989) 2, S. 107 - 113.

6251.

Püschner, Manfred; Zilch, Reinhold: Soziale Konstituierung der Berliner Bourgeoisie in der ersten Hälfte des 19. Jh. (16. September 1988 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 277 - 279.

6252.

Rachold, Jan: "Brüder, reicht die Hand zum Bunde! ...". Ulrich im Hof, Das gesellige Jahrhundert : Gesellschaft u. Gesellschaften im Zeitalter d. Aufklärung. - München : Beck, 1982. Richard van Dülmen, Die Gesellschaft der Aufklärer : Zur bürgerl. Emanzipation u. aufklärerischen Kultur in Dtl. - Frankfurt/M., Fischer Taschenbuch Verl., 1986. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 187 - 194.

6253.

Rasch, Heinz: Kinderarbeit und Schule in Albernau/Erzgebirge im Jahre 1846. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 167 - 170 : Ill.

6254.

Rehbein, Elfriede: Die erste deutsche Ferneisenbahn von Leipzig nach Dresden feiert ihr 150jähriges Jubiläum. - In: Jb. Gesch. Dresdens, Dresden, 1989 (1988), S. 68 - 72.

6255.

Rehbein, Elfriede: Verkehrspolitische Grundsätze der deutschen Reichsregierung in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts (unter besonderer Berücksichtigung der Eisenbahn). - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 441 - 448 : Tab.

6256.

Scheibner, Helmut: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung im westsächsischen Steinkohlenbergbau : Karl Marx, Friedrich Engels u. d. sächs. Bergarbeiter. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 35 (1989) 6, S. 243 - 248 : Ill.

6257.

Schlicker, Wolfgang: Schwerindustrie und Wissenschaftsentfaltung : Der Aufschwung d. Eisenhüttenkd. u. d. Verein Dt. Eisenhüttenleute (VDEh) im späten 19. Jahrhundert. - In: Dresdener Beitr. Gesch. Technikwiss., Dresden, 13 (1987), S. 11 - 29.

6258.

Schmiale, Bernd: Von der Philipp Holzmann & Cie. in der asiatischen Türkei projektierte und realisierte Bewässerungssysteme (1900 - 1914). - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 38 (1989) 6, S. 612 - 619.

6259.

Schötz, Susanne: Zur Konstituierung "kleiner" Selbständiger während der bürgerlichen Umwälzung in Leipzig : Ein Beitr. zur messstädt. Sozialgesch. - In: Jb. Gesch., Berlin, 38 (1989), S. 39 - 94 : Ill., Tab.

6260.

Schubert, Michèle: Frauen im sächsischen Armenwesen. (1848/49 - 1871). - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 165 - 167.

6261.

Stein, Volker: Zu den Etappen der Bildung einer einheitlichen national-staatlichen Verwaltung des deutschen Nachrichtenwesens Ende des 19. Jahrhunderts und der Rolle Heinrich von Stephans in diesem Prozeß. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 457 - 463.

6262.

Sternkiker, Edwin: Die preußische Rentenbank und die Verwendung der Ablözungskapitalien in Preußen nach 1850. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 61 - 75 : Tab.

6263.

Stulz, Percy: Konstituierung der Bourgeoisie im Verhältnis zur Arbeiterklasse (9. Dezember 1988 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 273 - 276.

6264.

Ulbricht, Johann Ferdinand: Geschichte der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen : Denkschrift / Johann Ferdinand Ulbricht. - Reprint d. Orig.-Ausg. Dresden 1889 / mit e. Nachwort u. Bildt., hrsg. von Rolf Steinicke. - Leipzig : Zentralantiquariat der DDR, 1989. - 147, 116 S. : 54 Ill.

6265.

Vom Gedanken zur Wirklichkeit : Dokumente zur ersten dt. Ferneisenbahn von Leipzig nach Dresden; 1833 - 1839 / Hrsg. von Rolf Bayer. - Fas.ausg. - Berlin : Transpress, 1989. - 200 S. : Ill.

6266.

Wehner, Heinz: Nachrichtenverkehrsstrategien im Umbruch vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus : Zum Wirken Heinrich von Stephans im preuß.-dt. Post- u. Fernmeldewesen. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 35 (1988) 3, S. 427 - 441 : Tab.

6267.

Wernicke, Kurt: Berliner Arbeiter 1848 : Vorkämpfer für verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit. - In: Berliner Arb.bew., Berlin, 16 (1989) S. 77 - 95 : Ill.

6268.

Wozel, Heidrun: Dresdner Handwerks-gesellen. Materialien zu ihrer Lebensweise (1793 - 1830). - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 31 (1988), S. 41 - 64.

6269.

Zur Geschichte der Ingenieurausbildung und des Ingenieurberufes (1) /Wiss. Red.: Gisela Buchheim .../. - Dresden : Technische Univ. Dresden, 1989. - 96 S. - (Veröffentlichungen der Technischen Universität Dresden). - (Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften).

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

6270.

Aus der Geschichte unseres Betriebes : VEB Berliner Reifenwerk / Hrsg. von d. Betriebsparteiorganisation d. SED, d. Gewerkschaftsorganisation u. d. FDJ-Grundorganisation d. VEB Berliner Reifenwerk. - Berlin : Reifenwerk, 1986, - 72 S. : Ill.

6271.

Chronik : Entwicklung d. VEB Gebäudewirtschaft Staßfurt von d. Anfängen bis 1986. - Staßfurt : SED-Parteileitung d. Betriebes, 1986. - 55 S. : Ill.

6272.

Czesnick, Sigrid: Demokratische Bodenreform im Gebiet des heutigen Kreises Wolgast von 1945 bis 1952. - In: Wolgast-Buch, Wolgast, 3 (1986), S. 15 - 27 : Ill.

6273.

Falk, Waldtraud: Vom Werdegang sozialistischer Planwirtschaft in der DDR. - In : Wiss. Z. Humboldt-Univ.

Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin,
38 (1989) 10, S. 1011 - 1019.

6274.

Fege, Berthold; Gringmuth, Werner;
Schulze, Günter: Die Hauptstadt Ber-
lin und ihre Wirtschaft. - Berlin :
Verl. Die Wirtschaft, 1987.
- 239 S. : Ill., Kt., Tab.

6275.

Felber, Christina; Töpfer, Frank-
Rainer: 10 Jahre Wirtschaftsreform
in der VR China (1978 - 1988) :
Stand, Probleme, Perspektiven.
- In: Asien, Afrika, Lateinamerika,
Berlin, 17 (1989) 4, S. 611 - 622
: Tab.

6276.

Geschichte des Betriebes Tastomat
Eggersdorf. 1. Von der Gründung bis
zum Einzug in den Neubau : 1968
- 1973. - Eggersdorf: Betriebsge-
schichtskomm. Tastomat, 1986.
- 37 S. : Ill.

6277.

Harnisch, Karla: Wirtschaftspolitik
der SED und sozialistische Rationali-
sierung (1965 bis 1970). - In: Beitr.
Gesch. Arb.bew., Berlin, 31 (1989)
5, S. 692 - 703.

6278.

Hermann, Frank: Der Malik-Verlag als
"Wirtschaftsunternehmen". - In: Mar-
ginalien, Berlin; Weimar, (1988) 4,
S. 1 - 26 : Tab.

6279.

Hesse, Dieter: Das Grubenrettungs-
und Gasschutzwesen in der DDR :
Entwicklung, Stand u. künftige
Anforderungen. - In: Neue Bergbau-
technik, Leipzig, 19 (1989) 5,
S. 162 - 167 : Ill.

6280.

Hümmler, Heinz; Leonhardt, Rolf:
Zur Bündnispolitik der SED mit
Genossenschaftsbauen, Handwerkern
und Gewerbetreibenden 1971 - 1986.
- In: Z..Gesch.wiss., Berlin, 37
(1989) 9, S. 771 - 781 : Tab.

6281.

Kirsch, Günter: Sozialistische Produk-
tionsverhältnisse - Grundlage unseres
Staates : Zur Umwandlung von Be-
trieben mit staatlicher Beteiligung,
privaten Industrie- u. Baubetrieben
u. industriemäßig produzierenden PGH
im Bezirk Dresden. - In: Jb. Gesch.
Dresdens, Dresden, 1989 (1988),
S. 28 - 35.

6282.

Kirsch, Günter: Zur Umwandlung von
Betrieben mit staatlicher Beteiligung,
privaten Industrie- und Baubetrieben
und industriemäßig produzierenden PGH
im ersten Halbjahr 1972 im Bezirk
Dresden. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch.
"Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dres-
den, Gesellsch.-wiss. R., Dresden, 21
(1987), S. 89 - 100 : Tab.

6283.

Klein, Angelika: Der Sieg der sociali-
stischen Produktionsverhältnisse auf
dem Lande unter der Führung der Ar-
beiterklasse und ihrer marxistisch-
leninistischen Partei im Bezirk Halle.
- In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ.
Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R.,
Halle/S., 38 (1989) 3, S. 121 - 126.

6284.

Könnemann, Erwin: Die Durchführung
der demokratischen Bodenreform in
der Provinz Sachsen. - In: Wiss. Z.
Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg,
Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989)
3, S. 107 - 116.

6285.

Mühlboch, Anette: Zur Entwicklung
eines Instrumentariums zur Leitung und
Planung wissenschaftlich-technischer
Aufgaben in der Industrie der DDR.
- In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin,
Gesellsch.wiss. R., Berlin, (1989) 10,
S. 1028 - 1034.

6286.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wießner, Klaus:
Die Geschichte der Industrie der DDR
bis 1965. - Berlin : Akademie-Verl.,
1989. - 346 S. - (Forschungen zur
Wirtschaftsgeschichte ; 25).

6287.

Nakath, Detlef: Zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD (1961 - 1968). - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellschaftswiss. R., Berlin, 38 (1989) 10, S. 1051 - 1058.

6288.

Ottofüllung, Frank: Die Zusammenarbeit der SED mit der CDU und LDPD zur Festigung der Ergebnisse der Bodenreform (Sept. 1947 bis Frühjahr 1948). - In: Beitr. Gesch. Arb.bew. Berlin, 31 (1989) 5, S. 630 - 643.

6289.

Partisch, Gudrun: Zu den Anfängen gewerkschaftlicher Arbeit unter den werktätigen Frauen in der sowjetischen Besatzungszone. - In: Mitt.bl. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um d. Befreiung d. Frau", Leipzig, (1989) 3, S. 29 - 39.

6290.

Preuß, Ruth: 30 Jahre PGH Schneeberger Klöppelspitze. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 35 (1989) 6, S. 272 - 273 : Ill.

6291.

Roesler, Jörg: Die Entwicklung der Hauptstädte der europäischen RGW-Länder als nationale Industriezentren vom Vorabend des zweiten Weltkrieges bis zum Ende der sechziger Jahre. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 33 (1989), S. 165 - 184.

6292.

Schellbach, Artur: Das Neubauernprogramm und seine Verwirklichung im ehemaligen Land Sachsen-Anhalt. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellschaftswiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 117 - 120.

6293.

Schlegel, Joachim; Lietzmann, Klaus-Dieter; Zwicker, Werner: Zur Geschichte und Gegenwart der Besteck-

Herstellung im Erzgebirge. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 4, S. 145 - 149 : Ill.

6294.

Schubert, Karl-Heinz; Rappe, Gerda; Horsch, Holger: Heckert-Werker machen Geschichte : Betriebsgeschichte d. VEB Werkzeugmaschinenkombinat "Fritz Heckert" Karl-Marx-Stadt, Stammbetrieb ; 1885 bis 1985 / Hrsg. von d. Betriebsparteiorganisation d. SED. - Berlin : Verl. Tribüne, 1987. - 294 S. : Ill.

6295.

Spitzkat, Heinz: Aufgaben und Erfahrungen internationaler ökonomischer Organisationen der Mitgliedsländer des RGW bei der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellschaftswiss. R., Berlin, 38 (1989) 10, S. 1035 - 1040 : Tab.

6296.

Trebge, Friedrich Wilhelm: Geschichte der AWG "Glück auf" Hohenleuben : Ein Beitr. zur Erfüllung d. Wohnungsbauprogramms d. SED - In: Jb. Hohenleuben, 32 (1987) S. 6 - 14 : Ill.

6297.

Zeising, Kurt: Der Zweijahrplan 1949/50 im VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck : Beginn d. Planwirtschaft. vor 40 Jahren. - In: Mansfelder Heimatbl., Eisleben, 8, 1988 (1989), S. 28 - 32.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

6298.

Arendt, Jürgen: Weibliche Angestellte in der Weimarer Republik. - In: Mitt.bl. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um die Befreiung d. Frau", Leipzig, (1987) 2, S. 13 - 20.

6299.

Arendt, Hans Jürgen: Zur proletarischen Frauenbewegung in Berlin in den Jahren 1929 - 1933. - In: Mitt.bl.

Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um d. Befreiung d. Frau", Leipzig, (1989) 3, S. 16 - 22.

6300.

Birk, Gerhard: Ein düsteres Kapitel Ludwigsfelder Geschichte, 1936 - 1945 : Entstehung u. Untergang d. Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerke Genshagen, Ludwigsfelde. - Ludwigsfelde : Arb.-kreis Heimatgesch., Ortschronik beim Rat d. Stadt, 1986. - 51 S. : Ill., Kt.

6301.

Blohm, E.: Die Handelsflotte in der faschistischen deutschen Seekriegskonzeption. - In: Militärwesen, Berlin, 33 (1989) 12, S. 32 - 38 : Tab.

6302.

Elsner, Lothar; Lehmann, Joachim: Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus 1900 bis 1985. - Berlin : Dietz Verl., 1988. - 411 S.

6303.

Eschke, Doris: Strategie und Politik der EG gegenüber den Entwicklungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 5, S. 797 - 810.

6304.

Friedrich, Monika: Deutsche Kapitalinteressen und Bank Misr 1920 - 1939. - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R., Leipzig, 39 (1989) 6, S. 640 - 645.

6305.

Haikal, Abdel Fattah: Die Rolle des kaiserlichen Deutschlands bei der finanziellen Verklavung Ägyptens vom Ende des 19. bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 38 (1989) 6, S. 634 - 639.

6306.

Hessel, Manfred: Die "Reichsverkehrsgruppe Seeschiffahrt" und ihre Rolle bei der Vorbereitung des Aggressionskrieges 1939 - 1945. - T. 2. - In: Panorama marit., Rostock, 23 (1988), S. 26 - 32 : Tab.

6307.

Jatzlauk, Wolfram: Einhundert Jahre deutsches Kapital in Südafrika - eine Bilanz. - In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 38 (1989) 6, S. 582 - 589 : Tab.

6308.

Koch, Heinz: Landständige Verfassung, Landesverwaltung und Großgrundbesitzer in Mecklenburg-Schwerin vor der Novemberrevolution 1918/19. - Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 36 (1987) 10, S. 54 - 62.

6309.

Kukla, Dietrich: Das Notgeld von Angermünde (1923 - 1924). - Angermünde : Kulturbund d. DDR, Gesellsch. für Heimatgesch., Fachgruppe Numismatik, 1986. - 7 S. : Ill.

6310.

Landau, Zbigniew: Die Lebendigungen der Arbeiterbevölkerung in Polen 1918 bis 1939. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 4, S. 25 - 43.

6311.

Lehmann, Joachim; Stutz, Reno: Ausländische Arbeitskräfte in Mecklenburg während der faschistischen Diktatur 1933 bis 1939. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 36 (1987) 10, S. 75 - 85 : Tab.

6312.

Mietschke, Arno: Die Angestellten in der Weimarer Republik : Einige sozialgesch. Anmerkungen zum Beitr. von Werner Bramke. - In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 37 (1989) 5, S. 426 - 430.

6313.

Polzin-Walter, Jutta: Der Einfluß des japanischen Finanzkapitals auf die internationalen monetären Beziehungen. - In: IPW-Ber., Berlin, 18 (1989) 5, S. 30 - 36 : Tab.

6314.

Schröder, Uwe: Faschistische Kriegsvorbereitung im Regierungsbezirk Stettin : Regionalgeschichtliche Aspekte zur Aufrüstung d. dt. Imperialismus. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1989) 4, 9 - 24 : Tab.

6315.

Seypt, Uwe: Einige Aspekte des Kampfes der KPD-Fraktion im Preußischen Landtag für die Rechte der werktätigen Landbevölkerung im Zeitraum der 2. Wahlperiode (1925 - 1928). - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 38 (1989) 3, S. 99 - 106.

6316.

Stebner, Peter: Wirtschaftliches Wachstum in Japan durch Anpassung an veränderte Reproduktionsbedingungen. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 2, S. 47 - 51 : Tab.

6317.

Weber, Mathias; Belitz, Heike: Harter Kampf um "weiche Ware" : Softwarestrategien d. Monopole. - Berlin : Verl. d. Wirtschaft, 1989. - 248 S. : Tab., Ill.

6318.

Weiß, Rainer: Die größten Industrie-konzerne in Westeuropa im Kampf um Führungspositionen im künftigen EG-Binnenmarkt. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 2, S. 62 - 64 : Tab.

6319.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und ökonomisches Wachstum in den kapitalistischen Hauptländern / Autorenkoll. unter Leitung und Helmut Zschocke. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 2, S. 10 - 15 : Tab.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

6320.

Güttler, Wolfgang; Walter, Hans-Ulrich; Weidnitzer, Eva: Einige Grundprobleme des Wirtschaftswachstums und gesellschaftlicher Fortschritt in den arabischen Staaten. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 4, S. 633 - 644.

6321.

Jacob, Eleonore: Zur Entwicklung des Arbeitsvermögens in der DVR Algerien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 4, S. 645 - 655 : Tab.

6322.

Klein, Ingo: Die Schwellenländer Ost- und Südasiens in der internationalen Arbeitsteilung. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 5, S. 835 - 845 : Tab.

6323.

Thole, Günther; Erler, Petra: Asiatische Schwellenländer - neue Konkurrenten auf dem kapitalistischen Elektronikmarkt : Bemerkungen u. Ergänzungen zum Beitr. von Ingo Klein. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 17 (1989) 4, S. 602 - 610.

- Braeuer, Walter, Prof. Dr., geb. 1906, Reinbek.
- Buchsteiner, Ilona, Dr. phil., geb. 1948, wissenschaftliche Assistentin, Sektion Geschichte, Universität Rostock.
- Enders, Lieselott, Dr. phil., Diplomarchivar, geb. 1927, Potsdam.
- Florath, Bernd, Dr. phil., geb. 1954, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für deutsche Geschichte, Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. sc. phil., geb. 1934, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Held, Wieland, Dr. sc. phil., geb. 1939, Sektion Geschichte, Universität Leipzig.
- Kačarkova, Vera, Dr., geb. 1936, Dozent, Institut für Balkanforschungen der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia.
- Kopejtko, Vladimír, PhDr. CSc., geb. 1947, Konsultant, ÚV KSC, Prag.
- Lobmeier, Kornelia, Dr. phil., geb. 1960, Oberassistentin, Militärgeschichtliches Institut Potsdam.
- Müller, Dieter, Diplom-Anglist/Amerikanist, geb. 1933, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für deutsche Geschichte, Berlin.
- Nikova, Gospodinka, Dr., geb. 1946, Institut für Geschichte der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia.
- Peters, Jan, Prof. Dr. sc. phil., geb. 1932, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Scholze, Renate, Diplomökonom, geb. 1955, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Steiner, André, Dr. oec., geb. 1959, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Urban, Wolfgang, Dr. phil., geb. 1953, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Zilch, Reinhold, Dr. oec., geb. 1952, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für deutsche Geschichte, Berlin.

39 (1989) 6, S. 648 - 649.

6302.

Häsel, Axel/Pattab: Die Rolle des Katholizismus in Deutschland bei der Dekolonisation Vorkolonien Ägypten vor Ende des 19. bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. - In: Wia. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellschaftsw. B., Leipzig, 18 (1989) 6, S. 634 - 639.

6303.

Häsel, Manfred: Die "Reichswehrgruppe Seeschiffahrt" und ihre Rolle bei der Vorbereitung des Agassiz-Krieges 1939 - 1945. - T. 1. - In: Panorama marit., Rostock, 23 (1989), S. 36 - 32. Tab.

6312.

Wissenschaftlich-technische Fortschritt, Kapazitätsleistungen und Wirtschaftswachstum in der kapitalistischen Weltwirtschaft. - In: Wia. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellschaftsw. B., Leipzig, 18 (1989) 6, S. 610 - 612. Tab.

6313.

Palin-Walton, Jutta: Der Einfluß des japanischen Merkantilismus auf die internationalen maritimen Beziehungen. - In: IPW-Ber., Berlin, 18 (1989) 5, S. 39 - 36. Tab.

- Лизелотт Эндерс, Крестьяне и феодалы в маркграфстве Бранденбург с 13-ого по 18-ое столетие. Проблемы и результаты сплошного исследования на примере Уккермарка
- Виланд Хельд, Свинец и древесина для заальфельдской горной промышленности в середине 16-ого столетия. Проблемы снабжения небольшого района
- Корнелия Лобмайер, Положение мелких крестьян и крестьян-середняков в округе Хемниц в период с 1925 по 1933 г.
- Владимир Копейтко, Кризис сельского хозяйства в Чехословакии с 1929 по 1934 г.
- Фердинандо Галиани о доходах от денежного капитала в своей работе "Della Moneta libri cinque" (1751 г.), V-ая книга "Del Frutto della Moneta". (Переведена на немецкий язык Вальтером Бройером)
- Ян Петерс, Своенравие и сопротивление в быту. Защитные реакции восточноэльбских крестьян под напором рефеодализации
- Илона Бухштайнер, О понятии "юнкер" в литературе ГДР 80-ых годов
- Господинка Никова/Вера Качаркова, Болгарские исследования по экономической истории Болгарии
- Хартмут Харниш, Аграрные реформы в Германии как тема исследований
- Бернд Флорат, Дебаты по вопросу социологии религии Макса Вебера
- Райнхольд Цильх, Финансовая политика рейха перед первой мировой войной
- Вольфганг Урбан, Живое представление протеста нижних слоев X-ый международный конгресс историков-экономистов (с 20-ого по 24-ое августа 1990 г. в Лёффе)
- Андре Штайнер/Ренате Шольце, VIII-ой коллоквиум историков-экономистов Венгерской Республики и Германской Демократической Республики (с 29-ого мая по I-ое июня 1990 г. В Цойтене)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 38-ой выпуск (Дитер Мюллер)

- Lieselott Enders, Peasants and lords in the Mark Brandenburg between the 13th and 18th centuries. Problems and results of research on a regional scale by way of example of the Uckermark
- Wieland Held, Lead and wood for mining near Saalfeld in the middle of the 16th century. Problems of supply in a small district
- Kornelia Lobmeier, The conditions of small and middle peasants in the Kreishauptmannschaft of Chemnitz between 1925 and 1933
- Vladimír Kopejtko, The agricultural crisis in Czechoslovakia between 1929 and 1934
- Ferdinando Galiani on the profits from monetary capital in his work "Della Moneta" (1751), volume V: "Del Frutto della Moneta". (Translated into German by Waiter Braeuer)
- Jan Peters, Obstinacy and resistance in every-day life. Defensive measures of East-Elbian peasants against refeudalization
- Ilona Buchsteiner, On the term "Junker" in GDR literature of the 1980s
- Gospodinka Nikola/Vera Kačarkova, Bulgarian research into the country's economic history
- Hartmut Harnisch, Agrarian reforms in Germany as an object of research
- Bernd Florath, Debates on Max Weber's sociology of religions
- Reinhold Zilch, The Reich's financial policy before World War I
- Wolfgang Urban, A vivid description of protest in the lower classes
- 10th International Congress of Economic Historians (Aug, 20th - 24th, 1990, Leuven)
- André Steiner/Renate Scholze, 8th colloquy of economic historians of the Hungarian Republic and the GDR (May, 29th - June, 1st, 1990, Zeuthen)
- Bibliography of GDR publications on economic history, 38th instalment (Dieter Müller)

- Lieselott Enders, Paysan et seigneur féodal au Brandebourg du 13^e au 18^e siècles.
Problèmes de recherche et résultats de recherche d'une enquête spacieuse à l'exemple de l'Uckermark
- Wieland Held, Plomb et bois pour l'exploitation minière de Saalfeld dans la moitié du 16^e siècle. Problèmes de reavitaillement d'une petite région
- Kornelia Lobmeier, La situation des petits et moyens paysans dans l'arrondissement de Chemnitz entre 1925 et 1933
- Vladimír Kopejtko, La crise de l'agriculture en Tchécoslovaquie de 1929 à 1934
- Ferdinando Galiani sur les rendements du capital effectif dans son oeuvre "Della Moneta libri cinque" (1751), volume V "Del Frutto della Moneta". (Traduit en allemand par Walter Braeuer)
- Jan Peters, Obstination et résistance dans la vie de tous les jours. Conduite de résistance de paysans de la région à l'est de l'Elbe sur la pression de la réfédéralisation
- Ilona Buchsteiner, Sur la notion du hobereau dans la littérature de la R. D. A. dans les années 80
- Gospodinka Nikova/Vera Kačarkova, Des recherches bulgares sur l'histoire économique de la Bulgarie
- Hartmut Harnisch, Les réformes agraires en Allemagne en tant que thèmes de la recherche
- Bernd Florath, Débats sur la sociologie religieuse de Max Weber
- Reinhold Zilch, Politique financière du Reich avant la Première Guerre mondiale
- Wolfgang Urban, Une représentation vive de la protestation de couches inférieures
- X^e Congrès international des historiens d'économie (du 20 au 24 août 1990 à Louvain)
- André Steiner/Renate Scholze, VIII^e Colloque d'historiens de la République hongroise et de la République Démocratique Allemande (du 29 mai au 1^{er} juin 1990 à Zeuthen)
- Bibliographie de la littérature sur l'histoire économique de la R. D. A., 38^e fascicule (Dieter Müller)
- Reinhold Zilch
Einkaufspreise und Preisentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert (Dieter Müller)
- Dieter Harnisch
Neue Überlegungen zu Handel und Verkehr einer hochentwickelten Volkswirtschaft im noch ungenügend entwickelten Lebensunterhaltswirtschaft im frühen 19. Jhd. (Peter Harnisch, Studien zur Europäischen Wirtschaftsgeschichte)
- Dieter Müller
Koloniale Landwirtschaft im römischen Ägypten (Dieter Müller, The Economy of Agriculture on Roman Imperial Estates in North Africa)
- Dieter Müller
Markt im alten Griechenland (Wolfgang Müller-Wierig, Griechisches Museum, N. der Antike)
- Dieter Müller
Eine neue Geschichte Alt-Israels (Manfred Götz, Geschichte Israels)

- Lieselott Enders, El campesino y el señor feudal en la Marca de Brandeburgo desde el siglo XIII hasta el siglo XVIII. Problemas de investigación y resultados de una disquisición en el areal total de la Marca Ukania
- Wieland Held, Plomo y madera para la minería de Saalfeld a mediados del siglo XVI. Problemas de aprovisionamiento de una comarca pequeña
- Kornelia Lobmeier, La situación de los campesinos pequeños y medianos en el distrito de la capitanía general de Chemnitz entre 1925 y 1933
- Vladimír Kopejtko, La crisis de la agricultura en Checoeslovaquia desde 1929 hasta 1934
- Ferdinando Galiani acerca de las rentas del capital monetario en su obra "Della Moneta libri cinque" (1751), libro V "Del Frutto della Moneta". (Traducido al alemán por Walter Braeuer)
- Jan Peters, Obstinación y resistencia en la vida cotidiana. Comportamiento de defensa de campesinos al Este del Elba bajo la opresión por el proceso del renacimiento del feudalismo
- Ilona Buchsteiner, Acerca de la noción del hidalgo en la literatura de la R. D. A. durante los años de la ochenta
- Gospodinka Nikova/Vera Kacarkova, Investigaciones búlgaras acerca de la historia económica de Bulgaria
- Harmut Harnisch, Las reformas agrarias en Alemania como tema de la investigación
- Bernd Florath, Disputas alrededor de la sociología de religión de Max Weber
- Reinhold Zilch, La política financiera del Imperio antes de la Primera Guerra mundial
- Wolfgang Urban, Una descripción viva de la protesta de las capas bajas
- El Congreso Internacional décimo de los historiadores en economía (desde el 20 hasta el 24 de agosto de 1990 en Leuven)
- André Steiner/Renate Scholze, El Coloquio octavo de historiadores en economía de la República de Hungría y de la República Democrática Alemana (desde el 29 de mayo hasta el primero de junio de 1990 en Zeuthen)
- Bibliografía de literatura sobre historia económica de la R. D. A., suministro trigésimo octavo (Dieter Müller)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Gerda Weinberger

Konkurrenz und Zusammenarbeit von Konzernen zwischen den beiden Weltkriegen am Beispiel der IG Farbenindustrie AG

Karin Zachmann

Die Durchsetzung des kapitalistischen Fabriksystems in der deutschen Textilindustrie des 19. Jh. aus der Sicht der Verdrängung vorindustrieller Produktionsformen

Monika Sonke

Die mecklenburgische Zuckerindustrie im letzten Drittel des 19. Jh.

Horst Handke

Noch einmal: historisches Verhältnis zu den Begriffen und kritisches Verhältnis zur Geschichte (Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4 - 8)

Jürgen Kuczynski

Eine einzigartige gesellschaftliche Leistung (Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft)

Carola Möckel

Theoretische Probleme der historischen Frauenforschung (Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive)

Carola Möckel

Schlaglichter auf den Geschlechterrollendualismus im Bürgertum des späten 18. und des 19. Jh. (Bürgerinnen und Bürger)

Reinhold Zilch

Zwei Notenbankgeschichten - mehr als Firmengeschichten (Alain Plessis, La Banque de France et ses deux cents actionnaires sous le second empire; derselbe, Régents et gouverneurs de la Banque de France sous le second empire; derselbe, La politique de la Banque de France de 1851 à 1870; Richard Sidney Sayers, The Bank of England 1891 - 1944)

Reinhold Zilch

Eine wertvolle Dokumentation zum Wilhelminischen Deutschland (Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg)

Reinhold Zilch

Eine interessante Quellenedition zur deutschen Sozialpolitik im Jahre 1906 (Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches /1905 - 1914/, Bd. 2)

Hagen Fischer

Neue Überlegungen zu Handel und Verkehr unter besonderer Berücksichtigung der noch ungenügend gewürdigten Lebensmittelversorgung im antiken Rom (Peter Herz, Studien zur römischen Wirtschaftsgesetzgebung)

Volker Weber

Kaiserliche Gutswirtschaft im römischen Afrika (Dennis P. Kehoe, The Economic of Agriculture on Roman Imperial Estates in North Africa)

Detlef Rößler

Bauen im alten Griechenland (Wolfgang Müller-Wiener, Griechisches Bauwesen in der Antike)

Hans Neumann

Eine neue Geschichte Alt-Israels (Manfred Clauss, Geschichte Israels)

U r s u l a M a d e r

Walther Rathenau und die "Elektrochemischen Werke G. m. b. H." im Wirkungsfeld der AEG, Teil I: 1893 - 1896, Bitterfeld

M a t t h i a s J u d t

Vergleichende Unternehmens- und Industriegeschichte in Deutschland im 20. Jh.
(28. und 29. September 1990 in Bochum)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Eingesandte Bücher:

Jahrbuch Dritte Welt 1991 = Beck'sche Reihe BsR 417, Verlag C. H. Beck, München 1990, 277 Seiten, 22,-- DM.

Lexikon des alten Handwerks, hg. v. Reinhold Reith, Verlag C. H. Beck, München 1990, 325 Seiten, 39,80 DM.

Geschichte des privaten Lebens, Bd. 2, Vom Feudalzeitalter zur Renaissance, hg. v. Philippe Ariès und Georges Duby, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1990, 605 Seiten, 78,-- DM.

Geschichte des privaten Lebens, Bd. 1, Vom Römischen Imperium zum Byzantinischen Reich, hg. v. Philippe Ariès und Georges Duby, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1989, 621 Seiten, 88,-- DM.

Hans-Jürgen Teuteberg, Die Rolle des Fleischextrakts für die Ernährungswissenschaften und Aufstieg der Suppenindustrie = Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 70, Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1990, 130 Seiten, 28,-- DM.

Reiner Flik, Die Textilindustrie in Calw und Heidenheim 1750 - 1870 = Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 57, Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1990, 389 Seiten, 88,-- DM.

Marktwirtschaft und politische Regulierung = Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949 - 1989), Bd. 1, Metropolis-Verlag, Marburg 1991, 393 Seiten, 36,80 DM.

Adam Smith (1723 - 1790), hg. v. Heinz D. Kurz, Metropolis-Verlag, Marburg 1990, 297 Seiten, 34,80 DM.

Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik = Uni-Taschenbücher, Bd. 1572, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990, 6., durchgesehene Aufl., 398 Seiten, 24,80 DM.

Tilman Buddensieg/Thomas Hughes/Jürgen Kocka, Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Verlag Klaus Wagenbach GmbH, Berlin 1990, 143 Seiten, 27,-- DM.

Hans-Joachim Kraschewski, Quellen zum Goslarer Bleihandel in der frühen Neuzeit (1525 - 1625), Verlag August Lax, Hildesheim 1990, 280 Seiten, 56,-- DM.

Kontinuität im Wandel. 100 Jahre Mannesmann 1890 - 1990, hg. v. der Mannesmann AG, Düsseldorf 1990, 572 Seiten.

Revista de Historia Económica, Primavera-Verano 1990, Nr. 2, Centro des Estudios Constitucionales, 491 Seiten, Madrid 1990.

Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 4: Die Anfänge des Widerstandes, Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage. Der Fusionskampf, Verlag Wissenschaft und Politik Behrend von Nottbeck, Köln 1990, T. 1 658 Seiten, 58,-- DM, T. 2 820 Seiten, 68,-- DM.

Paul Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870 - 1985, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1990, 283 Seiten, 32,-- DM.

Rainer Metz, Geld, Währung und Preisentwicklung. Der Niederrheinraum im europäischen Verlag: 1350 - 1800 = Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 14, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1990, 480 Seiten, 83,50 DM.

Günter Stavorinus, Die Geschichte der Königlichen/Kaiserlichen Werft Danzig 1844 - 1918 = Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd. 27, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1990, 480 Seiten, 106,-- DM.

Jan Šolta, Wirtschaft, Kultur und Nationalität = Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen, Bd. 58, Domowina-Verlag, Bautzen 1990, 191 Seiten.

Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert, hg. v. Wolfgang Jacobeit, Josef Mooser und Bo Strath, Akademie-Verlag Berlin, Berlin 1990, 282 Seiten, 42,-- DM.

Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870, wiss. Red. Karl Lärmer und Peter Beyer = Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden, Bd. 1, Akademie-Verlag Berlin, Berlin 1990, 617 Seiten, 68,-- DM.

J. H. v. Thünen, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, hg. v. Hermann Lehmann und Lutz Werner, Akademie-Verlag Berlin, Berlin 1990, 671 Seiten, 78,-- DM.

Ralf Moritz, Die Philosophie im alten China, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990, 283 Seiten, 34,-- DM.

Dietrich Conrad, Kirchenbau im Mittelalter, Edition Leipzig, Leipzig 1990, 350 Seiten, 48,-- DM.